

Eliten in Deutschland und Frankreich

Eliten
in Deutschland und
Frankreich im
19. und 20. Jahrhundert
Strukturen und Beziehungen
Band 1

Elites
en France et en
Allemagne aux
XIXème et XXème siècles
Structures et relations
Volume 1

Im Auftrag des
Deutsch-Französischen Historikerkomitees
herausgegeben von
Rainer Hudemann und Georges-Henri Soutou

R. Oldenbourg Verlag München 1994

Gedruckt mit Unterstützung der Robert Bosch Stiftung.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Eliten in Deutschland und Frankreich im 19. und 20.

Jahrhundert : Strukturen und Beziehungen = Elites en France et en Allemagne aux XIXème et XXème siècles / im Auftr. des Deutsch-Französischen Historikerkomitees hrsg. von Rainer Hudemann und Georges-Henri Soutou. – München : Oldenbourg

NE: Hudemann, Rainer [Hrsg.]; Elites en France et en Allemagne aux XIXème et XXème siècles

Bd. 1 (1994)

ISBN 3-486-56049-2

©1994 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf, München

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-56049-2

Inhalt

<i>Rainer Hudemann und Georges-Henri Soutou</i>	
Vorwort	7
<i>Georges-Henri Soutou</i>	
Introduction	9
<i>Karl Ferdinand Werner</i>	
Adel – „Mehrzweck-Elite“ vor der Moderne?	17
<i>Karl Ottmar Freiherr von Aretin</i>	
Der Adel als politische Elite	33
Elites culturelles – Kulturelle Eliten	
<i>Christophe Charle</i>	
Les élites culturelles en France au XIXème siècle. Inventaire des recherches récentes sur la génèse des intellectuels contemporains	45
<i>Jean-François Sirinelli</i>	
Les élites culturelles en France au XXème siècle	65
<i>Hans Manfred Bock</i>	
Kulturelle Eliten in den deutsch-französischen Gesellschaftsbeziehungen der Zwischenkriegszeit	73
<i>Dominique Bourel</i>	
Romanistes allemands et germanistes français sous Weimar	93
<i>Dieter Tiemann</i>	
Nachwuchseliten für die Verständigung? Ein Aspekt deutsch-französischer Kulturbziehungen in der Zwischenkriegszeit	101
<i>Louis Dupeux</i>	
Elites culturelles allemandes et françaises aux XIXème et XXème siècles. Conclusion comparative	111
Elites économiques – Wirtschaftliche Eliten	
<i>Toni Pierenkemper</i>	
Deutsche Unternehmer im 19. Jahrhundert als Elite	119
<i>Dominique Barjot</i>	
Les entrepreneurs du Second Empire. Un premier bilan	137
<i>Patrick Fridenson</i>	
Les patronats allemand et français au XXème siècle. Essai de comparaison	153

<i>Heidrun Homburg</i>	
Warenhausgründer in Frankreich und Deutschland: Gemeinsamkeiten und Unterschiede	169
<i>Annie Lacroix-Riz</i>	
Les effets de la défaite de 1940 sur les élites économiques françaises: Une étude de cas, bancaire et industriel, de la collaboration économique	179
<i>Rainer Hudemann</i>	
Wirtschaftseliten in Frankreich und Deutschland. Zu Perspektiven vergleichender Elitenforschung	199
Elites militaires – Militärische Eliten	
<i>Klaus-Jürgen Müller</i>	
Militärische Eliten in Deutschland und Frankreich. Probleme des Vergleichs. Einige einführende Bemerkungen	207
<i>William Serman</i>	
Les élites militaires françaises et la politique, 1871–1914	211
<i>Bernhard R. Kroener</i>	
Generationserfahrungen und Elitenwandel. Strukturveränderungen im deutschen Offizierskorps 1933–1945	219
<i>Général Jean Delmas</i>	
Le développement de l'enseignement militaire supérieur en France 1876–1985 ..	235
<i>Manfred Messerschmidt</i>	
Militär, Politik, Gesellschaft. Ein Vergleich	249
Elites diplomatiques – Diplomatische Eliten	
<i>Jean-Claude Allain</i>	
Les ambassadeurs français en poste de 1900 à 1939	265
<i>Peter Krüger</i>	
Die deutschen Diplomaten in der Zeit zwischen den Weltkriegen	281
<i>Peter Grupp</i>	
Harry Graf Kessler und das Auswärtige Amt. Funktionselite und elitärer Außenseiter	293
<i>Georges-Henri Soutou</i>	
Les élites diplomatiques françaises et allemandes au XXème siècle	303
Teilnehmer an dem Kolloquium in Arc-et-Senans	315
Namensregister	317

Vorwort

Das Deutsch-Französische Komitee für die Erforschung der deutschen und französischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts hat sich zum vorrangigen Ziel gesetzt, den methodenübergreifenden, bi- und multinationalen Dialog in der Geschichtswissenschaft zu verstärken und die gegenseitige Abstimmung laufender Forschungen zu verbessern.

Das Komitee geht auf eine Initiative von Raymond Poidevin im Jahre 1987 zurück. Es vereint deutsche und französische Historikerinnen und Historiker, welche über die Geschichte des jeweiligen Nachbarlandes, über beide Länder im Vergleich und über die deutsch-französischen Beziehungen seit dem frühen 19. Jahrhundert arbeiten. Historiker aus weiteren Ländern sind assoziierte Mitglieder. Das Komitee, dessen Präsident und Generalsekretär abwechselnd je ein Franzose und ein Deutscher sind, wurde 1988 unter der Leitung von Raymond Poidevin und Josef Becker in Kloster Banz bei Bamberg mit einer Tagung über „Französische Einflüsse in Deutschland 1871–1939“ konstituiert; die ausgearbeiteten Beiträge der Tagung wurden 1989 in der *Revue d'Allemagne* publiziert. In seiner Konsolidierungsphase 1988–1992 leiteten Klaus-Jürgen Müller und Georges-Henri Soutou das Komitee, unterstützt durch Jacques Bariéty (bis 1990), Christian Baechler (ab 1990), Louis Dupeux, Franz Knipping und Rainer Hudemann, der 1992–1994 den Vorsitz übernahm.

Der zügigen Information über laufende Forschungen, welche zu einer besseren Koordinierung der geschichtswissenschaftlichen Forschung in beiden Ländern beitragen soll, dient ein im Semesterhythmus publiziertes internes Informationsbulletin des Komitees. Zu Teilbereichen wie der Wirtschaftsgeschichte haben sich Arbeitsgruppen konstituiert, welche Arbeiten und Tagungen, zumeist in informellerer Workshop-Form, eigenständig durchführen.

Der Kern der Arbeit des Komitees kristallisiert sich um Tagungen, welche in zweijährigem Rhythmus – alternierend in Frankreich und Deutschland – eine Bilanz wichtiger, in der aktuellen Forschung verstärkt diskutierter Themen ziehen und Perspektiven für neue Arbeiten eröffnen. Im Mittelpunkt stehen Themen, welche mit unterschiedlichen methodischen Ansätzen untersucht werden und bei denen der Dialog zwischen spezielleren Disziplinen wie Diplomatie- und Militärgeschichte, Wirtschafts- und Sozialgeschichte oder Kultur- und Kirchengeschichte besonders ergiebig erscheint. Auf der Basis der bei den Tagungen vorgelegten Kurzbeiträge werden konzentrierte Zwischenbilanzen der Forschung publiziert, die zwar nicht den Anspruch eines vollständigen Überblicks über den jeweiligen Themenbereich stellen können, doch in methodisch und inhaltlich möglichst breiter Streuung einen Querschnitt unterschiedlicher Fragestellungen und Ergebnisse geben.

Zum ersten Thema wurden Eliten in Deutschland und Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert gewählt, die im Oktober 1990 in der ehemaligen Königlichen Saline Arc-et-Senans im französischen Jura und im November 1992, auf Einladung von Ville

roy & Boch, in der ehemaligen Benediktinerabtei Mettlach an der Saar untersucht wurden. Die auf der Grundlage der Diskussionen in Arc-et-Senans ausgearbeiteten Beiträge werden in diesem Band vorgelegt. Hier werden zunächst kulturelle, wirtschaftliche, militärische und diplomatische Eliten exemplarisch behandelt. Im zweiten Band, dem die Diskussionen in Mettlach zugrunde liegen, werden alte und neue städtische Eliten, religiöse, politisch-parlamentarische und freiberufliche sowie Vereins-Eliten untersucht. Damit sind zwar nicht alle wichtigen Eliten erfaßt, doch unterschiedliche, derzeit innerhalb der Geschichtswissenschaft beider Länder verfolgte Forschungsansätze beispielhaft repräsentiert.

Das Komitee hat in seiner Aufbauphase vielfältige Unterstützung erfahren, für die es an dieser Stelle nachdrücklich danken möchte. Seit den Vorarbeiten 1987 hat die Robert Bosch Stiftung alle Tagungen sowie die Publikation des Informationsbulletins zu erheblichem Teil ermöglicht; ohne ihre Unterstützung und das persönliche Engagement von Dr. Rüdiger Stephan wäre der Aufbau kaum gelungen. Auch die vorliegende Publikation ist der Robert Bosch Stiftung zu verdanken. Bei der konstituierenden Tagung war das Komitee Gast im Hause der Hanns Seidel Stiftung, in Arc-et-Senans Gast der Fondation Nicolas Ledoux. Die Tagung in Arc-et-Senans haben auf französischer Seite die Mission Historique Française in Göttingen, das Programme franco-allemand des C.N.R.S. und die D.A.G.I.C. im Ministère de l'Education Nationale gefördert. Ohne die vielfältige Unterstützung durch die Universitäten Strasbourg II und III, Paris IV, Augsburg, Tübingen, Saarbrücken, Hamburg und die Universität der Bundeswehr Hamburg hätte der Vorstand die Aufbaurbeit nicht leisten können.

Die diesem Band zugrundeliegende Tagung wurde von den Herausgebern organisiert; die inhaltliche Koordinierung der Teilsektionen übernahmen Jacques Bariéty, Louis Dupeux, Rainer Hudemann und Klaus-Jürgen Müller. Für ihre Hilfe bei der Tagungsorganisation danken wir Rolf Wittenbrock und Dietmar Hüser, für die Mitarbeit bei der Drucklegung Deniz Erdem und Antje Schlamann sowie vor allem Eva Kirchdörfer, welche auch das Register erstellte, für die Korrektur der französischen Teile Calixte Hudemann-Simon. Die sorgfältige verlegerische Betreuung lag in den Händen von Christian Kreuzer.

Rainer Hudemann, Georges-Henri Soutou

Georges-Henri Soutou

Introduction

L'étude des élites constitue une excellente approche comparatiste des rapports franco-allemands. Les deux pays sont en effet suffisamment proches pour que la comparaison ait un sens, et suffisamment différents pour qu'elle permette de mieux comprendre, par leur contraste, la nature des sociétés en présence. En outre l'analyse comparée de deux sociétés aussi complexes est aussi une façon de mieux cerner le concept même d'élite.

L'histoire tumultueuse des rapports entre les deux pays depuis la Révolution française a beaucoup contribué à façonner le développement de leurs élites: la France et l'Allemagne se sont administré à intervalles réguliers de ces chocs qui bouleversent une société et remettent en cause la légitimité, la sélection, la formation des élites. Il suffit de penser à la Révolution et à l'Empire, à 1870, à 1918, à la deuxième guerre mondiale: à chaque occasion une relation ambiguë est établie avec l'autre, à la fois adversaire, concurrent et modèle.

Incontestablement il y a dans ces circonstances des moments privilégiés d'influence réciproque; la Révolution française pose par exemple pour toute l'Europe de façon radicale le problème des élites; elle marque en particulier durablement la société allemande; celle-ci sortira profondément différente de l'épreuve, par exemple avec une noblesse sinon supprimée du moins transformée, ayant cessé d'être un état pour devenir une fonction dans l'Etat. Mais le plus bel exemple d'importation consciente d'un modèle élitaire reste 1870 et la „crise allemande de la pensée française“, selon l'expression de Claude Digeon: la France adopte (ou croit adopter) dans le domaine militaire, dans celui de l'enseignement, y compris de l'enseignement supérieur, des méthodes allemandes de sélection et de formation des élites. Elle prétend même doter ces dernières, à défaut de pouvoir les protestantiser à l'instar de la Prusse, d'une conception du monde volontairement importée d'une Allemagne d'ailleurs imaginaire: le néo-kantisme de Renouvier, philosophie quasi officielle du nouveau régime, destiné à remplacer le catholicisme, jugé réactionnaire, corrompu, responsable de la défaite.

De son côté l'Allemagne lorgne aussi à certains moments vers Paris: ainsi l'avant-garde culturelle de Weimar, au moins pour une part, souhaite établir en Allemagne le modèle de magistère contestataire développé en France par la République des Lettres depuis le XVIII^e siècle; ainsi la *Hochschule für Politik*, créée à Berlin après la défaite, est une tentative pour répondre au même besoin de formation d'une élite politique nouvelle que l'on avait ressenti en France en établissant l'Ecole libre des Sciences politiques après la défaite de 1870. De même après 1945 assiste-t-on, il est vrai sous la

pression des vainqueurs, à une réorientation de l'enseignement secondaire allemand, s'inspirant en partie du modèle français.

Mais même en dehors des périodes de crise les deux pays se prennent volontiers pour exemple l'un l'autre: la France des années 1900 est fascinée par les méthodes d'expansion des élites industrielles, bancaires et commerciales allemandes; elle a d'ailleurs réformé son enseignement secondaire en 1901, en tenant compte de l'expérience de la *Realschule*, aussi pour mettre ses futurs cadres mieux à même de les imiter; la RFA s'est souvent demandé après 1949 si elle ne devrait pas se doter elle aussi d'une Ecole Nationale d'Administration; la dernière réforme des Ecoles militaires françaises est directement inspirée de l'exemple des Universités de la Bundeswehr.

D'autre part il existe entre les deux pays des associations et des organismes qui ont justement aussi pour but de rapprocher les élites respectives: le Comité commercial franco-allemand avant 1914, le Comité d'études (Comité Mayrisch) après Locarno, la Maison universitaire française à Berlin dans les années 30, BILD après 1945.

Mais tous ces contacts, ces influences réciproques ne doivent pas nous cacher certaines réalités: tout d'abord les deux pays ne sont pas l'un pour l'autre les seuls exemples; en particulier l'Allemagne (plus sans doute que la France, il y a là un déséquilibre de fond dans leurs rapports) regarde aussi ailleurs: vers l'Angleterre au XIXème siècle, vers l'Amérique au XXème; la France paraît beaucoup plus obsédée par le modèle du voisin.

D'autre part les greffes restent limitées, l'influence n'est que partielle; les deux sociétés restent fort différentes et leurs élites aussi. L'importation du modèle de l'autre, même lorsqu'elle est voulue et consciente, n'est jamais une transplantation totale ou une imitation servile. Le professeur en Sorbonne après 1870 n'est pas un Professor, l'intellectuel de Weimar n'est pas un intellectuel français, l'officier français d'après 1870 n'est pas une imitation de son homologue prussien. On assiste en fait à un travail constant d'influence réciproque, de synthèse, à un entrelacs de réseaux complexes, pas à une colonisation: le modèle de l'autre est réfracté plutôt que purement et simplement repris.

On constate d'ailleurs que certaines de ces synthèses ont été particulièrement fructueuses: le choc de la Révolution française n'a pas fait disparaître en Allemagne les anciennes élites mais les a amenées à se transformer et à faire leur place aux élites nouvelles, issues du monde de l'économie et de la société libérales; ce compromis, achevé et codifié avec Bismarck, a en fait largement résisté à la Révolution de Novembre 1918 et n'a été remis en cause qu'avec le national-socialisme, véritable révolution anti-élitiste (faite au nom d'une pseudo-élite raciale). Entre temps le „compromis bismarckien“ avait permis l'unification de l'Allemagne dans un cadre plus restreint que ne l'auraient voulu les Libéraux, c'est-à-dire, grâce à la prudence prussienne de Bismarck, sans l'Autriche et les pays du Danube, donc de façon encore compatible avec l'équilibre européen. Le compromis avait permis, grâce aux préoccupations sociales (ou paternalistes) et religieuses des anciennes élites et à leur relative objectivité à l'égard des nouvelles branches de l'économie, l'industrialisation du pays à un coût humain moins élevé qu'en Angleterre ou en France, et avec une législation sociale qui servira par la suite de modèle à la plus grande partie de l'Europe. Il avait permis le processus de mondialisat-

tion de l'économie allemande sans nécessiter une expansion coloniale et impériale de type anglais ou français. Il avait favorisé un développement intellectuel, scientifique et artistique considérable. Certes les élites allemandes se sont montrées sensibles à la grande idéologie immanente de l'époque, le darwinisme social, et ont participé au processus qui a conduit à la Grande Guerre, mais plutôt moins que celles de la Russie autocratique et pas tellement plus que certaines élites de la France républicaine.

Quant à cette dernière, l'adoption raisonnée et adaptée d'une partie du modèle allemand, plus restreinte que ne l'aurait souhaité le pessimisme de Renan et ménageant les traditions nationales, a doté la Troisième République de certaines de ses structures les plus solides, comme l'Armée et l'Université. Dans le cas de cette dernière, la greffe, alliant à la culture littéraire et au magistère public de l'universitaire français depuis le début du siècle la rigueur et l'organisation systématique de la recherche dans les séminaires allemands a été particulièrement réussie.

Pour serrer le problème il est nécessaire ici de préciser la notion d'élite. Tout d'abord il convient d'écartier une approche trop exclusivement sociologique: tous les officiers, tous les industriels, tous les diplomates, ne font pas partie à proprement parler d'une élite; à l'intérieur de telle catégorie on trouve en effet un groupe ou des groupes dirigeants, influents: c'est là que se trouve l'élite véritable, les „demi-dieux“ de l'état-major prussien par exemple, ou l'officier breveté français. Il faut donc distinguer les réseaux, les noeuds de pouvoir: c'est là que le travail de l'historien est irremplaçable.

D'autre part la notion d'élite se décompose au moins en cinq modalités différentes: l'élite comme fonction, comme produit d'une sélection, comme résultat d'une formation, comme pouvoir dans la société, comme modèle pour la société. La richesse ici me paraît secondaire en tant que telle: elle ne suffit pas par elle-même à créer une élite; en revanche elle peut faciliter le processus de sélection et de formation et accroître le pouvoir.

Il est clair que la première élite européenne, et peut-être le modèle de toute élite (l'Eglise constituant un cas à part), à la fois rigoureuse sélection par le sang, mais aussi fonction, pouvoir et modèle pendant des siècles, modèle moral mais aussi culturel, a été la noblesse. C'est pourquoi la première partie de cet ouvrage lui est consacrée. Mais on voit immédiatement la première grande différence franco-allemande: jusqu'en 1918 très officiellement, encore après dans les faits, la noblesse allemande exerce des fonctions et constitue un modèle social agissant (par le biais du corps des officiers prussiens mais aussi de la haute fonction publique) alors qu'en France elle relève de plus en plus de la rémanence sociologique et pour finir du snobisme. Là les chiffres sont impuissants à décrire la réalité: un régiment de cavalerie français en 1890 peut être très chic, presqu'autant qu'un bon régiment prussien, cela ne confère à ses officiers aucun rôle réel particulier (pas même l'espoir d'arriver aux plus hauts postes de l'Armée, pour lesquels Polytechnique et l'Artillerie sont les conditions privilégiées d'accès) et ne les constitue pas en modèle social; le capitaine de Köpenick est impensable en France, même s'il est vrai que les paysans de l'Ouest, dans certains régiments de réserve, sont partis en guerre en 1914 en suivant leurs hobereaux, comme leurs ancêtres dans les milices de Louis XIV.

A notre avis, c'est l'approche du problème des élites selon les cinq modalités que nous avons définies (rôle, sélection, formation, pouvoir, modèle) qui permet le mieux d'établir une comparaison franco-allemande.

Il est clair que c'est dans le domaine du rôle fonctionnel que les élites étudiées dans ce premier ouvrage (intellectuelles, économiques, militaires et diplomatiques) sont les plus comparables, en France et en Allemagne. Pour deux pays européens au même degré de civilisation, cela n'a rien d'étonnant. Certes, il y a des différences: les officiers français, par leur formation souvent polytechnicienne et par l'existence d'arsenaux de l'Etat, ont en matière d'armements des responsabilités que n'ont pas leurs homologues allemands, sauf exceptions; en effet l'industrie allemande d'armement est privée. En outre il manque aux officiers allemands l'expérience des bâtisseurs et plus tard des défenseurs de l'Empire, avec ses responsabilités et à la fin ses déchirements. La formation et l'activité d'un Joffre, par exemple, auront été plus amples et plus variées que celles de ses contemporains allemands. Les diplomates ont essentiellement le même rôle, même si la meilleure organisation du pouvoir exécutif en Allemagne, en règle générale, paraît leur assurer parfois un domaine d'action plus large (comme à l'ensemble de la haute fonction publique allemande, au moins jusqu'en 1933), et encore cela reste-t-il discutable. Quant aux élites de l'économie et de la culture, leur rôle (sinon leur pouvoir et leur influence) est bien identique de part et d'autre du Rhin, d'autant plus que la recherche récente a souligné l'activité novatrice des industriels en France et a sérieusement révisé le cliché traditionnel du banquier ou de l'industriel français malthusien et timoré face à un concurrent allemand invincible.

En ce qui concerne la sélection, les choses changent, mais moins parfois qu'on ne le penserait. Si les choses sont claires pour les officiers, au recrutement beaucoup plus aristocratique et fermé en Allemagne qu'en France au moins jusqu'au IIIème Reich, et aussi pour les universitaires et en règle générale les intellectuels qui ne connaissent pas en Allemagne le phénomène si typiquement Troisième République du boursier et de l'ascension sociale à travers le système d'enseignement (Jerphanion est impensable Outre-Rhin), elles sont beaucoup moins simples pour les diplomates, à certaines époques plus ouverts en Allemagne qu'en France à un afflux de gens extérieurs à la Carrière, professionnellement mais aussi parfois socialement, au moins après 1919. Quant aux industriels, origines familiales et mariage jouent exactement le même rôle dans les deux pays.

Encore qu'il faille parfois être nuancé: ce qui caractérise le Corps des officiers prussiens, plus que le pourcentage de nobles (inférieur à 30% sauf pour les grades élevés), c'est la fusion qui s'opère en son sein entre noblesse et grande bourgeoisie, fusion qui est le facteur politique et social essentiel du Reich jusqu'en 1933. C'est là que réside la différence historique fondamentale avec la France, avant 1945 en tout cas, plus, une fois encore, que dans la pure comptabilité sociologique.

En revanche dans la formation, et on se trouve là à notre avis au coeur des choses, les différences éclatent: Grandes Ecoles en France, Universités en Allemagne. Formation scientifique ou commerciale dans des grandes Ecoles en France, formation juridique à l'Université en Allemagne: voilà la voie royale pour les élites économiques, bien diffé-

rente dans les deux pays. L'Ecole des sciences politiques pour les diplomates français, l'Université et là encore le Droit pour leurs collègues allemands. Pour la formation des élites militaires, on constate que l'Ecole de Guerre prodigue un enseignement beaucoup plus technique, limité à la tactique, alors que la Kriegssakademie suit un cursus de type plus universitaire, axé sur la stratégie et les grands facteurs qui commandent les guerres modernes. Même pour les intellectuels on relève le même type de différence: le rôle unique de l'Ecole Normale et de l'agrégation n'a pas son équivalent en Allemagne.

En ce qui concerne le pouvoir, on note là aussi de grandes disparités; le corps des officiers en Allemagne et l'industrie, du moins la grande industrie, exercent une influence plus grande qu'en France sur la société et l'Etat avant 1945; le pouvoir des diplomates paraît en gros équivalent dans les deux pays, avec des variations dans le temps largement dues aux circonstances politiques, peut-être avec plus d'influence réelle en Allemagne à cause des structures différentes d'organisation de l'exécutif. En revanche en ce qui concerne les intellectuels, incontestablement leur pouvoir et leur influence sont longtemps plus grands en France qu'en Allemagne. Cela est vrai même pour les professeurs d'Université, qui contrairement à une idée reçue ne jouissent pas en Allemagne au XIXème siècle d'une position sociale exceptionnelle: ils font partie des classes moyennes, et quand un jeune homme de grande famille, vers 1830, daigne étudier sous la direction d'un professeur, c'est celui-ci qui se rend à son domicile! Certes, les universitaires allemands exercent une grande influence à l'époque du Vormärz, mais il s'agit plutôt d'une parenthèse. Sous le Second Reich leur rôle paraît plus discret que celui de leurs collègues de la Troisième République: rien à voir avec un Lavisso ou un Seignobos, un Durkheim ou un Langevin, avec la „République des professeurs“, encore qu'en France le mot „professeur“ recouvre aussi l'enseignement secondaire. La République de Weimar puis la République Fédérale ont en revanche accordé une place plus importante à leurs élites universitaires, la période nazie méritant à ce sujet une étude à part qui réserveraient peut-être selon nous des surprises. D'une façon générale d'ailleurs on peut très sérieusement se demander si l'influence réelle des intellectuels (si on la distingue de celle du système médiatique) n'est pas plus forte aujourd'hui en Allemagne qu'en France. A tout le moins la disparité constatée avant 1945 a-t-elle largement disparu.

Les élites comme modèle social suivent évidemment largement la hiérarchie de leur statut et de leur influence: officier de réserve est le titre par excellence pour le bourgeois allemand avant 1914, les élites économiques sont plus estimées en Allemagne, les élites intellectuelles en France. En revanche la carrière diplomatique paraît exercer en France une fascination bien plus grande qu'en Allemagne, comme probablement la haute fonction publique en général. Dans ce domaine un vaste champ d'études s'offre aux chercheurs, qui ouvrira des vues sur les phénomènes de représentation collective et de psychologie sociale.

Incontestablement les différences que nous avons soulignées se sont considérablement atténuées depuis 1945: la France s'est modernisée, et l'Obrigkeitsstaat a cédé la place en Allemagne à une société démocratique. Il reste néanmoins trois différences essentielles: dans la formation des élites, dans les facteurs de progression au sein des

élites, dans le degré d'autonomie des élites par rapport à l'Etat, toutes différences qui trouvent leur origine dans l'histoire que ce volume tente de retracer.

En ce qui concerne la formation les différences sont évidentes et ont déjà été soulignées: Grandes Ecoles d'une part, Universités de l'autre. D'autre part en Allemagne la formation universitaire généraliste est suivie d'une formation professionnelle poussée (qui n'est pas seulement une expérience sur le tas) dans le cadre d'une administration ou d'une entreprise donnée: à la différence de la France on n'entre pas de plain-pied à un niveau relativement élevé dans la carrière choisie juste après les études. Mais il ne s'agit pas seulement de différences de structures, mais aussi d'esprit de l'enseignement (plus porté vers l'assimilation d'un programme et de techniques en France ou vers la réflexion libre et la recherche en Allemagne), de contenu de la formation des élites (sciences, techniques et administration en France, Droit en Allemagne), de constitution de réseaux d'influence (associations d'anciens élèves en France, corporations étudiantes en Allemagne). D'autre part la formation professionnelle continue des élites, une fois acquise leur formation de base, est beaucoup plus poussée en Allemagne qu'en France où le diplôme ou le concours initial paraissent un bagage intellectuel suffisant (à l'exception de l'Armée, justement à l'imitation de l'Allemagne). On est là au coeur le plus intime des sociétés française et allemande, et c'est là sans doute que se situent les pistes de recherche les plus prometteuses pour les historiens et les sociologues.

En particulier il faudra étudier les différences fondamentales induites par le fait que l'Allemagne ne possède pas l'équivalent des Grands Corps administratifs et techniques qui en France jouent le rôle essentiel que l'on connaît, et qui en particulier relient étroitement et même en fait fusionnent les élites administratives et économiques (du secteur privé comme du secteur public). Il est clair que ce point est absolument crucial dans la formation et le rôle des élites respectives des deux pays.

La deuxième grande différence, mais là on manque d'études précises, concerne le déroulement des carrières et donc la progression au sein des élites, la formation de l'élite réelle du pouvoir et de l'influence au sein des catégories sociologiques. On sait que le déroulement des carrières administratives est différent en Allemagne (les cabinets ministériels n'y jouent pas du tout le rôle qu'ils jouent en France au moins depuis les années 20); il en va de même pour les carrières économiques, où les juristes et les commerciaux l'emportent sur les ingénieurs, où la vie des entreprises est différente, où les organisations patronales jouent un rôle bien plus important qu'en France. Il s'agit en fait ici des structures réelles de pouvoir des élites, et dans ce domaine des différences fondamentales apparaissent dès le XIXème siècle.

La troisième différence touche à la nature même des deux pays: les élites françaises dépendent traditionnellement beaucoup plus pour leur carrière de l'Etat (que l'on songe au poids de la Haute fonction publique et à son influence sur l'économie, avec les phénomènes d'interpénétration résultant en particulier du système des Grandes Ecoles) que les élites allemandes, dans un Etat d'abord confédéral puis fédéral plus décentralisé et moins interventionniste, où l'industrie et les Universités, par exemple, sont plus indépendantes. Mais est-ce peut-être parce que leurs élites respectives ont eu une histoire différente et ont réagi souvent autrement depuis le XVIIIème siècle face au pou-

voir central que sur ce point au moins les deux Etats et les deux sociétés sont si dissemblables? On a sans doute là un intéressant phénomène d'interaction entre groupes et structures à étudier.

Ce sont ces différents aspects que les auteurs des contributions rassemblées dans le présent volume ont voulu approfondir; le Comité franco-allemand d'histoire de la France et de l'Allemagne aux XIXème et XXème siècles a d'ailleurs décidé d'étendre son investigation à d'autres élites que celles qui figurent ici: un second volume sera consacré aux élites religieuses, politiques, associatives, aux professions libérales. En effet nous croyons que la contribution des historiens est indispensable dans ce domaine.

Karl Ferdinand Werner

Adel – „Mehrzweck-Elite“ vor der Moderne?

Es sollen hier Beobachtungen zur Diskussion gestellt werden zu dem Zeitalter, das der von Professionalisierung begleiteten Entfaltung moderner Eliten vorausging. Im Mittelpunkt stehen Eliten in Staat und Verwaltung in Jahrhunderten, die nach verbreiteten Klischees weder Staat noch Verwaltung kannten. Seit einiger Zeit wurden jedoch zwischen spätromischem Reich und „modernem Staat“ (der den nichtmodernen voraussetzt) verblüffende staatliche Elemente entdeckt. Vor Unterschätzung der Leistung damaliger Eliten ist also zu warnen: Primitiv an der Vergangenheit sind nicht selten die Vorstellungen, die man sich von ihr macht.

Drei oft zitierte Beispiele für vorherrschende Einschätzungen: Karl der Große mit Wachstafel und Griffel unter dem Kopfkissen; das 10.Jahrhundert mit faktisch erloschener Schriftlichkeit; die Kaiser des Heiligen Römischen Reiches, die erst im 14.Jh. embryonale Formen eines Archivs zur Verfügung haben. Wo sollten sich da Eliten bilden, die für die Fragestellung dieses Kolloquiums wenigstens den Wert von Vorstufen hätten? Unsere Antwort: Der Lieblingsautor Karls war Augustin, dessen Schriften er in fließendem Latein mit Gelehrten lebhaft diskutierte, die er aus Italien, England, Spanien an den Hof gezogen hatte. Ms.-Marginalien zu Augustin konnten als Notizen zu Karls persönlichen Interventionen identifiziert werden. Aus dem 10.Jahrhundert hat eine einzige Abtei, Cluny, ungeachtet aller Verluste, den Text von über 2000 Urkunden hinterlassen. In rund 1000 Prioraten Clunys wurden im 11.Jahrhundert europaweit täglich Zehntausende von Armen gespeist, was eine gewisse Organisation voraussetzt. Der Abt von Cluny hat nach Vorbild der französischen *Curia Regis* eine *Curia Abbatis* eingerichtet, die am Ende des Jahrhunderts dem früheren Cluniazenser Urban II. als Modell für die Reorganisation des päpstlichen Hofes diente, der seither auch (römische) Kurie genannt wird. Anstatt von den administrativen Mängeln des die wahrhaft staatlichen Gebilde nur überwölbenden Imperiums könnte man schon zum 12.Jahrhundert vom Gesetzeswerk der Grafen von Barcelona sprechen, oder von den Rechen- und Verwaltungsmethoden des anglonormannischen „Exchequer“ mit seinem Beamtenlehrbuch, davor schon vom erstaunlichen ‚Domesday Book‘ mit Verzeichnung von Besitz und Abgaben in den ‚shires‘ von fast ganz England.

Betriebswirte und Soziologen haben entdeckt, wo der Sprung zur Welt stattfand, die den Kapitalismus entwickeln konnte: In den Klöstern. In ihnen wurde die traditionalistische Wirtschaftswelt des Altertums überwunden, dem es nie gelungen war, die Voraussetzungen zu kontinuierlichem Wachstum und zu technischem Fortschritt zu schaf-

fen. In den Abteien war, im Geiste des zunächst nur asketisch verstandenen *ora et labora* erstmals Arbeit zu einem positiven Wert geworden. In ihnen gab es rationale Planung, praxisorientierte Anwendung theoretischer Kenntnisse, Verbesserung landwirtschaftlicher Erträge, Rodungs- und Siedlungspolitik, die von den Fürsten nachgeahmt wurde, technische Betriebe (hier entsteht das Wort *Fabrika*, „Fabrik“) u.a. zur Fahrzeug- und Waffenherstellung für den König, Bierbrauerei, Wasserwirtschaft, Mühlen. Diese werden von den Mönchen als den Ingenieuren ihrer Zeit auch für den Adel mit hälftiger Gewinnteilung angelegt. Technologischer Transfer ging von diesen bereits quasiprofessionellen Eliten in die im Umkreis der Abteien entstandenen, sich von ihren Lehrmeistern frei machenden Städte, zu ihren Handwerkern und Kaufleuten, die auf eigene Rechnung betrieben, was ihre Vorgänger im Dienst des Königs, der Kirchen und Klöster getan hatten. Im Bereich des Finanzwesens, der anderen Basis des Kapitalismus, war es wiederum die Kirche, die im spätömischen, dann im fränkischen Reich, die Einziehung der Steuer im staatlichen Auftrag weitgehend übernommen hatte (Jean Durliat). Sie hat, als die Päpste von Kaiser und Königen unabhängig und mächtig geworden waren, mit immensen aus ganz Europa eingehenden Einkünften den Aufstieg des italienischen Bank- und damit des modernen Kreditwesens angeregt. Auslösung zur folgenreichsten Erfindung, des Buchdrucks, war die Massennachfrage nach Flugblättern für die Propaganda von Wallfahrtsplätzen. Das Neue kommt aus einer Welt, die man seit Humanismus, Reformation und Max Weber für besonders überholt und rückständig hielt.

Neben der Überprüfung unserer Vorstellungen ist eine sozialgeschichtliche Annäherung an unser Thema hilfreich, die sich Rechenschaft gibt von der Kontinuität der alten Eliten. Noch 1895 regierte ein fast völlig dem Hochadel angehörendes Kabinett die damals führende Weltmacht, das Land der industriellen Revolution. Barbara Tuchman wies richtig darauf hin, daß seine Minister aus Familien stammten, die sich durch Geburt dafür bestimmten hielten, das Land ebenso wie die eigenen Ländereien zu regieren, zu verwalten, mit einer Kompetenz, die sich auf die von den Eltern vermittelte Erfahrung von Generationen und auf praktische Ausbildung von Kindesbeinen an stützte. Sie wußten wesentliches und weniger wichtiges zu unterscheiden. Selbstverständlichkeit gesellschaftlichen Umgangs und eine physisch aktive, den Pferden und dem Sport zugetane Lebensweise erschwerten es ihnen, Sitzen am Schreibtisch als höchste Stufe menschlicher Entwicklung anzusehen. Sie wußten, daß sich dort die Arbeit der *Executifs* abspielt die, als Fachleute unentbehrlich, dennoch nicht zum engeren Kreis der *Decision Makers* gehören. Es wird auf dieser Tagung noch viel von verschiedenen Ebenen von Eliten die Rede sein. Sie machen Definitionen im Stil „Was ist eine Elite“ so schwierig – um nicht zu sagen, so unergiebig. Voraussetzung „wahrer“ Eliten ist jedenfalls Vielseitigkeit und Überblick und eine sie fördernde Ausbildung, die sich damals auf die Formel *Classics* plus konkrete Einarbeitung in das Wirkungsfeld bringen ließ. Moderne Professionalisierung hat den im doppelten Sinn begrenzten Fachmann herangezüchtet. Wirtschaft, Politik und demokratische Mechanismen zeigen aber, daß auch seine Chancen, Spitzenpositionen zu erlangen, begrenzt sind. Wie einst in Athen und Rom macht der gute Redner das Rennen. Ältere Erfahrungen sind also so

wenig obsolet wie ältere Ausbildungssysteme. Die Leitung internationaler Gremien wird Personen anvertraut, die eine kontroverse Debatte auf den Punkt bringen können, Probleme, Erreiches und Anzustrebendes zu definieren und zu formulieren wissen – was, für Verächter der Rhetorik etwas überraschend, dasselbe ist. In der Wirtschaft holt man heute in Rhetorik-Kursen in den Schulen Versäumtes nach.

Nun liegt für die von mir behandelte Zeit der Einwand nahe, wenn nicht die „Antike“, so doch das „Mittelalter“ hätte eine höhere Ausbildung von Eliten nicht gekannt.

Solange man vom Ende des Römischen Reichs, seiner Kultur und seiner Schulen und damit von einem späten Neuanfang auf primitivster Grundlage ausging, versperrte man sich den Zugang zur vergangenen Wirklichkeit. Ein neuer Forschungsansatz, vom spät-römischen Erbe ausgehend, hat zu differenzierteren Vorstellungen geführt, was erlaubt, einige auch für Neuhistoriker reizvolle Kontinuitätslinien zu ziehen.

Karriereverlauf und Ausbildung sind für die Verwaltung des spät-römischen Reiches recht gut bekannt. Rhetorik- und Rechtsstudien dienten als gute Voraussetzung für Kandidaten, die sich zunehmend aus den bereits etablierten Schichten rekrutierten. Die Kaiser hatten schon seit dem 3./4. Jahrhundert eine, Teile der älteren *Nobilitas* integrierende, neue *Nobilitas* geschaffen, die sich aus den Inhabern eines hohen Amtes (*Honor*) rekrutierte, und der die Zugehörigkeit zum Senat reserviert war. Den Nachkommen konnten diese *Nobiles* zwar nicht das Amt hinterlassen, wohl aber die *Dignitas*, die dem Amte entsprechende Rangklasse. Nur Angehörige hoher Rangklassen hatten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, Aussicht, in die höheren Chargen einer der drei *Militiae* aufzusteigen, die dem christlichen Kaiser und damit auch Gott dienten: das Heer, als die ursprüngliche *Militia*, die Reichsverwaltung, deren Beamten in „militärischer“ *Disciplina* organisiert das *Cingulum Militiae* ebenso trugen wie die Offiziere der Armee, endlich die Kirche, eine *Ecclesia Militans* in einem anderen Sinn, als sie sich später verstand, mit Rangabzeichen, die denen der höheren Verwaltung entsprachen und z.T. in den Prälatengewändern fortlebten.

Dieser höchsten Schicht war die überkommene Eliteausbildung reserviert. Die Kombination von Rang und Ausbildung, ein klassischer Fall von „Bildungsprivileg“ ist nicht mit dem römischen Reich verschwunden. In dem jetzt folgenden Jahrtausend, dem man Staat wie Bildung abzusprechen pflegt, hat die *Nobilitas* sowohl das Machtmonopol im Staat, unter und neben dem König, als auch das Bildungsmonopol, das den Zugang zu dieser Macht zusätzlich absicherte, bewahrt. Denn in den neuen Reichen auf römischem Boden blieb es für die vornehmen Familien selbstverständlich, hinreichend begabte Söhne gut ausbilden zu lassen, damit der Rang-Status durch eine entsprechende Karriere gehalten, wenn möglich verbessert werden konnte. Dabei war es gleich, ob die Söhne senatorischer (*Nobiles*), barbarischer (*Maiores Natu*) oder gemischter Herkunft waren oder ob ihre Väter vom König erhoben worden waren, der, vom Kaiser als *Gloriosissimus* in einer der höchsten, um 500 erst geschaffenen Rangklasse anerkannt, seinerseits in alle Ränge bis zum *Vir Illuster*, also in die *Nobilitas* ernennen konnte. Die so erreichten Ränge wurden in der „römischen Welt“, die unabhängig von den Grenzen des Imperiums sozial und kulturell fortbestand, anerkannt, namentlich vom Papst, dessen genaue Verwendung römischer Titel und entsprechender Epitheta gegenüber

hohen römischen, fränkischen, langobardischen oder westgotischen Amtsträgern in der Korrespondenz Gregors des Großen (um 600) nachgeprüft werden kann. Wie hat man sich diese Eliten-Ausbildung vorzustellen?

Angilram, der Freund Karls des Großen, berichtet über den hl. Ermeland, daß seine Eltern (*Nobilissimi*) ihn nach erster Ausbildung für *regalibus milicis(!)aptum* ansahen. *Ab Scolis(!)eum recipientes, regiam introduxerunt in aulam; regi Francorum eum magno cum honore militaturum(!)commendaverunt quatenus per tramitem huius militiae* (Königs- und Hof-, wie einst Kaiserdienst) *ad debitum(!)progenitorum pervenit honorem*. Es galt also am Ende einer am Hof begonnenen Karriere einen Honor zu erlangen, der dem Rang der Eltern angemessen war. Martin Heinzelmann zeigte, daß *Aptus* (ganz entsprechend der „Aptitude“ bei Bewerbungen im modernen Frankreich) *Terminus technicus* war. Von der empfehlenden Präsentation des jungen Arnulf am austrasischen Hof zu Metz durch Gundulf sagt der Autor der Vita Arnulfi (Mitte 7.Jahrhundert): *Aptavit(sc. Arnulfum)*. Gundulf bestätigte die „Eignung“ des jungen Mannes und war damit zugleich Bürge für Rang und Zuverlässigkeit der Familie Arnulfs. Die Terminologie verrät die Selbstverständlichkeit und Institutionalisierung der „Nachwuchs-Rekrutierung“.

Selbst in der seriösen Forschung hat man noch bis vor kurzem geglaubt, das alte System sei in den „Stürmen der Völkerwanderung“ untergegangen. Ein Verfall der Schulen war im 6. und 7.Jahrhundert eingetreten. Pierre Riché und andere konnten aber zeigen, daß es Lehrmeister (*Magistri, Paedagogi, Praeceptores*) allenthalben in Gallien gab, an Bischofskirchen, in Klöstern und in den Häusern der Großen. Heinzelmann zitiert einen Priester, der als *Nutritor ac doctor filiorum nobilium(!)* tätig war. Daß die Ausbildung der Adelssöhne ein generelles Phänomen war, verraten Formeln wie *Commendare* oder *Tradere ad erudiendum* für einen jungen Adligen, sei es in die Hände eines Klerikers, eines Klosters oder des Königs. In jedem Fall wurde derjenige, der solche *Traditio* oder *Commendatio* akzeptierte, zum *Nutritor* des Rezipienten. Der König ist über allen anderen *Enutritor Francorum*. Hier eröffnet sich ein zentraler Aspekt der Beziehung Königtum-Adel, der überschen wurde, weil man das Phänomen der „Bildung“ des Adels, einer Ausbildung über Krieg und Jagd hinaus, gar nicht im Kalkül hatte. Konkret konnte das so aussehen, daß der König den ihm kommandierten, noch sehr jungen Leodegar (den späteren „politischen Märtyrer“ s. Léger, †679) seinem Onkel, dem Bischof von Poitiers anvertraut *ad diversis studiis, quae saeculi potentes studire solent* (so der vor 700 entstandene Text!). Der Bischof übergibt ihn einem Priester – *Viro eruditissimo*. Erneut wird deutlich, daß dieser Unterricht nur Vorbereitung für den Hof war, an dem die eigentliche Ausbildung zu dem stattfand, was wir den „höheren Verwaltungsdienst“ nennen würden. Im Frankenreich befand sich die „Hochschule“ da, wo der Nachwuchs benötigt wurde, wo Theorie und Praxis in der Ausbildung zusammenkamen, am Hofe selbst. Unter dem *Nutritor* stand neben dem *Praeceptor* der selbst dem Adel angehörige *Baiulus*, der die Ausbildung der Kampffähigkeit überwachte, aber auch Geschichts- und Wertvorstellungen vermittelte, die z.T. in romanischen bzw. deutschen Dichtungen fortleben.

Die Auffassung, das Ende öffentlicher Schulen habe auch das Ende von Kultur und Bildung bedeutet, ist ein vorschneller Schluß auf der Basis unzureichender Information.

Es gilt nun zu klären, ob es zwei getrennte „Bildungswege“ gab, für den geistlichen FührungsNachwuchs einerseits und den weltlichen andererseits. Es ist dies eine für die historische Beurteilung des fränkischen Adels wichtige Frage, neigt man doch besonders in Frankreich dazu, auf der einen Seite den weltlichen Adel als bedrückende Macht barbarischer Herkunft zu sehen, auf der anderen Seite den Klerus in römischer Tradition als Beschützer des „Volkes“ zu betrachten, oder als mit ihm gemeinsam leidend in einer brutalen Zeit.

Dem vornehmen Aridius, *traditus* an König Theudebert, wird die *Eruditio palatina* zuteil. Zusätzlich bittet er den Bischof von Trier, ihn in den christlichen Wissenschaften zu unterweisen. Der adelige Austrigisel, *in pueritia sacris litteris...institutus*, wird, als er die *Etas robustior* erreicht, König Guntram anvertraut: *Sub seculari disciplina prudenter militavit*. Ein Bischof erreicht seine Freigabe für den Klerus, und er wird nach „gemischter“ Ausbildung und Karriere Bischof von Bourges (†624). Von Wandregisel wird um 700 notiert, daß seine vornehmen Eltern ihn *ab ipsis inventu*tis sua*e rudimentis studiis iuxta moris secularium[!]eum in accione instituerunt**. Vom Amtsantritt heißt es: *Accipiens honoris terrenis (= honores terrenos) exercebat exactura: Actio/Exactura* sind Termini technici der Finanzverwaltung. *Actor* ist noch karolingisch der Leiter eines *Fiscus* (Krondomäne), der *Exactor* ist römisch wie fränkisch der Steuereinnehmer (Jean Durliat). Die Ausbildung des Kirchenmannes wird in einer späteren Quelle mit *Militaribus gestis ac aulicis disciplinis* gekennzeichnet und politisch-sozial aufschlußreich kommentiert: *Quidque ut nobilissimus, nobiliter educatus est. Audoin(s. Ouen) und seine zwei Brüder, wie er tief beeindruckt von Columbans Frömmigkeit und Reformideen, wurden dennoch am Hofe prudentissime eruditi ab inlustris viris optime. Aus der Aula regis*, in der er zu den führenden Beratern Dagoberts I. zählte, gelangte Audoin nach dessen Tod zum Bischofsamt. Von Ragnebert sagt die Vita (1. Hälfte des 8. Jahrhunderts), daß er im Palast erzogen wird *Armis doctus, assidue mundanae sapientiae floribus ornabatur undique*. Es ist offenkundig, daß hier zwischen *mundana sapientia* und Ausbildung in den Waffen unterschieden wird, so wie zuvor zwischen *militaria gesta* und *aulicae disciplinae*, daß aber beide jeweils Teile der Ausbildung waren. Sigmarinus (s. Siran) wurde einem *Vir Potens* anvertraut, *causa nutriendi*. Am Hof empfängt er, „wie das in solchen Fällen vorkommt“ (*ut assolet fieri*), *Honores-* er wird *Pincerna regis*, Mundschenk, und trägt *Vestis* und *Cingulum* als Rang- und Amtszeichen.*

Diese Belege sind von großer Geschlossenheit. Man hat den Eindruck, daß geistige Schulung als ranggemäß für den Hofdienst ebenso vorausgesetzt wurde wie die militärische, daß es am Hofe selbst die letztgenannte ebenso gab wie eine – wir würden heute sagen, fachlich-technische Ausbildung, die als „weltlich“ klar von der kirchlichen unterschieden wird, ferner, daß künftige Bischöfe und Äbte sehr häufig am Hof ausgebildet wurden, und dies gemeinsam mit ihren Brüdern und Vettern, die in der weltlichen Laufbahn blieben. Eine für die verschiedensten Verwendungen brauchbare Ausbildung für eine „Mehrzweck-Elite“ erlaubte es zugleich den Ausgebildeten bzw. ihren Familien, die Option frei zu halten, wenn sich hier die Verbindung mit einer *Nobilissima*

anbot, oder dort eine Bischofskirche oder Abtei frei wurde. Man mußte sich dann rasch entscheiden, fehlte es doch nicht an Konkurrenten. Alles spricht für eine gemeinsame Ausbildungsgrundlage am Hof. Dem Heranziehen der Adelsjugend an den Hof, und dem Eingehen des mächtigen Adels auf dieses „Angebot“ lagen starke politische Motive zugrunde. Die Zentralgewalt, ob König oder Hausmeier, suchte den Adel sowohl zu gewinnen als zu kontrollieren. Der Sohn aus einer in ferner Provinz mächtigen Familie konnte auch als Geisel für ihr Wohlverhalten dienen. Der Anreiz für die Großen, ihre Söhne an den Hof zu senden, bestand in der Aussicht, sie zu „plazieren“, eventuell mit Rangerhöhung, die nur der König legitimieren konnte.

Es war eine Zeit, in der der hohe Klerus auch in weltlichen Dingen unterwiesen und erfahren war, in der aber auch der Laienadel, wenn nicht immer schreiben (das war schon damals Sekretärssache), so doch lesen konnte. Ohne diese Grundlage wäre die spätere karolingische Reichsverwaltung gar nicht möglich gewesen. Die merowingische Schriftlichkeit war, wie Hartmut Atsma zeigen konnte, erheblich größer als angenommen, viel umfangreicher als die frühkarolingische. In der Zeit der Wirren, die der Machtübernahme der neuen Dynastie vorausgingen, hat sich manches verloren, was dann durch energische Reformen der Karolinger wieder üblich wurde, nun in einem dem klassischen Vorbild mehr als der spätromischen Gebrauchssprache angenäherten Latein.

Wer all dies konzediert, wird dennoch überzeugt sein, daß noch unter den späten Karolingern der große Abstieg begonnen haben muß zu einem weltlichen Adel, von dem man weiß, daß er die Schriftlichkeit ganz dem Klerus überlassen mußte. Wie einschneidend man sich die Kluft zwischen den Zeitaltern vorstellt, zeigt eine wichtige Bemerkung von Richard van Dülmen zum 15. – 16. Jahrhundert: „Der Hof ist aus der Erziehung des Adels vom Krieger zum Staatsdiener kaum wegzudenken“. Er betont dies als entscheidenden Wandel gegenüber dem, was Adel vorher gewesen sei. Bedenkt er aber, seit wann denn dieser, der doch schon in der Frühzeit eben nicht bloß zum Kämpfen, sondern vor allem zum Herrschen und Verwalten da war, überhaupt in den Status des bloßen Kombattanten herabgestiegen war? Die *Nobilitas* – d.h. die zusammen mit dem König das Machtmonopol über Land und Leute ausübenden weltlichen und geistlichen Großen – war zunächst der einzige Adel, und die einzige *Militia*. Der „niedere Adel“ entstand erst im 10. – 12. Jahrhundert aus den in die *Militia* als deren unterste Schicht neu aufgenommenen kleinen Vasallenkriegern. Die ihnen bis zu teilweiser Verschmelzung nahestehenden „Ministerialen“ waren allerdings wieder vorwiegend dem Dienst in der Verwaltung verpflichtet, nur spielte er sich, von einigen großen Reichsministerialen abgesehen, auf meist niederer Ebene ab. Man muß also verschiedene Adelswelten unterscheiden. Der ältere Adel, nach Entstehung des „Ritterstandes“ von diesem als „Herrenstand“ abgesetzt, über dem sich der „Fürstenstand“ erhebt, ist charakterisiert durch den eigenen Hof, sei es der des Fürsten, sei es der des Dynasten. Dieser hohe Adel ist Ausgangs- und Mittelpunkt der vielzitierten „höfischen Kultur“, zu der vom Germanisten Bert Nagel bemerkt wird: „Erstaunlich ist die Plötzlichkeit, mit der die neue höfische Ritterkultur entstand. Es bleibt unerklärlich, warum auf einmal der dichtende Ritter den dichtenden Kleriker in der Führung der Literatur

ablöste“. Genauere Erforschung der Bischofs- wie Fürstenhöfe in Frankreich (seit dem 9./10.Jahrhundert!) und Deutschland könnte zur Erklärung beitragen – gewiß ist jedenfalls, daß der Adel des 12.Jahrhunderts weder allein in militärischen Aufgaben aufging, noch ganz ungebildet war. Die „Lücke“ zwischen dieser höfischen Kultur und dem *Palatium* des Frankenreichs mit seiner nachweisbaren Elitenausbildung ist ein Forschungsproblem, das interessante Erkenntnisse verspricht. Wir müssen uns hier auf einige Texte und Beispiele beschränken, die schlaglichtartig die historische Szene erhellten.

In Erinnerung an die Ausbildung, die ein Bischof des 7.Jahrhundert am Hofe empfangen hatte, heißt es in einer Quelle des 10./11.Jh.: *Sicut olim(!) moris erat nobilibus*. Das könnte auf völligen Einbruch des alten Systems hinweisen. Doch lesen wir, was Asser vom Hof Alfreds des Großen berichtet, der im 9.Jahrhundert philosophische, historische und geographische Schriften des Altertums ins Angelsächsische übersetzen ließ und selbst dabei mitarbeitete. Seinen Sohn Aethelward gab er in die (Hof-)Schule, wo dieser studierte *cum omnibus pene totius regionis nobilibus infantibus et etiam multis ignobilibus*. Die Söhne des Adels werden am Hofe ausgebildet, zusammen mit dem Königsohn, aber auch mit begabten Nichtadligen. Aber was lernen sie? *In qua schola utriusque linguae libri, latinae sc. et saxonicae assidue legebantur; scriptio quoque vacabant, ita, ut antequam aptas humanis artibus vires haberent, venatoriae sc. et ceteris artibus, quas nobilibus convenient, in liberalibus artibus studiosi et ingeniosi viderentur*. Hier lebt im 9. und 10.Jahrhundert am Hof von Wessex viel von dem fort, was uns vertraut erscheint, mit Einbeziehung nichtadliger Schüler, und mit der zusätzlichen Leistung, daß der Schreibunterricht, auch für die Laien, über die lateinischen Texte hinaus auf die angelsächsischen ausgedehnt wird. Das sind nicht literarische Fiktionen des Autors. Die Angelsachsen allein haben im sonst bis zum 12.Jahrhundert lateinischen Schrift-Europa Verwaltung in der Landessprache mit Briefen und Urkunden(*writs*) entwickelt. Mit dieser Schriftlichkeit (die in manchen Urkundenlehrern nicht einmal erwähnt wird) haben sie den späteren normannischen Herren die Anlage des Wunderwerks des Domesday Books erst ermöglicht.

Wie hat man sich auf dem Kontinent, der „Lateinisch“ blieb bis zum 12./13.Jahrhundert, ein eventuelles Fortleben der karolingischen Verhältnisse vorzustellen? Was blieb möglich, was hat sich geändert? Eng blieb die Verbindung von Hof, hohem Klerus und kirchlicher Karriere. Der Interessenkonflikt zwischen Königsdienst und Diözese lebte im ottonisch-salischen Episkopat fort – der „cumul des fonctions“ bleibt ein Problem für die Reformer aller Zeitalter. Auch das Westreich hat seinen Hofepiskopat, wenn auch in einem enger werdenden Umkreis der vom Hof noch kontrollierten Bistümer. Fulco jedenfalls, *vir valde nobilis et palatinis assuetus officiis* erfüllte damit alle Voraussetzungen, Erzbischof von Reims zu werden und Staatsmann zu bleiben. Die Reimser Schule führt unter ihm die Tradition Hinkmars weiter und strahlt aus nach Lotharingien, wo Utrecht und Lüttich neue Zentren werden, von denen der ottonische Hof profitierte: Heinrich I. läßt seinen Sohn Bruno in Lotharingien ausbilden. Otto I. macht ihn zum Erzbischof von Köln, das zu einer „Pflanzschule“ für den Nachwuchs in Hofkapelle, Kanzlei und Episkopat wurde. Im heimischen Sachsen förderten die

Ottonen die Domschule von Hildesheim. Neben ihr wurde im Reich später noch das von Heinrich II. begründete Bistum Bamberg wichtig, dessen Schule im 11.Jahrhundert von einem „Transfer“ vorzüglicher Lehrer aus Lotharingien profitierte. Der Adel beachtete sorgfältig, welche Schulen die besten Karriereaussichten boten. Der Hof war nicht mehr selbst die beste Schule, blieb aber der Ort, an dem man – nach der geistigen Ausbildung in den besten Domschulen oder Abteien – den Reichsdienst erlernte, als Notar in der Kanzlei oder in anderer Funktion in der „Hofkapelle“ tätig war, ehe man als Bischof oder Abt erneut im Reichsdienst, aber natürlich auch im Dienst der eigenen Kirche wirkte – beides galt als „Gottes-Dienst“. Reichskirche und, so dürfen wir sagen, Ausbildung ihrer Elite unter unmittelbarer Mitwirkung des Kaiserhauses haben entscheidend dazu beigetragen, daß im 10.–12.Jahrhundert aus den im ostfränkischen Reich zum Teil gewaltsam zusammengefügten Völkern Deutschland entstand.

Der engste Zusammenhang von adliger Herkunft, adliger Ausbildung und adliger Machtausübung blieb weiter bestehen, das „Bildungsmonopol“ hatte einen neuen Höhepunkt erreicht.

Im 11.Jahrhundert treten jedoch in Frankreich (Robert II.) wie Deutschland (Heinrich II.) Veränderungen in Bezug auf die Herkunft auf: Nicht-Hochadlige können, über das Mönchtum, zur Bischofswürde aufsteigen. Von vier Absolventen der Bamberger Schule, die Bischof von Toul und Osnabrück bzw. Erzbischof von Köln und Mainz wurden, war der Mainzer zwar ein Grafensohn, aber Benno II. von Osnabrück und vor allem Anno von Köln stammten aus bescheideneren schwäbischen Familien. Anno war zuvor Propst der Pfalzkirche von Goslar, deren Kanoniker seit Heinrich III. gute Chancen hatten, Bischof zu werden. Als Erzbischof brachte er in der Reichskrise während der Minderjährigkeit Heinrichs IV. den jungen König in seine Gewalt und war zeitweilig der erste Mann im Reich. Bei seinem Sturz spielte auch der Vorwurf seines mangelnden Adels eine Rolle. Das erinnert an Ebo, Erzbischof von Reims, der sein Amt Ludwig dem Frommen verdankte, seinen Herrn später verriet und unwürdig behandelte. Der adelige Koblenzer Propst Thegan kommentierte Ebos Absetzung nach der Wiederherstellung Ludwigs, indem er ihn übertreibend einen *Servus vilissimus* nannte. Sein Leben konnte nur der Reflex seiner Herkunft sein: Ludwig habe gesehen, wohin es führt, wenn man am Hof aufwachsende begabte Leute geringer Herkunft in hohe Ämter erhebt. Frei habe er ihn machen können, aber nicht adlig, das sei unmöglich. Nur der Adlige war für seine hohe Aufgabe geboren: diese römische Tradition hat Heinzelmann für den galloromanischen, dann fränkischen Episkopat bis in Einzelheiten der Tugendlehre und bis zum Tatenruhm nach dem Tode nachgewiesen. Es war ein sich mit dem germanischen Pendant verbindender Adelsstolz, der in Grabinschriften den Bischof nach seinem Tode am Tische des himmlischen Königs sitzen sah, wie zu Lebzeiten an der Tafel des irdischen. Ganz irrig hat man Texte, die den Adel der Seele über den des Blutes stellen, adelsfeindlich gedeutet. Das Ideal war, den Adel der Geburt durch den vor Gott noch viel wichtigeren Adel der Seele zu übertreffen.

Die zitierten Belege eines im hohen Klerus fortduernden Bildungsmonopols des hohen Adels lassen sich durch eine negative Gegenprobe ergänzen, mit der sich zugleich die große Wende in der abendländischen Sozialstruktur ankündigt. Es ist Otto

von Freising, derselbe, der das konservative Weltbild in seiner gewaltigen, auf Augustin wie auf Orosius fußenden *Historia de Duabus Civitatibus* noch einmal zusammenfaßte, der mit Entsetzen und Empörung in Italien sehen muß, daß man dort Leuten ohne Rang und Stand nicht nur das Studium ermöglicht, sondern ihnen Amt, Rang und Würden zukommen läßt (*Gesta Friderici II*, 14): *Inferiores conditionis iuvenes... quos ceteres gentes* (vor allem die Deutschen!) *ab honestioribus et liberioribus studiis tamquam pestem propellunt, ad militie cingulum vel dignitatum gradus assumere non dignantur*. Die von sichtlicher Sorge diktierte kraftvolle Polemik erinnert noch einmal daran, daß die *honestiora et liberiora studia*, wie ihr Name schon verrät, Sache der *Honestiori* zu sein haben, genau wie die *Artes Liberales* und die *Schola* (griech. *Schole* entspricht dem lat. *otium*, vgl. *otium cum dignitate!*). Rang und Bildung gehören zusammen, weshalb in der Welt der Studien die durch Geburt (*Conditio*: Sklave, frei oder adlig ist man sein Leben lang) *inferiores* wie die Pest zu meiden sind.

In Italien hatten seit dem 11. Jahrhundert die Städte begonnen, die soziale Welt wie die der Studien zu verändern, mit Söhnen von Reichen, die auf andere Weise zu Reichtum und Macht gekommen waren als der alte Adel. Mit dem Aufstieg neuer Bildungsschichten in maßgebliche Positionen geht das Machtmonopol verloren: nicht der Herrscher braucht unbedingt den Adligen, aber dieser braucht den Fürstendienst, um seinen kostspieligen Lebensstil aufrecht erhalten zu können in einer Zeit, in der die konstante Grundrente bei Geldwertverfall im immer größeren Geldumlauf den Grundherrn nicht mehr nährt. Von den Herrschern haben die Könige Frankreichs und Englands von den neuen Eliten wie von den neuen Schulen und Universitäten zuerst Gebrauch gemacht: „Legisten“ formulierten die Rechte des französischen Königums neu, mit dauerhaften Folgen. Die Kaiser haben zwar früh die Professoren der überragenden Rechtsschule von Bologna privilegiert, und die deutschen Fürsten haben in ihren zu Territorialstaaten aufsteigenden Territorien Juristen, also Doktoren, neben die adligen Helfer treten lassen, aber im Reich vermochten sie den Wandel zu blockieren, bildeten sie doch selber in ihrer Gesamtheit das Reich, mit den geistlichen Kurfürsten an ihrer Spitze. Hier überlebte das Privileg des Hochadels. Modernität und Macht konzentrierten sich in den Monarchien des Westens, den Territorien Mitteleuropas und in den neuen Einzelstaaten Italiens, die kaiserlicher und päpstlicher Vorherrschaft entwachsen waren. Nach dem Adelsmonopol vom römischen Reich bis um 1200, das zugleich ein „lateinisches Zeitalter“ war, folgte bis zum Ende des „Ancien régime“ die Periode, in der nichtadlige Eliten *neben* die adligen traten und z.T. selbst in den Adel aufstiegen, bevor nach den Revolutionen die neuen Eliten, von Reservaten in Militär und Diplomatie abgesehen, *an die Stelle* des Adels getreten sind. Das, und nicht „Mittelalter“ und „Neuzeit“, sind die Epochen der europäischen Sozialgeschichte.

So stark die Kontinuität in der Karriere der geistlichen Eliten im Königsdienst war, so groß ist die Diskontinuität im weltlichen Bereich. Dieses Faktum hat auch zu den Urteilen über die „Unbildung des Adels“ beigetragen. Soll das aber bedeuten, daß der Laienadel tatsächlich unkultiviert war, nur weil er *illiteratus* war, was ja nur hieß: nicht in lateinischer Sprache, Literatur und Kultur ausgebildet?

Ein Korrektiv einseitiger Auffassungen bietet die angemessene Beachtung der adligen

Frau, insbesondere der Fürstin. Manche haben sie bei der Darstellung vermeintlicher Barbarei des Laienadels vergessen, andere haben ihre klägliche, abhängige Situation betont und gar – angesichts der Verehrung der Dame in der höfischen Dichtung – vermutet, es habe sich dabei in der Adelsspädagogik der Kirche um eine Art Askese gehandelt, die vom jungen Adligen verlangte, in den Dienst eines so offensichtlich untergeordneten Wesens zu treten. Wenn aber das Wort gilt, das Niveau einer Kultur lasse sich ablesen aus der Stellung, die die Frau in ihr einnimmt, so ist historisch die Monarchie, die ohne Hof so wenig denkbar ist wie der Hof ohne die Frau, der Männergesellschaft der Republik unter diesem Gesichtspunkt überlegen. Die Herrscherin steht in den monogamen Kulturen im Mittelpunkt des Hofs und ist zugleich Gradmesser seines Kulturniveaus. Selbst die unleugbare prinzipielle Dominanz des Mannes im europäischen Adel hat weder den Einfluß der Gattinnen auf Herrscher und Regierung, noch die bedeutende Rolle von Witwen als Regentinnen für den minderjährigen Thronfolger verhindert. Von Eliten zu reden, ohne die Damen der Eliten zu beachten, die ja ihr stabilisierendes, Maßstäbe setzendes und Schranken aufrichtendes Element gewesen sind, wäre ein Lapsus. Gerade aus der Ausbildung der (weltlichen) Eliten ist die Frau nicht wegzudenken. Sie bildet überdies ein integrierendes Element zwischen Klerus und Laienadel: einerseits gehört sie in die Welt des Vaters, Gatten, Sohnes, andererseits hat sie mit dem Klerus zumindest im Prinzip die Waffenlosigkeit gemein und damit die Anwendung anderer Waffen, um Einfluß zu üben. Dem entspricht die Bedeutung der Rolle, die von der Kirche der fürstlichen Gemahlin ergänzend zu der des Beichtvaters zugedacht wurde. Historische Höhepunkte stellen ihre Mitwirkung an der Bekehrung des Gatten dar. Nicht weniger wichtig war weibliches Wirken im Bereich von Sitte und Lebensweise, in der Bewahrung gewisser Normen im Bereich der Familie und des Hofes. So ist auch die Bildung nicht durchweg vernachlässigt worden und hat spezifische Formen und Wirkungen erreicht. Die Sorgfalt, die auch im merowingischen Adel der Ausbildung der Töchter, und nicht nur der Söhne, zuteil wurde, belegt ein Satz der Vita der vornehmen Sadlaberga aus dem Ende des 7.Jahrhunderts: *Quantum..nobilior natalibus, adeo in nutriendi cura fuit parentibus sollicitior.* Adel verpflichtet, das galt schon früh auch für die Ausbildung. Ein Beispiel unter vielen für den Einfluß der Frau des Fürsten: Die anglonormannische Königstochter Adela hat ihren Mann, den Grafen Stephan von Blois und Chartres dominiert, nach seinem Tode allein regiert und ihre Residenz Chartres zu einem kulturellen Zentrum gemacht. In ihm darf man den Ursprung der sog. Oxford Handschrift der Chanson de Roland wie der in ihrem Text gegebenen Verschmelzung normannischer und fränkisch-französischer Traditionen suchen, im gleichen Chartres, dessen Schulen jetzt führend wurden. Sie wurden von Studenten gerade auch aus England aufgesucht, wie Johann von Salisbury, der dort schließlich Bischof wurde.

Adela war Gegenstand literarischer Verherrlichung in lateinischer Sprache, in einer Zeit, in der das Preisen der Fürstin zum Element höfischer Dichtung werden sollte. Die Gattin des Fürsten oder Dynasten achtete zwar im Gemahl den *Senior* (nicht etwa *Dominus*), war aber ihrerseits *Domina* („Dame“) seiner ritterlichen Vasallen, und konnte von ihnen verehrt und besungen werden, übrigens nach Vorgang der ersten

Troubadours aus hohem Adel, der damit auch sein geistiges Niveau demonstrierte. Für die nichtlateinische Dichtung noch bedeutsamer war eine andere Königstochter in Troyes, am Hof einer andern Linie des Hauses Blois, Marie de Champagne. Als Tochter Ludwigs VII. von Frankreich und der Eleonore von Aquitanien nimmt sie eine Brückenposition zwischen provenzalischer und französischer Dichtung ein, und war u.a. die Gönnerin eines Chrétien de Troyes.

Wir sind damit mitten in der Adelskultur des 12. und 13.Jahrhunderts, in der in Deutschland die literarischen Modelle (Themengruppen wie einzelne Werke) aus dem Westen selbstständig weiterverarbeitet wurden. Frankreich ist für die deutschen Ritter das Land, in dem sie „wahre Ritterschaft“ erlernen können (Wolfram von Eschenbach). Höfische Zentren wie die Wartburg des thüringischen Landgrafen, oder das Wien der Babenberger haben sich in Niveau und Einfluß dem angenähert, was in Troyes geleistet worden war. Von einer völligen Kluft zwischen Bildung in lateinischer Tradition und weltlichen Lebensformen konnte keine Rede sein, wie der gesicherte Befund zeigt, daß der *Archipoeta*, Autor einiger der durch die Sammlung der *Carmina Burana* berühmten Trink- und Liebeslieder, wenn nicht ein adliger Aachener Propst – auch in der kaiserlichen Kanzlei tätig – so doch ein adliger Kleriker war. Die Literatur löst sich, ständig von den Anregungen der weltoffenen Kleriker profitierend, aus der lateinischen Sprachwelt in einer Zeit, in der auch im Urkunden- und Rechtswesen die Vernakularsprachen hervortreten. Dementsprechend gab es höfische Autoren, die selbst Studien betrieben hatten, vor Hartmann von Aue (*ein Riter so geleret was, daz er an den Buochen las*) vor allem Chrétien de Troyes, dessen literarisches Werk mit Ovid-Übersetzungen einsetzt. Schon die Thematik zeigt neue Bildungsinteressen der höfischen Welt, der es gleichgültig war, ob der Autor Kleriker war oder nicht, zumal die eigene „ritterliche“ Vorstellungswelt unbefangen in den antiken Kontext transponiert wird (genau wie im Bildschmuck vieler Handschriften). Dies konnte umso eher geschehen, als man sich der Einheit aller „Ritterschaft“ von der alten *Militia* an (deren Anfänge man in „Athen“ sah, von wo sie über Rom nach Frankreich gekommen sei) bewußt war, ein Gedanke, der einer vom Humanismus-Erbe des „Untergang Roms durch die Barbaren“ beherrschten modernen Forschung als abstrus erscheinen mußte, während heute im legendären Gewand sein wahrer Kern erkannt wird. In der höfischen Dichtung treten ja auch Normen auf, in denen sich klassische *Virtutes* und vom Herrscher in lateinischen Fürstenspiegeln geforderte Eigenschaften im französischen und deutschen Sprachgewand wiederfinden: aus der *Liberalitas* wird *Milte*, aus der *Fides* (gegen Gott, den Lehnsherrn und den Ehegatten) *Truiwe*, aus der *Magnanimitas*, essentiell für den hohen Rang, wird der *Hohe Muot*, etc. Von den Idealen, die Heinzelmann für die Frühzeit nachwies, in der es sogar einen *Canon morum senatoriae dignitatis* gab, bis zur Begriffswelt im deutschen 12. und 13.Jahrhundert führten viele Wege, nicht nur der über eine Schrift des Wernher von Elmendorf, der in der Germanistik große Bedeutung für die vermeintlich jetzt erst entstandene „ritterliche Tugendlehre“ beigemessen wurde.

Auch die weniger „gelehrten“ und geförderten Dichter reisten von Hof zu Hof quer durch Europa, mit entsprechendem Bildungsertrag, den sie andern weitervermittelten,

wie der faszinierende Oswald von Wolkenstein. Das sind Eliten, die sich vor den modernen in Niveau und Talent nicht zu verstecken brauchen.

Die „Lücke“ zwischen höfischer Kultur und der des fränkischen *Palatium* kann also dergestalt umschrieben werden, daß einerseits eine „Arbeitsteilung“ sichtbar wird zwischen zwei Eliten mit jetzt getrennter Ausbildung, und andererseits ein enger Zusammenhang beider Eliten in der Familie wie am Hof, in politischen und geistigen Vorstellungen bis hin zum literarischen Ausdruck.

Wie ist es vor dieser Entwicklung – im 10. und 11. Jahrhundert –, um die geistigen Fähigkeiten und Möglichkeiten des Laienadels bestellt? Daß sich geistiges und moralesches Niveau in einer wie stets überaus fragwürdigen Umwelt im Adel mit der Schriftlichkeit nicht verloren haben, zeigte für die Zeit nach der „karolingischen Renaissance“ Claude Carozzi an zwei bemerkenswerten Beispielen. Odo von Cluny, der berühmte Reformabt, war Sohn des edlen Abbo, der die „Geschichten der Alten und die Novellen des Justinian aus dem Gedächtnis zitieren konnte“. Neben der adelsüblichen Rechtsausbildung schwingt hier die Wirkung der *Lectio* mit, die am Hofe geistliche wie historische Texte den geistlichen und weltlichen Hörern vermittelte. Dem religiösen Ernst, den Odo beim Vater kennengelernt hatte, genügte das weltliche Treiben der Kanoniker in Saint-Martin de Tours nicht, er wurde Mönch. Für das frühe Reformmilieu ist kennzeichnend, daß dieser fromme Sohn eines frommen Vaters dann selbst das Leben des Gerald von Aurillac, eines hochadligen Laien von vorbildlicher Lebensführung als erste Laien-Heiligenvita geschrieben hat. Auch hier wird Frömmigkeit und Bildung von Gerald's Vater hervorgehoben, natürlich auch als Modell für den Adel. Hier erkennt man, aus welcher Welt der Reformgeist gekommen ist. Die Großen selbst haben, wenn nötig *manu militari*, schlechte Mönche oder an ihrer Stelle etablierte Kanoniker vertrieben und Reformmönche installiert. Zusammenwirken weltlicher und geistlicher Kräfte gab es auch in der „Gottesfriedensbewegung“, in der gemeinsam die Friedensstörer bekämpft wurden. Zusammenleben gab es dauernd an den Höfen, sei es der Bischöfe, die in ihren Gerichtsurkunden vom Domklerus wie von ihren weltlichen Vasallen umgeben auftreten, sei es der Könige und Fürsten. Diese Höfe sind vom 9. bis 11. Jahrhundert geprägt durch eine lateinisch-nationalsprachliche Mischkultur, deren wichtigster Träger der Hofklerus war. In ihm hat man das „missing link“ zwischen lateinischer Tradition und der Kultur des Laienadels zu sehen, und damit die Grundlage der höfischen Kultur des 12. Jahrhunderts.

Auch an den zahlreichen Bischofshöfen waren die hochadligen Kleriker ein wichtiges Publikum, den Freuden adligen Lebens (Jagd, Gelage mit Späßen und Dichtervortrag) ebenso zugetan wie den Idealen und dem Ruhm eines Adels, dem sie in angesehener Position in ihrer Familie angehörten. Epische wie satirische Literatur ist in diesem Milieu zuerst zum Vortrag gekommen. Anachronistische Vorstellungen von Klerus und Kirche haben den Blick auf Leistung und Wirkung der Hof- und Klerikerkultur verstellt, durch die vom 9.-12. Jahrhundert die adelige Laienkultur flankiert und mitgeprägt wurde.

Fassen wir zusammen:

1. Ein Jahrtausend lang war im christlichen Europa der Adel im damals untrennba-

ren politischen und kirchlichen Bereich nicht *eine*, sondern die *einzig* Elite, die auch in vielen anderen Bereichen dominierte. *Nobilitas* war nicht nur ein lateinisches Wort, sondern eine römische Institution, die, stärker als man bisher glaubte, in der nachrömischen Welt fortlebte. Rom hatte ein in Europa konkurrenzloses Modell staatlicher Organisation und gegliederter Eliten geschaffen und die nachrömischen Machträger in ein sie faszinierendes System von Rangstufen und Rangzeichen integriert, auch die Kirche, deren „Hierarchie“- in „Byzanz“ und Rom direkt aus römischer, staatlicher Wurzel gewachsen – zum soziologischen Terminus für das Phänomen wurde.

2. Die Verbindung von Adel und Monarchie lief im wesentlichen über den Hof, dem neben seiner im vollem Wortsinn „zentralen“ politischen auch große kulturelle Bedeutung zukam. Die Geschichte des Hofs der Monarchen und der zahllosen Höfe der Bischöfe und Dynasten ist einer der wichtigsten Zugänge zum Verständnis der politischen und Kulturgeschichte Europas. Unentbehrlich ist sie für die Erforschung seiner alten Eliten.

3. Wegen des Umfangs seiner Kompetenzen wie seiner Herrschaftsansprüche mußte der Adel vielseitig sein, so daß von einer Mehrzweck-Elite gesprochen werden kann, une élite à utilisation multiple. Es hat sich gezeigt, daß in fortlebender Tradition antiker Eliten und im wohlverstandenen Interesse der Karriere der Machtanspruch von einem ranggemäßen Bildungswillen begleitet gewesen ist, daß neben dem „Machtmonopol“ des Adels sogar von einem „Bildungsmonopol“ gesprochen werden kann. Damit erledigt sich nicht nur die aus bürgerlichem und, horribile dictu, gelehrtrem Vorurteil geborene Legende von der notorischen Interesselosigkeit des Adels an geistigen Gütern, es wird auch deutlich, daß auch diese Welt, wie alle anderen Distinktionen auch, von den aufsteigenden neuen Eliten übernommen und erst sekundär angeeignet worden ist. Nicht nur die Bürgermacht ist Erbin der Adelsmacht, auch die bürgerliche Kultur ist Erbin alter Adelskultur, in die sie allerdings früh neue, ihrer Lebenswelt eigene Elemente eingebracht hat. Es war also nicht so, als ob der Aufstieg neuer Eliten überhaupt erst „Bildung“ an Stelle der „Geburt“ setzte, wie es eine anachronistische Rückübertragung aus dem 19.Jahrhundert nahelegen konnte. Vielmehr wird dieser Aufstieg durch das Brechen des Bildungsmonopols des Adels ebenso charakterisiert wie durch das Brechen seines Machtmonopols.

Da, wo die alten Eliten nicht mehr bereit waren, in Ausbildung, Königsdienst, Kirchendienst und Führung der ihnen, wie sie glaubten, von Gott zur Herrschaft übergebenen Menschen ihre Aufgabe zu erfüllen, in einem harten, hohe Ansprüche an sie stellenden Leben, da, wo bloße Prätention und Genuß auf Kosten anderer an die Stelle von Willenskraft, Mut und Kompetenz traten, da war, wie für alle Eliten, die ihre Funktion nicht mehr erfüllen, das Ende nahe. Aber es gab nicht nur das Ende durch Dekadenz, wie es die nachrevolutionäre Legende will. Das Ende der Macht auch für den weiterhin leistungswilligen Teil des Adels war durch den säkularen Prozeß des gerade auch durch eine „Bildungsrevolution“ unaufhaltsamen Nachdrängens neuer Eliten bedingt, die sich mit der zur Staatsmacht werdenden Königsmacht verbündeten, um endlich auch diese abzulösen. Ehe die von Reinhart Koselleck definierte Phase eintrat, in der dem Adel nach Verlust des politisch-rechtlichen Vorrangs nur der soziale blieb,

hat er zeitweilig seine Macht gegenüber Krone wie Volk sogar noch ausgedehnt und durch den Widerstand, den dies auslösen mußte, seinen Sturz beschleunigt. Sein Anspruch war durch den Wandel im politischen Denken obsolet geworden.

Bibliographische Hinweise

Generell sei verwiesen auf:

Karl Ferdinand Werner, *Naissance de la Noblesse. L'essor des élites politiques en Occident* (künftig bei Fayard, Paris; dt. bei Siedler, Berlin).

Reinhart Koselleck, „Zur anthropologischen und semantischen Struktur der Bildung“, in: *Bildungsbürgertum im 19.Jahrhundert*, Teil II: Bildungsgüter und Bildungswissen, Hg. Reinhart Koselleck, Stuttgart 1990, S.11–46.

Françoise Thelamon (Hg.), *Sociabilité, pouvoir et société*, Rouen 1987.

Henri-Irénée Marrou, *Histoire de l'éducation dans l'antiquité*, Paris '1965, S.446ff.

Ernst Robert Curtius, *Europäische Literatur und lateinisches Mittelalter*, Bern '1963 (zuerst 1948).

Alexander Murray, *Reason and Society in the Middle Ages*, Oxford 1978.

Philippe Wolff, *L'Eveil intellectuel de l'Europe*, Paris 1971.

Arnold Angenendt, *Das Frühmittelalter. Die abendländische Christenheit von 400 bis 900*, Stuttgart 1990.

Pierre Riché, *Ecoles et enseignement dans le Haut Moyen Age. Fin du 5e-milieu du 11e siècle*, Paris 1989 (1.Aufl. 1979); ders.; *Education et culture dans l'Occident barbare (6e–8e siècle)*, Paris 1972 (1.Aufl., 1962); ders.; *Instruction et vie religieuse dans le Haut Moyen Age*, Londres 1981.

Michel Banniard, *Genèse culturelle de l'Europe, 5e–8e siècle*, Paris 1989;

Ders., VIVA VOCE. Communication écrite et communication orale du 4e au 9e siècle en Occident Latin, Paris 1992.

Detlef Illmer, *Erziehung und Wissensvermittlung im frühen Mittelalter*, Kastellaun/Hunsrück 1979.

Martin Heinzelmann, *Bischofsherrschaft in Gallien. Zur Kontinuität römischer Führungsschichten vom 4. bis zum 7.Jahrhundert*, Zürich u.a. 1976.

Stéphane Lebecq, *Les origines franques, 5e–9e siècle*, Paris 1990.

Jean Chélini, *L'Aube du Moyen Age. Naissance de la chrétienté occidentale. La vie religieuse des laïcs à l'époque carolingienne*, Paris 1991.

Jean-Pierre Poly et Eric Bournazel, *La mutation féodale, 10e–12e siècle*, Paris '1990.

Gerd Althoff, *Verwandte, Freunde und Getreue. Zum politischen Stellenwert der Gruppenbindungen im frühen Mittelalter*, Darmstadt 1990 (wichtig zu Herrschaft u. Adel).

Reto R. Bezzola, *Les Origines et la formation de la littérature courtoise en Occident (500–1200)*, 3 Teile in 5 Bdn., Rom 1944–1963.

Josef Fleckenstein (Hg.), *Curiatitas. Studien zu Grundfragen der höfisch-ritterlichen Kultur*, Göttingen 1990.

Joachim Bumke, *Mäzene im Mittelalter. Die Gönner und Auftraggeber der höfischen Literatur in Deutschland, 1150–1300*, München 1979; ders., *Höfische Kultur, Literatur und Gesellschaft im hohen Mittelalter*, 2 Bde., München 1986.

Peter Classen, *Studium und Gesellschaft im Mittelalter*, Stuttgart 1983.

Johannes Fried (Hg.), *Schulen und Studium im sozialen Wandel des hohen und späten Mittelalters*, Sigmaringen 1986.

Im Einzelnen: (In der Reihenfolge der Erwähnung bzw. Benutzung im Text)

Joachim Wollasch, „Neue Methoden der Erforschung des Mönchtums im Mittelalter“, in: *Historische Zeitschrift* 225 (1977), S.529–71 (S. 561ff. Cluny-Armenspeisung).

Karl Jordan, *Die Entstehung der römischen Kurie*, Darmstadt 1962 (S. Fleckenstein, Curialitas).

Armin Wolf, „Die Gesetzgebung der entstehenden Territorialstaaten“, in: Helmut Coing (Hg.), *Handbuch der Quellen und Literatur der neueren europäischen Privatrechtsgeschichte*, Bd. 1, München 1973, S.517–800.

Richard FitzNigel, *Dialogus de Scaccario. The Course of the Exchequer*, Hg. Charles C. Johnson, Oxford 1983 (zuerst 1956; mit Übersetzung und wichtiger Einleitung).

A. Kieser, „Von asketischen zu industriellen Bravourstücken. Die Organisation der Wirtschaft im Kloster des Mittelalters“, *Mannheimer Berichte* 30 (1986), S.3–16.

Hubert Treiber u. Heinz Steinert, *Die Fabrication des zuverlässigen Menschen. Über die „Wahlverwandtschaft“ von Kloster und Fabrikationsdisziplin*, München 1980.

Jean Durliat, *Les finances publiques de Dioclétien aux Carolingiens (284–889)*, Sigmaringen 1990.

Barbara Tuchman, *The Proud Tower. A Portrait of the World before the War, 1890–1914*, London 1966; dt.: Der stolze Turm, München 1969, S.16ff.

Zu den äl. französischen Vorurteilen, s. Pierre Riché im Vorwort zu seiner Neuauflage von Ferdinand Lot, *La fin du monde antique et le début du Moyen Age*, Paris 1989, S.I–XVI.

Karl Ferdinand Werner, „Adel“, in: *Lexikon des Mittelalters*, Bd. 1, col. 119–128; ders., „Du nouveau sur un vieux thème. Les origines de la „noblesse“ et de la „chevalerie“, in: *C.r. de l'Acad. des Inscr. et B.-L.* (1985), S.185–200; ders., „Formation et carrière des jeunes aristocrates jusqu'au 10e s.“, in: C. Amado u. G. Lobrichon, *Mélanges Georges Duby* (im Druck).

Martin Heinzelmann, „*Studia Sanctorum*, Éducation, milieux d'instruction et valeurs éducatives dans l'hagiographie en Gaule jusqu'à la fin de l'époque mérovingienne“, in: *Haut moyen âge. Culture, éducation et société. Etudes offertes à Pierre Riché*, Garenne-Colombes 1990, S.105–138.

Zu Augustin Thierry: Karl Ferdinand Werner, *Les origines*, Paris 1984, S.42f.; dt. Ausgabe: *Die Ursprünge Frankreichs bis zum Jahr 1000*, Stuttgart 1989, S.52 u. S.585–587 (Literatur).

Jean Durliat, a.a.O., S.258.

Manuel J. Pelaez, „Aula Regia“, *Lexikon des Mittelalters*, Bd. 1, col. 1234f.

Heiric, *MGH, Poet. lat. aevi Carolini*, tomus III/2, 1896, S.429.

Richard van Dülmen, *Entstehung des frühneuzeitlichen Europa, 1550–1648*, Frankfurt/M. 1982, S.325 u. 333.

Bert Nagel, *Staufische Klassik. Deutsche Dichtung um 1200*, Heidelberg 1977, S.72; Vgl. jetzt Josef Fleckenstein, „Miles und clericus am Königs- und Fürstenhof. Bemerkungen zu den Voraussetzungen, zur Entstehung und zur Trägerschaft der höfisch-ritterlichen Kultur“, in: Fleckenstein, Curialitas, S.302–325.

Asser's *Life of King Alfred*, Hg. W.H. Stevenson, Oxford 1904, Kap. 75, S.58. Laienbibliotheken: Pierre Riché, „Les bibliothèques de trois aristocrates laïcs carolingiens“, in: *Le Moyen Age* 69 (1963), S.87–104.

Gunther Wolf, „Erzbischof Brun I. von Köln und die Förderung gelehrter Studien in Köln“, *Miscellanea Mediaevalia* 20 (1989), S.299–311; *Bernward von Hildesheim und das Zeitalter der Ottonen*, 2 Bde., Mainz 1993.

Zu Anno v. Köln: Herbert Zielinski, „Zu den Hintergründen der Bischofswahl Pibos von Toul“, in: *Medieval Lives and the Historian. Studies in Medieval Prosopography*, Hg. Neithard Bulst u. Jean-Philippe Genet, Michigan 1986, S.90–96, hier S.93f. Zum Otto v. Freising-Zitat: Tilman

Struve, „*Pedes rei publica. Die dienenden Stände im Verständnis des Mittelalters*“, in: *Historische Zeitschrift* 236 (1983), S.1–48, hier S.38.

Zu Italien grundlegend: Hagen Keller, *Adelsherrschaft und städtische Gesellschaft in Oberitalien vom 9.–12. Jahrhundert*, Tübingen 1979.

Karl Ferdinand Werner, „Les femmes, le pouvoir et la transmission du pouvoir“, in: *La Femme au Moyen Age*, Hg. Michel Rouche u. Jean Heuclin, Paris 1990, S.365–379 u. S.461–463.

John F. Benton, „The court of Champagne as a Literary Center“, in: *Speculum* 36 (1961), S.551–591, hier S.553ff., 561f. u. 589; Die Gräfin regt Chrétien de Troyes, der sie Madame de Champaigne nennt, an, den „Lancelot“ zu schreiben. Sie hatte ebenso Einfluß auf lateinische Autoren (Andreas Capellanus).

Archipoeta: Johannes Fried, „Der Archipoeta – ein Kölner Scholaster?“, in: *Ex ipsis rerum documentis. Beiträge zur Mediävistik. Festschrift für Harald Zimmermann zum 65. Geburtstag*, Hg. Klaus Herbers, Hans Henning Kortüm u. Carlo Servatius, Sigmaringen 1991, S.85–90; Rudolf Schieffer, „Bleibt der Archipoeta anonym?“, in: *Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung* 98 (1990), S. 59–79.

Ernst Robert Curtius, „Das ‚ritterliche‘ Tugendsystem“ in: ders., a.a.O., S.506–521.

Dhuoda, *Manuel pour mon fils*, Hg. Pierre Riché, Paris 1975.

Claude Carozzi, „De l'enfance à la maturité. Etude d'après les vies de Géraud d'Aurillac et d'Odon de Cluny“, in: *Actes du 102e Congrès national des Sociétés savantes*, Paris 1979, S.103–116.

Karl Otmar Freiherr von Aretin

Der Adel als politische Elite

Ein Vortrag über den Adel in der Neuzeit mit Schwerpunkt 19./20.Jahrhundert im Rahmen dieser Tagung muß sich notwendig auf seine Rolle als bürokratische und militärische Elite beschränken. Bei der Darstellung des Adels und seiner Stellung in der Gesellschaft spielen wirtschaftliche Probleme eine wichtige Rolle. Sie müssen hier unerwähnt bleiben, soweit sie nicht auf seine Stellung im Dienst des Staates eine Rolle spielen.

Der Kölner Historiker Johannes Kunisch stellte vor einiger Zeit die These auf, die ununterbrochene Abfolge von Kriegen im 17., aber auch im 18.Jahrhundert erkläre sich aus der Notwendigkeit, den Adel zu beschäftigen. Der Adel sei durch den Krieg abgelenkt worden und erst dadurch zu einem herrschaftsstabilisierenden Faktor geworden.¹ Ganz gleich, wie man zu dieser – in erster Linie auf Frankreich bezogene – These steht, sie enthält drei wichtige Elemente der Geschichte des Adels in der Neuzeit: – Domestizierung des Adels in Fürstendienst und Staat. – Seine enge Bindung an Krieg und Militär. – Drittens, wenn diese These von Kunisch auch nur im Ansatz stimmt, belegt sie die besondere Bedeutung des Adels für die politische Geschichte dieser Zeit.

Die Stellung bei Hof, Grundbesitz als alleinige Form von Reichtum im 17. und 18.Jahrhundert und die Einbindung des Adels in den Fürstendienst, in die Politik, Verwaltung und das Militär bildeten die Grundfaktoren adeliger Existenz in Europa. Bei näherem Hinsehen wird man aber bald bemerken, daß hinter dieser Einheitlichkeit doch sehr verschiedene Formen verborgen waren.

Ludwig XIV., geprägt vom Fronde Aufstand 1648/52, ging in der Einbindung des Adels am weitesten. An seinem Hof hatte er ein höchst kompliziertes System der Beschäftigung des Adels entwickelt. Wer sich diesem System nicht unterwarf und dem Hof fernblieb, der verlor sehr rasch an Bedeutung. Das Leben bei Hof war zwar ein höchst kostspieliges Vergnügen, aber wer Einfluß behalten und seine jüngeren Söhne versorgt wissen wollte, konnte dem nicht fernbleiben. Die Einbindung in das Militär war in diesem System ein ganz wichtiger Faktor. Prestige spielte hier eine große Rolle. Adelige Abstammung und Einbindung in einen verpflichtenden Ahnenkult, Ehre und Tugend waren Elemente der Adelskultur.

Es lag im Wesen des Absolutismus, daß der absolute Monarch sich absonderte. Der roi soleil stand über allem. Ihm gegenüber waren alle Untertanen, waren in dem Sinn

¹ Johannes Kunisch, „La guerre – c'est moi! Zum Problem der Staatenkonflikte im Zeitalter des Absolutismus“, in: *Zeitschrift für Historische Forschung* 14 (1987), S.407–438, hier S.412.

alle gleich. Das hieß, daß der Herrscher seine Mitarbeiter nach ihren Fähigkeiten aussuchen konnte und sich keineswegs an den Adel halten mußte. Ludwig XIV. machte ausgiebigen Gebrauch davon. Sein Hof war Vorbild, aber er wurde nirgends mit allen dahinterstehenden Absichten kopiert. Der Absolutismus behielt jedoch sein antiadeliges Element, das gegen Ende, im sog. Aufgeklärten Absolutismus, durch weitere Elemente angereichert wurde. Die französische Lösung der Einbindung des Adels in den Hofdienst und die Adelsherrschaft in Polen, Ungarn und Schweden bilden die beiden gegensätzlichen Pole in der Entwicklung des europäischen Adels. In Polen und Ungarn und teilweise auch in Schweden war der Staat in den Händen des Adels. Der Herrscher war von ihm abhängig.

Eine vollständige Unterwerfung des Adels gelang übrigens auch Ludwig XIV. nicht. Die Noblesse de Robe in den französischen Parlaments, das waren die obersten Gerichtshöfe, blieb auch im französischen Absolutismus unabhängig. Das Aufbegehren gegen diese Domestizierung des Adels ging in Frankreich nicht vom Schwertadel, sondern vom eben genannten Amtssadel, der Noblesse de Robe aus, der in den Parlaments eine feste, unangreifbare Stellung besaß.² Amtssadel und Schwertadel und die große Masse der Neunobilitierten gingen eine enge, für den Adel verhängnisvolle Bindung ein.

Unter dem degenerierenden Absolutismus Ludwig XV. und XVI. weitete der französische Adel und hier insbesondere der Amtssadel und die Neugeadelten auf alte Privilegien pochend ihre Stellung aus. Hofadel und Noblesse de Robe verhinderten unter Ludwig XVI. die Inangriffnahme von Reformen. Von ihnen wurden alle an Reformen gehenden Minister gestürzt. Es war die Ausweitung ihrer Rechte durch den Amtssadel und die Entfernung vom Volk durch den Hofadel, der seine Güter durch bürgerliche Pächter bewirtschaften ließ, die entsprechend hart vorgingen, die eine revolutionäre Situation entstehen ließ.³

Die Adelsrevolte von 1787/88 in Frankreich richtete sich gegen den Absolutismus. Sie wollte in völliger Verblendung dem absoluten König ihre alten Rechte abtrotzen, der wirtschaftlich am Ende war. Die Krise des französischen Adels wurde zur Krise des Adels überhaupt.

Im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation gab es Adelsherrschaft in sehr verschiedener Form. Der hohe Adel war gekennzeichnet durch die sog. Reichsstandschaft. Wer nach 1648 Sitz und Stimme am Reichstag hatte, gehörte zum hohen Adel. Das heißt, seine Nachkommenschaft war ebenbürtig mit allen deutschen Fürstenhäusern. Es gab sehr verschiedene Formen adeligen Lebens im Reich.

Beginnen wir mit dem Kaiserhof. Es ist den Habsburgern und den Habsburg-Lothringern nie gelungen, den erbländischen und den Adel aus dem Reich in ein höfisches

² Vgl. dazu Eberhard Weis, „Der französische Adel im 18.Jahrhundert“, in: *Der Adel vor der Revolution. Zur sozialen und politischen Funktion des Adels im vorrevolutionären Europa*, Hg. Rudolf Vierhaus, Göttingen 1971, S.29–40.

³ Elisabeth Fehrenbach, „Der Adel in Frankreich und Deutschland im Zeitalter der Französischen Revolution“, in: *Deutschland und Frankreich im Zeitalter der Französischen Revolution*, Hg. Helmut Berding, Etienne François u. Hans Peter Ullmann, Frankfurt/M. 1989, S.177–215.

System nach dem Vorbild Ludwigs XIV. zu binden. Eine Reihe österreichischer Familien, wie die Dietrichstein, Auersperg, Lobkowitz, Starhemberg, Liechtenstein, um nur diese zu nennen, stiegen zum Rang von Reichsfürsten mit Sitz und Stimme am Reichstag auf. Damit vermehrte der Kaiser seine Klientel am Reichstag. Doch waren diese Herren keineswegs dem Kaiser untertan. Ihre Palais' in Wien übertrafen an Prunk und Pracht die Hofburg. Dem Kaiser gegenüber waren diese Herren sehr selbständige. Sie beherrschten den Hof, nicht umgekehrt! Der österreichische Hochadel bestimmte Aufstieg und Karriere der Mitglieder dieser Familien. Der Dienst in der Diplomatie und in der Verwaltung des Kaisers war ein kostspieliges Vergnügen. Dahinter stand allerdings nicht, wie in Frankreich, die Idee, den Adel zu domestizieren, sondern die chronische Geldknappheit der Habsburger. Innerhalb dieser hochadeligen Führungsschicht wurden Karrieren über Generationen hinweg geplant.

Als der Reichsvizekanzler Dominik Andreas Graf Kaunitz 1705 hochverschuldet starb, verzichtete sein Sohn Ehrich auf die ihm angebotene Karriere.⁴ Er tat dies bewußt, um seinem Sohn Wenzel Anton, dem späteren Staatskanzler Maria Theresias, die finanziellen Möglichkeiten für eine große Karriere zu schaffen. Er ließ ihm eine sorgfältige Ausbildung angedeihen und verheiratete ihn mit einer Gräfin Starhemberg. Diese über Generationen geplante Karriere ist typisch für den österreichischen Hochadel. Gegenüber dem Kaiser besaß dieser ein bemerkenswertes Selbstwertgefühl. Als sich Kaiser Joseph II. in eine Prinzessin Liechtenstein verliebte, wies sie ihn ab und verwies ihn auf ein Wiener Bordell. Eine solche Antwort hätte in Frankreich ein kleines Erdbeben ausgelöst.

Dem gegenüber blieb der niedere Adel in Österreich, die sog. zweite Gesellschaft, politisch weitgehend ohne Einfluß. Als Franz II. einen Freiherrn von Thugut zu seinem Minister machte, wußte er, daß dieser deshalb von ihm abhängig war, weil ihn die erste Gesellschaft ablehnte. 1795 wollte Franz II. wissen, warum sich die Angehörigen des hohen österreichischen Adels weitgehend aus seinen Diensten zurückgezogen hätten. Die Antwort: Seit dafür eine ausreichende Bezahlung vorgesehen sei, wäre dieser Dienst für Angehörige des Hochadels nicht mehr ehrenvoll genug.

In den einzelnen Ländern des Reiches gab es einen landsässigen Adel, der vom jeweiligen Landesherrn abhängig war. Dieser ist aber nicht nur im Fürstendienst seines Landes, sondern auch in dem anderer Fürsten zu finden. Die Besitzer landtagsberechtigter Hofmarken bildeten eine Art Oberschicht. Der Hof spielte eine Rolle, doch war der Unterschied zum Landadel nicht so scharf ausgebildet wie in Frankreich.

Eine Sonderstellung hatte die Reichsritterschaft im Südwesten des Reiches inne. Sie war selbständig und unterstand direkt dem Kaiser. Gegen alle Anfechtungen ihrer mächtigen Nachbarn bewahrte sie sich bis 1806 ihre Selbständigkeit. Einmal, weil der Kaiser seine schützende Hand über sie hielt, aber auch, weil die katholische Reichsritterschaft nach 1648 ein eigenes System der Sicherung entwickelt hatte. Nach der Refor-

⁴ Vgl. Grete Klingenstein, *Der Aufstieg des Hauses Kaunitz. Studien zur Herkunft und Bildung des Staatskanzlers Wenzel Anton*, Göttingen 1975, S.75–91; zur Ausbildung von Wenzel Anton, S.158–253.

mation waren die Prinzen protestantisch gewordener Häuser nicht mehr in den Domkapiteln vertreten. In dieses Vakuum stieß die Reichsritterschaft. Die Domkapitel der Erzbischöfe von Mainz und Trier und der Bischöfe von Würzburg, Worms, Bamberg und Speyer waren völlig in der Hand der Reichsritterschaft. Auch in allen anderen Domkapiteln saßen ihre Vertreter. Die Domkapitel schotteten sich gegen den jungen Adel ab. Das 18.Jahrhundert war ja ein Jahrhundert der Nobilitierungen. In den Fürstendienst getretene Bürgerliche wurden im 17. und 18.Jahrhundert häufig in den Adelsstand erhoben. Dagegen wehrten sich die Domkapitel mit Ahnenproben. 16, ja 32 adelige Ahnen mußten nachgewiesen werden. Dasselbe galt für die Ritterorden: Deutscherherren, Malteser. Das hieß: Eine Mesalliance war für eine Familie für 100 Jahre eine finanzielle und politische Katastrophe. Von daher waren Ahnenproben in Deutschland ein wichtiger Faktor für die katholischen Adelsfamilien. Sie sind für den deutschen Adel lange konstitutiv.

Wie der Göttinger Rechtslehrer Georg August Schmidt 1794 in seiner Schrift „Beyträge zur Geschichte des Adels und zur Kenntnis der gegenwärtigen Verfassung desselben in Deutschland“ meinte, war es das Charakteristikum des Adels in Deutschland, daß er selbstständig sein könne.⁵ Überall in Europa sei der Adel Untertan, nirgends Regent, während es in Deutschland von Fürsten bis zum Reichsritter den Regenten gäbe. Ja, der Reichsritter, wie der landsässige Adelige könne über die geistlichen Fürstentümer vom Fürsten zum Kurfürsten aufsteigen. Das bedinge freilich die Reinheit des adeligen Blutes.

Ganz anders lagen die Verhältnisse in Preußen. Nach der Beseitigung der Landstände im 17.Jahrhundert hatte der Adel seine politische Eigenständigkeit verloren. Friedrich Wilhelm I. und noch exklusiver Friedrich der Große übertrugen dem Adel die Stellen in der Armee und der Verwaltung. Die Armut der Junker, die meist nur über kleine Güter mit schlechtem Boden verfügten, war die eine Voraussetzung. Hier war der Weg von freien Adeligen zu jener dem Staat und der Monarchie dienenden Elite schon früher beschritten, die das 19.Jahrhundert beherrschen sollte. Die adeligen Familien mußten die jüngeren Söhne in Armee und Verwaltung versorgen. Die preußisch-deutsche Armee war bis 1845 von Junkern geprägt. Das 100 000 Mann Heer der Reichswehr nach 1919 besaß mit 12% mehr Adelige in seinem Offizierkorps als die Armee des Kaiserreichs zwischen 1871 und 1918!

Da auch die neu entstandene preußische Großmacht nicht alle nachgeborenen Söhne in Heer und Verwaltung unterbringen konnte, entstand auch in Preußen das Problem des verarmten Adels. Es wurde durch die vielen Nobilitierungen Friedrich Wilhelms II. noch verschärft.⁶ Das in Preußen geltende Verbot für den Adel, sich an Handel und Gewerbe zu beteiligen, verschärzte die Situation der nachgeborenen Söhne. Die Festschreibung des Adels im Allgemeinen preußischen Landrecht von 1794 als die staatstragende und für den Dienst am Staat bestellte Schicht war ein Anachronismus. Allerdings

⁵ Günter Birtsch, „Zur sozialen und politischen Rolle des deutschen, vornehmlich preußischen Adels am Ende des 18.Jahrhunderts“, in: Vierhaus (Hg.), S.77–95, hier S.79f.

⁶ Ebd. S.88.

ist hier der Adel als Funktionselite gesehen. Es war eine der ersten Taten der preußischen Reformer, daß sie mit dem Edikt von Oktober 1807 den Adel als politischen Stand im juristischen Sinn auslöschten.

Dem entsprach am Ende des 18.Jahrhunderts eine aus verschiedensten Quellen gespeiste Adelsfeindschaft. Der Einfluß der Aufklärung verstärkte diese Tendenzen. Schon Pufendorf hatte sich über den Dünkel des Geburtsadels lustig gemacht. Die Idee des Geburtsadels widersprach, wie die der Erbmonarchie, elementar den Ideen der Aufklärung. Trotzdem ist dieses Problem erst in der zweiten Hälfte des 18.Jahrhunderts wirklich virulent geworden.⁷ Im Zeichen der Aufklärung wurde auch an den Adel die Forderung nach der Qualifikation für den Dienst in der Verwaltung gestellt. Auch der so adelsfreudliche Friedrich der Große führte die Prüfung vor Übernahme in den Verwaltungsdienst ein.⁸

Die wachsende Bevölkerung bedingte auch eine steigende Zahl von unversorgten Adeligen. Der schmarotzende, verarmte, aber auf seine Vorrechte pochende Adelige wurde eine Erscheinung am Ende des 18.Jahrhunderts. Eine aggressive Adelsfeindschaft machte sich in vielen Flugschriften breit.⁹ Die Dramen von Schiller „Die Räuber“ und „Kabale und Liebe“ lebten von der Anklage gegen den Adel. In Beaumarchais’ „Der tolle Tag“, Mozarts „Die Hochzeit des Figaro“ empörte man sich gegen den Grafen. In Italien waren es die Dramen des Grafen Alfieri, der oft im Gewand antiker Begebenheiten die Verkommenheiten des Adels geißelte.

Diese Adelsfeindschaft hatte viele Wurzeln: Einmal konnte die bürgerliche Bewegung der Aufklärung den Geburtsadel als Einrichtung nicht akzeptieren. Der auf eine Steigerung der Effizienz des Staates ausgerichtete absolute Staat konnte mit einer Einrichtung nichts anfangen, in der auch der Unfähige kraft seiner Geburt zu hohen Stellungen gelangte. Das war allenfalls am Hof oder bei Militär zu akzeptieren, wo Mut

⁷ Ob man wie Werner Conze den Übergang vom alten Geburtsadel zur Elite um 1780 so abrupt ansehen kann, ist fraglich. Vgl. Werner Conze, „Adel“, in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Hg. Otto Brunner, Werner Conze u. Reinhart Koselleck, Bd. 1, Stuttgart 1972, S.1–48, hier S.26f. Er hat aber mit seiner These recht, daß diese Umwertung zur Elite ein Ergebnis des letzten Viertels des 18.Jahrhunderts war. Demgegenüber verwechselt die gegen Conze gerichtete Polemik von Klaus Bleeck u. Jörn Garber, „Adel und Revolution. Deutsche Adelstheorien im Zeichen der französischen Revolution (1789–1815)“, in: *Das achtzehnte Jahrhundert* 13 (1989), S.79–107, hier S.90ff., den von Conze festgestellten Tatbestand mit der Adelskritik der Aufklärung. Conze ging von den alten adeligen Idealen der Abstammung, Ehre und Tugend, die durch das Elitedenken verändert wurden, aus. Bleeck und Garber leugnen, indem sie die Adelskritik mit dem objektiven Tatbestand verwechseln, daß diese Ideale eine Rolle gespielt hätten und verstehen sich damit den Blick auf das 19.Jahrhundert, in dem die alten Ideale mit bürgerlich-aufgeklärten Elitedenkern eine Verbindung eingingen.

⁸ Vgl. Hans Rosenberg, „Die Überwindung der monarchischen Autokratie (Preußen)“, in: *Der Aufgeklärte Absolutismus*, Hg. Karl Otmar v. Aretin, Köln 1974, S.182–204, hier S.187ff. Rosenberg weist allerdings nach, daß die Prüfungen vom Adel oft unterlaufen wurden.

⁹ Vgl. Conze, Adel. Conze zitiert eine Reihe von Flugschriften, geht aber nicht auf die Adelsfeindschaft in der zeitgenössischen Literatur ein. Eine eingehende, wenn auch in ihren Folgerungen verfehlte Darstellung der Adelskritik bei Bleeck u. Garber, S.79–98. Dort eine wichtige Bibliographie sowohl der Schriften wie der Literatur, S.98–107.

und Opferbereitschaft wichtiger waren als Bildung, Klugheit und Fähigkeiten. Das Problem des verarmten Adels wurde sowohl durch die Vermehrung des Adels wie durch das in Deutschland – z.T. auch in Frankreich – gesteuerte Verbot der Beteiligung an der Wirtschaft verschärft.

Als nun die Reformen des Aufgeklärten Absolutismus die Vorrechte des Adels angriffen und die Versorgung jüngerer Adeliger erschwerten, kam es zur Revolution des alten, traditionsbewußten Adels.¹⁰ In Belgien und Ungarn erhob sich der belgische, landständische Adel gegen die Reformen Josephs II. In Mailand verlor der Kaiser die Unterstützung des Adels für seine Reform. In Schweden ermordeten Adelige den Reformkönig Gustav III. In Dänemark verlor der Reformminister Struensee über eine Liebesaffäre mit der Königin sein Leben. In der Toskana erzwang der Adel die Rücknahme von Reformen, als Peter Leopold als Leopold II. den Kaiserthron in Wien erstieg. In Frankreich erzwang der Adel 1788/89 die Einberufung der Generalstände, als der König die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht mehr meistern konnte. Im Land der Aufklärung ließ sich aber das Rad der Geschichte nicht mehr zurückdrehen.

Nun rächte es sich, daß der französische Adel sich in die künstliche Atmosphäre des Versailler Hofes hatte einbinden lassen. Die von der Aufklärung angeheizte Adelsfeindschaft riß den französischen Adel in die Katastrophe der Monarchie. Es half ihm nichts, daß am Anfang der Französischen Revolution Adelige wie die Grafen Mirabeau und Condorcet standen. Auf dem Blutgerüst der Guillotine ging der französische Adel zugrunde.

Das Ende des Reiches, die Säkularisation der geistlichen Fürsten 1803 brachten 1806 das Ende der Reichsritterschaft, die Mediation das der kleineren Reichsfürsten und Reichsgrafen. Die Französische Revolution und das Eingreifen Napoleons ließen alle Vorrechte des alten Geburtsadels verschwinden. In Frankreich, Deutschland und Spanien verschwand der Adel als eigenständige Herrschaftsschicht.

Der Fürstendienst, der in Deutschland eine lange Tradition hatte, war nun unvermeidbar. Das Jahr 1806 markiert das Ende des eigenständigen Adels, der in den Einrichtungen des alten Reiches einen festen Rückhalt gehabt hatte. Die Französische Revolution hatte die Folgen der Adelsfeindschaft unübersehbar gemacht. In der amerikanischen Revolution 1787 hatte sich das Ideal der Freiheit in einer Gesellschaft gezeigt, die keinen Adel kannte. Die Gleichheit aller vor dem Gesetz und dem Staat gegenüber war nicht mehr rückgängig zu machen. An den Reformen in Preußen und in den Rheinbundstaaten hatten sich zwar Adelige an führender Stelle beteiligt. Ihre Durchführung und Ausformulierung geschah in Preußen und den Rheinbundstaaten durch eine Schicht aufgeklärter Beamter. Die napoleonische Zeit markiert das Ende des freien, selbständigen Adels, der es für unter seiner Würde hielt, in den Dienst der Fürsten zu treten.

In dieser Zeit, in der der Adel fast in allen Ländern nach einer neuen Form adeligen Lebens suchte, wurde das englische Modell wichtig, das bisher auf dem Kontinent keine

¹⁰ Vgl. Robert R. Palmer, *The Age of Democratic Revolution: A Political History of Europe and America, 1760–1800*, Bd. 1: The Challenge, Princeton 1959, S. 343.

Rolle gespielt hatte. In der Krise Ende des 18., Anfang des 19. Jahrhunderts hatte der englische Adel unbestreitbare Vorteile: Die jüngeren Söhne selbst der Peers, also der Oberschicht des Adels, führten keinen Titel. Sie waren frei in ihrer Berufswahl. Der verarmte, schmarotzende, Ansprüche stellende Adel, der auf dem Kontinent bevorzugte Zielscheibe der Adelskritik geworden war, kam in England deshalb nicht vor. Die Peers waren allesamt im Oberhaus vertreten, besaßen also einen Anteil an der politischen Verantwortung. Der niedere Adel, die Gentry, war gegenüber dem reichen Bürgertum kaum abgegrenzt. Die Übergänge waren fließend. Einen Ahnenkult, in dem Sinn, daß eine Mesalliance Nachteile gebracht hätte, gab es nicht. Landbesitz bestimmte den Rang. Das Family Settlement, eine dem kontinentalen Fideikommiß entsprechende Einrichtung, zusammen mit der Primogenitur sicherte der Familie den Grundbesitz.

In mehr als einer Beziehung schien dieses Modell die Probleme des Adels zu lösen. Es war überdies durch die nach England geflohenen französischen Emigranten bekannt geworden. Auch der Freiherr von Stein hatte in England Gelegenheit, die Vorteile dieses Modells zu prüfen. Es hat sowohl in Frankreich bei der Charte von 1814 wie bei einigen süddeutschen Ländern Pate gestanden. Die ursprüngliche Idee, den Adelstitel nur dem ältesten Erben zu belassen, konnte allerdings nirgends durchgeführt werden. Hier erwiesen sich die kontinentalen Traditionen als stärker. Das ist umso erstaunlicher, als dieser Gedanke in der Adelskritik am Ende des 18. Jahrhunderts vorgetragen worden war. Selbst ein Mann wie König Ludwig I. von Bayern erwog als Kronprinz die Beschränkung des Adelstitels auf das Haupt der grundbesitzenden Familien.¹¹ Er hat später durch eine exzessive Nobilitierungspolitik dem Ansehen des Adels geschadet.

Was von England in Frankreich und den süddeutschen Ländern übernommen wurde, waren die dem Oberhaus nachgebildeten ersten Kammern. Wie in England saßen hier neben Vertretern der Kirchen die Inhaber von großen Familien. In Bayern z.B. bestand bis 1918 der Adel im Reichsrat der Krone Bayern aus den Inhabern der großen Fideikommissse. Ähnlich war es in Frankreich in der ersten Kammer. In Deutschland behielt der frühere reichsständische Adel, also wer am Reichstag Sitz und Stimme besessen hatte, seine in der Bundesakte in Artikel XIV festgelegte Sonderstellung. Diese sog. mediatisierten Fürsten und Grafen gehörten in Deutschland in allen Ländern zur ersten Kammer. Sie besaßen Vorrechte wie eine kleine Hofhaltung; so ist z.B. das spanische Hofzeremoniell bis 1954, also über die Revolution von 1918 hinweg, im Hause Thurn und Taxis beachtet worden. Der Adel im 19. Jahrhundert blieb in Deutschland, Frankreich und Italien eine Elite, die als Adel keine besonderen Vorrechte besaß.

Der Adel erwies sich hier insofern als flexibel, als er durch eine verbesserte Ausbildung der veränderten Stellung Rechnung trug. War im 18. Jahrhundert ein Studium die absolute Ausnahme, so war das Universitätsstudium im 19. Jahrhundert für Söhne des Adels, die nicht eine militärische Karriere einschlugen, fast obligatorisch.

Der adelige Großgrundbesitzer behielt bis zur Revolution von 1848/49 die Patrimonialgerichtsbarkeit. In der Stellung Elite ohne Vorrechte zu sein, die durch Nobilitie-

¹¹ Heinz Gollwitzer, *Ludwig I. von Bayern, Königtum im Vormärz. Eine politische Biographie*, München 1986, S. 168.

rung bewährter Bürgerlicher ergänzt wurde, blieb in Deutschland der Adel bis 1918. Mit der Reichsgründung 1871 kam auch nach Süddeutschland das System vornehmer Regimenter. Ein Bürgerlicher in einem vornehmen Regiment war dem Adel gleichgestellt. Ein Adeliger in einem einfachen Regiment konnte sich sozial herabstufen.

Eine wenig erforschte Stellung besaß der Adel im 19. Jahrhundert in den Hofhaltungen. Zwar öffnete sich der Hof in Deutschland auch den kulturellen und geistigen Eliten. Die wichtigen Stellen bei Hof waren aber dem Adel vorbehalten. Sein Einfluß auf politische Entscheidungen gehört zu den weitgehend unerforschten Fragen.¹²

Der Parlamentarismus, der in England bis ins 19. Jahrhundert vom Adel beherrscht wurde, gab in Deutschland dem Adel eine neue Rolle. Die Reichsverfassung von 1871 kannte keine dem hohen Adel vorbehaltene erste Kammer. Sowohl in der konservativen wie in der nationalliberalen Partei spielte der Adel in seiner Eigenschaft als Honoratioren aber eine wichtige Rolle. Im Kulturkampf fand der katholische Adel in Westfalen, Schlesien und Bayern in der Zentrumspartei ein gegen die staatlichen Verfolgungsmaßnahmen gerichtetes Tätigkeitsfeld. Von 1871 bis 1918 haben adelige Familien durch mehrere Generationen Abgeordnete gestellt.¹³

In den berufsständischen Vereinen, wie dem Bund der Landwirte, gewannen Adelige führende Stellungen. An der Schwelle vom 19. zum 20. Jahrhundert waren dies keine reinen Adelsvertretungen mehr. Der grundbesitzende Adel tat sich hier mit bürgerlichen Landbesitzern und Großbauern zusammen.

Die Stellung des Adels zu den Nationalbewegungen des 19. Jahrhunderts war sehr unterschiedlich. In Böhmen war der Adel habsburgisch gesinnt. Auch wenn er am Anfang der Nationalbewegung eine wichtige Rolle spielte. In Lombardo-Venetien war der Adel lange der Träger der italienischen Nationalbewegung. Es gab zwar das ganze 19. Jahrhundert Heiraten im Adel über die nationalen Grenzen hinweg. Von einer übernationalen Schicht, wie etwa im 18. Jahrhundert, kann jedoch keine Rede sein.

Das Ende der Monarchien in Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland bedeutete einen tiefen Einschnitt. In Ungarn behielt der Adel bis 1945 seine führende Stellung. In Österreich wurde der Adel abgeschafft. In Deutschland wurde der Titel Namensbestandteil. Trotzdem blieb sein Einfluß in der Weimarer Republik groß. Natürlich schuf das Probleme, wenn ein Erbprinz Fürst wurde. Als 1929 nach dem Tode

¹² Dieser Frage hat John C. G. Röhl, *Kaiser, Hof und Staat. Wilhelm II. und die deutsche Politik*, München 1987, S. 78–115 einen eigenen interessanten Abschnitt gewidmet. Zur Hofpartei und deren Einfluß auf die Politik in Bayern unter Ludwig II. und Prinzregent Luitpold gibt das Buch von Karl Möckl, *Die Prinzregentenzeit. Gesellschaft und Politik während der Ära des Prinzregenten Luitpold in Bayern*, München 1972, wichtigen Aufschluß. Franz Herre, *Napoleon III. Glanz und Elend des zweiten Kaiserreichs*. Gütersloh 1990, widmet dem Problem des Hofs, S. 173–196, einen – allerdings sehr an der Oberfläche bleibenden – Abschnitt.

¹³ Zu nennen wären hier Ballestrem, Droste, Galen, Franckenstein, Aretin u.a.; vgl. dazu Volker Press, „Adel im 19. Jahrhundert. Die Führungsschichten Alteuropas im bürgerlich-bürokratischen Zeitalter“, in: *Der Adel an der Schwelle des bürgerlichen Zeitalters 1780–1860*, Hg. Armgard v. Reden-Dohna u. Ralph Melville, Stuttgart 1988, S. 1–20, hier S. 18. Auf die Beiträge dieses Buches, die das Ergebnis einer die Stellung des Adels in Europa untersuchenden Tagung waren, sei als Ganzes verwiesen.

seines fürstlichen Bruders der Erbprinz Öttingen-Wallerstein anfragte, ob er den Fürstentitel tragen dürfe, antwortete der bayerische Ministerpräsident Dr. Held: „Wenn mir der Erbprinz Öttingen offiziell den Tod des Fürsten mitteilt, werde ich dem Fürsten kondolieren.“¹⁴

Im Deutschen Widerstand hat sich ein Teil des vielgeschmähten preußischen Junkertums auf die vornehmste Art von der Geschichte verabschiedet.¹⁵ Der bewußt von vielen, wie Stauffenberg, Tresckow, Hassell, Schulenburg und vielen anderen auf sich genommene Sühnetod für die Verbrechen des NS-Regimes ist ein in der Geschichte ziemlich einmaliger Vorgang.

¹⁴ Karl Otmar v. Aretin, „Der bayerische Adel von der Monarchie zum Dritten Reich“, in: ders., *Nation, Staat und Demokratie in Deutschland*, Hg. Andreas Kunz u. Martin Vogt, Mainz 1993, S. 18.

¹⁵ Vgl. Francis L. Carsten, *Geschichte der preußischen Junker*, Frankfurt/M. 1988, wo mit diesen in der Bismarckzeit und insbesondere bei der Schilderung ihres Kampfes gegen die Weimarer Republik, S. 154–178, hart ins Gericht gegangen wird.

Elites culturelles – Kulturelle Eliten

Christophe Charle

Les élites culturelles
en France au XIXème siècle

Inventaire des recherches récentes sur la genèse
des intellectuels contemporains¹

I. Considérations préalables.

La fortune d'un thème.

Le thème historiographique des élites a pris son essor en France depuis une vingtaine d'années parallèlement à l'intérêt nouveau des historiens pour l'histoire culturelle. Cette double réorientation dont le sous-thème des élites culturelles est la résultante a pour origine deux changements au sein de la discipline historique. D'une part, le déplacement de l'objet de l'histoire économique et sociale de l'étude globale de la société vers l'étude thématique de sous-groupes professionnels, d'autre part la conviction que l'analyse du changement social passe par l'investigation des minorités agissantes, des avant-gardes ou des déviants. Cette perspective n'est évidemment pas originale en histoire culturelle, discipline qui a toujours privilégié les individus, les créateurs ou les non-conformistes. Ce qui est nouveau, c'est l'adhésion des historiens à cette problématique pour la réinsérer dans la grande histoire. Jusqu'à présent ces secteurs historiques étaient le domaine quasi exclusif des philosophes (histoire des idées), des littéraires (histoire littéraire) et des historiens d'art (étude des artistes).

Le moment d'émergence de cette problématique coïncide assez clairement avec le nouveau climat intellectuel postérieur à mai 1968. L'insistance sur la notion de révolution culturelle, la fonction centrale de l'Université comme lieu d'affrontement et des étudiants comme catégorie porteuse de nouvelles oppositions sociales, la renaissance des courants politiques d'inspiration anarchiste au sein de l'intelligentsia qu'elle soit „haute“ ou „basse“ expliquent l'intérêt inédit des générations nouvelles d'historiens français pour ces sujets. Le XIXème siècle, paradoxalement, a été la période où ces points de vue n'ont été pris en compte que tardivement. Les premiers travaux ont en effet privilégié soit le XVIIIème siècle, dans la perspective de l'histoire du livre et des

¹ Les noms cités renvoient à la bibliographie en annexe in fine.

origines intellectuelles de la Révolution française,¹ soit le XXème siècle, en fonction de la problématique de l'émergence et de l'affirmation d'un nouveau groupe, celui des „intellectuels“.² Entre ces deux questions, l'étude des élites culturelles du XIXème siècle est donc considérée comme une préhistoire de la formation des intellectuels ou comme un aboutissement du mouvement philosophique ou de la révolution culturelle mise en oeuvre par la Révolution française. Quand les élites culturelles sont prises pour elles-mêmes, les recherches reviennent à une analyse classique d'histoire culturelle ancien style.

Si cette vue cavalière est exacte, on comprend pourquoi le souci de la politique est central dans tous les travaux récents et pourquoi deux déséquilibres apparaissent dans la bibliographie : deux périodes sont privilégiées : l'époque romantique, où les élites culturelles et les élites politiques vivent en symbiose; les années 1880–1900 dont le bouillonnement culturel et politique débouche sur l'institutionnalisation de l'avant-garde et l'émergence du groupe des „intellectuels“. En revanche, les périodes de compression idéologique ou politique (Restauration, Second Empire) sont un peu laissées de côté. Ces différences d'accent se retrouvent aussi bien pour les élites artistiques qu'universitaires ou littéraires. Mais il convient au préalable de définir les contours de la notion d'élite culturelle qui ne va pas de soi, moins encore que celle d'élite tout court.

Eléments de définition.

Le thème des élites, sans remonter à son usage par Pareto, a été réintroduit dans les sciences humaines par les sociologues notamment américains, après un usage purement idéologique au cours du premier XXème siècle. Il présentait l'intérêt pour eux, en cette période d'affrontement avec la vision marxiste du monde, d'échapper à la terminologie des classes et d'être suffisamment abstrait pour s'appliquer à tous les types de société. Sa reprise par les historiens dans les années 1970 est liée à l'affaiblissement de l'hégémonie marxiste dans le paysage idéologique et au souci de mieux coller aux réalités des sociétés contemporaines dont la différenciation peut difficilement se ramener à la seule étude des groupes massifs définis par les seuls rapports de production. Les élites sont définies par la détention d'un certain pouvoir ou comme le produit d'une sélection sociale ou intellectuelle. L'étude des élites est un moyen de déterminer quels sont les lieux et les ressorts du pouvoir dans les différents types de société ou les principes mis en oeuvre pour l'accès aux positions dominantes. Dans ces deux perspectives, la notion d'élite culturelle fait problème puisque le pouvoir au sens banal n'est pas leur caractéristique majeure et que le principe de sélection est difficilement saisissable par des critères objectifs.

Le XIXème siècle notamment vit sur l'idéologie du don ou du génie pour définir

¹ On trouvera un bilan historiographique commode et récent dans la communication de Daniel Roche, „L'histoire sociale des Lumières en France“, *La Révolution, la France et l'Allemagne. Deux modèles opposés de changement social?* Helmut Berding, Etienne François et Hans-Peter Ullmann éds., Paris 1989, pp. 335–348.

² Voir mes recherches et celles de J.-F. Sirinelli ainsi que sa communication ici même.

l'excellence culturelle donc précisément tout ce qui échappe à une définition sociale de la primauté dans un domaine. Si l'historien veut appliquer le concept sociologique dans son appréhension banale, il risque de reproduire des classements sociaux obsolètes (ce que les contemporains reconnaissaient comme élite culturelle, soit pour une large part une élite académique), dans le cas inverse, il retombe dans une vision purement individuelle de l'innovation culturelle ou un point de vue excessivement avant-gardiste. Les points forts et les points faibles de la bibliographie s'expliquent par cette aporie initiale. La plupart des travaux portent sur des élites culturelles fortement institutionnalisées classées par les contemporains eux-mêmes et détenant un certain pouvoir social, ainsi les artistes académiques, les membres des académies, les universitaires, les éditeurs; les autres s'attachent à des élites académiques „à l'envers“, c'est-à-dire les avant-gardes qui se définissent par opposition à cet *establishment*. L'orientation des travaux est donc surtout fondée sur une conception des élites culturelles en terme de pouvoir ou de non-pouvoir social ou symbolique ou encore de contre-sélection par la postérité. Echappent donc, sauf exception, les critères de sélection qui définissent les dites élites par rapport à des populations plus larges. Or c'est, me semble-t-il, là que l'historien doit apporter sa touche spécifique puisqu'il est le seul à pouvoir situer les élites culturelles au sein de la société. L'analyse des diverses périodes va mettre en évidence cette hypothèse générale.

II. Entre la Bohème et les notables (1800–1848).

La première phase va du Consulat, moment de réorganisation des différentes institutions culturelles, à la révolution de 1848 où une partie des avant-gardes et des élites culturelles participent brièvement au pouvoir, directement ou par personnes interpolées. Ces deux données politiques montrent que l'autonomisation du champ littéraire et plus généralement intellectuel est inachevée, situation génératrice d'attitudes ambivalentes des écrivains qui oscillent entre le désir d'intégration académique, le prophétisme et l'utopie ou, à l'inverse, risquent de tomber sous la dépendance des nouveaux organes de presse capitalistes (naissance du roman feuilleton) ou la chute dans les basses besognes intellectuelles et la vie de bohème.

Le sacre de l'écrivain.

Le titre d'un ouvrage connu de Paul Bénichou peut servir à caractériser le premier trait cité. On assiste alors au „sacre de l'écrivain“. Ce sacre est à la fois idéologique, social et politique. Les écrivains jouent en effet un rôle central dans l'élaboration des doctrines sociales ou politiques et contribuent à former la conscience sociale des élites dans leur ensemble et d'une partie des classes moyennes voire de l'élite des classes populaires par leur monopole d'accès aux moyens de communication de masse (presse à grand tirage, livres à diffusion large). Il s'agit là d'un prolongement de la situation née au XVIIIème siècle. L'influence des hommes de lettres s'accroît encore avec les progrès techniques de l'imprimerie et de la diffusion des imprimés. La liberté d'expression est certes restreinte par diverses lois mais n'a jamais été aussi grande, sauf pendant les brefs épisodes libéraux de la Révolution. Les travaux de ces dernières années se sont surtout attachés,

dans la perspective de l'histoire du livre ou de la presse, à mesurer plus concrètement cet impact des thèmes diffusés par les grands romantiques. On peut citer notamment : *l'Histoire de l'édition française*, les études bibliométriques approfondies faites notamment à propos de Victor Hugo à l'occasion du centenaire de sa mort, les recherches qui se multiplient dans la perspective des colloques liés au centenaire de la naissance de Lamartine, le colloque méthodologique général *Mesure(s) du livre* de mai 1989 organisé par Alain Vaillant à la Bibliothèque nationale, récemment publié et dont plusieurs communications portent sur cette période. Au plan social, les travaux sur l'édition ont permis de définir de façon plus approfondie les changements du statut économique de l'écrivain et la prise de conscience par les groupes les plus professionnels de la nécessité de défendre collectivement leurs intérêts. L'étude des contrats de Victor Hugo, celle des rapports de Balzac et de ses éditeurs par N. Felkay, les recherches de J.-Y. Mollier sur l'éditeur Michel Lévy, l'histoire de la Société des gens de lettres qui a fêté récemment son cent-cinquanteenaire, toutes ces investigations montrent l'importance de ces années 1820-1840 pour l'émergence du statut d'auteur dans une économie de type libéral.³

Pourtant cette époque reste encore très marquée par les formes anciennes de la vie culturelle et les liens étroits existant entre les élites culturelles et les autres élites. Allan B. Spitzer, dans son analyse de la génération de 1820 a eu le mérite de dresser une vue d'ensemble des divers groupes d'innovateurs intellectuels (qu'ils soient politiques, universitaires, socialistes ou littéraires). Il montre que tout passe encore par des réseaux étroits fortement recoupés et par des structures de cénacles ou de groupes plus ou moins formalisés et reliés en dernier ressort aux salons anciens ou nouveaux de la bonne société.⁴ M. Agulhon, dans un ouvrage pionnier,⁵ avait suggéré qu'il s'agissait d'un lieu d'observation central pour la nouvelle société issue de la Révolution. Il est probable que les élites culturelles, innovatrices en ces matières depuis les salons littéraires du XVII^e siècle, ont, elles aussi, inventé des formes modifiées de réseaux sociaux en fonction des transformations des ressorts de la vie intellectuelle : on peut songer aux cafés surtout connus pour la fin du XIX^e siècle, aux comités de rédaction des périodiques nombreux et éphémères qui se forment, aux diverses sociétés intellectuelles plus ou moins durables etc. Mais, pour cette période, les traces autres que celles enregistrées par la police ou la petite histoire des grands hommes sont difficiles à systématiser. La travail de Spitzer essaie d'y suppléer par une étude des réseaux fondée sur des biographies collectives systématiques ne se limitant pas aux premiers rôles, ce qui lui permet de retrouver bien des liaisons cachées.

³ Des phénomènes parallèles se retrouvent en Allemagne avec la naissance de la première organisation corporative d'auteurs à Leipzig. Cf. Friedhelm Kron, *Schriftsteller und Schriftstellerverbände, Schriftstellerberuf und Interessenpolitik 1842-1973*, Stuttgart 1976.

⁴ Cf. A. Martin-Fugier, *La vie élégante ou la naissance du Tout-Paris*, Paris 1990.

⁵ Maurice Agulhon, *Le cercle dans la France bourgeoise, 1810-1848; étude d'une mutation de sociabilité*, Paris 1977.

Le pouvoir des savants?

La seconde originalité de la première moitié du XIXème siècle réside dans le rôle de premier plan joué par les savants français tant au plan national qu'international pour deux raisons : les liens étroits entretenus avec le pouvoir à partir de la Révolution, l'organisation de la science par le Directoire et l'Empire et l'apogée scientifique que connaît la France à cette époque. Dans un livre récent et discuté, N. et J. Dhombres ont présenté un bilan d'ensemble de la question des trois décennies comprises entre 1794 et 1824. Les auteurs s'assignent deux objectifs, séparés d'ordinaire en histoire ou en histoire des sciences : décrire un milieu scientifique au cours d'un moment charnière de son histoire en même temps que l'ensemble des débats idéologiques, philosophiques et scientifiques qui le traversent dans ses rapports avec le pouvoir et son environnement intellectuel global. La thèse du livre est annoncée d'entrée et affichée dans le titre. Il s'agit de „montrer que naquit en cette période la communauté scientifique française“ (p. 7) et que cette communauté a acquis un certain pouvoir dans l'Etat en s'appuyant sur „une idéologie centrée sur le progrès par la science“. L'étendue de ce pouvoir est définie dans la conclusion comme : „celui d'exercer une maîtrise sur le monde éducatif, celui d'influer sur les choix et les décisions de l'Etat, mais tout autant celui que donnait la reconnaissance d'une activité de recherche“ (p. 806). Les deux chapitres les plus sociologiques (chapitres 2 et 9) sont en même temps le premier essai d'une étude globale de savants comme groupe social, comme lobby politique ou comme vivier d'élites politiques. N. et J. Dhombres ont retenu, comme critère d'appartenance à leur population, la participation aux recueils spécialisés de science pure ou appliquée. Ils évaluent à 400 personnes la communauté scientifique qui aurait à peu près doublé au cours de la période. Ils délimitent également trois générations : la première est celle de Laplace (née autour de 1749), formée sous l'Ancien Régime et qui a commencé à percer avant la Révolution. Elle bénéficie largement du nouvel ordre scientifique issu de la Révolution. La génération suivante (née autour de 1769) (celle de Cuvier et Bonaparte) connaît en revanche les blocages du système académique ancien (on réussit à Paris, mais les postes sont en province). Elle subit la Terreur plus qu'elle ne la soutient mais profite des créations de la Convention. Enfin les plus jeunes (nés autour de 1787 comme Arago ou Gay-Lussac) émergent au sein de l'ordre nouveau axé sur l'Ecole polytechnique qui les forme et leur met le pied à l'étrier pour s'installer dans l'enseignement supérieur impérial. Très vite cependant, le nouveau système, s'il jouit de l'aura d'une science française à son apogée, engendre de nouveaux blocages : une hypercentralisation parisienne, l'exclusion des femmes, une gérontocratie autoreproduite et le cumul des postes qui stérilisera les générations suivantes jusqu'au Second Empire. L'originalité de cette communauté est sa double articulation autour de l'Institut, centre de recherche et de l'évaluation des découvertes, et des postes d'enseignement – surtout dans les écoles spéciales –, ce qui donne une fonction sociale durable au savant. Ces liens étroits avec l'Etat marqueront la science française tout au long de son histoire au point que toute réforme de l'une coïncide avec une réforme administrative ou politique. Il en résulte aussi l'exclusion progressive des savants amateurs fortunés, si importants au XVIIIème siècle,

comme il en subsistera longtemps encore en Angleterre. La carrière scientifique devient d'autre part l'une des voies d'accès aux élites dirigeantes, surtout sous le Directoire, Bonaparte et Napoléon. Ainsi sur 60 sénateurs nommés par ce dernier, 9 sont issus du monde savant, proportion considérable. De plus, quelques figures dominantes de la science accèderont aux plus hautes fonctions de l'Etat. Les auteurs invoquent comme origine de cette circulation au sein des élites le climat idéologique déjà évoqué, la mobilisation en l'an II, les liens noués avec Bonaparte en Egypte, la communauté de pensée avec celui-ci, quasi-savant lui-même, et l'assimilation du service de la science, du service de l'Etat et du service de la France. Il en est une autre qu'ils oublient, me semble-t-il : l'étroitesse de la classe dirigeante et sa faible spécialisation qui permettent des carrières multiples ou alternées, impensables par la suite avec la spécialisation des procédures d'accès.

Reste la dernière question importante posée par ce livre novateur, la nouvelle périodisation proposée pour l'émergence d'une communauté scientifique et celle d'un nouveau pouvoir social. Trancher en quelques lignes un sujet qui remplit des bibliothèques en plusieurs langues serait prétentieux et ridicule. Chaque historien a tendance à cultiver l'idole chronologique, pour parler comme Simiand, et tire la couverture vers son époque de prédilection. On peut esquisser cependant une mise en perspective qui nuance sans la contredire la thèse des auteurs. Si les faits avancés par N. et J. Dhombres paraissent incontestables quant aux nouveaux cadres de la profession de savant, il n'est pas sûr que tout soit fixé de manière irréversible à cette date. Si l'on met bout à bout tous les éléments de réaction qu'ils recensent pendant la Restauration, on peut penser qu'après une phase glorieuse avant 1815, le nouveau pouvoir savant a largement reculé sous les Bourbons, qu'il a perdu une partie de sa légitimité idéologique avec le romantisme qui remet au pinacle, dans la lignée de Chateaubriand, le poète comme nouveau prophète et qu'il y a renoncé lui-même avec son positivisme honteux et sa gérontocratie carriériste. Il ne reprend sa marche ascendante que dans la seconde moitié du XIXème siècle. Les savants tiraient en effet leur pouvoir essentiellement de la reconnaissance des autres élites, mais il leur manquait, d'où des retours en arrière ou des régressions en période de sclérose de la communauté scientifique ou de réaction politique, la reconnaissance d'en-bas dans un pays sous-alphabétisé et encore dominé par les cadres religieux.

Bohème, étudiants et révolution.

La même situation de transition caractérise le monde artistique et universitaire. Les travaux sur la bohème littéraire et artistique, comme sur le monde académique, sont principalement anglo-saxons. Ils soulignent la persistance de traits de l'ancien régime intellectuel, proche de ce que décrit R. Darnton pour la fin du XVIIIème siècle. Rapelons le schéma proposé par celui-ci. Le système académique (pris dans son acceptation la plus large, c'est-à-dire l'ensemble des institutions d'Etat régissant la vie intellectuelle) reste le pôle dominant de référence. Seul, il assure la consécration et les ressources économiques permettant aux artistes ou aux professeurs de vivre de leur métier, les

rétributions du marché libre étant encore insuffisantes à la différence de ce qu'on constate (cf. supra) pour la littérature déjà largement sous l'influence du marché. Or ce régime ne peut être efficace que dans une conjoncture de croissance modérée des effectifs aspirant à l'entrée dans les carrières en question. La sévère compression impériale puis celle de la Restauration font place à une ouverture sous la Monarchie de Juillet. Tous les indicateurs disponibles permettent de la mesurer : nombre d'exposants au Salon, élévation des effectifs scolarisés, augmentation du nombre de titres publiés. Cette surproduction est aggravée par la conscience qu'en ont les contemporains comme en témoignent la fortune du thème de la vie de bohème, certains romans de Balzac, des articles de journaux ou les mesures gouvernementales de restriction à l'entrée de l'enseignement supérieur. Le système académique a donc pour contrepartie la bohème et la marginalité pour les exclus du système officiel, c'est-à-dire une intelligentsia prolétarioïde où certains voient les ferment de la Révolution. La concentration à Paris de tous ces intellectuels, leurs contacts avec les sectes socialistes ou les militants ouvriers et le refus du gouvernement, au nom du libéralisme, d'offrir des débouchés à toutes ces „capacités“ expliquent le malaise et l'agitation endémiques régnant dans ces milieux artistiques ou étudiants. Les thèses de J.-C. Caron et J. Burney sur les étudiants à Paris et à Toulouse ont tenté une première analyse sociale et politique de ce vivier de contestation de l'ordre des notables. Une fraction des universitaires opposants au pouvoir essaie d'utiliser cette masse de manœuvre contre le pouvoir en place, comme en témoignent les chahuts lors de nominations contestées ou au contraire de sanctions contre les professeurs mal-pensants. En revanche, on connaît moins bien les milieux artistiques, sauf à travers leur analyse littéraire (livres anciens de C. Graña et C. et H. White⁶ et, plus récent, de J. Seigel). Il est très difficile d'aller au-delà des témoignages qualitatifs pour un milieu socialement évanescents qu'on ne saisit qu'indirectement à travers ceux de ses membres qui ont réussi. La France du premier XIXème siècle vit encore, comme en économie, dans un ancien régime prolongé hésitant entre les lois du marché, les réglementations administratives autoritaires et la recherche par les aspirants intellectuels d'une nouvelle identité sociale que certains ont cru trouver un bref instant dans les utopies quarante-huitardes.

III. Sécession ou spécialisation (1848–1880)?

La période intermédiaire est, comme dans les autres domaines, celle de la sortie de cet ancien régime prolongé : les lois du marché font éclater le système académique dans le domaine artistique, le marchand d'art supplante peu à peu le Salon officiel,⁷ la presse et le journalisme prennent le pas définitivement sur les ressources procurées par l'Etat

⁶ *Bohemian versus Bourgeois. French Society and the French Man of Letters in the 19th Century*, New York 1964 et *Canvases and Careers. Institutional Change in the French Painting World*, New York 1965, trad. française, Paris 1991.

⁷ Albert Boime, „Les hommes d'affaires et les arts en France au XIXème siècle“, *Actes de la recherche en sciences sociales* 28 (1979), pp. 57–76.

comme second métier des littérateurs, le monde universitaire échappe peu à peu au carcan napoléonien ou du moins commence à s'organiser pour se réformer. Au niveau des acteurs, cette phase de transition offre des images contradictoires. Les élites culturelles manifestent une conscience sociale partagée : l'artiste hésite entre l'idéal de l'art pour l'art ou le réalisme du jeu du marché, l'universitaire entre l'ancien souci du grand public et la professionnalisation à l'allemande, l'écrivain entre les rôles traditionnels, la fuite dans l'avant-garde ou la course au profit.

L'artiste et son double jeu.

Cette période intermédiaire est moins explorée, je l'ai dit en introduction. Surtout elle souffre d'une occultation par des images littéraires ou philosophiques produites par les contemporains ou par des études émanant de non-historiens (je fais ici allusion au troisième tome de l'*Idiot de la famille* de Sartre). Face à la faillite de l'idéologie romantique et quarante-huitarde, certains créateurs de l'époque ont mis sur pied la théorie de l'art pour l'art qui veut abstraire l'artiste (entendu au sens très large et englobant aussi bien les écrivains ou les artistes plasticiens que les penseurs) des engagements sociaux et idéologiques. Les historiens de l'art ou de la littérature qui se sont attachés pieusement à ces grandes figures n'ont souvent fait qu'une défense et illustration de ces théories sans essayer de les confronter à la réalité. Une réaction se dessine heureusement depuis quelques années par exemple avec les thèses de Rémy Ponton, Marie-Claude Genet-Delacroix ou A. Sfeir-Semler qui ont tenté une étude prosopographique de l'ensemble des milieux littéraires et artistiques et enfin en dernier lieu l'ouvrage de P. Bourdieu (1992) qui propose une interprétation d'ensemble s'appuyant sur les monographies précédentes. Ces recherches dégagent des typologies de carrière incluant non seulement les créateurs dont on se souvient mais aussi les hommes de lettres, peintres ou sculpteurs „moyens“, parfois primés et reconnus de leur temps. Le renouveau des études sur le Parnasse, sur les réalistes (en dehors de Flaubert), sur le milieu des journalistes (Marc Martin, Michael B. Palmer, Roger Bellet), les numéros spéciaux de la revue *Romantisme* consacrés notamment à l'artiste, la publication de la *Correspondance Zola* assortie de précieuses notices biographiques sur les seconds rôles de la vie littéraire devraient éclairer ces coulisses du champ littéraire par rapport auxquelles ces théories avaient été élaborées comme garde-fous contre les tentations de l'impureté mercantile.

La professionnalisation universitaire.

En revanche, notre connaissance des transformations du milieu universitaire sous le Second Empire est beaucoup plus avancée. R. Fox, V. Karady ou G. Weisz ont montré, contre la légende complaisante entretenue par la Troisième République, que le processus de réforme aboutissant à la renaissance de la Belle époque avait en fait été amorcé dès les années 1860. En sciences même, des projets novateurs avaient été lancés dès le ministère Fortoul. Le décalage entre l'émergence de ce courant réformateur, ses premières réalisations (la fondation de l'Ecole pratique des Hautes Etudes par Victor Duruy) et sa généralisation après la défaite de 1870 souligne la vigueur de la résistance

des structures et des acteurs du système universitaire napoléonien face à un environnement intellectuel changeant. Mais plus que la bureaucratie, ce qui est en jeu ici c'est l'opposition entre deux fonctions sociales de l'universitaire, de même que le champ littéraire et artistique est partagé, à la même époque, entre deux conceptions du métier d'écrivain ou d'artiste. Le professeur doit-il travailler pour ses pairs ou pour la société en général? La science sur le modèle allemand, qu'il doit introduire dans son enseignement, implique-t-elle qu'il se coupe du grand public et de ce double rôle exercé par les grands professeurs de la Sorbonne que mes dictionnaires biographiques mettent en évidence? Choix douloureux pour l'ancienne génération que seule la révolution intellectuelle des années 1870 fera passer dans les faits. Il faudrait ici entrer dans le détail des disciplines. Les disciplines de sciences appliquées parviennent à récupérer un rôle social malgré leur professionnalisation en jouant la carte de l'enracinement local et l'alliance avec les patronats dynamiques.⁸ Les disciplines littéraires tentent les mêmes alliances dans certaines régions (chaires d'*histoire régionale*) ou sur des terrains nouveaux (ouverture de nouvelles écoles d'*érudition*). En médecine et en droit, l'*aggiornamento* sera en revanche plus tardif et difficile car il s'agissait d'enseignements mieux établis et fortement liés à un certain état social.

IV. Les „intellectuels“ et leurs aliénations (1880–1900).

Généralités.

Cette époque est celle où la nouvelle historiographie a le plus fait progresser notre connaissance sociale et idéologique des élites culturelles. Sont en effet concurremment pratiquées des analyses idéologiques, des études de réseaux, des investigations par professions et des coupes synchroniques, ainsi que des sociologies à base prosopographique. Les travaux portent en priorité sur le champ universitaire et le champ littéraire. On assiste à l'éclatement définitif du modèle de fonctionnement académique légué par le début du siècle, à la professionnalisation croissante de chaque type d'élite culturelle, à des luttes de pouvoir et d'influence entre médiateurs et créateurs, à la hantise des élites culturelles devant la menace du déclassement, au heurt enfin de plusieurs types de classements sociaux déterminant des hiérarchies d'élite incompatibles.

La montée en puissance des professeurs.

A la différence de ce qui se passait sous les régimes précédents où les intellectuels créateurs dans l'ordre de la pensée, de l'écriture ou de la critique étaient concentrés en dehors de l'Université *stricto sensu*, la fin du siècle voit la renaissance de courants intellectuels nouveaux à l'intérieur des universités rénovées. La multiplication des travaux, tant sur l'*histoire universitaire* que sur l'*histoire des disciplines anciennes ou nouvelles*, commence à permettre une vue fouillée de cette période d'apogée de l'Uni-

⁸ R. Fox, „L'attitude des professeurs des facultés des sciences face à l'industrialisation en France (vers 1850–1914)“, *Le personnel de l'enseignement supérieur en France aux XIX^e et XX^e siècles*, C. Charle et R. Ferré, éds., Paris 1985, pp. 135–147.

versité française qui soutient la comparaison avec l'époque étudiée par N. et J. Dhom-bres. Les sciences humaines font maintenant jeu égal avec les sciences exactes alors que, sous la Révolution et l'Empire, la prééminence française était centrée sur les sciences mathématiques et physiques. Cette fonction d'innovation va de pair avec un engagement des professeurs novateurs dans les débats sociaux et idéologiques centraux de la période. Nous disposons à présent d'une sociologie à peu près complète du corps enseignant littéraire et scientifique (travaux de V. Karady, J.-L. Fabiani et de moi-même), partiellement médical (travaux de F. Huguet et G. Weisz en cours), préliminaire pour les juristes (mes recherches en cours, P. Favre sur la science politique, L. Levan-Lemesle sur l'économie politique). Les différentes tendances de la sociologie ont été analysées par V. Karady, Ph. Besnard, A. Savoye dans des articles ou des numéros spéciaux de revue parfois repris en volume. De même, la psychologie sociale, la linguistique et la philologie, la géographie, récemment la science politique, apparaissent comme des champs animés de luttes internes intenses. Dans le domaine scientifique, des investigations analogues sur l'articulation entre élites scientifiques et l'environnement économique et social sont menées autant par des auteurs anglo-saxons que français (R. Fox, G. Weisz, M.-J. Nye, T. Shinn, V. Karady). Le schéma du conflit des facultés repris de Kant par P. Bourdieu dans *Homo academicus* paraît se mettre en place à cette époque. Il prolonge des oppositions antérieures entre universitaires libéraux et pouvoir autoritaire mais se relie désormais à une logique disciplinaire claire parce que l'autonomisation des disciplines est à présent grandement achevée.

Les universitaires réformateurs croient plus que jamais à leur mission : certains scientifiques, par exemple, tâchent de nouer des relations fortes avec les bourgeoisie locales, juristes et littéraires encouragent le mouvement associatif étudiant; les plus novateurs jettent les fondements de nouvelles sciences pour mieux comprendre leur temps et éclairer l'avenir. Presque tous se spécialisent et se professionnalisent pour rivaliser avec la „science“ allemande. Cet élitisme intellectuel, voire intellectualiste, a sa contrepartie : la fermeture du milieu universitaire sur lui-même, l'abandon des doubles carrières – politique et académique – ou l'échec des tentatives en ce sens par suite du divorce des professeurs avec le public ordinaire.

Les incertitudes de l'avant-garde.

La même divergence entre le grand public et les créateurs d'avant-garde se retrouve, c'est bien connu, dans les domaines artistique et littéraire. La principale différence par rapport à la première moitié du siècle est le caractère durable de ce double marché. La bohème était une première approximation de l'avant-garde mais elle n'était pas durable. Ou l'on perçait assez vite, ou l'on sombrait définitivement et l'on se réorientait vers les basses besognes intellectuelles. Les multiples monographies sur les petites revues, les théâtres d'avant-garde, les auteurs du deuxième rayon ont montré l'invention de nouveaux dispositifs de survie permettant l'émergence d'une contre-société artistique ou littéraire à la limite de la misère mais parfois aussi menant une vie décente différente de la bohème grâce aux petits emplois de la fonction publique, de l'édition, du marché de

l'art (cf. R. Ponton). Cette situation est génératrice de frustrations d'un nouveau type dont témoigne l'engagement de cette avant-garde aux côtés de l'anarchisme et surtout dans le combat dreyfusard.

Le pouvoir intellectuel?

Je me suis attaché personnellement à comprendre l'émergence d'une catégorie nouvelle de perception du monde social à travers le processus de naissance des „intellectuels“. Celle-ci est le produit des changements sociologiques et idéologiques des élites culturelles évoqués plus haut mais aussi de la prise de conscience par les intéressés des possibilités d'un véritable pouvoir intellectuel.

Dans la mesure où la démocratie se veut ouverte à tous les talents, le recrutement des intellectuels qui est conforme à ce modèle est un argument en faveur de leur prestige. Les carrières intellectuelles et artistiques sont considérées, dans l'opinion du temps, comme les plus ouvertes des professions à statut bourgeois. Dans la réalité, au sein du champ universitaire, l'éventail social s'ouvre quand on passe du droit aux sciences, quand on s'éloigne de Paris vers les facultés provinciales ou que les professeurs considérés ne sont pas issus de l'Ecole normale supérieure (cf. Charle, 1985–1990). La littérature et le journalisme permettent plus encore l'ascension sociale, même sans détenir un capital culturel important (cf. Ponton, Palmer). Certains artistes célèbres ou les journalistes échappent partiellement aussi aux lois de la reproduction scolaire. 22,2% par exemple des peintres membres du Conseil supérieur des Beaux-Arts, qui comptent parmi les plus consacrés du temps, sont fils de petits commerçants.⁹ Les futurs „intellectuels“ représentent donc la meilleure approximation de la réussite possible grâce au seul talent, même si ces exemples de réussite en partant d'assez bas ne sont qu'une infime minorité de tous les aspirants à la gloire littéraire, scientifique et artistique. Encore faut-il pouvoir exercer ce pouvoir d'influence.

Pour élargir leur audience, ceux qui commencent à s'appeler eux-mêmes les „intellectuels“, avant même la diffusion de ce mot pendant l'affaire Dreyfus, recourent à des procédés inédits. L'avant-garde littéraire, la plus coupée du public, cherche à faire scandale par des manifestes, se prononce sur les problèmes de l'heure par des enquêtes publiées dans ses propres revues ou encore attire l'attention du pouvoir en affichant ses sympathies pour l'avant-garde politique, notamment les anarchistes. Tous ces textes ou déclarations témoignent d'un grand mépris pour le parlementarisme officiel et la démocratie, leur élitisme aristocratique se retrouve dans le premier dreyfusisme. Si celui-ci a pu faire sortir l'avant-garde de ses positions traditionnellement attachées à l'art pour l'art c'est parce qu'il correspondait à la fois à l'idéal d'une intervention politique en dehors des canaux officiels de la politique et à l'expression du non-conformisme foncier de cette partie du champ littéraire.

Plus surprenant en revanche est l'attrait exercé par le socialisme sur certains représentants des jeunes générations universitaires qui serviront de relais à la diffusion du dreyfusisme chez les étudiants ou feront la conversion de certains professeurs. Ce

⁹ M.-C. Genet-Delacroix, in: de la Gorce et al. (dir.), *La condition sociale de l'artiste*, p. 104.

socialisme universitaire est un prolongement et un élargissement du républicanisme ardent de ce milieu, notamment à l'Ecole normale supérieure, et marque aussi le souci de ne pas se couper du peuple en s'enfermant dans une spécialisation intellectuelle étroite (cf. ma communication au colloque *Jaurès et les intellectuels* et les articles parus dans les *Cahiers Georges Sorel*). La science pour elle-même n'a pas plus de sens que l'art pour l'art. Le dreyfusisme – et le socialisme – ont en commun avec la science d'être fondés sur le souci du réel, de la critique et de la vérité. Par là, l'universitaire retrouve une fonction sociale qui ne se réduit pas à un mandarinat gratuit ou à une défense et illustration de l'ordre établi. Ces avant-gardes auraient pu cependant rester sans écho social. A d'autres occasions, leur action politique n'avait pas dépassé les limites étroites de leurs univers littéraire ou professionnel. La mobilisation en profondeur d'une fraction des professions intellectuelles et même des autres élites, voire de l'élite du peuple, tient à la dynamique autonome de la politique et aux errements du pouvoir dans cette crise. Sa profondeur vient surtout du fait qu'elle a permis l'investissement des passions intellectuelles et des luttes d'intérêt internes au champ intellectuel au service de la définition de nouvelles identités opposées, celle de l'intellectuel de gauche et celle de l'intellectuel de droite. Cet antagonisme (Vérité et Justice contre Ordre et Nation) donne une existence sociale publique aux „intellectuels“. Ils se posent ainsi en rivaux évidents de l'élite chargée de ses causes générales, le personnel politique. Leurs adversaires ne manquent pas de leur reprocher de se consacrer eux-mêmes sans le suffrage de quiconque, à la différence des élus de la République. Les „intellectuels“ ne sont pas pour autant une nouvelle fraction politique sociologiquement homogène comme le serait un parti qui s'intitule ouvrier. Ils sont au contraire profondément hétérogènes puisque voisinent sur les listes des pétitions des deux camps des vieux et des jeunes, des obscurs et des illustres, des poètes et des romanciers, des professeurs de toutes les disciplines, des journalistes et des artistes, des membres de l'avant-garde et des académiciens. Les deux camps qui s'affrontent ne puissent pas leur force de façon identique dans toutes ces catégories. La coupure n'est pas verticale mais diagonale, les intellectuels de droite cumulant tous les traits d'une position établie dans la société intellectuelle et les intellectuels de gauche, les traits inverses, avec évidemment des exceptions notamment chez les leaders.¹⁰

Relais indispensable dans une démocratie qui évolue à rebours de son idéal, les „intellectuels“ ont voulu être aussi, avec moins de succès et pas mal de mécomptes, les nouveaux pédagogues d'un peuple enfermé dans une culture primaire. L'expansion du mouvement des universités populaires coïncide avec l'engagement des „intellectuels“ dans l'Affaire. Pour eux, il rend effectives l'alliance avec le peuple et la promesse que la foule éduquée ne se laissera plus abuser par les „mauvais bergers“ (cf. L. Mercier et la thèse de C. Prochasson).

¹⁰ Pour le détail voir C. Charle, *Naissance des „intellectuels“ (1880–1900)*, Paris 1990, les deux derniers chapitres.

Ouverture

Ce rapide survol est entaché évidemment de la subjectivité des centres d'intérêt de son auteur. La diversité des travaux et des approches apparaît cependant même si j'ai voulu les relier par un schéma d'ensemble. Celui-ci sera à affiner à mesure que les zones d'ombre signalées ici ou là seront éclaircies, notamment tout ce qui touche aux journalistes et aux intermédiaires culturels ou l'entrée des femmes dans les diverses professions intellectuelles. Le principal danger qui guette ce genre de sujet c'est l'enfermement sur lui-même. Sans un lien solide avec l'histoire sociale, avec l'histoire politique, avec l'histoire de l'enseignement, sans un dialogue constant avec les disciplines ne relevant pas directement de l'histoire (histoire littéraire, histoire des l'art, histoire des idées ou des sciences) l'histoire des élites culturelles restera atrophiée. Cette tentation est d'autant plus forte que les acteurs de cette histoire sont les premiers historiens d'eux-mêmes.

Références des ouvrages cités et bibliographie complémentaire

N. B.: Cette recension n'est évidemment pas exhaustive. Ne sont mentionnés que les articles et ouvrages parus après 1972 et sont omises la plupart des biographies ou monographies trop restreintes, sauf si elles ouvrent des perspectives plus larges sur un milieu peu connu. On a ajouté en revanche les ouvrages anglo-saxons qui n'avaient pas d'équivalents en français.

Bruno Belhoste, *Cauchy un mathématicien légitimiste au XIXème siècle*, Paris 1984.

Roger Bellet, *Jules Vallès, journalisme et révolution*, Tusson, 2 vol., 1988 et 1989.

Paul Bénichou, *Le sacre de l'écrivain (1750–1830)*, Paris 1973.

Id., *Les mages romantiques*, Paris 1988.

Vincent Berdoulay, *La formation de l'école géographique française*, Paris 1987.

Philippe Besnard (dir.), „Les durkheimiens“, n° spécial de la *Revue française de sociologie* XX/1 (1979).

Id. (dir.), „Sociologies françaises au tournant du siècle“, n° spécial de la *Revue française de sociologie* XXII/3 (1981).

Jean-Paul Bouillon, „Sociétés d'artistes et institutions officielles dans la seconde moitié du XIXème siècle“, *Romantisme* 54 (1986), pp. 89–113.

Pierre Bourdieu, *Homo academicus*, Paris 1984.

Id., *Les règles de l'art*, Paris 1992.

John M. Burney, *Toulouse et son université. Facultés et étudiants dans la France provinciale du 19è siècle*, Toulouse et Paris 1988.

Cahiers Georges Sorel 5 (1987), „Les revues dans la vie intellectuelle, 1885–1914“.

Mil neuf cent, Revue d'histoire intellectuelle 7 (1989), (anciens *Cahiers Georges Sorel*), „Les congrès lieux de l'échange intellectuel, 1850–1914“.

Charles-Olivier Carbonell, *L'autre Champollion : Jacques, Joseph Champollion-Figeac, 1778–1867*, Toulouse 1984.

Id., *Histoire et historiens en France 1865–1885*, Toulouse 1973.

Jean-Claude Caron, *La jeunesse des écoles à Paris, 1815–1848*, thèse nouveau régime, Université de Paris I. 1989, parue sous le titre: *Générations romantiques 1814–1851. Les étudiants de Paris et le quartier latin*, Paris 1991.

Christophe Charle, *La crise littéraire à l'époque du naturalisme. Roman, théâtre, politique*, Paris 1979.

Id. et Régine Ferré (éds.), *Le personnel de l'enseignement supérieur en France aux XIXème et XXème siècles*, Paris 1985.

Id., *Intellectuels et élites en France, 1880–1900*, thèse d'Etat, Université de Paris I 1985.

Id., *Les élites de la République (1880–1900)*, Paris 1987.

Id., *Les professeurs de la Faculté des lettres de Paris (1809–1939). Dictionnaire biographique*, 2 vol., Paris 1985 et 1986.

Id. avec Eva Telkès, *Les professeurs du Collège de France (1901–1939)*, Paris 1988.

Id. avec Eva Telkès, *Les professeurs de la Faculté des sciences de Paris (1901–1939)*, Paris 1989.

Id., *Naissance des „intellectuels“ (1880–1900)*, Paris 1990.

Id., „Les professeurs des facultés des sciences en France: une comparaison Paris/Province (1880–1900)“, *Revue d'histoire des sciences* 43 (1991), pp. 427–450.

Roger Chartier et Henri-Jean Martin (dir.), *Histoire de l'édition française*, tome 3, Paris 1985, rééd. chez Fayard 1990.

Roger Chartier, *Les origines culturelles de la Révolution française*, Paris 1989.

Maurice Crosland, *Gay-Lussac, scientist and bourgeois*, Cambridge 1978.

Dominique Dammame, *Histoire des sciences morales et politiques et de leur enseignement des Lumières au scientisme*, thèse d'Etat (science politique), Université de Paris I 1982, 2 vol. dactyl.

Robert Darnton, *Bohème littéraire et Révolution. Le monde des livres au XVIII^e siècle*, Paris 1983.

Id., „La République des lettres: Les intellectuels dans les dossiers de police“, in: *Le grand massacre des chats*, trad. française, Paris 1985, pp. 137–175.

Dix-neuvième siècle, Bulletin de la société des études romantiques et dix-neuviémistes, 11 numéros parus (comporte une bibliographie courante des travaux d'histoire culturelle).

Nicole et Jean Dhombres, *Naissance d'un nouveau pouvoir: sciences et savants en France 1793–1824*, Paris 1989.

André Encrevé et Michel Richard (éds.), *Les protestants dans les débuts de la Troisième République*, Paris 1979.

Michel Espagne et Michael Werner (éds.), *Transferts. Les relations interculturelles dans l'espace franco-allemand (XVIII^e–XX^e siècle)*, Paris 1988.

Id., *Philologiques I*, Paris 1990.

Jean-Louis Fabiani, *Les philosophes de la République*, Paris 1988.

Pierre Favre, *Naissances de la science politique (1871–1914)*, Paris 1989.

Nicole Felkay, *Balzac et ses éditeurs*, Paris 1987.

Alfred Fierro, *La société de géographie*, Genève 1983.

Robert Fox et George Weisz (eds.), *The Organization of Science and Technology (1808–1914)*, Cambridge et Paris 1980.

Robert Fox, „Science, the University and the State in Nineteenth-Century France“, in: Gerald L. Geison (éd.), *Professions and the French State*, Philadelphie 1984, pp. 66–145.

Jane Fulcher, *Le grand opéra en France : un art politique, (1820–1870)*, Paris 1988, éd. originale Cambridge 1987.

La Gloire de Victor Hugo, catalogue de l'exposition du Grand Palais, Paris 1985.

Dario Gamboni, *La plume et le pinceau. Odilon Redon et la littérature*, Paris 1989.

Jean-Philippe Genet, „La mesure des champs culturels“, *Histoire et mesure*, vol. II/1, (1987), pp. 137–153.

Marie-Claude Genet-Delacroix, *Art et Etat sous la Troisième République: le système des beaux-arts, 1870–1940*, Paris 1992.

Id., „L'enseignement supérieur de l'histoire de l'art (1863–1914)“, in: Charle, Ferré (éds.), pp. 79–106.

Jérôme de la Gorce, Francoise Levaillant et Alain Mérot (dir.), *La condition sociale de l'artiste*, Colloque du groupe des chercheurs en histoire moderne et contemporaine du CNRS, 12 octobre 1985, Saint-Etienne 1987.

Isabelle Havelange, Françoise Huguet, Bernadette Lebedeff, sous la direction de Guy Caplat, *Les inspecteurs généraux de l'Instruction publique au XIXème siècle. Dictionnaire biographique, 1802–1914*, Paris 1986.

Françoise Huguet, *Les professeurs de la Faculté de médecine de Paris (1800–1939). Dictionnaire biographique*, Paris 1992.

Bernard Kalaora et Antoine Savoye, *Les inventeurs oubliés. Le Play et ses continuateurs. Aux origines des sciences sociales*, Seyssel 1989.

Victor Karady, „Durkheim, les sciences sociales et l'Université. Bilan d'un demi-échec“, *Revue française de sociologie* XVII/2 (1976), pp. 267–312.

Id., „Scientists and Class Structure : Social recruitment of Students at the Parisian ENS in the 19th century“, *History of Education* 8/2 (1979), pp. 99–108.

Id., „Les professeurs de la République. Le marché scolaire, les réformes universitaires et les transformations de la fonction professorale à la fin du XIXème siècle“, *Actes de la recherche en sciences sociales* 47–48 (1983), pp. 90–112.

Jacques Le Goff et Bela Köpeczi (éd.), *Intellectuels français/intellectuels hongrois, XIIIè–XXè siècles*, Paris et Budapest 1986.

Geraldi Leroy (éd.), *Les écrivains et l'affaire Dreyfus*, Paris 1983.

Lucette Levan-Lemesle, „La promotion de l'économie politique en France au XIXème siècle jusqu'à son introduction dans les facultés de droit“, *Revue d'histoire moderne et contemporaine* 27 (1980), pp. 270–294.

Jean-Noël Luc et Alain Barbé, *Des normaliens. Histoire de l'École normale supérieure de Saint-Cloud*, Paris 1982.

Lucien Mercier, *Les Universités populaires: 1899–1914. Education populaire et mouvement ouvrier au début du siècle*, Paris 1986.

Jean-Yves Mollier, *Michel et Calmann Lévy*, Paris 1985.

Id., *L'argent et les lettres. Histoire du capitalisme d'édition*, Paris 1987.

„La mort de l'intellectuel“, *Mesure(s)*, 1989.

Mary-Jo Nye, *Science in the Provinces. Scientific communities and Provincial Leadership in France, 1860–1930*, Berkeley 1986.

Michael B. Palmer, *Des petits journaux aux grandes agences*, Paris 1983.

Harry W. Paul, *From Knowledge to Power. The Rise of the Science Empire in France, 1860–1939*, Cambridge 1986.

Louis Pinto, „Les intellectuels vers 1900. Une nouvelle classe moyenne“ in: *L'univers politique des classes moyennes*, Paris 1983.

Christine Planté, *La petite soeur de Balzac. Essai sur la femme auteur au XIXème siècle*, Paris 1989.

Rémy Ponton, *Le Champ littéraire de 1865 à 1905*, thèse 3ème cycle, dactyl. EHESS, 1977.

Christophe Prochasson, „Sur l'environnement intellectuel de Georges Sorel : l'Ecole des hautes études sociales (1899–1911)“, *Cahiers Georges Sorel* 3 (1985), pp. 16–38.

Id., *Les années électriques*, Paris 1991.

Id., *Place et rôle des intellectuels dans le mouvement socialiste français (1900–1920)*, thèse nouveau régime, Université de Paris I, 1989, 2 vol., paru sous le titre *Les intellectuels, le socialisme et la guerre*, Paris 1993.

Madeleine Rebérioux (éd.), *Les intellectuels et Jaurès. Actes du colloque de la Société d'études jaurésiennes (janvier 1988)*, à paraître.

Fritz K. Ringer, *Fields of Knowledge. French Academic Culture in Comparative Perspective 1890–1920*, Cambridge et Paris 1992.

Daniel Roche, *Les républicains des lettres*, Paris 1988.

Jerrold Seigel, *Bohemian Paris. Culture, Politics and the Boundaries of Bourgeois Life, 1830–1930*, New York 1986, trad. française: *Paris bohème*, Paris 1991.

Andrée Sfeir-Semler, *Die Maler am Pariser Salon 1790–1880*, Diss. phil. Bielefeld 1986, Frankfurt 1990.

Edith Silve, *Paul Léautaud et le Mercure de France*, Paris 1985.

Terry Shinn, „The French Science Faculty System, 1808–1914: Institutional Change and Research Potential in Mathematics and the Physical Sciences“, *Historical Studies in the Physical Sciences* 10 (1979), pp. 271–332.

Robert John Smith, *The École normale supérieure and the 3rd Republic*, Albany 1982.

Anne-Marie Thiesse, *Le roman du quotidien*, Paris 1984.

Id., *Ecrire la France. Le mouvement littéraire régionaliste de langue française entre la Belle Epoque et la Libération*, Paris 1991.

Alain Vaillant (éd.), *Mesure(s) du livre*, Paris 1992.

Jacques Verger (dir.), *Histoire des universités en France*, Toulouse 1986, notamment la contribution de Victor Karady, pp. 261–366.

George Weisz, *The Emergence of modern universities in France (1863–1914)*, Princeton 1983.

Id., „Les transformations de l’élite médicale en France“, *Actes de la recherche en sciences sociales* 74 (septembre 1988) pp. 33–46.

Cynthia et Harrison White, *La carrière des peintres au XIXe siècle*, Paris 1991 (1re éd. New York 1965).

Jean-François Sirinelli

Les élites culturelles en France au XXème siècle

L'école historique française utilise désormais, dans la plupart des domaines de la recherche en histoire contemporaine, le terme *élites* avec efficacité. Cet usage est récent : l'inventaire de la recherche historique dressé en 1980 ne mentionne pas un tel thème d'études¹ et la *Bibliographie annuelle de l'histoire de France* ne voit apparaître le mot dans son index qu'en 1979. Depuis cette date, en revanche, la notion est devenue rapidement opérationnelle² et dès 1983 il était possible de dresser un état des lieux encourageant.³ De surcroît, un large assentiment s'est fait sur la définition du terme et sur son usage : aussi bien, par exemple, en histoire politique⁴ qu'en histoire sociale⁵ des thèses de doctorat soutenues dans les années 1980 ont placé la notion au cœur de leur réflexion.

I. Précautions d'usage

Il est toutefois un secteur, au moins, où cet usage apparaît beaucoup plus complexe : celui des élites culturelles. Car le chercheur bute alors sur un autre terme, à la définition et à l'usage singulièrement plus délicats, celui de culture. Sans nous lancer ici dans une étude sur ce sujet – qui est essentiel, mais nous éloignerait de la question des élites –, on rappellera tout de même que des travaux récents⁶ ont recensé, pour la langue française, de très nombreuses acceptations différentes du mot culture. Dès lors, il paraît bien difficile, sur un terrain aussi meuble, d'identifier des élites.

Encore faut-il auparavant, en effet, définir ce qu'est un homme de culture. On partira

¹ *La recherche historique en France depuis 1965*, Paris 1980.

² A l'initiative, notamment, de l'Institut d'Histoire Moderne et Contemporaine (CNRS) : cf. *Prosopographie des élites françaises (XVIe-XXe siècles). Guide de recherche*, Christophe Charle, Jean Nagle, Marc Perrichet, Michel Richard et Denis Woronoff éds., Paris 1980; cf. aussi le colloque de 1980 de l'Association for the study of modern and contemporary France (actes publiés en 1981 par Jolyon Howorth et Philip G. Cerny, *Elites in France: Origins, Reproduction and Power*, London 1981).

³ Cf. Jean-Pierre Rioux, „Les élites en France au XXe siècle. Remarques historiographiques“, *Mélanges de l'Ecole française de Rome* 95 (1983), pp. 13–27.

⁴ François-Charles Mougel, *Elites et système de pouvoir en Grande-Bretagne*, Bordeaux 1990 (thèse soutenue en 1983).

⁵ Christophe Charle, *Les Elites de la République (1880–1900)*, Paris 1987 (thèse soutenue en 1986).

⁶ Philippe Béneton, *Histoire de mots*, Paris 1975.

d'une définition volontairement empirique : peuvent être réunis sous une telle appellation aussi bien les créateurs que les „médiateurs“ culturels. A la première catégorie appartiennent ceux qui participent à la création artistique et littéraire ou au progrès du savoir scientifique, à la seconde se rattachent ceux qui contribuent à diffuser et à vulgariser les acquis de cette création et de ce savoir.

Mais au sein de ces hommes de culture, où commencent les élites culturelles ? La réponse, assurément, est complexe. Si l'on examine tour à tour création et médiation, des difficultés apparaissent, en effet. Pour la création, quel critère fixer à l'entrée dans l'élite ? Si l'on prend celui de la notoriété, on mesure immédiatement les limites d'une telle approche. Cette notoriété peut être fugace ou posthume : intervenue, dans ce cas, brièvement ou tardivement, elle n'est qu'un miroir déformant qui renvoie une image floue. Doit-on, dans ce cas, se fonder sur l'ampleur de l'œuvre produite ? C'est donner, en littérature par exemple, une prime au polygraphe sur l'auteur qui cisèle son oeuvre. Peut-on plutôt se fier, dans ces conditions, à la reconnaissance par les contemporains ? Mais, comme pour la notoriété, celle-ci peut se révéler capricieuse, incertaine ou carrément injuste.

Quant à la médiation, elle renvoie au problème du pouvoir d'influence. Il y aurait là, apparemment, un terrain plus solide. Les élites de la médiation culturelle, de fait, pourraient être entendues comme celles dotées d'une certaine capacité de résonance et d'amplification. Mais comment mesurer une telle capacité ? D'autant que si la notion d'élite renvoie plutôt au qualitatif, une telle mesure nous fait passer au quantitatif. Et à supposer même que l'on admette cette approche quantitative, reste le problème du seuil : à partir de quel pouvoir de résonance doit-on faire entrer dans le club fermé de l'élite ? La question, déjà délicate en elle-même, est encore compliquée par le fait que la résonance varie en fonction des vecteurs de médiation et que ceux-ci ont évolué au fil du siècle. Or, la culture pouvant être comparée, en forçant le trait, à la mécanique des fluides, avec une source multiforme (la „création“ culturelle) et une circulation (la „médiation“ culturelle) complexe et ramifiée, ce sont bien les vecteurs de cette circulation qui sont décisifs. Leur évolution s'est surtout manifestée à travers deux phénomènes, liés entre eux : d'une part, la montée en puissance de l'image et du son, au détriment de l'imprimé ; d'autre part, le rôle probablement décroissant de l'Ecole par rapport à l'audiovisuel, pour ce qui est de la transmission des savoirs et, plus largement, d'une vision du monde. Et surgit dès lors cette question devenue classique : un acteur de cinéma, un animateur de télévision, appartiennent-ils de plain-pied aux élites culturelles ? Quelle que soit la réponse, du reste, la double évolution constatée amplifie le rôle des *médiateurs* par rapport à celui des *créateurs*.

De surcroît, cette double évolution intervient elle-même dans une société française profondément remodelée au XXe siècle. Or, les élites se définissent aussi, autant que par leur pouvoir et leur influence intrinsèques, par l'image d'elles-mêmes que reflète le miroir social. Quoi de comparable, par exemple, entre la place et le statut d'un instituteur dans une commune française du début du siècle et la situation qui lui est faite dans la société des deux dernières Républiques ? Ou encore, entre un professeur agrégé dans une ville de province de l'entre-deux-guerres et son homologue de cette fin de siècle ?

II. Une forte croissance statistique et un rôle civique accru

Les remarques qui précèdent mettent en lumière la complexité d'une approche historique des élites culturelles, encore très „délâssées”⁷ au début des années 1980. Elles confirment aussi la nécessité de replacer une telle approche dans une perspective chronologique. En soulignant, tout d'abord, l'importance de la charnière entre nos deux derniers siècles. La distinction XIXe–XXe siècles n'est pas, en effet, pour notre sujet, une simple commodité d'organisation ou un simple artifice de présentation, mais correspond au contraire à une réalité. Et ce pour deux raisons au moins.

A la fin du XIXe siècle, on observe, d'une part, un progrès de „l'encadrement” culturel. Les lois scolaires, bien sûr, y jouent un rôle mais aussi le désenclavement géographique par un réseau ferré de plus en plus dense, l'ouverture et le brassage sociologique opérés par le service militaire, l'implantation de plus en plus profonde de la presse quotidienne: autant de facteurs qui concourent à une autre forme de désenclavement, à la fois politique et socio-culturel, et qui mériteraient d'ailleurs une étude spécifique, tant ce désenclavement apparaît historiquement essentiel.

D'autre part, cette période voit la naissance de „l'intellectuel”⁸ en tant qu'acteur de la scène politique, mais aussi, plus largement, l'augmentation du nombre de ces intellectuels : en d'autres termes, les élites culturelles prennent alors de l'épaisseur – sur le plan statistique – et de la voix – sur le plan civique. L'augmentation statistique est très nette. Au tournant du siècle, le point de départ se situe entre 10 000 et 30 000, selon l'acception plus ou moins large que l'on donne au mot intellectuel, mais le nombre va aller rapidement croissant. On le voit, par exemple, à l'expansion du milieu étudiant, qui est par essence une pépinière de futurs gens de plume et de verbe : les étudiants français sont 19 821 en 1891 et 39 890 en 1906.⁹

Et l'expansion démographique du milieu intellectuel se poursuivra au fil du siècle. Là encore, l'indicateur du milieu étudiant est précieux et révélateur : le nombre de ces étudiants s'était momentanément tassé autour de 40 000 entre 1906 et 1914. Mais l'expansion rapide reprend dès la fin du premier conflit mondial, et ce nombre, qui avait une première fois doublé entre 1891 et 1906, double à nouveau dans l'entre-deux-guerres, pour atteindre 80 000 environ au fil des années 1930. Puis il triple au cours des quinze années qui suivent 1945 : avant même „l'explosion” des effectifs dans les années 1960, les facultés et grandes Ecoles françaises comptent 250 000 étudiants à la rentrée de 1962.¹⁰

⁷ Rioux, p. 21. La sociologie, en revanche, a prêté attention de façon beaucoup plus précoce aux élites culturelles. A travers, il est vrai, des approches très diverses. Pierre Bourdieu, par exemple, a développé la grille d'analyse des „champs culturels”, au sein desquels se meuvent les agents – et donc les élites – culturels (parmi ses premières réflexions sur le sujet, cf. Pierre Bourdieu, „Champ intellectuel et projet créateur”, *Les Temps modernes* 246 (1966), pp. 865–906).

⁸ Christophe Charle, *Naissance des „intellectuels” (1880–1900)*, Paris 1990.

⁹ Antoine Prost, *Histoire de l'enseignement en France 1800–1967*, Paris 1968, p. 230.

¹⁰ Nombre appelé encore à quadrupler en moins de trente ans : en 1990–1991, les effectifs étudiants s'élevaient à 1 182 000.

Autre indicateur révélateur : le nombre des enseignants. En 1990, l'Education nationale est le plus gros employeur de France, avec 1 044 924 personnes rémunérées. Si 289 000 sont des non-enseignants, les enseignants, on le voit, sont plus de 700 000.¹¹ Au seuil du XXe siècle, en comptant administrateurs et répétiteurs, le personnel des lycées compte 5 200 fonctionnaires environ et celui des collèges environ 4 000, pour l'enseignement secondaire masculin. Et les maîtres et maîtresses de l'enseignement primaire sont à la même date 150 000 environ. Même en tenant compte de l'enseignement secondaire féminin et des enseignants du privé, l'évolution a donc été considérable.

Tout comme est frappant le rôle croissant des élites culturelles dans le domaine politique. Assurément, bien avant la fin du XIXe siècle, des intellectuels avaient quitté la sphère du culturel pour investir celle du politique. Mais, à cette date, à la suite de l'Affaire Dreyfus, les intellectuels français allaient désormais s'installer au coeur de nos débats civiques.

Une telle vocation portait en germe une division accrue du milieu intellectuel français. Certes, celui-ci, à l'image de tout groupe humain dans une société démocratique, est par essence divisé. Mais l'Affaire Dreyfus va mettre en lumière une faille qui désormais courra à travers ce milieu. Et comme, de surcroît, cet engagement se fera de plus en plus dense, les élites culturelles, au fil du XXe siècle, sont des élites divisées. Le propos n'est pas ici de recenser et d'étudier les débats qui rythmèrent et réactivèrent cette division,¹² mais de rappeler qu'il y a bien là un élément constitutif de nos élites culturelles, dont il faudrait du reste se demander s'il est spécifique de l'intelligentsia française.¹³

III. Renouvellement ou reproduction?

Si le constat de la croissance statistique des élites culturelles est essentiel, il ne saurait faire oublier cet autre point déterminant qu'est le problème de l'accès à ces élites. Avec, notamment, la question du rôle de l'Ecole. L'appartenance aux élites culturelles dépend-elle d'un diplôme universitaire? Plus largement, quel est l'effet d'un tel diplôme sur les mécanismes de capillarité sociale? Ce sont donc, au bout du compte, les effets de l'Ecole sur les rouages et l'architecture de la société française qui sont à évaluer.

Pour les élites culturelles, comme pour les autres élites, ces effets vont-ils le plus souvent dans le sens d'une ascension sociale et donc d'un renouvellement? Ou, au contraire, le système scolaire et universitaire ne constitue-t-il qu'un outil de reproduction? Ces questions, assurément, dépassent le cadre de notre étude.¹⁴ Rappelons tout de

¹¹ Note d'information 91-05 du Ministère de l'Education nationale, 1991.

¹² Cf. Jean-François Sirinelli, *Intellectuels et passions françaises. Manifestes et pétitions au XXe siècle*, Paris 1990.

¹³ Autre aspect essentiel : ces clivages idéologiques ont pu influer sur la conception que ces élites culturelles avaient de la culture et de l'action culturelle (cf. Evelyne Ritaine, *Les stratégies de la culture*, Paris 1983).

¹⁴ Pour une mise en perspective, cf. Jean-François Sirinelli, „Des boursiers conquérants? Ecole et

même ici qu'elles s'inscrivent dans un débat scientifique en cours. Le thème d'une Ecole servant à reproduire les élites a surtout été étayé par des sociologues travaillant sur la Ve République. Mais de leurs travaux,¹⁵ souvent féconds, toujours stimulants, a été fait un usage rétrospectif, dont l'application parfois trop rapide à d'autres époques et d'autres Républiques a plus alimenté des idées reçues que vivifiée des démarches scientifiques.

Car si dans *Les Héritiers* l'analyse est étayée, et soutenue de surcroît par les conclusions d'enquêtes de la même époque,¹⁶ il est nécessaire de plaider pour la non-rétroactivité de certaines notions : sous la Troisième République, par exemple, certaines Grandes Ecoles au recrutement sociologique large seront de grandes pourvoyeuses en élites culturelles.¹⁷ Et les résultats à ces Grandes Ecoles ne constituent naturellement pas le seul domaine où est observé un tel décalage chronologique entre la Ve République et celles qui la précédèrent : ainsi, alors qu'en 1963 quinze des dix-huit premiers prix du Concours Général „étaient fils et filles de cadres supérieurs ou de membres des professions libérales et trois fils de commerçants“¹⁸ les lauréats du même Concours avaient, dans l'entre-deux-guerres, une origine sociale totalement différente.¹⁹

Le vocabulaire lui-même a connu au fil des décennies un glissement qui rend son usage comparatif hasardeux. Lorsqu'Albert Thibaudet évoque en 1927, dans *La République des Professeurs*, les „héritiers“, chers à Maurice Barrès, c'est naturellement pour les opposer aux „boursiers“ et pour rappeler, par comparaison à ces derniers, combien leurs atouts pèsent plus lourd dans la course aux diplômes, mais sans en tirer de théorie sur la „reproduction sociale“ et en insistant, au contraire, pour les besoins de sa démonstration, sur le rôle des „boursiers“.

Il faudrait, en fait, sur ces problèmes controversés liés, par-delà la question des élites, à celle, plus large, de la mobilité sociale et de ses rouages, multiplier les monographies qui seules permettraient d'affiner et de nuancer.

Assurément, s'en tenir à une promotion tertio-républicaine qui serait sous-tendue par les seules Grandes Ecoles serait peu sérieux. La promotion s'opère à tous les degrés du système scolaire et universitaire, et à tous ces degrés sont présents des boursiers : au

„promotion républicaine“ sous la IIIe République“, in: *Le Modèle républicain*, Serge Bernstein et Odile Rudelle éds., Paris 1992.

¹⁵ Cf., par exemple, Pierre Bourdieu et Jean-Claude Passeron, *Les Héritiers. Les étudiants et la culture*, Paris 1964, et *La Reproduction. Éléments pour une théorie du système d'enseignement*, Paris 1970; cf. aussi Christian Baudelot et Roger Establet, *L'Ecole capitaliste en France*, Paris 1971, pour lesquels „l'appareil scolaire... contribue à reproduire les rapports sociaux de production capitalistes“, p. 47.

¹⁶ Ainsi, un an avant la publication des *Héritiers*, la „commission Bouloche“ sur le système des concours portait un jugement identique. (*Les conditions de développement, de recrutement, de fonctionnement et de localisation des grandes Ecoles en France*, rapport du groupe d'études au premier Ministre, 26 septembre 1963, Paris 1964, par exemple p. 42).

¹⁷ Jean-François Sirinelli, *Génération intellectuelle. Khâgneux et normaliens dans l'entre-deux-guerres*, Paris 1988; je me permets aussi de renvoyer à ma contribution, „The Ecole normale supérieure and elite formation and selection during the Third Republic“, in: Howorth, Cerny (éds.), pp. 66–77.

¹⁸ Bourdieu, Passeron, p. 69.

¹⁹ Sirinelli, *Génération*, pp. 35–39.

concours général des départements, par exemple, les détenteurs de bourses obtiennent en 1890 deux prix d'honneur sur trois et, en tout, 47 nominations sur 96.²⁰ Et sur la période 1890–1896, ils s'adjugent 64% des prix d'honneur. Mais pour la question des élites qui seule nous intéresse ici, il faut réfléchir plus avant sur le poids des Grandes Ecoles et, dans ce domaine également, le poids des boursiers est indéniable : de 1892 à 1895, 902 boursiers nationaux sont reçus aux concours des Grandes Ecoles, dont 94 à l'Ecole normale supérieure, 248 à Polytechnique, 412 à Saint-Cyr, 66 à l'Ecole Centrale, 44 à l'Ecole navale, 8 à l'Ecole des Mines et 30 à l'Institut agronomique, ce qui représente, par exemple, 35% des reçus de Polytechnique et 29% de ceux de Saint-Cyr. Quant à l'Ecole normale supérieure, le poids des boursiers en son sein est encore plus important : 54,6% pour la même période. Et il y a permanence du phénomène : sur les 463 normaliens reçus entre 1930 et 1938, 234, soit 50,5%, ont, durant leurs études secondaires, bénéficié de bourses.²¹

Tous ces chiffres prennent un relief particulier si l'on ajoute que les bourses nationales ne sont qu'au nombre de 4 000 environ entre 1892 et 1895²² et que les boursiers nationaux ne forment alors que 6% de la population des établissements universitaires.²³

Mais la remarque suggère en même temps les limites d'une telle promotion par les bourses. D'autant qu'Antoine Prost, s'appuyant sur Ludovic Zoretti, a bien montré qu'en 1911, 51% des bourses distribuées le sont à des fils de fonctionnaires²⁴ et que les bourses ont été aussi „un moyen pour l'Etat d'administrer son personnel, de récompenser, à défaut d'une promotion ou d'une mutation flatteuse, un fonctionnaire dont on est satisfait“.

IV. Elites culturelles et pouvoirs publics

Il est d'autres approches historiques possibles de ces élites culturelles que leur seule histoire sociale ou politique. Et s'il n'est guère possible d'en proposer ici un inventaire exhaustif, plusieurs points doivent encore être mentionnés.

Dans un pays de forte centralisation comme la France, la concentration géographique du milieu intellectuel appelle assurément une étude précise : même s'il est excessif de parler de Paris et du désert culturel français, il y a bien dans ce phénomène d'aspiration et de concentration un fait historique important, qui, de surcroît, est probablement une spécificité française. Mais la centralisation est également politique et induit donc un

²⁰ A. Chalamet, „Rapport sur les bourses d'enseignement secondaire“, *L'Enquête sur l'enseignement secondaire. Rapports adressés à la Commission parlementaire de l'enseignement*, Paris 1899, pp. 131–151.

²¹ Cf. A. Baudant, *L'Ecole Normale Supérieure. Données sur la participation politique de l'Université de Paris à la vie politique française*, mémoire de maîtrise, Paris I, 1972, p. 32.

²² 4117 précisément (cf. Prost, p. 327).

²³ Cf. Chalamet.

²⁴ Contre 20% seulement aux fils de cultivateurs, artisans et ouvriers (Prost, p. 328). Entre 1892 et 1895, le pourcentage des fils de fonctionnaires parmi les boursiers s'élève même à 59% (*ibid.*).

autre élément à prendre en considération dans une histoire des élites culturelles : les rapports entre la puissance publique et ces élites.

Pour ce qui est de l'Etat, la question de ces rapports ne se pose plus sous la forme longtemps classique du mécénat mais sous celle de la place de la culture dans les dépenses publiques. Paul Gerbod²⁵ a bien montré que cette place a régressé entre le XIXe et le XXe siècle (tout au moins jusqu'au début des années 1980). Les deux régimes impériaux et la monarchie constitutionnelle avaient, au siècle dernier, atteint ou même dépassé 1% du budget. A l'orée du siècle suivant, en 1900, les dépenses culturelles de la Troisième République sont à 0,40%, et la IVe République représentera une phase de plus basses eaux encore : 0,17% en 1950 et 0,10% en 1954. A l'orée de la République suivante, on retrouve à peu près le taux de 1900 : 0,38% en 1960.

Mais autant le mécénat, presque par essence, irriguait les élites culturelles, autant la contribution de l'Etat moderne est, elle, de ce point de vue, plus diffuse et la portée de l'approche budgétaire – approche pourtant légitime et féconde – reste limitée pour l'étude des élites. Une étude de l'action de l'Etat dans le domaine culturel²⁶ n'en demeure pas moins nécessaire. Car si, nous l'avons vu, ces élites culturelles se définissent notamment par leur pouvoir d'influence, c'est-à-dire, on l'a dit, de résonance et d'amplification, il faudrait aussi pouvoir mesurer cette influence dans les „prises de décision“ en matière culturelle.

Si cette notion de „prise de décision“ est familière aux spécialistes des relations internationales, dans la lignée des recherches dirigées par Pierre Renouvin et Jean-Baptiste Duroselle, elle a été pour l'instant moins pratiquée par les historiens d'autres branches,²⁷ et notamment dans le domaine de l'histoire culturelle.²⁸ Mais des recherches sur la politique culturelle du Front populaire²⁹ ont récemment fourni un riche matériau pour éclairer cette question. Avec, entre autres, la mise en lumière d'un véritable „vivier associatif“, à la fois pépinière d'élites culturelles et partenaire possible – selon des modalités et une influence variable – des pouvoirs publics.

Le rôle des associations semble également important pour la période de la Libéra-

²⁵ Paul Gerbod, „L'action culturelle de l'Etat au XIXe siècle à travers les divers chapitres du budget général“, *Revue historique* 270 (1983), pp. 389–401.

²⁶ L'action de l'Etat dans le domaine culturel a d'abord retenu l'attention des juristes : cf. André-Hubert Mesnard, *L'Action culturelle des pouvoirs publics*, Paris, 1969; du même auteur, on se reportera aussi à la brève mais topique synthèse, *La politique culturelle de l'Etat*, Paris 1974, et, très récemment, *Droit et politique de la culture*, Paris 1990. Autres thèses à signaler : M. Durupt, *L'Etat et les Beaux Arts*, Bordeaux, 2 vol. dactylographiés, 1964; Jack Lang, *L'Etat et le théâtre*, Nancy 1968.

²⁷ A part quelques initiatives isolées : citons, par exemple, dans le domaine de la recherche scientifique, Dominique Pestre („Comment se prennent les décisions de très gros équipements dans les laboratoires de ‚science lourde‘ contemporains?“, *Revue de synthèse* (1988), pp. 97–130).

²⁸ Alors que certains sociologues ont déjà exploré cette piste de la „prise de décision“ dans le domaine des politiques culturelles : ainsi les travaux de Philippe Urfalino.

²⁹ Pascal Ory, *La politique culturelle du Front populaire français (1935–1938)*, thèse de doctorat d'Etat, Université de Paris X, 5 vol., Nanterre 1990.

tion. S'y développe alors le thème de l'éducation populaire, avec des associations symboles : ainsi „Peuple et Culture“, étudié par Jean-Pierre Rioux.³⁰

Mais il faut revenir au Front populaire, dont l'étude est précieuse sur un autre point concernant les élites culturelles françaises au XXe siècle. En leur sein, en effet, apparaissent progressivement des figures nouvelles, et notamment, dans les années 1930, le chercheur scientifique. Ce type social existe assurément depuis que, dans les sociétés humaines, des hommes se sont consacrés à la science, fût-ce de façon archaïque. L'élément nouveau, en France, est l'institutionnalisation et la multiplication des chercheurs. Certes, il existe une communauté de savants avant ces années 1930 mais c'est de cette décennie que date le tournant, la création du Centre national de la recherche scientifique en étant le symbole.

Ce dernier point, il est vrai, nous renvoie à la question, déjà évoquée plus haut, de la nécessité d'une histoire sociale des élites culturelles. Pour en rester ici aux rapports entre celles-ci et les pouvoirs publics, il convient de les analyser également au niveau des collectivités locales. Car le constat de la centralisation parisienne ne doit pas pour autant conduire à une focalisation sur le seul rôle de l'Etat. L'étude des politiques culturelles locales – et notamment municipales³¹ – devrait permettre d'éclairer les rapports culturels Paris-province et Etat central-collectivités locales mais aussi de faire apparaître la composition et le rôle des élites culturelles locales. Tant il est vrai que ces élites locales demeurent le socle de l'édifice et le vivier dans lequel vient puiser la cléricature parisienne. Il y aurait d'ailleurs une belle étude à faire sur le mouvement de noria qui renouvelle au fil des générations cette cléricature. Et la littérature serait probablement une source précieuse, car le thème des jeunes clercs provinciaux montés à l'assaut culturel de Paris y est un thème récurrent, de Balzac à Jules Romains en passant par Barrès.³²

³⁰ Sur le contexte, cf., de cet auteur, „Prologue“, in: François Bloch-Lainé et Jean Bouvier, *La France restaurée 1944–1954*, Paris 1986, pp. 15–31; et sur „Peuple et Culture“, cf. ses deux articles, „Entre deux guerres, entre deux sociétés : l'éducation populaire en transit“, *Les Cahiers de l'animation*, 32 (1981), pp. 9–16, et „Une nouvelle action culturelle? L'exemple de „Peuple et Culture““, *La Revue de l'économie sociale* (1985), pp. 35–47.

³¹ Cf. Jean-Pierre Rioux et Jean-François Sirinelli (éds.), „Les politiques culturelles municipales. Eléments pour une approche historique“, *Les Cahiers de l'IHTP* 16 (1990).

³² Cf. Jean-François Sirinelli, „Littérature et politique : le cas Burdeau-Bouteiller“, *Revue historique* 272 (1984), pp. 91–111, et „L'image du normalien dans „Les hommes de bonne volonté“ : mythe ou réalité?“ in: *Jules Romains face aux historiens contemporains*, Paris 1990.

Hans Manfred Bock

Kulturelle Eliten in den deutsch-französischen Gesellschaftsbeziehungen der Zwischenkriegszeit

Die deutsch-französischen Gesellschaftsbeziehungen sind ein Thema, das für die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg weitgehend noch der quellenorientierten Erschließung und der politisch-soziologischen Interpretation harrt. Es ist gleichwohl als Forschungsfeld umrissen,¹ und es ist als Beobachtungsfeld für die Eigenart und den Vergleich der soziokulturellen Eliten in beiden Ländern nicht zuletzt deswegen sinnvoll und ergiebig, weil in den Gesellschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Frankreich gerade in der Zwischenkriegszeit den Führungsgruppen eine hervorragende Rolle zufiel. Die nicht nur sporadische, sondern im Rahmen von deutsch-französischen Organisationen stabilisierte grenzüberschreitende Interaktion wurde nahezu ausschließlich von ihnen initiiert und aufrecht erhalten. Die mit dem Nachbarland Kontakt und Umgang suchenden Teile der Eliten beider Nationen blieben in dieser Periode kleine Minderheiten und alles in allem eher die Ausnahme als die Regel. Es bietet dennoch einige Vorteile für den Vergleich der soziokulturellen Eliten jener Zeit, wenn man bei diesen in den deutsch-französischen Organisationen tätigen Teilen der Führungsgruppen ansetzt. Zum einen handelt es sich um überschaubare, teilweise sogar quantifizierbare Gruppen und beschreibbare, formal verfaßte Gruppenstrukturen. Zum anderen wird der Vergleich erleichtert, da beide Seiten zumindest in der Absicht übereinstimmten, Kenntnisse und Einstellungen zum anderen Land zu verbessern, und sie somit ein Minimum von Gleichartigkeit aufwiesen. Und schließlich ist das Verhältnis der in den deutsch-französischen Verständigungsorganisationen aktiven Teile der Führungsgruppen beider Länder zum Ensemble der Funktionseliten, deren Bestandteil sie waren, deswegen aufschlußreich, weil anzunehmen ist, daß den bilateralen Verständigungsorganisationen durch den (sich verändernden) Konsens ihrer jeweiligen nationalen Gesamtelite die Grenzen ihrer Tätigkeit vorgezeichnet wurden, die sie nur um den Preis ihrer Eliminierung überschreiten konnten. Es kann für die Beobachtungen, die anhand des engen Feldes der deutsch-französischen Verständigungsorganisationen formulierbar sind, nicht der Anspruch erhoben werden, im statistischen Sinne repräsentativ zu sein für das Ganze der soziokulturellen Eliten beider Länder. Aber es können einige Rückschlüsse

¹ S. dazu meine Darstellung: Hans Manfred Bock, „Die Deutsch-Französische Gesellschaft von 1926 bis 1934. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte der deutsch-französischen Beziehungen der Zwischenkriegszeit“, in: *Francia* 17/3 (1990), S.57–101, bes. S.58–60.

gezogen werden zur Rekrutierung und zur relativen Bedeutung der verschiedenen Teileliten in beiden Ländern. Und es ist möglich, einige dominante politische Wertorientierungen und Ideologiemuster aufzuzeigen, die offensichtlich nicht nur in den verständigungspolitischen Gruppen, sondern auch im größeren Rahmen der jeweiligen sozio-kulturellen Elite in Deutschland und Frankreich Verbindlichkeit beanspruchten. Da es bislang für die Zwischenkriegszeit eine vergleichende Sozialgeschichtsschreibung weder zum Bürgertum² noch zu den kulturellen Eliten³ in Deutschland und Frankreich gibt, wäre es schon ein Erkenntnisgewinn, wenn sich im Folgenden diese Fragen präzisieren und einige damit verbundene Hypothesen ansatzweise überprüfen ließen.

Für die allgemeine Charakterisierung der sozio-kulturellen Eliten der Zwischenkriegszeit in Deutschland und in Frankreich unter den Gesichtspunkten ihrer sozialen Rekrutierung und ihrer ideologischen Bewußtseinsstrukturen gibt es eine Reihe interessanter Anhaltspunkte in den Beobachtungen, die von Zeitgenossen artikuliert wurden. Diese Beobachtungen wurden gerade von den deutschen und französischen Intellektuellen angestellt, die sich in den Jahren von 1919 bis 1939 zwischen den beiden Nationalkulturen bewegten und die damit die verständigungspolitischen Bewegungen und Organisationen aus der Nähe kannten. Bernhard Groethuysen z. Bsp., der zum Kern des Colpacher Kreises um die luxemburgische Großindustriellen-Familie Mayrisch gehörte, versuchte zu Beginn der dreißiger Jahre in einer vergleichend angelegten Skizze der französischen Gegenwartsgesellschaft darzustellen, daß dort das Bürgertum „in der Idee des Citoyen die ideologische Form gefunden“ habe, „in der es seine politischen Forderungen zur Geltung bringen konnte und die Herrschaft im Staat übernahm“.⁴ Der Bürger sei in Frankreich zum „repräsentativen Menschentypus“ geworden, während in Deutschland dem Bürgertum „trotz seiner Machtentwicklung eine mehr oder weniger eingeschränkte geistige und soziale Bedeutung“ zukomme. Hier sei das Gewicht der Gesellschaftsklassen oberhalb und unterhalb des Bürgertums stets größer geblieben. Der deutsche Bürger stelle „keinen in sich abgegrenzten Einheitstypus“ dar und ihm komme „nicht die gleiche repräsentative Bedeutung (zu) für die übrigen Volksschichten wie in der französischen Gesellschaft“.⁵ Aufgrund der allgemeinen Akzeptanz des Citoyen-Ideals könne sich die Herausbildung geistiger Eliten in Frankreich nur in der Weise vollziehen, daß diese eine Art „Sublimierung des homme moyen“ darstellten, daß sie „das aussprechen und zur Darstellung bringen, was auch er denkt und sein

² Zur Vorkriegszeit s. dazu die Ansätze und Vorüberlegungen in Hartmut Kaelble, „Französisches und deutsches Bürgertum 1870–1914“, in: *Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich*, Hg. Jürgen Kocka, München 1988, Bd. 1, S. 107–140.

³ Auf diese Fragestellung führt wiederum für die Zeit vor 1914 hin im Schlusskapitel Christophe Charle, *Naissance des „intellectuels“ (1880–1900)*, Paris 1990, S. 227ff.

⁴ Bernhard Groethuysen, „Die französische Gesellschaft“, in: *Handbuch der Frankreichkunde*, Hg. Paul Hartig u. Wilhelm Schellberg, Frankfurt/M. 1930, Bd. 2, S. 128.

⁵ Ebd., S. 128. Als weiteren zeitgenössischen Vergleichsansatz s. auch, aus der Feder des französischen Germanisten, der am ehesten in soziologischen Kategorien dachte, Edmond Vermeil, „Démocratie française et Démocratie allemande“, in: *Bulletin de la Conciliation Internationale* 6 (1930), S. 55–107.

möchte“.⁶ In der ungleich stärker fragmentierten deutschen Gesellschaft waren – so kann man Groethuysens Beobachtungen komparatistisch fortführen – solche organischen Verbindungen zwischen der Allgemeinbevölkerung und den geistigen Eliten grundsätzlich schwieriger und diffuser. Nach Groethuysens Eindruck bestand gegen Ende der zwanziger Jahre das Hauptproblem in der französischen Gesellschaft darin, das Ideal des politischen Bürgers (*citoyen*) im erwerbsbürgerlichen Alltagsleben zu praktizieren; in der deutschen Gesellschaft hingegen bestehe es darin, aus dem weitgehend apolitischen, berufstätigen Bürger einen *Citoyen* zu machen. Die in Groethuysens Überlegungen mit den Begriffen einer geisteswissenschaftlichen Kultursoziologie formulierten Unterschiede in der Gesellschaftswirklichkeit beider Länder wurden auch von anderen zeitgenössischen Kennern des jeweiligen Nachbarlandes lebhaft empfunden und lebendig beschrieben. Der langjährige Frankreichkorrespondent der „Frankfurter Zeitung“, Friedrich Sieburg, zeigte sich beispielsweise 1929 stark beeindruckt von den ungebrochenen bürgerlichen Traditionen, die in seinem Gastland Geltung hatten, und er blickte nicht ohne Neid auf die intensive Einbeziehung der Intellektuellen in das öffentliche Leben.⁷ Andererseits fiel dem französischen Repräsentanten des Berliner Büros des Mayrisch-Komitees, Pierre Viénot, in der deutschen Gesellschaft der späten zwanziger Jahre vor allem die geringe Verbindlichkeit der bürgerlichen Wertvorstellungen auf und die hektische Suche der geistigen Führungsschichten nach einem neuen politisch-sozialen Konsens.⁸ Man kann diese Zeugnisse beteiligter Beobachter über die unterschiedliche gesellschaftlich-kulturelle Wirklichkeit in beiden Ländern als zuverlässige Anhalts- und Ausgangs-Punkte nehmen für die verallgemeinernde Charakterisierung des historischen und soziologischen Rahmens, in dem sich die deutsch-französischen Gesellschaftsbeziehungen der Zwischenkriegszeit abspielten: Einer vergleichsweise homogenen Gesellschaftsstruktur in Frankreich stand eine stark fragmentierte gesellschaftliche Wirklichkeit in Deutschland gegenüber;⁹ im Vergleich zum prinzipiell demokratischen Muster der Elitenrekrutierung auf der einen Seite existierte auf der anderen Seite ein weniger repräsentatives und diffuseres Verhältnis in den Beziehungen zwischen der Bevölkerung und ihren Eliten; während jenseits des Rheins ein starker bürgerlich-republikanischer Konsens vorherrschte, war die ideologische Verfassung der geistigen Führungsgruppen in Deutschland durch die Suche nach einer neuen und eher politikfernen Begründungsmöglichkeit des nationalen Zusammenhalts gekennzeichnet.

⁶ Groethuysen, S.115.

⁷ Friedrich Sieburg, „Zur Lage der französischen Intelligenz“, in: *Die Tat* (1929), S.529ff.

⁸ So besonders in seinem Buch Pierre Viénot, *Incertitudes allemandes. La crise de la civilisation bourgeoise en Allemagne*, Paris 1931.

⁹ Dieser Aspekt wurde neuerdings für die politische Kultur der Weimarer Republik herausgestellt von Detlef Lehnert u. Klaus Megerle (Hg.), *Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik*, Opladen 1990.

1. Zur Rolle der Eliten in den deutsch-französischen Gesellschaftsbeziehungen

Es gibt generell wohl nur zwei Wege, auf denen transnationale Gesellschaftsbeziehungen angebahnt werden können, die nicht nur individuell und punktuell bleiben, sondern eine größere Zahl von Menschen einbeziehen und dauerhafte Kommunikation ermöglichen sollen. Dergleichen kollektive und fortgesetzte Gesellschaftsbeziehungen über die nationalen Grenzen hinweg können entstehen aus der Initiative und aus dem Zusammenhang gesellschaftlicher Bewegungen. Oder sie können ihren Ursprung haben in den grenzüberschreitenden Zielsetzungen von sozio-ökonomischen oder sozio-kulturellen Eliten. In den deutsch-französischen Beziehungen des 20. Jahrhunderts hat es stets beide Varianten von Gesellschaftsbeziehungen gegeben. Während in der Nachkriegszeit die von gesellschaftlichen Bewegungen und Gruppen getragenen Begegnungsaktivitäten zwischen Deutschland und Frankreich eindeutig überwiegen,¹⁰ kamen in der Zwischenkriegszeit die für die deutsch-französischen Kontakte wirksamsten Anstöße aus dem Kreis der wirtschaftlichen und kulturellen Eliten beider Länder.

In den beiden Zwischenkriegsjahrzehnten blieben die wechselseitigen Bemühungen um Kontakt und Kenntnis der anderen Nation, die aus der internationalen Verständigungsarbeit der katholischen und der protestantischen Kirchen,¹¹ der Jugendbewegung¹², der Arbeiterbewegung¹³ und der Friedensbewegung¹⁴ hervorgingen, alles in allem sehr unstabil und diskontinuierlich. Sie blieben überwiegend ein Reflex der allgemeinen Konstellations- und Klimaveränderungen zwischen beiden Ländern, da sie nicht über die materiellen und intellektuellen Ressourcen verfügten, die erforderlich gewesen wären für eine von den politischen Konjunkturen ein Stück weit unabhängige Urteilsbildung. Diese inhärente Schwäche der von den sozialen Bewegungen getragenen Verständigungsinitiativen bedingte zu einem großen Teil ihre Kurzlebigkeit und ihre Anfälligkeit gegenüber den Schwankungen der öffentlichen Meinung. Sie war auch Voraussetzung dafür, daß die Nationalsozialisten – soziologisch gesehen – bei zwei deutsch-französischen Verständigungsinitiativen von sozialen Bewegungen ansetzen konnten, als sie nach einer propagandistisch benutzbaren Organisationsgrundlage für den Aufbau eines eigenen bilateralen gesellschaftlichen Kommunikationsnetzes suchten.

¹⁰ S. dazu die unentbehrliche Studie: John F. Farquharson u. Stephen C. Holt, *Europe from Below. An assessment of Franco-German popular contacts*, London 1975.

¹¹ Vgl. dazu Jean-Claude Delbreil, *Les catholiques français et les tentatives de rapprochement franco-allemand (1920–1933)*, Metz 1972.

¹² S. Dieter Tiemann, *Deutsch-französische Jugendbeziehungen der Zwischenkriegszeit*, Bonn 1989.

¹³ Zu diesem unerschlossenen Thema s. jetzt Ansätze bei Peter Friedemann, „Das Frankreichbild der Zwischenkriegszeit in ausgewählten Organen der deutschen Arbeiterpresse“, in: *Francia* 17/3 (1990), S. 31–56.

¹⁴ Zu diesem ebenfalls bislang unübersichtlichen Aspekt der deutsch-französischen Beziehungen s. jetzt interessante Ansätze bei Otmar Jung, „Unterschiedliche Kulturen. Der Rednertausch zwischen französischen und deutschen Pazifisten 1924“, in: Lehnert, Megerle (Hg.), S. 250–292.

ten. Sie nutzten die in den späten zwanziger und frühen dreißiger Jahren geknüpften Kontakte zwischen Teilen der Jugendbewegung und zwischen den sozialpolitischen Selbsthilfeorganisationen der Kriegsopfer in beiden Ländern, um die Gründung der Deutsch-Französischen Gesellschaft im Oktober 1935 vorzubereiten, der auf der französischen Seite dann das Comité France-Allemagne entsprach.¹⁵ In dieser Vereinnahmung eines Teils der von den sozialen Bewegungen lancierten deutsch-französischen Begegnungsaktivitäten durch die Nationalsozialisten dokumentiert sich ihre Pervertierbarkeit, die aus ihrer Schwäche herrührte und die in die völlige Unterwerfung unter einen zentralen politischen Willen einmündete, der das Gegenteil ihrer ursprünglichen Absichten bewirkte. Andere deutsch-französische Verständigungsinitiativen aus dem Bereich der sozialen Bewegungen (namentlich den Kirchen und der Arbeiterbewegung), die für die Nationalsozialisten nicht zugänglich waren, lösten sich unter dem Druck des NS-Herrschaftssystems auf und existierten allenfalls gleichsam auf der Regressionsstufe privater Gruppen- und Einzelbeziehungen weiter.¹⁶

Allgemein als resistenter, wenngleich keineswegs als fähig und willens zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus, erwiesen sich in Deutschland die organisierten Verständigungsinitiativen, die in der Locarno-Ära von den gesellschaftlichen Führungsgruppen ihren Ausgang genommen hatten. Sie verfügten über einen vergleichsweise höheren Bestand an materiellen und geistigen Ressourcen als Voraussetzung für die wechselseitigen Kontakte. Diese Ressourcen wurden hier naturgemäß ausschließlich für die Begegnung und geistige Auseinandersetzung mit dem Nachbarland mobilisiert als im Falle der sozialen Bewegungen, für die die Verständigungsarbeit ja nicht der primäre Organisationszweck war. Es gab für den organisierten Kontakt zwischen gesellschaftlichen Führungsgruppen in Deutschland und Frankreich bereits Ansätze in der Vorkriegszeit. Unter dem Eindruck unmittelbarer Kriegsgefahr hatten sich z.Bsp. im Mai 1913 und 1914 in Bern und Basel überwiegend linksliberale und sozialdemokratische Parlamentarier aus Deutschland und Frankreich durch Schweizer Vermittlung zusammengefunden und ein interparlamentarisches Verständigungskomitee gegründet.¹⁷ Neben dieser politisch-parlamentarischen Verständigungsinitiative, die durch den Kriegsbeginn abbrach, gab es seit März 1908 ein Comité commercial franco-allemand,

¹⁵ Zur Analyse des wichtigsten Publikationsorgans dieser Organisationen s. neuerdings Barbara Unteutsch, *Vom Sohlbergkreis zur Gruppe Collaboration. Ein Beitrag zur Geschichte der deutsch-französischen Beziehungen anhand der Cahiers Franco-Allemands/Deutsch-Französische Monatshefte 1931–1944*, Münster 1990.

¹⁶ Vgl. dazu zahlreiche konkrete Beispiele in den Beiträgen zu den Kolloquiumsbänden: Deutscher Akademischer Austauschdienst/Institut d'Histoire du Temps Présent (Hg.), *Les relations culturelles franco-allemandes dans les années trente*, 3 Bde., Paris 1990.

¹⁷ S. Alwin Hanschmidt, „Die französisch-deutschen Parlamentarierkonferenzen von Bern (1913) und Basel (1914)“, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 26 (1975), S.335–359; James C. Hunt, „Die deutschen Liberalen und ihre Versuche zur französisch-deutschen Verständigung 1913–1914“, in: *Aspekte deutscher Außenpolitik im 20. Jahrhundert. Hans Rothfels zum Gedächtnis*, Hg. Wolfgang Benz u. Hermann Graml, Stuttgart 1976, S.29–40.

dem auf deutscher Seite der Deutsch-Französische Wirtschaftsverein gegenüberstand.¹⁸ In beiden Organisationen waren einige hundert Repräsentanten von Industrieunternehmen und Banken zusammengeschlossen, die am Exportgeschäft interessiert waren. Im akademischen Bereich, in dem im letzten Vorkriegsjahrzehnt der internationale Hochschullehrer-Austausch expandierte und stabile grenzüberschreitende Verbindungsmöglichkeiten schuf, waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich im Vergleich zu anderen westlichen Ländern schwach ausgeprägt.¹⁹ Im sozio-kulturellen Feld kamen sich deutsche und französische Intellektuelle vermutlich am nächsten im Grenzbereich der internationalen Friedensbewegung und im gemeinsamen Bemühen um den Ausbau des Völkerrechts und der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit. Mit dieser Zielsetzung wurde im Juni 1911 der Verband für internationale Verständigung überwiegend von Hochschullehrern gegründet und er erhielt – im Rahmen seines elitären Zuschnitts – Zulauf aus den politischen Kreisen der linksliberalen Fortschrittlichen Volkspartei und des linken Zentrums-Flügels.²⁰ Der Verband für internationale Verständigung trat der Vereinigung Conciliation Internationale bei, die 1905 von Baron d'Estournelles de Constant in Frankreich gegründet worden war, und er wurde gleich dieser von der amerikanischen Carnegie-Stiftung unterstützt.²¹ Die deutschen Mitglieder der Conciliation Internationale stellten bei weitem nicht das stärkste Kontingent dar unter den in zwanzig Ländern entstandenen bürgerlich-internationalistischen Elitengruppen.²² Aber von diesen Kontakten reichten Verbindungslien zwischen kleinen Teilen der deutschen und der französischen kulturellen Führungsgruppen über die Kriegsjahre hinweg bis in die konfliktreiche erste Nachkriegsphase, in der in den deutsch-französischen Beziehungen die Voraussetzungen für die Verständigungsarbeit ungünstiger denn je waren.

Nach der feindseligen Mobilisierung aller kulturellen Kräfte in der Kriegspropaganda und der haßerfüllten Abgrenzung gegeneinander infolge des Versailler Vertrages, die in dem Jahrzehnt von 1914 bis etwa 1924 die deutsch-französischen Beziehungen bestimmten, war die Wiederaufnahme von Kontakten im gesellschaftlich-kulturellen Handlungsfeld in den ersten Nachkriegsjahren wiederum erst einmal nur Angelegenheit von kleinen informellen Gruppen. In Frankreich, von wo die Initiative für die Anbahnung neuer persönlicher und geistiger Beziehungen ausging, kamen in solchen Gruppen Wissenschaftler, Künstler und Intellektuelle zusammen, die sich von den

¹⁸ Vgl. Raymond Poidevin, *Les relations économiques et financières entre la France et l'Allemagne de 1898 à 1914*, Paris 1969, S.450–458 u. 784–793.

¹⁹ S. dazu die Hinweise in Rüdiger vom Bruch, *Weltpolitik als Kulturmission. Auswärtige Kulturpolitik und Bildungsbürgertum in Deutschland am Vorabend des ersten Weltkrieges*, Paderborn 1982, bes. S.34ff.

²⁰ Dazu Roger Chickering, *Imperial Germany and a World Without War. The Peace Movement and German Society 1892–1914*, Princeton 1975, S.148–162; und Detlev Acker, *Walther Schücking (1875–1935)*, Münster 1970, S.50ff.

²¹ Chickering, S.155.

²² S. Adolf Wild, *Baron d'Estournelles de Constant (1852–1924). Das Wirken eines Friedensnobelpreisträgers für die deutsch-französische Verständigung und europäische Einigung*, Hamburg 1973, S.234ff.

Auswirkungen der nationalistischen Propaganda hatten freihalten können und die kraft ihrer Verbindungen zu den politischen und wirtschaftlichen Eliten einen gewissen Einfluß ausübten. Von diesen Gruppen konnte die Conciliation Internationale auf bereits bestehende Kommunikationskanäle nach Deutschland zurückgreifen. Zum Koordinator der Deutschlandbeziehungen der Conciliation Internationale und der Verteilung der nicht unerheblichen Subsidien der Carnegie-Stiftung wurde in den Nachkriegsjahren der bekannte Sorbonne-Germanist Henri Lichtenberger.²³ Dem Parti Radical nahestehend und in enger Zusammenarbeit mit Baron d'Estournelles de Constant (bis zu dessen Tod 1924) knüpfte Lichtenberger u.a. anlässlich einer Berlin-Reise 1922 Verbindungen zu den Wortführern des bürgerlichen Pazifismus in Deutschland und ebnete diesen Protagonisten der friedensorientiert-demokratischen Erneuerung Deutschlands in Paris den Weg in den Kreisen der republikanischen Linken. Der viel beachtete Besuch Thomas Manns in Paris im Januar 1926 war ein Ergebnis dieser französisch-deutschen Verbindungen.²⁴ Man kann – vorbehaltlich einer eingehenderen Prüfung der Quellen²⁵ – davon ausgehen, daß bis Mitte der zwanziger Jahre die intensivsten Austauschbeziehungen zwischen Repräsentanten des Kulturlebens in beiden Ländern über diese republikanisch-pazifistischen Kontakte vermittelt wurden. Ebenfalls dem republikanischen Konsens verpflichtet und für den internationalen Dialog offen war die Intellektuellen-Vereinigung Union pour la Vérité, in der sich seit der Vorkriegszeit Vertreter der akademischen und literarischen Intelligenz Frankreichs trafen. In der Union pour la Vérité wurden unter der Leitung des Philosophen Paul Desjardins die Grundfragen einer republikanischen Pflichtenlehre diskutiert²⁶ und in den ersten Nachkriegsjahren auch die Probleme einer Neubestimmung der geistigen und politischen Einstellung zu Deutschland.²⁷ Zu den von Desjardins ausgerichteten internationalen Sommertreffen ausgewählter Kulturrepräsentanten in Pontigny wurden nach Kriegsende als erste deutsche Gäste Ernst Robert Curtius (1922 und 1924) und Heinrich Mann (1923) eingeladen. Eine dritte informelle Gruppe neben der Conciliation Internationale und der Union pour la Vérité, die für die Wiederaufnahme und dauerhafte Gestaltung von Austauschbeziehungen zwischen den kulturellen Eliten in Deutschland und Frankreich von Bedeutung war, existierte gleichsam exterritorial im luxemburgischen Colpach. Dort war im Hause des Schwerindustriellen Emile Mayrisch und seiner literarisch-künstlerisch interessierten Ehefrau bald nach Kriegsende ein Treffpunkt deutscher und

²³ S. ebd., S.453ff.

²⁴ Vgl. dazu Thomas Mann, „Pariser Rechenschaft“, in: ders., *Autobiographisches*, Frankfurt/M. 1968, S.107–176.

²⁵ Die Arbeit v. Hermann Hagspiel, *Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich. Die deutsch-französische Außenpolitik der zwanziger Jahre im innenpolitischen Kräftefeld beider Länder*, Bonn 1987, widmet den Kontakten zwischen deutschen u. französischen Pazifisten (S.103ff.) nur knappe Aufmerksamkeit und bleibt überwiegend auf die Parteien fixiert.

²⁶ Als Zusammenfassung von Desjardins Philosophie s. Ekkehart Blattmann, *Heinrich Mann und Paul Desjardins. Heinrich Manns Reise nach Pontigny anno 1923*, Frankfurt/M. 1985, S.177ff.

²⁷ Vgl. Rudolf Prinz zur Lippe, *Die „Union pour la Vérité“ zur französischen Deutschlandpolitik nach 1918*, Diss. phil., Heidelberg 1964.

französischer Intellektueller entstanden.²⁸ Es trafen sich seit 1920 in Colpach neben André Gide und anderen Mitarbeitern an der führenden Kulturzeitschrift *Nouvelle Revue Française* von deutscher Seite Mittler-Persönlichkeiten wie Ernst Robert Curtius und Bernhard Groethuysen, aber auch Vertreter des akademischen und industriellen Milieus. Insbesondere zwischen der Union pour la Vérité und dem Colpacher Kreis gab es vielfältige personelle Querverbindungen und die Gäste des Hauses Mayrisch waren auch Habitués der Treffen in Pontigny. Diese informellen Gruppen blieben bis zum Ende der unmittelbaren Nachkriegskonflikte, das sich mit der Londoner Konferenz vom August 1924 abzeichnete, die zerbrechlichen Vehikel der Kommunikation zwischen Vertretern der französischen und der deutschen kulturellen Eliten. Ein deutliche Zeichen der Veränderung in den deutsch-französischen Kulturbeziehungen wurde dann (noch vor Abschluß des Locarno-Vertrages) gesetzt durch den Besuch des französischen Erziehungsministers Anatole de Monzie bei seinem preußischen Amtskollegen Carl Heinrich Becker in Berlin im Juli 1925.

2. Zur Struktur und Funktion der kulturellen Eliten in den bilateralen Gesellschaften zwischen Deutschland und Frankreich

Die seit 1924 einsetzende und nach Unterzeichnung des Vertrages von Locarno im Oktober 1925 beschleunigte neue Beweglichkeit in den bilateralen Kulturbeziehungen setzte neue Initiativen nun auch auf der deutschen Seite frei. Während mehrere politisch-kulturelle Bewegungen zur Förderung der europäischen Einigung (u.a. Paneuropa-Union des Grafen Coudenhove-Kalergi 1923, Europäischer Kulturbund von Anton Prinz Rohan 1922) schon vor der Wende von Locarno ins Leben gerufen worden waren, so begannen nach 1925 gleich an mehreren Stellen Planungen für die Schaffung bilateraler, deutsch-französischer Begegnungs- und Verständigungs-Strukturen. Diese deutsch-französischen Initiativen im Zeichen von Locarno hatten im Gegensatz zu den informellen Gruppen der ersten Nachkriegsjahre von vornherein das wohlwollende Interesse der Außenministerien beider Länder auf ihrer Seite, und sie rekrutierten ihre Mitglieder nicht mehr überwiegend durch Kooptation, sondern durch gezielte Werbung bei gesellschaftlichen Führungsgruppen. In der hauptsächlichen Zielsetzung, für ihre Mitglieder nach beiden Seiten Kontakte und Kenntnisse zu vermitteln, stimmten die neu entstandenen deutsch-französischen Organisationen überein. In der Art und Weise ihrer Außenwirkung, insbesondere im Modus ihrer Beeinflussung der öffentlichen Meinung, gingen sie unterschiedliche Wege.

Begünstigt durch die Resonanz und zeitweilige Euphorie, die der Locarno-Vertrag in beiden Ländern auslöste, trat im Mai 1926 das im Colpacher Kreis der Mayrisch-Familie vorbereitete Deutsch-Französische Studienkomitee bzw. Comité franco-alle-

²⁸ S. dazu neben der Monographie v. Blattmann, S.129ff. auch Daniel Durosay, „Paris-Berlin, via Luxembourg. Un relais dans les relations franco-allemandes de la NRF: La maison des Mayrisch“, in: *Bulletin des Amis d'André Gide* (1986), S.33–56.

mand d'Information et de Documentation erstmals in Luxemburg zusammen. Ab Oktober 1926 versuchte in Berlin der langjährige Pariser Kunst- und Literaturkritiker deutscher Zeitungen Otto Grautoff²⁹ einen Fördererverein für die Herausgabe einer deutschen Frankreichzeitschrift zu konstituieren, der schließlich nach einigen Wechselfällen Ende 1927 den Namen Deutsch-Französische Gesellschaft (DFG) annahm und reichsweit Mitglieder zu rekrutieren begann. Die luxemburgische Initiatorengruppe des (bald schon „Mayrisch-Komitee“ genannten) Deutsch-Französischen Studienkomitees war bei der Mitglieder-Gewinnung von Anfang an sehr resolut orientiert auf die Hinzuziehung namhafter Repräsentanten der Großindustrie, der Diplomatie und der Wissenschaften. Deren Unterstützung erhielt das Mayrisch-Komitee umso leichter, weil dem Gründer und Direktor des ARBED-Montankonzerns Emile Mayrisch Ende September 1926 die Vereinbarung einer Internationalen Rohstahlgemeinschaft (IRG) gelang, in der sich deutsche, französische, belgische und luxemburgische Montanindustrielle zu einem Kontingentierungs-Kartell zusammenschlossen.³⁰ Im Vergleich zur dergestalt wirtschafts- und interessenpolitisch gestützten Rekrutierungstätigkeit des Deutsch-Französischen Studienkomitees hatte die Berliner Initiative zum Aufbau dauerhafter Kommunikationsmöglichkeiten mit Frankreich einen schwierigeren Start. Sie war überwiegend kulturpolitisch begründet und versuchte, die materielle Unterstützung der Großindustrie und der Banken sowie die moralische Hilfszusage von Wissenschaftlern, Schriftstellern und Journalisten zu erlangen. Da das Deutsch-Französische Studienkomitee schon im Dezember 1927 beschloß, Zeitschriftenprojekte nicht zu fördern, und da auch der Repräsentant des Reichsverbandes der Deutschen Industrie geringes Interesse zeigte an der breitenwirksamen kulturpolitischen Zielsetzung der Deutsch-Französischen Gesellschaft,³¹ wurden deren Initiatoren immer nachdrücklicher darauf verwiesen, die erforderlichen Ressourcen durch die Werbung von Mitgliedern (und damit potentiellen Zeitschriften-Abonnenten) im Bildungsbürgertum zu finden. Zwischen beiden bilateralen Verständigungsorganisationen blieben die sich schon früh abzeichnenden Unterschiede in der Interessenanbindung, Mitgliederwerbung und Funktionsweise langfristig erhalten. Sie bewirkten, daß das Mayrisch-Komitee bis 1939, die DFG bis 1934 jeweils milieugebunden koexistierten, aber nur ganz selten und punktuell einmal kooperierten.

Das Deutsch-Französische Studienkomitee war konzipiert als quantitativ begrenzter Kreis von einflußreichen Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur, in dem

²⁹ Zur Person s. Hans Manfred Bock, „Transnationale Begegnung im Zeitalter des Nationalismus. Der Lebensweg Otto Grautoffs (1876–1937) zwischen Deutschland und Frankreich“, in: *Sept décennies de relations franco-allemandes 1918–1988. Hommage à Joseph Rovan*, Hg. Gilbert Krebs, Paris 1989, S. 57–79.

³⁰ S. Jacques Bariéty, „Das Zustandekommen der internationalen Rohstahlgemeinschaft (1926) als Alternative zum mißlungenen „Schwerindustriellen Projekt“ des Versailler Vertrags“, in: *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, Hg. Hans Mommsen u.a., Düsseldorf 1974, S. 552ff.

³¹ Deutsch-Französische Gesellschaft (= DFG) im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes, Politische Abteilung II, Frankreich, Bd. II, H 023176.

die Inhaber von Spitzenpositionen in diesen Bereichen untereinander im nationalen Rahmen und miteinander im transnationalen Rahmen in Verbindung treten sollten im Sinne der Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen.³² Während die schnell erfolgreiche Ansprache potentieller französischer Mitglieder überwiegend von Emile Mayrisch veranlaßt wurde, nahm sich auf der deutschen Seite ein anderer Architekt der Internationalen Rohstahlgemeinschaft, der kaufmännische Direktor der Friedrich Krupp AG in Essen, Dr. Bruno Bruhn, dieser Aufgabe an. In den beiden nationalen Gruppen überwog bei der Gründung des Deutsch-Französischen Studienkomitees im Mai 1926 noch die Wirtschafts-Komponente: Von 18 Gründungsmitgliedern waren in der französischen Gruppe 10 Vertreter von führenden Industrieunternehmen und Wirtschaftsverbänden, auf der deutschen Seite waren von 19 Mitgliedern 9 Wirtschaftsrepräsentanten. Die Gesamtzahl der beiden nationalen Gruppen wurde 1930 schließlich auf je 40 Mitglieder als Obergrenze erhöht und sie bewegte sich noch 1938/39 etwas unter dieser Zahl. Daß bis Ende der dreißiger Jahre die Komitee-Mitglieder, die nicht direkt aus dem Wirtschafts-Management kamen, an Bedeutung zunahmen, erklärt sich aus der über den engen ökonomischen Rahmen weit hinausgehenden Zielsetzung des „Mayrisch-Komitees“. Erklärtes Ziel der gemeinsamen Arbeit beider nationaler Gruppen war es, „de supprimer les obstacles principalement psychologiques qui, en s'opposant à un examen objectif des problèmes franco-allemands, rendent plus difficile la recherche des solutions acceptables pour les deux pays“.³³ Diesem Ziel dienten die Referate und Diskussionen, die auf den insgesamt 9 Plenarsitzungen des Komitees in nicht öffentlichen Treffen zwischen 1926 und 1932 vorgetragen wurden. Sie galten übergreifenden Themen der Wirtschaft, Politik und Kultur, deren praktische Bedeutung in beiden Ländern gleichermaßen spürbar war. Das Hauptthema der ersten Plenarsitzung des Komitees in Deutschland, im Februar 1927 in Berlin, war z.Bsp. dem Problem der Elitenbildung unter dem Aspekt ihrer politischen, gesellschaftlichen und geistigen Voraussetzungen gewidmet. Die zentrale Thematik der Plenarsitzung im Jahre 1931 in Paris war „Die wirtschaftliche Organisierung Europas“. Die Repräsentanten der Politik, überwiegend ehemalige Minister und Botschafter, hatten sich im Deutsch-Französischen Studienkomitee der Regel zu unterwerfen, daß sie im Falle ihrer Reaktivierung in der Form eines politischen Amtes oder Mandats ihre Mitgliedschaft ruhen lassen mußten. Das einzige erkennbare Kriterium für die Kooptation von Kultur-Vertretern in das Mayrisch-Komitee war neben ihrer Verwurzelung im konservativen oder liberalen Lager ihre ausgewiesene Kenntnis und Kompetenz hinsichtlich des Nachbarlandes. Das Komitee bezog die bekanntesten akademischen Experten für die (politische) Kultur des jeweiligen Nachbarlandes in seine Arbeit ein. Z.Bsp. Henri Lichtenberger und

³² Vgl. dazu als bislang einzige monographische Darstellung Fernand L'Huiller, *Dialogues franco-allemands 1925–1933*, Straßburg 1971. Der Verf. bereitet eine umfassende Darstellung des Deutsch-Französischen Studienkomitees vor. Die meisten der folgenden Informationen beruhen auf der Auswertung der Akten zum „Mayrisch Komitee“ im Politischen Archiv (= PA) des Auswärtigen Amtes, Botschaft Paris, 702 a-c.

³³ *Comité Franco-Allemand d'information et de documentation/Deutsch-Französisches Studienkomitee*, Paris o.J. (1931), S.4.

Edmond Vermeil als französische Deutschland-Spezialisten oder Ernst Robert Curtius und Arnold Bergsträsser als deutsche Frankreich-Deuter. Das von diesen politisch-ökonomisch-kulturellen Führungsgruppen im Laufe der Jahre geschaffene deutsch-französische Interaktions-Geflecht umfaßte nicht nur die Plenarsitzungen des Komitees, die in Frankreich, Deutschland oder gelegentlich auch in Luxemburg stattfanden. Anlaß für bilaterale Gespräche waren auch die Tagungen des etwa 15 Personen zählenden gemeinsamen Exekutiv-Ausschusses, der zwischen den Plenarsitzungen öfter zusammenkam.

Von ganz besonderer Wichtigkeit als Vermittlungsstellen für deutsch-französische Kontakte waren in diesem Zusammenhang die beiden Büros, die das Deutsch-Französische Studienkomitee jeweils unter der gemeinsamen Leitung eines Franzosen und eines Deutschen in Paris und in Berlin unterhielt. Diese organisatorischen Strukturen waren in der gesamten Zwischenkriegszeit die vergleichsweise tragfähige Grundlage für die Bemühungen um die deutsch-französische Verständigung der Eliten im vorpolitischen Raum. Sie wurden nach 1933 gelockert, aber einstweilen nicht zerschlagen. Die Abfolge der großen internen Aussprache-Foren der Plenarsitzungen des „Mayrisch-Komitees“ brach nach der nationalsozialistischen Machtergreifung ab; aber 1935 erfolgte ein Gruppenbesuch französischer Mitglieder des Komitees in Berlin, der 1937 von einem deutschen Gegenbesuch in Paris beantwortet wurde. Das Berliner Büro des Deutsch-Französischen Studienkomitees wurde nach 1933 nicht wieder besetzt, nachdem der letzte französische Stelleninhaber mit Eklat aus seiner Funktion ausgeschieden war; aber das Pariser Büro arbeitete bis zur Jahreswende 1938/39 weiter und erhielt zahlreiche Einzelkontakte zu den französischen Komitee-Mitgliedern aufrecht. Die beiden nationalen Gruppen sahen sich seit Gründung der nationalsozialistischen Deutsch-Französischen Gesellschaft und des ihr entsprechenden Comité France-Allemagne im Oktober 1935 dem wachsenden Druck ausgesetzt, mit diesen neuen bilateralen Organisationen zu fusionieren. Es lag auf der Linie der nationalsozialistischen Innenpolitik, die sich seit 1934 mit den etablierten Eliten zu arrangieren versuchte, daß man das Deutsch-Französische Studienkomitee nicht ähnlich wie die im Geiste von Locarno gegründete ursprüngliche Deutsch-Französische Gesellschaft zerschlug. Aber der Preis, den die neue nationalsozialistische Führungsgarnitur von den alten gesellschaftlichen Führungsgruppen, die im „Mayrisch-Komitee“ repräsentiert waren, forderte, bestand in der fortschreitenden Einschränkung der selbständigen und unkontrollierten deutsch-französischen Interaktion.

Die Deutsch-Französische Gesellschaft, die seit 1926 aus dem Projekt einer deutsch-französischen Zeitschriftengründung hervorgegangen war und als Vehikel auswärtiger Kulturpolitik materielle und moralische Unterstützung aus beiden Außenministerien erhielt, unterschied sich in der Art ihrer sozialen Zusammensetzung und in ihrer Aktionsweise deutlich vom Deutsch-Französischen Studienkomitee. Die DFG war für die Verwirklichung ihres primären Ziels, mit der Gründung einer deutschen Frankreich- und einer französischen Deutschland-Zeitschrift gleichsam ein Stück deutsch-französische Öffentlichkeit zu schaffen, auf diverse Hilfsquellen angewiesen, die allerdings

immer wieder zu versiegen drohten.³⁴ Neben den Förderungsabonnements der beiden Außenministerien für die *Revue d'Allemagne* (ab 1927) und die Deutsch-Französische Rundschau (ab 1928) kamen nennenswerte Subsidien für die Arbeit der Organisation vor allem von einigen Großbanken und industriellen Großunternehmen. Die dritte und wichtigste Grundlage für die Existenz- und Arbeitsfähigkeit der DFG, von deren Ausweitung die beiden anderen Geldgeber immer wieder ihre Unterstützung abhängig machten, war die erfolgreiche Mitgliederwerbung. Zielgruppe war hier das insbesondere über das kulturelle Interesse am Nachbarland zu erreichende gebildete Bürgertum. Die veröffentlichten DFG-Mitgliederlisten zeigen, daß die Zahl der Neueintritte 1930 mit über 1000 ihren Höhepunkt erreichte und dann rapide zurückging bis 1933.³⁵ In der erst ab Anfang 1928 gezielt über Berlin hinaus praktizierten Werbungstätigkeit der DFG stellten sich Erfolge vor allem ein in Frankfurt/Main, Stuttgart, Breslau, Mannheim, Nürnberg und Hamburg. Insgesamt sind bis 1933 rund 2700 DFG-Mitglieder nachweisbar. Bei knapp zwei Dritteln dieser Mitglieder liegen soziologische Merkmale vor. Ihre statistische Auswertung ergibt auf die Gesamtzahl der DFG-Anhänger hochgerechnet: 8,8% Lehrer, 7,4% Fabrikanten und Unternehmer, 7,4% Beschäftigte der Öffentlichen Verwaltung (darunter relativ viele Vertreter der Kommunalverwaltung), 7,0% Justizberufe (Rechtsanwälte, Richter), 4,7% Hochschullehrer, 3,7% Journalisten und Künstler. Der Anteil der Berufs- und Statusgruppen der Kaufleute, Bankiers, Naturwissenschaftler/Architekten/Techniker, Diplomaten, Ärzte und Studenten bewegte sich für jede dieser Kategorien zwischen 2% und 3%. Die Statusgruppe der Promovierten ohne Berufsbuchung war mit 8,7% sehr hoch, die Residualkategorie „Sonstige Berufe“ umschließt nur 1,6%. Nimmt man die höheren Beamten und die freiberuflich tätigen Akademiker als Kerngruppen des „Bildungsbürgertums“,³⁶ so war die Mitgliedschaft in der DFG praktisch eine ausschließliche Angelegenheit dieser gesellschaftlichen Schicht. Obwohl es zu einer unmittelbaren Parallelgründung zur deutschen DFG in Frankreich nicht kam, konstituierte sich dort mit deren aktiver Förderung ab 1928 eine Ligue d'Etudes Germaniques (L.E.G.), die in den folgenden Jahren insgesamt wohl mehr Mitglieder zählte als die deutsche Verständigungsorganisation und die eine ihr vergleichbare Funktion erfüllte.³⁷ Zwar liegen für die L.E.G. keine Mitgliederverzeichnisse vor, aber zahlreiche indirekte Hinweise in ihren Periodika erhärten die Annahme, daß die französische Organisation in stärker ausgeprägter Weise als die DFG ein berufsständisches Organ der Interessenvertretung der Deutschlehrer war. In den von der L.E.G. organisierten Gruppenreisen nach Deutschland in den späten zwanziger und frühen dreißiger Jahren findet man allerdings eine ähnliche Mischung beamteter und freischaffender Akademikerberufe (Lehrer, Rechtsanwälte, Ärzte).

³⁴ Zu ihren materiellen Ressourcen s. Bock, Deutsch-Französische Gesellschaft, S.69.

³⁵ Vgl. ebd., S.81.

³⁶ S. dazu Ulrich Engelhardt, „Bildungsbürgertum“. Begriffs- und Dogmengeschichte eines Etiketts, Stuttgart 1986, bes. S.200ff.

³⁷ S. Hans Manfred Bock, „Die Ligue d'Etudes Germaniques von 1928–1936. Ein unbekannter Aspekt der französisch-deutschen Gesellschaftsbeziehungen der Zwischenkriegszeit“, in: *Lendemains* 53 (1989), S.138–149.

te, Ingenieure, Kaufleute) wieder, wie sie für das soziale Rekrutierungsprofil der DFG charakteristisch war.³⁸ Das im Umkreis der DFG und der L.E.G. mobilisierbare Interesse am Nachbarland war also nicht wie im „Mayrisch-Komitee“ vorsätzlich auf eine begrenzte Zahl von Inhabern gesellschaftlicher Spitzenpositionen eingeschränkt. Es war vielmehr breitenwirksam angelegt, fand aber seine gleichsam natürlichen Grenzen im Milieu des gebildeten und besitzenden Bürgertums. Die von beiden Organisationen geleistete Verständigungsarbeit bezog sich nicht nur auf die Herausgabe mehrerer, teilweise hochwertiger deutsch-französischer Periodika: das DFG-Organ Deutsch-Französische Rundschau, die organisationsunabhängige Revue d’Allemagne und das L.E.G.-Blatt Se Connaître. Über die dort versuchte aktuelle Kenntnisvermittlung und Diskussion der zahlreichen bilateralen Probleme hinaus waren beide bemüht, den direkten Kontakt mit dem Nachbarland und seinen Menschen zu ermöglichen. Zu diesem Zweck veranstalteten DFG und L.E.G. jährlich gut vorbereitete und sachkundig angeleitete Gruppenreisen in das Nachbarland. Die beiden Organisationen wurden zu Anlauf- und Koordinations-Zentren für deutsch-französische Vortrags-Tätigkeit und künstlerische Darbietungen, für Schüler- und Studentenaustausch und für den Schülerbriefwechsel zwischen beiden Ländern. Diese breitgefächerte gesellschaftliche und kulturelle Vermittlungstätigkeit begann ihren Schwung zu verlieren, als sich 1930 die allgemeinen Bedingungen des deutsch-französischen Verhältnisses verschlechterten und die Folgen der Weltwirtschaftskrise sich auswirkten.

Die bildungsbürgerlichen Verständigungsorganisationen waren in viel höherem Maße diesen Auswirkungen ausgesetzt als das Deutsch-Französische Studienkomitee, indem besonders für die DFG nunmehr die materielle Basis (Wirtschaftsspenden, Förderung durch das Auswärtige Amt und Mitgliederbeiträge) zusammenschrumpfte. Die Organisation war folglich finanziell bereits am Ende, als kurz nach der nationalsozialistischen Machtübernahme ihre bekanntesten Repräsentanten in die Emigration getrieben wurden und das Verbandsleben der einzelnen Ortsgruppen zum Erliegen kam. Die Nationalsozialisten versuchten in mehreren Anläufen, die etablierten Kommunikationswege der DFG nach Frankreich für ihre Zwecke zu übernehmen.³⁹ Als das misslang, wurde im Juli 1934 deren Auflösung verfügt. Die im Oktober 1935 neu gegründete Organisation mit demselben Namen DFG durchbrach zwar das Monopol der wirtschafts- und bildungsbürgerlichen Eliten in den deutsch-französischen Gesellschaftsbeziehungen der Zwischenkriegszeit, indem sie sich auf die Kräfte der Jugendbewegung und der Kriegsopferverbände stützte. Tatsächlich handelte es sich bei der NS-DFG jedoch um eine Pseudodemokratisierung dieser Beziehungen, da die in ihrem Rahmen mögliche Kontakt- und Kenntnis-Vermittlung nach Frankreich durch die NSDAP kontrolliert und gefiltert wurde.

³⁸ Vgl. ebd., S.142 die Belege.

³⁹ S. dazu meine Darstellung in Bock, Deutsch-Französische Gesellschaft, S.94ff.

3. Zu einigen soziologischen und ideologischen Besonderheiten der deutschen und der französischen kulturellen Eliten in den Verständigungsorganisationen der Zwischenkriegszeit

Obwohl die Mitglieder-Rekrutierung des Deutsch-Französischen Studienkomitees und der DFG bzw. L.E.G. im allgemeinen mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede aufwies, sind doch eine Reihe voneinander abweichender Strukturmerkmale erkennbar. Diese besonderen Merkmale sind ansatzweise ausgeprägt in der unterschiedlichen Gewichtung und im Verhältnis der diversen Elitengruppen zueinander in diesen Organisationen. Sie treten ganz deutlich hervor in der politisch-kulturellen Wertorientierung der verständigungspolitisch tätigen Eliten in Deutschland auf der einen und in Frankreich auf der anderen Seite. Die von der Stahlindustrie gleichzeitig in beiden Ländern ausgehenden Bemühungen um die Heranziehung von Repräsentanten der Wirtschaft, der Politik und der Kultur für die Arbeit des Deutsch-Französischen Studienkomitees brachten keineswegs identische Ergebnisse hervor. Die interessenpolitischen Gemeinsamkeiten des Komitees bedingten langfristig ein hohes Maß übereinstimmender deutscher und französischer Repräsentanz von Unternehmen und Spaltenverbänden der Stahl- und Kali-Industrie.⁴⁰ Unterschiedliche Gewichtung in den repräsentierten Industriegruppen ist bereits erkennbar in dem Schwerpunkt der Textil- und der Nahrungsmittel-Industrie auf der französischen und der Elektroindustrie auf der deutschen Seite. Dieser Unterschied entsprach offensichtlich der je spezifischen Exportstruktur beider Länder. Am deutlichsten sind die Unterschiede jedoch im Sozialprofil der deutschen und der französischen Gruppe des „Mayrisch-Komitees“. Während die deutsche Gruppe von Anfang an offenbar großen Wert darauf legte, möglichst viele Mitglieder aristokratischer Herkunft in ihren Reihen zu haben, war die entsprechende Statusgruppe auf der französischen Seite zwar auch vertreten, aber ungleich schwächer. Bereits die erste Mitgliederliste des Komitees vom Mai 1926 zeigt 7 Namen mit Adelsprädikat in der deutschen, 3 in der französischen Gruppe. 1931 trugen 11 von 31 Mitgliedern in Deutschland und 8 von 31 Mitgliedern in Frankreich Adelstitel. Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang ein erhaltener Schriftverkehr des Botschafters in Paris von Hoesch mit dem Vorsitzenden der deutschen Gruppe des „Mayrisch-Komitees“, Alfred von Nostitz-Wallwitz, aus dem Jahr 1930, über die Möglichkeit der Aufnahme eines Repräsentanten des deutschen Hochadels.⁴¹ In der Mitgliederkategorie der Kulturvertreter ist eine ähnlich starke Akzentverschiebung im deutsch-französischen Vergleich festzustellen. Hier stieg die Zahl der Kulturrepräsentanten in der französischen Gruppe stärker als in der deutschen Sektion, nämlich von 5 aus 18 im Jahre 1926 bis auf 13 aus 31 Ende 1938.⁴² In dieser Gruppe der intellektuellen Berufe waren in der französischen Sektion eine größere Zahl freischaffender Schriftsteller (Wladimir d'Ormesson,

⁴⁰ Namentlich das Kali-Kartell war im deutsch-französischen Zusammenhang im Sinne seiner Gründer sehr erfolgreich, die 1936 sein zehnjähriges Bestehen feierten.

⁴¹ Botschaft Paris 702b, K 570999ff im PA des Auswärtigen Amtes.

⁴² Für die deutsche Sektion gibt es ab 1933 keine vollständigen Mitgliederverzeichnisse mehr. Die

Jean Schlumberger u.a.) neben universitären Amtsinhabern vertreten. In der vergleichsweise schwächeren Gruppenkomponente der intellektuellen Berufe in Deutschland gab es (soweit überschaubar) kein einziges Mitglied ohne Professorenstatus. In der Gesamtzusammensetzung der Komitee-Gruppe in Deutschland überwogen hingegen jederzeit die Repräsentanten der Industrieunternehmen und der Wirtschaftsverbände. Diese unterschiedliche Gewichtung der intellektuellen und der industriellen Elemente des Deutsch-Französischen Studienkomitees wurde geradezu sinnfällig und personifiziert greifbar in den Persönlichkeitsmerkmalen des Berliner und des Pariser Büro-Direktors des „Mayrisch-Komitees“ während der ersten vier Jahre. Der französische Leiter des Berliner Büros, Pierre Viénot (1897–1944), war ein noch junger hochdekoriert Kriegsteilnehmer und Jurist, der über seine Tätigkeit im persönlichen Mitarbeiterstab des Marschall Lyautey, im Freundeskreis um André Gide und in der Union pour la Vérité zum Colpacher Zirkel der Mayrisch-Familie gekommen war.⁴³ Er war der Autor des anfänglichen Programms des Deutsch-Französischen Studienkomitees und vertrat eine möglicherweise idealistische, aber durchdachte Konzeption internationaler Verständigung. Der deutsche Leiter des Pariser Büros in der Glanzzeit des „Mayrisch-Komitees“ bis 1930, Gustav Krukenberg (1888–1980), war wie Viénot Sproß einer bürgerlichen Familie, Jurist (Dr. jur. 1909 in Heidelberg) und Kriegsteilnehmer. Er war Berufsmilitär von 1909 bis 1920, zuletzt als Generalstabsoffizier, und in erster Linie ein organisatorisch befähigter und interessierter Mann. Nach Kriegsende wurde er Leiter des Ministerbüros im Auswärtigen Amt bis 1922, dann Mitglied der Geschäftsführung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und schließlich Direktor der Amsterdamer Niederlassung einer deutsch-südamerikanischen Handelskompagnie, bevor ihn der kaufmännische Direktor der Alfred Krupp AG Dr. Bruhn für die Übernahme des Pariser Büros des Deutsch-Französischen Studienkomitees gewann.⁴⁴

Die in den biographischen Tätigkeitsmerkmalen des hauptberuflichen französischen Repräsentanten des Komitees in Berlin und seines deutschen Vertreters in Paris zutage tretenden Qualifikationen waren durchaus nicht allein Zufallsergebnisse, sondern sie spiegeln in den wesentlichen Umrissen eine unterschiedliche Auffassung von den Aufgaben der Organisation wider, wie sie auf der französischen und der deutschen Seite vorherrschte. Im Verständnis Viénots und Krukenbergs von ihrer Arbeit an der sichtbarsten Stelle des Deutsch-Französischen Studienkomitees, aber auch in den Stellungnahmen seiner führenden Kultur-Vertreter über Möglichkeiten und Wege der Verständigung zwischen beiden Ländern brachte sich ein deutlicher ideologischer Unterschied zum Ausdruck. Viénots Hauptinteresse lag darin, die verfestigten politischen Positio-

deutsche Besuchergruppe in Paris 1937 umfaßte außer dem Sekretär des Komitees nur Industrielle. S. Botschaft Paris 702c, K 572339 im PA des Auswärtigen Amtes.

⁴³ S. dazu meinen Aufsatz: Hans Manfred Bock, „Pierre Viénot, der Deutschlandkenner im Freundeskreis um André Gide“, in: *André Gide und Deutschland*, Hg. Raimund Theis u. Hans T. Siepe, Düsseldorf 1992.

⁴⁴ Angaben zur Biographie in den Akten des Deutsch-Französischen Studienkomitees im PA des Auswärtigen Amtes, Botschaft Paris 702a, K 570809ff. in einem Brief von Bruhn an die deutsche Botschaft; ergänzende Angaben von Peter Schöttler Paris/Berlin, Brief v. 9. September 1990.

nen aufzubrechen, indem durch gesellschaftliche Interaktion die wechselseitige Kenntnis zwischen Frankreich und Deutschland verbessert, Verständigung ermöglicht und letztlich eine friedenssichernde politisch-kulturelle Synthese erreicht werden sollte.⁴⁵ Krukenbergs Verständnis des „Mayrisch-Komitees“ lief ganz überwiegend auf das Ziel geschäftsanbahnender Kommunikation hinaus, wie er sie aus seiner Tätigkeit für den Reichsverband der Deutschen Industrie kannte.⁴⁶ Er machte ausdrücklich Vorbehalte geltend gegen die Verwendung des Etiketts „Verständigungs-Komitee“ oder „comité de rapprochement“, weil dies zu weit gehende Hoffnungen wecke und die entschiedene Vertretung der nationalen Interessen behindere.⁴⁷ Die republikanisch-pazifistische Wertorientierung in der französischen Verständigungskonzeption und die pragmatisch-unpolitische (gleichwohl aber verdeckt konservative) und nationale Grundposition der deutschen Eliten deutet sich in dieser unterschiedlichen Auffassung von der Funktion des Deutsch-Französischen Studienkomitees an. Diese unterschiedlichen Ideiome-merkmale finden sich in allen wichtigen literarischen Dokumenten wieder, die von den führenden Protagonisten der deutschen und der französischen Verständigungsorganisationen hervorgebracht wurden. In einem mit Carnegie-Mitteln in mehrere Sprachen übersetzten Buch des Gründungsmitglieds der französischen Gruppe des „Mayrisch-Komitees“ Henri Lichtenberger zu den deutsch-französischen Beziehungen wurde geworben für die Friedenssicherung durch „geistige Demobilisierung“, da diese mit der Demobilisierung der Heere nicht Schritt gehalten habe. Der Autor forderte die sofortige Wiederaufnahme der „intellektuellen Fühlung“ aller „klarsehenden Köpfe“ auf beiden Seiten.⁴⁸ In einer zum Buchformat ausgeweiteten Replik versuchte ein akademischer Repräsentant der deutschen Auffassung von den bilateralen Beziehungen, Lichtenbergers Voreingenommenheit durch den französischen Interessenstandpunkt nachzuweisen und vor allem die „Grenzen des Sich-Verstehens“ sowie die Perspektive einer „Verständigung aufgrund der Interessengemeinschaft“⁴⁹ zu diskutieren, die die Achtung der wichtigsten nationalen Lebensinteressen Deutschlands einschließen müsse. Diese in vielen Punkten (u.a. in ihrer Ergebnislosigkeit) exemplarische Diskussion, die zwischen 1924 und 1926 noch außerhalb des „Mayrisch-Komitees“ stattfand, wurde von dessen intellektuellen Repräsentanten in den nächsten Jahren publizistisch fortge-

⁴⁵ Vgl. dazu Pierre Viénot, *Ungewisses Deutschland. Zur Krise seiner bürgerlichen Kultur*, Frankfurt/M. 1932, bes. S.131ff.

⁴⁶ So in einer Skizze seiner Auffassung von der Funktion des Komitees: Suggestions personnelles relatives à une méthode de travail du Comité franco-allemand de Documentation et d'Information (16. Oktober 1926), in: PA des Auswärtigen Amtes, Botschaft Paris 702a, K 570827ff.

⁴⁷ Brief Krukenbergs v. 27.Dezember 1926, Botschaft Paris, 702a, K 570842 im PA des Auswärtigen Amtes.

⁴⁸ Henri Lichtenberger, *Deutschland und Frankreich in ihren gegenwärtigen Beziehungen*, Leipzig 1924, S.180.

⁴⁹ Carl Brockhausen, *Deutschland im Spiegel Frankreichs. Eine Antwort auf das Buch von Prof. Henri Lichtenberger „Das heutige Deutschland in seinen Beziehungen zu Frankreich“*, Berlin 1926, bes. S.88ff.

setzt. In einer vor allem in der *Revue de Genève* 1926/27 geführten Diskussion⁵⁰ zwischen dem Romanisten Ernst Robert Curtius, Gründungsmitglied der deutschen Gruppe des Deutsch-Französischen Studienkomitees, und dem Germanisten Edmond Vermeil, Mitglied seiner französischen Sektion ab 1930, traten die Unterschiede in der politisch-philosophischen Grundüberzeugung auf beiden Seiten deutlich zutage. Im Streit über das angemessene Deutschlandbild rekurreierte Vermeil auf die Ideen der französischen Revolution als universelle Norm, von der die deutsche Entwicklung im 19. Jahrhundert sich fortschreitend entfernt habe, um (gespeist von der lutheranischen und politisch-romantischen Tradition) in den kriegstreiberischen „pangermanisme“ einzumünden. Curtius, in den zwanziger Jahren selbst stark beeindruckt von den Ideen der politischen Romantik in Deutschland,⁵¹ hielt Vermeils Deutung für pure Projektionen der nationalen Missionsidee Frankreichs und für die Verweigerung des Rechts der Deutschen, sich national eigenständig neu zu definieren. Eindrucksvolle Zeugnisse für die ideologische Kluft zwischen den intellektuellen Eliten beider Länder, die in den Verständigungsorganisationen tätig waren, stellten auch zwei viel gelesene Programmschriften von Henri Lichtenberger und Arnold Bergsträsser dar, die aufeinander nicht direkt Bezug nahmen, aber gleichzeitig 1929 und 1930 erschienen.

Lichtenberger legte in seinem programmatischen Aufsatz „Was ist Weltbürgertum?“⁵² dar, daß man gegenwärtig aufgrund der wirtschaftlichen und technologischen Neuerungen gar nicht umhin könne, „zugleich Nationalist *und* Weltbürger“ zu sein. Die Frage sei vielmehr, wie weit man das eine oder das andere sein wolle oder solle. Die deutschen Einwände gegen die Verstärkung des weltbürgerlichen Prinzips vorwegnehmend, argumentierte Lichtenberger unter Berufung auf Nietzsche, diese übernationale Einstellung sei keineswegs unauflöslich verbunden mit dem Pazifismus und der demokratischen Aufklärung, sondern habe auch unabhängig von diesen Bestand. Zugleich ließ er aber keinen Zweifel daran aufkommen, daß „ein Überhandnehmen der pazifistischen Ideologie in den Herzen der Völker ein Ereignis von höchster Wichtigkeit wäre für das Schicksal der Menschheit.“⁵³ Arnold Bergsträsser, seit 1928 Mitglied des „Mährisch-Komitees“ und mit Ernst Robert Curtius Koautor eines autoritativen Frankreich-Buches der Zwischenkriegszeit,⁵⁴ stellte in seiner Schrift über „Sinn und Grenzen der Verständigung zwischen Nationen“ die weltbürgerliche Verständigungsidee von vornherein unter den Verdacht ihrer sachlogischen Verbindung mit der „Kriegsschuldthese“ und der „Ideologie der Friedensorganisation“. Sie hatte in seinem Verständnis in der

⁵⁰ S. ihre Diskussion über „Civilisation et germanisme“ in: *Revue de Genève* (1926), S.273ff u. S.439ff; ebd. (1927), S.164ff u. S.441ff.

⁵¹ Dazu eingehend Hans Manfred Bock, „Die Politik des „Unpolitischen“. Zu Ernst Robert Curtius' Ort im politisch-intellektuellen Leben der Weimarer Republik“, in: *Lendemains* 59 (1990), S.16–62, bes. S.22ff.

⁵² Henri Lichtenberger, „Was ist Weltbürgertum?“, in: Henri Lichtenberger, James Shotwell u. Max Scheler, *Ausgleich als Aufgabe und Schicksal*, Berlin 1929.

⁵³ Ebd., S.2.

⁵⁴ Ernst Robert Curtius u. Arnold Bergsträsser, *Die französische Kultur. Staat und Wirtschaft Frankreichs*, 2 Bde., Berlin u. Leipzig 1930.

Versailler Nachkriegsordnung in erster Linie die Funktion, dem französischen Interesse an der Erhaltung des status quo nunc zu dienen, und sie war für die deutsche Seite nur als Weg der Regelung internationaler Konfliktfragen, als revisionspolitisches Instrument, nicht aber als Ziel annehmbar. Bergsträsser befaßte sich eingehend mit den pan-europäischen, den sozialistischen und pazifistischen Vorstellungen von der Überwindung des Nationalstaates, und er kam (die Lichtenbergersche Frage nach der vorrangigen Kräftigung des Nationalismus oder des Weltbürgertums zugunsten des ersten Prinzips beantwortend) zu dem Schluß: „Das Nationale hat seine selbstverständliche Bedeutung nicht allein wegen der unangetastet nationalstaatlich gebliebenen Ordnung der modernen Staatenwelt bewahrt. Im Irrationalen wurzelnd wirkt es als Erhalter jener Kräfte, aus denen der abendländischen Welt ihr höchstes Gut erwachsen ist, aus denen ihre Größe stammt.“⁵⁵ Namentlich die pazifistische Argumentation hielt Bergsträsser für rundum verderblich. Er vermochte in den Darlegungen des Pazifisten-Blattes „Die Menschheit“ nichts anderes als „blinde Selbstbeschuldigungssucht“⁵⁶ zu sehen. Das Blatt wurde (ohne daß Bergsträsser das wissen konnte) seit 1922 von Lichtenberger mit Mitteln der Carnegie-Stiftung versehen und warb in deren Sinn für das weltbürgerliche Prinzip des „Esprit International“.⁵⁷

Die hier greifbaren deutlichen Unterschiede in den Wertorientierungen der intellektuellen Protagonisten in den deutsch-französischen Verständigungsorganisationen der Zwischenkriegszeit blieben nicht die Privatangelegenheit einiger Intellektueller. Autoren wie Lichtenberger und Vermeil oder Curtius und Bergsträsser erwarben sich vielmehr im Deutsch-Französischen Studienkomitee, aber auch in der DFG und in der L.E.G.⁵⁸ ein weitreichendes Interpretationsmonopol des jeweils anderen Landes und des Sinns der Begegnungsaktivitäten zwischen beiden Nationen. Es kann folglich nicht überraschen, daß die im intellektuellen Diskurs erkennbaren ideologischen Prägungen sich auch gerade in den bildungsbürgerlichen Verständigungsorganisationen wiederfinden. In der DFG wurde ansatzweise eine Debatte geführt über die Organisationsziele, in der man von Bergsträssers „Verständigungs“-Schrift ausging und in ihr die geeignete Grundlage für die weitere Präzisierung der praktischen Arbeit sah.⁵⁹ Man hob darauf ab, daß diese unvermeidlich eine Angelegenheit der „ gegenseitigen Einfühlung hoch kultivierter Einzelner“ und nicht popularisierungsfähig sei. Einer der Kritiker der DFG in Deutschland nannte ihre Berliner Ortsgruppe, die rund 60% ihrer Gesamtmitglie-

⁵⁵ Arnold Bergsträsser, *Sinn und Grenzen der Verständigung zwischen Nationen*, München u. Leipzig 1930, S.91.

⁵⁶ Ebd., S.23.

⁵⁷ *Die Menschheit* erschien ab 1914 zuerst in der Schweiz, ab 1919 in Deutschland mit dem Untertitel „Unabhängige Zeitschrift für Volksfrieden und Völkerfrieden“, sie wurde in den zwanziger Jahren geprägt durch den Pazifisten Friedrich Wilhelm Foerster und galt als eines der kompromißlosesten pazifistischen Blätter.

⁵⁸ Besonders Curtius schrieb im DFG-Organ „Deutsch-Französische Rundschau“, gehörte aber der Organisation aus bildungsaristokratischem Vorbehalt nicht an.

⁵⁹ S. Bock, Deutsch-Französische Gesellschaft, S.83ff.

derzahl umfaßte, eine „mondäne Veranstaltung für Berlin-W(est).“⁶⁰ Auch Lichtenberger war von der Wichtigkeit aktiver Minderheiten und Eliten überzeugt, aber nicht im Sinne der gesellschaftlichen Exklusivität, sondern in der Funktion als Avantgarde für die Popularisierung pazifistischer Ideen. Die L.E.G., zu deren Ehrenpräsidenten Lichtenberger gehörte, war ideologisch eindeutig von republikanischen und pazifistischen Ideen geleitet. Während die nach Frankreich orientierten Pazifisten in Deutschland (Hellmut von Gerlach, Hans Wehberg u.a.) von einer Organisation wie der DFG ausgegrenzt wurden, setzte sich die pazifistische Kontaktaufnahme der ersten Stunde nach Kriegsende im Rahmen der L.E.G. ungebrochen fort. Viele der öffentlichen Veranstaltungen der französischen Parallelorganisation zur DFG wurden gemeinsam mit den Ortsgruppen der Association de la Paix par le droit, der bedeutendsten Vorkriegs-Organisation des „Pädagogen-Pazifismus“, durchgeführt.⁶¹ Als prominentes Beispiel für die heftigen ideologischen Gegensätze, die aus diesen unterschiedlichen Wertorientierungen auf der deutschen und auf der französischen Seite resultierten, ist aus der Geschichte der Verständigungsorganisationen die Polemik von Ernst Robert Curtius mit dem führenden L.E.G. Repräsentanten Christian Sénéchal anzuführen.⁶² In dieser Polemik ging es um die verständigungspolitische Kernfrage, ob man (wie Curtius) mehr prinzipielle Differenzen oder (wie Sénéchal) mehr prinzipielle Gemeinsamkeiten zwischen der deutschen und der französischen Nation anzunehmen habe. In der Beantwortung dieser Frage, in der sich Romain Rolland nachdrücklich auf die Seite Sénéchals stellte,⁶³ spiegelte sich der unterschiedliche ideologische Konsens der verständigungspolitisch aktiven, kulturellen Eliten in beiden Ländern, die trotz weitgehend vergleichbarer gesellschaftlicher Zusammensetzung und übereinstimmender Zielsetzung aneinander vorbeiredeten.

⁶⁰ So der Berliner Romanist Eduard Wechsler in einem Brief an das Auswärtige Amt vom Juni 1933, in: DFG im PA des Auswärtigen Amtes, Bd. VI, H 024215.

⁶¹ Dazu jetzt erstmals der Überblick in Norman Ingram, *The Politics of Dissent. Pacifism in France 1919–1939*, Oxford 1991, S.19–120.

⁶² S. *Deutsch-Französische Rundschau* (1932), S.776ff, S.855ff u. S.1028ff. Vgl. dazu auch meine Darstellung in Bock, Politik des „Unpolitischen“, S.46ff.

⁶³ Rolland schrieb an den Herausgeber der Zeitschrift „Europe“ im Zusammenhang mit einer geplanten Gothe-Nummer für 1932: „Je vous prie de ne pas vous adresser à Curtius. Il vient de s'attaquer grossièrement à mon ami Christian Sénéchal, dans la revue allemande de Grautoff, et il l'a fait d'une façon si révoltante qu'il a suscité, en Allemagne même, de cinglantes répliques des principaux romanistes“. Brief v. 26.November 1931 in: *L'indépendance de l'Esprit. Correspondance entre Jean Guéhenno et Romain Rolland 1919–1944*, Paris 1975, S.180.

Dominique Bourel

Romanistes allemands et germanistes français sous Weimar

La comparaison des germanistes français¹ et des romanistes allemands sous la République de Weimar offre la possibilité, non seulement d'évoquer parmi les élites des deux pays des figures de médiateurs, mais encore celle de confronter outre deux systèmes universitaires, deux traditions intellectuelles hétérogènes.

La période de la République de Weimar est idéale pour l'historien; en effet située entre deux conflits et autour d'un rapprochement et d'échanges de toutes natures,² il y a deux moments sensibles, les lendemains de la guerre et les prodromes d'une nouvelle déflagration en Allemagne d'abord puis en Europe. La culture de l'Autre est aussi celle de l'ennemi! Contrairement à ce que l'on pourrait penser, les termes de germanistes et de romanistes ne sont pas équivalents en ce qu'ils ne renvoient pas à une segmentation identique de savoir. Le champ de la *Romanistik* est beaucoup plus étendu que celui du germaniste. Ensuite on sait que le cursus est différent puisque l'enseignement français est centré sur les concours alors que l'allemand ne les connaît pas du tout. En revanche les deux disciplines opèrent dans une zone intermédiaire difficile à délimiter, dans la production du discours sur l'Autre. Tel livre sur l'Allemagne ou sur la France, a pu jouer un rôle bien plus important que des années de cours à l'université. Il faudrait pouvoir alors mesurer l'impact de ces sciences sur d'autres disciplines proches, philosophie ou histoire. Ernest Lavisse et son école – qui séjournent des années à Berlin – ont plus fait pour la diffusion de l'image d'une certaine Allemagne (ici la Prusse) que leurs collègues germanistes. Raymond Aron et Jean Paul Sartre ne sont pas des germanistes.³ Qui peut nier pourtant leur influence décisive dans l'importation de la sociologie et de la philosophie allemandes en France? On prendra plus bas l'exemple de la création de

¹ Une première liste est disponible à la RCP „transferts culturels franco-allemands“ (ITEM, 45 rue d'Ulm 75005). C'est dans ce cadre que ce travail a été mené. Nous avons bénéficié des entretiens avec Madame J. de Margerie ainsi que les professeurs Henri Brunschwig, Raymond Aron, Maurice de Gandillac, du ministre Jean Sauvagnargues, des lettres de Henri Jourdan et des souvenirs inédits de Pierre Grappin.

² Par exemple, Franz Knipping, *Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära 1928–1931*, München 1987; Dieter Tiemann, *Deutsch-Französische Jugendbeziehungen der Zwischenkriegszeit*, Bonn 1989 et Hans Manfred Bock et al. (éds.), *Entre Locarno et Vichy*, Paris 1993.

³ Marie-Christine Granjon, „L'Allemagne de Raymond Aron, de Jean Paul Sartre et de Simone de Beauvoir“, in: *Entre Locarno et Vichy*, pp. 463–479.

l’Institut français de Berlin qui dépassait de beaucoup la germanistique, même si deux germanistes Oswald Hesnard et Henri Jourdan y prirent une part capitale. Il serait aussi important de penser en terme de chronologie longue et diffractée puisque si la germanistique française naît au début du XXe siècle, la tradition allemande des études romanes est bien plus ancienne et culturellement plus marquée par la Prusse du XVIIIe siècle autant que par la tradition philologique issue de l’herméneutique sacrée (et piétiste) puis investie par l’idéalisme allemand du début du XIXe siècle.⁴ En France cette philologie aura d’ailleurs un caractère „allemand“ en butte à des préjugés et des stéréotypes célèbres et durables. Revenons encore une fois sur le cadre plus large de la *Romanistik* indiqué par les titres des grands ouvrages de la corporation, *La littérature européenne et le Moyen Age Latin* (Curtius), *Mimesis. La représentation de la réalité dans la littérature occidentale* (Auerbach) pour en signaler l’aspect *übergreifend* que l’on chercherait en vain dans les monographies des germanistes français, à quelques exceptions près.

Nos deux exemples traiteront d’une figure de premier plan, Ernst Robert Curtius⁵ et d’une institution très importante, l’Institut français de Berlin. Ces deux trop rapides évocations qui doivent beaucoup à des travaux en cours sur les relations franco-allemandes nous permettront de montrer les écarts subsistant entre deux métiers et deux héritages.

La correspondance inédite entre Curtius et Carl Heinrich Becker offre un bon dossier de l’histoire de la *Romanistik* allemande.⁶ La personnalité de Becker mériterait d’ailleurs une étude bien plus complète tant cet orientaliste ami de Massignon, *Ver-nunftrepublikaner* et professeur à la *Kolonialschule* de Hambourg avant d’être secrétaire d’État puis ministre prussien de la science, des arts et de l’éducation populaire, fut un maillon important dans l’histoire des échanges intellectuels entre la France et l’Allemagne. L’un des plus grands arabisants de son époque, brillant sujet de l’université de Heidelberg, il régnera durant quatorze ans à tous les niveaux sur la *Hochschulpolitik* prussienne. C’est lui qui saluera Anatole de Monzie lors de sa venue à Berlin avant les

⁴ Mayotte Bollack et Heinz Wismann (éds.), *Philologie et herméneutique au 19e siècle*, vol. II, Göttingen 1983; Michael Werner et Michael Espagne (éds.), *Philologiques, vol. I: Contributions à l’histoire des disciplines littéraires en France et en Allemagne au XIXe siècle*, Paris 1990.

⁵ Walter Berschin et Arnold Rothe (éds.), *Ernst Robert Curtius, Werk, Wirkung, Zukunftsperspektiven*, Heidelberg 1989; Wolf-Dieter Lange (éd.), „*In Ihnen begegnet sich das Abendland*“. *Bonner Vorträge zur Erinnerung an Ernst Robert Curtius*. Bonn 1990; Christoph Drögge, „Ernst Robert Curtius et Colpach“, *Galerie* 6 (1988), pp. 26–36; Hans Manfred Bock, „Die Politik des „Unpolitischen““. Zu Ernst Robert Curtius’ Ort im politisch-intellectuellen Leben der Weimarer Republik“, *Lendemains* 59 (1990) pp. 16–62; Joseph Jurt, „La romanistique allemande sous le troisième Reich: attentistes, résistants, émigrés“, *Actes de la Recherche en Sciences Sociales* 86/87 (1991) pp. 125–128.

⁶ Les archives Becker (GSA PK, Berlin-Dahlem, Rep. 92) sont citées avec l’autorisation du prof. H. Becker que je remercie pour ses multiples conversations. Voir le plus récent portrait dans Wolfgang Treue et Karlfried Gründer (éds.), *Berlinische Lebensbilder*, vol. III: *Wissenschaftspolitik in Berlin*, Berlin 1987, pp. 251–267; Guido Müller, *Weltpolitische Bildung und akademische Reform*, Weimar et Wien 1991. La correspondance de Curtius sera publiée par Wolf-Dieter Lange à Bonn.

accords de Locarno. C'est la première fois qu'un ministre en exercice venait à Berlin depuis la guerre de soixante-dix! Ses lettres avec Lucien Herr ou Paul Desjardins le montrent très introduit dans la vie culturelle française. Dès 1917 Curtius, lui aussi une étoile de l'université allemande, veut réorganiser la *Romanistik*. La grammaire théorique est quasi-inexistante et l'habileté à parler le français pas assez développée à son goût. De plus l'histoire de la littérature est enseignée à l'aide des manuels de seconde zone et elle cesse avec le romantisme. Enfin il n'y a pas assez de lecteurs. Il n'a pas de phrases assez sévères: „Si l'on posait des questions sur les effets de la guerre de soixante-dix, sur la position de Renan dans l'histoire de la pensée ou sur la signification de l'affaire Dreyfus, cela susciterait de l'étonnement“.⁷

Il insiste sur l'importance de la connaissance de l'histoire française. On a trop insisté sur la philologie romane, la *Textkritik* et la grammaire du Moyen Age. D'ailleurs les titulaires de chaire sont presque tous des médiévistes et les cours qu'ils dispensent ne dépassent jamais le XVIIe siècle! Le reste est laissé aux trop rares lecteurs. Curtius fait ensuite lui-même une comparaison instructive: en France il n'y a pas besoin de deux langues lors de l'examen terminal! „Un agrégé d'allemand doit connaître très profondément l'histoire de la culture, de l'art et de la politique en Allemagne. Il faut réussir d'une façon ou d'une autre à intégrer dans le cadre de notre enseignement universitaire l'histoire de la culture et des idées françaises comme une discipline autonome et non liée à la philologie de l'ancien français. „Wenn aus den Auslandsstudien etwas lebendiges werden soll, dürfen sie, wie mir scheint, nicht nur ein Aggregat von spezialistischen Einzelbelehrungen über Wirtschaftsgeographie, Recht usw. sein, sondern es muß neben diesen unentbehrlichen Fachkenntnissen die Tendenz zu geschichtsphilosophischer Synthese, zum Verstehen der kulturellen Triebkräfte von innen heraus, zur Geltung kommen. Und gerade bei den romanischen, französischen Studien ist eine solche allgemeinere Betrachtungsweise vielleicht in höherem Grade erwünscht als bei bulgarischen oder Kolonialstudien“.

Le 20 janvier 1919, il reprend la question des études à l'étranger qui est pour lui un élément central de l'offensive contre la „pratique unilatérale philologico-linguistique des études modernes de langues et littérature“. L'édition de la correspondance de Curtius donnera une belle image de l'Europe de l'esprit mais aussi des coulisses de la *Romanistik* (enjeux et nominations). Un point mérite l'attention: la forte présence des juifs, mêmes assimilés, Auerbach, Spitzer, Malkiel etc. Les jubilés récents de différentes universités et le travail provoqué par l'anniversaire de la prise de pouvoir d'Hitler ont mis à notre disposition des monographies sûres qu'il faudrait interroger avec précision.⁸ On pourra alors détailler l'influence des „patrons“ des sujets de thèse de la même manière qu'on le fera pour les germanistes français. Une comparaison rapide montre

⁷ Curtius à Becker, 25 février 1917.

⁸ Hans Helmut Christmann et Frank-Rutger Hausmann (éds.), *Deutsche und österreichische Romanisten als Verfolgte des Nationalsozialismus*, Tübingen 1989; Rudolf Schottlaender, *Verfolgte Berliner Wissenschaft*, Berlin 1988; Jürgen Trabant (éd.), *Beiträge zur Geschichte der romanischen Philologie in Berlin*, Berlin 1988.

une plus grande familiarité de la langue – le message de Curtius sera entendu-issue de la tradition de l'*humanistisches Gymnasium*, de celle de la philologie gréco-latine et même de certains caractères géographiques de Prusse ou Rhénanie. Ceux qui furent élevés au lycée français de Berlin étaient immersés bien plus tôt dans la culture française.⁹ De même le double travail *Dissertation* et *Habilitation* n'a pas produit les mêmes effets que la gigantesque thèse d'état des germanistes français. Herbert Dieckmann qui passe de Claudel à Diderot (et qui deviendra l'un des plus grands diderotistes de son temps) fait une partie de ses études à Paris (comme Remak, Klemperer et Spitzer). Il y aura toujours beaucoup plus d'étudiants allemands en France que de français en Allemagne durant notre période; il en va de même aujourd'hui! Ils sont très actifs, rencontrent Paul Claudel et Charles Du Bos, ancien du séminaire de Simmel à Berlin qui a vu et aidé tous les Allemands de passage à Paris et dont la correspondance à ce sujet est aussi imposante qu'inédite.¹⁰ Pour montrer les richesses d'un tel séjour, lisons le *Bericht* de Max Clauss en visite avec Arnold Bergsträsser:

„Herr Prof. André, Siegfried von der konservativen „Ecole des Sciences Politiques“, Sohn des bekannten Senators und Freundes Gambettas, selbst noch bei den letzten Wahlen Kandidat des Bloc National in Le Havre, hat Dr. Bergsträsser und mich in seiner Familie aufs freundlichste empfangen. Er hat uns beide zu einer Fest-Conférence über „Außenhandel und Diplomatie“ (einer geschlossenen Veranstaltung der Schule) eingeladen. Ich persönlich habe ihn noch zweimal während meines Aufenthaltes besucht und in stundenlangen Gesprächen die wertvollsten Auskünfte über französische Zustände von ihm erhalten. Herr Lucien Herr, Bibliothekar der berühmten „Ecole Normale supérieure“, ein Altelsässer der für Frankreich optiert hatte, hat mir die Bibliothek der Schule zur uneingeschränkten Benützung geöffnet und mich außerordentlich unterstützt...“

Herr Prof. Charles Seignobos, der bekannte Historiker der „Sorbonne“, hat mich in seiner Wohnung empfangen und ebenfalls über eine Stunde lang in zuvorkommendster Weise meine Frage beantwortet“.¹¹

Il faudrait retrouver de tels rapports et les exploiter systématiquement. L'étude de cette *Romanistik* allemande est aussi intéressante pour l'histoire des universités américaines puisque les plus grands ténoirs y enseignèrent et y formèrent des générations d'étudiants; on sait que la *translatio sapientiae* ne s'est pas limitée à cette discipline. Pour les historiens de l'Allemagne, le cas est particulièrement évident et représente un véritable défi à la science historique française. Les romanistes furent en général moins politisés que les historiens et les juristes. On distingue ordinairement trois phases de la

⁹ Christian Velder, *300 Jahre Französische Gymnasium Berlin*, Berlin 1989.

¹⁰ Elle est déposée à la Bibliothèque Jacques Doucet (Paris). Nous avons surtout utilisé les longs échanges avec Dieckmann; Jacques Chouillet, „Epicentre(s) et périphérie – Herbert Dieckmann, historien et philosophe des Lumières“, *Recherches sur Diderot et sur l'Encyclopédie* 6 (1989), pp. 5–72.

¹¹ Clauss à Becker, 15 octobre 1925. On lui doit *Frankreich wie es wirklich ist. Ein Volk sucht seine Sicherheit*, Berlin 1939 et *Zwischen Paris und Vichy. Frankreich seit dem Waffenstillstand*, Berlin 1942.

Frankreichkunde. Celle de l'immédiat après-guerre selon laquelle la France est agressive; puis on tente de la comprendre en terme de la *Kulturkunde*, en contraposition avec la culture allemande. Après Locarno c'est le *Dauerfranzose* que l'on recherche. Même lorsqu'on examine les sujets de thèses soutenues en 1938 – une génération ayant étudié après 1933 – on n'y distingue aucune trace de chauvinisme contrairement à ce que l'on observe chez les historiens, anthropologues ou germanistes.¹² La *Romanistik* a donc plutôt tenu bon et l'image de la France et de ses experts ne s'est pas coulée dans le moule souhaité: deux tiers des thèses sur les soixante examinées sont même ouvertement profrançaises! Le 20 avril 1936, un décret ramenait le français en troisième langue, après l'anglais et l'italien. Ainsi donc le renvoi des Auerbach, Gutkind, Hetzfeld, Klemperer, Küchler et Olschki n'aura pas changé grand-chose. Si l'image de la France est ternie, la *Romanistik* a bien résisté.

On ne reprendra pas, pour les germanistes français, les paramètres d'études évoquées plus haut quant à la chronologie (il faudrait replonger quand même un peu dans le XIXe siècle) la géographie (où Strasbourg joue un rôle moteur) ou encore la théologie (importance du protestantisme). Certaines institutions sont mieux connues aujourd'hui comme les sociétés franco-allemandes¹³ ou certaines revues. En revanche l'Institut Français de Berlin attend encore son historien. Jacques Bariéty a campé la personnalité d'Oswald Hesnard.¹⁴ Né en 1877, il est reçu en 1903 à l'agrégation d'allemand. Après avoir enseigné à Angers, Bordeaux, puis à Paris (Lycée Charlemagne), il séjournera durant de longues années à Berlin avec des affectations diverses. Conseiller et collaborateur de Briand, il fait même office de conseiller culturel à Berlin présent lors de la réception de Monzie en septembre 1925 décrite plus haut. Vers la fin de 1930, il crée la „Maison académique de Berlin“ dont le but est clair:

„Il s'agit avant tout d'aider les chercheurs auxquels les milieux scientifiques d'Allemagne offrent ou bien des éléments de documentation ou bien une vue directe des efforts faits par ce pays dans les domaines des sciences naturelles, des sciences exactes et de leur application“.

On remarque que le rôle de l'Institut est bien plus large que la simple assistance

¹² Christmann, Hausmann (éds.). Les philologues étaient beaucoup plus conservateurs, Hans-Christoph Laubach, *Die Politik des Philologenverbandes im Deutschen Reich und in Preußen während der Weimarer Republik*, Frankfurt/M. 1986.

¹³ Hans Manfred Bock, „Deutsch-Französische Gesellschaften der Weimarer Zeit. Otto Grautoff. Ein Wegbereiter im Geiste Stresemanns“, *Dokumente* (1989), pp. 226–231; id., „Transnationale Begegnung im Zeitalter des Nationalismus. Der Lebensweg Otto Grautoffs (1876–1937) zwischen Deutschland und Frankreich“, in: Gilbert Krebs (éd.), *Sept décennies de relations franco-allemandes 1918–1988. Hommage à Joseph Rouan*, Paris 1989, pp. 75–79 et enfin „Die deutsch-französische Gesellschaft von 1926 bis 1934“, *Francia* 17/3 (1990) pp. 57–101.

¹⁴ Jacques Bariéty, „Un artisan méconnu des relations franco-allemandes le professeur Oswald Hesnard 1877–1936“, *Media in Francia. Recueil de mélanges offert à Karl Ferdinand Werner*, s.l. 1989, pp. 1–18. Dominique Bosquelle (Aix en Provence) prépare une monographie sur l'Institut de Berlin. Voir aussi Dieter Tiemann, „Zweigstelle Paris des DAAD und „Institut français de Berlin“. Voraussetzungen, Ziele, Praktiken zweier Einrichtungen der auswärtigen Kulturpolitik mit jugendpolitischer Orientierung“, in: *Entre Locarno et Vichy*, pp. 287–300.

technique à des germanistes. C'est l'un d'eux qui en sera le *spiritus rector*, Henri Jourdan. Normalien, agrégé d'allemand, il avait été lecteur de français à Heidelberg entre 1925 et 1928, très lié à Curtius (qu'il a traduit), Jaspers et Gundolf dans le salon de Marianne Weber.¹⁵ Cinq à six boursiers par an reconductibles, pouvaient assister aux cours et aux séminaires qui leur convenaient. Fondation Thiers hors les murs, l'Institut fut une véritable plaque tournante des échanges culturels et scientifiques franco-allemands. Avec ses archives¹⁶ et celles de l'ENS – cette dernière ayant cultivé le voyage en Allemagne¹⁷ – il sera bientôt possible de cartographier avec précision les itinéraires. Les germanistes Susini, Ayrault, Grappin, Sauvagnargues, l'historien Brunschwig, les philosophes Aron, Sartre, Gandillac etc. y travailleront durant des mois parfois des années. Dans l'énorme correspondance de Jourdan, relevons les noms d'Hubert Beauve-Méry, Gabriel Marcel, Karl Jaspers. Avec Robert Minder et Edmond Vermeil l'échange donne beaucoup de renseignements sur la germanistique française, mais aussi des témoignages sur le vif: „La doctrine ici se coagule avant de donner naissance, peut être à des hérésies d'où sortira la paix ou la guerre. J'ai par moment l'impression que l'histoire de l'Europe pourrait se souder directement de 37 à 17, comme si vingt années s'étaient écoulées en pure perte“.¹⁸ Alexandre Koyré, Paul-Oscar Kristeller, Pierre Vienot¹⁹ sont aussi bien représentés. Jourdan fait le lien entre Ignace Meyerson qui veut rencontrer Max Dessoir ou Louis Rougier et Werner Sombart; il donne même à Monzie les renseignements (qu'il tient de Misch) sur Lou Salomé! L'important dossier des lettres avec Jean Marx du service des œuvres françaises à l'étranger devra être soigneusement repertorié. Avec les instituts de Mayence et de Strasbourg, les Français possédaient donc – outre les classiques départements d'allemand des grandes universités – de véritables têtes de pont avec la science et la culture allemandes. La position de l'université française face à l'Allemagne du temps mériterait naturellement bien des développements mais il est clair que les germanistes français furent assez clairvoyants quant aux dangers du régime d'Hitler. Certains tentent même de se battre pied à pied:

„Personnellement – écrit Jourdan – je reste partisan convaincu d'une politique de la présence. Cette politique de la présence loin de l'exclure, appelle et légitime, je crois une politique forte, voire brusquée s'il le faut. Nous avons tout intérêt à attirer hors de leur sourcière des jeunes allemands qui ne demandent qu'à en sortir et qui sentent vaguement que le monde autour d'eux n'obéit pas automatiquement à la séduction de leur chef. Engagés sous une surveillance discrète, agissante, les échanges universitaires et

¹⁵ Henri Jourdan, „Souvenirs d'un Français en poste à Berlin de 1933 à 1939“, *Mémoires de l'Académie des Sciences, Belles Lettres et Arts de Lyon XXIX* (1975), pp. 125–137.

¹⁶ Pascal Even, „Deux siècles de relations franco-allemandes. Les papiers des représentations diplomatiques et consulaires françaises en Allemagne conservées au Centre des Archives Diplomatiques de Nantes“, *Francia* 16/3 (1989), pp. 83–97 que je remercie de son accueil dans ce fonds d'archives.

¹⁷ AN F¹ 17265–17293 et Jean François Sirlinelli, *Génération intellectuelle. Khâgneux et normaliens dans l'entre-deux-guerres*, Paris 1988, pp. 540–545.

¹⁸ Jourdan à Vermeil, 18 mars 1937, AMAE (Nantes) II C. 115.

¹⁹ Christoph Drögge, „Pierre Viénots deutsche Ungewissheiten. Aktuelle Lektüre eines Buches, das Geschichte wurde“, *Dokumente* (1990), pp. 40–46.

scolaires ne peuvent que nous être profitables²⁰. A René König – à qui il fait rencontrer Sartre – il écrit: „Il serait grand temps que se constituat une véritable défense de l'esprit, fondée sur des relations profondément humaines et personnelles. Vous travaillez en ce sens, je le sais, et cette foi, chez quelques milliers finira peut être par soulever les montagnes“.²¹

Jourdan prit un dernier train pour la France en 1939...

Si l'intérêt pour l'Allemagne reste limité à une élite intellectuelle – mis à part l'en-gouement pour Berlin – on peut toutefois dire que le nazisme est venu interrompre un travail d'échanges qui aurait sans doute produit un réseau très tenu de relations et de rencontres qu'on ne retrouvera que plusieurs décennies plus tard, après une traumati-sante catastrophe.

Venues d'horizons différents, nos deux disciplines virent leur objet se diaboliser: l'Autre devenait l'Ennemi. Et pourtant toutes deux montrent une capacité de résistances aux stéréotypes ambients, aux pressions politiques extérieures. Le romaniste allemand a aussi peu cru au credo nazi que le germaniste français. Dans une telle étude comparative nous glanerons des informations sur le comportement des élites culturelles dans des temps troublés. Dans cette hétérologie, ce discours sur l'Autre, ce sont aussi deux identités nationales qui se construisent et s'affirment avant de s'affecter mutuellement. Ici comme ailleurs, seule une enquête comparative peut rendre raison de la vie et de la pensée de ceux qui se consacrèrent à l'inquiétante étrangeté du voisin.²²

²⁰ Jourdan à Viénot, AMAE (Nantes) II C. 115. Les papiers de Jourdan documentent aussi ses multiples tentatives de sauver étudiants et universitaires juifs.

²¹ Jourdan à König, AMAE (Nantes) II, C.118. 25 mai 1939 et René König, *Soziologie in Deutschland. Begründer, Verächter, Verfechter*, München 1987, p.291.

²² Gilbert Merlio, „Les germanistes français face au national-socialisme“, in: *Entre Locarno et Vichy*, pp. 375–390.

Dieter Tiemann

Nachwuchseliten für die Verständigung?

Ein Aspekt deutsch-französischer Kulturbeziehungen in der Zwischenkriegszeit

I.

„Das junge Deutschland wendet sich nach dem Osten und kehrt dem Westen den Rücken zu“, klagte Ernst Robert Curtius 1921 in einem Aufsatz über deutsch-französische Kulturprobleme.¹ Wenn der tote Punkt in den wechselseitigen Beziehungen überwunden werden sollte, könnten weder ein polemisch-nationalistischer noch ein pazifistisch-internationalistischer Aktionismus weiterhelfen, sondern nur die leidenschaftslos-sachliche Auseinandersetzung mit dem jeweils anderen.

Auf den Artikel des deutschen Romanisten ging André Gide ein, als er sich kurz darauf in der „*Nouvelle Revue Française*“ zum selben Thema äußerte.² Seine Sicht des Problems lief darauf hinaus, die geistige Isolierung Deutschlands zu beenden und im ureigenen französischen Interesse die intellektuelle Kommunikation mit dem östlichen Nachbarn wieder aufzunehmen.

Die beiden zitierten Stimmen sind kaum charakteristisch für das vorherrschende Zeitklima. Wohl aber können sie als Symptome einer aufbrechenden Sorge verstanden werden, über dem Konfrontationsdenken den als notwendig erachteten geistigen Austausch zwischen zwei europäischen Kernländern aus dem Blick zu verlieren und damit verbundene Chancen zu verspielen. Tatsächlich setzten damals trotz des alles überwuchernden Erbfeind-Syndroms Bemühungen ein, Berührungssempfindlichkeiten und Kontaktperren zwischen den Nachbarn zu überwinden. Inwieweit junge Eliten daran beteiligt waren, ist Gegenstand der folgenden Ausführungen.

Freilich erweist sich der im Titel dieses Beitrags benutzte Begriff der Nachwuchselite als fragwürdig, wenn unter dem einen, dem Bestimmungswort, die noch nicht vorhandene Selbständigkeit in allen Lebensbereichen und unter dem anderen, dem Grundwort, eine etablierte Führungsschicht verstanden wird. Im gegebenen Zusammenhang sind damit jedoch, ohne allzu strenge definitorische Festlegung, potentielle Angehörige

¹ Ernst Robert Curtius, „Deutsch-französische Kulturprobleme“, in: *Der Neue Mercur*, Juni 1921, S. 145–155, hier S. 146 f.

² André Gide, „Les rapports intellectuels entre la France et l’Allemagne“, in: *La Nouvelle Revue Française*, Nov. 1921, S. 513–521.

künftiger Eliten, also Kader im Rekrutierungsprozeß, oder jugendlich-elitäres Selbstverständnis der Akteure gemeint.

Ebenso flexibel soll mit dem Begriff der Verständigung umgegangen werden. In ihm sind alle Bedeutungsschattierungen vom wertfreien Einander-Verstehen bis zur affektiv besetzten Aussöhnung enthalten. Allerdings ist mit Verständigung im allgemeinen eine gewisse Annäherung gemeint. Ein solcher implizierter Positiv-Effekt soll im folgenden hinterfragt werden: Handelte es sich bei den hier interessierenden Aktivitäten von Nachwuchseliten wirklich um Anläufe zu einer deutsch-französischen Entente, oder waren mit der Dialogbereitschaft ganz andere Absichten verbunden? Wie berechtigt eine solche skeptische Fragestellung ist, bestätigt schon ein erster flüchtiger Blick auf die Fakten. Die vertiefte Analyse kommt zu Befunden, die hier in fünf Thesen zusammengefaßt werden.

II.

1. Zwischen den Weltkriegen gewann die Frage der jungen Eliten im deutsch-französischen Kultauraustausch eine neue Qualität.³ Ein solcher Austausch hatte damals zwar schon eine lange Tradition hinter sich, war aber bis dahin als relativ selbständiger Sektor im großen Feld der Geistesbeziehungen kaum identifiziert und thematisiert worden. Dies änderte sich nach 1918. Vor allem die Artikulation jugendlicher Eigenart gegenüber der Welt der Alten, ein in Deutschland wie in Frankreich aufbrechender Jugendmythos und nicht zuletzt der bewußte Einsatz auswärtiger Kulturpolitik eröffneten neue Perspektiven. Sozioökonomische Differenzierungsprozesse hatten zur Entdeckung der Jugend als gesellschaftliche Großgruppe mit spezifischen Merkmalen, Ansprüchen und Aufgaben geführt. Im Zuge um sich greifender Verwaltung öffentlicher Belange hatten sich die staatlichen Bürokratien auch des internationalen Jugendaustauschs bemächtigt. Beide säkularen Trends schlossen Fragen der Definition, Funktion und Rekrutierung von Eliten ein. So gesehen waren Jugend und Elite zwei Seiten einer Medaille.

Die deutsch-französischen Kulturbeziehungen konnten von alldem nicht unberührt bleiben. Im Schatten von Versailles gab es anfangs zwar keine spektakulären Jugendkontakte, wohl aber bezeichnende Positionsbestimmungen und Weichenstellungen, die den weiteren Verlauf der deutsch-französischen Beziehungen auf der Ebene der Nachwuchseliten in Umrissen bereits erkennen lassen. Dazu gehören die Studenten-Querelen, die sich in der und um die 1920 gegründete „Confédération Internationale des Etudiants“ abspielten. Dieser von französischer Seite inspirierte und anfangs weitgehend dirigierte Bund sollte für rund eineinhalb Jahrzehnte die Bühne bieten, auf der heftige Kontroversen um das Verhältnis zur studentischen Jugend Deutschlands ausgetragen wurden. Die C.I.E. gehörte zu den vielen Institutionen, die den eben geschlosse-

³ Hierzu ausführlich: Dieter Tiemann, *Deutsch-französische Jugendbeziehungen der Zwischenkriegszeit*, Bonn 1989.

nen Frieden flankierend sichern helfen sollten, und bot damit der „Deutschen Studentenschaft“ eine geeignete Angriffsfläche, um ihre Polemik gegen die Ordnung von Versailles zu kultivieren. Im sachlichen Kern ging es um den „Konflikt des von den deutschen Studenten aller Richtungen vertretenen großdeutschen Gedankens mit dem vor allem von den Franzosen verfochtenen reinen Staatsgedanken...“.⁴ Neben der von Prestige-Denken bestimmten Forderung nach einer ausdrücklichen Einladung, dem Anspruch auf angemessene Vertretung im Vorstand und der Voraussetzung, die deutsche Sprache als Verhandlungssprache zuzulassen, nannte die D.St. als Bedingung für den Eintritt in die C.I.E. denn auch die Anerkennung ihrer Organisation als Zusammenschluß aller deutschen Studierenden innerhalb und außerhalb der Reichsgrenzen. Nachdem beide Seiten sich über dieses grundlegende Problem nicht hatten einigen können, kamen sie trotz französischer Bedenken 1924 immerhin überein, in praktischen Angelegenheiten zusammenzuarbeiten, ohne daß die „Deutsche Studentenschaft“ formell Mitglied der C.I.E. wurde. Jedoch hielt auch dieses Arrangement nur kurze Zeit. Im Grunde blieben die Beziehungen stets in der Schwebe und fanden im Sommer 1933 mit der Gründung einer vom nationalsozialistischen Deutschland protegierten „Internationalen studentischen Liga für die Neugestaltung Europas“ ihr definitives Ende.

Der Fall der „Confédération Internationale des Etudiants“ und ihrer Auseinandersetzung mit der „Deutschen Studentenschaft“ darf sicher nicht ohne Einschränkungen verallgemeinert werden. Er trägt aber unverkennbare Züge damals herrschender Mentalitäten und daraus folgender Aktivitäten französischer und deutscher Nachwuchseliten. Nicht weniger bezeichnend und zugleich viel bedeutsamer als die vergleichsweise peripheren Reibereien von Studentenorganisationen war die Institutionalisierung der auswärtigen Kulturpolitik. Der bereits 1910 gegründete „Office National des Universités et Ecoles Françaises“ bot jungen ausländischen Akademikern Studienreisen nach Frankreich an, unterstützte Einrichtungen für Studenten aus anderen Ländern, verhalf jungen Franzosen zu Auslandsaufenthalten, sorgte durch Publikationen und deren gezielte Verteilung für „une active propagande“ zugunsten des Französischunterrichts außerhalb Frankreichs. Bei der Gründung dieser quasi-amtlichen Dienststelle – rechtlich eine Institution nach dem Vereinsgesetz von 1901 – hatte zweifellos der gute Ruf der deutschen Universitäten in aller Welt Pate gestanden. Ihnen sollte ein wirksames Instrument entgegengestellt werden. Die Motive für seine Einrichtung, Einstellungen und Interessen seiner führenden Vertreter, seine weitgehende Abhängigkeit vom Pariser Unterrichts- und Außenminister und schließlich allgemein die sozialpsychologischen Folgen des Ersten Weltkrieges legten den „Office“ auf eine Linie fest, die den östlichen Nachbarn zum militärisch zwar geschlagenen, kulturpolitisch aber weiter zu bekämpfenden Gegner abstempelte.

Der Einfluß des Quai d'Orsay auf den „Office National des Universités et Ecoles

⁴ Georg Schreiber, „Die Kulturpolitik des Völkerbundes“, in: *Zehn Jahre Versailles*, Bd. II: Die politischen Folgen des Versailler Vertrages, Hg. Heinrich Schnee u. Hans Draeger, Berlin 1929, S.245–262, hier S.255.

„Françaises“ war vermutlich geringer als der des Unterrichtsministers. Das mag der Grund, vielleicht auch die Folge eines Dienstes gewesen sein, der 1920 im Außenministerium eingerichtet wurde: der „Service des Œuvres françaises à l'étranger“, eine Stelle, die aus dem zuvor bestehenden „Bureau des écoles et œuvres françaises“ hervorging. Der Arbeitsbereich dieses „Service“ stimmte weitgehend mit dem des „Office“ überein. Allerdings unterschied sich die erste von der zweiten Stelle durch ihre unmittelbare Einbindung in die amtliche französische Außenpolitik. Solange dort eine harte Linie gegenüber Deutschland vertreten wurde, trat der Dienst im Hinblick auf deutsch-französische Jugendkontakte nicht in Erscheinung. Erst nach der Normalisierung des Verhältnisses zum östlichen Nachbarn ab Mitte der zwanziger Jahre lassen sich entsprechende Aktivitäten nachweisen, die dann in den dreißiger Jahren recht gewichtig wurden, als internationale Jugendbegegnungen zur Sache der Diplomaten avancierten.

Wie die auswärtige Kulturpolitik Frankreichs nach dem Ersten Weltkrieg von dem Motiv beherrscht war, dem deutschen Einfluß in der Welt entgegenzutreten, so argumentierten die Protagonisten einer solchen Politik in Deutschland mit den gewaltigen Anstrengungen der westlichen Nachbarn in diesem Bereich. Eduard Spranger etwa lamentierte, es handle sich hierzulande um ein „bisher stark vernachlässigtes Gebiet“. Entsprechende Anstrengungen hätten den Sinn, „mit den geistigen Kulturkräften des eigenen Volkes im Auslande ‚moralische Eroberungen‘ zu machen“.⁵ Mit solcher Absicht war bereits 1918 die Auslandsabteilung des 1915 gegründeten und vom Reich, von den meisten deutschen Ländern sowie von großen Verbänden getragenen „Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht“ eingerichtet worden. Im folgenden Jahr entstand die kulturpolitische Abteilung des Auswärtigen Amtes, deren Referat B unter anderem mit dem Austausch von Schülern und Studenten befaßt wurde.⁶ Zu einem wichtigen und dauerhaften Instrument der auswärtigen Kulturpolitik entwickelte sich der 1924 entstandene „Akademische Austauschdienst“, eine Vorläuferorganisation des 1930 gegründeten „Deutschen Akademischen Austauschdienstes“. Der mit dem Auswärtigen Amt, dem Innenministerium und verschiedenen Länderministerien kooperierende eingetragene Verein zog bald wesentliche Aufgaben der internationalen Studentenbeziehungen an sich. Wie alle anderen einschlägigen Maßnahmen war auch die Entstehungsgeschichte dieser Einrichtung wesentlich vom Konkurrenzdenken gegenüber Frankreich beeinflußt.

Am Ende des Ersten Weltkrieges drangen also beiderseits des Rheins staatliche Instanzen direkt oder indirekt in die Zonen ein, die für die französischen und deutschen Nachwuchseliten sowie deren wechselseitige Beziehungen dereinst bedeutsam werden sollten. Indem engagierte Kräfte die Bemühungen der jeweils anderen Seite als bedrohliche Propaganda denunzierten, legitimierten sie gleichzeitig die eigenen Anstrengun-

⁵ Eduard Spranger, „Kulturpolitik“, in: *Politisches Handwörterbuch*, Hg. Paul Herre, Leipzig 1923, S. 1089.

⁶ Kurt Düwell, *Deutschlands auswärtige Kulturpolitik 1918–1932. Grundlinien und Dokumente*, Köln u. Wien 1976; Kurt Düwell u. Werner Link (Hg.), *Deutsche auswärtige Kulturpolitik seit 1871*, Köln/Wien 1981.

In einer Art dialektischem Sprung wurde diese deutsch-französische Antithese dann ab Mitte der zwanziger Jahre bis zu einem gewissen Grad von einer Synthese abgelöst, die freilich nie den Rang einer Verständigung im Sinne eines kompromißfähigen Aufeinanderzugehens erreichte.

2. Exklusivität ist das Kennzeichen jener Kontakte junger Eliten, und zwar in dreifacher Hinsicht. Zunächst gilt es festzuhalten, daß die Begegnungssituationen zwischen jungen Franzosen und Deutschen kein Massenphänomen waren. Abgesehen von materiellen Hindernissen, die Verbindungen über die Grenze erschwerten, fehlte es auch an starken Impulsen zur Kontaktaufnahme. Während die französische Jugend und deren Tuteuren im allgemeinen auf den nationalen Horizont beschränkt blieben, richtete sich das Interesse der deutschen Altersgenossen vornehmlich auf den ost- und südosteuropäischen Raum sowie auf die angelsächsischen und skandinavischen Länder, wenn sie überhaupt über die Grenze blickten.

Diese Exklusivität wurde zweitens durch die elitäre Selbsteinschätzung der Betroffenen unterstrichen. Insbesondere im Dunstkreis der deutschen Jugendbewegung – der Jungdeutsche Orden mit seiner „Frankreichpolitik“ ist ein bezeichnendes Beispiel hierfür⁷ – wurden neben dem Egalitätsprinzip auch hierarchische Strukturen gepflegt, eine Ordnung, die stets Führer und Gefolgschaft unterschied. Demgegenüber machten sich die jungen Nonkonformisten aus dem Quartier Latin durch mehr oder weniger geistreiche Attacken auf das bestehende System bemerkbar.⁸

Generell war die Neigung verbreitet, Jugend als zukunftsgerichtete Gegenelite zu den überlebten herrschenden Mächten zu begreifen. Auf dieser Basis trafen jedenfalls Anfang der dreißiger Jahre Otto Abetz' Sohlbergkreis und Jean Luchaires *Notre-Temps*-Gruppe zusammen. In drei größeren Jahrestagungen strebten junge Franzosen und Deutsche spezifische Begegnungssituationen an. Das erste Treffen fand 1930 auf dem Sohlberg im Schwarzwald statt. In bewußter Distanzierung von allen formalistischen Verfahrensweisen, die implizit der Stigmatisation der älteren Generation diente und die das charakteristisch Jugendliche des Treffens augenscheinlich machen sollte, war auf verpflichtende Tagesordnungen, Ausschüsse und Beschlüsse verzichtet worden. Immerhin wies das Programm täglich jeweils zwei Vorträge aus, die den Aussprachen vorausgingen. Ansonsten herrschten auf dem weltabgeschiedenen Sohlberg mit Frühsporn und abendlichem Lagerfeuer, karger Kost und spartanischer Unterkunft die Gepflogenheiten der deutschen Jugendbewegung. Was indes als metapolitische Übung einer jugendlichen Avantgarde verstanden werden sollte, war tatsächlich nichts anderes als ein, wenn formal auch originelles, inhaltlich durchaus konventionelles Forum deutsch-französischer Auseinandersetzung. Bereits das zweite Treffen in Rethel 1931 zerstörte diesbezügliche Illusionen, und das dritte in Mainz 1932 zeigte deutliche Auflösungserscheinungen der beteiligten Kreise. Daß sich Otto Abetz, der Protagonist auf deutscher Seite, nach Hitlers „Machtergreifung“ schnell von den Nationalsozialisten

⁷ Dieter Tiemann, „Der Jungdeutsche Orden und Frankreich“, in: *Francia* 12 (1985), S. 425–456.

⁸ Jean-Louis Loubet del Bayle, *Les non-conformistes des années 30. Une tentative de renouvellement de la pensée politique française*, Paris 1969.

vereinnahmen ließ, wirft ein bezeichnendes Licht auf die angeblich so autonomen Nachwuchseliten, die sich eine völlig neue Qualität des deutsch-französischen Verhältnisses zum Ziel gesetzt hatten.

An dritter Stelle sind schließlich die Kultusbürokratien zu nennen, die vieles unternahmen, um die Exklusivität der von ihnen reglementierten deutsch-französischen Jugendbeziehungen zu betonen. Vom Schülerbriefwechsel bis zum Studentenaustausch sorgten die damals neu eingerichteten Apparate dafür, bei den Betroffenen den Eindruck zu vermitteln und zu verstärken, sie seien ausgewählte Vertreter ihres Landes und hätten eine nationale Mission zu erfüllen. Die auf Exklusivität hin stilisierten Kontakte gingen also von einem Anspruchsniveau aus, dem die Akteure kaum gerecht zu werden vermochten. Insofern mußten besagte Nachwuchseliten eher als Hindernisse denn als Förderer einer deutsch-französischen Verständigung erscheinen.

3. Utilitaristische Erwägungen haben eine bedeutende Rolle gespielt. Da auf verschiedenen Gebieten laufend Experten des jeweiligen Nachbarlandes benötigt wurden, mußten auch Wege gefunden werden, die Ausbildung solcher zukünftigen Kader zu sichern. Unter den Rahmenbedingungen der bestehenden Feindbilder ergab sich freilich das Dilemma, entsprechende Kontakte zugleich suchen und abwehren zu müssen. Französischerseits sah die Kultusbürokratie während des Ersten Weltkrieges in der Schweiz einen Ausweichpartner für die Ausbildung ihres Germanisten-Nachwuchses. Nach dem Krieg sollte das besetzte Rheinland zu einer Drehscheibe deutsch-französischen Kultauraustauschs werden; das damit verbundene Ziel einer „pénétration intellectuelle“ durch Ausbildungsangebote an junge Franzosen und Deutsche wurde jedoch nie erreicht, und das Gesamtprojekt war schon gescheitert, bevor die letzten französischen Besatzungstruppen das Rheinland verließen.

Unterdessen hatte das Auslandsstudium gegen Ende der zwanziger Jahre bereits ein beachtliches Ausmaß angenommen. Allerdings waren die Voraussetzungen und Bedingungen eines solchen Studiums für beide Seiten recht unterschiedlich. Während die relativ zahlreichen deutschen Studenten in Frankreich ein von der auswärtigen Kulturpolitik ausgeworfenes Netz erwartete, dessen Maschen schon vor 1933 immer enger wurden, fungierte die französische Kultusbürokratie als eine Art Sieb, das für die Hindurchgekommenen völlige Unabhängigkeit sowie Konzentration auf Lernen und Forschen bedeutete. Mochten Studienaufenthalte junger Franzosen und Deutscher im jeweiligen Nachbarland theoretisch denselben Zweck dienen, so unterschieden sie sich doch signifikant in der Praxis. Deutsche Studenten vertraten jenseits der Grenzen ihr Vaterland und sollten als bessere Deutsche zurückkehren. Französische Jungakademiiker legten mit einem Auslandsaufenthalt in erster Linie einen weiteren Grundstein ihrer wissenschaftlichen Karriere. Engeren Beziehungen jener Nachwuchseliten beider Länder diente weder die eine noch die andere Präferenz.

Nützlichkeitsüberlegungen waren es, die um 1930 zur Eröffnung der Zweigstelle Paris des DAAD und des Institut Français de Berlin führten. Abseits von tagespolitischen Querelen zog mit diesen Anlaufstellen für Studenten zunächst eine gewisse Stetigkeit und Berechenbarkeit in das wechselseitige Auslandsstudium ein. Ab 1933 gerie-

ten beide Einrichtungen indes zunehmend in den Strudel der großen Politik, in der zwar Hitlers Verständigungsparolen nicht zu überhören waren – übrigens verschiedentlich auch unter Berufung auf die Jugend beider Länder –, in der faktisch aber nationale Abgrenzung und latente, schließlich offene Aggressivität die Szene beherrschten. Die Austauschstudenten blieben Gefangene dieser politischen Verhältnisse, auch wenn sie subjektiv überzeugt sein mochten, einer deutsch-französischen Annäherung zu dienen. Im übrigen diktierte der akademische Arbeitsplan den Ablauf des Aufenthalts beim Nachbarn. So haben der junge Raymond Aron und sein Altersgenosse Jean-Paul Sartre als Stipendiaten des französischen Akademikerhauses in Berlin wohl deutschen Geist studiert, jedoch kaum Kontakte mit gleichaltrigen Deutschen gepflegt.

4. Die tagespolitische Auseinandersetzung wurde von den hier interessierenden jungen Eliten und ihren Agenturen entweder ignoriert oder negativ interpretiert. Angesichts des massiven Einwirkens der Politik muß diese Feststellung zunächst paradox erscheinen. Der Widerspruch erklärt sich jedoch einerseits aus einem jugendlichen Protestverhalten, das Politik rundweg mit den Machenschaften verkrusteter politischer Klassen gleichsetzte und deren Einfluß nicht wahrhaben wollte, zugleich deren politisches Handeln als irrational abtat und das eigene Vorgehen als objektivitätsorientiert ansah, andererseits aus der Interessenlage von Administrationen, die die zarte Pflanze des deutsch-französischen Jungakademikeraustauschs vor möglichen politischen Stürmen bewahren wollten.

Ab 1933 wurde von deutscher Seite die unpolitische Karte verstärkt gespielt, um von selbst inszenierten Turbulenzen abzulenken, die von der großen Politik auf die Beziehungen der Nachwuchseliten ausstrahlten. Die vorgegebene Richtung hieß Anerkennung nationaler Wesensunterschiede als Voraussetzung der Wahrung gemeinsamer Interessen. Im Rahmen dieser Vorgabe liefen die Wechselbäder von lauten Friedensbeeteuerungen und getarnter Distanzierung, Beschwörung jugendlicher Kameradschaft und Aufforderung zu mißtrauischer Wachsamkeit, theatralischen Freundschaftsbekundungen und versteckten Konfrontationsgedanken, Bekenntnissen zur Gleichwertigkeit deutscher und französischer Art und germanozentrischen Prävalenz-Dückeln freilich darauf hinaus, jeden Keim einer breiten grenzübergreifenden Verständigung früher oder später absterben zu lassen. Begegnungen von Nachwuchseliten beider Länder funktionierten lediglich als propagandistischer Flankenschutz der an sich ethnozentrischen, xenophob-narzißtischen Ideologie. Nicht in konstruktiver Aufbauarbeit lag also der eigentliche Zweck deutsch-französischer Jugendbeziehungen – so nachdrücklich dies auch unter Hinweis auf tagespolitische Abstinenz versichert wurde –, sondern in deren sukzessiver Demontage.

Objektiv wurden die Beziehungen junger französischer und deutscher Eliten nach Hitlers „Machtergreifung“ als Instrument der Bemächtigung und Absicherung einer destabilisierenden, letztlich destruktiven Politik benutzt und dabei in einen schon zuvor eingeleiteten, aber bis dahin nicht zwangsläufigen Prozeß der Selbstzerstörung getrieben. Subjektiv hingegen mußten sie den damals Beteiligten trotz offensichtlicher Widersprüche und Widerstände als Perspektive zur endgültigen Auflösung der inzwischen

schen ermüdenden, wenngleich immer noch virulenten These von der „Erbfeindschaft“ erscheinen. Daß das Motiv der Überwindung eines alten Gegensatzes durch Rückzug aus der aktuellen Politik mit Impulsen zur Errichtung neuer Barrieren verbunden war, blieb im Nebel von Jugendkult und Zukunftsgewißheit unsichtbar.

Aus welchen Gründen auch immer: Die Vorgabe unpolitischer bzw. metapolitischer Begegnungen der Nachwuchseliten hat deren Anfälligkeit für den Austausch hohler Phrasen gesteigert und die Bereitschaft zur argumentativen Auseinandersetzung geschwächt. Die jungen Eliten wurden durch diese selbstgewählte oder verordnete Abstinenz von der Politik erst recht politisch verfügbar. Von einer jugendlichen Avantgarde der Verständigung kann also keine Rede sein. Nie war sie während der Zwischenkriegszeit etwas anderes als willfähriges Instrument im Austragen nationaler Rivalitäten.

5. Entscheidendes Ziel der Begegnungen junger Eliten mit dem Nachbarn war hinter allem Wortgeklingel um eine deutsch-französische Verständigung die nationale Selbstvergewisserung. In der geistigen Auseinandersetzung mit dem jeweils anderen wollte und sollte die Jugend letztlich nationalen Interessen dienen. Charles Petit-Dutaillis, Mediävist und von 1916 bis 1938 Direktor des für den internationalen Studentenaustausch zuständigen „Office National des Universités et Ecoles Françaises“, äußerte sich beispielsweise in diesem Sinne, als er seinen Jahresbericht 1928/29 mit Hinweisen auf die begrüßenswerte Neigung der französischen Studenten zum Auslandsstudium abschloß.⁹ Arnold Bergsträssers 1930 erschienene Abhandlung über „Sinn und Grenzen der Verständigung zwischen Nationen“ kann als Programm der damaligen deutschen auswärtigen Kulturpolitik und insbesondere als Leitlinie des Studentenaustauschs gelten.¹⁰ Statt eines internationalen Harmoniemodells forderte der Autor Begegnungen mit fremdem Wesen, Bemühen um Verstehen der Eigenart anderer Nationen anstelle oberflächlicher Verständigung, und zwar nicht zuletzt im Hinblick auf Konsolidierung nationalen Selbstverständnisses, denn die jüngste Vergangenheit habe die Idee des Nationalen bestätigt. Bis zur Unkenntlichkeit simplifiziert und pervertiert wurde diese subtile Vorgabe durch das verbreitete Bild von der rassischen Dekadenz Frankreichs, das die Nationalsozialisten den deutschen Nachwuchseliten keineswegs erst aufdrängen mußten.

Hinter all dem stand eine verbreitete Unfähigkeit auf beiden Seiten, die jeweils anderen nach deren eigenen Maßstäben einzuschätzen und deren Interessen in die eigenen Vorstellungen einzubeziehen. Stattdessen herrschten eingefahrene Topoi, die die Beteiligten immer wieder in die Gefangenschaft ihrer nationalen Selbst- und Fremdbilder zurückwarfen. Dieser Immobilismus des Denkens bei gleichzeitiger Anerkennung der Notwendigkeit eines neuen Anfangs im deutsch-französischen Verhältnis war die ei-

⁹ Assemblée Générale de l'Office National des Universités et Ecoles Françaises (25 mai 1929). Rapport du Directeur sur l'Activité de l'Office des Universités en 1928-1929, S.25.

¹⁰ Arnold Bergsträsser, *Sinn und Grenzen der Verständigung zwischen Nationen*, München u. Leipzig 1930; vgl. auch: Volkhard Laitenberger, „Theorie und Praxis der ‚Kulturellen Begegnung zwischen den Nationen‘ in der deutschen auswärtigen Kulturpolitik der 30er Jahre“, in: *Zeitschrift für Kulturaustausch* 31 (1981), S.196–206.

gentliche Konstante, aber auch Triebfeder damaliger Beziehungen der Nachwuchseliten beider Länder.

Ein solches pauschales Urteil bedarf relativierender Anmerkungen. Selbstverständlich färben individuelle und soziale Bedingungen sowie konkrete Begegnungssituatonen sehr unterschiedlich auf Erleben, Urteile und Wertungen der Beteiligten ab. Das Spektrum persönlicher Anforderungen, Erwartungen und Folgerungen war einfach zu weit gefächert, als daß sich alle Facetten auf einen Nenner bringen ließen. Eine Berücksichtigung dieser Vielfalt mildert zweifellos die Schärfe der dargestellten Defizite. Damit jedoch eine generelle Aufwertung der Bedeutung der Nachwuchseliten im damaligen deutsch-französischen Verhältnis verbinden zu wollen, würde den Problemkreis vernebeln, anstatt ihn zu erhellen, weil Empfindungen einzelner und Kollektiverlebnisse abgekapselter Gruppen zur Beurteilung des Gesamtkomplexes im allgemeinen nur wenig hergeben, wenn sie nicht im historischen Kontext, also unter Berücksichtigung ihrer gesellschaftlichen Bedingungen und Konsequenzen, gesehen werden. Dann zeigt sich nämlich schnell, daß guter Wille allzu oft von Wunschdenken und Pathos überwuchert wurde, daß vermeintliche jugendliche Selbstbestimmung realiter Instrumentalisierung einschloß, daß Aktionismus ins Leere führte und daß subjektiv durchaus positive Erfahrungen nicht zwangsläufig ein entsprechendes Gesamtbild ergeben.

Von deutsch-französischer Annäherung durch Relativierung und schließlich Überwindung nationaler Positionen kann folglich selbst bei denen nicht gesprochen werden, die aufrichtig für den Dialog der Nachwuchseliten eintraten. Ein mehr oder weniger latenter Konkurrenz- und Gegensatz-Begriff sowie das nationalegoistische Motiv blockierten letztlich alle Anläufe, die über inhaltsleere Verständigungsretorik hinausgingen.

III.

Soweit in aller gebotenen Kürze die angekündigten fünf Thesen! Damit war nicht beabsichtigt, die ehrlichen Bemühungen von einzelnen Franzosen und Deutschen um eine dauerhafte Aussöhnung der „Erbfeinde“ in Zweifel zu ziehen. Es ging vielmehr darum, die entscheidenden Kraftlinien zu skizzieren, denen die jungen Eliten ausgesetzt waren und die sie alles in allem selbst verkörperten. Und diese Gesamtschau gibt entgegen manchen nostalgischen Stimmen, die die damals aktiven Nachwuchseliten zu Vorreitern des heute erreichten Stands deutsch-französischer Beziehungen erklären, Anlaß zur Ernüchterung.

Louis Dupeux

Elites culturelles allemandes et françaises aux XIXème et XXème siècles

Conclusion comparative

Il ne saurait être question de proposer ici une comparaison „fine“ des deux élites culturelles, et sur deux siècles. Une pareille entreprise supposerait beaucoup de temps et de place, des travaux également avancés de part de d'autre du Rhin et une authentique compétence double. Je me bornerai donc à formuler certaines mises en garde pour l'approche d'un sujet où les causalités sont, sans doute encore plus qu'ailleurs, multiples; puis je tenterai de repérer et de commenter certaines similitudes ou décalages avérés.

Il n'est sans doute pas inutile de rappeler que le mot „culture“ a longtemps été l'objet de luttes idéologiques acharnées entre élites culturelles allemandes et françaises. Surtout entre 1870 et 1945, une majorité des deux élites revendiqua le monopole de la „vraie“ culture, nombre d'Allemands ne concédant aux Français qu'une „civilisation“ et des connaissances de surface, tandis qu'après une phase d'admiration intense une bonne partie de leurs homologues français ne laissaient aux élites d'Outre-Rhin que le choix entre la „lourdeur“ et „l'obscurité“ – à moins qu'on ne leur concède un „esprit de système“ ou „de géométrie“, facilement réductible à l'état d'auxiliaire de „l'esprit de finesse“ français : *sciencia germanica ancilla scienciae gallicae*: voilà ce qu'écrivait en 1916 le philosophe P. Duhem, un des pères fondateurs de l'épistémologie!

Notre colloque a largement débattu des deux notions d'„élite“ et de „culture“; il ne m'appartient pas d'y revenir. Quel que soit le critère retenu pour identifier les „élites culturelles“: aptitudes, niveau, grades ou fonctions, professions ou types d'activité etc, il me semble surtout nécessaire, ici comme ailleurs (et peut-être plus encore qu'ailleurs), de commencer par focaliser l'attention sur la diversité des contextes et, d'autre part, sur la pluralité des causes en histoire.

Première évidence: on ne peut échapper à l'examen du fameux „Sonderweg“ allemand, ou, si l'on préfère rester modeste, à la considération du fait que les élites culturelles des deux pays se sont, certes, développées simultanément et non sans échanges, souvent très poussés, mais à l'intérieur de deux sociétés globales et de deux cultures à la fois proches et très différentes.

Seconde évidence, majeure aux yeux des historiens, alors qu'elle est occultée par les idéologues: il est impossible de privilégier, dans l'un comme dans l'autre ensemble

culturel, une causalité dominante sur le long terme. Autrement dit, l'économie et l'évolution sociale, mais aussi bien les „héritages“ historiques et les phénomènes proprement culturels (religieux, intellectuels, artistiques, pédagogiques etc), jouent, dans le développement, la configuration et le statut des élites culturelles, des rôles incessamment recombinés, en particulier – mais pas seulement – en fonction des grands ébranlements politiques, intérieurs et extérieurs, lesquels sont eux-mêmes des causes majeures, car ils s'accompagnent, explicitement ou non, de choix „culturels“ parfois décisifs au regard de notre problématique.

Parmi les multiples facteurs qui tendent à singulariser l'évolution des élites culturelles allemandes, on signalera d'abord le phénomène de la „Kleinstaaterei“, c'est-à-dire le morcellement politique (et religieux), prolongé après 1870 puis après 1949 par le fédéralisme, dont l'une des implications majeures est précisément la culture. Ainsi s'explique la floraison des Universités, celle aussi des théâtres, des musées et des orchestres au niveau des Pays et des villes, et donc l'importance des élites culturelles *régionales et locales*.

Il faut par ailleurs mesurer à leur juste valeur au moins deux conséquences de la prépondérance du protestantisme en Allemagne: d'une part le rôle si important de la „maison“ (c'est-à-dire de la famille) du pasteur dans la formation des élites culturelles; d'autre part (et le phénomène est ici prolongé par l'idéalisme philosophique) une longue „introversion“ de la culture dominante, introversion qui modèle elle-même les élites: puisqu'il importe de changer l'homme avant ou plutôt que de changer la société, une bonne partie des élites culturelles allemandes ne fera pas de politique. Leur rôle et leur statut s'en trouveront modifiés: amoindris et exaltés à la fois ...

Dans un ordre d'idées quelque peu voisin, il est capital de rappeler l'importance quantitative et qualitative de la communauté juive allemande, jusqu'à 1933. Cette communauté de 500 000 âmes s'est en effet illustrée, surtout après son émancipation définitive, en 1871, par une explosion et une influence culturelles si considérables que l'écrivain sioniste Moritz Goldstein pourra écrire, en 1912, dans son célèbre article sur le *Parnasse judéo-allemand*: „Nous, juifs, administrons la propriété spirituelle d'un peuple qui nous dénie le droit et la capacité de le faire“ ...

Dans le domaine politico-idéologique enfin, il importe de souligner l'importance immédiate et à long terme de la réaction anti-française née des abus du Directoire puis de l'Empire, avec pour conséquence l'ancrage „à droite“, c'est-à-dire d'abord et en gros dans la docilité légitimiste, de la majorité des élites culturelles allemandes ... Pour le XXème siècle, il faut être pleinement conscient du fait que l'évolution politico-culturelle allemande a connu trois cours plus ou moins forcés: dans une certaine mesure après 1918; de façon massive avec la „Gleichschaltung“ nazie; enfin, tout aussi massivement bien qu'en deux sens opposés, du fait des „rééducations“ imposées par les vainqueurs de 1945: autant de „tournants“ qui concernent au premier chef les élites culturelles.

Du côté français, on privilégie depuis longtemps – et à juste titre – les conséquences à très long terme du bouillonnement culturel des Lumières puis des deux emballements révolutionnaires de 1789 et 1792–94, accompagnés de l'émergence (capitale pour les

élites culturelles) de l'idée d'une „mission“ libératrice dévolue à la France. C'est là que se trouve l'origine de la politisation précoce et profonde de la majorité des élites culturelles, ainsi que de la cassure „definitive“ entre élites „de droite“ et „de gauche“, à l'avantage de ces dernières. Les triomphes successifs des courants libéraux et démocratiques, eux-mêmes talonnés de bonne heure par divers courants socialistes, allaient finalement déboucher, après l'affaire Dreyfus, et dans un cadre quasi définitivement „républicain“, sur le triomphe, certes non exclusif, de „l'intellectuel de gauche“, c'est-à-dire d'un type d'intellectuel critique contestataire et „établi“ à la fois, issu des diverses gauches et extrêmes-gauches successives, depuis l'époque de Voltaire jusqu'à celle de Sartre. Au total, donc, avant que la naissance de la RFA ne change maintes données du problème en Allemagne, plus d'influence sinon plus de pouvoir pour les élites culturelles françaises, surtout pour celles „de gauche“, dans un contexte politique plus ouvert au débat, moins apparemment consensuel et, malgré la centralisation (qui détermine en l'occurrence le „parisianisme“), moins focalisé sur le concept d'Etat.

Il y a bien évidemment lieu de nuancer ces constatations quasi „reçues“. Du point de vue qui nous intéresse en priorité, celui de l'importance *globale* et du rôle réel de *toutes* les élites culturelles, quelles que soient leurs orientations politiques, il semble alors particulièrement nécessaire d'attirer l'attention sur certaines „tendances lourdes“, favorables au développement des élites culturelles dans l'ensemble des „pays avancés“. Ainsi de la généralisation de l'instruction primaire (plus précoce en Allemagne) et de la progression, d'abord lente, des enseignements secondaires et universitaires. Ainsi encore du développement de la Presse puis de la „grande Presse“ et des „mass média“, induisant l'influence d'un nouveau type d'élites culturelles, auteurs ou simples „vecteurs“ de culture – et de „sous-culture“. Ainsi enfin de l'accession de certaines philosophies puis de certaines sciences au rang d'instances de légitimation politique dans les sociétés en voie de sécularisation : d'où le rayonnement politique ou parapolitique considérable de certains détenteurs du Savoir, dès le début du XIXème siècle. On songe ici au rôle de Hegel ou de Comte et de leurs disciples de divers bords, au rôle des „philologues“, des historiens, des anthropologues et de certains médecins dans la justification des nationalismes puis des divers racismes et des théories et pratiques eugénistes, au rôle enfin des grands et petits pontifs de l'économie et de la sociologie (et à l'actuelle utilisation politico-médiaque des savants, des écrivains et même des acteurs).

Malgré la multiplicité des facteurs de constitution des „élites culturelles“ et bien que l'on soit fondé à parler d'une certaine autonomie de la culture, avec ses pesanteurs et ses „avant-gardes“ propres, il semble possible de distinguer, dans l'évolution de ces élites, des *phases* en rapport quasi direct avec l'histoire politique des deux pays – histoire largement „croisée“ du fait des guerres.

Dans les Allemagnes du „Vormärz“, les élites culturelles sont subalternisées. Mais cette constatation globale n'autorise à sous-estimer ni le rôle polymorphe des multiples cercles romantiques (où l'on retrouve „l'imbrication“ à coloration mondaine des élites culturelles et politiques, signalée par Chr. Charles pour la France de la même époque), ni, surtout dans les pays rhénans, l'influence croissante des groupes d'intellectuels contestataires, d'origine plutôt „bourgeoise“ : libéraux, voire même démocrates, fas-

cinés par les „modèles“ français et surtout anglais. Bien qu'étouffées par le „Système Metternich“, ces élites politico-culturelles ont une importance certaine, comme le démontrera, en 1848, l'élection de ce „Parlement des Professeurs“ dont l'échec sera beaucoup plus durablement traumatisant pour la „culture de gauche“ en Allemagne que la déconfiture parallèle des élites culturelles „quarante-huitardes“ *en France*, pays où, après l'intermède du second Empire (qui voit une première percée des élites culturelles de type gestionnaire), les avocats, les médecins, les écrivains et les professeurs peuplent la Chambre des Députés. Le pouvoir des „intellectuels de gauche“ français, étayé en particulier par la fondation de l'Ecole républicaine (et souvent prolongé par la franc-maçonnerie – élite culturelle s'il en est) achève bientôt de refouler celui des traditionalistes auxquels, il est vrai, le nouveau nationalisme de droite vient apporter au tournant du siècle un renfort „culturel“ considérable. Il reste que les élites politico-culturelles républicaines doivent composer avec les élites économiques, d'où imbrications et parfois même corruption („Panama“, vénalité journalistique etc.).

Parlant du *Reich unifié* par Bismarck, il est d'usage d'insister sur l'importance du „Bildungsbürgertum“, bourgeoisie définie non par l'avoir ni par le pouvoir, mais par le savoir. Le savoir, réputé neutre, contribue à fonder une position „apolitique“ ou „anti-politique“, c'est-à-dire, en définitive conformiste. Ce fait massif, lourdement caricaturé par Heinrich Mann dans son *Untertan* (le Sujet) alors qu'il est glorifié par son frère Thomas dans ses *Considérations d'un Apolitique* (1918), ne doit surtout pas masquer le rôle de trois sous-groupes contestataires au sein des élites culturelles:

En premier lieu et dès après 1871, les „lettres“ contestataires d'extrême-droite, vecteurs de ce „pessimisme culturel“ qui commence à percer très sérieusement sous Guillaume II, en particulier par l'intermédiaire de revues et de lignes „culturelles“ ou politico-culturelles: Dürer-Bund, Deutschbund etc. Ici comme en France, mais à l'autre pôle du monde politique, on ne peut qu'être frappé par l'activisme des *enseignants*, en particulier des professeurs du secondaire.

Ensuite, les intellectuels si nombreux dans le mouvement socialiste ou simplement „progressiste“, dont une forte proportion d'intellectuels d'origine juive – ce qui explique l'extraordinaire importance de „l'antisémitisme culturel“ dans les origines du nazisme (fait capital mais souvent ignoré ou occulté, ou relativisé).

Enfin l'avant-garde artistique, dont le rayonnement n'est plus niable au tournant des deux siècles – avec, donc, une bonne décennie de retard par rapport à la France, mais une vigueur au moins égale, du fait de liens ou d'affinités prononcées avec les différentes „critiques“ politiques ou métapolitiques.

Après la première guerre mondiale, qui voit l'écrasante majorité des deux élites culturelles globales rejoindre les deux „unions sacrées“, l'entre-deux-guerres voit un retour (relatif) à plus d'autonomie. On peut même parler de percée spectaculaire en Allemagne. Dans la *république de Weimar*, où la réalité du pouvoir politique revient, pour l'essentiel, aux deux élites traditionnelles: l'aristocratie et de plus en plus la grande bourgeoisie, le rôle des élites culturelles atteint pourtant à l'apogée, du fait de la percée en force des avant-gardes:

A gauche, l'avant-garde représentative de ce qu'on appellera plus tard la „culture de

Weimar“ (abusivement, puisqu’elle conteste le régime). A l’extrême-gauche, l’avant-garde communiste, vite alignée, „stalinisée“ et donc explicitement hostile à la première, considérée comme anarchisante et „petite-bourgeoise“. A droite, les multiples réseaux de la „révolution conservatrice“, qui quadrillent une grande partie de la société allemande, en particulier la jeunesse et les anciens combattants, invités à réaliser ce qui se veut précisément une „révolution“ élitaire et „culturelle“ au premier chef. Il reste que cette proliférante „élite culturelle“ autoconsacrée n’a pas de prise directe sur les plus larges masses, à la différence de Hitler, lequel l’admire d’abord, puis la méprise.

L’avènement du „Troisième Reich“ provoque en France un redoublement d’initiative de la part des intellectuels de gauche, précurseurs puis soutiens du Front Populaire. A quoi répond une mobilisation assez bruyante de leurs antagonistes de droite et d’extrême-droite. En Allemagne, le régime qui persécute les „intellectuels“ du „Système“ honni, juifs ou assimilés, se donne pour but ultime de favoriser l’émergence d’une „vraie“ Culture allemande. Mais cette prétention à long terme ne se traduit nullement par une percée considérable des élites culturelles réputées authentiquement „allemandes“. Les artistes et penseurs nazis ou paranazis sont vassalisés par les Führer politiques, qui les rejettent aussi bien après usage (cf. Carl Schmitt); les traditionalistes sont abondamment „récupérés“ ...

Le second après-guerre voit en France l’apogée des „intellectuels de gauche“, communistes ou surtout „compagnons de route“, pétitionnaires à répétition. Pourtant, malgré l’explosion de 1968, qui recueillera l’adhésion de la majorité des intellectuels et laissera des traces profondes jusqu’à nos jours, on constate qu’une crise s’est amorcée dès 1956, avec le rapport Khrouchtchev et les événements de Hongrie. Crise idéologique il est vrai, plutôt que perte d’influence globale, si l’on en juge par la proportion des enseignants dans l’Assemblée Nationale élue en 1981: Mais peu après cette date, l’éthique de conviction doit reculer devant l’éthique de responsabilité, d’où une rapide montée en puissance des élites culturelles de type gestionnaire, déjà bien installées et à Vichy et dans les gouvernements issus de la Résistance, puis dans les technocraties et autres bureaucraties impliquées dans les „Trente Glorieuses“ ...

Un travail important est actuellement en cours sur le rôle direct ou indirect des élites culturelles dans les diverses „rééducations“ des deux Allemagnes après 1945–49. Pour ce qui concerne la période plus immédiatement contemporaine en RFA, on est évidemment frappé par le rôle des intellectuels et de leur clientèle universitaire dans la critique de la société de consommation – fait considérable. Le succès d’hebdomadaires comme le *Spiegel* ou la *Zeit*, la résonance médiatique de querelles d’intellectuels comme le „Historikerstreit“, tout ceci montre bien que l’Allemagne occidentale a rattrapé la France en ce qui concerne l’influence (ou la part d’influence) des „intellectuels de gauche“. Pour la défunte RDA, on relèvera le rôle – en définitive modeste – des intellectuels organiques de la SED dans la nouvelle „mise au pas“ de l’ère Ulbricht, puis, à partir des années soixante-dix, le rôle des intellectuels plus ou moins „socialistes“ mais contestataires dans la naissance d’un mouvement de protestation qui les a d’ailleurs dépassés dès novembre 1989.

Au total, il semble bien que, globalement, et mis à part les intermèdes du „Troisième

Reich“ (et de son pâle satellite vichyssois), le rôle des élites intellectuelles ait quasi constamment augmenté dans les deux pays. Je serais tenté de conclure sur la nécessité d'une révision à la hausse en Allemagne et d'une petite révision à la baisse en France, compte tenu de la double capacité de suggestion et d'autosuggestion qui caractérise d'ailleurs *toutes* les élites culturelles.

Elites économiques – Wirtschaftliche Eliten

Toni Pierenkemper

Deutsche Unternehmer im 19.Jahrhundert als Elite

1. Einleitung

Daß es sich bei den deutschen Unternehmern im 19.Jahrhundert um eine Minderheit innerhalb der stark wachsenden Gesamtbevölkerung handelte ist offensichtlich; daß es sich bei einer gesellschaftlichen Elite immer auch nur um eine Minderheit handeln kann, ist ebenso selbstverständlich; ob es sich jedoch bei der deutschen Unternehmerschaft im 19.Jahrhundert um eine gesellschaftliche Elite gehandelt hat, das ist hier die Frage. Unter Unternehmern wollen wir dabei diejenigen Personen verstehen, die im Rahmen marktwirtschaftlicher Beziehungen Entscheidungen über Form und Umfang der Produktion auf technisch-industrieller Basis treffen. Sie unterscheiden sich damit ebenso deutlich von den Händlern und Kaufleuten der früheren Zeit wie von den Handwerkern und übrigen Gewerbetreibenden der neuen Zeit und stellen daher einen neuen Sozialtypus dar; denn das Zeitalter des modernen Unternehmers ist zugleich auch das Zeitalter der Industrie – wie sich im Zuge der Industrialisierung eine neue Wirtschaftsweise etablierte, so entwickelte sich auch ein neuer Typus des wirtschaftlich bestimmenden Menschen: eben der Unternehmer.¹ Dessen Hauptproblem bestand darin, im Rahmen einer neuen Gesellschaftsordnung eine große Anzahl von Personen mit einer beachtlichen Masse an Kapital unter Anwendung einer neuartigen Technologie produktiv zu verknüpfen. Die einzelnen Aufgaben, die sich dabei stellten, waren an sich nicht neu, neu war allerdings, daß die vielfältigen Aufgaben konzentriert an einer Stelle, im Industriebetrieb, aufraten und einerseits gegenüber der unternehmerischen Konkurrenz, andererseits gegenüber einem zunächst indifferenten oder gar mißtrauischen Staat gelöst werden mußten.

Die erfolgreiche Bewältigung dieser Aufgaben und das damit verbundene ungeheure Wachstum von Produktion und Wohlstand hat natürlich schon bald das Interesse auf den Motor dieser Entwicklung, die Unternehmerschaft, gerichtet. Dabei ist weniger der Frage nach der Berechtigung einer unreflektierten Sichtweise der Führungsrolle der Unternehmer nachgegangen worden, sondern diese einfach vorausgesetzt, behauptet

¹ Zum Unternehmer und zu seiner Rolle im Industrialisierungsprozeß allgemein vgl. Fritz Redlich, *Der Unternehmer. Wirtschafts- und Sozialhistorische Studien*, Göttingen 1964, insbesondere S.171–188 u. S.153–170. Auch kurz im weiteren Zusammenhang Dieter u. Karin Claessens, *Kapitalismus als Kultur. Entstehung und Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft*, Düsseldorf 1973, S.88–92.

und in zahlreichen ideologischen Überhöhungen gelobpreist worden.² Erst in jüngerer Zeit finden sich Studien, die die ökonomische Erfolgsrelevanz und die Erfolgsbedingungen unternehmerischen Handelns während der Industrialisierung kritisch hinterfragen.³ Jedoch steht auch dieser Ansatz in der wissenschaftlichen Kritik, weil auch hier eine Perspektive, die das „Persönliche“ des Unternehmers als Erfolgsbedingung zu thematisieren sucht, in einer langen Tradition steht.⁴

In der historischen Forschung herrschen hingegen immer noch Fragen der sozio-kulturellen Bedeutung dieser Personengruppe vor, Fragen nach ihrer sozialen Herkunft, ihren politischen Wirkungen und ihrer kulturellen Identität. Auch die folgenden Ausführungen widmen sich dem Bereich der sozio-kulturellen Geltung der deutschen Unternehmerschaft im 19.Jahrhundert. Wir wollen danach fragen, ob sich diese neue soziale Formation als Elite in der Struktur der deutschen Gesellschaft des 19.Jahrhunderts verstehen lässt. Versteht man unter Elite eine Minderheit von Personen mit besonderer Qualität und Wirkung in der Gesellschaft,⁵ so stellen sich hinsichtlich der Unternehmerschaft die Fragen, worauf sich deren besondere Stellung stützte, welche Bedeutung ihre neue Existenz für die Gesellschaft hatte und wie andere Führungsgruppen der Gesellschaft durch sie herausgefordert waren.

Diese Fragestellungen lassen sich mit einigen allgemeinen Reflektionen über die Bedeutung von Eliten in der modernen Gesellschaft einer Antwort näher bringen. Denn zweifellos hat die Differenzierung der wichtigsten Funktionen in der modernen Gesellschaft dazu geführt, daß man darin nunmehr mit einer Vielzahl verschiedener Eliten konfrontiert ist, die ihre Legitimation und ihre sozialen Aktivitäten auf ganz unterschiedliche Bereiche beziehen.⁶ Es wäre jedoch vorschnell zu schließen, daß die verschiedenen Eliten damit auch einen ähnlichen sozialen Stellenwert hätten. Vielmehr wird offenbar, daß herrschende Eliten („ruling elites“) oder Machteliten („power eli-

² Diese Form der ideologischen Überhöhung der Unternehmerschaft wird in Deutschland vor allem in Form der Festschriften gepflegt, findet sich aber auch in „wissenschaftlichen“ Werken! Vgl. dazu z.B. Ludwig Pohle, „Der Unternehmerstand“, in: *Vorträge der Gehe-Stiftung zu Dresden* 3 (1911), S.43; Kurt Wiedenfeld, *Das Persönliche im modernen Unternehmertum*, 2.Aufl., München und Berlin 1920, S.105 u. 111; Karl Seybold, *Der Einfluß der Unternehmertätigkeit auf Produktion, Preisgestaltung und Verteilung*, Greifswald 1926, S.7; Josef Winschuh, *Das neue Unternehmerbild. Grundzüge einer Unternehmerpolitik*, Baden-Baden 1954.

³ Toni Pierenkemper, *Die westfälischen Schwerindustriellen 1852–1913. Soziale Struktur und unternehmerischer Erfolg*, Göttingen 1979; Ulrich Wengenroth, *Unternehmensstrategien und technischer Fortschritt. Die deutsche und die britische Stahlindustrie 1865–1895*, Göttingen 1986; Rainer Fremdling, *Technologischer Wandel und internationaler Handel im 18. und 19.Jahrhundert. Die Eisenindustrie in Großbritannien, Belgien, Frankreich und Deutschland*, Berlin 1986.

⁴ Vgl. dazu unlängst Harold C. Livesay, „Entrepreneurial Dominance in Business. Large and Small, Past and Present“, in: *Business History Review* 2 (1989), S.1–21.

⁵ Zum Elitebegriff vgl. Suzanne Keller, „Elites“, in: *International Encyclopedia of Social Sciences*, vol. 5, London 1972, S.26–29 u. Thomas B. Bottomore, „Soziale Schichtung“, in: *Handbuch der empirischen Sozialforschung*, Hg. René König, Bd. 5, Stuttgart 1976, S.1–39, insbes. S.12–15.

⁶ In diesem Sinne analysierte auch Vilfredo Pareto, *Allgemeine Soziologie*, Tübingen 1955, die Eliten in der Gesellschaft.

tes“) auffindbar sind, deren Einfluß strategisch und umfassend genannt werden kann. Gehörte dazu auch die deutsche Unternehmerschaft im 19.Jahrhundert?

2. Innere Strukturen

Bevor die Frage nach der Stellung der Unternehmerschaft innerhalb der Sozialstruktur der deutschen Gesellschaft des 19.Jahrhunderts beantwortet werden kann, gilt es jedoch einige Informationen über diese soziale Formation zusammenzutragen. Hilfreich erscheint es dabei zunächst, nach ihrem Herkommen zu fragen und dann einige ihrer Eigenarten näher zu beleuchten.

2.1 Vorläufer/Herkunft

Für den neuen Sozialtypus des industriellen Unternehmers, wie er, im frühen 19.Jahrhundert beginnend, sich auszuprägen begann, lassen sich bis weit in die Geschichte zurück zahlreiche Vorläufer finden. Spätestens bei den Kaufherren des Mittelalters und dann folgend bei den frühneuzeitlichen Bankiers Oberitaliens finden sich Elemente, die sich bei den Fabrikherren der Frühindustrialisierung in einem neuen Typus verdichten. Schon die Militärführer der frühen Neuzeit hatten große Menschenmassen nicht nur zu bewegen, sondern auch über längere Zeit ökonomisch zu erhalten,⁷ ebenso verfügten die Kaufleute Venedigs über umfangreiche Erfahrungen mit der profitablen Verwendung großer Kapitalsummen, wie auch die staatlichen Manufakturen Frankreichs beachtliche Erfolge mit technologischen Innovationen zu verzeichnen hatten.⁸ Nirgends jedoch traten diese vielfältigen Aufgaben bis dahin an einer Stelle konzentriert auf – wie später im modernen Industriebetrieb.

Im deutschen Raum muß man wohl in den Kaufleuten der Reichsstädte, wie es an einigen Fällen beispielhaft untersucht worden ist,⁹ die eigentlichen Vorläufer des modernen Unternehmers sehen. Diese bildeten Kern und Oberschicht eines weiter gefäßten Wirtschaftsbürgertums, auch wenn die Grenzen zu Handwerk und Kleinhandel fließend blieben.¹⁰ Der Zugang in die Kaufmannschaft war allerdings auch von außerhalb möglich, und gar ein Aufstieg in Patriziat und in den Adel blieben nicht ausgeschlossen.

⁷ Fritz Redlich, *De Praeda Militari. Looting and Booty 1500–1815*, Wiesbaden 1956 und ders., *The German Military Enterpriser and His Work Force. A Study in European Economic and Social History*, 2 Bde, Wiesbaden 1964–65 unternimmt einen interessanten Versuch zur ökonomischen Interpretation ihres Handelns.

⁸ Grundsätzlich und umfassend zum gesamten Themenkomplex Carlo M. Cipolla, *Before the Industrial Revolution. European Society and Economy 1000–1700*, London 1976, insbes. Kap. 2, S.64–117.

⁹ So z.B. für Augsburg bei Peter Fassl, *Konfession, Wirtschaft und Politik. Von der Reichsstadt zur Industriestadt, Augsburg 1750–1850*, Sigmaringen 1988.

¹⁰ Vgl. ebd., S.44.

Die Wirtschaft Lüneburgs wurde bis ins 19.Jahrhundert hinein von Kaufleuten dominiert, wegen der Bedeutung der dortigen Saline vor allem von Speditionskaufleuten;¹¹ in Bremen blieben wegen der Bedeutung der Hochseeschiffahrt vor allem die alten Kaufmannsfamilien der Überseekaufleute vorherrschend.¹² Ähnliches lässt sich aus Berlin berichten, wo Bankiers und Kaufleute zahlenmäßig überwogen, daneben aber schon eine Reihe von Industriellen zu finden waren, vornehmlich aus der Textil- und Metallindustrie, dem Maschinenbau und der chemischen Industrie.¹³ Hinsichtlich der sozialen Rekrutierung dieser Kaufleute, Bankiers etc. lässt sich festhalten, daß sie nahezu alle Familien der Oberschicht bzw. der oberen Mittelschicht entstammten und ein hohes Maß an Selbstrekrutierung aufwiesen. Ein ähnliches Rekrutierungs- und Mobilitätsmuster wie für die frühneuzeitlichen und modernen Kaufleute lässt sich auch für die industrielle Unternehmerschaft insgesamt vermuten. Diese stammten, entgegen einem weit verbreiteten Vorurteil, nicht aus niederen Schichten und hatten sich nicht ausschließlich durch eigene Kraft und Tüchtigkeit emporgearbeitet,¹⁴ sondern waren bereits vor ihrer industriellen Tätigkeit in anderen Zweigen des Geschäftslebens erfolgreich tätig gewesen. Auch in der frühindustriellen Phase in Deutschland bis zur Mitte des 19.Jahrhunderts dominierten vor allem noch Kaufleute, deren geschäftliche Aktivitäten sich nach und nach in den gewerblichen Bereich und hier vor allem in die Metallindustrie verlagerten. Zahlreiche Fallbeispiele aus dieser Zeit zeigen, daß technisch orientierte Außenseiter, die sich ebenfalls in den neu entstehenden industriellen Bereichen betätigen wollten, sehr bald auf große finanzielle Probleme trafen und häufig scheiterten.¹⁵

Die erfolgreichen Unternehmer der frühen Industrialisierung stammten daher auch in Deutschland überwiegend aus der bereits etablierten Geschäftswelt. Dies lässt sich anhand der Ergebnisse zahlreicher Einzelstudien belegen und zu typischen Herkunfts-milieus verdichten.¹⁶ Im Zuge der Industrialisierung wird dann naturgemäß der tradi-

¹¹ Gustav Luntowski, „Lüneburgs Unternehmer im 19.Jahrhundert. Zur neueren Wirtschafts- und Sozialgeschichte einer Mittelstadt“, in: *Tradition* 11 (1966), S.201–230.

¹² Rolf Engelsing, „Bremisches Unternehmertum. Sozialgeschichte 1780/1870“, in: *Jahrbuch der Wittheit zu Bremen* 2 (1958), S.14 ff.

¹³ Harmut Kaelble, *Berliner Unternehmer während der frühen Industrialisierung*, Berlin 1972.

¹⁴ Mehr als zwei Drittel aller zwischen 1750 und 1850 tätigen Industriellen hatten z.B. vor ihrer Tätigkeit in der Industrie erfolgreich in anderen Bereichen der Geschäftswelt gewirkt, vgl. dazu Reinhard Bendix, *Herrschaft und Industriearbeit. Untersuchungen über Liberalismus und Autokratie in der Geschichte der Industrialisierung*, Frankfurt/M. 1960, S.51. Ähnliche Daten bei Charlotte Erikson, *British Industrialists. Steel and Hosiery 1850–1950*, Cambridge 1959, S.12.

¹⁵ Hermann von Laer, *Industrialisierung und Qualität der Arbeit. Eine bildungökonomische Untersuchung für das 19.Jahrhundert*, New York 1977, S.182–186 weist darüber hinaus auf branchentypische Unterschiede hin, bestätigt aber die Schwierigkeiten, allein mit technologischem Know-how einen langfristigen Unternehmenserfolg zu erzielen. Auf die strategische Bedeutung von ausreichenden Finanzmitteln für den Erfolg von Neugründungen weist ebenfalls hin Gerhard Hahn, *Ursachen von Unternehmertumserfolgen*, Köln 1958.

¹⁶ So z.B. Heinz Sachtlar, *Wandlungen des industriellen Unternehmers in Deutschland seit Beginn der 19.Jahrhunderts. Ein Versuch zur Typologie des Unternehmers*, Berlin 1937 (Diss. Halle/Wittenberg o. J.), S.6–8.

tionelle Kaufmann durch den modernen Industriellen immer weiter zurückgedrängt. Dennoch öffnet sich das Rekrutierungsfeld nicht gegenüber allen Gesellschaftsschichten in gleicher Weise. In Rheinland und Westfalen, einem Kerngebiet der deutschen Industrialisierung, stammten zwischen 1790 und 1870 nahezu 90% aller Industriellen von Vorfahren ab, die einen selbständigen Beruf ausgeübt haben.¹⁷ Weitere Studien bestätigen das äußerst geringe Maß an intergenerationaler sozialer Mobilität der industriellen Unternehmerschaft und die hohe Rate der Selbstrekrutierung.¹⁸ Deshalb lässt sich für die industriellen Unternehmer in Deutschland im 19.Jahrhundert ein beachtliches Maß an sozialer Exklusivität konstatieren.

2.2 Qualifikation

Die soziale Herkunft der deutschen Unternehmer im 19.Jahrhundert aus den mittleren und oberen Schichten der Bevölkerung, insbesondere auch das hohe Maß der Selbstrekrutierung aus dem kaufmännisch-gewerblichen Bereich, impliziert ein beachtliches Niveau an Vorkenntnissen und Qualifikationen für die Art ihrer Berufstätigkeit.

Diese Aussage lässt sich nicht nur für die spezifische Berufsqualifikation aufrecht erhalten, sondern gilt auch für die allgemeine Schulbildung. Schon vor der Mitte des 19.Jahrhunderts wiesen zahlreiche Unternehmer eine gehobene Schulbildung auf, die dann häufig durch eine spezifische Fachbildung ergänzt wurde.¹⁹ Zahlreiche Einzelstudien bestätigen diesen Befund, jedoch gelten einige Einschränkungen.

Erstens setzt eine gehobene allgemeine Schulbildung der deutschen Unternehmer voraus, daß sich ein entsprechendes Schulsystem bereits entfaltet hatte und ein Bildungsangebot dieser Art vorlag. Dies ist aber in Deutschland erst in der zweiten Hälfte des 19.Jahrhunderts der Fall, so daß gehobene allgemeine Schulbildung bei Unternehmern um so eher erwartet werden kann, je später sie im 19.Jahrhundert in den Beruf eintraten. Damit eng zusammen hängt eine zweite Einschränkung des oben behaupteten allgemeinen Befundes, daß nämlich auch innerhalb der industriellen Branchen Unterschiede im allgemeinen Bildungsniveau ihrer Unternehmer aufraten. Das mag einmal mit unterschiedlichen Anforderungen an die Unternehmer der verschiedenen Branchen zusammenhängen,²⁰ zum anderen aber ganz entscheidend auch von der zeitlichen

¹⁷ Horst Beau, *Das Leistungswissen des frühindustriellen Unternehmertums in Rheinland und Westfalen*, Köln 1959, S.71 u. S.13 ff.

¹⁸ So z.B. Friedrich Zunkel, *Der Rheinisch-Westfälische Unternehmer 1834–1879. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Bürgertums im 19.Jahrhundert*, Köln 1962, S.19 ff., u. Gerhard Adelmann, „Führende Unternehmer in Rheinland und Westfalen“, in: *Rheinische Vierteljahrsschriften* 35 (1971), S.339 ff. Dies gilt auch für andere Regionen, vgl. z.B. Dirk Schumann, „Herkunft und gesellschaftliche Stellung bayerischer Unternehmer im 19.Jahrhundert – Eine Untersuchung mit Schwerpunkten in Augsburg und Nürnberg“, in: *Unternehmer – Arbeitnehmer. Lebensbilder aus der Frühzeit der Industrialisierung in Bayern*, Hg. Rainer A. Müller, München 1985, S.295–304, insbesondere S.300–301.

¹⁹ Beau, S.19 ff. u. S.66 f.

²⁰ Vgl. z.B. v. Laer, der auf S.154–173 ausführlich die unterschiedlichen Gründungserfordernisse in der Textil- und Maschinenbauindustrie diskutiert.

Folge, in der die verschiedenen Sektoren in der deutschen Industrialisierung an Bedeutung gewannen, abhängen. So finden sich bei den westfälischen Textilunternehmern im frühen 19.Jahrhundert kaum Unternehmer mit einer gehobenen allgemeinen Schulbildung,²¹ während eine solche für die westfälischen Schwerindustriellen im späten 19.Jahrhundert nahezu selbstverständlich erscheint.²²

Gilt also die Feststellung einer gehobenen Qualifikation der deutschen Unternehmer im 19.Jahrhundert hinsichtlich ihrer allgemeinen Schulbildung nur mit Einschränkung, so läßt sich ihre bedeutende fachliche Vorbildung uneingeschränkt bestätigen. Berliner Unternehmer in der frühen Industrialisierung verfügten z.B. bereits nahezu ausnahmslos über eine spezifische Vorbildung für ihre unternehmerische Tätigkeit.²³ Unschwer läßt sich dieser Befund durch zahlreiche weitere Studien untermauern, so neben Bayern,²⁴ Westfalen²⁵ etc. auch für übergreifende Regionen.²⁶

Unterschiedlich und vielfältig waren jedoch die Formen des Qualifikationserwerbs. Zunächst spielten traditionelle Formen einer handwerklichen und kaufmännischen Ausbildung eine überragende Rolle. Später wurden diese ergänzt durch das Angebot eines neu institutionalisierten, gegliederten und differenzierten Aus- und Fortbildungssystems. Dabei ist festzuhalten, daß sich ein technisches Ausbildungssystem schon relativ früh im 19.Jahrhundert zu etablieren begann, weil offenbar hier der stärkste Bedarf für eine weitergehende Qualifikation auftrat.²⁷ Ein entsprechendes kaufmännisches Bildungssystem hingegen entwickelte sich erst gegen Ende des 19.Jahrhunderts, weil bis dahin offenbar die Kenntnisse einer traditionellen kaufmännischen Ausbildung ausreichten, den Ansprüchen des Geschäftslebens auch in den Industriebetrieben voll auf zu genügen.²⁸ In beiden Bereichen hatte sich bis zum Ende des 19.Jahrhunderts ein dreistufiges Ausbildungssystem entfaltet, das auf der unteren Ebene in den kaufmännischen und gewerblichen Fortbildungsschulen Grundkenntnisse für nahezu alle Erwerbstätigen vermittelte, auf der mittleren Ebene in Handels- und Technikerschulen gehobene Kenntnisse für das „middle management“ anbot und auf der oberen Ebene in Handelshochschulen und Technischen Hochschulen eine qualifizierte Ausbildung für Führungskräfte vermittelte. Empirische Studien zeigen, daß dieses Ausbildungsangebot

²¹ Hans-Jürgen Teuteberg, *Westfälische Textilunternehmer in der Industrialisierung. Sozialer Status und betriebliches Verhalten im 19.Jahrhundert*, Dortmund 1980, S.29.

²² Pierenkemper, Die Westfälischen Schwerindustriellen, S.51–53.

²³ Kaelble, Berliner Unternehmer, S.42.

²⁴ Schumann, Herkunft, S.298 ff.

²⁵ Pierenkemper, Die Westfälischen Schwerindustriellen, S.54 ff. u. Teuteberg, S.27 ff.

²⁶ Vgl. z.B. Wilhelm Stahl, *Der Elitekreislauf in der Unternehmerschaft. Eine empirische Untersuchung für den deutschsprachigen Raum*, Frankfurt/M. u. Zürich 1973, S.229.

²⁷ Zu einem knappen Überblick über die Entfaltung des technischen Ausbildungssystems in Deutschland vgl. Jürgen Kocka, *Unternehmensverwaltung und Angestelltentwicklung am Beispiel Siemens 1847–1914*, Stuttgart 1969, S.166 ff.; Peter Lundgreen, *Bildung und Wirtschaftswachstum im Industrialisierungsprozeß des 19.Jahrhunderts*, Berlin 1973, S.132 ff. u. Lars Ulrich Scholl, *Ingenieure in der Frühindustrialisierung*, Göttingen 1978.

²⁸ Zum Auf- und Ausbau des kaufmännischen Bildungswesens vgl. Toni Pierenkemper, *Arbeitsmarkt und Angestellte im Deutschen Kaiserreich 1880–1913*, Stuttgart 1987, S.96–123.

in starkem Maße und in der Tendenz zunehmend auch von Unternehmern wahrgenommen wurde. Leiter der westfälischen Schwerindustrie, die zwischen 1852 und 1913 eine Führungsposition ausfüllten, hatten zu 78% ein Hochschulstudium absolviert, 69% sogar ein technisches, und zwar beides im Zeitverlauf deutlich zunehmend.²⁹ Diese Tendenz lässt sich auch bei anderen Unternehmergruppen bestätigen, wie andere Untersuchungen zeigen.³⁰

Damit jedoch noch nicht genug: Weitere Formen des Qualifikationserwerbs standen den deutschen Unternehmern im 19.Jahrhundert zur Verfügung und wurden von ihnen auch genutzt. Dazu zählten vor allem Erfahrungen im Ausland. So hat mindestens jeder vierte westfälische Schwerindustrielle einen Teil seines Lebens im Ausland verbracht, zumeist weniger in Form einer Studienreise³¹ als durch praktische Tätigkeit bei einem auswärtigen Unternehmen.³² Hinzu kommen noch Auslandserfahrungen, die durch zeitweiliges Studium im Ausland, durch die Beschäftigung ausländischer Arbeiter und durch den Austausch mit ausländischen Unternehmern, die in Deutschland tätig waren, gewonnen werden konnten. Somit stellten auch Kenntnisse aus dem Ausland eine beachtliche Quelle des Qualifikationserwerbs der deutschen Unternehmer im 19.Jahrhundert dar. In jedem Falle zeigte sich, daß der typische Unternehmer des 19.Jahrhunderts alles andere als ein ungebildeter „Self-made-man“ war, sondern zumeist durchaus über eine beachtliche Allgemeinbildung und darüber hinaus über eine äußerst qualifizierte Fachbildung verfügte.

2.3 Soziale Orientierungen

Das Entstehen des neuen Sozialtypus „industrieller Unternehmer“ in Deutschland im 19.Jahrhundert enthält nicht nur eine soziale Dimension des Zusammenfindens einer Gruppe von Individuen in einer vergleichbaren Position, sondern impliziert auch die kognitive Dimension ihres Selbstverständnisses.³³ Wie verstanden sich die neuen Unternehmer, welche Werte hatten für sie Gültigkeit und wie interpretierten sie ihre Umwelt?

²⁹ Pierenkemper, Die Westfälischen Schwerindustriellen, S.59.

³⁰ Kaelble, Berliner Unternehmer, S.39; Beau, S.31 u. 68 u. Stahl, S.229 u. 232.

³¹ Martin Schumacher, *Auslandsreisen deutscher Unternehmer 1750–1851 unter besonderer Berücksichtigung von Rheinland und Westfalen*, Köln 1968, untersucht diesen Typus ausführlich. Vgl. dazu auch Peter Lundgreen, *Techniker in Preußen während der frühen Industrialisierung*, Berlin 1975, S.165 ff.

³² Pierenkemper, Die Westfälischen Schwerindustriellen, S.54 f.

³³ Eine an sich naheliegende Analyse dieses Zusammenhangs im Sinne einer soziologischen Rollenanalyse ist bislang für die Unternehmer des 19.Jahrhunderts noch nicht unternommen worden. Ein erster unzulänglicher Versuch bei Thomas C. Cochran, „Role and Sanction in American Entrepreneurial History“, in: *Change and the Entrepreneur. Postulates and Patterns for Entrepreneurial History*, Hg. Research Center in Economic History, Harvard 1949, S.153–75. Vgl. auch ders., „Historiker und Rollentheorie“, in: *Geschichte und Soziologie*, Hg. Hans-Ulrich Wehler, Köln 1972, S.251–58 u. auch Fritz Redlich, „Bindung und Freiheit des Unternehmertums“, in: ders., Unternehmer, S.191–200.

Eine Antwort auf die Frage nach der sozialen Orientierung der deutschen Unternehmer im 19.Jahrhundert scheint ausgesprochen schwierig. Nicht nur, weil es an Belegen dieser Art mangelt und, wenn vorfindbar, diese ausgesprochen subjektiv und nur schwer interpretierbar erscheinen, sondern auch, weil es ein schlüssiges Konzept zur Analyse des sozialen Bewußtseins der Unternehmer nicht gibt. In der biographischen Überlieferung finden sich vielfältige einzelne Äußerungen zu zahlreichen Problemen der jeweiligen Zeit,³⁴ aus denen sich nur schwer ein einheitliches Wertmuster herauslesen lässt. Dennoch soll hier versucht werden, ein solches Grundmuster knapp zu skizzieren.

Als eine Quellengattung, die die sozialen Orientierungen der Unternehmerschaft im 19.Jahrhundert zu veranschaulichen vermag, kann die zeitgenössische Literatur, soweit sie sich mit Unternehmern und Industriellen befaßt, dienen. Dabei wird man notwendigerweise auf die Anschauung der Literaten zu diesem Thema beschränkt bleiben. Man kann jedoch davon ausgehen, daß sie durchaus bedeutsame Teile der Realität widerspiegeln, so daß sich aus deren Analyse wertvolle Hinweise auf wichtige Elemente der sozialen Orientierung der neuen Unternehmerschaft gewinnen lassen.

Eine erste bedeutsame Arbeit dieser Art stellt der Roman „Die Epigonen“ (1836) von Karl Lebrecht Immermann³⁵ (1796–1840) dar, der in der Literatur wiederholt zum Ausgangspunkt entsprechender Untersuchungen gemacht worden ist. In dieser Arbeit wird deutlich, wie der Unternehmer sich zunehmend vom Bild des vorindustriellen Kaufmanns abhebt, wie es noch eindrucksvoll in Gustav Freytags „Soll und Haben“ geschildert wurde. Der Autor bezieht sich bei der Schilderung dieses neuen Unternehmertypus auf ein konkretes Vorbild, den erfolgreichen Magdeburger Unternehmer Johann Gottlieb Nathusius (1760–1835), der selbst eine fragmentarische Biographie hinterlassen hat. Die vorgenommene Typisierung dieser Unternehmerfigur orientiert sich eng an den damals beobachtbaren und diskutierten bürgerlichen Tugenden.³⁶ Inhaltlich lassen sich diese in groben Zügen umreißen und zu zwei zentralen Elementen der sozialen Orientierung der Unternehmer im 19.Jahrhundert verdichten und wie folgt umschreiben:

- „rationale Gestaltung der Welt“ als Antrieb, die häufig als unzureichend empfundene Gegenwartssituation planvoll zu verbessern.³⁷ Als besonders hilfreich wird in diesem

³⁴ Eine interessante Sammlung solcher Äußerungen bei Gerhard A. Ritter u. Jürgen Kocka (Hg.), *Deutsche Sozialgeschichte. Dokumente und Skizzen*, Bd. 2: 1870–1914, München 1982, S.70–87.

³⁵ Vgl. dazu Ilseodore Rarisch, „Der frühindustrielle Unternehmer in den ‚Epigonen‘ von Karl Immermann (1836)“, in: *Untersuchungen zur Geschichte der frühen Industrialisierung vornehmlich im Wirtschaftsraum Berlin/Brandenburg*, Hg. Historische Kommission zu Berlin, Berlin 1971, S.515–61; dies., *Das Unternehmerbild in der deutschen Erzählliteratur der ersten Hälfte des 19.Jahrhunderts*, Berlin 1977 u. Gertrud Milkereit, *Das Unternehmerbild im zeitkritischen Roman des Vormärz*, Köln 1970.

³⁶ Verwiesen werden kann in diesem Zusammenhang auf Benjamin Franklin und natürlich vor allem auf Max Weber, vgl. dazu Rarisch, Unternehmerbild, S.61 ff.

³⁷ Vgl. dazu auch Jürgen Kocka, *Unternehmer in der deutschen Industrialisierung*, Göttingen 1975, S.55 ff. u. Kaelble, *Berliner Unternehmer*, S.41 ff.

Sinne auch die unterstützende Wirkung der Familie, das enge Rekrutierungs- und Heiratsfeld der Unternehmer für die Stabilisierung dieses Wertmusters angeführt.³⁸

- „*Hochschätzung selbständiger Arbeit*“ bildet ein zweites zentrales Element der sozialen Orientierung der deutschen Unternehmer im 19.Jahrhundert. Darin äußert sich eine ethisch-religiöse Überhöhung der Arbeit, die eine enorme Wirkung auf die Leistungsmotivation der Unternehmer entfaltete. Deshalb finden sich häufig Hinweise auf „Arbeitsfanatismus“ ebenso wie auf die Bedeutung des Protestantismus.³⁹

Wie verbreitet diese beiden zentralen Elemente der sozialen Orientierung der deutschen Unternehmer im 19.Jahrhundert tatsächlich waren, muß einer endgültigen Klärung vorbehalten bleiben. Verstreute Forschungsergebnisse aus der historischen Unternehmeforschung einerseits wie auch die Erkenntnisse aus der Analyse der zeitgenössischen Unternehmerliteratur andererseits legen die Annahme einer relativ weiten Verbreitung eines Wertmusters mit diesen beiden zentralen Elementen nahe. Allerdings erweist sich dieses eher frühindustrielle Wertmuster im Zeitverlauf nicht als stabil, sondern wird durch zusätzlich neue Orientierungen aufgeweicht. Zunehmend werden auch kritischere Stimmen in der zeitgenössischen Literatur gegenüber den Unternehmern deutlich, die z.B. auf deren demonstrative Konsumformen aufmerksam machen.⁴⁰

3. Äußere Beziehungen und Lebensweise

Nicht nur für die Verhältnisse innerhalb der deutschen Unternehmerschaft im 19.Jahrhundert lassen sich bestimmte Eigentümlichkeiten festhalten, sondern auch ihre Kontakte zu anderen Gruppen der Gesellschaft wiesen Spezifika auf. Diese sollen in einigen wichtigen Aspekten im Folgenden aufgezeigt werden, bevor am Schluß dieses Beitrags der Frage nachgegangen werden soll, ob die Eigenarten der deutschen Unternehmer es nahelegen, von ihnen als Elite im Unterschied und in Konkurrenz zu anderen Gruppen der Gesellschaft zu sprechen.

³⁸ Auf den nicht unbestrittenen positiven Beitrag der Familie für die Durchsetzung einer solchen Orientierung weist Jürgen Kocka, „Familie, Unternehmer und Kapitalismus. An Beispielen aus der frühen deutschen Industrialisierung“, in: *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte* 24 (1979), S.99–135 hin. Auf die Bedeutung von Rekrutierung und Heirat u. a. Hansjoachim Henning, *Sozialgeschichtliche Entwicklungen in Deutschland von 1815 bis 1860*, Paderborn 1977, S.116 und die dort angegebene Literatur. Vgl. dazu auch Werner Kocks, *Verhaltensweise und geistige Einstellung niederbergischer Unternehmer der frühindustriellen Zeit*, Diss. Köln 1956, S.18 und Hans Hammacher, *Tradition und Persönlichkeit in der ersten Unternehmergegeneration der Eisen- und Kohleindustrie des Ruhrgebiets*, Diss. Köln 1954, S.93 f.

³⁹ So bei Adelmann, S.335–52 u. Zunkel, S.66 f.

⁴⁰ Dazu Rarisch, Unternehmerbild, S.65 ff. u. Milkereit, S.19 ff. Neuerdings auch Hans-Werner Niemann, *Das Bild des industriellen Unternehmers in deutschen Romanen der Jahre 1890–1945*, Berlin 1982 bis hin zu Gerald Eberlein, *Das Bild der Unternehmerin in deutschen Banalromanen der Gegenwart*, in: *Soziale Welt* 15 (1964), S.212–47.

3.1 Zu Heiratsverhalten, öffentlichen Ehrungen und politischem Wirken

Eine Untersuchung der Berufe der Schwiegerväter deutscher Unternehmer kann einen ersten Hinweis darauf geben, mit welchen Berufs- und Herkunftsgruppen Unternehmer am ehesten Kontakt pflegten. Allgemein ist man der Ansicht, daß gerade der Umfang der Heiratskreise sozialer Schichten wichtige Einsichten in soziale Auf- und Abstiegsprozesse und das Maß der Abschottung zwischen den sozialen Klassen und Schichten gewährt.⁴¹

Studien, die das Maß der Mobilität zwischen den Schichten durch Heirat präzise bestimmen lassen, sind relativ selten. Häufig ist man daher auf Vermutungen angewiesen. Die wenigen Untersuchungen, die zu diesem Themenkomplex vorliegen, zeichnen jedoch ein einheitliches Bild. In Wilhelm Stahls sehr weit gefaßtem Kollektivporträt deutschsprachiger Unternehmer im 18., 19. und 20. Jahrhundert, das wegen der unpräzisen Unternehmerdefinition der verwandten Quelle (Neue Deutsche Biographie, Bde 1–8) nur eine grobe Orientierung in dieser Frage erlaubt, zeigt sich unter den Unternehmern ein hohes Maß an Endogamie.⁴² Dieser grundsätzliche Befund bestätigt sich auch bei anderen Untersuchungen, die ihr Beobachtungsfeld wesentlich stärker eingrenzen. Untersuchungen, die westfälische Textilunternehmer zum Gegenstand haben, zeigen, daß z.B. 85 Prozent aller Ehepartner dieser Industriellen aus der gleichen sozialen Schicht stammten, ja die Mehrzahl sogar dem engeren Bereich des Textilgewerbes zuzurechnen war.⁴³ Ähnliches läßt sich für die Schwerindustriellen der gleichen Region aufzeigen; auch hier zeigt sich, daß z.B. die Berufsstruktur der Schwiegerväter der westfälischen Schwerindustriellen weitgehend identisch mit derjenigen ihrer Väter war, so daß Heiraten überwiegend innerhalb der unternehmerisch-wirtschaftsbürgerlichen Kreise erfolgten.⁴⁴

In einer etwas ausführlicheren Studie zum Bereich der sozialen Verflechtungen der Unternehmerschaft ebenfalls in Westfalen weist Hansjoachim Henning für Großunternehmer nach, daß diese ebenfalls überwiegend in der eigenen Schicht heirateten und zu den anderen bürgerlichen Gruppen hinsichtlich der konnubinalen Verflechtung deutliche Distanz hielten und dies sogar nach 1870 verstärkt. „Das Konnubium westdeutscher Großunternehmer ließ also sowohl in seiner Beziehung zu anderen Gruppen als auch in den Tendenzen innerhalb der eigenen Teilgruppe ein Streben nach beachtlicher sozialer Exklusivität erkennen.“⁴⁵ Daß dies nicht nur ein Spezifikum der Großunternehmerschaft war, zeigt eine parallele Untersuchung für die gewerblichen Unternehmer Westfalens insgesamt. Auch die-

⁴¹ Pierenkemper, Die Westfälischen Schwerindustriellen, S.45; Hansjoachim Henning, „Soziale Verflechtungen der Unternehmer in Westfalen 1860–1914“, in: *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte* 1 (1978), S.1–30, hier S.2.

⁴² Vgl. Stahl.

⁴³ Teuteberg, S.33.

⁴⁴ Pierenkemper, Die Westfälischen Schwerindustriellen, S.45 f.

⁴⁵ Henning, Soziale Verflechtungen, S.12ff., Zitat S. 14.

se beschränkten ihre Heiraten eng auf die eigene Gruppe des Besitzbürgertums und zeigten wenig Neigung zur Heirat außerhalb dieses eng begrenzten Kreises.⁴⁶

Inwieweit diese Ergebnisse aus dem westfälischen Bereich verallgemeinert werden können, bedarf der Überprüfung durch weitere Forschungen. Erste Ergebnisse weisen jedoch in die gleiche Richtung und lassen den vorläufigen Befund erhärtet erscheinen. Eine Untersuchung des Heiratsverhaltens Augsburger und Nürnberger Unternehmer im 19.Jahrhundert zeigt, daß auch diese bei einer Heirat weitgehend „unter sich“ blieben, mehr als die Hälfte heiratete wieder in Unternehmerfamilien: „Sehr viele Söhne von Kaufleuten heirateten Töchter von Kaufleuten, ähnlich war es bei den Söhnen von Fabrikanten und Handwerksmeistern.“⁴⁷ Es läßt sich daher als gesichert ansehen, daß ganz ähnlich wie bei der engen sozialen Rekrutierung der Unternehmerschaft als einem inneren Strukturelement auch im Bereich ihres Heiratsverhaltens eine deutliche Tendenz zur Begrenzung dieser Außenbeziehungen zu beobachten war. Man schottete sich ab, mied weitgehende Kontakte und blieb eher unter sich.

Zeigte sich diese Exklusivität auch im Bereich des öffentlichen Wirkens und der öffentlichen Anerkennung, oder trifft jenes häufig zitierte Klischee zu, welches dem Unternehmer als Zeichen höchster Glückseligkeit den Kommerzienratstitel, den Roten Adlerorden III. Klasse und den Status des Reserveoffiziers zuschrieb?⁴⁸ Traten also dort, wo es öffentliches Ansehen und Ehre zu gewinnen gab, die Unternehmer aus ihrem eng begrenzten beruflichen und sozialen Wirkungskreis heraus und in Konkurrenz zu anderen Gruppen der Gesellschaft?

Für die westfälischen Schwerindustriellen zeigt sich allenfalls eine zögernde Partizipation in den entsprechenden Bereichen des öffentlichen Lebens. Immerhin erscheint der Umfang der öffentlichen Ehrungen, die diesen während ihres beruflichen Wirkens zu Teil wurden, beachtlich.⁴⁹ Hierbei nahm die Verleihung eines Ratstitels die überragende Stellung ein, den immerhin knapp jeder fünfte dieser Gruppe von Großunternehmern – und nur für diese kam eine solche Verleihung in Frage⁵⁰ – erhielt, und etwas mehr als halb so viele wurden mit der Ehrenpromotion einer technischen Hochschule ausgezeichnet. Ebenfalls häufig waren Ordensverleihungen, z.T. während des aktiven Kriegsdienstes, ganz selten jedoch Nobilitierungen. Ganz offenbar nahm im Zeitverlauf die Häufigkeit öffentlicher Ehrungen der westfälischen Schwerindustriellen zu, ihr Schwerpunkt verlagerte sich aber von der Verleihung eines Ratstitels auf die Ehrenpromotion, eine Entwicklung, die als zunehmende Wertschätzung ihrer fachlichen und

⁴⁶ Ebd., S.26.

⁴⁷ Dirk Schumann, *Studien zum Sozialprofil der bayerischen Unternehmer im 19.Jahrhundert*, Hausarbeit zur Erlangung des Magistergrades an der philosophischen Fakultät der Ludwigs-Maximilians-Universität München 1984, S.96 und ders., Herkunft, S.301.

⁴⁸ So ähnlich Hans-Ulrich Wehler, *Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918*, Göttingen 1973, S.131: „Promovierter Akademiker, Korpsstudent und Reserveoffizier zu sein – das bedeutete ... den Gipfel bürgerlicher Glückseligkeit erklimmen zu haben“.

⁴⁹ Vgl. dazu Pierenkemper, Die Westfälischen Schwerindustriellen, S.72–74.

⁵⁰ Zu den Bedingungen der Verleihung eines Kommerzienratstitels vgl. Henning, Soziale Verflechtungen, S.3.

wissenschaftlichen Kenntnisse interpretiert werden kann und damit ganz eindeutig ihrer veränderten betrieblichen Stellung zuzuordnen ist.

Diese Entwicklung lässt sich für die westfälischen Textilunternehmer nicht nachzeichnen und verweist daher nochmals auf die besonderen betrieblichen-technischen Bedingungen der Schwerindustrie. Textilunternehmer erlangten öffentliche Ehren fast ausschließlich durch den Erwerb des Kommerzienratstitels, den immerhin ebenfalls ca. 20 Prozent aller untersuchten Unternehmer erwarben, und zwar unverändert bis ins frühe 20.Jahrhundert.⁵¹ Nobilitiert wurde von diesen niemand. Überhaupt scheint unter den westfälischen Unternehmern die Neigung wenig verbreitet, in den Adelsstand aufzusteigen. Entsprechende Gesuche finden sich kaum, von Schwerindustriellen kein einziges.⁵² Im Gegenteil, ein Teil der westfälischen Schwerindustriellen, denen eine Nobilitierung in Aussicht gestellt wurde, haben diese entschieden abgelehnt.⁵³

Mit dem Aufkommen der Unternehmerschaft im 19.Jahrhundert verbindet sich auch die Vorstellung der hervorragenden politischen Wirksamkeit dieser Personengruppe. Wie weit dieser Einfluß im einzelnen ging, ist schwierig zu bestimmen und in der Forschung äußerst umstritten. Immerhin boten sich dem Unternehmer verschiedene Möglichkeiten zum politischen Wirken.

Den unmittelbarsten Bezug zum unternehmerischen Bereich bot zweifellos die Mitwirkung in der Kommunalpolitik, denn hier wurden zahlreiche Entscheidungen getroffen, die für sein Unternehmen von unmittelbarer Bedeutung waren: Baupolizei, Schulwesen u.ä. lagen in der direkten Zuständigkeit der Gemeindebehörden. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß die Tätigkeit in der Kommunalpolitik von den westfälischen Schwerindustriellen am ehesten gesucht wurde. Sie erforderte keine Abwesenheit vom Ort und spiegelte zugleich die lokale Wertschätzung des Unternehmers durch seine Mitbürger wider.⁵⁴ Dies gilt um einiges stärker auch für die westfälischen Textilunternehmer, die ja in kleineren Orten mit einem ländlichen Umland ansässig waren und dort den Kern der örtlichen Honoratiorenchaft bildeten.⁵⁵

Neben dem aktiven politischen Wirken am Wohnort selbst stand den Unternehmern hinsichtlich ihrer genuin ökonomischen Interessen darüber hinaus mit dem differenzierten und weiter expandierenden deutschen Verbandswesen ein ausgezeichnetes Instrument der politischen Einflußnahme zur Verfügung.⁵⁶ Am Ende des 19.Jahrhunderts hatte sich in Deutschland neben den Handelskammern und den Kartellen ein ausgedehntes System von Interessenverbänden herausgebildet, das es für die Unternehmer relativ leicht machte, ihre besonderen Regional-, Branchen- oder auch allgemein politischen Interessen zu artikulieren.⁵⁷ Das taten sie denn auch in vielfältiger Weise und für

⁵¹ Teuteberg, S.37 ff.

⁵² Henning, Soziale Verflechtungen, S.18.

⁵³ Zunkel, S.125 ff.

⁵⁴ Pierenkemper, Die Westfälischen Schwerindustriellen, S.66–68.

⁵⁵ Teuteberg, Westfälische Textilunternehmer, S.35.

⁵⁶ Ein knapper Überblick neuerdings bei Hans Peter Ullmann, „Wirtschaftsverbände in Deutschland“, in: *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte* 35 (1990), S.95–115.

⁵⁷ Toni Pierenkemper, „Trade Associations in Germany in the Late Nineteenth and Early Twen-

die westfälischen Schwerindustriellen lässt sich festhalten, daß hier der Schwerpunkt ihres öffentlichen Wirkens zu finden ist: Mehr als die Hälfte aller derartigen Aktivitäten bezog sich auf diesen Bereich.⁵⁸ Aber auch hier zeigen sich wiederum Schwerpunktbildungen, die den Eindruck eines eng begrenzten politischen Wirkens der Unternehmer unterstreichen. Sie waren vor allem in technischen Vereinigungen und Handelskammern tätig, in Verbänden also, die in unmittelbarem Zusammenhang mit den Betriebsproblemen ihrer Unternehmen standen. Die „große“ Politik stand ihnen eher fern. Diese blieb, falls überhaupt von Unternehmern betrieben, auch den „großen“ Unternehmern vorbehalten. Dafür mögen auch Schwierigkeiten der Wahrnehmung eines politischen Mandats anzuführen sein, das eine häufige Abwesenheit des Unternehmers vom Ort seines Betriebs erzwang; solche Mandate blieben daher nur wenigen Unternehmern vorbehalten.⁵⁹ Dennoch fanden sich in den Parlamenten beachtliche Anteile von Unternehmern, die den Befund, wie er sich aus speziellen Unternehmerstudien ergibt, ein wenig relativieren. Dennoch läßt sich in Übereinstimmung mit weiteren Untersuchungen über die politische Rolle der Unternehmerschaft im Deutschen Reich vor 1913 festhalten, daß diese eher gering angesetzt werden muß.⁶⁰

In den angesprochenen Aspekten der äußeren Beziehungen, des Heiratsverhaltens, der öffentlichen Ehrungen und des politischen Wirkens der deutschen Unternehmer im 19.Jahrhundert wurde immer wieder deutlich, daß diese Personengruppe sich eng auf ihren eigenen Kreis beschränkte und die Beziehungen zu anderen sozialen Bereichen und Schichten auf ein Minimum begrenzte. Ob die angesprochenen Bereiche ausreichen, die soziale Exklusivität der deutschen Unternehmerschaft hinreichend zu belegen, oder ob zusätzliche Dimensionen der sozialen Beziehungen und der Selbstdeutung der Unternehmer noch mit herangezogen werden müssen, mag dahin gestellt bleiben. Zweifellos bedarf die empirische Beweisführung der Ergänzung durch weitere Studien, die auch die zuweilen enge regionale Begrenzung der Beweisführung auf das rheinisch-westfälische Industrievier überwinden.⁶¹

3.2 Lebensweisen: Feudalisierung der Unternehmer oder Verbürgertlichung des Adels?

Die vorausgehende Darstellung der Grundzüge der inneren und äußeren Beziehungen der deutschen Unternehmer im 19.Jahrhundert geht nicht weiter auf die Lebensweise dieser Personengruppe ein, wie sich diese im 19.Jahrhundert herausgebildet und entwickelt hat. Gerade sie ist aber häufig zum Gegenstand wissenschaftlicher Erörterungen gemacht worden, wobei die aufgezeigten Strukturmerkmale häufig als Belege für die in der Diskussion formulierten weiterreichenden Thesen angeführt wurden. Dabei bildete sich vor allem schon früh eine These von der Feudalisierung der deutschen

tith Century“, in: *Trade Associations in Business History*, Hg. Yamazaki u. Matao Miyamoto, Tokyo 1988, S.233–267.

⁵⁸ Pierenkemper, Die Westfälischen Schwerindustriellen, S.61 ff. Ähnlich bei Teuteberg, S.35.

⁵⁹ Hans Jäger, *Unternehmer in der deutschen Politik (1890–1918)*, Bonn 1967, S.90 ff.

⁶⁰ Zunkel, S.251.

⁶¹ Hinweise zu Bayern z.B. bei Schumann, Herkunft, S.302–304 und ders., *Bayerns Unternehmer in Gesellschaft und Staat 1834–1914*, Göttingen 1992.

Großunternehmer heraus, die Werner Sombart bereits 1903 folgendermaßen formulierte:

Die reich gewordenen Bourgeois aber suchen so bald wie möglich ihre Herkunft zu vergessen und in dem Grundadel oder wenigstens dem feudalen Grundbesitzertum aufzugehen. Das kapitalistische Unternehmen, das den Reichtum der Familie begründet hatte, wird veräußert; die Söhne und Enkel kaufen sich im Lande an, stiften ein Majorat, verschwägern sich mit altadligen Familien, lassen ihre Nachkommen bei der Gardekavallerie dienen und bei den Saxoborussen eintreten und denken nicht mehr daran, einen Sohn etwa als Lehrling in ein kaufmännisches Geschäft zu geben.⁶²

Als Ursache dieser Entwicklung wird dabei angesehen, daß mit dem Scheitern der liberal-bürgerlichen Bewegung der Versuch des Bürgertums erfolglos geblieben war, politische Gleichrangigkeit und soziale Gleichstellung mit den alten Führungsschichten zu erlangen. Aus einem Ressentiment der Unterlegenen unterlagen daher die Unternehmer der Anziehungskraft der aristokratischen Lebensformen, sie ahmten deren Wohnkultur nach, strebten nach Titel und Orden, ja stiegen z.T. sogar in den Adel auf.⁶³

Diese Sichtweise bedarf aber einiger Korrekturen! Zunächst einmal bleibt festzuhalten, daß die behaupteten Feudalisierungstendenzen nicht für jeden unternehmerisch tätigen Menschen behauptet werden konnten. Der kleine Gewerbetreibende hatte kaum die Mittel, ein Majorat zu erwerben oder sich ein Schloß bauen zu lassen. Die These der Feudalisierung der Wirtschaftsbürger muß sich zwangsläufig auf die Großunternehmer beschränken. Aber auch hier sind Vorbehalte anzumelden.

Alle Belege, die im Vorausgehenden über die innere Struktur und die äußeren Beziehungen der deutschen Unternehmer im 19.Jahrhundert angeführt wurden, lassen eher auf einen starken Eigenbezug dieser Personengruppe schließen, denn auf eine Orientierung hin auf ein von außen gesetztes „aristokratisches Modell“. Unternehmer wiesen demnach ein hohes Maß an Selbstrekrutierung auf und richteten ihren Qualifikationserwerb nach funktionalen Kriterien. Auch hinsichtlich ihrer sozialen Beziehungen zeigten die Unternehmer ein hohes Maß an Exklusivität, sie heirateten „unter sich“, begrenzten ihre Verbandstätigkeit weitgehend auf Firmenprobleme und hielten sich der „großen“ Politik fern. Alle diese Ergebnisse, die aus neueren Studien zu gewinnen sind, geben keinerlei Hinweise auf eine Imitation feudaler Lebensformen oder Anpassung der Lebensweise der Mehrheit der Unternehmer an das „aristokratische Modell“.⁶⁴

Im Gegenteil, es lassen sich sogar Belege dafür finden, daß der größte Teil der Unternehmerschaft an den überkommenen Denk- und Verhaltensweisen festgehalten

⁶² Werner Sombart, *Die deutsche Volkswirtschaft im 19.Jahrhundert*, Berlin 1903, S.469 f. Ein jüngerer Vertreter dieser These Wolfgang Zapf, *Wandlungen der deutschen Elite*, München 1966, S.41 ff. Ähnliche Formulierungen bei Reinhard Sieder, *Sozialgeschichte der Familie*, Frankfurt/M. 1965, S.140 mit Hinweisen auf Heidi Rosenbaum, *Formen der Familie. Untersuchungen zum Zusammenhang von Familienverhältnissen, Sozialstruktur und sozialem Wandel in der deutschen Gesellschaft des 19.Jahrhunderts*, Frankfurt/M. 1982, S.320 ff.

⁶³ Ausführlich dazu Zunkel, S.103–121 und auch Hartmut Kaelble, „Wie feudal waren die deutschen Unternehmer im Kaiserreich?“, in: *Beiträge zur quantitativen deutschen Unternehmensgeschichte*, Hg. Richard Tilly, Stuttgart 1985, S.148–174, hier S.148.

⁶⁴ Kaelble, Wie feudal, S.151.

hat.⁶⁵ Diese Sicht spiegelt sich auch in den Romanen jener Zeit, in denen Verhaltensweisen von Unternehmern, die sich an den aristokratischen Lebensformen orientierten, überwiegend negativ beurteilt werden.⁶⁶ Bekanntestes Beispiel für dieses Genre ist die ironische Darstellung der Frau Jenny Treibel in Theodor Fontanes gleichnamigem Roman.

Allenfalls für eine schmale Schicht der reichsten Großunternehmer des Deutschen Kaiserreiches lassen sich die Elemente eines aristokratischen Lebensstils beobachten.⁶⁷ Eine Untersuchung der deutschen Multimillionäre vor 1914 hat gezeigt, daß etwa hinsichtlich des Heiratsverhaltens der Abkömmlinge dieser Personengruppe das aristokratische Modell weitaus stärker durchschlägt, als das für den durchschnittlichen Unternehmer beobachtbar ist. Nun muß man allerdings berücksichtigen, daß sich unter den Multimillionären bereits zahlreiche Adelige befanden, und begrenzt man sich daher auf die bürgerlichen Familien in dieser Gruppe, modifiziert sich der obige Befund wiederum, so daß selbst bei den sehr reichen Unternehmerfamilien im Kaiserreich eine fortgeschrittene „Feudalisierung“ nicht zu beobachten ist.

Hinsichtlich der Berufswahl der Söhne der Multimillionäre dominierte sogar ganz eindeutig ein „bürgerliches Modell“, denn diese werden wiederum überwiegend Unternehmer, nicht Großgrundbesitzer, Offiziere oder Diplomaten, dies galt allenfalls für adelige Multimillionäre.⁶⁸

Nicht nur dieser letztgenannte Sachverhalt gibt Anlaß, eine Gegenthese zur angeblichen „Feudalisierung“ der deutschen Unternehmerschaft im späten 19.Jahrhundert, für die es kaum empirische Belege gibt, in Erwägung zu ziehen. Es bleibt zu fragen, ob eine Verflechtung zwischen Adel und Bürgertum nicht schon früher zu beobachten ist und ob nicht eher die bürgerlichen Lebensformen auch Auswirkungen auf den Adel wie auf die gesamte Gesellschaft gezeigt haben.⁶⁹ Demnach lassen sich für die sozialen Kontakte und Verflechtungen der deutschen Unternehmer im 19.Jahrhundert eher vorherrschende Bürgerlichkeit als zunehmende Feudalisierung beobachten. Das aristokratische Modell findet sich eigentlich nur bei den reichsten adeligen Unternehmern. Ansonsten läßt sich der Zugang auch von Adeligen in unternehmerische Berufe eher als ein Prozeß der Verbürgerlichung des Adels interpretieren, und dieser Prozeß läßt sich ja auch in zahlreichen weiteren Zusammenhängen beobachten.⁷⁰

⁶⁵ Zunkel, S.123 ff.

⁶⁶ Niemann, S.126 u. die folgenden Beiträge. Der Autor unterstellt übrigens unwidersprochen die Gültigkeit des aristokratischen Modells.

⁶⁷ So z.B. behauptet für die großen Unternehmerfamilien der Saarregion im 19.Jahrhundert bei Christoph Lang, „Herren im Hause. Die Unternehmer“, in: *Industriekultur an der Saar*, Hg. Richard van Dülmen, München 1989, S.32–145.

⁶⁸ Kaelble, Wie feudal, S.153–159 u. auch Dolores L. Augustine-Péres, *Wealthy Businessmen in Imperial Germany* (MS).

⁶⁹ Hartmut Kaelble, *Das aristokratische Modell im deutschen Bürgertum des 19.Jahrhunderts: Ein europäischer Vergleich* (Vortragmanuskript zum Vortrag am 5.November 1986 im ZIF-Bielefeld).

⁷⁰ Bis hin zu Klagen über eine „Plebejisierung“, nicht bloß „Verbürgerlichung“ des Konsums bei Werner Sombart, „Die Bedarfsgestaltung im Zeitalter des Hochkapitalismus“, in: *Kurt Breysig zum sechzigsten Geburtstag*, Breslau 1927, S.27–68.

4. Unternehmer als Elite?

Daß es sich bei den deutschen Unternehmern im 19.Jahrhundert nur um eine kleine Gruppe gehandelt hat, ist offensichtlich und nicht weiter nachzuweisen; daß es sich bei ihnen um eine Gruppe mit einem hohen Grad von Exklusivität gehandelt hat, sollten die vorausgehenden Darlegungen hinreichend untermauert haben. Ob man diese aber als „Elite“ bezeichnen kann, muß nun abschließend kurz diskutiert werden.

Allgemeine Begriffsbestimmungen von Elite verweisen immer wieder darauf, daß es sich dabei um Minoritäten abseits der übrigen Gesellschaft, mit unterschiedlichem Ansehen, Leistungsfähigkeit und Einkommen handelt. Zugleich wird aber darauf hin gewiesen, daß in modernen Gesellschaften nach diesen Kriterien mehrere Eliten gleichzeitig denkbar sind.⁷¹ In zahlreichen Feldern des sozialen Lebens sind also Eliten anzutreffen, so natürlich auch im Bereich der Wirtschaft, und daher läßt sich dem leitenden Personal dieses Sektors, den Unternehmern also, zweifelsfrei die Benennung „Elite“ zuerkennen.

Allerdings erscheint auch in dieser eingegrenzten Sichtweise der Unternehmer als „ökonomische Elite“ der Begriff noch nicht eindeutig, weil darunter auch eine gesellschaftliche Elite verstanden werden könnte, die ihre soziale Position auf die Basis der Verfügung über die ökonomischen Ressourcen stützt. Eine solche Stellung nahm zweifellos der Adel im Feudalismus ein, als er den Boden als zentrale ökonomische Ressource kontrollierte und damit zugleich auch „ökonomische“ Elite war. In der obigen Bedeutung läßt sich mit diesem Begriff hingegen nur die Führungsgruppe im ökonomischen Sektor einer Gesellschaft beschreiben und nur in dieser eingegrenzten Verwendung dient er der Umschreibung einer „Funktionselite“. Allein in diesem letzteren Sinne lassen sich die deutschen Unternehmer im 19.Jahrhundert als „Elite“ beschreiben.

Die Feststellung liefert aber keine vollständige Antwort auf die Frage, ob die deutsche Unternehmerschaft im 19.Jahrhundert auch als gesellschaftliche Elite zu betrachten ist. Denn auch die Existenz zahlreicher Eliten in einer Gesellschaft kann nicht den Sachverhalt verschleiern, daß die soziale Bedeutung und politische Wirksamkeit dieser Eliten sehr unterschiedlich ist, und die Frage nach der Unternehmerschaft als Elite ist zugleich immer auch die Frage nach ihrer Stellung im politischen System.⁷² In diesem Sinne gilt es also der Frage nachzugehen, welche Bedeutung die Unternehmerschaft als Elite im politischen System des Deutschen Kaiserreichs inne hatte.

Diese Fragestellung lehnt sich zunächst einmal eng an die ursprünglichen Elitevorstellungen bei Mosca und Pareto an, die unter Elite die regierenden Gruppen der Bevölkerung verstanden.⁷³ In diesem Sinne läßt sich eine „Machtelite“ von den möglicherweise zahlreich vorhandenen „Funktionseliten“, zu denen die Unternehmer zwei-

⁷¹ Keller, S.26–29.

⁷² Wolfgang Schluchter, „Der Elitebegriff als soziologische Kategorie“, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 15 (1963), S.233–256.

⁷³ Vgl. dazu Bottomore, S.12 ff.

fellos gehören, unterscheiden, und zur Elite im engeren Sinne sind nur solche Personen zu rechnen, die sich in Positionen befinden, von denen aus sie politische Herrschaft ausüben können.

Die deutsche Machtelite bestand in der Kaiserzeit, so eine weitverbreitete Auffassung, im Kern aus den preußischen Junkern, ergänzt durch die Beamenschaft. Eine Untersuchung der deutschen Kanzler und Staatssekretäre im Kaiserreich bestätigt diesen Eindruck gänzlich.⁷⁴ Und diese Elite der Junker und Beamten prägte der gesamten deutschen Gesellschaft ihr Siegel auf, sie vereinigte Macht, Reichtum und Ansehen und bildete das Vorbild für die anderen Gesellschaftsschichten. Daß dieses eindeutige Bild einiger Differenzierungen bedarf, wurde in den vorausgehenden Ausführungen deutlich. Dennoch enthält es einen wahren Kern! Die deutsche Unternehmerschaft hat sich in ihren sozialen Standards und Lebensweisen möglicherweise nicht sehr stark an der Machtelite, an deren „aristokratischem Modell“ orientiert, von einer Beteiligung an der politischen Herrschaft blieb sie jedoch weitestgehend ausgeschlossen.

Daher kann die Entstehung und Entfaltung der deutschen Unternehmerschaft im 19.Jahrhundert durchaus als ein Prozeß der Herausbildung einer neuen Funktionselite verstanden werden.⁷⁵ Bis zu einer Beteiligung und Einbeziehung in die Machtelite des Kaiserreichs blieb ihr jedoch noch ein langer Weg zu gehen, der bis 1913 noch nicht erfolgreich zurückgelegt war. Erst der Umbruch 1918/19 eröffnete hier neue Möglichkeiten.

⁷⁴ Maxwell Knight, *The German Executive 1890–1933*, Stanford 1955.

⁷⁵ So z.B. Henning, Soziale Verflechtungen, S.15.

Dominique Barjot

Les entrepreneurs du Second Empire

Un premier bilan

La multiplication récente des recherches historiques sur les entreprises et les entrepreneurs a modifié de manière sensible l'appréciation portée sur le patronat français du XIXe siècle. L'idée en particulier que l'économie française aurait pâti du comportement uniformément „malthusien“ de ses entrepreneurs ne fait plus recette aujourd'hui. Au début des années 1950, les historiens américains J.E. Sawyer et D.S. Landes en avaient défendu l'idée.¹ Le premier décrivait les patrons français du siècle dernier comme ayant tout préoccupés de leur enrichissement personnel et victimes d'une certaine déconsidération au sein de la hiérarchie sociale du pays; quant au second, il les dépeignait comme profondément conservateurs, hostiles à l'innovation, d'abord soucieux de préserver leur indépendance et peu enclins à exporter. Ces positions radicales furent néanmoins nuancées par R. Cameron,² puis, plus récemment par T. Kemp³ et Landes⁴ lui-même: au cours du XIXe siècle, s'il y eut des chefs d'entreprises passéistes, nombreux aussi furent les adeptes du risque et de la nouveauté.

Depuis la fin des années 1960, les historiens français ont relevé le défi lancé par leurs collègues d'Outre-Atlantique.⁵ On dispose désormais de monographies patronales – à l'instar de celles de B. Lemoine sur Eiffel⁶ et de M. Sutet⁷ sur Chagot – ou d'entreprises

¹ David S. Landes, „French Entrepreneurship and Industrial Growth in the Nineteenth Century“, *Journal of Economic History* IX/1 (1949), pp. 45–61; id., „Social Attitudes Entrepreneurship and Economic Development: a comment“, *Explorations in Entrepreneurial History* VI (1953/54), pp. 245–272.

² Rondo Cameron, *La France et le développement économique de l'Europe (1800–1914)*, Paris 1971.

³ Tom Kemp, *Economic Forces in French History*, Londres 1972; id., *The French Economy 1913–1939. The History of a Decline*, Londres 1972.

⁴ David S. Landes, *L'Europe technicienne. Révolution technique et libre essor industriel en Europe occidentale de 1750 à nos jours*, Paris 1976.

⁵ Cf. en particulier: Louis Bergeron, *Les Capitalistes en France*, Paris 1971; id., „Permanence et renouvellement du patronat“, in: Yves Lequin, *Histoire des Français XIXe-XXe siècle*, vol. 2: *La Société*, Paris 1983, pp. 152–291.

⁶ Bertrand Lemoine, *Gustave Eiffel*, Paris 1984.

⁷ M. Sutet, „Un grand capitaine d'industrie: Jules Chagot, fondateur de la Compagnie des Mines de Blanzy, 1801–1877“, *Actes du 89e Congrès national des sociétés savantes*, Paris 1965, pp. 806–815.

– par exemple les études de C.I. Breloet et Jean-Luc Mayaud,⁸ J. P. Daviet,⁹ P. Lamard¹⁰ –, mais aussi d'études synthétiques, dont les travaux de F. Barbier sur le monde du livre,¹¹ de R. Caty et E. Richard sur les négociants marseillais¹² et surtout de M. Hau sur l'industrialisation de l'Alsace¹³ offrent d'excellents exemples. Le succès de la prosopographie, c'est-à-dire l'étude de biographies collectives permettant d'observer comment se constitue, évolue, se défait un groupe social donné, a beaucoup profité à l'histoire des entrepreneurs et hommes d'affaires français: ainsi, pour la première moitié du siècle, grâce aux thèses de L. Bergeron¹⁴ et S. Chassagne.¹⁵ Les recherches concernant la période plus récente se sont orientées vers des méthodes d'investigation systématique faisant appel à un large corpus: à preuve, l'étude de M. Levy-Leboyer sur le patronat de la seconde industrialisation¹⁶ ou celle de C. Charle sur les élites de la République.¹⁷

Néanmoins les zones d'ombre restent nombreuses. Si l'on met à part les travaux novateurs d'A. Daumard¹⁸ et de J.P. Chaline¹⁹ sur les bourgeoisies urbaines, les recherches ont en effet privilégié tantôt le premier tiers du siècle, tantôt les années 1880–1914. S'agissant de la fin de la Monarchie de juillet et le Second Empire, les études manquent, en dépit de celles, pionnières, de C. Fohlen sur l'industrie textile²⁰ ou d'A. Plessis, cette dernière consacrée à un corpus du plus haut intérêt: les régents de la Banque de France.²¹ Or, l'historiographie française s'accorde généralement pour considérer que les années 1840–1860 ont été l'un des temps forts de l'industrialisation française.²² A contrario, vers 1860, s'amorce un déclin relatif de l'économie nationale,

⁸ Claude-Isabelle Breloet et Jean-Luc Mayaud, *L'Industrie en sabots: la Taillanderie de Nans-sous-Saint-Anne (Doubs)*, Paris 1982.

⁹ Jean-Pierre Daviet, *La Compagnie de Saint-Gobain 1830–1939. L'Emergence d'une grande firme internationale*, Paris 1988.

¹⁰ Pierre Lamard, *Histoire d'un capital familial au XIXe siècle: Japy (1777–1910)*, Belfort 1984.

¹¹ Frédéric Barbier, *Livre, économie et société industrielles en Allemagne et en France au XIXe siècle (1840–1914)*, Thèse de Doctorat d'Etat, dir. François Caron, Université de Paris IV-Sorbonne, 3 vol.

¹² Roland Caty et Eliane Richard, *Armateurs marseillais au XIXe siècle*, Marseille 1986.

¹³ Michel Hau, *L'Industrialisation de l'Alsace (1803–1939)*, Strasbourg 1987.

¹⁴ Louis Bergeron, *Banquiers, négociants et manufacturiers parisiens du Directoire à l'Empire*, Paris 1978.

¹⁵ Serge Chassagne, *La Naissance de l'industrie cotonnière en France, 1760–1840. Trois générations d'entrepreneurs*, Thèse de Doctorat d'Etat, dir. Louis Bergeron, EHESS, Paris 1986, 3 vol.

¹⁶ Maurice Lévy-Leboyer (éd.), „Le Patronat de la seconde industrialisation“, *Cahier du Mouvement social* (1979). Cf. en particulier: Maurice Lévy-Leboyer, „Le Patronat français, 1912–1973“, pp. 135–188.

¹⁷ Christophe Charle, *Les Élites de la République (1880–1900)*, Paris 1987.

¹⁸ Adeline Daumard, *La Bourgeoisie parisienne de 1815 à 1848*, Paris 1963.

¹⁹ Jean-Pierre Chaline, *Les Bourgeois de Rouen, une élite urbaine*, Paris 1982.

²⁰ Claude Fohlen, *L'Industrie textile à l'époque du Second Empire*, Paris 1956.

²¹ Alain Plessis, *Régents et Gouverneurs de la Banque de France sous le Second Empire*, Genève 1985.

²² François Caron, *Histoire économique de la France, XIXe–XXe siècles*, Paris 1981. François Crouzet, „Essai de construction d'un indice annuel de la production industrielle française au XIXe siècle“, *Annales* 25 (1970), pp. 56–99. Maurice Lévy-Leboyer et François Bourguignon, *L'Econo-*

observable notamment au travers de la dégradation du solde de la balance commerciale et des difficultés de l'industrie cotonnière, et qui débouche sur la grande dépression des années 1880-1890. La date de 1860 apparaissant comme celle d'un tournant essentiel dans le processus français d'industrialisation, l'Institut d'Histoire Moderne et Contemporaine – IHMC – du CNRS l'a retenue pour tenter une étude en profondeur du – ou plutôt des – patronat(s) français. Fondamentalement prosopographique, la démarche adoptée a d'ores et déjà trouvé un premier aboutissement dans deux études régionales, consacrées l'une au Nord-Pas-de-Calais, l'autre aux entrepreneurs de l'Ouest. Celles-ci ne demeurent pas isolées, puisqu'à ce jour, des travaux identiques ont été menés à leur terme – Bourgogne, Franche-Comté –, soit bien engagés – Alsace, Aquitaine, Marseille et surtout Paris.

Une approche prosopographique

Les choix

L'histoire patronale ne peut faire l'économie de l'approche prosopographique, en raison même de deux considérations contradictoires: toute biographie est particulière; toute description „globalisante“ d'un groupe social apparaît abusivement simplificatrice. Entre l'écueil de la singularité irréductible et celui de la généralisation réductionniste, la démarche prosopographique offre une voie moyenne visant à analyser les comportements et en particulier à en établir une typologie. Cette démarche se déroule en trois temps:

1-Le rassemblement de biographies particulières, combinant deux sortes de faits: ceux tenant à la vie privée; ceux inhérents à l'histoire de l'entreprise ou à la vie publique. Leur étude semble également nécessaire pour dépasser le stade de la simple chronique. Mais on ne saurait décider avec certitude si la famille est au service de l'entreprise, ou l'entreprise au service de la famille. Les stratégies patrimoniales peuvent aussi bien entraîner l'entreprise vers les sommets de la réussite que la pousser vers la mort lente ou la faillite spectaculaire. Pour un groupe familial, l'entreprise peut être aussi bien source d'enrichissement que de ruine. L'entreprise et les dynasties d'entrepreneurs sont par essence fragiles. Cette réalité, les historiens ne l'ont pas toujours suffisamment prise en compte, trop attachés qu'ils étaient au concept de „bourgeoisie“. Là où règne l'instabilité, ils ont, à tout prix, voulu découvrir la permanence. Là où règne l'insécurité, ils ont voulu voir la pérennité.

2-Le traitement statistique des données ainsi rassemblées exige une démarche simplificatrice. Celle-ci suppose la définition d'une grille d'analyse, susceptible de couvrir l'ensemble du champ biographique de chaque entrepreneur, réduite ici à un „modèle“, et prenant la forme d'un questionnaire-type.

mie français au XIXe siècle. Analyse macro-économique, Paris 1985; Patrick Verley, *Nouvelle histoire économique de la France contemporaine*, vol. 2: *L'industrialisation 1830-1914*, Paris 1989.

3-Le dépouillement lui-même ne peut s'effectuer qu'avec une grande prudence. La tentation est grande de s'appuyer sur l'analyse des correspondances pour établir des liens de causalité. Tel n'est pas l'objectif recherché. Il est plutôt de constater l'existence de certains groupes et de logiques particulières à ceux-ci ainsi qu'à terme plus lointain, de jeter les bases d'une sociologie de l'entrepreneur se situant hors de tout a priori weberien, marxiste ou schumpéterien. Ce but ultime passe par l'étape d'une typologie des comportements. Elle suppose la prise en compte de contraintes – c'est-à-dire de facteurs exogènes, universels ou différents suivant les lieux ou les milieux sociaux – face auxquels les entrepreneurs adoptent des stratégies visant à leur permettre de surmonter les dites contraintes. A ces deux variables principales – les stratégies et les contraintes-, l'histoire patronale traditionnelle ajoute celle des origines et par conséquent celle des formations. Les origines, les contraintes et les stratégies forment les variables explicatives d'une variable expliquée: le succès ou l'échec d'une entreprise et/ou d'une dynastie patronale. A ce propos, il convient en particulier d'insister sur le fait qu'il existe des contraintes universelles (les règles de la gestion et la nécessaire adaptation au changement technique), il en est aussi de particulières à telle région ou à tel milieu: de ces dernières relève en particulier le coût des facteurs de production (travail, énergie et disponibilités de capital).

La méthode

C'est en 1979 qu'a été lancée l'idée d'„une prosopographie des élites françaises, XVIIe-XXe siècles“,²³ ce vaste projet impliquant entre autres une étude du patronat, ou plutôt des entrepreneurs français. En ce dernier domaine, la Grande Bretagne nous a ouvert la voie avec le Dictionary of Business Biography, réalisé à la London School of Economics sous la direction de Leslie Hannah. Un tel projet dépassant les possibilités matérielles de l'IHMC, il a été décidé de procéder autrement en visant à deux objectifs distincts: à moyen terme, la publication d'une série de fascicules régionaux, pour lesquels il serait possible de collaborer avec les universités de province ou de Région parisienne; à long terme, la constitution d'une banque de données interrogable, laquelle permettrait de renseigner les chercheurs, d'entreprendre des études globales sur la composition et l'évolution des élites économiques ainsi que de regrouper les renseignements même fragmentaires disponibles sur les entrepreneurs français. Pour atteindre le premier de ces objectifs, la solution la meilleure, d'un point de vue scientifique, aurait été de réaliser des fascicules sectoriels. Il a fallu y renoncer compte tenu du peu d'audience que le projet a rencontré auprès des principaux spécialistes et des difficultés considérables de coordination qu'un tel choix aurait entraîné. Par contre, la formule d'ouvrages régionaux permettait de décentraliser les opérations et, ainsi, de créer une dynamique locale, comme à Marseille, en Bourgogne, en Franche-Comté, en Normandie et dans le Maine.

²³ Pour une prosopographie des élites françaises (XVIIe-XXe siècles), Paris 1979. Prosopographie des élites françaises (XVIIe-XXe siècles). Guide de recherche, Christophe Charle, Jean Nagle, Marc Perrichet, Michel Richard et Denis Woronoff (éds.), Paris 1980.

Restait à définir le corpus. Dès 1983, une première liste de noms a été élaborée, au niveau national, à partir de celle des déposants entendus lors de l'enquête de 1860 relative au Traité de commerce avec l'Angleterre. Ce document présente bien des imperfections: certains notables de l'industrie n'y figurent pas, parce qu'ils ont refusé, pour des motifs politiques ou personnels, d'apporter leur concours à l'enquête; en outre d'autres personnages n'agissent que comme fondés de pouvoirs de grandes entreprises, sans être eux-même entrepreneurs. Il s'est donc avéré nécessaire de recourir à d'autres sources pour élaborer un échantillon plus satisfaisant – listes de juges des tribunaux de commerce, des membres des chambres de commerce ou des jurys aux expositions universelles-, tout en laissant la possibilité de modifier le corpus en fonction des recherches menées en province. Le recours à ces multiples éléments comme l'adoption de ce dernier principe rendaient indispensable la définition de critères de sélection pour la population à étudier. L'IHMC en a retenu quatre:

- l'importance de l'entrepreneur (mesurée par celle de sa fortune ou des effectifs employés par son entreprise)
- le fait qu'il soit le dirigeant effectif de son entreprise et non un simple homme d'affaires
- celui qu'il atteigne son apogée dans les années 1860, sans toutefois exclure a priori ceux qui arrivent alors en fin de carrière, mais dont l'entreprise continue de prospérer par la suite, ou qui ont créé à ce moment là une entreprise dont l'importance ne s'est révélée que plus tard.
- la qualité des sources disponibles (archives d'entreprises, dossiers de Légion d'Honneur, contrats de mariage, inventaires après décès, notices nécrologiques, etc...)

Ces principes posés, l'IHMC a mis au point un questionnaire destiné à permettre une information homogène et un traitement informatique. Ce questionnaire obéit à trois contraintes: ne laisser passer aucune information utile pouvant éclairer sur la personnalité du sujet étudié; retenir des critères suffisamment variés pour que ce questionnaire puisse s'appliquer à tous les types d'entrepreneurs du Second Empire ainsi qu'à une recherche étendue à l'ensemble du XIX^e siècle; enfin éviter toute ambiguïté dans les questions posées en laissant des espaces suffisants pour que des compléments d'informations puissent y être intégrés, sans avoir pour autant à modifier la grille et – ultérieurement – le programme.

Le questionnaire comporte différentes rubriques qui, toutes, présentent un intérêt spécifique et autorisent une datation précise. Il s'agit d'abord de renseignements d'état civil destinés à définir le groupe familial et concernant le sujet, ses ascendants, ses collatéraux, ses alliances et ses descendants. Suivent des indications concernant les étapes de la formation dans l'ordre logique de leur déroulement: études, apprentissage, stages et voyages à l'étranger. Puis on cherche à définir une typologie du recrutement – le sujet fut-il le fondateur, l'héritier ou l'acquéreur de son affaire? en était-il ou non le gestionnaire? – ainsi qu'à estimer la fortune totale de l'entrepreneur et sa répartition entre biens mobiliers et immobiliers.

Aux informations d'ordre personnel ou économique s'ajoutent aussi des indications sur la personnalité de l'individu étudié: activités culturelles, réseaux de relations,

convictions religieuses et philosophiques, actions de bienfaisance et manifestations philanthropiques. Le bordereau d'enquête s'intéresse également au notable: a-t-il participé à des organismes professionnels tels que chambres et tribunaux de commerce, jurys d'exposition et comités des arts et manufacutes? quelles décorations et distinctions diverses l'ont-elles récompensé? a-t-il tenté une carrière politique? quels mandats a-t-il obtenus et exercés? Les sources occupent enfin une place non négligeable au sein du questionnaire, car leur qualité très inégale entraîne une grande disparité dans les informations recueillies.

Premiers résultats

Le programme de recherche sur la prosopographie des entrepreneurs du Second Empire a d'ores et déjà abouti à deux synthèses régionales.

Le patronat du Nord

Oeuvre de Frédéric Barbier et de ses collaborateurs (dont, entre autres, J.P. Daviet et J.P. Hirsch), la première concerne le Nord-Pas-de-Calais,²⁴ qui, à l'époque déjà, constituait une authentique région économique. L'ouvrage présente une sélection de 100 personnages, chacun d'entre eux donnant lieu à une notice descriptive détaillée, comportant trois parties: la première consacrée aux informations d'ordre familial, la seconde aux renseignements d'ordre économique, la troisième à ceux relevant du domaine socio-culturel. Ces notices sont précédées d'une importante introduction de F. Barbier. Après avoir rappelé les traits originaux de la région – ancienneté du processus novateur, précocité d'une alphabétisation largement répandue, pénétration relativement faible de „l'Esprit des Lumières“, puissance de l'explosion démographique du XIX^e siècle-, il y explicite les choix méthologiques faits dans le cadre de l'étude: volonté de privilégier le grand patronat et d'aboutir à des résultats chiffrés, sélection de 100 sujets sur la base de la fortune connue – égale ou supérieure à 0,5 millions de francs-, pondération de ce critère prépondérant par la prise en compte de trois éléments: la notoriété des personnages, la nécessité de rendre compte de la diversité des activités économiques régionales, celle de n'omettre aucun pôle géographique essentiel.

L'analyse statistique du corpus montre que ce patronat du Nord bénéficiait d'une longévité remarquable, que la très grande majorité de ses membres était nés dans la région et que ces derniers avaient en moyenne un grand nombre d'enfants – 64% en eurent quatre au moins. L'industrie textile pesait d'un poids prépondérant – 58% de l'effectif –, loin devant l'ensemble charbonnages-métallurgie – 15% –, l'agriculture industrielle et les industries alimentaires – 14% – et la banque – 10%. Parmi ces patrons, on rencontrait presqu'autant de créateurs d'entreprises nouvelles – 48% – que

²⁴ Frédéric Barbier, *Le Patronat du Nord sous le Second Empire: une approche prosopographique*, Genève 1989.

d'héritiers – 52–, ces derniers pouvant reprendre tantôt l'affaire paternelle, tantôt celle de leur beau-père. Les fortunes de ces patrons augmentèrent beaucoup au cours de leur carrière, jusqu'à atteindre, à leur décès, des montants élevés. En outre, parmi eux, on ne comptait que très peu de nobles, en raison de l'existence d'une grande bourgeoisie régionale riche et ancienne.

Entre eux, les solidarités les plus puissantes étaient d'ordre familial. Le mariage en particulier constituait l'élément essentiel d'une stratégie patrimoniale visant à favoriser, puis à perpétuer la réussite des affaires familiales. Ainsi s'explique la relative fréquence des intermariages, moyen d'éviter l'éparpillement des héritages, le très petit nombre d'entrepreneurs se retirant pour jouir de leurs rentes, ainsi que la prédominance de l'entreprise individuelle et de la société en nom collectif par rapport à la commandite ou, plus encore, à la société anonyme. Fortes aussi étaient les solidarités de „voisinage“, les alliances entre familles – par mariages interposés – se concluant assez souvent dans le cadre du pays, ainsi en Valenciennois. Nombre de ces familles partageaient en outre la même sensibilité religieuse, le Nord de la France demeurant la citadelle d'un catholicisme militant, voire ultramontain, et puissamment entretenu par le mode d'éducation donné aux enfants. Cette vigueur de la foi catholique fut à l'origine de nombreuses institutions de bienfaisance, avant tout destinées à lutter contre la „démoralisation“, qui dans l'esprit de beaucoup de patrons, menaçait leurs ouvriers. Bien qu'ils eussent pour les deux tiers d'entre eux exercé des mandats municipaux, ces patrons n'avaient par contre pas, pour la plupart d'entre eux, de convictions politiques très affirmées. Majoritairement conservateurs, ils se rallièrent pour le plus grand nombre d'entre eux au bonapartisme, mais s'opposèrent néanmoins dans leur ensemble aux traités de libre-échange. Souvent austère dans sa vie quotidienne, le patronat du Nord n'était que très peu disponible pour des préoccupations intellectuelles ou artistiques lui apparaissant quelque peu gratuites; néanmoins, le Second Empire vit, sur ce plan, s'amorcer un changement, la génération suivante, celle des années 1860–1890 manifestant beaucoup plus d'intérêt pour la peinture, la bibliophilie, les voyages ou les collections aristiques.

Ce conservatisme n'entravait en rien le renouvellement du milieu de ces entrepreneurs du Nord. Fréquentes furent les ascensions spectaculaires. Elles concernèrent surtout des gens issus de la région – ainsi les Agache –, mais aussi des étrangers – pour l'essentiel des Belges venus des régions frontalières – ou des Français de l'intérieur, à l'instar de Frédéric Kuhlmann (1803–1881): descendant d'une très ancienne famille de Colmar, venu à Lille presque sans aucune fortune personnelle, ce scientifique de confession protestante obtint néanmoins un efficace soutien des milieux d'affaires locaux; d'une grande inventivité – pas moins d'une cinquantaine de brevets déposés sous son nom–, il s'imposa comme le numéro un de l'industrie chimique du Nord, maria sa fille avec un Agache et laissa à sa mort une fortune de près de 10 millions de francs.

Pragmatiques, les entrepreneurs du Nord-Pas-de-Calais manifestèrent souvent une grande réceptivité envers la nouveauté. Si les voyages en Angleterre ne furent pas aussi nombreux qu'on pourrait le croire, ces entrepreneurs adoptèrent rapidement les procédés, méthodes ou formes d'organisation nouveaux apparus ailleurs, en France ou à l'étranger, ceux employés avec succès par une maison étant rapidement reproduits par

d'autres. Cet état d'esprit tourné vers le nouveau se retrouvait d'ailleurs dans la composition des patrimoines, constitués en majorité de valeurs mobilières et notamment de titres de compagnies minières ou de grandes entreprises régionales. A ce point de vue, entre autres, les entrepreneurs du Nord-Pas-de-Calais différaient beaucoup de leurs correspondants de Normandie, du Maine et de l'Anjou.

Les entrepreneurs de Normandie, du Maine et de l'Anjou

Ces derniers font l'objet d'un numéro spécial des Annales de Normandie,²⁵ présentant entre autres les résultats d'une recherche menée sur huit départements, avec l'appui d'une quarantaine de collaborateurs. Cette zone que d'aucuns qualifient de „grande Normandie“ (P. Chaunu) ou de „Middle West français“ (M. Pasquier), constituait vers 1860 un vaste ensemble géographique au sein duquel l'industrie textile et dans une moindre mesure la métallurgie attiraient un nombre croissant de travailleurs ruraux. Il y existait un groupe d'entrepreneurs actifs, qui ne répugnaient non plus ni au grand négoce, ni à l'agriculture moderne. Les liens que d'un département à l'autre, ils entretenaient entre eux dépassaient le simple cadre de relations d'affaires: en fait, la Normandie, le Maine et l'Anjou formaient une vaste sphère de recrutement, d'où leurs pères étaient issus pour les trois-quarts d'entre eux et leurs épouses, pour un pourcentage presqu'équivalent. A la charnière des années 1850 et 1860, l'économie de cette vaste région connaissait une réelle prospérité, tirant tout le bénéfice d'une industrialisation précoce, qui, amorcée dès le milieu du XVIII^e siècle, s'était amplifiée de façon spectaculaire à l'époque de la Monarchie de Juillet. Cinq ans plus tard, après le déclenchement de la crise cotonnière et l'ouverture des frontières à la concurrence internationale, il n'en serait plus de même.

Sur la base d'abord des niveaux de fortunes, mais aussi des effectifs employés, du chiffre d'affaires réalisé ou, lorsque l'information était trop lacunaire, de l'importance des données disponibles, ont été sélectionnés 180 sujets se répartissant selon le Tableau 1.

Tableau 1. Répartition de l'échantillon des 180 entrepreneurs selon les huit départements étudiés (en % du total)

Départements	% du total
<u>1/Haute-Normandie:</u>	
Seine-Maritime	33,3
Eure	15
<u>2/Basse-Normandie:</u>	
Calvados	9,4
Manche	9,4
Orne	9,4
<u>3/Maine-Anjou:</u>	
Maine-et-Loire	6,9
Mayenne	6,1
Sarthe	5,2

²⁵ Dominique Barjot (éd.), „Les Entrepreneurs de Normandie, du Maine et de l'Anjou à l'époque du Second Empire“, *Annales de Normandie* 38 (1988).

Quoique sans doute peu favorable à la Haute-Normandie, la ventilation retenue reflétait très grossièrement les rapports de force entre les trois sous-ensembles régionaux.

De l'analyse de cet échantillon, il ressort que, vers 1860, les entrepreneurs de Normandie, du Maine et de l'Anjou se caractérisaient par leur grande prudence et leur peu de goût pour le risque. Attirés surtout par le textile – laine et plus encore coton –, ils s'intéressaient aussi à la métallurgie et pratiquaient fréquemment le négoce ou l'armement. Bien que leurs entreprises fussent de tailles et de dynamismes très inégaux, ils partageaient une commune méfiance vis-à-vis des solutions nouvelles. En raison même de l'attachement à la maison qu'ils avaient fondée ou dont ils avaient hérité, ils manifestèrent beaucoup de réticences à l'idée de se reconvertis ou de se diversifier, en créant des entreprises nouvelles ou en acquérant des participations hors de leur région. Fidèles jusqu'au bout aux techniques les plus éprouvées, à l'exception notable des Havrais plus ouverts aux influences extérieures, des Manceaux, très inventifs, voire des Lovériens, dont certains s'adaptèrent avec succès aux caprices de la mode.

Si ces entrepreneurs appartenaient à trois grands types – fondateurs, héritiers et acquéreurs –, ils visaient tous au même but: assurer la réussite économique de leur entreprise. Leur tâche fut en fait plus difficile qu'il n'y paraît, car la crise de 1846-47 et la dépression qui lui fit suite obligèrent nombre d'entrepreneurs à transformer leur affaire en société. Surtout, après un rapide développement dans les années cinquante, les firmes subirent successivement deux graves chocs, la crise cotonnière de 1860-65 et la grande dépression des années 1880, qui firent disparaître nombre d'entre elles.

La période 1840-1880 vit cependant un enrichissement important des entrepreneurs, surtout en Seine-Maritime et dans la Sarthe. Mais cette augmentation des fortunes ne profita que de façon partielle et sans doute de moins en moins aux entreprises elles-mêmes. Succombant au mythe du château, tentés par la sécurité du placement foncier, soucieux de maintenir leur rang, les chefs d'entreprises de Normandie, du Maine et de l'Anjou détournèrent de l'investissement productif une partie des bénéfices qu'ils avaient retirés de leur affaire. Souvent fondée sur une réputation justifiée de qualité, la réussite de leur entreprise leur ouvrait la porte d'institutions jouissant d'un grand prestige dans les milieux d'affaires, comme les chambres ou les tribunaux de commerce. Elle leur donnait aussi le moyen de conforter, sinon de légitimer par l'obtention d'un mandat local, la position de notable que leur avaient acquise leur fortune et la possession d'un pouvoir sur les hommes.

Peu attiré par la politique en tant que telle, ce milieu d'entrepreneurs présentait une forte homogénéité. Tous manifestaient un profond attachement aux valeurs familiales. Nés dans des familles nombreuses, ils assurèrent, au travers de leurs descendants, la reproduction du modèle hérité de leurs ascendants: beaucoup de leurs enfants travaillaient et se marièrent dans le même monde qu'eux, même s'ils étaient plus tentés par l'inactivité que leurs pères. Les hommes d'affaires de l'époque du Second Empire menaient une vie assez austère. Peu présents dans le domaine culturel, ils ne l'étaient pas plus dans „la bonne société“ du temps, car leurs réseaux de relations se fondaient avant tout sur un discret tissu de liens familiaux. La religion tenait au contraire une grande place dans leur vie. Pratiquants assidus pour la moitié d'entre eux, ils puisaient dans leur foi la

motivation essentielle de leurs œuvres de bienfaisance et de leurs initiatives philanthropiques. Ce faisant, celle-ci offrait une nouvelle source de légitimité à leur action de notables locaux, mais surtout de chefs d'entreprises.

Ce numéro spécial des *Annales de Normandie* ouvre la voie au premier volume de la collection „Les Patrons du Second Empire“.²⁶ Faisant appel à de nombreux collaborateurs, dont J.P. Chaline, S. Chassagne, J. Fiérain, A. Leménorel et J. Quellien, ce dernier offre, tout comme le livre de Frédéric Barbier une sélection de 100 entrepreneurs, se ventilant comme suit entre les huits départements:

Tableau 2. Répartition de l'échantillon de 100 entrepreneurs selon les huit départements étudiés (en % du total)

Départements	% du total
Seine-Maritime	39
Eure	18
Calvados	11
Manche	7
Orne	9
Sarthe	6
Mayenne	5
Maine-et-Loire	5

La sélection s'est opérée en deux temps. Les 100 entrepreneurs ont d'abord été répartis entre les différents départements. Pour ce faire, on a donc calculé la moyenne simple de deux ventilations, correspondant au pourcentage de chaque département, d'une part dans la production industrielle totale des huit départements en 1860, de l'autre, dans le total, pour les huit départements également, des cinq premières fortunes départementales connues, puis on a distribué ces chefs d'entreprises au sein de chaque département en fonction des même critères que ceux évoqués plus haut à propos du premier échantillon. Les notices s'organisent selon un plan uniforme s'inspirant étroitement du questionnaire mis au point par l'IHMC et repris dans l'ouvrage consacré au Nord-Pas-de-Calais. Comme dans ce dernier, les sources et la bibliographie propre à chaque personnage sont indiquées en fin de notice. Par son caractère d'outil de travail, le premier volume de la collection précitée ouvre donc la voie à des comparaisons interrégionales, non seulement avec le Nord, mais aussi avec la Bourgogne, la Franche-Comté, voire avec Paris.

²⁶ Dominique Barjot (éd.), *Les Patrons du Second Empire*, vol. 1: Normandie-Maine-Anjou, Paris et Le Mans 1991 (Préface de Pierre Chaunu, avertissement de Dominique Barjot et François Caron).

Ouvertures nouvelles

En effet, les recherches ne se sont pas limitées aux deux ensembles régionaux du Nord-Pas-de-Calais et de Normandie-Maine-Anjou. A ce jour, deux autres ouvrages ont été achevés et l'on dispose, pour Paris, d'une première étude sur le patronat des grands magasins.

La Bourgogne

Réalisé sous la direction de Philippe Jobert, préfacé par Pierre Lévêque, le volume 2 de la collection „Les Patrons du Second Empire“ portera sur la Bourgogne²⁷ et présentera 48 personnalités de premier plan, l'objectif de constituer un échantillon de 100 n'ayant pu être atteint, faute de sources, de moyens et aussi de sujets d'importance suffisante. Compte-tenu de la diversité des secteurs, il n'a pas non plus été possible de retenir un critère uniforme de sélection: fortune de l'entrepreneur, chiffre d'affaires, valeur vénale ou nombre de salariés de l'entreprise. La sélection s'est effectuée dans le cadre de chaque département en fonction des activités économiques principales de ce dernier, de l'importance de l'entreprise, de la notoriété de l'entrepreneur ainsi que de l'intérêt et de l'accèsibilité de la documentation. L'on a ainsi abouti à l'échantillon précité, comprenant trente-six industriels, cinq négociants et banquiers ainsi que sept entrepreneurs de culture.

A l'évidence, banquiers et négociants apparaissent sous-représentés – aucun en Saône-et-Loire, mais cette situation découle directement de la carence des sources. Par contre, l'introduction des entrepreneurs de culture résulte d'un choix délibéré. Outre qu'il reflète les réalités d'une région plus agricole et artisanale qu'industrielle, il part d'une constatation: l'existence en Bourgogne de véritables entreprises agricoles, employant de nombreux salariés – près de 150 pour Edouard Carrelet de Loisy (1802–1887) –, initiateurs de la révolution agricole, intéressés à la banque et au négoce, sinon à l'industrie – comte Jaubert –; de surcroît, nombre d'industriels furent en même temps des agronomes, à l'instar de Léopold Javal (1804–1872) dans l'Yonne ou de Denys Benoist d'Azy (1796–1880) dans la Nièvre.

Loin de constituer un bloc, ces entrepreneurs bourguignons appartenaient en gros à deux types: les uns dirigeaient des entreprises proches de la proto-industrie – encore vivace jusque vers 1860 dans tous les départements bourguignons-, mais bientôt victimes de l'ouverture des frontières; les autres étaient à la tête de firmes capitalistes modernes, dont le succès reposait sur des investissements massifs destinés à moderniser l'outillage, à en diversifier la production et à combattre la concurrence intérieure et extérieure. Pourtant, l'opposition entre grandes entreprises et PME ne recouvrat pas

²⁷ Philippe Jobert (éd.), *Les Patrons du Second Empire*, vol. 2: Bourgogne, Paris et Le Mans 1991 (introduction de Philippe Jobert et de Pierre Lévêque; avec la participation de Dominique Barjot, Emmanuel Chadeau, Jean-Charles Guilleaume, Pierre Lévêque, D. Pineaux, B. Stainmesse, Marcel Sutet et Marcel Vigneux).

celle du progressisme et du conservatisme: il existait des firmes innovatrices de petite taille tandis que de grosses affaires connaissaient l'échec. Issus pour la plupart de la métallurgie et des charbonnages – les deux points forts de la région-, les industriels bourguignons appartenaient pour plus du tiers d'entre eux à quelques-unes des firmes les plus considérables d'Europe: Schneider et Cie. du Creusot,²⁸ Fourchambault-Commentry et Compagnie des Mines de Blanzy. Entre eux, les solidarités familiales étaient fortes et les alliances multiples, qui, loin de se limiter aux seuls „héritiers“, caractérisaient aussi ou englobaient les ingénieurs fondateurs, commandités par de puissants bailleurs de fonds.

Bien que presque tous les patrons eussent, à la fin du Second Empire, possédé une fortune considérable, il existait entre eux, sous cet angle, d'importants écarts: ainsi entre Eugène Schneider (1805–1875) et l'ocrier auxerrois Antoine Parquin (1791?–1864).²⁹ Ces écarts de fortune tenaient entre autres à l'ascension sociale dont bénéficièrent près de la moitié des entrepreneurs de l'échantillon. Néanmoins ce mouvement ascensionnel revêt une ampleur plus limitée qu'il n'y paraît à première vue. Rares furent les véritables self-made men: la plupart de ces „parvenus“ émanaient de la „moyenne bourgeoisie“ et les fils du peuple ne créèrent ou dirigèrent que des entreprises moyennes.

Ces entrepreneurs bourguignons se sentaient investis de devoirs envers leur personnel. Le plus souvent, ils subirent l'influence du christianisme social – ainsi les Chagot –. Il y eut parmi eux des disciples de Le Play, à l'instar de Paul Benoist d'Azy (1824–1898), qui en suivit les cours à l'Ecole des Mines. Moins nombreux furent les Saint-Simoniens, dont le métallurgiste Emile Martin (1794–1871) fournit un bon exemple. D'autres enfin, moins nombreux, „prônaient une sorte de religion laïque du travail et de l'épargne“ (P. Jobert). Répondant au souci de disposer d'une main-d'œuvre stable et bien contrôlée, les œuvres en faveur du personnel portaient sur trois domaines essentiels: l'instruction, le logement et les institutions d'assistance (hôpitaux, pharmacies, caisses de secours et de prévoyance). Cette forme de paternalisme trouva surtout à s'exprimer au Creusot, à Montceau-les-Mines et à Fourchambault-Commentry, c'est-à-dire dans la grande entreprise.

Dans l'esprit des entrepreneurs bourguignons, ces devoirs étaient conçus comme la contrepartie des droits qu'ils exerçaient sur la population dépendant d'eux. Notables, ils se considéraient volontiers comme les représentants naturels de leurs concitoyens. Ils furent donc nombreux à exercer des mandats locaux, n'hésitant pas à s'engager en politique, puisque près d'un quart accédèrent au Parlement. Certains le firent nettement, à l'exemple de D. Benoist d'Azy dans le camp légitimiste, du comte Jaubert dans celui des orléanistes ou de L. Javal chez les républicains. En outre, certains exercèrent de très hautes fonctions, comme E. Schneider, qui présida un temps le Corps Législatif, ou le républicain Joseph Magnin (1824–1910), qui fut l'un des grands leaders de l'opportu-

²⁸ Claude Beaud, „Eugène Schneider (1805–1875)“, *L'Information historique* 49 (1987), pp. 70–72.

²⁹ Sur le patronat de l'Yonne, cf. les travaux de Jean-Charles Guilleaume, en particulier: Jean-Charles Guilleaume, *Guillet. Histoire d'une entreprise 1847–1979*, Auxerre 1986.

nisme. En revanche trop accaparés par la gestion de leur entreprise, de leur fortune et de leurs œuvres sociales, ils n'eurent guère de temps à consacrer aux activités culturelles.

La Franche-Comté

Le volume 3 traitera de la Franche-Comté.³⁰ Ecrit par Jean-Luc Mayaud, précédé d'une introduction de ce dernier et de Claude-Isabelle Brelot, il offre vingt-deux portraits d'entrepreneurs: onze pour le département du Doubs, quatre pour la Haute-Saône et sept pour le Jura. La sélection s'est, dans leur cas, opérée sur la base de deux critères principaux: les effectifs salariés et chiffre d'affaires. Ainsi s'explique la faiblesse de l'effectif retenu, qui relativise l'apport de la Franche-Comté à la constitution du grand patronat français. A l'exception de trois d'entre eux, les entrepreneurs franc-comtois étaient des industriels. Hommes d'affaires plus que grands patrons, ils fondèrent rarement des dynasties durables. Toutefois, il y eut des exceptions fameuses: les Japy, les Outhenin-Chalandre et surtout les Peugeot.

En Franche-Comté, le Second Empire ne constitua pas, loin s'en faut, „un âge d'or économique“. Les années 1860 en particulier marquèrent le déclin des secteurs traditionnels de l'industrie. A cette époque, le pôle le plus dynamique de l'économie régionale se situait dans le Nord-Est, autour du Pays de Montbéliard. Un effort continu de mécanisation y avait donné naissance à une puissante industrie cotonnière dominée par quelques grandes familles – Sahler, Méquillet-Noblot, branche cadette des Peugeot-. L'autre point fort de ce bassin d'emploi résidait dans sa métallurgie de transformation – Japy, branche aînée des Peugeot entre autres-. Besançon demeurait de son côté une importante place de commerce, où émergèrent quelques banques – Brétillot, Veil-Picard – ou maisons de commerce – Lippmann – de grande ampleur. Mais elle vit aussi des initiatives industrielles plus – Outhenin-Chalandre – ou moins – Salines de l'Est – durables. Des industriels de premier plan, il en existait aussi dans le Jura, tels le métallurgiste Edmond Monnier (1812–1885) ou le lunettier Aimé Lamy (1819–1889), qui fit fortune avec la galvanoplastie. Quant au Nord de la Haute-Saône, il comptait quelques établissements métallurgiques ou verriers de taille respectable.

Au patronat protestant de la région de Montbéliard s'opposait le milieu des entrepreneurs bisontins et jurassiens. Le premier constituait une caste fermée, mais puissante et se caractérisant par un paternalisme teinté de messianisme religieux; le second procédait d'un catholicisme libéral empreint, dans le Jura, d'un fouriéisme diffus. Le clivage se retrouvait dans l'habitat et la sociabilité, l'austérité des entrepreneurs montbéliardiens tranchant avec l'opulence affichée par certains de leurs homologues bisontins. Il se traduisait aussi par des rivalités et des luttes politiques, en particulier au sein du conseil général du Doubs.

³⁰ Jean-Luc Mayaud, *Les Patrons du Second Empire*, vol. 3: Franche-Comté, Paris et Le Mans 1991 (Préface et introduction de Claude-Isabelle Brelot et Jean-Luc Mayaud).

Le patronat parisien des grands magasins

Véronique Bourienne a par ailleurs récemment publié une remarquable étude sur le patronat parisien des grands magasins.³¹ Né du commerce des nouveautés et de l'apparition, dès la Restauration, de nouvelles méthodes commerciales – prix fixes, réclame, agencement de la devanture –, le grand magasin s'imposa sous le Second Empire.³² Les fondateurs de ces grands magasins furent presque tous de jeunes provinciaux venus faire fortune à Paris. S'ils ne connurent pas la même réussite spectaculaire, certains d'entre eux parvinrent à acquérir une fortune considérable: à son décès, Aristide Boucicaut (1810–1877), créateur du Bon Marché laissa un héritage équivalent à celui d'Eugène Schneider. Son cas ne fut pas isolé: Alfred Chauchard (1821–1909), Ernest Cognacq (1839–1928) et Xavier Ruel (1822–1900), respectivement fondateurs du Louvre, de la Samaritaine et du Bazar de l'Hôtel de Ville, accumulèrent des richesses équivalentes, voire supérieures.

Cette réussite, ils ne la devaient ni à leur fortune, ni à leur mariage. Fils d'artisans ou de boutiquiers, ils reçurent des leurs un appui financier initial, mais très vite devenu insuffisant en regard du développement de l'entreprise; un seul de ces patrons de grands magasins, en l'occurrence Jules Jaluzot (1834–1916), eut l'heure de faire le mariage qu'il fallait, son épouse lui apportant les sommes nécessaires à la fondation du Printemps. L'argent requis par la rapide expansion de leur maison, ces patrons le trouvèrent en partie auprès de spéculateurs fonciers et des Pereire, qui apportèrent notamment leur appui à Chauchard et Jaluzot. Mais y contribuèrent tout autant l'appel au réseau de leurs „amis“, la pratique systématique de l'autofinancement, et même l'appel à des mises de fonds du personnel, lorsqu'il fallait engager de lourds investissements nouveaux.³³ Ce dernier les accepta d'autant mieux qu'il bénéficiait souvent du système de la guelte – pourcentage accordé au vendeur sur le montant des ventes réalisées par lui –; en outre, l'institution fréquente d'un „conseil des intéressés“, formé des chefs des départements, permettait d'attacher à l'entreprise une authentique „technostructure“, soucieuse de son développement.

Il n'apparaît dès lors guère étonnant que le paternalisme ait été également fréquent, qui voulait, comme au Bon Marché, faire de l'entreprise une „sorte de famille adoptive“. Mais le souci d'encadrement moral des ouvriers n'existait pas toujours. Au Louvre par exemple, Chauchard et son associé Auguste Hériot (1826–1879) cherchaient plutôt à créer un climat de compétition, générateur de meilleur rendement. „Hommes déterminés efficaces et compétents“ (V. Bourienne), généralement passés par le milieu des calicots – c'est-à-dire des vendeurs employés dans les magasins de nouveautés –, les fondateurs de grands magasins ne furent que très rarement au point de départ de

³¹ Véronique Bourienne, „Boucicaut, Chauchard et les autres. Fondateurs et fondation des premiers grands magasins parisiens“, *Paris et Ile-de-France. Mémoires publiés par la Fédération des Sociétés Historiques et Archéologiques de Paris et de l'Ile-de-France* 40 (1989), pp. 257–335.

³² Bertrand Gille, „Recherches sur l'origine des grands magasins parisiens. Note d'orientation“, *ibid.* 7 (1955), pp. 251–264.

³³ Michael B. Miller, *Au Bon Marché, 1869–1920. Le consommateur apprivoisé*, Paris 1987.

dynasties. Ils ne fréquentaient guère les lieux privilégiés de la notabilité économique et aucun ne siégea à la Chambre ou au Tribunal de Commerce de Paris. Ils ne cherchèrent pas non plus à marier leurs enfants dans les milieux d'affaires, de la politique ou encore moins intellectuels. En fait leur influence s'exerçait avant tout sur le quartier ou l'entreprise, le grand magasin par „sa construction monumentale“ et „son architecture ostentatoire“ (V. Bourienne), jouant pleinement le rôle symbolique dévolu au château.

Des lignes qui précèdent ressort une première conclusion: il reste fort à faire encore avant de pouvoir prétendre à une synthèse définitive sur le patronat du Second Empire.³⁴ Néanmoins les recherches avancent. A terme proche – deux ou trois ans vraisemblablement³⁵ – devraient voir le jour trois nouveaux ouvrages, consacrés, le premier à l'Alsace (direction: Michel Hau), le second à Bordeaux (direction: Hubert Bonin), le troisième à Marseille (direction: Roland Caty et Eliane Richard). Ce dernier apparaît aujourd'hui comme le plus avancé. Présentant 100 entrepreneurs phocéens de premier plan, il comportera une importante introduction. Après une brève évocation de l'espace – le port, la cité et sa périphérie – et le temps – celui du „mythe saint-simonien“, de la mise en place des infrastructures, de la poussée démographique, de l'élargissement de l'horizon maritime (canal de Suez) et du libre échange, cette introduction cherchera, dans une première partie, à définir ces entrepreneurs au travers de la composition socioprofessionnelle de leur milieu, de leurs origines géographiques et sociales, ainsi que de leurs capitaux (types et niveaux de capital). Une seconde partie examinera les stratégies d'entreprises – selon les secteurs et la taille de celles-ci –, d'affaires – gestion des patrimoines et réseaux d'alliances – ainsi que d'accès à la notabilité et aux honneurs, en insistant entre autres sur la place essentielle tenue par la Chambre de Commerce, et l'éventuel cursus politique. La troisième partie étudiera les formes du contrôle social – paternalisme, institutions de bienfaisance et de charité, mécénat – ainsi que le cadre de vie et la sociabilité: habitat (hôtels et bastides), rapports familiaux, éducation et religion, culture et loisirs, mise en scène de la mort. Ce texte d'introduction s'achèvera sur une question: existait-il, vers 1860, un modèle de l'entrepreneur marseillais?

Oui, serait-on – déjà – presque tenté de répondre. L'approche régionale a en effet permis de dégager des caractéristiques régionales assez marquées: vigueur d'un patronat du Nord à dominante textile; difficultés d'adaptation des industriels de Normandie, du Maine et de l'Anjou, pourtant eux aussi majoritairement tournés vers le textile mais beaucoup moins enclins à innover; dualisme fondamental des patronats bourguignon et franc-comtois, quelques très grandes entreprises, mais aussi un certain nombre de PME connaissant, au cours du Second Empire, une assez belle réussite, tandis que la sidérurgie, point fort de ces deux régions avant 1860, plongeait dans une crise profonde, sinon mortelle, quand elle ne pouvait adopter la technique du puddlage ou s'approvisionner en charbon à un coût compétitif; l'importance des hommes d'affaires bourguignons au

³⁴ Denis Woronoff, „Les principaux hommes d'affaires du Second Empire. Le choix du terrain“, *Mélanges de l'Ecole Française de Rome* 100 (1988), pp. 147–154.

³⁵ Sous réserve que les problèmes de financement puissent trouver leur solution, ce qui n'est pas assuré.

regard de l'histoire politique nationale. Par delà les différences régionales s'esquisse cependant quelques constantes: le dynamisme des industriels et négociants protestants, patent au Havre ou dans la région de Montbéliard sans s'y cantonner (Kuhlmann), mais aussi l'existence d'un grand patronat catholique, paternaliste et tourné vers la nouveauté, ainsi les Chagot ou les Schneider en Saône-et-Loire; la réalité de PME innovatrices et capables d'anticiper les besoins futurs du marché, ainsi à Louviers ou au Mans; l'importance généralement accordée à la présence au sein des chambres et tribunaux de commerce ou à l'exercice de responsabilités municipales; le peu de temps consacré aux loisirs et à la vie sociale; la place considérable du marché parisien – notamment pour l'industrie textile –, son développement vigoureux aussi, d'où ces ascensions spectaculaires que l'on observe dans le secteur des grands magasins, mais qui ne sont pas rares non plus dans le secteur de la construction;³⁶ l'importance prépondérante des mécanismes de renouvellement des hommes – comme aussi des techniques et des équipements –. Dans ces mécanismes, plus que dans le processus d'accumulation, réside la trame principale de notre histoire économique. Le problème principal posé à la prosopographie des entrepreneurs devient dès lors le suivant: comprendre pourquoi tel „milieu“ a pu trouver les voies de ce renouvellement à un moment donné de l'histoire et pourquoi tel autre (ou lui-même à un autre moment) n'a pu y parvenir.³⁷ Comme nous y incite Michel Hau dans sa belle thèse,³⁸ sans doute convient-il de chercher du côté des normes culturelles ou morales, mais aussi de prendre en compte les combinaisons plus ou moins favorables des facteurs de production – par exemple pour toute comparaison entre Haute- et Basse-Normandie³⁹ – ainsi que de la logique des cheminements technologiques⁴⁰, particulièrement déterminante dans le cas de la sidérurgie.

³⁶ Jean-François Crola et André Guillerme, *Histoire des métiers du bâtiment aux XIXe et XXe siècles*, Paris 1991, pp. 9–37. Dominique Barjot, „Entreprises et patronat du bâtiment (XIXe–XXe siècles)“; Jeanne Gaillard, *Paris, la Ville (1852–1870)*, Thèse de Doctorat d'Etat. Université de Paris X-Nanterre, At. de reproduction des thèses de Lille III, Paris 1976; Michel Lescure, *Les Banques. L'Etat et le marché immobilier en France à l'époque contemporaine 1820–1940*, Paris 1982.

³⁷ Maurice Levy-Leboyer (éd.), „Dynasties patronales françaises“, *Le Mouvement social* 132 (1985), pp. 3–57.

³⁸ Cf. Hau.

³⁹ Sur la Basse-Normandie, cf. Alain Lemenorel, *L'impossible révolution industrielle? Economie et sociologie minière en Basse-Normandie, 1800–1814*, Caen 1988.

⁴⁰ François Caron, *Le Résistible déclin des sociétés industrielles*, Paris 1985; cf. aussi François Caron (éd.), „Le Changement technique contemporain. Approches historiques“, *Histoire, Economie, Société* 2 (1983), n° 1; id., „L'Innovation et l'histoire“, *ibid.* 6 (1987), n° 2; Dominique Barjot, Emmanuel Chadeau, Michèle Merger et Girolomo Ramunni, „L'Industrialisation“, *ibid.* 8 (1989), n° 3.

Patrick Fridenson

Les patronats allemand et français au XXème siècle

Essai de comparaison

En Allemagne comme en France, le patronat est au XX^e siècle un groupe social qui se forge, se confirme, se transforme par l'affrontement. Il s'agit en effet pour lui d'affronter ses concurrents nationaux et étrangers, sa propre main-d'oeuvre, et enfin l'Etat sur le territoire duquel il est implanté. C'est cette situation d'affrontement qui explique le développement d'un mouvement patronal organisé (*Unternehmertum*) dans les deux pays, soit par le renforcement d'organisations nées au cours du XIX^e siècle, soit par la mise en place de structures nouvelles adaptées aux besoins propres du XX^e siècle.

Pourtant les différences entre les deux syndicalismes patronaux sautent aux yeux. Elles portent sur le degré de cohésion du mouvement patronal, sur le rôle du syndicalisme patronal dans les rapports sociaux, sur les relations avec l'Etat. Nous tenterons de les expliquer point par point, ce qui nous amènera à nous interroger en fin de compte sur les logiques nationales qui inspirent les entrepreneurs au cours de notre siècle.

Ces patrons constituent-ils une élite? Au XIX^e siècle, la question pourrait se poser. Toni Pierenkemper montre bien comment en Allemagne les entrepreneurs s'étaient peu à peu constitués en une élite de fonction, mais sans réussir vraiment à devenir une élite de pouvoir. La position des entrepreneurs français était manifestement meilleure à la fin du siècle.¹ Notre hypothèse de base, pour le XX^e siècle, est que le patronat dans les deux pays est parvenu au rang d'élite de pouvoir, à en juger notamment par la mobilité entre les autres types d'élites et les élites économiques.

1. La cohésion du mouvement patronal

Si l'on considère le syndicalisme patronal en France et en Allemagne depuis la fin de la deuxième guerre mondiale et jusqu'à aujourd'hui, les différences de cohésion sont manifestes. En Allemagne (comme en Scandinavie) les organisations d'employeurs sont „puissantes, structurées, obéies“. En France (comme en Italie) leurs homologues ne bénéficient le plus souvent que d'un „crédit limité“ de la part d'entrepreneurs jaloux de leur autonomie et cultivant à l'occasion les organismes parallèles „qui réfléchissent mais

¹ Cf. Christophe Charle, *Les élites de la République*, Paris 1987.

ne négocient pas². S'agit-il seulement de différences géographiques au sein de l'Europe, entre une culture sociale unifiante et massive des pays du Nord et une culture sociale davantage pluraliste des pays du Sud? On ne peut s'en tenir à cette explication empruntée à la psychologie des peuples et à la géopolitique. S'agit-il inversement de différences plus apparentes que réelles? C'est la thèse soutenue au cours du colloque d'Arc-et-Senans en 1990 par Toni Pierenkemper, pour qui le syndicalisme patronal allemand n'a pas toujours la force et la cohésion qu'on veut bien lui prêter. Mais tous les historiens allemands ne sont pas d'accord avec lui sur ce point, et en tout état de cause une différence de degré subsiste, à l'avantage de l'Allemagne.

Cet avantage relatif de l'Allemagne en matière de cohésion du mouvement patronal me paraît plutôt résulter d'une plus grande capacité de coopération des entrepreneurs allemands, d'une pression souvent plus forte des syndicats ouvriers et d'une réaction vigoureuse à la menace que la précocité et l'ampleur de l'Etat-providence pouvait représenter pour les intérêts patronaux allemands.³

Les élites patronales acquièrent ainsi une expérience d'organisation plus rapidement en Allemagne qu'en France. C'est dès 1876 que voit le jour l'Association Centrale des Industriels Allemands (Zentralverband Deutscher Industrieller, ZDI), qui réunit à la fois des entreprises, des chambres de commerce, des personnes privées, à l'instigation des puissants syndicats patronaux de la métallurgie et des mines. Elle se préoccupe avant tout de questions douanières et fiscales, c'est-à-dire de la politique économique de l'Etat. Le terrain social lui échappe, car il relève de la responsabilité propre de chaque employeur ou bien d'associations locales d'employeurs qui se spécialisent dans cette tâche.⁴ En France, en revanche, l'unification des associations patronales doit attendre juillet 1919, et encore la Confédération Générale de la Production Française créée à cette date résulte-t-elle d'une initiative non pas des entrepreneurs eux-mêmes, mais de l'Etat, convaincu de l'opportunité d'avoir en face de lui un interlocuteur unique parlant au nom de tout le patronat.⁵

Cependant il ne faut pas exagérer la cohésion de ces premières organisations professionnelles, en Allemagne comme en France. En Allemagne le ZDI subit deux scissions, en 1889 et 1899, en raison de divergences au sein du patronat sur le protectionnisme et sur la place des industries nouvelles. Le patronat allemand ne retrouve son unité que sur le terrain social, à la suite de la poussée du syndicalisme ouvrier.⁶ Celle-ci l'amène, en effet, à se doter en 1904 de deux structures distinctes et rivales, l'Hauptstelle Deutscher

² Bernard Brunhes, „Trois modèles de culture sociale“, *Projet* 217 (1989), pp. 10–15.

³ Voir dans le même sens Dick Geary, „The industrial bourgeoisie and labour relations in Germany 1871–1933“, in: David Blackhourn et Richard J. Evans (éds.), *The German bourgeoisie*, Londres 1991, pp. 140–161.

⁴ Roswitha Leckebusch, *Entstehung und Wandlungen der Zielsetzungen, der Struktur und der Wirkungen von Arbeitgeberverbänden*, Berlin 1966; Hartmut Kaelble, *Industrielle Interessenpolitik in der Wilhelminischen Gesellschaft*, Berlin 1967.

⁵ Richard F. Kuisel, *Le capitalisme et l'Etat en France*, Paris 1984.

⁶ Hans-Peter Ullmann, „Unternehmerschaft, Arbeitgeberverbände und Streikbewegung“, in: Klaus Tenfelde et Heinrich Volkmann (éds.), *Streik*, München 1981; Hans-Peter Ullmann, *Interessenverbände in Deutschland*, Frankfurt/M. 1988.

Arbeitgeberverbände (Centrale des Unions patronales allemandes) et le Verein Deutscher Arbeitgeber (Union des Associations d'employeurs allemands). Mais les similitudes entre elles sont si fortes que bientôt elles se rapprochent, pour fusionner en 1913 dans la Réunion des Associations d'employeurs allemands (Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände). La fusion de confédérations patronales agissant sur le terrain économique suit, en 1919, avec la naissance du Reichsverband der Deutschen Industrie (Confédération de l'Industrie Allemande). Cette évolution contrastée du syndicalisme patronal allemand appelle deux remarques. D'une part, la distinction à partir de 1904 entre des organisations spécialisées dans les relations sociales et d'autres actives dans le domaine de l'économie et de l'Etat va durer jusqu'à nos jours. Cette division du travail constitue désormais une spécificité des entrepreneurs allemands par rapport à la plupart de leurs collègues européens. D'autre part on peut estimer qu'entre 1899 et 1913 les deux confédérations économiques et même les deux confédérations sociales n'étaient pas très efficaces. La force principale du syndicalisme patronal allemand se situait alors dans ses Unions régionales et ses Fédérations professionnelles par branche d'industrie.

On pourrait facilement soutenir qu'en France il en va de même: divergences analogues entre industries lourdes et industries de transformation ou entre grandes et petites entreprises, force particulière de trois organisations professionnelles (le Comité des Forges, le Comité Central des Houillères de France, l'Union des Industries Métallurgiques et Minières, la plus récente des trois, fondée en 1900), affaiblissement de la jeune Confédération Générale de la Production Française culminant dans sa crise en 1936 après les grèves ouvrières avec occupations d'usines et les concessions arrachées au patronat organisé par syndicats ouvriers et gouvernement. Pourtant on ne peut s'en tenir à l'impression d'un strict parallélisme dans les limites du syndicalisme patronal entre France et Allemagne. Tout bien pesé, en 1914 et encore en 1933 la cohésion des organisations allemandes malgré ses fractures reste tout de même supérieure à celle de leurs homologues françaises.⁷

Dans les deux pays le problème de la cohésion du syndicalisme patronal s'est posé en d'autres termes après le choc du nazisme. En effet, après la prise de pouvoir des nazis les organisations patronales ont été amenées à se dissoudre à la fin de l'année 1933. En 1934 une loi a réorganisé les organisations patronales allemandes en six groupes, „fonctionnant de façon très hiérarchique sous l'autorité d'un chef désigné par le Ministre de l'Economie“.⁸ Il en a été ainsi jusqu'en 1944. En France, sous l'occupation allemande la Confédération Générale de la Production Française a été dissoute par la loi en 1940, sans remplacement direct possible. Car la résurrection du syndicalisme patronal dans les deux pays après la guerre ne s'est pas faite dans des conditions identiques. De surcroît elle a été l'occasion d'un remodelage des structures et du rôle de ces organisations qui montre la place nouvelle des élites patronales dans la deuxième moitié du XX^e siècle.

⁷ Patrick Fridenson, „Le conflit social“, in: André Burguière et Jacques Revel (dir.), *Histoire de la France*, vol. III: Les conflits, Paris 1990, pp. 425–430.

⁸ Christian Dufour, „Le patronat ouest-allemand: un centenaire polyactif“, *La Note de l'IRES*, 4^e trimestre 1987, p. 45.

Prenons d'abord le cas de l'Allemagne.

Lorsque le patronat allemand reçoit le droit de reconstituer des groupements nationaux interprofessionnels, il ne revient pas à une seule organisation unifiée comme celle qui avait brièvement existé au début du nazisme, de juin à décembre 1933. Il retourne à la séparation des tâches entre une organisation économique, qui reprend le vieux nom de Bund der Industriellen, en janvier 1950, et une organisation sociale, la Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, fondée un peu plus tard, en novembre 1950. Il ne s'agit pourtant pas d'une pure et simple résurrection. Au sein du B.D.I. la domination initiale de l'industrie lourde s'effrite peu à peu au profit des producteurs de biens de consommation ou d'équipement. Quant à la B.D.A., à la différence de l'ancienne V.D.A. „elle ne regroupe pas seulement les entreprises industrielles mais toutes les entreprises quel que soit leur secteur d'activité. Cette modification n'est pas (uniquement) un phénomène organisationnel. Elle correspond à la volonté affirmée de faire du patronat le responsable essentiel de la vie sociale du pays.“⁹

Ces deux organisations ne sont pas de simples groupes de pression. Elles incarnent la volonté d'autonomie du patronat allemand, dont elles sont les instruments. Le B.D.I. entend affirmer le principe d'auto-organisation de l'économie: aux entrepreneurs appartenant la responsabilité de définir et de mettre en oeuvre la politique économique souhaitable, dans le cadre de leurs organisations; à l'Etat de soutenir celle-ci, au patronat organisé de limiter la tendance irrépressible de l'Etat à intervenir dans la vie des affaires. De manière tout-à-fait parallèle, la B.D.A. milite pour deux principes liés, ceux de l'autonomie salariale et de l'équilibre. Le premier, reconnu dès 1949 par la Constitution de la République Fédérale, pose la réglementation du travail et la fixation des salaires comme relevant d'un dialogue entre les seules organisations d'employeurs et de salariés. On mesure l'évolution par rapport à l'avant-guerre. Le second principe stipule que syndicats, patronat et l'Etat sont également impliqués dans la bonne marche de „l'économie sociale de marché“ (conception nouvelle définie en 1947 par l'économiste de Münster Alfred Müller-Armack). En d'autres termes, parmi ces trois forces aucune ne doit prendre le pas sur les autres.¹⁰ Avec ces trois principes le patronat organisé parvient à renforcer sa position idéologique. Il y réussit en poussant au premier plan la contradiction traditionnelle entre l'Etat et la société civile.

Mais cette donne nouvelle des années 1950 comporte encore une dimension inédite: administration, gouvernement et parlement abandonnent la vieille théorie de l'Etat pouvoir neutre au-dessus des groupes d'intérêts. Sous l'influence du modèle américain de la „démocratie de concurrence“, ils en viennent à admettre les organisations patronales comme représentants légitimes d'intérêts particuliers. L'activité de lobby auprès du

⁹ *Ibid.* p. 46.

¹⁰ Gerhard Erdmann, *Die Deutschen Arbeitgeberverbände im sozialgeschichtlichen Wandel der Zeit*, Neuwied 1966; Walter Simon, *Macht und Herrschaft der Unternehmerverbände BDI, BDA und DIHT*, Köln 1976; Werner Abelshauser, „Les nationalisations n'auront pas lieu. La controverse sur l'instauration d'un nouvel ordre économique et social dans les zones occidentales de l'Allemagne de 1945 à 1949“, *Le mouvement social* 134 (1986), pp. 81–96, ici pp. 90–91.

parlement, là aussi à l'américaine, entre ainsi dans la panoplie du syndicalisme patronal allemand. Elle en fait toujours partie, même si depuis 1972 elle s'accomplit de façon plus discrète et subit la concurrence des pressions directes qu'exercent désormais la plupart des grandes entreprises allemandes sur le régime et sur le parlement. Sur ce point je ne suis pas convaincu pleinement par les analyses historiques qui disent qu'aujourd'hui le B.D.I. n'est plus que l'ombre de lui-même.¹¹ Je préfère penser que le changement de génération et les modifications du jeu social et politique ont amené les élites patronales allemandes à avoir plusieurs fers au feu.

Le cas de la France met en évidence moins des différences par rapport à l'Allemagne, inévitables, que des décalages et même quelques similitudes marquantes.

On a vite fait le tour des principales différences. L'appareil de permanents salariés employés par les organisations patronales reste, malgré sa croissance et sa professionnalisation depuis les années 1960, moins étayé en France qu'en Allemagne.¹² Corrélativement, la confédération patronale française ne possède pas l'équivalent exact de la commission de surveillance de la politique contractuelle créée par la B.D.A. au milieu des années 1950 ni a fortiori du „catalogue des tabous“ à respecter dans les négociations sociales que la B.D.A. publie régulièrement.¹³ Le mouvement patronal français d'après-guerre est traversé par davantage de contradictions internes. Il en existe un symbole éclatant: l'existence d'une structure distincte pour les petits patrons, la Confédération Générale des Petites et Moyennes Entreprises, et sa fondation en octobre 1944 précède de près de deux ans celle de l'organisation la plus englobante, le Conseil National du Patronat Français, né en 1946, avec lequel la C.G.P.M.E. va entretenir des relations parfois tendues. Celles-ci se caractérisent à la fois par la volonté farouche d'autonomie de la C.G.P.M.E. et par la réalité de l'interdépendance profonde entre elle et le C.N.P.F.¹⁴ Enfin les pratiques réelles du patronat organisé français à l'égard de l'Etat sont beaucoup plus ambiguës que ne le laisse croire le libéralisme officiel des proclamations, du moins jusqu'aux années 1970.

On peut penser que ces grandes différences entre élites patronales allemandes et françaises depuis la fin de la dernière guerre s'expliquent avant tout par la différence entre le tissu économique de la France et celui de l'Allemagne, et au premier chef bien évidemment par la concentration économique plus poussée en Allemagne.

On doit cependant relever aussi l'apparition de similitudes significatives dans trois domaines.

Même si la France ne possède pas d'organisation patronale spécialisée dans les relations sociales et analogue à la B.D.A., l'Union des Industries Métallurgiques et Minières (dont nous avons signalé plus haut la naissance) en devient à peu près l'équivalent à

¹¹ Volker Berghahn, „Die Wirtschaftseliten in der Politik der Bundesrepublik“, in: Hans-Georg Wehling (éd.), *Eliten in der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1990, pp. 136–140.

¹² Frank L. Wilson, *Interest-group politics in France*, Cambridge 1987, pp. 144–145.

¹³ Dufour, „Le patronat“, p. 49.

¹⁴ Catherine Herault-Cailleux, *Le patronat français 1944–1947*, mémoire de maîtrise, Université Paris I, 1981, pp. 13–30; Sylvie Guillaume, *La Confédération Générale des Petites et Moyennes Entreprises: son histoire, son combat*, Bordeaux 1987.

partir de 1950. Par sa documentation et ses analyses, par ses interventions et ses conseils, elle joue désormais un rôle pilote dans le domaine social pour l'ensemble des branches, et un nombre croissant d'entreprises se détermine par rapport à ses positions.¹⁵ Cette situation présente un avantage pour le mouvement patronal français: l'absence d'une véritable structure interprofessionnelle à l'allemande lui évite le plus souvent d'avoir à subir les retombées politiques des questions sociales. Mais l'autorité de l'U.I.M.M., bien que forte, n'est pas suffisante pour empêcher les manifestations d'indiscipline.

En second lieu, la confédération nationale abandonne son statut de groupe de pression oeuvrant dans l'ombre. A la suite de débats internes puis du choc provoqué par l'explosion sociale de mai-juin 1968, le C.N.P.F. se mue entre 1969 et 1972 en une force d'intervention au grand jour, en un acteur à part entière de la vie publique. Il a désormais délégation de ses membres pour communiquer avec la société. La création d'une direction générale de l'information au C.N.P.F. constitue une étape essentielle de la transformation de cette organisation en un véritable parti de l'entreprise.¹⁶ On peut discuter de ses causes profondes: le renforcement du patronat managérial, voire multinational, au sein du groupe des chefs d'entreprise, le renouveau de la contestation sociale, l'évolution des modes de communication dans la société française. Ce résultat n'en apparaît pas moins comme un alignement de fait du mouvement patronal français sur la place que tiennent B.D.I. et B.D.A. en Allemagne depuis 1950, avec un décalage de 20 ans. Dans les années 1970, le B.D.I. mène campagne pour redorer l'image de l'entreprise et de l'économie. Le C.N.P.F., tout occupé à faire de l'entrepreneur une figure de proue de la société, est alors au diapason de son confrère allemand.

Enfin le doublement des interventions officielles des organisations patronales auprès des pouvoirs publics par des pressions directes des entreprises elles-mêmes, que nous avons souligné pour l'Allemagne, s'observe aussi de plus en plus dans le cas de la France. Nombre de grandes entreprises y développent en effet des équipes spécialisées dans ces relations directes, ainsi que des réseaux d'influence.¹⁷

Au total, il semble donc bien que, par delà les différences dans les formes d'organisation et dans le degré global de cohésion, les éléments de rapprochement entre les mouvements patronaux allemand et français s'accroissent. Sur ce point la thèse d'une convergence entre les deux sociétés, que l'historien allemand Hartmut Kaelble a exposée avec force récemment, trouve confirmation.¹⁸ En va-t-il de même lorsque l'analyse descend du syndicalisme patronal aux entrepreneurs étudiés individuellement?

¹⁵ Philippe Mioche, *La sidérurgie et l'Etat en France des années 1940 aux années 1960*, thèse de doctorat d'Etat, Université Paris IV, 1992, pp. 523–524, 722–726.

¹⁶ Henri Weber, *Le parti des patrons. Le C.N.P.F. (1946–1986)*, Paris 1991; Wolfgang Kowalsky, *Frankreichs Unternehmer in der Wende (1965–1982)*, Rheinfelden 1989; id., „Unternehmerische Diskursstrategien im zeitgenössischen Frankreich“, *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 15 (1990), pp. 26–37.

¹⁷ Wilson, p. 96.

¹⁸ Hartmut Kaelble, *Nachbarn am Rhein. Entfremdung und Annäherung der französischen und deutschen Gesellschaft seit 1880*, München 1991.

2. La production des dirigeants d'entreprise

On peut tout de suite afficher la couleur. Que l'on se place au début ou à la fin du XX^e siècle, il existe bel et bien un vif contraste entre le modèle français et le modèle allemand de production de dirigeants de grandes entreprises. Il n'est pas possible de parler cette fois d'un rapprochement progressif entre les deux.

Plusieurs enquêtes récentes étaient cette conclusion. Pour la France, Pierre Bourdieu a étudié les grandes écoles et leurs débouchés;¹⁹ Maurice Lévy-Leboyer a analysé les dirigeants des 30 plus grandes entreprises cotées en Bourse de 1912 à 1973;²⁰ Michel Bauer et Bénédicte Bertin-Mourot en ont fait autant sur les premiers responsables des 200 entreprises les plus importantes au début des années 1980.²¹ Pour l'Allemagne, outre divers travaux de chercheurs allemands, nous disposons de la thèse d'Hervé Joly sur les responsables des quinze plus grands groupes industriels depuis 1945²² et d'une enquête sur les 200 entreprises les plus importantes d'Allemagne en 1990 réalisée à l'initiative de M. Bauer et B. Bertin-Mourot et les comparant à leur échantillon français actualisé.²³ Comme ces recherches ne font presque pas apparaître de différences entre les dirigeants de filiales de multinationales étrangères implantées dans les deux pays, on peut suivre les deux derniers auteurs cités lorsqu'ils se choisissent de mettre l'accent sur les grands patrons des sociétés mères des principaux groupes industriels des deux pays.

Les différences les plus marquantes se manifestent lorsque l'on examine deux dimensions stratégiques de l'expérience professionnelle des grands patrons: l'âge d'entrée pour la première fois en entreprise, le temps passé dans l'entreprise dirigée avant d'en être le chef. L'âge d'entrée est en moyenne de 25 ans en Allemagne et de 32 en France, soit un écart de 21%. Le temps passé avant d'accéder au sommet est de 14 années en Allemagne, contre 8 en France, soit un écart supérieur à 40%. Ces chiffres valent pour 1990, mais pour d'autres dates du XX^e siècle on trouverait sans doute des amplitudes d'écart assez voisines. Il convient donc de les expliquer, ce qui suppose que l'on s'interroge sur les viviers de recrutement des grands patrons et sur les types de managers privilégiés en France et en Allemagne.

Les viviers de recrutement pour les responsables suprêmes des grandes entreprises opposent trait pour trait les deux pays. La firme allemande puise d'abord en son propre sein. L'entreprise est le premier vivier de ses futurs chefs.²⁴ 66% des grands patrons des plus importantes sociétés mères allemandes de 1990 étaient issus de celles-ci. Cette donnée majeure explique l'importance considérable dans l'échantillon de 1990 des

¹⁹ Pierre Bourdieu, *La Noblesse d'Etat*, Paris 1989.

²⁰ Maurice Lévy-Leboyer, „Le patronat français, 1912–1973“, in: id. (éd.), *Le patronat de la seconde industrialisation*, Paris 1979, pp. 137–185.

²¹ Michel Bauer et Bénédicte Bertin-Mourot, *Les 200. Comment devient-on un grand patron?*, Paris 1987.

²² Hervé Joly, *L'élite industrielle allemande. Métier, pouvoir et politiques 1933–1989*. Thèse de Doctorat, Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales, 1993.

²³ Michel Bauer et Bénédicte Bertin-Mourot, „Les 200^e en France et en Allemagne“, Paris 1992.

²⁴ Roger Fauroux, „L'industriel et le fonctionnaire“, *Le Débat*, mai-septembre 1986.

grands patrons autodidactes en Allemagne: 30%. L'appartenance à l'entreprise compte plus que le niveau initial de formation. L'entreprise allemande se révèle ainsi une formidable machine à sélectionner ses leaders. En revanche, une majorité relative de grandes firmes françaises déléguent à l'appareil d'Etat le soin de sélectionner leurs futurs animateurs. 45% des n°s 1 des grandes entreprises françaises de 1990 avaient été détectés du côté de l'Etat.

Ce qui est ici en cause dans cette spécificité française, c'est bien entendu le poids des grandes écoles publiques et de leur débouché normal, les grands corps de l'Etat. Depuis les années 1880 et surtout 1900, une fraction des plus brillants sujets qu'elles ont pour mission de trier quittent le service de l'Etat pour un emploi d'entreprise. Il en va de même pour une partie des hauts fonctionnaires qui en cours de carrière sortent de l'administration pour entrer dans une entreprise.²⁵ Cette pratique du pantoufle a pour adeptes prioritaires les bottiers de l'École Polytechnique, en particulier les ingénieurs du Corps des Mines, et, depuis 1945, les énarques.²⁶ Il vaut la peine de réfléchir sur ses implications pour les entreprises. Ces écoles dispensent une formation générale. Ainsi un corpsard comme Roger Martin, devenu président de Saint-Gobain/Pont-à-Mousson, en dresse-t-il un tableau acide: „Je serais bien ingrat de prétendre que l'enseignement reçu ne m'a servi à rien, mais je puis affirmer qu'il ne faisait qu'une part caricaturale à l'économie et qu'il ignorait totalement l'art de la gestion. En deux années d'École Polytechnique, suivies de deux années d'École des Mines, je crois n'avoir jamais entendu prononcer les mots d'entreprise et de marché“.²⁷ Même si depuis la dernière guerre cette lacune a fini par être corrigée, la formation donnée dans ces écoles reste assez polyvalente. Cette caractéristique suggère déjà un type de manager et une mobilité différents de ce que l'on observe pour l'Allemagne.

Seconde implication de la prédominance des grandes écoles dans la détection des futurs dirigeants français: la faible taille du vivier de dirigeants possibles. Certes les effectifs de ces écoles se sont accrus depuis la fin du XIX^e siècle, mais l'augmentation du nombre des membres des grands corps de l'Etat a été moindre, et de toute façon ils continuent à proposer un nombre de prétendants possibles aux fonctions de dirigeant bien inférieur aux ressources humaines que représente le personnel d'encadrement des grandes entreprises allemandes. Le vivier français reste donc plus étroit que le vivier allemand. Ce dernier de surcroît n'est pas victime de la rareté dans les quelques cas où l'entreprise ne se contente pas de puiser en son sein, mais fait quand même appel à la fonction publique. En Allemagne „les ingénieurs de l'Administration des Mines sont en effet recrutés, comme les autres fonctionnaires, sur dossier parmi l'ensemble des postulants titulaires du titre de *Bergassessor*. Le nombre de titres attribués n'est pas lié au nombre de postes à pourvoir, tout diplômé de l'Université a au contraire le droit de

²⁵ Christophe Charle, „Le pantoufle en France (vers 1880 – vers 1980)“, *Annales* 42 (1987), pp. 1115–1137.

²⁶ Hervé Joly, *L'appartenance aux grands corps administratifs comme filière d'accès au sommet des grandes entreprises dans la France de l'après-guerre (1945–1969)*, mémoire de D.E.A., E.H.E.S.S.-E.N.S., 1989.

²⁷ Roger Martin, „Editorial“, *Entreprises et Histoire*, avril 1992, p. 3.

suivre la formation de *Bergassessor*. Leur nombre et la multiplicité des lieux de formation (5 dans l'Allemagne d'avant 1945, 3 ensuite) empêchent la constitution d'un corps aussi restreint que le Corps des Mines français.²⁸ La priorité accordée par la grande majorité des firmes allemandes au recrutement interne pour le choix des élites patronales, l'absence en Allemagne de concours d'accès à la haute fonction publique produisant de la rareté ont à leur tour une série d'implications sur les formations et les itinéraires qui conduisent aux positions dirigeantes dans les entreprises.

D'abord la diversité des diplômes obtenus par les patrons allemands contraste avec la prépondérance du diplôme des trois principales écoles chez leurs homologues français. Cependant de cette variété allemande émerge nettement un diplôme: le doctorat. Aujourd'hui plus de la moitié des grands patrons allemands ont un doctorat. Cette position dominante du titre de docteur n'est pas due seulement au pourcentage élevé de patrons allemands qui ont occupé au préalable des fonctions d'ingénieur. En effet, il n'y a qu'un tiers de ces docteurs à l'être en sciences et techniques, contre autant en droit et autant en économie. Ce qui signifie donc que les grandes entreprises allemandes recherchent en majorité comme dirigeants des personnes ayant mené leurs études supérieures jusqu'à leur terme et ayant notamment reçu une formation à et par la recherche. En revanche, malgré l'ancienneté de la gestion (*Betriebswirtschaftslehre*) comme discipline universitaire en Allemagne, l'Allemagne ne dispose pas d'écoles spécialisées dans la formation des managers, contrairement aux Etats-Unis, à la Grande Bretagne (les *business schools*) et même à la France (H.E.C. notamment).²⁹ Sans doute faut-il y voir une nouvelle marque de la volonté des grandes entreprises allemandes de garder le plus large vivier de recrutement possible. Mais on y lira aussi l'empreinte de la prépondérance des ingénieurs devenus patrons, elle-même liée aux spécialisations de l'industrie allemande.

Une autre originalité du modèle allemand de production de patrons consiste dans la présence de dirigeants ayant effectué à partir de l'entreprise un aller-retour en direction de l'Etat. „Il s'agit d'hommes entrés extrêmement jeunes et non diplômés dans une entreprise“ qui passent ensuite dans l'administration et qui „n'ont pas tout oublié de cette première activité professionnelle quand ils retournent 15 ou 20 ans plus tard en entreprise“.³⁰ Cette sous-population fort minoritaire possède par rapport aux pantoufleurs français une plus grande capacité à réaliser la synthèse entre culture d'entreprise et culture de l'Etat.

A ce fort contraste entre les deux pays pour ce qui concerne la formation et la sélection des entrepreneurs correspond une différence marquée des profils de carrière.

En majorité les grands patrons français sont des managers généralistes. Il se distinguent par leur vision stratégique, leur capacité organisatrice et leurs réseaux de relations. Ils peuvent exercer leurs fonctions successivement dans des secteurs très variés. L'attraction exercée par ce profil explique l'évolution de l'Ecole des Hautes Etudes Com-

²⁸ Lettre d'Hervé Joly à l'auteur, 9 septembre 1990.

²⁹ Robert R. Locke, *The end of the practical man*, Greenwich (CT) 1984, et *Management and higher education since 1940*, Cambridge 1989.

³⁰ Bauer, Bertin-Mourot, „Les 200“ en France et en Allemagne, p. 34.

merciales, fondée en 1881. D'abord axée sur la formation de techniciens de la vente ou de la comptabilité, elle en est venue, surtout après la deuxième guerre mondiale, à fournir aussi des diplômés susceptibles d'accéder au niveau de dirigeant dans toutes sortes de secteurs.³¹ Deux grands corps de l'Etat excellent à fournir ces managers généralistes: l'Inspection des Finances et le Corps des Mines.³² Un indice parmi d'autres: l'abondant usage dans la langue française du terme générique d'affaires, de préférence à celui d'entreprise... L'évolution des structures d'une partie des grandes entreprises françaises à partir des années 1950 vers une organisation multidivisionnelle inspirée de l'Amérique a encore renforcé ce profil de manager généraliste. Elle spécialise en effet les dirigeants dans des tâches de stratégie et de contrôle qui n'impliquent pas d'expérience directe d'un des métiers de base de l'entreprise.³³

Cette prédominance des managers généralistes va de pair avec une assez importante mobilité de ceux-ci d'une entreprise à l'autre et d'une branche à l'autre. Les exemples abondent, tout au long du XX^e siècle, de reconversions réussies en peu de temps dans des domaines éloignés de la première expérience d'entreprise. Tout se passe comme si, dans le système industriel français contemporain, l'adaptabilité l'emportait sur la compétence professionnelle chez les grands patrons généralistes.

Les caractéristiques de la majorité des grands patrons allemands sont à l'opposé. Ce sont en premier lieu des spécialistes, non seulement d'une entreprise, mais encore d'un métier. Celui-ci dépend le plus souvent de la nature de la formation suivie. Par exemple, un ingénieur des mines fait carrière comme ingénieur dans les mines. Cette identification au métier peut avoir de lourdes contreparties. Lorsqu'en 1968 les groupes sidérurgiques allemands ont cédé leurs activités charbonnières à la société unique Ruhrkohle, ils ont par là même fermé à leurs anciens ingénieurs des mines l'accès à la direction des autres grands groupes industriels. Son expérience du métier est l'atout-maître du futur grand patron allemand. Mais il peut en devenir prisonnier.³⁴

En deuxième lieu les cadres dirigeants allemands au XX^e siècle sont moins mobiles que leurs homologues français d'une entreprise à l'autre et surtout d'une branche à l'autre. C'est bien sûr la conséquence du poids du métier dans la carrière ainsi que d'une valorisation supérieure de la fidélité à l'entreprise en Allemagne. C'est aussi un effet des stratégies de carrière des cadres supérieurs français qui savent que la mobilité est une condition préalable à l'accès au sommet de la grande entreprise dans la forte majorité des cas. En Allemagne cette tendance existe au niveau du dirigeant le plus haut placé de

³¹ Marc Meuleau, *Les H.E.C. et l'évolution du management en France (1881–années 1980)*, thèse de doctorat d'Etat, Université Paris X-Nanterre, 1992.

³² Cf. respectivement Emmanuel Chadeau, *Les inspecteurs des Finances au XIXe siècle (1850–1914)*, Paris 1986; Nathalie Carré de Malberg, „Pourquoi devient-on inspecteur des Finances de 1919 à 1946?“, *Etudes et documents*, III, 1991, pp. 361–368; André Thépot, *Les ingénieurs du Corps des Mines au XIXe siècle*, thèse de doctorat d'Etat, Université Paris-Nanterre, 1991; Joly, *L'appartenance*, IIIe partie.

³³ Gareth P. Dyas et Heinz T. Thanheiser, *The emerging European enterprise. Strategy and structure in French and German industry*, Londres 1976, pp. 248 et 261.

³⁴ Joly, lettre déjà citée.

l'entreprise. Il est en Allemagne un peu plus mobile que les autres dirigeants. Mais, pour être précis, cette mobilité supérieure reste encore très inférieure à celle des dirigeants français.³⁵

L'analyse des dirigeants d'entreprise met donc en évidence une opposition radicale entre un modèle allemand et un modèle français. Celle-ci souffre cependant une exception importante: le secteur de la grande distribution. Le recrutement et la carrière des dirigeants semblent s'y dérouler de manière identique dans les deux pays. Ils privilégièrent les détenteurs d'une fraction du capital de l'entreprise, et parmi eux les fondateurs par rapport aux héritiers. La promotion interne joue un rôle minoritaire. Le pantouflage est très faible. Tous les auteurs s'accordent à expliquer cette singularité par la prévalence d'un modèle de type capitalisme familial, celui qui régnait avant la révolution industrielle et que les conditions de concurrence et de croissance propres à ce secteur ont maintenu en vie par dérogation au modèle dominant que les acteurs sociaux ont construit dans les autres secteurs au cours des deux derniers siècles.³⁶

Convergence progressive des syndicalismes patronaux, divergence confirmée de la production des dirigeants, laquelle de ces deux dynamiques l'emporte dans la comparaison des rapports sociaux?

3. La logique des rapports sociaux

Il faut bien entendu se garder, dans ce domaine, des approches intemporelles, qui dévient très vite vers le recours aux stéréotypes. L'étude des rapports sociaux doit donc donner toute sa place à la chronologie. Celle-ci suggère aussitôt la variabilité des luttes sociales. Des années 1950 aux années 1970 celles-ci sont plus nombreuses et plus intenses en France qu'en Allemagne. En revanche on sait beaucoup moins que dans les années 1920 c'était tout-à-fait l'inverse: c'étaient alors les entreprises françaises qui jouissaient d'une réputation de quasi-paix sociale. Mais si l'on pousse les statistiques des grèves de la fin des années 1970 jusqu'au début des années 1990, l'image de l'opposition et de la variabilité cède peu à peu la place à celle d'une convergence. Les conflits ouverts déclinent en France, et celle-ci paraît se rapprocher du tempo allemand d'après-guerre.³⁷

Pour autant, à côté de ces éléments conjoncturels, historiques des rapports sociaux dans les deux pays, on peut aussi mettre en évidence des éléments plus permanents. Les uns concernent la construction de la hiérarchie, les autres les racines culturelles des conduites dans l'entreprise.

La construction de la hiérarchie d'entreprise est toujours ressentie en France comme une tâche délicate et difficile. Les responsables français ne cessent de constater l'impor-

³⁵ Michel Bauer et Bénédicte Bertin-Mourot, „L'Etat, le capital et l'entreprise au sommet des grandes entreprises [...] en France et en Allemagne“, *Revue de l'IRES*, automne 1992.

³⁶ Alfred Chandler, *Scale and scope. The dynamics of industrial capitalism*, Cambridge (Mass.) 1990, pp. 397, 420, 421. Et les deux numéros spéciaux de la revue *Formation-Emploi* sur la grande distribution, juillet-septembre et octobre-décembre 1991.

³⁷ Kaelble, *Nachbarn*, p. 147.

tance de la distance hiérarchique entre l'état-major et les salariés d'une firme. Par exemple, en avril 1937 Louis Germain-Martin, président du Comité de prévoyance et d'action sociales, ce bras séculier du patronat organisé dans les conflits sociaux depuis l'automne 1936, déplore „l'isolement des éléments directeurs“ créé par „l'énormité d'une affaire“. Cet éloignement ne s'observe pas seulement entre le patron et ses ouvriers, mais encore entre le patron et les cadres. En novembre 1938 Georges Lamirand, chef du personnel des Messageries Hachette et auteur d'un livre à succès sur „le rôle social de l'ingénieur“, souligne qu'„en général, le patron n'a pas eu assez de considération pour les cadres“.³⁸ Il ne s'agit pas là d'un discours idéologique, destiné à calmer les fractures apparues au sein des entreprises sous le coup des grèves du Front populaire, mais bien de l'expression d'une réalité tangible. D'un côté, nous saisissons ici les effets du modèle français de production de dirigeants que nous venons d'analyser. La majorité des patrons français n'ont comme expérience du travail partagée avec le personnel que des stages en entreprise accomplis durant leurs études, sur le modèle de ceux créés par l'Ecole des Mines de Paris au XIX^e siècle.³⁹ Le réseau de relations qu'ils ont constitué durant leur jeunesse se limite pour l'essentiel à des dirigeants, le plus souvent „issus eux aussi des grands corps de l'Etat“. Leur vision du monde et leur langage sont dans bien des cas plus proches de la haute administration que des références en usage dans l'entreprise. D'un autre côté, les cadres français sont de ce fait dans une position assez différente de celle des *Angestellte* allemands. Dans une grande entreprise française au XX^e siècle, „au delà d'un certain niveau tout se passe comme si les postes étaient réservés à des hommes ayant fait leurs preuves ailleurs et autrement.“ Ces situations de chasses gardées limitent les possibilités de carrières internes et rendent périodiquement problématique l'adhésion au projet de l'entreprise dès lors qu'on appartient à un niveau hiérarchique inférieur à celui des cercles dirigeants.⁴⁰ De là l'importance en France du phénomène cadres depuis les années 1930. Celui-ci ne peut se réduire ni à une réaction de ceux-ci aux antagonismes sociaux surgis au grand jour sous le Front populaire, ni aux coups de main que depuis leurs débuts les syndicats autonomes de cadres ont reçu du syndicalisme patronal (soucieux d'accentuer leur démarcation par rapport aux ouvriers). Il traduit aussi, pour une bonne part, le fossé qui en France sépare les cadres (11,7% de la population active en 1991) du sommet des affaires.⁴¹

Certes il existe aussi en Allemagne depuis 1950 une organisation autonome de cadres, l'Union der Leitenden Angestellten. Mais d'une part elle paraît bien se limiter aux cadres supérieurs, contrairement au syndicalisme des cadres en France, et d'autre part son action reste focalisée sur la représentation spécifique des cadres dans les conseils

³⁸ Ingo Kolboom, „Patronat et cadres: la contribution patronale à la formation du groupe des cadres (1936–1938)“, *Le Mouvement Social* 121 (1982), pp. 71–95, ici pp. 76 et 79.

³⁹ Gerd Hardach, *Der soziale Status des Arbeiters in der Frühindustrialisierung*, Berlin 1969.

⁴⁰ Bauer, Bertin-Mourot, „Les 200“ en France et en Allemagne, pp. 84–86.

⁴¹ De l'abondante quantité de travaux sur les cadres en France je retiens ici la brève synthèse de Guy Groux, *Les cadres*, Paris 1983.

de surveillance des grandes entreprises (obtenue par une loi de 1976) et dans des comités d'expression des cadres (créés à la suite d'une loi de 1988), c'est-à-dire sur la distinction des cadres par rapport aux ouvriers.⁴²

Par conséquent, il y a de bonnes raisons de penser que la distance hiérarchique entre l'exécutif de l'entreprise et les salariés est au XX^e siècle plus réduite en Allemagne qu'en France. Entre dirigeants et non-dirigeants les préoccupations, l'expérience, les „référentiels professionnels“ ont davantage d'éléments communs. Les réseaux de connaissances des patrons parviennent à jeter des ponts avec les non-dirigeants. La carrière des cadres fondée sur la promotion interne favorise chez eux „un véritable patriotisme d'entreprise“, qui n'est pas absent en France mais n'est ni aussi intense ni aussi répandu.⁴³

On peut dès lors se demander si cette moindre distance hiérarchique en Allemagne ne renvoie pas à des différences culturelles anciennes et profondes entre les deux nations, qui seraient à la racine du contraste observé dans les conduites économiques et sociales. Pour le XVIII^e siècle Norbert Elias a mis en valeur la différence des modes de structuration des deux sociétés. A une société française régie par une logique des „rangs“ et donc par l'opposition du plus ou moins noble et le refus de déchoir, il oppose une société allemande beaucoup moins homogène dans ses références, au sein de laquelle coexistent plusieurs communautés dont chacune, au contraire, tient ferme à ses spécificités.⁴⁴ Récemment un chercheur français a proposé de prolonger la comparaison d'Elias jusqu'au XX^e siècle pour le monde des entreprises.⁴⁵ Philippe d'Iribarne, réinterprétant les recherches antérieures de trois sociologues français,⁴⁶ relève de forts éléments de continuité entre l'Allemagne du XVIII^e siècle et celle de notre temps. Parmi eux il retrouve surtout „le modèle d'une société formée de grands groupes à forte identité, qui se définissent positivement à partir de leurs propres valeurs et paraissent peu impressionnés par les valeurs de groupes qui, dans une optique française, sont perçus comme nettement 'supérieurs'. Par rapport au modèle français, ces groupes sont plus à côté les uns des autres et relativement autonomes que placés les uns en dessous des autres sur une échelle que chacun essaie de gravir“. Philippe d'Iribarne émet l'hypothèse que cette „logique communautaire“, cette „juxtaposition de communautés“ qui prévalent en Allemagne favorisent aussi la coopération entre les communautés, notamment dans l'entreprise. L'absence, au sein de celle-ci, de la logique des rangs oriente les rapports sociaux de travail vers la concertation dans les ateliers, vers la négociation, et vers la coopération plutôt que „la subordination hiérarchique“. La même logique communautaire s'observe au sein de chaque „grand groupe“. D'où un continuum très net entre

⁴² IRES, *Syndicalismes*, Paris 1992, p. 436.

⁴³ Hervé Joly, lettre citée et conversations complémentaires pendant sa recherche.

⁴⁴ Norbert Elias, *Über den Prozeß der Zivilisation*, vol. I (1939), Frankfurt/M. 1976. Traduction française: *La civilisation des moeurs*, Paris 1989.

⁴⁵ Philippe d'Iribarne, „Culture et 'effet sociétal'“, *Revue française de sociologie* 32 (1991), pp. 599–614.

⁴⁶ Marc Maurice, François Sellier et Jean-Jacques Silvestre, *Politique d'éducation et organisation industrielle en France et en Allemagne*, Paris 1982.

cadres supérieurs et patrons, et une collégialité plus grande qu'en France, y compris au sommet de l'entreprise entre membres de cette structure très solidaire qu'est le directoire.⁴⁷

Pour la France, le même auteur avait détecté dans un précédent travail une „manière française de vivre ensemble“, qui depuis le XVIII^e siècle „demeure en s'adaptant“. La „logique de l'honneur“ qui la caractérise explique la domination des grandes écoles, parce que les „épreuves initiatiques“ conduisant à „un haut niveau de noblesse scolaire“ donnent accès aux „fonctions nobles“ de la société en général, de l'entreprise en particulier „de manière pleinement légitime“. D'où non seulement le contraste très net que nous avons déjà noté entre cadres, mais encore, à la différence de l'Allemagne, une rupture entre cadres et employés. Cette logique des rangs pourrait servir à comprendre aussi le creusement de la distance hiérarchique à l'intérieur des entreprises françaises. Cet attachement à l'honneur de leur rang se combine chez les patrons français avec les „valeurs ,modernes‘ de compétence technique, [...] d'efficacité productive“. La tradition fait ainsi bon ménage avec la modernité. Mais chaque fois que la direction d'une entreprise enfreint ce „culte sourcilleux de l'honneur“ qui modèle la tradition nationale, elle provoque chez les salariés l'intransigeance, et souvent l'autorité exercée par délégation par un „petit chef“ est considérée comme vile, suscitant ainsi de multiples rébellions chez ses subordonnés.⁴⁸ On peut sans doute contester certains éléments de cette interprétation globale par les cultures nationales. Philippe d'Iribarne lui-même se présente comme „n'ayant pas mené en Allemagne les mêmes recherches qu'en France“. Son idée centrale: depuis le XVIII^e siècle „l'univers de significations propre à la culture allemande amène les acteurs à concevoir leur identité et leurs rapports avec les autres acteurs suivant une forme de communautés fortement solidaires, bien délimitées et peu hiérarchisées“, subira à coup sûr des retouches voire appellera des critiques.⁴⁹ Elle a néanmoins deux avantages centraux. Elle permet en histoire sociale de ne pas en rester à „l'examen des structures, des institutions et des acteurs“ et de mieux comprendre „la manière dont se construit l'identité des acteurs“. S'agissant plus précisément de notre problème de la logique des rapports sociaux, cette approche culturelle aide à saisir la cohérence entre organisation des entreprises et organisation politique. Ainsi s'explique-t-on mieux le retour des employeurs allemands sur la question des conventions collectives, vis-à-vis desquelles ils sont passés de la résistance à l'acceptation en 1918.⁵⁰ En tout cas, le résultat est là: cette approche culturelle place les rapports sociaux de travail en France et en Allemagne sous le signe de la différence.

Malgré les éléments de rapprochement intervenus du côté français depuis 1945, et encore plus depuis 1968, les différences entre les deux pays nous paraissent l'emporter.

⁴⁷ D'Iribarne, „Culture“, pp. 609–610, 612–613.

⁴⁸ Philippe d'Iribarne, *La logique de l'honneur. Gestion des entreprises et traditions nationales*, Paris 1989, pp. 35–55 notamment.

⁴⁹ D'Iribarne, „Culture“, pp. 609 et 613.

⁵⁰ Francis Kessler, „L'émergence des conventions collectives de travail en Allemagne au XIX^e et au début du XX^e siècle“, *Revue d'Histoire Moderne et Contemporaine*, juillet-septembre 1989, pp. 508–519.

Le „capitalisme managérial coopératif“ que l'historien américain Alfred Chandler a reconnu en Allemagne n'a pas les mêmes traits que le „capitalisme directorial“ (Michel Bauer) de la France.

Conclusion

Cet essai de comparaison entre les patronats français et allemand au cours du XX^e siècle débouche donc sur des conclusions moins favorables à l'idée d'une convergence entre les deux pays que l'analyse globale produite par Hartmut Kaelble dans son excellent livre *Nachbarn am Rhein*. On aura certes relevé en chemin l'ampleur des transformations que les deux patronats auront connues durant ce siècle: modification du contenu des formations reçues, professionnalisation accrue des fonctions des dirigeants, pénétration plus grande des capitaux et des entreprises venus de l'étranger sur le territoire national, déclin des industries issues de la première révolution industrielle, cohésion meilleure du syndicalisme patronal. De même on aura noté que des deux côtés du Rhin le patronat a pu redéfinir ses rapports avec l'Etat dans le sens d'un retrécissement de la sphère d'intervention qu'avait atteinte la puissance publique de son propre mouvement comme sous l'influence des syndicats ouvriers et des partis de gauche. Mais nos analyses d'historien confortent celles des sociologues, des économistes, des gestionnaires et des ethnologues les mieux informés. Malgré l'ampleur des forces de rapprochement et des contraintes nationales et internationales qui sont à l'oeuvre dans les deux pays, les patronats allemand et français présentent toujours de fortes différences. Les modalités de production des dirigeants d'entreprise, les logiques de vie en société qui les inspirent et qui colorent aussi les rapports quotidiens de travail, continuent à tenir bon sur leurs spécificités nationales.

Ce n'était pas là une conclusion évidente. Elle s'inscrit pourtant dans un rapprochement franco-allemand, mais scientifique cette fois. De longue date les historiens allemands de l'économie et de la société avaient souligné que „certains traits essentiels des réalités contemporaines étaient déjà présents dans un passé préindustriel“.⁵¹ Sur le cas du patronat, l'historien français que je suis rejoints leurs analyses au terme de sa propre recherche.

⁵¹ D'Iribarne, „Culture“, p. 609. Remarques convergentes d'un historien américain: Robert Nye, „Honor codes in modern France: a historical anthropology“, *Ethnologia Europea*, January 1989, pp. 5–17. Je remercie William Reddy de m'avoir signalé cette référence.

Heidrun Homburg

Warenhausgründer in Frankreich und Deutschland

Gemeinsamkeiten und Unterschiede¹

1. Warenhausunternehmer – eine wirtschaftliche Elite

Forschungen zu Eliten in Wirtschaft oder Gesellschaft stehen im allgemeinen vor der schwierigen Aufgabe, Kriterien zu finden, um die zu untersuchende Gruppe abzugrenzen. Im Falle der Warenhausgründer finden diese Probleme gewissermaßen eine einfache, freilich willkürliche Lösung. In Frankreich wie in Deutschland wurde der Werdegang nur weniger Warenhausgründer und ihrer Unternehmen aufgezeichnet und ist (ohne eingehende Suche in verschiedenen Archiven) auffindbar. Die verbleibende Gruppe umfasst für Frankreich eine Handvoll Pariser Häuser: Bon Marché (gegr. 1852), Louvre (gegr. 1855), Printemps (gegr. 1865), Samaritaine (gegr. 1870), Galeries Lafayette (gegr. 1893/99). Für Deutschland ist eine einigermaßen aussagefähige oder zugängliche Überlieferung nur für vier Unternehmen gegeben: die Firmen Leonhard Tietz (gegr. 1879), Rudolph Karstadt (gegr. 1881), Hermann Tietz (gegr. 1882) und S. Schocken (gegr. 1901/07). Gegründet wurden diese Häuser von Aristide Boucicaut (1810–1877)/Bon Marché, Alfred Chauchard (1821–1909) und Auguste Hériot (1826–1879)/Le Louvre, Jules Jaluzot (1834–1916)/Printemps, Ernest Cognacq (1839–1928)/Samaritaine, Alphonse Kahn (ca. 1865–1926) und Théophile Bader (1864–1942)/Galeries Lafayette, Leonhard Tietz (1849–1914), Rudolph Karstadt (1856–1944), Oskar Tietz (1858–1923) und Hermann Tietz (1837–1907)/Hermann Tietz, Simon Schocken (1874–1929) und Salman Schocken (1877–1959)/S. Schocken.

¹ Der folgende Beitrag beschränkt sich darauf, einige Entwicklungslinien im Werdegang der Warenhausgründer und ihrer Unternehmen in Frankreich und Deutschland anzureißen. Daten und detaillierte Belege finden sich in der ausführlicheren Fassung des Aufsatzes: Heidrun Homburg, „Warenhausunternehmen und ihre Gründer in Frankreich und Deutschland oder: eine diskrete Elite und mancherlei Mythen“, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* (1992), S.183–219. Auch die Anmerkungen sind deshalb hier äußerst knapp gehalten und weisen nur die unmittelbar zitierte Literatur nach.

2. Soziale Herkunft und beruflicher Werdegang der Firmengründer

Bereits diese kargen Angaben lassen frappierende Unterschiede erkennen: zum einen die auseinanderliegenden Gründungsdaten der Firmen, die sich in beiden Ländern zu den wichtigsten Warenhausunternehmen entwickeln sollten; zum anderen die unterschiedliche Generationszugehörigkeit der erfolgreichen französischen und der deutschen Begründer von Warenhäusern, die im jeweiligen nationalen Kontext zu den erfolgreichen Pionieren dieser neuartigen großbetrieblichen Form des Einzelhandels zählten. Hinzu kommen noch Unterschiede in der ethnisch-religiösen Verortung der Gründergestalten. Bis auf Rudolph Karstadt gingen die deutschen Warenhausunternehmer aus jüdischen Familien hervor, die seit mehreren Generationen in den östlichen Grenzregionen Preußens beheimatet waren. Von den Pariser Unternehmen stammten nur Alphonse Kahn und Théophile Bader, die Gründer der „Galeries Lafayette“, aus jüdischen Familien, die zunächst im Elsaß ansässig und 1871 in Reaktion auf die Annexion nach Paris abgewandert waren.

Neben diesen Unterschieden finden sich freilich auch bemerkenswerte Gemeinsamkeiten. Mit Ausnahme von Jules Jaluzot, dessen Vater als Notar dem örtlichen etablierten Bürgertum zuzurechnen war, stammten alle Firmengründer aus sehr bescheidenen, kleinbürgerlichen Verhältnissen. In den meisten Fällen war der Vater bereits in irgend einer Form im Handelsgewerbe tätig, in selteneren Fällen hatte er hauptberuflich ein Handwerk (Chauchard, Cognacq) ausgeübt. Bis auf Alfred Chauchard, der in Paris geboren wurde und aufwuchs, waren alle anderen in Kleinstädten der tiefen Provinz groß geworden. Aristide Boucicaut verbrachte seine Kindheit in Bellême/Orne, Auguste Hériot in Essoyes/Aube, Jules Jaluzot in Corvol-l'Orgueilleux/Nievre, Ernest Cognacq in Saint-Martin-de-Ré/Charente-Maritime, Théophile Bader in Dambach/Haut Rhin. Die Brüder Leonhard und Oskar Tietz wuchsen in Birnbaum/Posen auf, die Brüder Simon und Salmon Schocken in Margonin/Posen, Rudolph Karstadt in Grevesmühlen bei Wismar.

Die schulische Vor- und berufliche Ausbildung entsprach den Zeitumständen und der ökonomischen Lage der Eltern. Nur Jules Jaluzot genoß eine höhere Schulbildung. Er verzichtete jedoch 1854 auf ein weiterführendes Studium an der Militärschule Saint-Cyr, stattdessen entschied er sich – relativ alt – als Zwanzigjähriger, eine Anstellung als Handlungsgehilfe nachzusuchen. Alle anderen standen in diesem Alter schon sechs bis acht Jahre „im Beruf“ und waren durch lange Lehr-, Gehilfen- und Wanderjahre mit den Handelspraktiken ihrer Zeit vertraut. Nach kurzem Schulbesuch und wenigen Schuljahren hatten die Söhne im Alter von 12 bis 14 Jahren zum Broterwerb der Familie beizutragen oder ihren eigenen Unterhalt zu bestreiten.

Die sozialen Voraussetzungen machten den Weg bis zum geschäftlichen Erfolg als selbständiger Einzelhändler oder als verantwortlicher Geschäftsführer einer Firma steinig und lang. Der Ausstieg aus der ökonomischen Enge, die – mit Ausnahme Jaluzots – für die französischen wie für die deutschen Gründergestalten zu den prägenden Kind-

heitserfahrungen gezählt hatte, und der soziale Aufstieg mit dem geschäftlichen Erfolg der eigenen Firma verstanden sich keineswegs von selbst. Sie setzten Zielstrebigkeit, sparsame Lebensführung, händlerisch-kaufmännische Fähigkeiten, Innovationsfreudigkeit, Risikobereitschaft und Ausdauer voraus. Die angeführten französischen und deutschen Firmengründer hatten unter unterschiedlichen Bedingungen – sei es an verschiedenen Orten oder an einem Ort, in verschiedenen Zweigen des Handels oder in der Angestelltenhierarchie einer Einzelhandelsfirma – bereits mehrere Anstellungen durchlaufen, bevor sie, gestützt auf die gesammelten Kenntnisse, Kontakte und ein angespartes, meist unzureichendes Startkapital, den Sprung in die verantwortliche Leitung oder den Aufbau eines eigenen Textil-, Kurz- und Modewarengeschäfts wagen konnten.

3. Gründungskonstellationen

Nach der sozialen Herkunft und dem beruflichen Werdegang erscheinen die Firmengründer – mit Ausnahme von Jules Jaluzot – als homogene Gruppe. Gleichwohl zeigt die Gründungskonstellation, aus der die französischen und die deutschen Unternehmen hervorgingen, auffällige Unterschiede. Der Einstieg in die Selbständigkeit erfolgte auf bemerkenswert unterschiedlichem Niveau. Betrachtet man das anfängliche Geschäftskapital als aussagefähigen Indikator, so lag das Startniveau aller Pariser Firmen weit über dem der deutschen Firmen. Das Kapital bezifferte sich 1853 beim „Bon Marché“ auf nahezu 1/2 Mio. Franc, 1855 beim „Louvre“ auf 1,1 Mio. Franc, 1865 beim „Printemps“ auf 600.000 Franc, 1899 bei den „Galeries Lafayette“ auf 2,3 Mio. Franc. Selbst Cognacqs „Samaritaine“, deren Geschäftskapital 1872, nach knapp zwei Jahren, mit 70.000 Franc (vor Abzug von Außenständen) angesetzt wurde, übertraf – bei einer Währungsparität von 1 Franc = 0,81 Mark – jene 10–12.000 Mark, auf die Oskar Tietz nach etwa gleicher Aufbauzeit den Wert seiner Handlung veranschlagte.

Das Geschäftskapital einer Handlungsfirma wird repräsentiert durch den Geldwert, auf den sich Geschäftsräume, Ladeneinrichtung, Geschäftslage und Kundenstamm, offene Forderungen, Warenvorräte, Rücklagen und liquide Mittel summieren. Der Ansatz der einzelnen Posten richtet sich immer auch nach dem Standort des Geschäfts. Dies gilt vor allem für Miet- und Immobilienpreise, die – in Paris – gewiß höher zu veranschlagen waren als in deutschen Kleinstädten der Provinz, wo sich alle deutschen Warenhauspioniere zunächst niederließen. Die extremen Unterschiede lassen sich damit jedoch nur zum Teil erklären. Sie legen darüber hinaus die Annahme nahe, daß die Gründer der Pariser Firmen insgesamt von einem höheren Niveau aus die weitere Entwicklung ihrer Stoff-, Manufaktur- und Modewarenhandlungen bis hin zum hochdiversifizierten großbetrieblichen Warenhaus vorantrieben. Hierin spiegeln sich die Größe des Pariser Marktes wie auch die relative Wohlhabenheit breiterer Bevölkerungsschichten in der prosperierenden französischen Hauptstadt wider. In diesem Paris konnte „jeder“ Geld verdienen, mit neuen Ideen umso mehr.²

² So der amerikanische Warenhausgründer Isaak Gimbel, vgl. Georg Tietz, *Hermann Tietz. Ge-*

Aber Paris hatte seinen Preis: Angesichts der erforderlichen Kapitalien und der gewollten Geschäftsgroße war – mit Ausnahme von Ernest Cognacq – der Übergang in die Selbständigkeit für die restlichen Firmengründer nur in Assoziation mit weiteren Geschäftspartnern möglich. Der mit der geplanten Größe oder dem weiteren Ausbau des Geschäfts einhergehende Kapitalbedarf ließ darüber hinaus die Rechtsform einer Personengesellschaft obsolet werden. Die Trennung der Eigentümer- von der Leitungsfunktion, der Übergang zum „Managerkapitalismus“ war eine Gründungsvoraussetzung der „Galeries du Louvre“. In den anderen Unternehmen erfolgte der Schritt mit dem wachsenden Kapitalbedarf der expandierenden Firmen, und die Gründer selbst stellten hierfür die Weichen mit Blick auf den weiteren Ausbau oder/und die Kontinuität in der Führung des Geschäfts nach ihrem Ableben. Entgegen späteren Darstellungen war es keineswegs nur „philanthropische Gesinnung“, die Boucicaut in den 1860er Jahren veranlaßte, eine Art Betriebssparkasse für seine Angestellten einzurichten, die im weiteren 1880 dazu führte, daß seine Witwe – unter Beteiligung von Mitarbeitern der Firma – den „Bon Marché“ in eine Kommanditgesellschaft umwandelte. Immerhin brachten die Angestellten ein Kapital von 7,5 Mio Franc ein, das für die umfangreichen Baumaßnahmen zwischen 1869 und 1887 sowie für die höheren laufenden Betriebskosten gewiß dringlich benötigt wurde.³

Mit der zunächst gewählten Rechtsform einer „Kommanditgesellschaft auf Aktien“ für das ‚vergesellschaftete‘ Unternehmen nahm der „Bon Marché“ wie zuvor der „Louvre“ und später die „Samaritaine“ (1914) eine Zwitterstellung zwischen einer Personen- und Kapitalgesellschaft ein. Die Besitzstreuung war personengebunden, und in der persönlichen Haftung der bestellten Geschäftsführer, die zugleich in bestimmter Höhe Anteilseigner sein mußten, erhielt sich partiell der Zusammenfall von Eigentümer- und Unternehmerfunktion. Bei formal gleicher Rechtsform entfernte sich Jules Jaluzot gleichwohl bereits merklich von diesem durch den „Louvre“ und den „Bon Marché“ markierten Modell. Das 1881 mit 40 Mio. Franc hoch angesetzte Geschäftskapital des „Printemps“ ließ eine vergleichsweise engräumige Kontrolle der Besitzstreuung nicht zu, so daß sich Jaluzot auf eine weit kleinere Stückelung der Kapitalanteile (500 Franc) und eine deutlich größere Zahl von Aktionären einlassen mußte. Erst Bader und Kahn brachen mit dem bislang dominanten Modell. Im Unterschied zum „Louvre“, dessen Umbildung in eine Aktiengesellschaft 1890 wohl primär auf den Ausfall der Gründergestalten zurückging, optierten die Gründer der „Galeries Lafayette“ 1899 für

schichte einer Familie und ihrer Warenhäuser, Stuttgart 1965, S. 97. Georg Tietz trat den Beweis an: er etablierte sich nach Abschluß seines betriebswirtschaftlichen Studiums (1908) mit großem Erfolg für 2 1/2 Jahre als selbständiger „Kommissionär“ (Ex- und Import) in Paris (vgl. ebd. S. 96–119; ferner Werner E. Mosse, „Terms of Successful Integration. The Tietz Family 1858–1923“, in: *Leo Baeck Institute Year Book* 34 (1989), S. 131–161, hier S. 149).

³ Vgl. Michael B. Miller, *The Bon Marché. Bourgeois Culture and the Department Store, 1869–1920*, Princeton, N.J. 1981, S. 116f.; Véronique Bourienne, „Boucicaut, Chauchard et les autres. Fondateurs et fondation des premiers grands magasins parisiens“, *Paris et Ile de France. Mémoires publiés par la Fédération des Sociétés Historiques et Archéologiques de Paris et de l’Ile de France* 40 (1989), S. 257–335, bes. S. 306.

deren Umwandlung in eine Aktiengesellschaft. Der „Anonymität“ der Gesellschaft war bei der bemerkenswert niedrig angesetzten Stückelung des Kapitals (23.000 Aktien à 100 Franc) gleichwohl ein Riegel vorgeschoben. Die Gründer – bzw. nach Ausscheiden Kahns – Bader und seine Familie besaßen die Aktienmajorität und nahmen selbst die Leitungsfunktion wahr. Insofern verband sich hier die ausgeprägteste, modernste Form der Kapitalgesellschaft mit der anhaltenden Dominanz der Gründerfamilie und der Weiterführung des Unternehmens durch sie.

Im Hinblick auf die Bedeutung, die der Gründerfamilie und Verwandten im Auf- und Ausbau des Geschäfts bis hin zum Warenhausgroßkonzern zukam, finden sich Parallelen im deutschen Kontext. Rudolph Karstadt ermöglichten Ausbildung und finanzieller Rückhalt im väterlichen Geschäft den Übergang in die eigene Existenzgründung. Sein Bruder Ernst, mit dem er zunächst gemeinsam das Wismarer Geschäft aufgebaut hatte, gründete später eine Reihe eigener Textileinzelhandelsbetriebe. Als erfolgreicher Geschäftsmann sollte sich Rudolph Karstadt erweisen. Er übernahm die dreizehn Niederlassungen seines Bruders, als dieser 1900/01 in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten war.⁴ Die Firmen Hermann Tietz, Leonhard Tietz und S. Schocken waren Familienunternehmen weit über die Gründungskonstellation hinaus. Leonhard wie auch Oskar Tietz verbrachten wichtige Lehrjahre in Geschäften von Verwandten, wobei der jüngere Oskar gewissermaßen den letzten Schliff als „Commis“ in der Stralsunder „Kurz-, Weiß- und Wollwarenhandlung“ seines Bruders Leonhard erhielt. Bald nach der Eröffnung seines ersten Geschäfts im Jahre 1882 versuchte Oskar Tietz, sich im Einkauf mit seinem Bruder Leonhard wie auch mit anderen Verwandten abzustimmen. Verliefen hier die Kooperationsbeziehungen zwischen den Firmen, so bauten die Brüder Simon und Salman Schocken gemeinsam ein Unternehmen auf. Als die Firmen expandierten, waren es engere und weitere Verwandte, die – zunächst als Mitarbeiter eingestellt – in wichtige Leitungsfunktionen hineinwuchsen. Diese Konstellation setzte sich auch nach dem Tod der Gründergestalten fort. Erst mit dem politischen Einbruch der Nationalsozialisten fand sie ein staatlich verordnetes, gewaltvolles Ende.

Der Anteil von Familienangehörigen am Entwicklungsprozeß der Unternehmen präjudizierte freilich nicht die Wahl der Rechtsform. Die Firma Hermann Tietz blieb bis 1934 eine Personengesellschaft, obwohl bereits Oskar Tietz verschiedentlich von seinen Geschäftsbanken massiv bedrängt worden war, das Unternehmen in eine Aktiengesellschaft zu überführen.⁵ Leonhard Tietz hingegen entschloß sich 1905, seine Firma in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln, wobei sich die Gründerfamilie – wie im Fall der „Galeries Lafayette“ – mit der Majorität der Aktien auch die Leitungsfunktion sicherte. Die Brüder Simon und Salman Schocken wiederum optierten bei gestiegenem Kapitalbedarf 1921 für die Überführung ihrer Firma in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien.

⁴ Vgl. *Karstadt und seine Entwicklung* (= Sonderdruck/Auszug, Industriebibliothek, Bd. 36), Berlin o. J. (ca. 1929), S.17.

⁵ Zur Abwehr eines entsprechenden Versuchs seitens der Deutschen Bank etwa 1912/13 vgl. Tietz, S.139–144.

Einbindung in die Herkunftsfamilie, Rekrutierung von Verwandten für Leitungsfunktionen wie umgekehrt auch der Übergang von der Personen- zur Kapitalgesellschaft wurden – nicht nur in der antisemitischen – Literatur oft als Wachstums- und Unternehmensstrategien analysiert, die vor allem von Geschäftsleuten jüdischer Herkunft praktiziert bzw. entwickelt worden seien.⁶ In der die deutsche Entwicklung behandelnden Literatur findet sich darüber hinaus seit dem späten 19.Jahrhundert eine gleiche Zuordnung im Hinblick auf die Genese von Großbasar und Warenhaus als großbetrieblichen Organisationsformen des Einzelhandels. Ihren Höhe- und zugleich weiteren Ausgangspunkt fand diese Identifizierung in dem oft zitierten Ausspruch Werner Sombarts „Si le juif n'existe pas, il faudrait l'inventer“; denn der Ausbruch aus ständischer Ordnung und Gebundenheit in die Moderne, in Kapitalismus, Kommerzialisierung und Wirtschaftswachstum im Deutschland des 19.Jahrhunderts seien „ganz undenkbar... ohne die Mitwirkung der Juden“.⁷ Mit Blick auf die hier untersuchte – kleine – Spitzengruppe der Warenhausgründer in Frankreich und Deutschland lässt sich einmal mehr bezweifeln, ob diese Behauptung geeignet ist, eine komplexe Wirklichkeit aufzuschlüsseln.

4. Unternehmerische Erfolge

Kundenandrang, rascher Warenumschlag und steigende Umsatzzahlen gaben denjenigen recht, die mit den überkommenen Praktiken und Organisationsformen des Einzelhandels gebrochen hatten. Anfängliche Erfolge wurden zum eigentlichen Nährboden für die Expansion zum großbetrieblichen Warenhaus und die damit eingeleitete „Revolution im Einzelhandel“: erst sie ermöglichten den Firmengrndern, ihre – mit Ausnahme des „Louvre“ – zunächst durchaus bescheidenen Geschäftslokale bis hin zu großzügigen, mehrstöckigen, lichtdurchfluteten Geschäftshäusern zu erweitern. In den unter dem Einsatz modernster Techniken erbauten „Warenhauspalästen“, jenen „Kathedralen des neuzeitlichen Handels“⁸ und des Konsums, legten diese Einzelhändler eine Bilanz vor, die den Erfolg für jedermann alltäglich gegenwärtig demonstrierte.

Die hier untersuchten führenden französischen Warenhäuser entstanden in Paris. Aus der Provinz hatte es die Gründer nach Paris getrieben, hier durchliefen alle einen wichtigen Teil ihrer Ausbildung als Verkäufer und erwarben weiteres praktisches kauf-

⁶ Vgl. Werner Sombart, „Die Entwicklungstendenzen im modernen Kleinhandel“ (Referat, Generalversammlung, September 1899), in: *Schriften des Vereins für Socialpolitik* 88 (1900), S.137–157; ders., *Die Juden und das Wirtschaftsleben*, Leipzig 1911; ders. *Der Bourgeois*, München u. Leipzig 1913, passim; ders., *Die deutsche Volkswirtschaft im 19.Jahrhundert*, Berlin '1919, S.100–121; David S. Landes, „The Jewish Merchant. Typology and Stereotypology in Germany“, in: *Leo Baeck Institute Year Book* 19 (1974), S.11–23; Werner E. Mosse, *Jews in the German Economy. The German-Jewish Economic Elite 1820–1935*, Oxford 1987, passim.

⁷ Sombart, *Volkswirtschaft*, S. 112; zitiert z. B. bei Mosse, *Jews*, S. 405.

⁸ Emile Zola, *Au Bonheur des Dames* (1882), Hg. Henri Mitterand, Paris 1980, S.298 („la cathédrale du commerce moderne...faite pour un peuple de clientes“), hier zitiert nach: ders., *Paradies der Damen*, München 1976, S.368 .

männisches Wissen. Keiner ging in die Provinz zurück oder versuchte zunächst dort den Sprung in die Selbständigkeit. Alle starteten ihre Firmen in Paris, und Paris wurde ihre Bühne des Erfolgs. Der Kundenstrom war hier groß genug, so daß sie daraus die Expansion ihrer Firmen speisen konnten. Lange Zeit betonten Werbeinserate, Prospekte und Kataloge stolz, daß die Firmen nur in Paris und hier nur an einem Standort zu finden seien und sie keine Zweiggeschäfte an irgendeinem anderen Ort Frankreichs unterhielten.⁹ Sie setzen auf die Zentralität der Stadt und deren Ausstrahlung.

Die Gründer der deutschen Firmen schlügen für ihre Unternehmen einen anderen Wachstumspfad ein. Nur zwei, Oscar Tietz und Salman Schocken, traten zeitweilig in Berlin Stellen an, keiner startete jedoch die eigene Firma in der boomenden Hauptstadt des Deutschen Reichs. Sie alle begannen ihre Karriere als selbständiger Kaufmann in Provinzstädten. Nach ersten geschäftlichen Erfolgen gründeten sie Zweigbetriebe, zunächst in kleineren Städten im unmittelbaren Umkreis oder auch in entfernteren Regionen, später in bevölkerungsreicherem und schließlich in Großstädten mit mehr als 100.000 Einwohnern. Nach einer Art Testlauf mit dem bereits eingeführten Sortiment wurde die Warenpalette erweitert. Erwies sich der Markt als aufnahmefähig, wurden die Geschäfte vergrößert, das Angebot weiter diversifiziert und schließlich an den vielversprechendsten Standorten Warenhausbauten hochgezogen, deren Sortiment auf die je spezifischen Marktverhältnisse und Käuferschichten in ihrem Einzugsbereich abgestimmt wurde.¹⁰

Der eingeschlagene Wachstumspfad reflektierte unterschiedliche strukturelle Gegebenheiten im Frankreich und Deutschland des 19. Jahrhunderts. Die in jeder Hinsicht – wirtschaftlich, politisch, kulturell – dominante Stellung der französischen Hauptstadt Paris hatte in Deutschland kein Äquivalent. Berlin war noch um 1900 eine „fieberhaft wachsende, lebensdurchpulste, unausgeglichene junge Stadt mit kurzer Vergangenheit“.¹¹ Die „junge“ Reichshauptstadt hat den alten Polyzentrismus in Deutschland nicht auslöschen können. Auch waren die Dynamisierung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung, die verschrankten Prozesse von Industrialisierung, Urbanisierung und von Veränderungen im Verbraucherbedarf und -verhalten ja keineswegs auf Berlin beschränkt. Nachfrage nach den Leistungen des Handels und Chancen für ihn entstanden vielerorts mit der Konzentration von Industriearbeitskräften und den sich neu formierenden Mittelschichten. Ihr vergleichsweise geringes Startkapital mag darüber hinaus die deutschen Firmengründer genötigt haben, sich zunächst in Provinzstädten niederzulassen und hier die „revolutionären“ Geschäftsprinzipien ei-

⁹ Der „Printemps“ eröffnete seine erste Filiale 1912 in Deauville, die „Galerie Lafayette“ zogen 1916 mit einer Filiale in Nice nach (vgl. Ministère du Commerce et de l'Artisanat. Direction Commerce Intérieur, *La Grande Distribution Française – monographies de 54 groupes*, Paris 1989, S.222 u. 206).

¹⁰ Vgl. Paul Göhre, *Das Warenhaus*, Frankfurt/M. 1907, S.88–100; Julius Hirsch, *Das Warenhaus in Westdeutschland, seine Organisation und Wirkung*, Leipzig 1910, passim; Siegfried Gerlach, *Das Warenhaus in Deutschland. Seine Entwicklung bis zum Ersten Weltkrieg in historisch-geographischer Sicht*, Stuttgart 1988, bes. S.42–47 u. S.61–64.

¹¹ Tietz, S.96.

nem ersten Erfolgstest auszusetzen. Die Gründungskonstellation, das niedrige Startkapital und die anfängliche Standortwahl determinierten den Wachstumspfad. Dieser prägte seinerseits im weiteren Ausbau und Organisation, Strategie und Struktur sowie die Managementtechniken der Unternehmen.

5. Strukturen – Ereignisse – Mythen

Die Wachstumsmechanismen im Einzelhandel wie der Warenhäuser im besonderen waren in höchstem Maße abhängig von ihrem jeweiligen ökonomischen, sozialen und kulturellen Umfeld. Dies dokumentieren auch die verschiedenen Wachstumspfade, die die französischen und deutschen „Revolutionäre“ für den Ausbau ihrer Firmen bis hin zu großbetrieblichen Einzelhandels- und Warenhausunternehmungen einschlugen. Die Markt,fähigkeit‘, die dem Standort angemessene Auswahl, Präsentation und Preisstellung des Warenangebots waren im einen wie im anderen Fall wesentliche Voraussetzungen für geschäftlichen Erfolg und den Aufstieg in jene eng begrenzte Elite erfolgreicher Warenhausunternehmer. Nachfrage zu schaffen, den Absatzmarkt des Unternehmens zu erweitern und dabei die Betriebskosten durch raschen Warenumschlag zu senken, erforderte standortangemessene Strategien. Chancen und Grenzen des (Verbraucher-)Marktes zu erkennen, sie zu übersetzen in eine Expansionsstrategie und dieser entsprechend die Strukturen des Unternehmens auszubilden, dies waren unternehmerische Leistungen. In dieser Hinsicht standen die deutschen „Nachzügler“ den Pariser „Pionieren“ kaum nach. In ökonomischer Hinsicht, hinsichtlich der Effizienzsteigerung in Handel und Bedarfsdeckung, zählt darüber hinaus nicht, ob es sich um qualitativ besonders hochstehende Waren, um Luxusgüter oder um Artikel des Massenbedarfs handelt. Ja, die Preissenkung bei letzteren durch Kostensenkung und effiziente Vermarktung mag unter sozialen Gesichtspunkten sogar wünschenswerter erscheinen.

Als „Pofelwarenhaus“ zunächst auf letzterem Feld, seit der Jahrhundertwende mit dem Aufbau imposanter „Warenhauspaläste“ auch auf dem Feld des ‚gehobenen‘ Konsums haben die deutschen Warenhausunternehmen Beachtliches vollbracht. Gleichwohl ranken sich um sie und ihre Gründer keine nationalen Mythen, wie dies in Frankreich der Fall ist. Auf die besondere (oder unterlassene) Diskretion der deutschen Firmengründer lässt sich dies nicht zurückführen. Hier wie dort haben sich die Gründergestalten zu ihrer Herkunft, ihrem Aufstieg und ihrem Lebenswerk kaum geäußert, ja selten überhaupt schriftliche Spuren hinterlassen. Eine Ausnahme hiervon bilden nur Spenden, Maßnahmen und Statuten, die von der sozialen Fürsorge für die Belegschaft und dem sozialpolitischen Engagement der Gründer künden, sobald sich die Unternehmen konsolidiert hatten.

Der Mythos – scheint es – nährte sich aus dem personenunabhängigen, je spezifischen nationalen Kontext, in der Gründung, Wachstum und Aufstieg der Warenhäuser eingebunden waren. In Frankreich spiegelte er den politisch-kulturellen Zentralismus des Landes wider. Der Mythos inszenierte und behauptete die Geschmacks- und Mo-

deführerschaft von Paris. Angesichts der Wachstumsmechanismen der Warenhäuser gab dies auch einen ökonomischen Sinn. Umgekehrt fehlte in Deutschland ein solcher Umstand, aber auch der ökonomische Grund für die Überhöhung des Warenhauses zur „nationalen Institution“. Berlin war weder allmächtiges Zentrum noch Metropole. Im nationalen wie internationalen Kontext fand die Stadt nie in eine Paris vergleichbare Rolle hinein. Darüber hinaus verdankten die deutschen Warenhausunternehmen ihren Erfolg ja gerade dem Faktor, daß sie mit ihren Häusern an vielen Orten präsent waren. Insofern hatten es die deutschen Unternehmen gewiß schwerer, ihren Erfolg und die Gründergestalten als dessen Wegbereiter öffentlichkeitswirksam und absatzfördernd zu inszenieren. Das Spektakuläre war hier nicht das eine große Haus, sondern die Vielzahl unterschiedlich dimensionierter und ausgestalteter Verkaufshäuser in breiter Standortverteilung. Die Gründungskonstellation der Firmen, der von ihnen beschrittene Wachstumspfad und der andere – deutsche – nationale Kontext standen ihrer Aufwertung zum nationalen Mythos entgegen. Die antijüdische Politik im „Dritten Reich“, Enteignung und Vertreibung der Gründerfamilien, schließlich die lieber verschwiegenen Vorgänge der Übereignung in neue Hände im Zuge der „Arisierung“ verhinderten in Deutschland nach 1945 eine ‚nachholende‘ Mythisierung.

Es wäre freilich an der Zeit, das „Gehäuse“ der Wahrnehmung und Darstellung von Warenhausunternehmen und ihrer Gründer in Frankreich wie in Deutschland aufzubrechen. Eine angemessene historische Bilanz der unternehmerischen Erfolge, der Strategien und Strukturen der Warenhausunternehmen in beiden Ländern ist bis heute auf der Basis des veröffentlichten Materials nicht möglich. Der Beitrag der Gründergestalten zur Modernisierung des Einzelhandels, zur effizienteren Warenverteilung, zur preisgünstigeren Bedarfsdeckung und zum Wirtschaftswachstum verdiente aber durchaus eine eingehendere Analyse.

Annie Lacroix-Riz

Les effets de la défaite de 1940 sur les élites économiques françaises

Une étude de cas, bancaire et industriel, de la collaboration économique

Les archives de la Commission nationale interprofessionnelle d'épuration (CNIE) éclairent le processus de décision des élites industrielles et bancaires françaises à l'heure de la défaite et de l'Occupation. Sans doute peuvent-elles sembler d'interprétation délicate, tant la reconstitution *a posteriori* y revêt un caractère envahissant. Incertitude levée par la diversité des secteurs d'activité représentés et la convergence des pratiques, mais aussi par la documentation imprimée de la *Délégation française auprès de la Commission allemande d'Armistice* de Wiesbaden (CAA),¹ qui oppose aux récits d'après-guerre les procès-verbaux de 1940–1941.

Les dirigeants des grandes entreprises et établissements bancaires ou financiers durant, à dater de l'été 1940, se définir essentiellement par rapport à l'occupant allemand, principal, voire exclusif donneur d'ordres d'une économie ponctionnée à son profit. Souci économique, volonté de maintenir les relations de l'avant-guerre dans les conditions de la défaite, et de conserver ou trouver les marchés dont l'Allemagne détenait désormais la clé: ces objectifs se lurent clairement dès les premières semaines de la victoire allemande. Les plus audacieux à cet égard se trouvèrent au moins aussi précocement chez les décideurs économiques que chez les modestes patrons du Bâtiment, et n'eurent guère besoin, pour agir, des ordres ou pressions de Vichy, qui allait servir à l'heure de l'épuration présumée de repoussoir ou de bouc émissaire.

D'une masse documentaire considérable, dont les travaux français attestent la richesse,² nous n'extrairons ici que quelques dossiers *significatifs*. Nous les avons bornés au début de l'Occupation, période-clé pour les choix de l'élite française, face à une Allemagne apparemment invincible. C'est au cours de ces premiers mois que se dessina fermement ce que les sources permettent de définir comme une stratégie de la collaboration économique: en témoigne la représentativité des secteurs (industrie et banque) et des types d'opérations, classés par ordre d'importance, du plus court terme, la passation

¹ Imprimerie Nationale, en 5 t. (plus loin, W. n° de vol.).

² Henry Roussel, „L'activité industrielle en France de 1940 à 1944“, *Bulletin de l'Institut d'Histoire du Temps Présent* 38 (1989), pp. 25–68.

des marchés, aux entreprises de moyen ou long terme, cession du patrimoine sis en Europe occupée et fondation de „sociétés mixtes“ mariant les capitaux du vainqueur et du vaincu.

I. La préservation des marchés; les contrats de bauxite et d'aluminium

Huntziger, chef de la Délégation française à Wiesbaden, mentionna le 22 juillet 1940 „les difficultés morales et presque sentimentales qu'en toute droiture peuvent éprouver les industriels français qui pensent que les fabrications de leurs usines seraient destinées à mener la lutte de l'Allemagne contre l'Angleterre“, devant Hemmen, furieux du veto gouvernemental contre les visites d'industriels allemands dans les usines d'aéronautique et d'aluminium en zone libre. Les Français eurent vite, selon les mots cruels du chef allemand de la Délégation économique, „la conscience soulagée“.³ Le 19 août 1940, le Général, informé de la „très vive pression“ exercée par les Allemands sur les industriels français de l'aéronautique, se demanda „si beaucoup“ d'entre eux ne s'étaient „pas déjà inclinés devant ces exigences, ou n[étaient] pas sur le point d'accepter des commandes rentrant précisément dans celles auxquelles le gouvernement est hostile“.⁴ L'aéronautique n'était pas seule en cause: les fournisseurs de la matière première avaient, sans attendre l'incitation de l'Etat, offert leurs services.

Les démarches de l'été 1940 des industriels des métaux non ferreux anéantissent la thèse *a posteriori* des responsables d'Ugine certifiant à la fois leur résistance initiale et permanente aux commandes allemandes (dissimulation des stocks de métal, protection des brevets, freinage des extensions officielles de capacités et des rendements) et leur soumission inéluctable à la contrainte de Vichy et des Allemands.⁵ Après les entretiens suscités, fin juillet 1940, à Wiesbaden, par la Direction des Services de l'Armistice (DSA) confrontée à la „forme brutale“ de l'exigence allemande,⁶ les contrats d'aluminium auraient été signés en vertu d'accords passés „sur le plan gouvernemental“, devant lesquels les industriels n'avaient pu que s'incliner.⁷

Vichy accompagna en fait un processus dont les acteurs ne résidaient pas tous dans ses bureaux. Début juillet 1940 eut lieu un „premier contact“ entre le Dr. Reuleaux, de „Leicht-Metall-Werke“, et Dupin, de „L'Aluminium Français“; trois avant-projets de contrats proposés par Westrick, de *Vereinigte Aluminium Werke (VAW)*, à Dupin, le 19 juillet, aboutirent, après un voyage des industriels allemands à Lyon, puis des négocia-

³ W. t. 1, pp. 75–76.

⁴ *Ibid.* pp. 155–156.

⁵ Mémoires en défense, F 12 9555, séances de 1947 de la CNIE, et F 12 9594 et 9595, Ugine, Archives Nationales.

⁶ „Exposé général (...)“ du Secrétariat d'Ugine, janvier 1946, F 12 9595.

⁷ Painvin – PDG d'Ugine et Président du CCF –, séance CNIE du 19 février 1947, F 12 959. Sur lui, cf. Henry Roussel, „Les élites économiques dans les années quarante“, *Mélanges de l'Ecole française de Rome* 95 (1983), pp. 29–49, fondé sur F 12 9594 et 9595.

tions à Paris, en août (notamment les 30 et 31), à un contrat de 600 millions de francs entre VAW et L'Aluminium Français, les 2 et 3 septembre: aluminium et alumine seraient fournis „sans tenir compte de la contrepartie“ en charbon demandée par Vichy, payables à trente jours par règlement convenu à Wiesbaden, les Français s'engageant „à faire travailler [leurs] usines à pleine capacité“ et à livrer à l'Allemagne tous excédents éventuels de production. „Le Gouvernement français était, selon Huntziger, chaque fois tenu au courant et consulté par les industriels français“. On le pria surtout de ne pas entraver l'accord en exigeant une „contre-partie“ en charbon. Comme ses pairs, De Peyrecave mit clairement les points sur les i, dans sa note à Hemmen du 12 septembre: „Le Gouvernement français n'a accepté que les livraisons d'aluminium, de magnésium et de caoutchouc ne soient pas conditionnées par des livraisons concomitantes d'essences et de charbon, que sur la garantie que je lui ai donnée que le Gouvernement allemand avait compris l'urgence de nos besoins et promis de faire le nécessaire pour satisfaire nos besoins essentiels“.⁸

De l'automne à l'hiver, des minéraux, ferreux et non-ferreux, aux avions en passant par les chantiers navals, le matériel roulant, la pâte à papier, les cognacs, les produits coloniaux, le caoutchouc indochinois, les phosphates nord-africains et divers minéraux inclus, la fourrure,⁹ les contrats directs s'amoncelèrent, mais les représentants français à Wiesbaden traînèrent les pieds. A la Sous-Commission des Echanges commerciaux, fin octobre-début novembre 1940, l'Allemand Schöne déplora l'„opposition du Gouvernement français“ à l'augmentation des expéditions de bauxite (75.000 au lieu de 60.000 tonnes) jusqu'au ler janvier 1941, stipulée par le contrat de septembre¹⁰ entre VAW et la Banque Monod (au nom de la Compagnie des Bauxites). Raty énonça la position de principe de Vichy: les marchés de fournitures devaient être préalablement soumis à la Délégation économique de Wiesbaden; la clause prévoyant de „port[er] à son point maximum“ la hausse de l'extraction était inacceptable; se posait enfin le problème „des contreparties demandées par la France“ sous forme de livraison de produits allemands.¹¹ Une note annexe, „Collaboration avec l'Allemagne dans le domaine économique“, bilan des commandes en cours, acceptées et refusées, confirme que Vichy cautionna *après coup* des contrats conclus entre industriels.

Outre la référence à la „négociation générale“ attendue,¹² on avait à titre dilatoire fixé des prix élevés, 195 francs la tonne, pour alimenter une caisse de compensation contre la surévaluation du mark, et „conserver une marge de sécurité“ sur les futurs prix allemands, dont les potasses alsaciennes majorées de 200% par les autorités d'occupation annonçaient la tendance à l'envol.¹³ L'obstacle fut levé par la hâte à conclure des industriels, pourtant associés (avec Dupin, „représentant toutes les sociétés minières exploitant les bauxites du Midi“) par la DSA et la Production Industrielle (PI) aux

⁸ W. vol. 1, pp. 251 (et 195–198, 204, 205). Souligné par moi.

⁹ W. vol. 2 et 3, octobre 1940–janvier 1941.

¹⁰ W. vol. 1, p. 200.

¹¹ W. vol. 2, p. 257.

¹² *Ibid.*, p. 262; contrat sur l'aluminium et le magnésium, *ibid.* et supra.

¹³ Raty, 8 novembre 1940, *ibid.*, pp. 341–342.

propositions de tonnages et de prix. Les jugeant irrecevables, les Allemands réclamèrent l'octroi d'un visa en zone libre pour deux industriels allemands.

De la visite des gisements, „prématurée“ selon Vichy, l'Allemand Norgall, de VAW, revint fin octobre avec un contrat de 60.000 tonnes à 75 francs la tonne signé avec la Compagnie d'Exploitation des Bauxites.¹⁴ Les partenaires, inquiets du retard de „l'accord du Ministère“, se rendirent aussitôt au bureau de l'Ingénieur-général Herck, responsable du „Service des Commandes allemandes“, arguant qu'ils avaient reçu de l'Ingénieur en Chef de Marseille l'assurance du oui de Vichy. Invoquant la „négociation d'ensemble“ souhaitée, Herck apprit que Norgall avait „conclu des accords avec d'autres fournisseurs, ce qui m'a semblé encore plus regrettable“.¹⁵ Schöne réclama bientôt les licences d'exportation pour trois marchés de 184.000 t. conclus avec des Sociétés de Brignoles, Toulon et Marseille, livrables à la fin de 1941: non seulement les Allemands avaient arraché les 75 francs, mais ils avaient été informés du prix d'achat de Péchiney – 65 –, „ce qui rendait scandaleux le prix [initial] de 195 francs“; „et, conclut Raty, je n'ai pas besoin de vous signaler à nouveau combien ces tractations particulières sont préjudiciables à l'intérêt national“.¹⁶

La notion de „contreparties“ releva certes précocement de l'auto-justification. Dès la signature de l'accord de paiement franco-allemand du 14 novembre 1940, nul ne pouvait s'illusionner sur les envois de brai ou de charbon: „la principale contre-partie [sic] espérée à nos propres livraisons s'évanouit donc“, admit-on.¹⁷ Raty dressa alors un bilan de la contribution des industriels et banquiers à la liquidation dans l'oeuf des prétendues contreparties et de la „négociation d'ensemble“ espérée. Propos qui inverse la présentation classique de la „contrainte“, sans pour autant innocenter Vichy, finalement responsable d'avoir dès la défaite accepté de mettre l'économie française, zone libre comprise, au service de la machine de guerre allemande. L'exemple de l'aluminium, de l'alumine, du magnésium – „ces matières indispensables à la construction des avions et des bombes incendiaires“, déjà définitivement concédées – et de la bauxite, sur laquelle Vichy s'apprétait, en rechignant un peu, à l'acquiescement total,¹⁸ illustrait une situation résumée par Raty dans des „considérations générales“:

La Délégation allemande a un programme très précis, dont elle demande l'exécution de la manière la plus pressante, à savoir obtenir immédiatement l'importation en Allemagne des produits qui manquent le plus à son économie de guerre: métaux légers, bauxites, minerais de fer, phosphates, produits coloniaux de toutes catégories, matériel roulant et matériel de traction, enfin matériel de guerre sous toutes ses formes.

[...] Dans le cadre général des instructions générales du 16 octobre [de la DSA], la Délégation [française] ne s'est opposée en principe à aucune des demandes allemandes, mais s'efforce de les subordonner à des avantages correspondants qui devraient être

¹⁴ De Boisanger à de la Laurencie, 8 novembre 1940, *ibid.*, pp. 338–339.

¹⁵ Direction des Mines à Herck, 29 octobre 1940, *ibid.*, pp. 339–340.

¹⁶ Raty à la PI, 10 novembre 1940, *ibid.* pp. 340–341. Comparer l'„exposé général“ (note 6) et W. t. 3 et 4, sur les tractations de novembre-décembre 1940 et de janvier à mai 1941.

¹⁷ W. vol. 2, p. 351.

¹⁸ *Ibid.*, p. 108.

consentis par la Délégation allemande. Jusqu'à maintenant, les Allemands [...] préoccupés avant tout par leurs propres demandes [...] se sont pratiquement refusés à envisager sérieusement l'octroi des contreparties demandées [...]. En zone occupée, il est pratiquement impossible de s'opposer aux exigences allemandes, à moins d'adopter une attitude généralisée de résistance passive. Lorsqu'il s'agit de la zone libre ou des colonies, il est sans doute possible de [les] refuser [...] elles ont été au moins suspendues jusqu'à maintenant dans l'attente des contre-parties réclamées; cependant les Allemands semblent persuadés que cette attitude ne pourra pas être maintenue, et qu'ils finiront par obtenir sans compensation l'exécution des marchés qu'ils envisagent. Ils savent en effet que les industriels et les négociants français ont le désir de vendre leurs productions [...] stock[ées ...] l'Allemagne représente pour bien des produits, le seul débouché immédiat. D'un autre côté, la Délégation allemande, et son Président, M. Hemmen, n'ont pas hésité à proférer certaines menaces au cas où il ne serait pas donné satisfaction à leurs demandes.

Enfin, il s'est produit des interventions regrettables du côté de certains industriels français, et notamment les producteurs de fer (Quenza) et de bauxites (M. Grossmann, M. Guillot, Banque Monod, etc.). Malgré l'interdiction formulée par le Ministère de la Production, des marchés ont été traités directement [avec...] des industriels allemands, à des conditions qui ne tiennent aucunement compte des nécessités actuelles et notamment des versements à effectuer à la Caisse de Compensation. La Délégation française s'est, de ce fait, trouvée dans une position difficile¹⁹.

L'attitude patronale de 1940–41 place donc la vraisemblance du côté, non des serments ultérieurs appuyés par l'encadrement resté en poste,²⁰ mais des plaignants qui dénoncèrent auprès de la CNIE l'incitation à produire au maximum et la répression consécutive contre les rebelles, cadres (rarissimes) ou ouvriers: déposition de l'Ingénieur Bouchard, auquel le combat contre la direction d'Ugine coûta sa carrière d'après-guerre, sur l'émulation entre Péchiney et Ugine pour „faire le maximum“, soutenue par des „instructions verbales ou écrites [...] aux usines“²¹ ou long rapport de la Commission d'Enquête de la région Rhône-Alpes, promptement enterré sous prétexte d'hostilité (nationalisatrice) aux dirigeants d'Ugine, mais plus précis et argumenté²² que les dossiers favorables²³ finalement retenus par la CNIE.

¹⁹ *Ibid.*, pp. 104–105.

²⁰ Phénomène général (AN, série F 12), dont Ugine offre un exemple démonstratif.

²¹ Séance CNIE du 16 juin 1947, F 12 9555, et tracts de 1943–1944 contre l'encadrement des usines et la direction de la firme, F 12 9594.

²² 7 juillet 1945: „activité pendant l'occupation“ par produit (huit, du sodium aux métaux légers), „Relève“ et négociations sur l'association IG-Ugine-Buna de juillet 1941 à octobre 1943. F 12 9595.

²³ Dossier Parenteau, 13 février et 20 mars 1945, *ibid.*

II. La cession des titres étrangers: des Mines de Bor aux sociétés pétrolières roumaines

Adaptation à la conjoncture, la quête des marchés ressortit à la routine commerciale. Oudot, qui avait tout „couvert“, imputa en mars 1947 aux dirigeants les plus exposés de l'après-guerre de la Banque de Paris et des Pays-Bas (Paribas), Laurent-Atthalin et Jahan, des décisions de financement prises en 1940 par l'ensemble de la corporation (les dossiers de Wiesbaden ou de la CNIE l'attestent autant que les Mémoires de Rist).²⁴ Les banques recherchèrent aussi les occasions de profit qui inscrivaient la victoire allemande dans le plus long terme – l'Ordre nouveau européen –, comme la cession des actifs des sociétés à forte participation française de l'Europe du Nord et de l'Est occupée. Conséquence, selon les mémoires en défense des banquiers unanimes, de la seule „contrainte“ exercée par Vichy et les Allemands.

La contrainte allemande est irréfutable. „Mon gouvernement est pressé d'aboutir sur ce point. Si vous refusez, les conséquences seront extrêmement graves“, déclara Hemmen à Boisanger le 4 octobre 1940 à propos des mines yougoslaves de cuivre de Bor, splendide fleuron de la couronne financière française. Et il exigea que fût invité à Wiesbaden son Président français pour y rencontrer Neuhausen, représentant d'un groupe allemand muni des „pouvoirs de négocier la cession des intérêts français.“ „Il a exigé une réponse dans les 24 heures“ et menacé (coutume alternant, à cette époque, avec la glorification de la collaboration économique): en cas de refus, „le Gouvernement allemand emploierait d'autres moyens pour se rendre maître des mines“. La brutalité de Hemmen, sur le thème „nous voulons tout!“ et immédiatement,²⁵ fut ici particulièrement marquée. Le jour même, de Boisanger prôna la capitulation, jugeant toute résistance périlleuse et inutile et soucieux de „l'ensemble des relations franco-allemandes“, alors même qu'il venait de maintenir la position française officielle face à Hemmen: refus de toute „livraison de cuivre [...] à l'Angleterre“, mais, simultanément, de la cession des actions, „de l'abandon d'une partie aussi importante du patrimoine national“.²⁶

L'affaire semble appartenir à la catégorie des „sacrifices“ avec contreparties financières intéressantes, amorcés après que la France eut à Munich livré sans combat à l'Allemagne certaines de ses anciennes sphères d'influence (la plus importante acquisition balkanique de l'IG Farben fut „celle de la raffinerie Apollo en Slovaquie et de son organisation des ventes à Prague, obtenue par achat non forcé des parts d'actionnaires français au début de 1939“²⁷). Espoir de ne pas tout perdre dans une Europe longtemps

²⁴ Annie Lacroix-Riz, „Les grandes banques françaises de la collaboration à l'épuration, 1940–1950“, *Revue d'histoire de la deuxième guerre mondiale* 141 (1986), pp. 3–44 et *ibid.* 142, pp. 81–101, 1er art. cit., notamment pp. 36–37 et Charles Rist, *Une saison gâtée: journal de la guerre et de l'occupation (1939–1945)*, Jean-Noël Jeanneney (éd.), Paris 1983, notamment pp. 94 et 96.

²⁵ 4 et 10 octobre, W. t. 2. pp. 13, 35–36 et 100.

²⁶ W. t. 2. pp. 34 et 36.

²⁷ Peter Hayes, *Industry and ideology. IG Farben in the Nazi era*, Cambridge 1987, p. 303. Souligné par moi.

allemande? Incapacité d'admettre une perte, fût-elle de la courte durée nécessaire à la victoire alliée? Le Reich put compter, au moins de la défaite française à 1941–42, sur l'horreur du vide financier pour attirer les élites économiques vers ce qui fut, non une pure et simple spoliation, mais un marché rudement négocié. Boisanger mentionna le 4 octobre devant Hemmen les „conversations qui auraient déjà eu lieu entre la Société des mines de Bor et [...] la Metallgesellschaft, en indiquant d'ailleurs que le Gouvernement [français] n'avait pas encore eu à [en] connaître [...] Les bases du contrat qu[e] propose [le Président de la firme allemande] (participation minoritaire dans les mines, après augmentation du capital, en échange d'une participation française dans la Metallgesellschaft) seraient acceptables et même avantageuses pour les intérêts français“.²⁸ La cession des mines de Bor fut donc précédée, comme les contrats commerciaux, de pourparlers directs.

Refermé par le oui français du 6 novembre 1940, le dossier compta de nombreux successeurs qui, soulignant l'initiative des décideurs économiques français, ramènent Laval à son rôle non de loup-garou responsable de la décision prise,²⁹ mais de porte-parole. Citons parmi eux celui des sociétés pétrolières roumaines, bénéficiant du double éclairage des archives de Wiesbaden et des banques. Selon la documentation bancaire de 1945, d'une part, la cession fut consentie sous la double pression du Reich et de Vichy, d'autre part, chaque banque ou banquier rejeta la mission de „chef de file“ de l'opération, assumée par tel concurrent, pour se réfugier dans un modeste „rôle de guichetier“ – formule de Couture, Directeur de Paribas.³⁰ Mais contre le plaidoyer-type de Paribas – elle „argue qu'elle ne pouvait se dérober à une telle opération pour laquelle elle n'a fait que prêter ses guichets, [...] qu'elle ne pouvait s'opposer à une décision d'ordre gouvernemental [...]; qu'elle était suspectée par les Allemands d'être une banque juive“³¹ – se dressent quelques aveux d'importance. En mars 1947, après son propos d'usage sur la contrainte germano-vichyste, Couture avoua au Président de la CNIE, curieux des motifs de l'incitation à la „collecte des titres“, que le „prix [de cession] était considérable, avantageux“.³² D'autres confrères poussèrent ce cri du cœur, tel Lebon, du CIC, pour qui la vente „offrait l'avantage d'arrêter une avance perpétuelle de fonds [pour] des créances à peu près irrécouvrables“.³³

Le fond de l'affaire gît là autant que dans les diktats d'Hemmen et bien plus que dans les introuvables „injonctions“ de Vichy. Contemporain du dossier des mines de Bor, celui des titres pétroliers roumains fut évoqué dès septembre-octobre 1940, en des termes similaires, à ceci près que Hemmen, aussi pressé de régler la seconde affaire que la première, déclara ici se „contenter [...] de la majorité des actions“.³⁴ Le 23 septem-

²⁸ W. t. 2, p. 36.

²⁹ Doyen à v. Stülpnagel, le 6 janvier 1941, W. t. 5, p. 465, et Henry Rouso, chap. 1 et 2 de *La vie des entreprises sous l'Occupation (...)*, ex. dactyl. communiqué par l'auteur.

³⁰ Déclaration du 17 septembre 1945, F 12 9565, Paribas.

³¹ Rapport Postel-Vinay, s.d. vers le 15 septembre 1945, *ibid.*

³² CNIE, 17–19 mars 1947, *ibid.*

³³ Déposition du 2 octobre 1946, F 12 9570, CIC.

³⁴ 10 octobre 1940, W. t. 2, p. 100.

bre, de Boisanger accepta de traiter, sollicitant une indemnisation généreuse – un „effort personnel“ de Hemmen sur la question du cours du mark.³⁵ Vichy ne montra pourtant aucun empressement à brader le patrimoine concerné en poussant les banques à se délester de leurs titres ou à en organiser la collecte parmi leurs clients: lorsque l'occupant leur demanda fin octobre 1940 de fournir une déclaration des devises, de l'or et des valeurs étrangères détenus pour leur propre compte et celui de leur clientèle, non seulement en zone occupée mais en zone libre si ces avoirs appartenait à des résidents de zone occupée, Vichy jugea la démarche contraire à la Convention d'Armistice et invita „les Banques françaises [...] à ne [lui] donner aucune suite.“³⁶

L'allant général des banques – pas seulement Paribas, mouton noir de 1944–45 – mit l'Administration sur la touche. A la mi-novembre, Vichy annonça la création d'„un service spécial au Ministère des Finances“ appelé à examiner la demande allemande de cession des actifs français, pour „que les demandes correspondantes passent, *autant que possible*, par l'intermédiaire de la Délégation française à Wiesbaden“³⁷ – signe que les tractations bilatérales allaient bon train. Le 25 novembre, Couve de Murville, Directeur des Finances extérieures et des Changes, résista encore à „une prétention inquiétante“ des Allemands: le règlement du montant des actions „à leurs détenteurs actuels au moyen du compte créditeur en francs dont dispose actuellement le Gouvernement allemand du fait de l'excédent des versements exigés au titre des frais d'occupation sur les sommes réellement dépensées en France“ par le corps d'occupation.³⁸ Tactique utilisée pour couvrir l'opposition fondamentale du „Gouvernement français [...] d'une manière générale à la perte de ses participations, [...] élément important de l'actif national“? ou pour amorcer une discussion acharnée sur l'indemnisation – „des payements en francs fournis en réalité par le Gouvernement français lui-même“ ne constituant pas une contre-partie suffisante?³⁹ L'impression domine que l'initiative ne vint pas de Vichy.

Le 21 novembre, à la sous-commission financière, Couve céda sur un terrain abandonné de longue date – le tchécoslovaque, précisément –, mais pas devant les Allemands seuls: devant un agrément préalable entre l'Union européenne⁴⁰ et la Böhmishe Bank concernant Berg et Hüttingesellschaft à Prague.⁴¹ Le 22, interpellé par Hemmen sur le motif du veto de Vichy contre l'accord Banque de l'Union Parisienne (BUP)-Deutsche Bank sur la Banque Commerciale Roumaine, il rappela „que le Gouvernement français ne souhait[ait] pas liquider les participations françaises à

³⁵ W. t. 1, pp. 381–382.

³⁶ W. t. 2, p. 251.

³⁷ *Ibid.*, p. 370. Souligné par moi.

³⁸ *Ibid.*, p. 445.

³⁹ *Ibid.*, p. 463.

⁴⁰ L'Union européenne industrielle et financière, intermédiaire dans la cession des actions de la Banque Générale de Crédit Hongrois (BGCH) en juillet 1941, rapport Postel-Vinay, F 12 9565.

⁴¹ W. t. 2, pp. 463–464.

l'étranger".⁴² L'accord passé hors de toute contrainte étatique exclurait à lui seul la sincérité des quatre notes de la BUP sur les cessions de titres, chargeant avec emphase le Reich et Vichy,⁴³ rédigées pour la CNIE entre 1945 et 1947. L'AG du 30 mai 1941, l'une des rares pièces contemporaines des actes à avoir survécu au ménage de 1944 qui réduisit le dossier des cessions à sa version bancaire révisée, dévoile la hâte à transformer une perte en bonne affaire: fin 1940-début 1941, „nous avons été amenés à accepter des offres avantageuses pour certaines de nos participations à l'Etranger qui, en raison des circonstances, ne présentaient plus pour notre activité l'intérêt qui en avait motivé l'acquisition".⁴⁴

Le 21 novembre 1940, Couve s'opposa encore à la cession des Mines de Trifail, des Emprunts yougoslaves d'après-guerre, de la Banque Générale de Crédit Hongroise (autre démenti catégorique au récit de 1947 de la BUP, laquelle n'aurait été informée qu'au début de 1941 du consentement français à la cession des titres à la Dresdner Bank munie d'„un ordre formel d'acquisition“ du Reich: son rôle purement „passif“ l'aurait mise „dans l'impossibilité de se refuser à l'opération“.⁴⁵ Couve transmit les „avis défavorables“ de son Gouvernement non seulement sur le principe mais sur le mode de règlement: il rejeta catégoriquement l'argument de Schöne selon lequel le reliquat disponible des francs correspondait à la valeur des marchandises, introuvables en France, que l'Armée d'occupation devait importer d'Allemagne. Ton et forme n'auguraient pas le renoncement immédiat.⁴⁶ Le 22 novembre, on traita des deux sociétés pétrolières roumaines Colombia et Steava, la première intégralement française, la seconde, „d'origine allemande“, mais rachetée en 1922 au groupe Eos en Suisse, et dominée par le capital anglo-français. La discussion des „spécialistes, en particulier des banquiers“ allemands et français, suggère que Vichy avait suivi plutôt que précédé les initiateurs siégeant à la tête des Conseils d'Administration. Couture et Bonnafous, Directeur de l'Omnium Français des Pétroles (dont Couture était Vice-Président), actionnaire très majoritaire,⁴⁷ animèrent un débat sur les chiffres assurément entamé auparavant, tant le dossier semblait familier aux Allemands.⁴⁸ Entre octobre et novembre, Vichy avait pratiquement cédé, Hemmen ouvrit la séance en s'en félicitant. Mais De Boisanger, assez acquis à l'opération pour manoeuvrer sur le terrain du débat „technique“ – chiffrage et modalités de récupération des actions appartenant aux banques ou réparties au sein du public –, manifesta encore quelques scrupules. Et surtout, la déclaration finale de Couve sur la Banque Commerciale Roumaine démontra la non-initiative étatique dans la „liquid[ation d]es participations françaises à l'étranger“. Ce jour-là comme les 12 et 13 décembre, Couture

⁴² *Ibid.*, p. 511.

⁴³ Sd, F 12 9566, BUP.

⁴⁴ AG de 1941 à 1945, *ibid.*

⁴⁵ Note sur la BGCH, *ibid.*

⁴⁶ W. t. 2, p. 464.

⁴⁷ Rapport Postel-Vinay, F 12 9565, et W. t. 2, pp. 506–507.

⁴⁸ Hemmen, 30 octobre 1940, *ibid.* p. 256.

confirma que „le Gouvernement français ne nous a[vait] rien demandé“ et „qu'il n'a-[vait] pas reçu mandat pour négocier cette cession“.⁴⁹

Les échanges entre les banquiers français et ceux de la Deutsche Bank, représentants du Reich ou financiers ès qualités (Abs, Kurzmeyer, Rosenkranz, Oster, le 12 décembre), trahissent des motivations sans lien avec la pression ou le diktat de Vichy. Avec sa morgue coutumière, Hemmen, exposa „les deux raisons de cette négociation“: „1°. La France est passée au second plan dans les Balkans tandis que nous passions nous-mêmes au premier plan; il est nécessaire d'adapter la situation économique à la réalité politique“ – propos aggravé ensuite dans une réplique cinglante à De Boisanger, qui semblait caresser l'espoir d'un maintien de la présence financière française en Roumanie; 2°. en raison de la guerre contre l'Angleterre, „il nous faut beaucoup de pétrole, et tout de suite, nous voudrions donc exploiter nous-mêmes en Roumanie“. Il fallait „parler ici en hommes d'affaires“; le Gouvernement allemand aurait pu „vous dicter ses conditions au moment du traité de paix [...] En 1919, c'est vous qui avez fait une bonne affaire, maintenant ce sera nous. Nous pourrions exiger que vous nous remettiez purement et simplement ces valeurs“, comme vous l'avez fait à cette époque, mais nous préférerons nous entendre „sur une base purement commerciale“: nous ne voulons pas reproduire „les graves erreurs [...] que vous avez commises il y a vingt-cinq ans“; profitez de nos bonnes dispositions, que la victoire définitive pourrait anéantir: si vous attendez un dédommagement après la signature du traité de paix, „vous risquez d'avoir une surprise désagréable.“

Couture se situa sur ce terrain, malgré ses minauderies – „tant que le Gouvernement français ne nous a rien demandé, nous préférerons garder les actions“: la „résistance [de...] ces Messieurs [...], persifla Hemmen, est surtout destinée à préparer le terrain pour le moment où il s'agira de fixer le prix.“ On discuta ferme sur des valeurs que la conjoncture avait anéanties, annonçant qu'on ne céderait que sur la base de la grandeur financière d'avant la germanisation de la Roumanie: on fixerait les prix sur la base du rendement technique, non sur le présent „cours forcé“ dû à l'impossibilité de transférer les dividendes. „Ce raisonnement est extrêmement habile“, commenta Hemmen, qui proposa de se fonder sur „les cours moyens des trois dernières années“, offre rejetée par Couture, car l'absence „de marché“ empêchait „de prendre en considération la cote.“ L'expertise technique, dont Hemmen déclarait craindre les lenteurs, s'effectuerait, protesta Couture, „en peu de temps“: on disposait „déjà [d']une base pour la Steava“, les 750 francs réglés à l'Allemagne en 1922, „et l'affaire s'est encore améliorée depuis“. Et, après qu'Hemmen eut évoqué les prochaines négociations sur la fixation des actifs – non sans glisser que les Allemands savaient les trésors de la Colombia proches de l'épuisement –, Couture nuança son allégresse devant „cet [...] excellent [...] exposé“: „les bilans n'ont pas de signification car ils sont libellés dans une monnaie qui a subi depuis vingt ans de nombreuses dépréciations“.⁵⁰

Le 12 décembre, il progressa dans la flagornerie, quoique l'„idée de collaboration

⁴⁹ *Ibid.*, pp. 505–507, 511–512 et 513, et W. t. 3, p. 236.

⁵⁰ W. t. 2, pp. 509–510.

pratique franco-allemande“ laissât de marbre ses confrères. Les Français, malgré les poncifs sur la non-envie de vendre et l'appel à la poigne allemande au secours de leurs intérêts, n'avaient plus le choix qu'entre la perte sèche et le dédommagement: „du point de vue européen, il serait malheureux que ces entreprises roumaines, et tout particulièrement la Colombia, ne soient pas bien tenues en mains“; on déplore „un certain flottement et la production s'accumule sur place [...] s'il s'agit d'amorcer immédiatement une collaboration franco-allemande technique et commerciale, nous sommes d'accord pour en parler tout de suite“. Les Français ayant été „chassés“ de Roumanie, „n'est-il pas possible de les renvoyer sur place?“; s'imposait une „réorganisation“ rapide du „personnel administratif, puisque, notamment, la législation roumaine exige que les Juifs soient éliminés; il y en avait un assez grand nombre, surtout dans les services de comptabilité. Il y avait là une tâche assez délicate et urgente.“ Le lendemain, répétant que la cession n'était toujours pas à l'ordre du jour de Vichy, Couture, parfois appuyé par Bonnafous, se livra avec les banquiers allemands à une discussion de marchands de tapis⁵¹ – dont le témoignage d'après-guerre des deux hommes restituera une image mensongère.⁵²

On ne peut absolument écarter la thèse du partage des tâches: la résistance ouverte ou la tactique dilatoire de l'Etat, sur le principe puis sur les modalités de la vente, seconda les banquiers dans leur ardent combat pour grossir l'indemnisation. Couve, après avoir rejeté l'imputation des frais de rachat sur les frais d'occupation,⁵³ retint la „toute nouvelle“ proposition Schöne, le 16 janvier 1941, de règlement en „emprunt 4% 1939“ français détenu par une banque hollandaise (idée allemande ou française, née au cours des pourparlers bancaires?): l'écartant pour les „pétroles roumains“ („la question est différente, car il s'agit d'intérêts économiques et même politique très importants pour nos rapports avec la Roumanie“), il „l'accept[a] immédiatement“ le 17 pour „la Banque Commerciale Roumaine et la Banque Générale du Crédit Hongrois“.⁵⁴

Confrontée au reste de la documentation, celle des cessions tend cependant à opposer les visions de long terme de certains secteurs de l'appareil d'Etat au court terme du monde financier, la priorité du gain immédiat, la hantise du profit différé assorties, au moins jusqu'à la fin de 1941, de la conviction que l'Europe nouvelle, abandonnée à son sort par des Etats-Unis viscéralement neutres, se plierait à l'hégémonie allemande. Vichy céda vite – l'affaire progressa à marche forcée en 1941 –, mais on ne peut l'accuser d'avoir saisi l'initiative: début mars 1941, après des tractations bilatérales absentes de la publication de Wiesbaden, il se déclara „disposé à donner son accord au projet de contrat entre les maisons françaises intéressées pour la cession au Reich des participations dans la Société „Colombia“, les „Charbonnages de Trifail“, la „Banque Commerciale Roumaine“ et la „Banque Générale de Crédit Hongrois“; la semaine suivante,

⁵¹ 12 et 13 décembre 1940, *ibid.*, pp. 512–514.

⁵² Couture aux enquêteurs, 17 septembre 1945, et mémoire de Bonnafous, 5 février 1947, F 12 9565.

⁵³ Cf. *supra* et 10 janvier 1941, W. t. 3, pp. 424–425.

⁵⁴ 16 et 17 janvier 1941, *ibid.*, p. 459.

vint le tour de la Norvégienne de l'Azote.⁵⁵ Mentions qui suffiraient à infirmer le plaidoyer *pro domo* de Couture, aussi fantaisiste sur la chronologie de la vente que sur les pressions subies.⁵⁶

C'est bien la tendance Barnaud, symbolisée par la note du 28 juin 1941 „sur le règlement des frais d'occupation“, qui triompha finalement. Condensé de l'idée qu'on pouvait transformer une défaite en bonne ou pas trop mauvaise affaire, ainsi apparaît sa liste „des valeurs transférables que nous pourrions aliéner sans grand dommage [...] certaines valeurs étrangères et, en particulier, certains fonds d'Etat de pays qui sont actuellement soumis à l'emprise allemande, et qui, dans l'avenir, ou bien resteront dans l'orbite du Reich, ou bien seront incapables de faire face à leurs obligations financières extérieures [...] principalement la Roumanie, la Yougoslavie, la Pologne et la Bulgarie“.⁵⁷ La perte redoutée se métamorphosa d'ailleurs en gain, entre la demande allemande de l'automne 1940 et les accords et ventes de 1941: en témoignèrent „la propagande intense faite pour inciter les porteurs à la vente de titres“⁵⁸ jusqu'à la fin de 1941 et „l'afflux des offres“ des actionnaires de la Société (polonaise) Steinhagen Saenger, encouragé par Paribas même (qui *solllicita* les Finances pour traiter avec la Dresdner Bank), en décembre 1941 au-delà des espérances allemandes.⁵⁹ Juteuses opérations que leurs bénéficiaires effacèrent parfois des bilans, telle Paribas, qui attribua à „une erreur“ la non-déclaration de cession à la Dresdner Bank de 1500 actions de la Banque Générale de Crédit Hongrois.⁶⁰ Indice, parmi bien d'autres, de la non-fiabilité des chiffres présentés au fisc.⁶¹

III. Les sociétés mixtes: Kuhlmann et Francolor

La création des „sociétés mixtes“ renforce notre hypothèse sur la conception par les élites d'un avenir européen de la France lié à la durable victoire européenne de l'Allemagne – et à la nécessité de s'en accommoder. Les fertiles années 1940–41 n'épuisèrent pas le dossier, d'où se dégagent les affaires Buna, Théraplix, France-Rayonne et sociétés de gazogènes:⁶² sans oublier Francolor, gavé de crédits jusqu'en 1944,⁶³ symbole d'une

⁵⁵ W. t. 4, pp. 173 et 203–204. Aryanisation des titres Rothschild de la Norvégienne, Lacroix-Riz, Les grandes banques, pp. 17–21 et Hayes, pp. 290–297.

⁵⁶ Déclaration ..., 17 septembre 1945, F 12 9565.

⁵⁷ W. t. 4, pp. 594–595.

⁵⁸ Audiences des 17–19 mars 1947, F 12 9565.

⁵⁹ W. t. 5, pp. 347 et 366; accord du Ministère le 7 janvier 1942, rapport Postel-Vinay, F 12 9565.

⁶⁰ *Ibid.*, F 12 9565.

⁶¹ Enormes fraudes, à Paribas et au Crédit Lyonnais, Lacroix-Riz, Les grandes banques, pp. 33.

⁶² F 12 9559, Banque Charles de Monaco; 9564 (BNCI); 9565 (Paribas), Sociétés Gazogènes Imbert et Carburants Français pour Gazogènes (et Lacroix-Riz, Les grandes banques, pp. 13–16); 9566 (BUP), 9569 (Société Générale), 9570 (CIC): l'Industrie Cinématographique; 9569 (Société Générale), Stotz Kontakt et France-Rayonne (groupe Gillet); 9555 et 9595, projet Buna IGF-Ugine-Rhône-Poulenc et France-Rayonne; 9576, Théraplix (Rhône-Poulenc-IGF).

⁶³ Lacroix-Riz, Les grandes banques, pp. 11–13.

stratégie de collaboration faisant de „l'IG Farben [...] le Furher [sic] de l'industrie des colorants française“.⁶⁴

La CNIE put consulter des „rapports des agents allemands découverts par les Services Américains [sic] [...] accablants pour M. Frossard“:⁶⁵ l'un des plus grands patrons de l'industrie française (entre autres Directeur Général des Ets Kuhlmann et, comme leur Président, Duchemin, Administrateur d'Ugine) offrit en effet aux Allemands une „collaboration“ sincère ou le paraissant durablement. La demande, malgré les exposés *a posteriori* de Duchemin, Frossard ou Thesmar,⁶⁶ ne vint pas du géant industriel à la force décuplée par celle des armées du Reich: son obsession de tenir en lisière, sans les anéantir, ses concurrents vaincus dans le cadre d'un repartage léonin des marchés, partout affirmé en Europe occupée, n'inspira pas davantage en France qu'ailleurs à l'IGF de déclarations solennelles sur l'oeuvre commune dans l'Europe nouvelle.⁶⁷ Tandis que la correspondance germano-américaine décrit l'empressement de Frossard auprès des Allemands, celle de Wiesbaden souligne le rôle de Duchemin, différent, au début du processus, de celui revendiqué dans sa brochure *Histoire d'une négociation*.⁶⁸

A l'été 1940, la direction de Kuhlmann multiplia les avances auprès du compagnon du cartel à maintenir, et harcela les autorités françaises pour que l'affaire fût d'urgence traitée à Wiesbaden. Le 9 juillet 1940, le Directeur Vaucher – que ses chefs hiérarchiques tentèrent après guerre de faire passer pour un franc-tireur sans mandat⁶⁹ – fut chargé⁷⁰ d'obtenir un contact officiel „le plus tôt possible [avec] les représentants de l'Industrie allemande des matières colorantes“: dès le 26 juillet, il s'adressa au Ministre des Finances. Bouthillier, indifférent aux réticences de ses collègues de la PI et du Commerce, Bichelonne et Drillien, et aux scrupules d'Huntziger, qui tenta d'écartier de Wiesbaden la conclusion du „modus vivendi [...] souhaité par les industriels français“, s'exécuta aussitôt: le 5 août, le général dut prier Hemmen d'organiser à „bref délai une réunion utile entre industriels français et allemands“.⁷¹ Devant l'inertie allemande, Vaucher et son collègue Rhein, Directeur commercial, entretinrent la pression auprès de Vichy, invoquant la concurrence américaine et suisse, „la reconstruction de l'Europe“ chère à l'Allemagne et les bienfaits du cartel franco-allemand, dont „une guerre ne peut suspendre provisoirement l'application.“⁷²

L'IG avait, dans le domaine des colorants, un contentieux commercial et politique à régler avec le vainqueur français de 1918, assez lourd pour figurer dans le „rapport final [de 1944] au Gouvernement du Reich“ du Dr. Michel: „exceptionnellement, une participation de 51% de capitaux allemands avait été acceptée, non pas uniquement pour

⁶⁴ Président de la CNIE, 21–22 juillet 1947, F 12 9555.

⁶⁵ CNIE, 18 juin 1946, F 12 9554, séances 1944–1946.

⁶⁶ F 12 9555 et 9574.

⁶⁷ Hayes, pp. 267–317.

⁶⁸ 1942, 187 p., F 12 9574.

⁶⁹ Duchemin, *ibid.*, mémoire Frossard, F 12 9574.

⁷⁰ Rapport sur Francolor, 3 mars 1948, F 12 9574, divers dossiers, *ibid.* et F 12 9555.

⁷¹ W. t. 2, pp. 515–516 et 520.

⁷² 7 septembre 1940, *ibid.* p. 519.

créer un précédent, mais afin de souligner le retour de l'Allemagne, écartée du marché des couleurs par l'effet du traité de Versailles, à sa situation antérieure⁷³. Les Allemands, en l'absence des offres de leurs pairs, se seraient peut-être, ambition déjà considérable, „contentés [en France] du même genre d'actions qu'aux Pays-Bas: fermeture d'usines, accords de partage des marchés à long terme, interdiction d'exporter et assauts contre les positions des filiales étrangères“⁷⁴. Le „plan Schnitzler du 3 août 1940“⁷⁵ de l'unique société de colorants fut rédigé dans le contexte des initiatives des dirigeants de Kuhlmann. „Le plan primitif“, déclara von Schnitzler, Directeur du Développement des Matières colorantes à l'IG Farben, à l'Américain Bernstein, le 17 juillet 1945, „était d'obliger l'Industrie Française [sic] à travailler pour la machine de guerre nazie. Cependant il apparut [sic] bientôt aux nazis que cela ne serait pas nécessaire et que les Industriels français étaient désireux de s'associer avec les allemands [sic] contre les alliés [...] Les principaux Directeurs de l'Industrie Chimique française, notamment Joseph Frossard, [...] étaient extrêmement désireux d'ouvrir des négociations avec les allemands [sic]“. Frossard contacta dès août 1940 le Dr. Kramer de l'IG Farben et Koechlin, de l'IG Gengy [sic, pour Geigy] de Bâle, „pour offrir sa collaboration dans le domaine chimique“: „je n'étais pas pressé de répondre à leurs suggestions“, préférant „laisser les Français mijoter dans leur jus“ (*„Let them simmer in their own juice“*), commenta cyniquement von Schnitzler en 1945.⁷⁶

Gage de concessions françaises grandissantes, comme le montra le 14 octobre 1940, après plusieurs entretiens franco-allemands auxquels s'associa Duchemin,⁷⁷ le Comité directeur de l'IGF consacré au rapport de Kramer sur sa conversation du 10 au Claridge avec Frossard: „selon [Frossard], les personnalités dirigeantes de Kuhlmann seraient d'accord pour un „mariage“, c'est à dire pour une participation de l'IG. Elles seraient prêtes, également, à se désister personnellement de leurs postes, pour peu que l'IG élève d'objections [sic] (Joseph Frossard se préparait à se retirer au profit de son frère Louis, et de même, M. Duchemin aurait offert son retrait). Les milieux allemands autorisés nous recommandent d'utiliser sans désemparer cette volonté d'entente, d'autant qu'il faudrait sans doute s'attendre par la suite à un changement de cette attitude“.

Après qu'on se fut accordé sur l'éviction de la direction de Kuhlmann de ses éléments juifs („MM. Rhein et Berr [sic]“)⁷⁸ et que le Dr. Buhl eut renvoyé au néant ce qui n'appartenait pas au secteur des colorants (colle et produits chimiques), on discuta du partage du capital: d'après Frossard, „les Etablissements Kuhlmann seraient entière-

⁷³ *La France intérieure* 50, 15 novembre 1946, p. 7, BDIC. Souligné par moi.

⁷⁴ Hayes, pp. 278–280.

⁷⁵ Frossard, CNIE, 21–22 juillet 1947, F 12 9555.

⁷⁶ Interrogatoire, F 12 9574, CNIE, 18 juin 1946, F 12 9554, l'Américain Bernstein, F 12 9574, et Hayes, pp. 280–281.

⁷⁷ Kolb-Frossard-Duchemin le 3 octobre, CNIE, 21–22 juillet 1947, F 12 9555.

⁷⁸ Behr, Vice-PDG, fut „éliminé de la Direction (...), conformément aux lois sur les Juifs“, mais „M. Frossard m'a expliqué aujourd'hui que le père de M. Rhein n'était pas juif“, entretien Kramer-Frossard, 29 mai 1941, extraits ..., F 12 9574. Arrêté le 23 juin 1942 („Démarches“ – de Duchemin – à son sujet, F 12 9574), Behr fut déporté à Auschwitz, dont il ne revint pas.

ment disposés à nous abandonner aussi 51%. Le Dr. von Schnitzler redoute à la longue de trop fortes oppositions au cas où nous aurions en France plus de 50%. Il propose que nous nous contentions dans la société de fabrication de 50%, mais que nous exigeons 51% dans la société d'exploitation, étant bien entendu que [celle-ci] se serve à l'étranger de notre organisation. [...] Le Dr. ter Meer est d'avis, si nous avons la possibilité d'acquérir maintenant 51%, de l'essayer et par là de justifier notre travail en France".⁷⁹

Ces manœuvres de coulisse avaient mûri la question de savoir si les Allemands obtiendraient 50 ou 51% du capital de la future société: menu détail que les inculpés de 1944–45, surtout Duchemin, travestirent en résistance du David français contre le Goliath allemand aidé par Vichy. L'Etat était-il exactement informé des tractations d'alors? Selon le rite, il céda, mais pas tout ou pas tout de suite, pour laisser une chance aux mythiques „contre-parties“. Selon les „Instructions pour la délégation française pour la conduite d'une négociation générale“ du 16 octobre 1940, „les participations allemandes dans diverses sociétés françaises ne devront pas dépasser 30 p. 100 [sic] au maximum du capital et faire l'objet, en contre-partie, d'une participation équivalente dans des entreprises allemandes tant en Allemagne qu'à l'étranger, ou dans des intérêts allemands ou des entreprises étrangères. La Délégation française devra consulter le Gouvernement dans chaque cas“.⁸⁰ Propos si naïf d'ailleurs qu'on y soupçonne le souci de s'abriter pour la postérité: quel décideur pensait sérieusement en octobre 1940 que le vainqueur partagerait ses capitaux avec le vaincu?

Après avoir „laiss[é] les Français mijoter dans leur jus“ un trimestre, l'IG, craignant une „collaboration“ susceptible de rouvrir les usines françaises avant que l'affaire ne fût tranchée, jugea le degré de cuisson suffisant. A sa demande (le 23 octobre), Hemmen, convoqua (le 30) une réunion „pour la semaine du 18 novembre“.⁸¹ Les sessions des 21 et 22 novembre 1940, que leurs protagonistes français évoquèrent après coup si peu fidèlement, démontrent avec quel entrain initial les responsables français de l'industrie chimique, *en l'absence de Frossard, l'homme des coulisses*, envisagèrent de passer sous les fourches caudines. Les Allemands, décidés à savourer leur triomphe, donnèrent „d'abord la parole“ à ceux qui avaient „pris l'initiative de ces conversations“.⁸²

Le Général Blanchard, Président du Groupement d'Achat des Carburants, à la mémoire d'après-guerre sélective – il ne se rappela en 1947 que l'extrême tension de la rencontre du 21 novembre⁸³ –, ouvrit la séance. Il célébra la collaboration passée et future franco-allemande, clé d'une union européenne indispensable „pour mieux résister [à] la concurrence américaine“ et se répartir à deux les débouchés (dont 9% pour la France). Après un historique flatteur du „contrat“ bilatéral de 1927 rejoint par la Suisse, puis en 1931, par l'Angleterre, qui avait „parfaitement fonctionné jusqu'à la guerre,

⁷⁹ PV, F 12 9574. En italique dans le texte.

⁸⁰ W. t. 2, p. 165.

⁸¹ Hayes, p. 281, et W. t. 2, p. 520.

⁸² Hemmen, *ibid.*, p. 521.

⁸³ CNIE, 21–22 juillet 1947, F 12 9555.

grâce à une bonne volonté réciproque“, il esquissa le florissant avenir, à peine modifié par la victoire allemande, d'un cartel désormais bilatéral, pour „renouer avec cette tradition sous le signe de la collaboration“ (requête régulièrement appuyée par le représentant de l'Administration, Raty).

Duchemin poursuivit sur ce registre, rappelant qu'en „juillet dernier, nous avons demandé à notre Gouvernement de nous mettre en rapport avec vous [...] La reprise de nos relations pouvait paraître inopportune au mois d'août. Rien ne saurait être plus naturel en ce moment, après l'entretien du Führer et du Maréchal Pétain qui se sont mis d'accord sur les principes d'une loyale collaboration“, d'ailleurs illustrée par l'éclatant succès „du contrat de 1927 [...] en dépit de toutes les crises économiques et monétaires. Vous nous demandez quel est notre programme? Nous n'avons pas de plan pour l'instant. Nous voudrions vous demander de bien vouloir faire vous-même des suggestions“.⁸⁴

Les longues interventions allemandes, ballet remarquablement monté alternant le représentant du Reich (Hemmen) et celui de l'IG (von Schnitzler), transformèrent la séance en Rethondes de la chimie française: fausse colère ou indignation de Hemmen qui, après avoir de juillet à octobre exalté la „collaboration économique“ franco-allemande, tonna contre les allusions politiques de ses interlocuteurs et leur prétention à la résurrection du cartel; dédain du vainqueur pour la requête de „collaboration“ du vaincu au sein d'un cartel-croupion; violence des rancoeurs accumulées depuis la défaite de 1918, qui inspirèrent au chef des colorants de l'IG une philippique contre l'industrie chimique française pillarde et inépte, charge de haine anti-française et de chauvinisme débordant d'idéologie autant que d'appréciation économique; et, après une référence formelle à l'éventuelle tentation des Français de s'„arranger avec les Autorités militaires en France“, appel de Hemmen à traiter „sur base commerciale“ en „se plaçant dans le domaine des réalités effectives“, celui du „memorandum [sic] des industriels allemands“ dominé par l’„idée que nous devons avoir un rôle de direction et de contrôle (Führung).“

Furent donc présentées aux Français „les grandes lignes“ („on verra ensuite pour le détail“) de „la seule forme de collaboration qui nous intéresse“: abandon à la France de son marché intérieur „sur lequel l'Allemagne se bornera à mettre en vente certains produits particuliers“; interdiction d'exporter, „sauf exceptions, sur lesquelles vous devrez vous mettre d'accord avec nous“; „participation au point de vue des capitaux“. Mélant le diktat pur et simple à l'invitation au festin allemand, la solution von Schnitzler „offr[ait]“ aux Français – Hemmen le souligna dans une intervention riche en références à la réorganisation de l'Europe – „la possibilité de vivre [et] de prendre la place qui vous revient dans le cadre de l'IG“.⁸⁵

Le lendemain, on souleva de manière obscure la question du contrôle allemand à 50 ou 51% dans cette unique „Société française“ de colorants groupant les quatre usines sauvées de la fermeture, „Villiers Oissel, Saint-Denis et Saint-Clair“ – esquisse de

⁸⁴ W. t. 2, pp. 522–523. Souligné par moi.

⁸⁵ *Ibid.*, pp. 523–528.

Francolor, qui regrouperait les quatre sites produisant plus de 90% des colorants français.⁸⁶ Von Schnitzler demanda „50 p. 100 [sic] des actions de cette Société [dont] le président sera[it] un Français choisi entre nous d'un commun accord“; Duchemin, dont le „diktat“ (selon son expression) de la journée précédente avait refroidi l'humeur mondaine, répondit avoir „bien compris [que] vous auriez 51 p. 100 [sic] de la participation financière contre 49 p. 100 [sic] aux Français“.⁸⁷

L'affaire fut close par l'attribution, en mars 1941, des 51% mensongèrement imputés à un Vichy docile à l'égard des Allemands⁸⁸ et par le choix pour Président, à la demande expresse de l'IG, du fidèle Frossard.⁸⁹ Sans doute la séance du 22 novembre 1940 révélait-elle la répugnance de Duchemin, confirmée par les Allemands: il „dit que le Gouvernement français était aussi d'avis que le mémorandum de Wiesbaden ne faisait pas preuve de beaucoup d'esprit de collaboration et qu'IG demandait beaucoup et accordait peu, que les demandes de IG allaient trop loin et qu'il aimait mieux avoir la main coupée que de signer pareil accord“.⁹⁰ On ne saurait cependant faire endosser au seul Frossard, malgré une documentation unanime sur son enthousiasme vichyste et pro-allemand, une entreprise approuvée par ses pairs. S'il dut exercer, comme il s'en vanta auprès des Allemands, „une pression sur Duchemin et les autres“, hostiles à „une participation qu'ils qualifient de déloyale“,⁹¹ reste à constater son efficacité: l'atteste une note anonyme de janvier 1941 sur les „risques immédiats d'une rupture“ avec les Allemands, favorable, en toute hypothèse sur les vainqueurs et les vaincus de la guerre en cours, à un „accord de collaboration“.⁹²

Le pivot de la défense de Duchemin – l'opposition à une majorité allemande – ne saurait masquer les réalités du partage léonin de Francolor. Agacé par son insistance sur les 51%, attribués à Pucheu et Barnaud en mars 1941, le cégétiste Andréjean siégeant à la CNIE finit par lui demander: 51, 50 ou 45%, est-ce si vital?⁹³ La participation allemande eût-elle été fixée à 45% ou moins, en quoi l'industrie française des colorants se fût-elle moins décisivement mise au service de la machine de guerre allemande? Contre les mémoires en défense invoquant des pourcentages faibles ou infimes de livraison à l'Allemagne et le service quasi exclusif du marché français, trouvés dans le dossier Francolor comme partout,⁹⁴ relevons le bilan de von Schnitzler: la Société devait „approvisionner de préférence l'industrie française de consommation en matières colo-

⁸⁶ Note n° 350, enregistrée le 9 mai 1946, F 12 9574.

⁸⁷ W. t. 2, pp. 532–533.

⁸⁸ Mémoires Duchemin et alii, F 12 9574 et 9555.

⁸⁹ Interrogatoire Von Schnitzler, F 12 9574.

⁹⁰ Extraits..., *ibid.*

⁹¹ Interrogatoire Von Schnitzler, *ibid.*

⁹² Note du 31 janvier 1941, *ibid.* Souligné dans le texte.

⁹³ Séance des 21–22 juillet 1947, F 12 9555.

⁹⁴ Lettre de Marot, 17 juin 1946, F 12 9574, et toute la série bancaire et industrielle F 12: les statistiques françaises et allemandes, notamment la triomphante documentation du Dr. Michel jusqu'en 1944 (Rapport final, *art. cit.*, note 73; „Contribution française à l'économie de guerre allemande (...)“, Paris, avril 1944, BDIC), l'acuité des privations des peuples des pays occupés et l'ampleur de la fraude fiscale ôtent tout crédit à ces chiffres.

rantes et produits auxiliaires mais une partie importante des articles pour lesquels elle était utilisée allait à la Wermacht [*sic*], les plus importants parmi les produits auxiliaires étaient: le phénol et la stabilisation pour la poudre".⁹⁵ Somme toute, les 51 %, contre lesquels aucun des chefs de Kuhlmann ne s'insurgea ouvertement en 1940–41, pesèrent peu en regard de la froide proposition de ter Meer, le 22 novembre 1940, de „gagner de l'argent“ en commun.⁹⁶

„Gagner de l'argent“ dans une Europe soumise à l'hégémonie allemande, qu'on fût acquis d'enthousiasme à cette idée ou qu'on s'y résignât. A lire les archives et Charles Rist, décrivant son propre milieu comme persuadé, année 1942 incluse, de la couleur allemande de l'avenir européen, on conclut que Frossard manifesta avec une ardeur singulière des sentiments largement répandus autour de lui. „On voit d'une façon parfaitement claire chez Kuhlmann“, écrit en 1940 un agent de l'IG à Paris, „que l'Allemagne gagnera la guerre et que l'Economie européenne sera faite sous la direction de l'Allemagne. Frossard offre de mettre son industrie tout entière au service de l'Allemagne pour renforcer le potentiel chimique pour la continuation de la guerre contre l'Angleterre. Kuhlmann serait prêt à produire tous les produits préliminaires et auxiliaires pour l'IG, ce qui serait désiré du côté allemand. Lui Frossard veut une collaboration intime: union plus étroite sur le terrain des matières colorantes et des produits chimiques, intégration de l'Industrie française dans l'économie européenne sous une direction allemande“.⁹⁷

On doit souligner le caractère interchangeable des homologues du lourd dossier Francolor, des banques à UGINE en passant par Rhône-Poulenc ou, plus largement, le „trust Gillet“,⁹⁸ malgré les nuances entre vichystes plus ou moins rapidement redevenus anti-allemands et vichystes restés pro-allemands, de conviction ou d'apparence, jusqu'à la Libération. Les élites économiques françaises pratiquèrent non avec mesure, scrupule ou hésitation, mais avec fougue, au début de l'Occupation, la collaboration économique avec le vainqueur, sans que pussent être valablement invoqués, d'une part, le diktat permanent des Allemands, d'autre part, la harcelante pression de l'Etat français. Les très faibles digues projetées au nom de l'inaccessible quête des „contreparties“ s'effondrèrent vite: à cet égard, on ne peut qu'être frappé du contraste entre la férocité du Vichy réglant ses comptes par la répression intérieure ou la persécution pure et simple et la mansuétude du Vichy de la concertation, en tout cas, de la non-contrainte à l'égard des élites économiques du pays.

Routine industrielle, commerciale et bancaire des passations de marchés, certes, mais aussi, aspect marquant de la „collaboration“ française, engagements de plus vaste portée, que les Allemands, du Dr. Michel aux dirigeants de l'IG, imputèrent au désarmant bon vouloir de leurs interlocuteurs: rien ne manqua, dès l'été ou l'automne 1940, à la

⁹⁵ Extraits..., F 12 9574.

⁹⁶ W. t. 2, p. 534.

⁹⁷ Extraits..., F 12 9574.

⁹⁸ Lettre du CR de Rhône-Alpes au Ministre de la PI, 18 novembre 1944, F 12 9593, Société des Textiles Artificiels du Sud-Est.

panoplie des relations bilatérales poursuivant ou amplifiant celles de l'avant-guerre ou en inventant de nouvelles, liées à la conjoncture.

Sans doute ce comportement releva-t-il de la logique du profit, exposée par le rapport lyonnais de 1945 à propos d'Ugine, „coupable d'avoir entretenu des rapports économiques avec l'ennemi“ sans pouvoir „invoquer une contrainte à laquelle il lui aurait été matériellement impossible de se soustraire [...] L'enquête n'a révélé aucun fait permettant de penser qu'il y ait eu de la part de la société intention ou tentatives sérieuses de se soustraire à l'exécution du programme de fournitures qui lui a été fixé“. Ugine ne constituait aucunement „un cas singulier“, mais l'exemple-type de „l'attitude des principaux dirigeants de l'économie française, surtout dans la période de l'armistice de 1940 à la défaite allemande devant Stalingrad“, consistant à „ne pas pratiquer la politique du bouc émissaire [ni...] apporter inconsciemment des armes à tel autre groupe industriel dont l'attitude n'a sans doute pas été plus patriotique“. Ressort économique, donc, d'un zèle que les contradictions avec le rival allemand et l'évolution du cours de la guerre allaient décourager puis balayer. En témoigna le sort final de l'usine commune (IG-Rhône-Poulenc-Ugine) projetée dans l'enthousiasme persistant de l'été 1941 et „enterré [...] vu la tournure des événements à l'Est“, dans l'inquiétude du printemps de 1943 (interprétation en concordance avec celle du Dr. Michel);⁹⁹ mais les enquêteurs de Lyon avaient relevé „l'atmosphère de pur égoïsme industriel et l'absence de préoccupations patriotiques dans lesquelles se sont déroulées les négociations que les oppositions d'intérêt et les renversements de la situation militaire devaient finalement faire échouer“.¹⁰⁰

L'aspect économique étudié ici ne saurait abolir une donnée essentielle, artificiellement exclue, le poids des réalités socio-politiques proprement françaises: toute analyse complète de la Collaboration économique des élites doit faire la part à leurs relations avec le monde du travail, à leur obsession d'„échapper à la lutte des classes“.¹⁰¹ Le traumatisme que 1936 leur infligea réapparaît au détour de chaque dossier de l'épuration économique, avec la rancœur des industriels contre leurs ouvriers et les règlements de comptes de l'Occupation, notamment via la „Relève“. Comment comprendre autrement que Frossard ait à l'été 1942 – „avant que l'accord officiel entre l'Allemagne et la France fut [sic] réalisé“ sur le STO – mis la main à la pâte, mission subalterne pour un patron de ce niveau, par une incitation *personnelle* à l'envoi au service de l'IG Farben, „comme [prétendus] travailleurs volontaires à Ludwigshafen [sic]“,¹⁰² d'ouvriers agités d'une usine de Francolor.¹⁰³ Même dans le monde feutré de la Banque et des Assu-

⁹⁹ Michel, Rapport final, *art. cit.*, note 73, p. 7.

¹⁰⁰ Rapport Rhône-Alpes, F 12 9595. Discussions de juillet 1941 à octobre 1943 (projet liquidé de fait dès mai 1943).

¹⁰¹ Robert D. Paxton, *La France de Vichy*, Paris 1974, p. 204.

¹⁰² Lettre d'Ambros [Directeur de l'IG à Ludwigshafen] à Krauch [président de l'*Aufsichtsrat* de l'IG], ler septembre 1942, extraits..., F 12 9574.

¹⁰³ „Télégramme Frossard“ aux ouvriers de Villers-Saint-Paul, CNIE, 21–22 juillet 1947, F 12 9555, et F 12 9574. Même initiative de Painvin, CNIE, 9 et 16 juin 1947, F 12 9555. Et voir F 12 9594 et 9595, et F 12 9572, Air Liquide, 9573, Carbone-Lorraine, 9576, Rhône-Poulenc.

rances, où le choc fut ressenti moins intensément, cette motivation demeure décisive: elle ouvre sur d'indispensables travaux.¹⁰⁴

¹⁰⁴ Voir *Les ouvriers en France pendant la seconde Guerre mondiale*, octobre 1992, Actes du colloque, Paris, CNRS – IHTP.

Rainer Hudemann

Wirtschaftseliten in Frankreich und Deutschland

Zu Perspektiven vergleichender Elitenforschung

Die Beiträge dieser Sektion haben einige Elitengruppen der Wirtschaft exemplarisch vorgestellt. Exemplarisch auch deshalb, weil der gegenwärtige Forschungsstand für viele Regionen und Fragestellungen generelle Aussagen noch kaum oder gar nicht erlaubt. Gerade die Abweichungen voneinander, welche unterschiedliche Branchen kennzeichnen, wurden in der Diskussion in Arc-et-Senans betont. Sie lassen sich beobachten in der Elitenrekrutierung, den familiären Traditionen, den Lebensweisen, den Qualifikationserwerbs- und Karrieremustern, den Formen der Berufs- und Interessenorganisation – um einiges wiederum beispielhaft herauszugreifen. Unterschiede können mit der Phasenverschiebung der Industrialisierung (Pierenkemper) und der Professionalisierung zusammenhängen oder auch mit dem Konzentrationsgrad der Industriean-siedlung (Charle). Eine Aristokratisierung (Barjot) oder im Gegenteil Verbürgerlichung (Pierenkemper) möchte ebenfalls nicht nur nach Ländern, sondern auch nach Regionen oder Branchen differieren. Gleches gilt für die in Frankreich lange Zeit noch schwächer ausgeprägte Trennung zwischen Industrie- und Agraréliten. Manche Wandlungen waren generationsabhängig (v. Aretin). Das Selbstverständnis der Wirtschaftseliten erwies sich als ein Kern der Vergleichsparameter (Mieck, Werner, Soutou, Homburg); es ist in besonderem Maße vor dem Hintergrund älterer, vor allem durch Familie oder Bildungssystem überliefelter Traditionsstränge zu untersuchen.

Das sind einige der Bereiche, für welche in diesem Band Ergebnisse vorgelegt werden und doch vielfältiges weiteres Material aufzuarbeiten bleibt, um die hier formulierten Thesen breiter abzusichern und möglicherweise weiter auszudifferenzieren. Unterschiedliche Elitentypen, wie Georges-Henri Soutou sie in der Einleitung zusammenfaßte, überschneiden sich im Wirtschaftsbereich (Krüger, Serman); allzu vereinfachende Typisierungen sind selten über regional, branchenspezifisch und diachronisch einge-grenzte Beispiele hinaus gültig. Das erleichtert den Vergleich nicht.

Die Beiträge in diesem Band repräsentieren auch unterschiedliche methodische An-sätze, am deutlichsten vielleicht im Vergleich des prosopographisch-quantitativen Zu-gangs von D. Barjot und im mehr qualitativ-literarisch orientierten von T. Pierenkem-per. In ihrer Leistungsfähigkeit dürften beide sich eher ergänzen als Alternativen darstellen. Eindeutig ist, daß gerade in der Verbindung von politik-, sozial- und wirt-schaftsgeschichtlichen Fragestellungen viele Antworten nur durch ein Hinabgehen auf

die Region als Untersuchungsrahmen zu erarbeiten sind. Der Vergleich muß damit sowohl die regionale als auch die nationale Ebene in ein mehrdimensionales Kriterienraster ständig einbringen.

Im Kontrast zu anderen, stärkere Gegensätze aufweisenden Eliten wie dem Offizierskorps – vor allem vor dem I. Weltkrieg – sind die Wirtschaftseliten in beiden Ländern einander in vieler Hinsicht ähnlicher, wie Soutou einleitend darlegte. Greifen wir dennoch einen Komplex thesenartig noch einmal heraus, um nach weiteren Forschungsperspektiven zu fragen: den Zusammenhang von Bildungssystem, dem Verhältnis von Politik und Wirtschaft und der Wirkung unterschiedlicher Nationsbildungsmuster.

P. Fridenson mahnt, die Bedeutung der unterschiedlichen Ausbildungssysteme in Frankreich und Deutschland nicht zu überschätzen. Trotzdem erscheint ihre Rolle für die Ausprägung der Eliten fundamental. Das gilt sicherlich nicht nur für den Wirtschaftsbereich, hier jedoch in besonderem Maße.

Ein Manager-Unternehmertypus, wie Fridenson ihn beschreibt, setzte sich in Frankreich erst allmählich durch und vor allem in dem Maße, in dem die hier länger als in Deutschland vorherrschende Betriebsführung durch Familienmitglieder zu Ende ging. Das war ein säkularer, vielfach erst um die Mitte des 20. Jahrhunderts oder noch später abgeschlossener Prozeß. In Deutschland entwickelte sich dagegen schon relativ früh als vorherrschendes Muster die Rekrutierung der Führungskräfte aus dem eigenen Hause und damit häufig aus auch fachlich vorgebildeten Belegschaftsmitgliedern. Mit der Phasenverschiebung dieser Entwicklung – die teilweise einer Professionalisierung entsprach – hängt in Frankreich zusammen, daß für die Unterschiede zwischen beiden Ländern das Ausbildungssystem eine entscheidende Rolle erhielt. Das gilt nicht nur für die inhaltlichen Schwerpunkte – eher juristische und praxis-orientierte Ausbildung in Frankreich, eher technisch-naturwissenschaftliche, oft zugleich auf breitere Allgemeinbildung angelegte in Deutschland. Der Beginn der Herausbildung leitender Angestellter französischen Typus fiel in die Zeit, in welcher die vor und in der Revolution eingeleitete, von Napoleon ausgeformte und in der Julimonarchie weiter ausdifferenzierte Trennung des Bildungssystems in Universitäten und Grandes Ecoles ihre Wirkungen erst richtig entfaltete. Das war insbesondere in den ersten Jahrzehnten der III. Republik – die Ecole libre des Sciences politiques etwa wurde, geradezu symbolhaft, 1871 gegründet.

Diese Phasenverschiebung wirkt fort bis in die Gegenwart. Französische Führungskräfte kamen, soweit sie nicht mehr Familienmitglieder waren, nun zunehmend aus einem Kreis von Nachwuchskräften, die anders als in Deutschland nicht nur – wie Fridenson zeigt – vergleichsweise wenig an das jeweilige Unternehmen oder die jeweilige Branche gebunden waren und sind. Auch und vor allem erhalten sie bereits in ihrer Sozialisationsphase in jungen Jahren ein ausgesprochen Elite-orientiertes Selbstverständnis vermittelt, welches das ältere, familiär begründete Elite-Bewußtseinsmuster in anderem Rahmen fortschreibt.

Die Abschottung in eigenen Hochschulen mit starker Pflege der internen Verbundenheit über die Absolventenjahrgänge und Generationen hinweg trägt auch dazu bei,

daß diese künftigen französischen Führungskräfte alltäglich weniger Kontakt mit Kom-militonen haben, die in anderen, hierarchisch „niedriger“ angesiedelten Bereichen der Gesellschaft tätig sein werden, als das in einem universitären Ausbildungssystem die Regel ist. Das heißt nicht, daß sich in einem universitären System kein elitäres Bewußtsein entwickelte – gerade für die deutsche Unternehmerschaft hat Pierenkemper es gezeigt. Doch die vergleichsweise stärkere Hierarchisierung und ein geringerer Stellenwert des persönlichen Kontakts zwischen Führung und Belegschaft, welche französische Unternehmen bis weit nach der Mitte des 20.Jahrhunderts kennzeichneten, hängen mit dem Bildungssystem zusammen. Vor diesem Hintergrund ist auch die sich erst in den letzten Jahren allmählich angleichende Streikhäufigkeit in beiden Ländern zu sehen, die grundsätzlich größere Konfliktbereitschaft bei französischen Unternehmern und die zumindest in vielen Branchen vergleichsweise geringer ausgeprägte Tendenz, effiziente Betriebsführung durch eine aktive betriebliche Sozialpolitik abzusichern. Wenngleich die Forschung der letzten Jahrzehnte das überkommene Bild von dem innovationsscheuen französischen Unternehmer des 19. und frühen 20.Jahrhunderts nachhaltig revidiert hat, bleibt gerade im Vergleich weiter zu untersuchen, ob es Zusammenhänge zwischen der starken Praxisorientierung und sozialen Geschlossenheit des französischen Elitenbildungssystems einerseits und der – möglicherweise doch nicht immer und überall dynamischen – Innovationsfähigkeit in Wirtschaft und Technik andererseits gibt.

Gesellschaftliche Unterschiede zwischen Deutschland und Frankreich flachen sich tendenziell seit einem Jahrhundert ab, wie Hartmut Kaelble herausgearbeitet hat, und auch auf der hier untersuchten Ebene ist dem so. Dennoch: Zum einen ist das vor allem eine Entwicklung der letzten zwei bis drei Jahrzehnte. Und zum anderen gilt es insbesondere für statistisch-quantitativ analysierbare Bereiche wie etwa den Arbeitsmarkt oder die Erwerbsstruktur. Die in Sozialisation und politischer Kultur begründeten Unterschiede bleiben nach wie vor größer, als statistische Befunde mitunter vermuten lassen mögen.

Mit dem Bildungssystem und seiner Wirkung auf die Rekrutierungsmuster und auf das Selbstverständnis von Wirtschafts-, insbesondere Unternehmereliten hängt zusammen, daß sich auch das Verhältnis von Politik und Wirtschaft in Frankreich in mancherlei Hinsicht anders darstellt als in Deutschland. Gemeint ist damit nicht nur die mehr oder weniger starke ideologisch-loyale Bindung an den eigenen Staat, der – in der Nachfolge der älteren sarkastischen Eliten-Analysen von Emmanuel Beau de Loménie – genauer nachzugehen ein interessantes weiteres Forschungsfeld ist (Lacroix-Riz); Eliten-Kooperation über die Grenzen hinweg konnte hier unter völlig anderen Vorzeichen erfolgen als bei den in diesem Band analysierten, vielfach mit ähnlichem Kooperations-Diskurs auftretenden kulturellen Eliten. Der auf zusammenfassende Thesen zielende Vergleich wird bei dem Verhältnis von Politik und Wirtschaftseliten allerdings insofern besonders schwierig, als dieses sich diachronisch besonders stark wandelte und wandelt, in Deutschland mit den zahlreicheren Wechseln politischer Regime seit 1871 vermutlich noch stärker als in Frankreich.

Fridenson hat die Karriereflexibilität französischer Eliten innerhalb der Wirtschaft

selbst und zwischen öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft mit Recht betont. Viele französische Wirtschaftseliten hängen vom Staat damit wesentlich stärker ab als ihr deutsches Korrelat, bis hin zur Fusion von Verwaltungs- und Wirtschaftseliten in Teilbereichen. Eine – im wesentlichen einseitige – Abhängigkeit der Wirtschaftseliten vom Staat war in Deutschland vor allem im „III. Reich“ stärker ausgeprägt, allerdings in völlig anderer, weitgehend politisch bedingter Form als die gegenseitige, strukturell begründete Dependenz im französischen politischen System. Diese Verflechtung ist auch ein Grund dafür, daß kontrollierende Einflußmöglichkeiten von Parlamenten gegenüber der Exekutive bzw. der Technokratie in Frankreich in der Praxis und gelegentlich auch in der Theorie – wie es besonders deutlich die Verfassung der V. Republik widerspiegelt – geringer sind als in Deutschland, zumindest seit Gründung der Bundesrepublik. Informelle Kommunikationsstrukturen innerhalb der Eliten spielen in Frankreich eine substantiellere Rolle als in Deutschland, gefördert nicht zuletzt durch die Konzentration von Entscheidungszentren in Paris. Das wird im Selbstverständnis politischer Eliten in Frankreich häufig als eine Bedingung effizienter Verwaltung gewertet. Unter dem Aspekt der Kontrollaufgaben parlamentarischer Systeme mag man es differenzierter beurteilen. Verantwortlich dafür ist jedenfalls teilweise das Bildungssystem. Der Befund hängt aber auch mit der unterschiedlichen Rolle der Regionen in beiden Ländern zusammen.

Seit Richelieu, verstärkt seit der jakobinischen Phase der Revolution, gilt Frankreich als ein stark zentralisiertes Land. Nicht nur Pierenkemper für Deutschland, sondern gerade auch Barjot für Frankreich betonen in diesem Band demgegenüber die Bedeutung der Regionen für die französische Wirtschaftsentwicklung und für das Profil seiner Unternehmer zumindest in wesentlichen Bereichen; die in Deutschland eher in der Provinz und in Frankreich in der Zentrale entstehenden großen Warenhäuser (Homburg) sind allerdings ein Beispiel, das mit dem überkommenen Bild eher korreliert. Auch die Rolle der Regionen verweist aber wieder auf Unterschiede im Verhältnis von Politik und Wirtschaft in beiden Ländern.

Bekanntlich behielten die Regionen im deutschen politischen System zumindest bis kurz vor Ausbruch des II. Weltkrieges und – für die alte Bundesrepublik – wieder seit Kriegsende eine politische Eigenständigkeit, welche die französischen Regionen erst seit Beginn der 1980er Jahre, und auch das nur in bescheidenen Ansätzen, wiederzuerlangen beginnen. In politischer Hinsicht war die Nationalstaatsbildung in Frankreich um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert in einem zentralistischen Sinne abgeschlossen, der deutsche Nationalstaat dagegen blieb die meiste Zeit hindurch bei föderalistischen Strukturen. Doch stand der politischen Zentralisierung des französischen Nationalstaates seit dem 18. Jahrhundert fast ein Jahrhundert lang – und für manche armen Regionen wie die Bretagne noch länger – keine gleichwertige ökonomische Nationalstaatsbildung gegenüber. Die Bildung eines nationalen Marktes zog sich nach der Französischen Revolution noch zumindest ein gutes Jahrhundert hin. Politische, ökonomische und kulturelle Nationalstaatsbildung erfolgten in Frankreich phasenverschoben. Anders ausgedrückt: Die französischen Regionen behielten vielfach noch lange, nachdem ihre politische Eigenständigkeit verlorengegangen war, eine gewisse ökonomische

Identität. Im deutschen Nationalstaat dagegen war dieses Verhältnis vergleichsweise ausgeglichener, einer starken ökonomischen Position vieler Länder entsprach auch eine relativ starke politische Stellung auf nationaler Ebene und eine ausgebildete politische Infrastruktur im Land selbst.

In Frankreich trug die Phasenverschiebung von politischer und ökonomischer Nationalstaatsbildung nicht nur dazu bei, daß die Zentrale ein ungleich größeres Gewicht erhielt, als das in Deutschland – selbst im „III. Reich“, abgesehen allerdings von der DDR nach 1952 – der Fall war. Für die politische Verfassung bedeutete dieses Gewicht, daß einerseits die zentrale Pariser Ebene und andererseits die lokale Ebene die Schwerpunkte des Systems bildeten. Es ist einer der Gründe, aus denen sich die Schwäche des Systems politischer Parteien erklärt: Klientelismus, oder anders formuliert: die direkte Verbindung der lokalen Ebene zu den politischen Entscheidungsinstanzen in der Zentrale, kennzeichneten über anderthalb Jahrhunderte das politische System Frankreichs und tun es in mancher Hinsicht bis heute. Für eine starke Verankerung politischer Parteien blieb in diesem System wenig Raum. In Deutschland hatten und haben die Parteien eine wesentliche Machtbasis in den Ländern und Landesverbänden. Diese regionale Ebene schied in Frankreich als politisch relevante Ebene weitgehend aus, und zwar aufgrund der spezifischen Form der phasenverschobenen Nationalstaatsbildung: Nicht die regionale, sondern die lokale Ebene mit ihren in Parteikriterien nur selten voll erfaßbaren Einflußgrößen blieb neben der Zentrale politisch vorherrschend, und gelegentlich ist sie es bis heute.

Für einen Elitenvergleich ist der Punkt wesentlich. Denn das unterschiedliche Verhältnis von Zentrale und Peripherie, von Hauptstadt und Regionen beeinflußt das gesamte politische und ökonomische Feld. In Frankreich trug es dazu bei, daß – anders als im Deutschland zumindest des 19. Jahrhunderts – politische Fronten nur selten den ökonomischen Fronten entsprachen. Liefß sich beispielsweise der deutsche Liberalismus durch Anti-Protektionismus und Freihandel in seinem ökonomischen Programm durchaus charakterisieren, so hatte der französische Liberalismus mit solchen ökonomischen Zielsetzungen wenig zu tun und definierte sich primär nach politischen Kriterien. Politische und ökonomische Fronten waren in Frankreich vor allem, aber nicht nur im 19. Jahrhundert kaum deckungsgleich, wenn sie nicht geradezu quer zu einander verliefen. Im ökonomischen Konfliktfall überwogen gemeinsame lokale Interessen häufig die politischen Frontstellungen. Ideologische Grundmuster, welche mit der Bewahrung überkommener sozialer Hierarchien zusammenhingen („défense sociale“, wie Orleans Bischof Dupanloup zur Zeit der frühen III. Republik formulierte), wirkten in politischer Hinsicht weit stärker strukturierend als ökonomische Zielsetzungen. Ähnlich läßt sich bei der Untersuchung des politischen Engagements französischer Unternehmer allenfalls in Ansätzen eine Korrelation zwischen Wirtschaftsinteressen oder Branchen einerseits und politischen Gruppierungen andererseits feststellen, wenngleich hier wiederum weitere vertiefende Untersuchungen erforderlich sind; nicht zuletzt hing es damit zusammen, daß solches Engagement sich oft gerade auf die lokale Ebene oder die engere Region beschränkte. Die klientelistische, lokale Interessen über Parteistrukturen stellende Ausformung der politischen Kultur Frankreichs trug dazu bei, daß

ökonomische Programmpunkte wie Freihandel oft quer durch viele, wenn nicht sämtliche im Parlament vertretenen politischen Gruppierungen hindurch vertreten wurden, und zwar einheitlich regionalen Interessen folgend.

Die politische Schwäche der Regionen – so ließe sich überspitzt sagen – trug in Frankreich dazu bei, daß die ökonomische Geschlossenheit mancher Regionen um so klarer zum Ausdruck kam und die Herausbildung von politischen Parteistrukturen, wie sie andere industrialisierte Länder seit dem 19.Jahrhundert kennengelernten, nachhaltig verzögert und geschwächt wurde.

Erst der Vergleich erlaubt es, die Wirkung solcher Faktoren herauszuarbeiten. Das Bildungssystem einerseits und die spezifische französische, phasenverschobene Form der Nationalstaatsbildung andererseits trugen wesentlich dazu bei, daß die gegenseitige Permeabilität politischer und ökonomischer Eliten in Frankreich seit dem 19.Jahrhundert größer war und ist und damit das Verhältnis von Politik und Wirtschaft eine andere, insgesamt durch engere gegenseitige Beeinflussung oder gar Abhängigkeit gekennzeichnete Ausformung erhielt als in Deutschland.

Elites militaires – Militärische Eliten

Klaus-Jürgen Müller

Militärische Eliten in Deutschland und Frankreich

Probleme des Vergleichs Einige einführende Bemerkungen

Ein Vergleich der Militäreliten in beiden Ländern bietet auf den ersten Blick erstaunliche Analogien:

Im Verlaufe der letzten hundert Jahre – etwa seit 1871 – haben beide Armeen große Siege errungen, haben beide aber auch schreckliche Niederlagen erlebt. Sie erfreuten sich zeitweilig eines erheblichen Prestiges, kannten aber ebenso auch Perioden schwerster Prüfungen. Die Jahre 1871 und 1918, 1940 und 1945 stehen für das, was man die „Vicissitudes de la Vie Militaire“ genannt hat. Für die französische Armee wären dazu noch die Jahre 1954 und 1962 als schicksalsschwere Daten zu nennen.

Beide Armeen sind im Laufe dieser hundert Jahre mehrfach in die Politik hineingezogen worden, haben bisweilen sich auch selbst – mindestens in Teilen – politisch energisch engagiert und auch kompromittiert. Die Konsequenzen waren jedes Mal fatal. In Frankreich wie in Deutschland sind berühmte Marschälle zu Staatsoberhäuptern aufgestiegen; in beiden Ländern ist die Armee zeitweilig zur zentralen Stütze des politischen Systems geworden – gewollt oder „par la force des choses“; ebenfalls aber fanden sich in bestimmten Krisensituationen zu beiden Seiten des Rheins Militärs, die sich gegen das politische System erhoben, und zwar mit einer Konsequenz, die vor Staatsstreich- und Attentatsversuchen nicht zurückschreckte: systemzerstörende Aktivitäten aus einer Institution heraus, die ihrem Wissen nach auf Systemstabilisierung gerichtet war, die sich sogar als vornehmste Repräsentantin der Nation und des Nationalstaates verstand.

Mehrmals erlebten beide Armeen schwere Stunden des Loyalitätskonfliktes im Gefolge einer militärischen Niederlage und grundlegenden politischen Wandels. Dementsprechend durchlitten sie auch tiefgreifende interne Spaltungen, sahen sich heftiger Polarisierung ausgesetzt und mußten schwere Legitimationskrisen durchmachen.

Beide Armeen waren auf das heftigste den Folgen grundlegender sozialer und politischer Veränderungen ausgesetzt. Ebenso haben beide radikale innere Veränderungen, sogar totale Neubegründungen im Gefolge militärisch-politischer Niederlagen erlebt.

Was ihre gesellschaftliche und politische Position anbetrifft, so haben beide bisweilen in bewußter Distanz zur Zivilgesellschaft und zu ihrer politischen Umwelt gelebt; andererseits aber erhoben beide auch den Anspruch, geradezu das Vorbild der Nation, ja sogar die Verkörperung des Staates zu sein.

Alles in allem: auf den ersten Blick sind die Analogien im historischen Schicksal beider Armeen evident.

Dennoch: eine vertiefte vergleichende Analyse läßt starke Unterschiede erkennen.

Beide Armeen lebten aus völlig verschiedenen Traditionen. Die sozialen Grundlagen der beiden Offizierkorps und damit auch ihr Selbstverständnis waren grundverschieden. Während in Deutschland das Verhältnis von Adel zu Bürgertum im Offizierkorps bzw. die Phänomene der „Feudalisierung des Bürgertums“ oder die „Verbürgerlichung des Adels“ zum zentralen Thema der politischen wie der historischen Debatte wurden, war es in Frankreich der Gegensatz zwischen „klerikal-traditionalistischen“ und „republikanisch-freimaurerischen“ Offizieren. Des Weiteren war die politische, gesellschaftliche und professionelle Sozialisation des Offiziers in Frankreich eine völlig andere als in Deutschland, dementsprechend waren auch die Sozialisationsinstanzen sehr verschieden. Das Verhältnis der beiden Armeen zu ihrer jeweiligen zivilen und politischen Umwelt war unterschiedlich. Aus diesem Tatbestand resultierte auch die unterschiedliche Art der Reaktion auf bzw. die verschiedenartige Anpassung an grundlegenden sozialen und politischen Wandel.

Generalisierend gesprochen kann man sagen, daß bereits das Eliteverständnis auf beiden Seiten des Rheins grundverschieden war. So sehr sich auch in beiden Ländern die Armee als besondere Repräsentanz der Nation verstand, so sehr divergierten selbst bei diesem analogen Selbstverständnis die Inhalte: in Frankreich lag ihm das Konzept der „Nation armée“ zugrunde, in Preußen-Deutschland das der altpreußischen Militärmonarchie. Dementsprechend divergierten die Elitevorstellungen: in Frankreich wurde im Militär primär eine professionell-technokratische Elitebildung angestrebt, parallel zu jenen an den diversen Grandes Ecoles herangezüchteten Facheliten anderer Berufs- und Fachparteien; in Deutschland hingegen erhob das Offizierkorps als Korps an sich einen politisch-sozialen Führungsanspruch, der weit über ein rein professionell bestimmtes Selbstverständnis hinausging: also einen exklusiven politischen und sozialen Führungsanspruch. Das schloß indessen in Preußen-Deutschland die Anwendung des Leistungsprinzips (z. B. in der Generalstabsauswahl) ebenso wenig aus wie im meritokratischen System Frankreichs eine politisch-ideologisch motivierte Protektion. Welche Auswirkungen die unterschiedlichen Sozialisationsmethoden und Selektionsmechanismen auf Innovations- und Adaptationsfähigkeit der jeweiligen Militär-Elite hatten, bliebe noch zu untersuchen.

Generell kann man sagen, daß in Frankreich sich die Militär-Elite gemeinsam mit den anderen „Bereichs-Eliten“ oder „Fach-Eliten“ als Teil einer obersten staatlichen Leistungs- und Funktionselite definierte, wohingegen sich die Militär-Elite in Deutschland eindeutig als Macht-Elite verstand, die für ihre berufenen obersten Repräsentanten Anteil an den wesentlichen politischen Entscheidungen und an der gesamtstaatlichen Verantwortung beanspruchte.

Dementsprechend unterschieden sich Inhalte und Zielsetzungen der Elitebildung sowie die politisch-gesellschaftliche Sozialisation dieser Elite. Während in Frankreich versucht wurde, professionelle Elitebildung und politisch-ideologische Übereinstimmung mit dem Regime zu harmonisieren, bemühte sich die Militär-Elite in Deutschland

lange Zeit, ihren extra-konstitutionellen Status – die Grundlage ihrer politischen Machtstellung – sowie ihre gesellschaftliche Exklusivität in allen politischen Wechselseitigkeiten und trotz grundlegenden sozialen Wandels im Kern zu erhalten. Dieser Prozeß läßt sich an den verschiedenartigen Selektionsmechanismen, an den unterschiedlichen Reaktionen auf politisch-soziale Veränderungen und entsprechend an den Problemlösungsversuchen in einer rasch und tiefgründig sich wandelnden Umwelt aufweisen.

Bei dem Versuch eines Vergleichs der beiden Militär-Eliten und ihrer sich veränderten Position in Staat und Gesellschaft im Laufe eines Jahrhunderts müssen Elemente eines Vergleichsrahmens gefunden werden, in den diese analogen, aber gleichwohl unterschiedlichen historischen Phänomene eingeordnet und damit vergleichbar gemacht werden können.

In größerem historischen Zusammenhang müßte man zunächst den grundlegenden Wandel der sozialen und ökonomischen Strukturen nennen, wie er seit Anfang des 19.Jahrhunderts – in beiden Ländern phasenverschoben – erfolgt ist sowie die daraus resultierenden politischen Folgeerscheinungen.

Ein weiteres entscheidendes Rahmenelement ist zweifellos die Industrialisierung und Technologisierung, die seit der Jahrhundertwende etwa die Natur des Krieges und damit den Einsatz militärischer Gewalt zwischen souveränen Staaten grundlegend verändert haben. Der gesamt-gesellschaftliche, industrialisierte Krieg hat die Rahmenbedingungen militärischer Existenz und damit auch die Möglichkeiten zwischenstaatlicher Gewaltanwendung total verändert.

In engem Zusammenhang mit den sozio-ökonomischen und politischen Wandlungen steht das Aufkommen von Ideologien, die zunächst infolge der innenpolitischen Polarisierung, die sie hervorriefen, dann aber im besonderen auch durch die ideologische Polarisierung zwischen Staaten bzw. Staatengruppen mit unterschiedlichen, gar antagonistischen ideologischen und gesellschaftlichen Systemen das Selbstverständnis einer zuvor ausschließlich im historisch gewachsenen Rahmen des souveränen Nationalstaates sich definierenden Militär-Elite zutiefst beeinträchtigten.

In diesem durch derartige Elemente konstituierten Vergleichsrahmen müßten sodann zentrale Problemkomplexe des Verhältnisses von Militär, Politik und Gesellschaft im Vergleich angesprochen werden – die natürlich in einer einzelnen Colloquiums-Sektion nicht alle behandelt werden können, die gleichwohl für den Vergleich notwendig sind:

- der Wandel der gesellschaftlichen und politischen Stellung der Militär-Elite in Staat und Gesellschaft;
- die Interdependenz von Militärstrategie und technologisch-industriewirtschaftlicher Entwicklung;
- das Problem der politischen Legitimität und der militärischen Loyalitäten in einer Epoche, in der traditionelle Loyalitäten durch neue Loyalitätsansprüche herausgefordert oder gar infrage gestellt werden;
- die Art und Weise, wie eine traditionelle Institution wie das Militär auf militärische Zusammenbrüche und politische Umwälzungen reagiert;
- die Veränderung bzw. der Zerfall der Homogenität eines Offizierkorps infolge politisch-militärischer, ideologischer und sozio-politischer Entwicklungen;

- die Auswirkungen, die der Generationswechsel sowie die unterschiedlichen Generationserfahrungen auf das Offizierkorps hatten.
- Die Auswirkungen, die der gesamtgesellschaftliche, industrialisierte Krieg auf das politisch-professionelle Selbstverständnis einer im wesentlichen in vorindustrieller Zeit entstandenen Militär-Elite hatte.

Diese und weitere Problemkomplexe müßten im Vergleich behandelt werden; dabei wird es oft notwendig sein, eine *diachronische Vergleichsanalyse* durchzuführen. Zum Beispiel stellte sich das für die französische Armee nach 1871 akut gewordene Loyalitätsproblem „Republik – Armee“ in Deutschland erst in der Zeit der Republik von Weimar, und umgekehrt wurde die Amalgamierung verschiedener Truppenverbände zu einer neuen Armee für die deutsche Seite schon 1919–1920 (Reduzierung des Kriegsheeres und Integration von Freikorps etc.) zum akuten Problem, während es für Frankreich sich erst zwischen 1940 und 1944/45 stellte (Metropol-Armee, FFI, Freifranzösische Verbände, Afrika-Armee).

Gemeinsamer Nenner des Vergleiches wird in umfassender historischer Sicht die Thematik „Traditionelle Militär-Elite in einer Zeit grundlegenden Wandels der politisch-gesellschaftlichen Umwelt und des Krieges im technologisch-industriellen Zeitalter“ sein müssen.

William Serman

Les élites militaires françaises et la politique, 1871–1914

Avant 1914, la *notion d'élite militaire* s'applique soit à des troupes ou corps redoutables en raison de leur efficacité au combat, à l'exemple des Zouaves, soit à des personnalités distinguées par la qualité de leurs services en temps de guerre ou en temps de paix. On parle d'hommes ou d'officiers *d'élite* à propos de militaires remarquables sous divers rapports, quels que soient leur grade et leur emploi.

Depuis une quinzaine d'années, la mode historiographique¹ réserve l'emploi du mot *élite* à la désignation soit de l'aristocratie de la naissance, de la fortune et/ou de l'intelligence qui domine l'ensemble de la société, soit de la strate supérieure des différentes catégories socio-professionnelles du secteur public ou du secteur privé. C'est ainsi que pour Ch. Charle² seuls les généraux de division forment l'élite militaire. Pour le Contrôleur général F. Cailleteau,³ celle-ci est plus large: définie par un „travail intellectuel“ de qualité, elle comprend à la fois les officiers investis du commandement de grandes unités et les membres de leur état-major.

Sans doute serait-il possible de s'entendre sur une conception dynamique de l'élite militaire, associant aux officiers qui exercent le commandement d'au moins une division ceux qui se préparent ou sont destinés à assumer éventuellement les responsabilités les plus hautes dans la conduite des armées.

I. La séparation des élites militaires et des élites politiques

En ce qui concerne les relations entre les officiers et le monde gouvernemental et parlementaire qui dirige la vie politique, rappelons que, par la volonté des monarchistes d'abord, des républicains ensuite, tous les militaires en activité sont exclus de l'électorat en 1872, de l'éligibilité à la Chambre des Députés en 1875 et de l'éligibilité au Sénat en 1884. L'élite militaire n'est donc plus représentée à la Chambre des Députés, à partir de 1876, et au Sénat, après 1884 et la disparition progressive des inamovibles (nommés en

¹ Cf. les brochures éditées par l'Institut d'Histoire Moderne et Contemporaine (C.N.R.S.):

– *Pour une prosopographie des élites françaises (XVIIe–XXe siècles)*, Paris 1979.

– *Prosopographie des élites françaises (XVIIe–XXe siècles). Guide de recherche*, Christophe Charle, Jean Nagle, Marc Perrichet, Michel Richard et Denis Woronoff (éds.), Paris 1980.

² Christophe Charle, *Les élites de la République (1880–1900)*, Paris 1987.

³ François Cailleteau, „Le commandement des armées françaises pendant la Grande Guerre. Histoire d'une élite“, *Guerres mondiales et conflits contemporains* 155 et 156 (1989).

1875), que par un petit nombre d'officiers retraités ou démissionnaires. Les seuls hommes politiques appartenant à l'élite de l'armée active après la fin des années 1880 sont les généraux chargés du Ministère de la Guerre, poste-clé parfois confié à un civil.

Confinées dès lors dans le domaine technique, les élites militaires peuvent jouer en politique le rôle d'un groupe de pression. Mais leur fonction principale est de conseil et d'exécution. Le gouvernement leur demande des informations et des avis qui éclairent et orientent ses décisions. Il leur donne ses ordres. Il garantit ou modifie les structures et le fonctionnement de l'armée avec ou sans l'agrément des instances professionnelles consultées.

Jalouses de leur spécificité et de leurs prérogatives, les élites militaires souhaitent jouir néanmoins d'un maximum d'autonomie à l'égard du pouvoir politique, surtout quand celui-ci appartient à un groupe ou à un parti dont elles ne partagent pas les opinions. Conformément à une tradition déjà longue de légalisme et de loyalisme,⁴ elles s'accommodent de la privation des droits politiques, pourvu qu'elles aient le sentiment que leurs intérêts ne sont pas lésés. Les plus heureux de leurs membres sont évidemment ceux qui approuvent à la fois les options idéologiques et les choix techniques de la majorité gouvernementale, double accord dont la réalisation n'a rien de systématique.

II. Les élites militaires sous les présidences de Thiers et de Mac-Mahon (1871–1879)

Au début de la IIIe République, les élites militaires se partagent, comme toujours, entre conservateurs et novateurs en matière technique. Ils s'opposent sur la politique à suivre au sujet de l'organisation, du recrutement, de l'instruction ou de l'armement.

Les conservateurs freinent jusqu'à l'arrivée au pouvoir des républicains les réformes relatives aux personnels, alors que les novateurs imposent rapidement la modernisation des moyens matériels de l'armée, reconnue nécessaire après la défaite.

D'autre part, les préférences constitutionnelles et partisanes divisent les élites militaires en 3 fractions inégales, à savoir: 1) une majorité loyaliste, silencieuse, réputée „apolitique“; 2) une minorité „réactionnaire“ (monarchiste, cléricale, antidémocratique) dominante; 3) une minorité républicaine brimée.

Changarnier, Aumale, Mac-Mahon, Du Barail, Cissey, Rochebouët et leurs clients, amis ou émules s'efforcent d'écartier les républicains et de favoriser, au contraire, l'avancement des officiers issus de milieux aristocratiques et/ou bien-pensants. Si, comme le général de Cissey, ils admettent d'élever le niveau de formation des futurs chefs de l'armée en créant un enseignement militaire supérieur, ils refusent de supprimer le Corps d'Etat-major, corps fermé, aux effectifs restreints et précocement recruté parmi les anciens élèves des Ecoles encore jeunes et sans expérience pratique. Ils entendent mettre l'armée au service de l'*Ordre moral*, de la religion et de la propriété, du pouvoir

⁴ A ce sujet et pour d'autres questions évoquées ici, je me permets de renvoyer à: William Serman, *Les officiers français dans la nation, 1848–1914*, Paris 1982.

des notables: comment y parvenir mieux qu'en sélectionnant les élites militaires par priorité dans les milieux conservateurs? La seule contrainte qu'ils s'imposent, c'est d'agir dans le cadre de la légalité. Très minoritaires sont les antirépublicains enragés qui, tels les généraux Ducrot et Bataille, ne reculerait pas devant un coup d'Etat militaire pour restaurer la monarchie. Après 1877, il n'y a plus guère de partisans d'un coup d'Etat dans les élites militaires en activité. L'appel au soldat émane de civils comme Déroulède ou Barrès.

III. Les élites militaires sous la République opportuniste (1879-1900)

Gambetta et Freycinet, principaux inspirateurs de la politique militaire des opportunistes, jouent la carte du loyalisme. Ils éloignent du sommet de la hiérarchie un très petit nombre d'officiers compromis dans les excès anti-républicains de l'Ordre moral. Avec le concours des rares républicains qu'ils trouvent dans l'élite militaire existante (Farre, Campenon, puis Boulanger), ils mettent en oeuvre quelques réformes en gestation depuis plusieurs années: suppression du vieux Corps d'Etat-Major; création de l'Ecole Supérieure de Guerre, dont les premiers fondements ont été posés par le général de Cissey dès 1876, mais dont l'organisation, le recrutement et la mission datent de 1880, comme la formation d'un personnel breveté d'état-major; création d'écoles de sous-officiers-élèves-officiers (Saint-Maixent, Saumur, Versailles).

Ces réformes ont une portée à la fois technique et politique: elles élèvent le niveau intellectuel et la compétence professionnelle des officiers, en même temps qu'elles servent l'idéal démocratique en privilégiant le mérite personnel au lieu des origines sociales ou des appartenances politico-religieuses. La quête républicaine d'une certaine méritocratie contribue à l'amélioration des capacités des élites militaires, mais elle est contrariée par le développement insuffisant de l'enseignement secondaire, dont la démocratisation véritable ne commence qu'au cours des années 1930 et ne se réalise qu'après la seconde guerre mondiale.

D'autre part, les opportunistes raniment le Conseil Supérieur de la Guerre et Freycinet institue un Etat-major général permanent de l'Armée, dirigé d'abord par un officier connu pour ses opinions conservatrices, mais considéré comme un chef et un organisateur hors pair: le général de Miribel. Celui-ci fait preuve d'un loyalisme sans faille dans l'exercice de ses fonctions. Il jouit cependant d'une telle influence sur la gestion des moyens matériels et humains de l'armée, que l'application du compromis espéré entre compétence professionnelle et préférence sociale ou partisane ne tarde pas à produire des effets défavorables aux républicains.

Premier inconvénient du système: la sélection des élites militaires, après le tri effectué par les Ecoles, échappe au contrôle réel du Ministre et dépend principalement des coteries qui se constituent autour de Miribel puis de son successeur, le général de Boisdeffre, et, à l'échelon inférieur, autour des commandants de corps d'armée. Le jeu

des relations profite aux officiers intégrés à la clientèle d'un chef haut placé, au détriment de ceux qui en sont exclus volontairement ou non. Pour l'avancement au choix et la promotion aux grades les plus élevés, priorité est ordinairement accordée aux candidats possédant à la fois le brevet délivré par l'Ecole Supérieure de Guerre, des protections influentes et/ou un esprit plutôt conformiste. En 1900, le général Lewal⁵ reconnaît que „les fils d'archevêques“ bénéficient encore des faveurs de leurs supérieurs, et il trouve bon qu'il en soit ainsi. Les critères strictement militaires ne poussent jusqu'au généralat qu'un petit nombre de personnalités, qui s'imposent par leurs qualités exceptionnelles et/ou par leurs services outre-mer, comme Gallieni, Joffre, Lyautey ou Mangin.

Second inconvénient: il se produit une grave distorsion entre la mentalité dominante des élites militaires, recrutées majoritairement dans les milieux conservateurs et liées par une solidarité idéologique que cultivent volontiers les „généraux de jésuitière“, et celle de la majorité des citoyens, des élus et des ministres. Il en résulte des tensions constantes entre la République et une partie de son personnel militaire, particulièrement graves à l'occasion de l'affaire Dreyfus.

A l'origine de *l'Affaire* et de la crise qu'elle a provoquée au sein des élites militaires, il convient de souligner la lourde responsabilité des Ministres de la Guerre successifs. Au lieu de rappeler à l'ordre et, au besoin, de punir les officiers qui refusent de se plier aux règles de la procédure légale ou qui manquent à leur devoir de réserve, ils couvrent les irrégularités commises par certains services et laissent des militaires en activité participer à des campagnes publiques d'agitation politique. Le général Mercier, ministre républicain et libre-penseur, sacrifie l'esprit civique à l'esprit de corps et fait fi des garanties judiciaires de la liberté individuelle. Militaires ou civils, ses successeurs cèdent à leur tour aux préjugés traditionalistes et se montrent avant tout soucieux de manifester leur solidarité à l'égard des généraux de l'Etat-major, de quelques officiers de renseignement et de juges indifférents aux droits de la défense. Le prudent Freycinet n'ose pas appliquer aux officiers anti-dreyfusards les sanctions sévères qu'appellent leurs manquements à la discipline et l'expression souvent violente de leurs opinions. Il faut attendre jusqu'en 1899 pour voir un Ministre de la Guerre faire enfin preuve d'autorité: le général de Gallifet, ce vieux marquis jadis proche, lui aussi, de Gambetta. Quelques mesures énergiques frappant un petit nombre d'individus suffisent à réduire au silence réglementaire les officiers cléricaux, antisémites, antirépublicains. L'ordre une fois rétabli dans la „Grande Muette“, Gallifet ne se contente pas de déclarer que „l'incident est clos“. Afin de prévenir le renouvellement de pareille crise, il enlève aux coteries, alors réactionnaires, la sélection des élites militaires en rendant aux services centraux du Ministère le contrôle de l'avancement.

⁵ Général Lewal, *L'avancement fin de siècle*, Paris 1900.

IV. Les élites militaires sous la République radicale (1900/1902–1914)

Le général André, qui le remplace dès 1900, va plus loin. Il veut „républicaniser“ l'armée et ses élites dans les meilleurs délais. Pour atteindre cet objectif, il entend faire jouer le favoritisme au profit des candidats à l'avancement qui se signalent par la fermeté et la sincérité de leurs convictions républicaines, et il cherche à limiter ou à contrarier la promotion au sommet de la hiérarchie des officiers liés aux milieux conservateurs ou réactionnaires. Mais la gauche qu'il souhaite ainsi avantager ne dispose pas dans l'armée de groupes de pression comparables à ceux de la droite, si utiles à la clientèle des notables, aux ambitions des héritiers et aux intérêts des bien-pensants. Elle ne peut en créer artificiellement, puisque les militaires sont exclus du champ d'application des lois Waldeck-Rousseau de 1884 et 1902 sur le droit d'association. Comment connaître, organiser, aider les républicains sans l'appui d'un réseau de relations sociales, d'un syndicat, d'un appareil de parti? Comment se procurer des informations sur les opinions des officiers sans le concours des commandants de corps d'armée et des chefs de corps, qui refusent, à l'exception peut-être de quelques émules de feu le maréchal de Castellane, de se comporter en agents de la police politique? Le cabinet du général André trouve une solution: recourir aux services de la franc-maçonnerie.

Les loges du Grand-Orient fournissent au capitaine Mollin et à son ministre une masse de renseignements sur les idées et les comportements des militaires. Les officiers classés dans le dossier „Carthage“ en raison de leur sentiments réactionnaires et cléricaux voient leur avancement contrarié. Les républicains, dont les fiches sont rangées dans le dossier „Corinthe“, sont promis, au contraire, à un avancement prioritaire.

Ce système secret est révélé au public en 1904. L'affaire des fiches fait scandale dans la presse et au Parlement. André est obligé de démissionner.

Dans les débats tumultueux que provoque ce scandale retentissant, le vice et la vertu mêlent leurs voix. Mais l'historien attentif y distingue l'expression de trois mentalités différentes:

- Les moralistes dénoncent *tout* favoritisme, comme néfaste à la réalisation d'une véritable méritocratie, et réprouvent les procédés inquisitoriaux, assimilables à la délation ou au viol des libertés individuelles, utilisés par le cabinet du général André pour établir ses fichiers.
- Les „réalistes“ de gauche trouvent sinon normal, du moins heureux pour leur camp que les républicains, les libres-penseurs, les officiers d'origine modeste et sans relations dans „le monde“ reçoivent la protection et l'appui efficaces des militants et des responsables politiques les plus proches d'eux.
- Les partisans du régime des notables et du cléricalisme protestent contre un système qui les prive de leurs avantages traditionnels, alors qu'il profite à leurs adversaires. Hypocritement, ils condamnent André au nom de principes moraux qu'ils ignoraient délibérément quand le jeu des recommandations et des exclusions favorisait l'avancement des officiers issus de milieux traditionalistes et/ou fortunés. Au fond, ce qu'ils

reprochent au Ministre de la Guerre et à ses alliés francs-maçons, c'est d'avoir voulu réaliser une sorte de révolution du „piston“.

Après la chute d'André, le problème de la moralisation de l'avancement dans l'armée reste entier. Les luttes d'influence continuent, mais sourdement. Les „réalistes“ de tous bords l'emportent sur les moralistes. Mais ce sont ceux de la droite qui reprennent le dessus.

En effet, les campagnes anti-militaristes des anarchistes et des syndicalistes révolutionnaires, soutenus par une partie des socialistes, contribuent à accroître dans l'armée l'audience des partis de droite, coalisés contre le Bloc des gauches et acharnés à accréditer l'idée d'un „complot judéo-maçonnique“ contre les „vrais Français“ et la Défense nationale. Si Clemenceau et les radicaux mettent rapidement fin aux quelques troubles suscités dans le corps des officiers par la crise des inventaires, ils ne réussissent pas à empêcher le développement dans l'armée d'un courant nationaliste, clérical, antisémite et anti-socialiste, qui exploite les mécontentements engendrés par l'affaire Dreyfus et le scandale des fiches avec d'autant plus d'efficacité qu'il se diffuse par le canal de généraux et de réseaux relationnels influents au sein de l'élite militaire.

Avant 1914, ce n'est point la jeune *Action française*, comme on le croit parfois, qui exprime la tendance dominante des droites nationalistes dans l'armée. C'est l'*Action Libérale Populaire*, dont l'un des députés, Driant, gendre de Boulanger, est un ancien officier supérieur. Impossible à mesurer, le succès de l'A.L.P. dans une importante minorité de l'élite militaire s'explique sans doute par les origines des officiers, souvent issus de familles traditionalistes et/ou d'institutions religieuses. Incontestablement, l'alliance du sabre et du goupillon gagne des partisans dans l'armée active entre 1900 et 1914. Mais ce n'est que bien plus tard qu'elle triomphera: en 1940, avec Pétain et son ministre Weygand.

Dans la décennie qui précède le début de la Grande Guerre, la gauche, avec des ministres républicains modérés, radicaux ou socialistes indépendants, reprend fermement en main le contrôle des élites militaires. Elle améliore leur formation, en créant le Centre des Hautes Etudes Militaires, et leur haut commandement, en réunissant, d'abord pour Joffre, les fonctions de chef d'état-major général de l'armée et de générallissime désigné pour le temps de guerre. Messimy et Millerand, l'un radical et l'autre socialiste, acceptent que Joffre, républicain modéré, prenne comme second un „capucin botté“, le général de Castelnau, parce qu'ils donnent priorité à la compétence sur toute autre considération, pourvu que soit respecté le pacte tacite liant tout officier à l'Etat sur la base du loyalisme, du légalisme et de l'obéissance. Notons à ce sujet que si le général Pau a été écarté auparavant de la direction suprême des armées, ce n'est point seulement parce qu'il allait à la messe, mais aussi en raison de son âge et surtout de son désir de reprendre au Ministre le contrôle de l'avancement, c'est à dire des élites militaires, comme dans la période antérieure à 1899 et à la réforme de Gallifet.

Avant juillet 1914, Joffre constate que nombre de généraux issus du système de sélection des élites militaires géré par les cléricaux du groupe Miribel-Boisdeffre ne sont pas en état physique ou intellectuel de commander utilement de grandes unités. Il en limoge quelques-uns. Il se débarrasse de beaucoup d'autres après les premières semaines

de guerre contre l'Allemagne. Le colonel Rocolle⁶ interprète cette „hécatombe des généraux“ comme la preuve de la malaisance des influences maçonniques et/ou radicales sur les carrières militaires. Le contrôleur général Cailleteau⁷ ne nourrit pas contre les „fichards“ les mêmes sentiments que lui. Refusant de s'abandonner aux passions, il s'est livré à une étude statistique, dont les résultats permettent de conclure que la nature politique des choix faits par le général André et son cabinet n'a pas nui à la valeur globale des élites militaires.

Conclusion.

Reste, en définitive, un problème qui n'est pas près d'être résolu: celui de la détection et de la promotion *en temps de paix* des hommes possédant à la fois la culture intellectuelle et les qualités de caractère – volonté, vivacité, esprit de synthèse et de décision – qui, avec des moyens appropriés, face à un adversaire donné et à un moment particulier, se révèlent indispensables *en temps de guerre* à des chefs militaires d'élite. Le moins que puissent faire les autorités à cet égard, c'est d'exiger un maximum de compétence de tous les candidats à l'avancement.

⁶ Colonel Pierre Rocolle, *L'hécatombe des généraux*, Paris 1980.

⁷ Cf. Cailleteau.

Bernhard R. Kroener

Generationserfahrungen und Elitenwandel Strukturveränderungen im deutschen Offizierkorps 1933–1945

Obwohl deutsche Soziologen, Historiker und Politikwissenschaftler, wenngleich mit unterschiedlicher Intensität, seit etwa einem Jahrhundert Elitenforschung betreiben, so bieten doch wissenschaftliche Kolloquien zu diesem Thema, zumal wenn sie internationalen Zuschnitts sind, immer wieder ein breites Angebot unterschiedlichster und zuweilen auch inkompatischer definitorischer Ansätze.¹ Da eine eindeutige und damit verbindliche Begriffsklärung offenbar nicht ohne weiteres zu erreichen ist, können Verständigungsschwierigkeiten und in ihrem Gefolge Mißverständnisse kaum ausbleiben.

Wie es scheint, hat sich das Bild, zumindest unter Historikern, in dieser Hinsicht seit dem Ende der fünfziger Jahre, als die Ranke-Gesellschaft den verdienstvollen Versuch unternahm, die „deutschen Führungsschichten der Neuzeit“ in Rahmen einzelner Tagungen zu untersuchen, kaum wesentlich geändert. Damals leitete Axel Seeberg sein Referat: „Das Elite-Problem heute“ mit einer bezeichnenden *captatio benevolentiae* ein, indem er feststellte: „Ich darf damit beginnen, daß ich darauf verzichte, ihnen eine exakte Definition des Begriffs Elite zu geben. Ich bezweifle, ob eine solche Definition im Sinne einer chemisch reinen Formel überhaupt gegeben werden kann. Unter dem Oberbegriff Elite werden heute so viele Erscheinungen zusammengefaßt, daß es nicht leicht ist, die Grenzen genau abzuzeichnen“.²

Immer wieder lassen sich auch in gelehrten Abhandlungen Unsicherheiten in der Verwendung der Termini: „Führungsschicht“ und „Führungsgruppe“ beziehungsweise „Elite“ feststellen. So umfaßt der Elitebegriff, ohne daß dies immer ausreichend kenntlich gemacht wird, eine breite Palette unterschiedlichster Definitionen, die sich von der traditionellen Vorstellung von Werteliten über Macht-, Rang-, Positions- bis zu Funk-

¹ Otto Stammer, „Das Eliteproblem in der Demokratie“, in: *Schmollers Jahrbuch* 71 (1951), S.513–540; Urs Jaeggi, *Die gesellschaftliche Elite. Eine Studie zum Problem der sozialen Macht*, Bern u. Stuttgart 1967; Wolfgang Zapf, *Wandlungen der deutschen Elite. Eine Zirkulationstheorie deutscher Führungsgruppen 1919–1961*, München 1966; Hans Peter Dreitzel, *Elitebegriff und Sozialstruktur. Eine soziologische Begriffsanalyse*, Stuttgart 1962; Wolfgang Schluchter, „Der Elitebegriff als soziologische Kategorie“, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie* 15 (1963), S.233–256.

² Axel Seeberg, „Das Elite-Problem heute“, in: *Jahrbuch der Rankegesellschaft* 3 (1957), S.9.

tionseliten erstreckt.³ Dieser grundsätzliche Befund lässt sich ohne weiteres auch im Bereich einer sozialgeschichtlich orientierten Erforschung der militärischen Gesellschaft erheben.⁴ So werden etwa bestimmte Verbände aufgrund der physischen Selektion ihrer Angehörigen, der materiellen Ausstattung, der Aufgabenstellung oder des Ausbildungsstandards ohne weiteres als „Eliteeinheiten“ charakterisiert.

Während das Offizierkorps einer modernen Massenarmee in seiner Gesamtheit als Funktionselite angesehen wird, gilt die Generalität als seine Spitzengruppe als Rang- oder Positionselite.⁵ Während der auf die Kampfkraft bestimmter Verbände bezogene Elitebegriff als primär umgangssprachlicher Terminus hier außer Betracht gelassen werden kann, sind die differenziert verwendeten Elitenbegriffe, unter denen einerseits nur die Generalität und andererseits aber das gesamte Offizierkorps untersucht wird, von zentraler methodischer Bedeutung, verbergen sich dahinter doch ganz unterschiedliche Erkenntnisinteressen. In der Regel wird bei der Erforschung der militärischen Spitzengruppe in erster Linie der Einfluß, den ihre Angehörigen auf die konzeptionelle und reale Gestaltung spezifischer politischer Machtkonstellationen ausgeübt haben, untersucht. Nur selten werden in diesem Zusammenhang weitergehende sozialwissenschaftlich relevante Überlegungen in die Erörterung miteinbezogen. So wird häufig auf eine Untersuchung des offenkundigen Wechselverhältnisses, das zwischen dem individuellen Politikverständnis des Einzelnen und seiner schichtspezifischen Primärprägung durch Herkunft, Erziehung und Karriere besteht, verzichtet.⁶ Während eine derartige Fragestellung also in erster Linie auf die politikgeschichtlich relevante Außenwirksamkeit der führenden Vertreter des militärischen Komplexes zielt, hebt eine Erforschung des Offizierkorps insgesamt als einer gruppenspezifischen Funktionselite stärker auf ihre Binnenwirkung innerhalb der militärischen Gesellschaft ab.

Der Friedrich dem Großen zugeschriebene Leitsatz: „Der Geist einer Armee sitzt in seinen Offiziers“ verdeutlicht anschaulich die Bedeutung, die der Gesamtheit der Offiziere als einem zentralen Instrument zur Sicherung der inneren Kohärenz und damit der militärischen Leistungskraft einer Armee seit dem 18. Jahrhundert zugemessen

³ Hans-Gerd Schumann, „Führungsschicht und Führungsgruppe heute. Anmerkungen zu Methodologie-Problemen“, in: *Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit. Eine Zwischenbilanz*, Hg. Hanns Hubert Hofmann u. Günther Franz, Boppard 1980, S. 203–218. Allein in diesem Band ist die Begriffsdivergenz deutlich erkennbar: So konstatiert etwa Theodor Schieder: „Wir gehen etwa davon aus, daß Eliten – ein Begriff, den wir identisch mit Führungsschichten verwenden...“ Theodor Schieder, „Zur Theorie der Führungsschichten der Neuzeit“, in: ebd. S. 13–28, hier S. 15.

⁴ Karl Demeter, *Das deutsche Offizierkorps in Gesellschaft und Staat 1650–1945*, Frankfurt/M. 1965; Manfred Messerschmidt, „Das Preußisch-Deutsche Offizierkorps 1850–1890“, in: *Das deutsche Offizierkorps 1860–1960*, Hg. Hanns Hubert Hofmann, Boppard 1980, S. 21–38, hier S. 21; Detlef Bald, *Der deutsche Offizier. Sozial- und Bildungsgeschichte des deutschen Offizierkorps im 20. Jahrhundert*, München 1982, S. 141.

⁵ Reinhard Stumpf, *Die Wehrmacht-Elite. Rang- und Herkunftsstruktur der deutschen Generale und Admirale 1933–1945*, Boppard 1982.

⁶ So etwa bei Klaus-Jürgen Müller, *Das Heer und Hitler. Armee und nationalsozialistisches Regime 1933–1940*, Stuttgart 1988; ders., „Deutsche Militärelite in der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges“, in: *Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg*, Hg. Martin Broszat u. Klaus Schwabe, München 1989, S. 226–290.

Nur eine nach einheitlichen Richtwerten orientierte soziale Selektion vermochte den Corpsgeist zu bewahren, in dem sich das eigentümliche Treueverhältnis zwischen dem Landesherrn und seinen Offizieren widerspiegelte. Mehr als die funktionale Leistung galt in Preußen-Deutschland die Bewußtseinsidentität der Offiziere als Angehörige einer „Regimentsritterschaft“ als der eigentliche Garant der militärischen Leistungsfähigkeit eines Verbandes.⁷

Die durch die Heeresvermehrung zu Beginn des 20.Jahrhunderts erzwungene soziale Öffnung berührte zunächst weniger das aktive Offizierkorps des Friedensheeres als vielmehr das durch die Mobilisierung einer weitaus größeren Zahl von Offizieren des Beurlaubtenstandes vergrößerte Kriegsheer. Indem es gelang, den aus großbürgerlich-konservativen Kreisen stammenden Reserveoffizieren den an den Werthaltungen der adeligen Gesellschaft orientierten traditionellen Normenkodex der militärischen Elite des Friedensheeres zu vermitteln, vermochte sich auch die von Ekkehard Kehr so meisterhaft beschriebene „Feudalisierung“ des bürgerlichen Offizierersatzes durchzusetzen.⁸ Die damit einhergehende soziale Militarisierung der deutschen Gesellschaft hat Franz Carl Endres, den scharfsinnigen und kenntnisreichen Beobachter der sozialen Verhältnisse der Weimarer Republik, 1927 zu der pointierten Feststellung veranlaßt: „Militarismus ist die Geistesverfassung der Nichtmilitärs.“⁹ Während das Friedensheer seine gesamtgesellschaftliche Bedeutung gerade auch durch eine bewußte Förderung des Institut der Reserveoffiziere stärkte, lebte das Kriegsheer entscheidend aus der Leistungsbereitschaft dieser Gruppe, die etwa im Zweiten Weltkrieg im Verhältnis 6:1 den größten Anteil der militärischen Elite stellte. Eine Sozialgeschichte des deutschen Offizierkorps muß daher, wie Rainer Wohlfeil bereits 1967 festgestellt hat: „sehr stark die Bedeutung des Reserveoffiziers behandeln und diese nicht nur im Rahmen seines Offizierkorps, sondern auch hinsichtlich seiner Übertragung militärischer Vorstellungen in das gesellschaftliche Leben eines Volkes und seiner politischen und wirtschaftlichen Rolle im öffentlichen Leben überhaupt“.¹⁰

Der Reserveoffizier wurde bereits während des Ersten Weltkrieges für die Masse der Soldaten zur prägenden Figur ihres Kriegserlebnisses. Die literarische Bewältigung des Krieges, wie sie uns etwa in den Arbeiten von Jünger, Toller oder Arnold Zweig entgegentritt, stellt immer wieder den negativen Aspekt einer aus mangelnder sozialer Ebenbürtigkeit entstandenen übersteigerten Normenwahrung dieser Gruppe deutlich

⁷ Werner Conze, „Konstitutionelle Monarchie. Industrialisierung – Deutsche Führungsschichten um 1900“, in: Hofmann (Hg.), Deutsche Führungsschichten, S.173–201, hier S.182.

⁸ Ekkehard Kehr, „Zur Genesis des königlich-preußischen Reserveoffiziers“, in: ders., *Das Prinzip der Innenpolitik. Gesammelte Aufsätze zur preußisch-deutschen Sozialgeschichte im 19. und 20.Jahrhundert*, Hg. u. eingeleitet v. Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt, Berlin u. Wien 1976, S.53–63.

⁹ Franz Carl Endres, „Soziologische Struktur und ihr entsprechende Ideologien des deutschen Offizierkorps vor dem Weltkriege“, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 58 (1928), S.282–319.

¹⁰ Rainer Wohlfeil, „Wehr-, Kriegs- oder Militärgeschichte“, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 1 (1967), S.21–29, hier S.28.

heraus.¹¹ Es kann also kein Zweifel daran bestehen, daß die Offiziere des Beurlaubtenstandes innerhalb wie außerhalb der militärischen Gesellschaft als integraler Bestandteil des Offizierkorps vor allem des Kriegsheeres betrachtet wurden, und daher auch sozialgeschichtlich in qualitativer wie quantitativer Hinsicht zusammen mit den aktiven Offizieren behandelt werden müssen.

Im Gegensatz etwa zur französischen Forschung, die sich in erster Linie mit der Rolle der Generalität als der entscheidenden Machtelite der militärischen Gesellschaft auseinandersetzt, dominiert in der deutschen Historiographie, zumindest seit 1945, eine Betrachtung, die sich vornehmlich mit der Gesamtheit des Offizierskorps als einer Funktionselite mit deutlich prägendem gesamtgesellschaftlichem Einfluß beschäftigt.¹² Die damit einhergehende soziale Militarisierung ist im europäischen Kontext, soweit dieses Phänomen bisher vergleichend untersucht werden konnte, ohne Parallele. Die rasche Ausbreitung, die diese Form der Militarisierung gerade im Kaiserreich erfuhr, wäre ohne den spezifischen Einfluß des Reserveoffizierkorps als transmissive Kraft kaum möglich gewesen. Als die zahlenmäßig stärkste Offiziergruppe des Kriegsheeres wurden sie auch für die Masse der mobilisierten Soldaten zum Symbol offiziermäßigen Verhaltens.

Die Position, die die Offiziere der Wehrmacht und hier vor allem die Angehörigen des Heeres als des größten Wehrmachtteils während des Dritten Reiches den politisch-ideologischen Forderungen des Regimes gegenüber eingenommen haben, beschäftigt seit Jahrzehnten nicht nur eine streckenweise stark apologetisch eingefärbte militärische Traditionspflege, sondern, wenngleich mit weit geringerer Intensität, auch die historische Forschung.¹³

Die Haltung der nationalkonservativen militärischen Eliten zwischen Anpassung und Widerstand, wie es Klaus-Jürgen Müller im Blick auf die Machteliten der militärischen Gesellschaft programmatisch formuliert hat, läßt sich jedoch ohne eine generationsspezifische Analyse kaum zutreffend erfassen.¹⁴ Die Feststellung etwa, daß die divergierenden Auffassungen, die Seeckt und Schleicher 1919 über die in Hinblick auf die Wiedererlangung der deutschen Großmachtposition günstigste Vorgehensweise äußerten, ein einerseits stärker traditionelles und andererseits komplexeres und damit

¹¹ Ernst Jünger, *In Stahlgewittern. Ein Kriegstagebuch*, Berlin 2¹1941; Arnold Zweig, *Erziehung vor Verdun*, Berlin 1949; Ernst Toller, *Eine Jugend in Deutschland*, Hamburg 1990.

¹² Friedrich Priesbatsch, *Geschichte des preußischen Offizierkorps*, Breslau 1919; Gerhard Papke, „Offizierkorps und Anciennität“, in: *Untersuchungen zur Geschichte des Offizierkorps. Anciennität und Beförderung nach Leistung*, Hg. Hans Meier-Welcker, Stuttgart 1962; Martin Kitchen, *The German Officer Corps 1890–1914*, Oxford 1968; Manfred Messerschmidt, „Werden und Prägung des preußischen Offizierkorps – ein Überblick“ in: ders. u. Ursula v. Gersdorff, *Offiziere im Bild von Dokumenten aus drei Jahrhunderten*, Stuttgart 1964, S.11–104; Holger H. Herwig, *Das Elitekorps des Kaisers. Die Marineoffiziere im Wilhelminischen Deutschland*, Hamburg 1977; Hermann Rumschöttel, *Das bayrische Offizierkorps 1866–1914*, Berlin 1973.

¹³ Manfred Messerschmidt, „Das Verhältnis von Wehrmacht und NS-Staat und die Frage der Traditionsbildung“, in: ders., *Militärgeschichtliche Aspekte der Entwicklung des deutschen Nationalstaates*, Düsseldorf 1988, S.233–255.

¹⁴ Müller, Heer und Hitler, S.720.

tendenziell moderneres Politikverständnis widerspiegeln, wird nur dann verständlich, wenn gleichzeitig auch der generationsspezifische Erfahrungshorizont ausgeleuchtet wird, der den Generalmajor (Jahrgang 1866) von dem Major im Generalstab (Jahrgang 1883) trennte.¹⁵ Das Beispiel macht darüberhinaus deutlich, daß eine formal ausschließlich auf die Angehörigen der Generalität begrenzte Untersuchung der militärischen Machtelite zu kurz greift. Diese Feststellung gilt in besonderer Weise für die Verhältnisse in der Reichswehr, der Kaderarmee der Weimarer Republik. Zudem erscheint es methodisch nicht unproblematisch, eine Untersuchung der politischen Generationen auf eine quantitativ so begrenzte Gruppe, wie sie die Generalität darstellt, zu beschränken.

Das aktive Offizierkorps, die während des Krieges zum Offizier beförderten Soldaten und die Reserveoffiziere bilden insgesamt die militärische Elite, der unsere Untersuchung gilt.

Ähnlich wie der Begriff der „Elite“ fehlen auch für das Phänomen der „politischen Generation“ bisher weithin verbindliche definitorische Grenzen, obwohl auch hier der Tatbestand an sich unbestritten ist. Vom „Generationskonflikt“ bis zur „Protestgeneration“ besitzt die Umgangssprache verschiedene terminologische Festlegungen, die die erfahrbaren Auffassungsunterschiede zwischen verschiedenen Altersgruppen kenntlich machen. Wir haben es hier mit dem intuitiven Versuch zu tun, an sich wenig bedeutsame Individualerfahrungen zu bündeln, um auf diese Weise Kollektivphänomene kenntlich zu machen, mit deren Hilfe etwa strukturelle Ausformungen des „Zeitgeistes“ einer Epoche – oder eben einer „Generation“ – einigermaßen verbindlich fixiert werden können.

In jüngster Zeit hat Helmut Fogt den dankenswerten Versuch unternommen, „bestimmte Erkenntnisse der Sozialforschung und insbesondere der Sozialpsychologie zur Natur politischer Primärerfahrungen... zu einem Modell der Generationsausformung“ zu verdichten.¹⁶

In Deutschland hatten die Erfahrungen der Jugendbewegung und vor allem der „Frontkämpfergeneration“ des Ersten Weltkrieges die wissenschaftliche Beschäftigung mit den spezifischen Ausprägungen generationstypischen Verhaltens befördert.¹⁷ Karl Mannheims bahnbrechende Untersuchung „Das Problem der Generationen“, 1928 erschienen, stellte den Höhepunkt der gelehrten Diskussion dar, bevor der Nationalsozialismus seinen Verfasser ins Londoner Exil trieb und seine Forschungen zunächst der Vergessenheit anheim gab.¹⁸

Mannheim verschränkte in seiner Generationsdefinition synchrone Strukturen und diachrone Prozesse miteinander. Auf der Basis der Altersgleichheit suchte er die „Ge-

¹⁵ Ders., Deutsche Militärelite, S.228–229.

¹⁶ Helmut Fogt, *Politische Generationen. Empirische Bedeutung und theoretisches Modell*, Opladen 1982, S.5.

¹⁷ Robert Wohl, *The Generation of 1914*, Cambridge, Mass. 1979, S.203–208.

¹⁸ Karl Mannheim, „Das Problem der Generationen“, in: *Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie* 7 (1928/29), S.157–185 und 329–330, wiederabgedruckt in: *Jugend in der modernen Gesellschaft*, Hg. Ludwig v. Friedeburg, Köln u. Berlin 1965, S.23–48.

nerationslagerung“ als Ausdruck herkunftspezifisch geprägter „Verhaltens-, Gefühls- und Denkweisen“ als Grundvoraussetzung eines engeren politischen Generationszusammenhangs auszumachen.¹⁹ Er wird durch das Vorhandensein einer „historischen Lebensgemeinschaft“, das heißt, einer gemeinsamen sozio-kulturellen Ausgangslage hergestellt. Daraus ergibt sich, daß bestimmte Ereignisse von den Angehörigen einer Generation vergleichbar erfahren werden. Durch zusätzlich gegebene weltanschauliche und politische „Grundintentionen“ konstituiert sich eine weitere Differenzierung nach „Generationseinheiten“. Sie sind letztlich für die Ausprägung einer gruppenspezifischen Generationserfahrung konstitutiv.²⁰ Eingebettet in diese synchronen Strukturen verläuft der diachrone Prozeß des Generationswechsels und der Sozialisation. Sie erfolgt etwa um das 17. Lebensjahr, von dem ab der Jugendliche in der Regel seine soziale und politische Umgebung und Beziehungen nicht mehr nach vorgegebenen Urteilskatgorien weitgehend passiv rezipiert, sondern zunehmend kritisch reflektiert. Die generationsbildende Prägephase dürfte somit etwa zwischen dem 16. und dem 22. Lebensjahr anzusetzen sein.²¹ Eine „Prädominanz der ersten Eindrücke“, die sich bei den Angehörigen einer Generationseinheit in etwa gleichartig entwickelt, begründet eine „Erlebnisschichtung“, in der die individuelle Erfahrung bestimmter Ereignisse innerhalb der Gruppe in weitgehend verbindlichen Überzeugungen und Verhaltensmustern umgesetzt wird.

Indem die heranwachsenden Generationen ihr spezifisches Bewußtsein und ihre Einstellung zur Gegenwart auf die ihnen prägend erscheinenden Erfahrungen beziehen, erwächst ihnen eine natürliche Spannung zu anderen Erlebnisgenerationen. Eine zunehmende soziale Dynamik hat gerade im 20. Jahrhundert die Intervalle zwischen den politischen Generationen geringer werden lassen. Dadurch wird einer immer größer werdenden Anzahl älterer Generationen der Verlust ihnen essentiell erscheinender politisch-sozialer Ortsbestimmungen suggeriert. Der damit verbundene Wertewandel wird häufig als Wertverlust und als Auflösung bisher nicht in Frage gestellter sozialer Verbindungen interpretiert.

Diese Auffassung mag Generaloberst Beck im Spätherbst 1942 zu der ihm zugeschriebenen Äußerung veranlaßt haben: „Die Dekomposition der Armee schreitet unaufhaltsam fort.“²²

Sie ist aber nicht nur im Hinblick auf den darin zum Ausdruck gebrachten generationstypischen Divergenzen von Bedeutung.

Zu diesem Zeitpunkt wurde erkennbar, daß auch die zweite Offensive der deutschen Wehrmacht im Osten gescheitert war. Die Entlassung General Halders als Chef des Generalstabes des Heeres, wenngleich von ihm selbst provoziert, und die Ernennung

¹⁹ Ebd., (1928/29), S. 171–174.

²⁰ Ebd., S. 309–315.

²¹ Fogt, S.127.

²² Ulrich v. Hassell, *Vom andern Deutschland*, Frankfurt u. Hamburg 1946, S.247. Nach Auskunft des Bearbeiters der revidierten und erweiterten Neuauflage, Friedrich Freiherr Hiller v. Gaertringen, stellt dieses Zitat nur die sinngemäße, nicht aber die wörtliche Wiedergabe einer Äußerung Becks dar.

Kurt Zeitzlers wurde innerhalb der militärischen Führung als Bruch mit den Grundsätzen bisher gültiger Personalpolitik in der Spaltenorganisation des Heeres gewertet.²³ Die Zeitzler zugeschriebene Affinität zum nationalsozialistischen Regime mochte man als Makel noch hinnehmen, gravierender wurde empfunden, daß der neuernannte Generalstabchef und damit der Nachfolger Moltkes und Schlieffens nicht dem Generalstab entstammte, dem heiligen Gral deutscher operativer Führungskunst, sondern unmittelbar aus der Truppe in dieses Amt berufen worden war.²⁴

Hitlers Entscheidung für Zeitzler wurde daher als deutliches Signal einer bewußt betriebenen politisch-ideologischen Strukturveränderung innerhalb der militärischen Führungsschicht angesehen.²⁵

Becks Vorwurf zielt aber noch tiefer. Die ständige Vergrößerung des Heeres und die rapide anwachsenden Verluste trafen auch das Offizierkorps als Ganzes. Die Gruppe der unteren und mittleren Truppenführer war von dieser Entwicklung in besonderer Weise betroffen. Bei ihnen setzten Ende 1942 die Maßnahmen an, mit denen der neuernannte Chef des Heerespersonalamts, Hitlers Adjutant Rudolf Schmundt, die bisherige Struktur der Offizierergänzung im Sinne der nationalsozialistischen Führerideologie umzuformen gedachte.²⁶

Die „Dekomposition“ der Armee mochte also für Beck in einem doppelten Angriff des Regimes bestanden haben. Während Hitler über die Spaltenstellenbesetzung auf die innere Struktur der militärischen Elite einzuwirken suchte, assistierte ihm Schmundt dabei auf dem Sektor der allgemeinen Offizierergänzung.

„Dekomposition“ bedeutet aber auch, daß ein der militärischen Realität entrückter ehemaliger Spaltenmilitär die zu diesem Zeitpunkt etwa 250.000 Köpfe zählenden Heeresoffiziere immer noch als eine zwar heterogene, aber durch bestimmte Selektionsmechanismen und einen als verbindlich postulierten Normenkatalog verbundene Gemeinschaft ansah. Doch ein Korps im traditionellen Verständnis, wie es Beck vor Augen stand, im Sinne eines „militärischen Ordenskapitels“, einer „Regimentsritterschaft“, waren sie bereits in der Vorkriegszeit nicht mehr gewesen.²⁷

Dieser sozialgeschichtlich eminent wichtige Befund ist von der deutschen Militärgeschichtsschreibung nach 1945 zunächst nicht erhoben worden. Die weithin apologetische Memoirenliteratur höherer militärischer Führer, die mehrfache Wiederauflage der

²³ *Tätigkeitsbericht des Chefs des Heerespersonalamtes General der Infanterie Rudolf Schmundt fortgeführt von General der Infanterie Wilhelm Burgdorf, 1. Oktober 1942–29. Oktober 1944*, Hg. Dermot Bradley u. Richard Schulze-Kossens, Osnabrück 1984 (Faksimiledruck), S.XI.

²⁴ Stumpf, S.66.

²⁵ Jürgen Förster, „Vom Führerheer der Republik zur nationalsozialistischen Volksarmee. Zum Strukturwandel der Wehrmacht 1935–1945“, in: *Deutschland in Europa – Kontinuität und Bruch. Gedenkschrift für Andreas Hillgruber*, Hg. Jost Dülffer, Bernd Martin u. Günter Wollstein, Frankfurt u. Berlin 1990, S.311–328.

²⁶ Bernhard R. Kroener, „Auf dem Weg zu einer „nationalsozialistischen Volksarmee“. Die soziale Öffnung des Heeresoffizierkorps im Zweiten Weltkrieg“, in: *Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland*, Hg. Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke u. Hans Woller, München 1988, S.651–682.

²⁷ Ebd., S.677, Anm. 93.

aus der Vorkriegszeit stammenden Studie Karl Demeters, der etwa die Entwicklung zu einer „nationalsozialistischen Volksarmee“ aus seiner Darstellung völlig ausgeklammert hatte, und die wenig kritischen Editionen dienstlicher und privatdienstlicher Kriegstagebücher, wie etwa der Aufzeichnungen Franz Halders, haben über lange Zeit den Eindruck erweckt, als sei die Wehrmacht als Folge ihrer bewußt „unpolitischen Haltung“ während der Weimarer Republik den Machinationen eines verbrecherischen Regimes wehrlos zum Opfer gefallen.²⁸ Mehr noch, die Wehrmacht sei ein Hort der inneren Emigration gewesen und habe somit eine wichtige gesellschaftliche Nischenfunktion im Nationalsozialismus besessen.

Mit der Rückgabe der von den Westalliierten erbeuteten Aktenbestände des Dritten Reiches entstanden gegen Ende der sechziger Jahre die grundlegenden Untersuchungen von Klaus-Jürgen Müller und Manfred Messerschmidt.²⁹ So vermochte Müller nachzuweisen, daß die militärische Führungsschicht nach dem Ende des Ersten Weltkrieges mit dem eindeutigen politischen Programm angetreten war, eine wenn nötig gewaltsame Revision des Versailler Vertrages herbeizuführen. Um dieses Ziel zu erreichen, waren zunächst die entsprechenden innenpolitischen Voraussetzungen zu schaffen. „Eine Industrialisierung des ganzen Volkes zum Zwecke der Kriegsführung“, um ein zeitgenössisches Zitat zu verwenden, mußte daher umfassender und effektiver als dies im Ersten Weltkrieg geschehen war, vorbereitet werden.³⁰ Aus dieser Haltung heraus unterstützte die militärische Führung in den Jahren nach 1933 die Politik des nationalsozialistischen Regimes. Dabei nahm die Reichswehrführung billigend in Kauf, daß die Integration der Bevölkerung in den neuen Staat nicht nach ihren stärkerständisch-konservativ geprägten Vorstellungen, sondern nach den programmatischen Zielvorstellungen der Nationalsozialisten realisiert wurde. Hatte die „Zwei-Säulen-Theorie“ zunächst noch eine Entente weitgehend gleichberechtigter Partner suggeriert, so verwirklichten die militärischen Spitzenvertreter durch eine mehr fachliche als grundsätzliche Kritik an einem vorzeitigen Einsatz des militärischen Instruments ihren Anspruch auf Machtteilhabe. Die Generalskrise 1938 wurde zum sichtbaren Ausdruck eines einschneidenden Macht- und Einflußverlustes. Die militärische Führung wurde endgültig aus ihrer traditionellen Rolle einer politisch-sozialen Machtelite in die untergeordnete einer professionellen Funktionselite verwiesen.

Die in erster Linie an einer Erforschung der politisch-ideologischen Interessenidentität

²⁸ Einen Überblick über die erschienene Literatur liefert die Dissertation von Gotthart Breit, *Das Staats- und Gesellschaftsbild deutscher Generale beider Weltkriege im Spiegel ihrer Memoiren*, Boppard 1973; zu Demeter vgl. Anm. 4; Franz Halder, *Kriegstagebuch. Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939–1942*, Hg. Hans-Adolf Jacobsen, 3 Bde., Stuttgart 1962–1964. Deutliche Korrekturen an dem von Halder selbst stilisierten Bild seiner Feldherrnpersönlichkeit finden sich bei Bernd Wegner, „Hitlers zweiter Feldzug gegen die Sowjetunion. Strategische Grundlagen und historische Bedeutung“, in: *Der Zweite Weltkrieg. Analysen – Grundzüge – Forschungsbilanz*, Hg. Wolfgang Michalka, München 1989, S.652–666, hier S.657.

²⁹ Vgl. Müller; Manfred Messerschmidt, *Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoctrination*, Hamburg 1969.

³⁰ Wilhelm Deist, „Die Reichswehr und der Krieg der Zukunft“, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 45 (1989), S.81–92, hier S.83.

von Armee und Regime orientierten Untersuchungen wurden in den siebziger Jahren von Michael Geyer und Wilhelm Deist durch eine vertiefte Betrachtung der Mechanismen, die der militärischen Aufrüstung in der Zwischenkriegszeit zugrundelagen, ergänzt.³¹ Zur Durchsetzung ihrer Großmacht- und Hegemoniepläne konzipierte die Wehrmachtführung auf der Basis der Erfahrungen des Ersten Weltkrieges eine Rüstungspolitik, deren Umfang und Tempo sie an den Erfordernissen eines modernen technisch-industriellen Massenkrieges zu orientieren suchte. Nicht Hitler trieb die Wehrmachtführung in eine forcierte Aufrüstung, sondern die Spitzentruppen selbst manövrierten das Reich in eine politisch-ökonomische Zwangslage, in der entweder der Krieg oder der Zusammenbruch der Volkswirtschaft riskiert werden mußte.³² Dieser militärpolitische Dilettantismus dürfte bei ihrer wenig später erfolgten Entmachtung eine wesentliche Rolle gespielt haben.

Manfred Messerschmidts Studie über den Einfluß der NS-Ideologie auf das Offizierkorps der Wehrmacht belegt schlüssig, wie der schleichende Machtverlust, den die militärische Führung hinzunehmen hatte, durch eine zunehmende geistige Assimilation kompensiert wurde. Ihr idealer Nährboden bildete die bestehende „Teilidentität der Ziele“, das heißt, die Übereinstimmung der Angehörigen der militärischen Elite mit programmatischen Zielvorstellungen des Regimes.³³ Das Objekt einer derartigen Teilidentität mochte bei einzelnen Offizieren unterschiedlich sein, entscheidend ist, daß es so intensiv empfunden wurde, daß divergierende Auffassungen in anderen Bereichen dagegen bedeutungslos erschienen.

Die hier nur knapp skizzierten grundlegenden Forschungsansätze haben eine große Zahl weiterer Spezialstudien maßgeblich beeinflußt.³⁴ Eine moderne Sozialgeschichte der deutschen militärischen Elite im 20. Jahrhundert ließ sich, allen Bemühungen zum Trotz, bisher nicht erreichen. Diese im Grunde erstaunliche Abstinenz hat ihre Ursache in erster Linie in einer über Jahrzehnte erfolgten Vernachlässigung der Militärgeschichtsforschung. Sie ist aber auch Ergebnis einer vornehmlich ereignisgeschichtlich orientierten Beschäftigung mit der Epoche des Zweiten Weltkrieges und seiner Führungsgruppen.

„Militärische Elite“ wird nach diesem Verständnis bewußt als „Machtelite“ definiert. Damit wird aber nur, wie etwa die Untersuchungen von Müller eindringlich belegen, eine zahlenmäßig geringe und daher nicht repräsentative Führungsgruppe erfaßt. Weiterführender erscheint mir ein Ansatz, der im Sinne einer „Positionselite“ alle Offiziere

³¹ Ders., „Die Aufrüstung der Wehrmacht“, in: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Hg. Militärgeschichtliches Forschungsamt (=MGFA), Bd. 1, Stuttgart, 1979, S.371–532; Michael Geyer, *Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik*, Wiesbaden 1980 (Phil. Diss., Freiburg 1976).

³² Deist, Aufrüstung, S.434f.

³³ Messerschmidt, Wehrmacht, S.488.

³⁴ Bernd Wegner, „Kriegsgeschichte – Politikgeschichte – Gesellschaftsgeschichte. Der Zweite Weltkrieg in der westdeutschen Historiographie der siebziger und achtziger Jahre“, in: *Neue Forschungen zum Zweiten Weltkrieg. Literaturberichte und Bibliographien aus 67 Ländern*, Hg. Jürgen Rohwer u. Hildegard Müller, Koblenz 1990, S.102–129.

einbezieht, und sie als Elite einer hierarchisch strukturierten sozialen Großgruppe bestimmt. Einheitliche Aufnahme- und Beförderungskriterien sowie eine verbindliche Normensetzung unterscheiden die Offiziere nicht untereinander, sondern nur gegenüber den anderen Ranggruppen der militärischen Gesellschaft.³⁵

Alle bisherigen Untersuchungen über das Offizierkorps der Wehrmacht und seine Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus, zeigen übereinstimmend, daß diese Affinität dienstgrad- und altersabhängig unterschiedlich intensiv ausgeprägt gewesen ist.

Dennoch wurde eine auf dieser Erkenntnis aufbauende Typologisierung bisher nicht versucht.

Geht man davon aus, daß der Sozialisationszeitpunkt und damit verbunden der spezifische Erlebnis- und Erfahrungshorizont einer herkunfts- wie ausbildungsmäßig einigermaßen homogenen Gruppe Einstellung und Verhalten ihrer Angehörigen maßgeblich beeinflußt, so kann das Lebensalter durchaus als Kriterium einer sozialen Bindendifferenzierung herangezogen werden. Bei der Analyse der politischen und ideologischen Affinitäten des Offizierkorps erscheint es daher erfolgversprechend, den gegebenen Interpretationsraster durch die Einführung einer weiteren, als „Teilidentität von Erfahrung und Erinnerung“ zu bezeichnenden Kategorie zu ergänzen.³⁶

Wenn wir die Altersschichtung der deutschen militärischen Elite während des Zweiten Weltkrieges betrachten, so lassen sich, wie in einem Brennglas, die gruppenspezifisch unterschiedlichen Sozialisationserfahrungen, die seit den achtziger Jahren des 19.Jahrhunderts die aufeinanderfolgenden politischen Generationen in Deutschland bestimmt haben, erfassen. Während der älteste noch während des Zweiten Weltkrieges verwendete Offizier dem Geburtsjahrgang 1865 entstammte – zweifellos ein Extremfall –, gehörten die jüngsten Fähnriche den Geburtsjahrgängen 1926/27 an.³⁷ In dieser Spanne von 62 Jahren liegt beinahe die gesamte Geschichte des geeinten Nationalstaates preußisch-deutscher Prägung beschlossen.

Auf der Grundlage eines von Dienstgrad und Verwendung abhängigen in etwa vergleichbaren Erfahrungshorizontes entwickelten die Angehörigen der militärischen Elite spezifische Werthaltungen und politische Zielvorstellungen, die sich nach Altersgruppen systematisieren lassen. Bereits dieser „Generationsunterschied“ hat die innere Kohärenz des Offizierkorps brüchig werden lassen und ihrer „Dekomposition“ in der zweiten Kriegshälfte Vorschub geleistet.

Gerade die soziologische Struktur des Offizierkorps läßt die Untersuchung aufeinanderfolgender Generationseinheiten besonders reizvoll erscheinen, da hier eine „Koordinanz mehrerer Strukturdimensionen“ gegeben ist.³⁸ Dazu gehören in erster Linie: die

³⁵ Papke, S.177.

³⁶ Bernhard R. Kroener, „Strukturelle Veränderungen in der militärischen Gesellschaft des Dritten Reiches“, in: *Nationalsozialismus und Modernisierung*, Hg. Michael Prinz u. Rainer Zitelmann, Darmstadt 1991, S.267–296.

³⁷ Stumpf, S.285.

³⁸ Rainer M. Lepsius, „Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft“, in: *Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum*

Altersgleichheit ihrer Mitglieder, eine schichtspezifische Zusammensetzung, gewisse Gemeinsamkeiten der Grundorientierung und praktische Handlungsbereitschaft.³⁹ Ein auf dieser Basis erarbeitetes soziographisches Schichtmodell kann, worauf an dieser Stelle noch einmal hinzuweisen ist, immer nur gruppenspezifisches Regelverhalten verdeutlichen. Abweichende Individualerfahrungen sollen dadurch nicht in Frage gestellt werden, können aber andererseits auch nicht dazu dienen, generelle Entwicklungen zu leugnen.

Unter diesen Vorgaben läßt sich die militärische Elite des Dritten Reiches in ein viergliedriges Schema einordnen. Wenn man der Definition von Helmut Fogt folgt, haben wir es mit unterschiedlichen „politischen Generationen“ zu tun, denn sie umfassen „diejenigen Mitglieder einer Altersgruppe oder Kohorte, die – mit bestimmten Schlüsselereignissen konfrontiert – zu einer gleichgesinnten bewußten Auseinandersetzung mit den Leitideen und Werten der politischen Ordnung gelangten, in der sie aufwuchsen.“⁴⁰

1. Die Gruppe der Stabsoffiziere des Ersten Weltkrieges

Bereits den Zeitgenossen war bewußt, daß sich die Erfahrungen des Weltkrieges bei den Angehörigen der kämpfenden Truppe in anderer Weise niedergeschlagen hatten, als bei denen der rückwärtigen Dienste und Stäbe. Diese im Gegensatz zu den Frontkämpfern häufig als „Bureauoffiziere“ stigmatisierten älteren Offiziere des Ersten Weltkrieges (der Geburtsjahrgänge bis 1885/89) bildeten die Gruppe der ältesten Wehrmachtoffiziere. Aus ihnen rekrutierte sich zu Beginn des Zweiten Weltkrieges vornehmlich die Generalität und die Ranggruppe der Obersten. Der Erfahrungshorizont dieser Soldaten war einerseits geprägt durch eine an den altpreußischen Offiziertugenden ausgerichtete Führerausbildung, die sie bis 1914 durchlaufen hatten.⁴¹ Sie waren andererseits in einem politischen Klima herangewachsen, das durch die Frontstellung eines „doppelten Militarismus“ gekennzeichnet war. Eine wachsende Landflucht hatte das traditionelle Rekrutenreservoir der preußischen Armee erheblich vermindert und stattdessen die Angehörigen einer straff organisierten Industriearbeiterschaft der Truppe zugeführt, deren Bedeutung durch eine wachsende Technisierung des militärischen Instruments noch zunahm. Dagegen formierte sich ein radikalkleinbürgerlicher Militarismus von unten, dessen pangermanische und antisemitischen Ambitionen sich aber zunächst noch an der

³⁹ *Geburtstag von Friedrich Lütge*, Hg. Wilhelm Abel u. a., Stuttgart 1966, S.371–393, hier S.377 u. 383.

⁴⁰ Fogt, S.20.

⁴¹ Ebd., S.21.

⁴¹ Hans Mundt, „Das Offizierkorps des Deutschen Heeres von 1918–1933“, in: *Jahrbuch der Rankegesellschaft* 3 (1957), S.115–126; Werner Kindt (Hg.), *Die Grundschriften der deutschen Jugendbewegung*, Düsseldorf 1963, S.526f u. 530.

Phalanx aus Großbürgertum und Armee brachen.⁴² Mit dem Institut des königlich-preußischen Reserveoffiziers und der Berechtigung für adelige Offiziere, in begüterte großbürgerliche Familien einzuhiraten, wurde eine wertkonservative Allianz begründet, die später zumindest eine partielle Immunisierung gegenüber der NS-Ideologie beförderte. Wenn die Mehrzahl der älteren Offiziere der Wehrmacht sich vor allem in außen- und militärischen Fragen durchaus systemkonform verhielt, so blieb doch der auf Herkunft und Erziehung beruhende mentalitätsmäßige Gegensatz beträchtlich. Die Teilidentität der Erfahrungen verstärkte bei dieser Gruppe kaum die bestehende Teilidentität der Ziele. Ihre Angehörigen unterstützten die sozial exklusiven, stärker ständisch geprägten Führerheervorstellungen Seeckts, wie sie überhaupt die Wertvorstellungen der „alten Armee“, um an dieser Stelle den Titel einer Streitschrift des späteren Generals von Rabenau aus den zwanziger Jahren aufzugreifen, konservierten.⁴³ Dies wird besonders in ihrem Verständnis des militärischen Eides als Ausdruck einer personalisierten Treuebeziehung deutlich. Eine Einstellung, die die Haltung dieser Offiziere in Bezug auf Widerstandshandlungen gegen das NS-Regime entscheidend beeinflußte.⁴⁴

2. Die Frontoffiziere des Ersten Weltkrieges

Als Angehörige des mittleren Bürgertums, häufig kriegsbeförderte Reserveoffiziere und Einjährig-Freiwillige, waren sie mit den Forderungen des bürgerlichen Militarismus durchaus vertraut. Der Monarchie und ihrem Klassenstaatsmodell warfen diese Kriegsteilnehmer der Geburtsjahrgänge 1889–1899 vor, die nationale Begeisterung von 1914 leichtfertig verspielt zu haben.⁴⁵ Diese Offiziere, die in den Materialschlachten des Ersten Weltkrieges ihren sozialen Aufstieg zum Offizier bewerkstelligt hatten, teilten die Auffassung des Nationalsozialismus, daß die Gestalt des charismatischen Frontoffiziers, dessen kämpferisches Vorbild eine freiwillige Gefolgschaft begründete, die militärische Führergestalt des modernen Krieges zu sein habe. In den Freikorps, nicht aber im traditionellen „Führerheer“ der Reichswehr, sahen sie diese Vorstellung in geradezu idealer Weise verwirklicht.⁴⁶ Die ehemaligen Front- und Freikorpskämpfer waren über die Zurückweisung, die sie von seiten der Reichswehr erfuhren, zutiefst gekränkt. In

⁴² Hierzu grundlegend: Stig Förster, *Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-quo-Sicherung und Aggression 1890–1913*, Wiesbaden 1985, S. 247ff.

⁴³ Friedrich v. Rabenau, *Die alte Armee und die junge Generation. Kritische Betrachtungen*, Berlin 1925.

⁴⁴ Wolfgang Schieder, „Zwei Generationen im militärischen Widerstand gegen Hitler“, in: *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler*, Hg. Jürgen Schmädeke u. Peter Steinbach, München u. Zürich 1986, S. 436–459.

⁴⁵ Kurt Hesse, *Soldatendienst im neuen Reich*. Berlin 1935, S. 101; Horst v. Metzsch, *Schlummernde Wehrkräfte*, Oldenburg i. O. u. Berlin 1935, S. 206–220; Axel Freiherr v. Maltzahn, *Der deutsche Soldat. Ein Rückblick und Ausblick*, Berlin 1936, S. 54 u. 63.

⁴⁶ Förster, S. 313; Erich Weniger, „Gedanken über den Wert von Kriegserinnerung und Kriegserfahrung“, in: *Militärwissenschaftliche Rundschau* 2 (1937), S. 231–245.

einer krisenhaften Wirtschaftslage rasch sozial deklassiert, fanden viele bald den Weg zu den nationalen Wehrverbänden und zur NSDAP.⁴⁷ Als Funktionsträger der Partei, der SA, des Stahlhelms oder der Landespolizeien gelangte ein erheblicher Teil von ihnen in das Offizierkorps, wo sie den Anteil der Reichswehroffiziere bis Kriegsbeginn auf etwa 15% zurückdrängten.⁴⁸ Ihre Wiedereingliederung in die militärische Elite, deren gesellschaftliche Stellung beträchtlich aufgewertet wurde, begründete bei dieser Gruppe eine Loyalität, die alle Wechselfälle des Krieges überdauerte.

3. Die Gruppe der nicht mehr Weltkriegsgedienten Offiziere

Diese Offiziere (Jahrgang 1900–1913) rückten in der Aufrüstungsphase und bis zur Mitte des Zweiten Weltkrieges in mittlere Führungspositionen auf. Anders als die Frontoffiziere entstammten sie, entsprechend den Führerheervorstellungen der Reichswehr, weithin den Schichten, die bereits vor 1914 als offizierfähig angesehen worden waren. Aus der Jugendbewegung übernommene Werthaltungen über Macht, Härte, Volk, Staat, Führung und Gemeinschaft, deren Abbild sie in den Eliten Weimars nicht wiederfinden konnten, wohl aber im Programm der nationalen Rechten, ließen sie dem NS-Regime gegenüber zunächst eine aufgeschlossene Haltung einnehmen.⁴⁹ Die Aufstiegschancen, die die Heeresvermehrung nach jahrelanger Stagnation bot, bewirkte bei ihnen eine wenn auch kritische Loyalität. Im Gegensatz zu den älteren Reichswehroffizieren und in Übereinstimmung mit der Generation der Frontkämpfer forderten auch sie eine an den Bedingungen des technisch-industriellen Zukunftskrieges orientierte ressentimentfreie Behandlung des aus den industriellen Ballungszentren stammenden Mannschaftsersatzes. Im Sinne einer Fortentwicklung des „Burgfriedens“ zur „Volksgemeinschaft“ erschien ihnen der Nationalsozialismus als Garant einer endgültigen Einschmelzung von Standes- und Klassenunterschieden.⁵⁰

Dabei verkannten die meisten von ihnen zunächst die Absicht des Regimes, das über das Programm der „Wiederwehrhaftmachung“ die psychologische Militarisierung der Gesamtgesellschaft ansteuerte. Volk und Reich bildeten für sie primäre Bezugspunkte, an denen sie schließlich die politischen Leistungen des Systems maßen. Insofern war auch ihre Treuebeziehung im Gegensatz zu den beiden älteren Offiziergenerationen stärker entpersonalisiert. Eine Haltung, die ihnen später im militärischen Widerstand eine Schlüsselrolle zuweisen sollte.⁵¹

⁴⁷ Hagen Schulze, *Freikorps und Republik 1918–1920*, Boppard 1969, S.54–69.

⁴⁸ Bernhard R. Kroener, „Die personelle Ressourcen des Dritten Reiches im Spannungsfeld zwischen Wehrmacht, Bürokratie und Kriegswirtschaft 1939–1942“, in: MGFA, *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 5/1, Stuttgart 1988, S.693–1002, hier S.732ff.

⁴⁹ Ernst Nittner, „Menschenführung im Heer der Wehrmacht und im Zweiten Weltkrieg“, in: *Menschenführung im Heer*, Hg. MGFA, Herford u. Bonn 1982, S.139–182, hier S.151ff.

⁵⁰ Kroener, Strukturelle Veränderungen.

⁵¹ Schieder.

So besaß diese Gruppe von Offizieren ein auf Herkunft und Ausbildung gegründetes erhebliches kritisches Potential. Lebensalter und militärische Verwendung prädestinierten zudem die meisten von ihnen für die Generalstabslaufbahn.

4. Die jüngsten Offiziere der deutschen Wehrmacht

Diese letzte Gruppe besteht aus den jüngeren noch friedensmäßig ausgebildeten Jahrgängen (1914–1918/19) und den jüngsten (bis zum Jahrgang 1926/27). Soldaten also, die erst mit der Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht beziehungsweise während des Krieges Offizier geworden waren. Entstammten schon die älteren unter ihnen nur noch zum Teil den ehemals offizierfähigen Schichten, so mußte dieses Ausleseprinzip in der zweiten Kriegshälfte endgültig aufgegeben werden. Das Regime hat diese Notlage der Offizierergänzung virtuos genutzt, um spezifisch nationalsozialistische Selektionsmechanismen in die Armee zu implantieren.

Die jungen Offiziere hatten als Heranwachsende den Zusammenbruch der Demokratie erlebt, von dem sich die nachfolgende innen- wie außenpolitische Konsolidierung des Reiches positiv abhob. In der Regel blieben sie in den Mikrokosmos ihres Aufgabenbereichs eingebunden, waren zunehmend belastet von ständig steigenden psychischen und physischen Anforderungen und sahen sich zudem einer weitgehend selektiven Information ausgesetzt. So hatten sie kaum Gelegenheit zu einer kritischen Beobachtung der sie umgebenden Lebenswirklichkeit. Die einseitige Ausrichtung des Offiziers zum krisenfesten Kämpfer, die Forderung nach unreflektiertem „blindem Gehorsam“ und die in den letzten Kriegsmonaten zum Teil bewußt geförderte Lockung der militärischen Hierarchie als Mittel eines bis zum äußersten getriebenen Kampfes, deformierte viele junge Offiziere, die daraufhin zum Teil bis in die Kriegsgefangenenlager den NS-konformen Sozialisationswirkungen ihrer Jugend verhaftet blieben.⁵²

Das Offizierkorps des jeweiligen Friedensheeres bildete stets den Bezugspunkt, wenn es nach einem Krieg galt, die in Gefahr geratene soziale Homogenität wiederherzustellen. Diese Beobachtung gilt für die Aufbauphase der Reichswehr ebenso wie für die ersten Jahre der Bundeswehr, und kann daher durchaus als systemimmanente Bestätigung des von uns gewählten Ansatzes gelten.

Durch die Bevorzugung der aktiven Offiziere des Friedensheeres bei der Reorganisation oder der Wiedererrichtung von Streitkräften, im Gegensatz zu einer stärkeren Berücksichtigung der Kampferfahrung in Kriegszeiten, hat die militärische Elite selbst immer wieder dazu beigetragen, daß jeweils auftragsbezogen eine gewisse Einheitlichkeit in der Erfahrung gewahrt blieb. Auf der Basis einer weitgehend verbindlich interpretierten Erinnerung, ließen sich extreme Abweichungen rasch ausmachen und ihre Träger vom Korps fernhalten.

⁵² Kroener, Strukturelle Veränderungen, S.279 ff.

Im Gegensatz zu der in Frankreich geübten Praxis einer weitgehend sozial homogenen militärischen Elitenrekrutierung, war die deutsche Praxis seit 1918 und verstärkt seit 1933 von einer zunehmenden sozialen Egalisierung geprägt. Eine unterschiedlich ausgeprägte „Teilidentität von Erfahrung und Erinnerung“ schwächte das ständisch-monarchisch und national-konservativ geprägte Resistenzpotential der militärischen Elite gegenüber dem NS-Regime. Gerade in der für die Spitzstellenbesetzung der Aufrüstungs- und Kriegsphase bedeutsamen politischen Generation der „Frontkämpfer des Ersten Weltkrieges“ verstärkte sie die tendenziell vorhandene Teilidentität mit den Zielen des Regimes. Daneben ermöglichten in der zweiten Kriegshälfte die in ihrem Ausmaß bis dahin nicht für möglich gehaltenen personellen Ausfälle im Subalternoffizierkorps dem Nationalsozialismus, die Rekrutierung des militärischen Führernachwuchses ihren programmatischen Zielsetzungen zu unterwerfen.

Die soziale Öffnung des Offizierkorps, die in den westdeutschen Streitkräften nach 1956 weitgehend problemlos durchgesetzt werden konnte, ist zweifellos durch die nach gänzlich anderen ideologischen Prämissen vollzogene soziale Egalisierung der militärischen Elite während des Zweiten Weltkrieges befördert worden.

Eine moderne Sozialgeschichte der deutschen militärischen Elite im 20. Jahrhundert muß also, stärker als bisher geschehen, die ihr immanenten politisch-ideologisch bedingten Strukturveränderungen mit dem generationsspezifischen Normenwandel ihrer Angehörigen konfrontieren.

Général Jean Delmas

Le développement de l'enseignement militaire supérieur en France 1876–1985

Parce que pendant les guerres incessantes de la Révolution et de l'Empire, l'élite militaire est née dans les combats et non dans les écoles, la société militaire française, jusqu'en 1870, a partagé une double conviction: seule la guerre forme à la guerre; les capacités physiques, le caractère, le courage sont plus indispensables à un officier que des qualités intellectuelles. Inutile donc de prévoir, au-delà des écoles de formation, un enseignement complémentaire.

La carence du haut commandement en 1870, identifiée comme une des causes principales de la défaite, entama cette conviction et amena rapidement à poser la question: comment dégager une élite militaire capable de forger et de commander l'outil de la revanche?

Dégager une élite militaire implique deux processus: assurer à une partie des officiers une formation complémentaire de qualité; choisir dans ce vivier, soit par cooptation, soit par décision politique ceux qui seront appelés à assumer les plus hautes responsabilités.

Le temps imparti ne permet pas d'étudier ces deux volets. Aussi nous bornerons-nous à esquisser l'évolution de l'enseignement militaire supérieur en France, à partir de sa création jusqu'à aujourd'hui.

I. La naissance d'un enseignement militaire supérieur (1876–1914)

Après plusieurs années de tergiversations, un ministre de la guerre, le général de Cissey, brusque les choses en 1876 en organisant en quelques mois le premier concours permettant l'accès à des cours spéciaux d'enseignement supérieur qui deviendront en 1878 Ecole militaire supérieure, et en 1880 Ecole supérieure de guerre (ESG).

Ainsi apparaît dans l'armée française un enseignement militaire supérieur dont l'objectif devient ambigu à partir du moment où est dissous le corps d'état-major (1880): doit-on y former des officiers d'état-major, bons techniciens du fonctionnement des états-majors en campagne, ou préparer des officiers à faire face aux plus hautes responsabilités, c'est-à-dire former la future élite militaire, celle qui aura prise sur la décision soit en la prenant, soit en l'inspirant? Tout dépendra, en fait, des commandants de

l'Ecole, jusqu'à la création (mais seulement en 1947) d'une Ecole d'état-major. En 1909, par exemple, quand Foch est à la tête de l'ESG, il met l'accent sur la deuxième option et obtient l'autorisation de créer une troisième année de scolarité pour les 15 meilleurs officiers stagiaires de l'ESG, afin de mieux les initier à la stratégie, l'enseignement de l'Ecole se bornant à l'étude des problèmes tactiques jusqu'à l'échelon division. L'expérience ne dura qu'un an, ayant provoqué de nombreuses critiques. On lui reprocha notamment de désigner trop tôt, dès la fin de la seconde année de l'ESG, les „futurs maréchaux“, c'est-à-dire dès 29 ans pour les plus jeunes admis au concours.

Mais, avec elle, ne disparaît pas le besoin de prolonger les études de certains officiers pour les préparer aux commandements d'armée ou de groupe d'armées qu'imposent les armées de masse. Ainsi est créé en 1910, un Centre des hautes études militaires (CHEM) où sont appelés, par désignation ministérielle, environ 25 officiers par an, pour un stage de six mois. Ce sont des hommes d'âge plus mûr, généralement lieutenants-colonels, brevetés ou non brevetés qui ont „révélé dans la pratique de la troupe les qualités de commandement et de caractère qui sont non moins indispensables aux vrais chefs que l'étendue de connaissances théoriques.“

Ainsi jusqu'en 1910, l'ESG est le seul organisme d'enseignement militaire supérieur de l'armée de terre. Mais le qualificatif „supérieur“ est contesté: „En regard des nécessités de la grande guerre actuelle, écrit un officier en 1913,¹ l'Ecole de Guerre ne mérite nullement son titre de supérieure et tient plutôt le rôle d'école „secondaire“ à la suite de nos écoles de formation qui seraient à assimiler aux écoles primaires... Un enseignement vraiment supérieur abordant l'étude de la guerre prochaine dans toute son ampleur n'existe pas jusqu'ici en France. On a essayé récemment de combler la lacune en instituant le CHEM“. Jugement peut-être sévère, mais qui souligne bien une carence dans la formation des élites de l'armée de terre à la veille de la guerre 1914–1918. Notons qu'un processus identique s'est développé dans la Marine qui s'est dotée, pendant la même période, d'une Ecole de guerre navale (EGN) et d'un Centre de hautes études navales (CHEN).

Comment s'est effectué le recrutement de l'ESG avant 1914? Par concours, ouvert à tous les officiers de l'armée de terre ayant cinq ans de service comme officier, dont trois dans la troupe, c'est-à-dire que les plus jeunes peuvent être admis à 27 ans environ (une limite d'âge supérieure – 37 ans – sera fixée en 1913). Ce système méritocratique, avec un concours devenu au fil des ans difficile (1 admis sur 6 en 1909) réserve en fait l'accès aux anciens élèves de Polytechnique et de Saint-Cyr, les officiers sortis du rang ou issus de l'Ecole de Saint-Maixent (crée pour les sous-officiers candidats à l'épaulette) étant moins bien armés pour affronter le concours. La 38e promotion (1912–1914), forte de 85 officiers, compte 69 Saint-Cyriens et 9 Polytechniciens pour 6 Saint-Maixentais et 1 officier sorti du rang.

Mais quel que soit le jugement porté sur l'ESG avant 1914, force est de constater qu'être breveté de l'Ecole de Guerre en 1914, c'est appartenir à l'élite de l'armée et avoir l'accès à peu près assuré aux commandements recherchés: en août 1914 sont brevetés 6

¹ Lieutenant-colonel Ragueneau, *Les études militaires en France*, p. 26.

sur 7 des commandants d'armée, 21 sur 30 des commandants de corps d'armée, 40 sur 46 des commandants de divisions d'active.² Notable exception: le commandant en chef, Joffre, polytechnicien, sapeur non breveté. Mais être polytechnicien artilleur breveté paraît la voie royale qui mène au Capitole avec bâton de maréchal (Foch, Fayolle, Maunoury) ou... à la Roche tarpéienne (Nivelle), alors que seuls deux Saint-Cyriens fantassins brevetés obtiennent le bâton (Pétain et Franchet d'Esperey).

II. Un timide essai de diversification (1920–1939)

1. *Un effort interarmées*

Après la guerre 1914–1918, les Ecoles de guerre (ESG et EGN) rouvrent leurs portes ainsi que les deux Centres de hautes études (CHEM et CHEN), sur les mêmes bases de recrutement: concours pour les premières, désignation ministérielle pour les seconds. Mais les enseignements Terre et Mer restent parallèles, sans aucune connexion. Quant à l'aviation militaire qui a connu un tel développement pendant les quatre ans de guerre, elle reste gérée par l'armée de terre et sa lutte pour l'indépendance n'aboutira qu'en 1933. Des officiers aviateurs sont admis au concours de l'ESG jusqu'en 1935. Ensuite sont créés une Ecole supérieure de guerre aérienne et un Centre de hautes études de l'aéronautique. Les trois écoles de guerre étudient parallèlement leurs problèmes spécifiques, mais une fois par an quelques exercices interarmées réunissent les auditeurs des trois Centres de hautes études. Ce début de formation interarmées est toutefois insuffisant et aussi trop spécifiquement opérationnel, n'abordant pas les problèmes de défense nationale dans leur globalité. Il faut le déclenchement de la guerre d'Espagne pour dessiller les yeux de nombreux hommes politiques français sur les risques de guerre. Daladier, ministre de la Défense nationale et de la Guerre du gouvernement Blum, décide, tout en préparant le programme de réarmement d'octobre 1936, de créer un Collège de hautes études de défense nationale (CHEDN) (août 1936). Inspiré par le Collège impérial de défense britannique créé dès 1924, il innove toutefois en désignant comme auditeurs, aux côtés d'officiers des trois armées, des fonctionnaires civils appelés à mener la mobilisation de leurs ministères respectifs. L'objectif est clair: créer entre tous les auditeurs „une unité de sentiments, de pensée et de doctrine qui sera le meilleur gage de l'unité d'action pour préparer en temps de paix et pour assurer en temps de guerre la défense du pays“. Le choix du directeur du Centre prouve une évolution des mentalités puisque l'armée de terre accepte un marin, de grande envergure intellectuelle il est vrai, le vice-amiral Castex, qui dirigera trois sessions de 4 ou 5 mois jusqu'à la guerre.

² *Actes du Centenaire de l'Ecole supérieure de guerre*. Communication du colonel Rocolle.

2. Une voie technicienne?

Le tableau suivant³ donne la répartition par origine militaire des officiers admis à l'ESG, pour 11 promotions sur 21, entre 1919 et 1939.

<i>N° promotion</i>	<i>Nombre officiers admis</i>	<i>Origine St-Cyr</i>	<i>Origine Polytechnique</i>	<i>Autres origines</i>
Pour mémoire 38e (1912-1914)	86	69	9	7 { 6 St. Maixent 1 Rang
46e (1925-27)	81	44	8	29
47e	84	45	9	30
48e	81	40	7	34
49e	76	44	5	27
50e	76	41	7	28
51e	89	51	5	33
.....				
54e	83	51	6	26
.....				
57e	85	61	7	17
58e	83	53	13	17
59e	81	50	19	12
60	94	58	21	15

Ce tableau appelle deux remarques pour éclairer notre développement:

- a) alors que les officiers non issus des grandes écoles militaires (St-Cyr et l'X) ne constituaient, en 1912, qu'un douzième de la promotion, de 1925 à 1930 ils en forment le tiers. C'est la conséquence de 4 ans de guerre qui ont transformé de nombreux officiers de réserve en officiers d'active, multiplié les promotions de jeunes sous-officiers en officiers. Les meilleurs entrent en force à l'ESG au détriment des Saint-Cyriens. Mais si certains ont une formation scientifique, la majorité ne l'a pas;
- b) la désaffection polytechnicienne pour l'armée se poursuit. Ce n'est pas nouveau. Déjà en 1838, le Comité des fortifications se désolait: si en 1831, 36 des 50 premiers du classement de sortie de Polytechnique avaient choisi de servir dans le Génie, en 1837 un seul suivait la même voie. En 1912 le rapporteur du budget de la Guerre s'inquiétait du

³ D'après une étude sur les promotions de l'ESG, EMAT/3, du 26.1.1963. Archives EMAT/3, SHAT.

sous-effectif notoire d'officiers d'artillerie, dû aux démissions de jeunes officiers polytechniciens à l'issue de leur contrat d'engagement; ils étaient happés par l'industrie privée, parce que leur bagage scientifique acquis à l'X s'était fortifié des stages pratiques effectués dans les établissements constructeurs de l'armée.⁴

Il en est de même dans la décennie 1920-1930. La reconstruction multiplie les besoins des entreprises privées. Les démissions des Polytechniciens affectés dans les services techniques de l'armée décapitent ceux-ci, au moment où tout le monde s'accorde à reconnaître le poids des armements dans la décision et l'importance de la recherche scientifique pour l'innovation technique. On tente de maintenir des Polytechniciens dans l'armée en adoptant le principe de la surlimite (admission à l'X d'élèves plus âgés s'engageant à servir comme officiers pendant au moins six ans). C'est néanmoins insuffisant même si la crise économique mondiale freine cette évaporation, l'armée offrant alors plus de sécurité d'emploi qu'un secteur civil en crise (ainsi peut s'expliquer le triplement du nombre des Polytechniciens admis à l'ESG juste avant la seconde guerre mondiale).

Mais, entre temps, il a bien fallu trouver des solutions au manque d'officiers qualifiés, ayant une culture scientifique et industrielle, capables de dialoguer avec les ingénieurs des établissements constructeurs pour définir les caractéristiques techniques des futurs matériels que souhaite le tacticien, au besoin pour innover, à la suite du général Ferrié, dans le développement des transmissions, à la suite d'Estienne dans celui des chars de combat, ou inventer une fortification utilisant les progrès de l'électrotechnique. L'ESG ne pourvoit nullement à ce besoin. Doit-on créer un corps d'ingénieurs militaires de l'armée de terre? Doit-on former des officiers techniciens de haut niveau?

En attendant une solution globale, certaines armes orientent quelques officiers vers l'enseignement supérieur: Ecole supérieure d'Électricité (Supelec), Aéronautique, Poudres. Les tentatives de réforme s'enlissent dans les palabres et les combats d'arrière-garde du Service de l'artillerie, traditionnel service constructeur. Il faut attendre 1933 pour que soit créée la Direction des Fabrications d'armement (DFA); son corps d'ingénieurs militaires, recruté initialement parmi les officiers de toutes armes, sera à partir de 1939 alimenté par Polytechnique. En 1935 enfin est créé un brevet technique (BT), destiné aux „officiers de toutes armes ayant acquis une connaissance approfondie des questions relatives à l'armement et au matériel de guerre“. Ce brevet technique est accordé après un an de stage dans un Cours d'enseignement supérieur technique de l'armée. Aux voies classiques de l'armement, des moteurs et de l'électrotechnique s'ajoutent en 1937 des brevets de sciences géographiques et de service Z (gaz) à prédominance chimie.

Ainsi naît timidement une voie technico-scientifique vers l'élite. Timide et peu considérée. Si les meilleurs officiers BT veulent espérer postuler aux plus hauts postes, ils doivent, de surcroît, se présenter au concours de l'ESG „car ils ne pourraient justifier de la formation complète recherchée pour les officiers brevetés“. Ainsi l'officier à

⁴ Sénateur Millies-Lacroix, Rapport fait au nom de la Commission des finances sur le projet de loi fixant le budget général de l'exercice 1913. Annexe au P.V. de la séance du 29 mars 1913. Sénat.

compétence technique doit s'initier aux problèmes tactiques. L'inverse n'est pas exigible de l'officier breveté d'état-major, issu de l'ESG.

De toutes façons la voie technique est trop récente en 1939 pour influer sur la composition de l'élite militaire. L'ESG reste la voie royale pour accéder aux grands commandements.

Le graphique n° 2 se passe de commentaires. Mais cette fois en 1939-1940, les Saint-Cyriens brevetés, de l'infanterie métropolitaine ou coloniale, sont aux commandes: Gamelin, Georges, Billotte, Prételat, Huntziger...

Les traumatismes de la défaite, la scission du corps des officiers entre Français Libres et Armée d'armistice, la Résistance clandestine n'y font rien. Le tableau n° 2 montre que l'ESG demeure à la Libération le vivier de l'élite, puisque 23 des 29 officiers généraux titulaires de commandements en 1944 sont brevetés, sans oublier deux grands marginaux, De Gaulle et Henri Frenay, créateur de „Combat“, le mouvement de Résistance le plus élaboré, et breveté de l'ESG juste avant la guerre.

III. Une grande diversification (depuis 1947)

Les enseignements de la guerre sont beaucoup plus rapidement tirés après 1945 qu'à-près 1871 et 1918.

Les opérations amphibies, aéroportées, de débarquement ont tenu une telle place dans la guerre qu'il serait inconcevable que les trois Ecoles de Guerre (Terre, Mer, Air) continuent à s'ignorer. En 1948 un Cours supérieur interarmées est créé qui désormais regroupe pendant six mois les officiers stagiaires des trois écoles. Et en 1949, l'Institut de hautes études de défense nationale (IHEDN) remplace le Collège du même nom en élargissant ses objectifs à tous les problèmes de la défense et son accès aux auditeurs civils désormais moitié fonctionnaires, moitié secteur privé. Les généraux ou officiers supérieurs désignés qui constituent le tiers d'une session peuvent débattre désormais des problèmes de défense avec un éventail très ouvert de représentants du secteur civil.

A l'échelon de l'armée de terre, deux décisions importantes sont prises dès 1947. La création d'une Ecole d'état-major délivre l'enseignement de l'ESG de l'ambiguité qui perdurait depuis sa naissance: la formation de jeunes officiers à la technique d'état-major est désormais assurée par la nouvelle école où l'on accède par un concours et qui attribue un diplôme d'état-major (DEM). L'ESG peut se consacrer à un enseignement supérieur qui débouche sur le brevet d'état-major supérieur (BEMS).

La même année est créé l'Enseignement militaire supérieur scientifique et technique (EMSST), réorganisation du cycle du Brevet technique inauguré en 1935. Il en développe les voies et en complète la formation purement technique par une formation d'officier d'état-major. Les applications des sciences et techniques dans l'évolution des moyens de combat sont désormais telles qu'il est indispensable de doter l'élite de l'armée de terre d'officiers à haute culture scientifique et technique capables de faire la synthèse des exigences de la tactique et des possibilités de la technique. Or la crise en

recrutement polytechnicien existe toujours et va s'aggraver pour arriver à une extinction progressive dans les armées, sauf dans les corps des ingénieurs militaires.

L'EMSST a pour mission d'assurer la formation des officiers candidats au diplôme technique (DT) et au brevet technique (BT). Désormais l'enseignement militaire supérieur, qu'il soit d'état-major ou scientifique et technique, a deux niveaux:

- celui des diplômés (DEM ou DT) candidats à des postes demandant une qualification élevée dans une technique particulière,
- celui des brevetés (BEMS, BT), dont la formation doit leur permettre d'exercer des fonctions exigeant un haut niveau de connaissances générales et scientifiques.

Sauf cas exceptionnels, l'élite ne se recrute que parmi les brevetés. Mais quels brevetés? Les BEMS ou les BT? Peu considéré avant 1939, le Brevet technique va connaître, après la création de l'EMSST, un développement considérable par la multiplication des voies ouvertes, en particulier après 1962, fin des guerres de décolonisation qui, pendant 17 ans, ont absorbé les promotions de jeunes officiers, et début de la transformation d'une armée de guerre subversive en une armée de technologie de pointe autour de l'arme nucléaire. Autant la première avait surtout besoin de chefs de section capables de courir dans le djebel ou d'administrer un douar, autant la seconde réclame un corps d'officiers, certes plus réduit, mais capable de maîtriser les nouvelles technologies dans leurs applications militaires. Sur un tout autre plan, l'effort indispensable de reclassement de la fonction militaire dans la fonction publique butait sur l'absence de qualification des officiers, notamment de l'armée de terre, forts de leur seul diplôme de sortie de l'Ecole spéciale militaire (ESM = Saint-Cyr), que les guerres d'Indochine et d'Algérie ne leur avaient pas permis de compléter. Ce diplôme se dévalorisa encore lorsque, après l'indépendance algérienne, intervint une brutale chute des candidatures au concours de l'ESM qui obligea à y admettre 46% des candidats, pourcentage intolérable. Obtenir un reclassement dans l'échelle des salaires obligeait à multiplier la qualification des officiers en diplômes civils.

Ainsi depuis 1947, et surtout à partir de 1962, l'EMSST a multiplié les disciplines ouvertes à des officiers âgés de 30 à 35 ans environ et dégagés de toute obligation de service pendant leur scolarité. A titre indicatif, ouvrons l'éventail des principaux enseignement spécialisés:⁵

- | | |
|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> - voie électricité électronique: - voie génie civil: - voie armement: - voie nucléaire: | <p>Ecole supérieure d'électricité (SUPELEC);
 Ecole des Ponts et Chaussées,
 Mines de Nancy, Ecole spéciale d'architecture;
 Ecole nationale supérieure des techniques avancées (ENSTA);
 Ecole des pétroles et moteurs;
 Ecole des applications militaires de l'énergie atomique, ENSTA;</p> |
|--|---|

⁵ Général Michel Couture, *L'enseignement militaire supérieur du second degré: l'EMSST*, p. 7-8.

- voie Méthode et Technique d'Action(MTA): ENSTA, Universités...
- voie des langues: Universités et, pour les langues rares, l'Institut national des langues et civilisations orientales (INALCO); Institut d'Etudes politiques de Paris (IEP);
- voie économie-finances: (sociologie, histoire, relations internationales):
- voie sciences humaines: Universités et IEP.

Puisque nous sommes dans un colloque d'historiens, retenons que le BT Histoire a été créé en 1963. Il était accordé alors aux officiers qui, au bout de 2 ans de scolarité, avaient obtenu le diplôme de l'IEP de Paris (section relations internationales) et au minimum une licence d'histoire en Université.

Quelle que soit la spécialité, la scolarité du brevet technique est complétée par une formation d'officiers d'état-major, obtenue en suivant l'enseignement soit, selon les réformes, de l'Ecole d'état-major, soit de la première année de l'ESG, soit de la totalité des cours de l'ESG, où l'officier BT est admis sans concours.

La brillante réussite de la très grande majorité des officiers détachés à l'EMSST, dans leurs études extra-militaires, va aggraver les problèmes de gestion des personnels de l'armée de terre. Celle-ci se trouve désormais face à un double problème: comment attirer à Saint-Cyr ceux qui seront en l'an 2000 à la tête d'une armée aux matériels sophistiqués? Comment conserver les officiers formés par l'EMSST, qui en sortent bardés de diplômes civils valorisés par leur expérience antérieure du commandement, à qui entreprises nationales ou privées offrent des situations incomparables aux carrières médiocres de l'armée encore gérées par le statut Soult de 1832! Un grand débat divise les hautes instances militaires pendant dix ans, entre deux thèses: pour attirer et maintenir dans l'armée ces éléments d'élite, faut-il continuer à opérer une sélection en cours de carrière, en puisant indifféremment dans tous les corps d'officiers quelle que soit leur origine? Ou faut-il organiser dès la base, un corps d'élite séparé, d'un niveau intellectuel de recrutement très élevé, d'un effectif réduit, prédestiné en quelque sorte aux grands postes de responsabilité? La deuxième solution, sous la forme d'un „Corps supérieur“ parut d'abord avoir les faveurs, puis capota en 1968. On choisit une autre solution entre 1972-1975: l'adoption d'un nouveau statut des officiers, qui devait permettre une revalorisation de la fonction militaire, une accélération des franchissements de grade jusqu'à lieutenant-colonel, donc des carrières plus rapidement rémunératrices. La détermination de l'élite se fait toujours par les brevets de l'ESG et de l'EMSST, d'où une course aux diplômes. Elle se traduit sur le butoir du grade de lieutenant-colonel après lequel il n'y a plus d'avancement à l'ancienneté. Beaucoup de ceux qui y parviennent quittent alors l'armée pour se reclasser dans le secteur civil. Les autres, brevetés en très grande majorité, seront colonels et généraux et peuvent espérer les postes de responsabilité.

Mais la sélection d'une élite implique qu'on puisse l'extraire de la matière recrutée,

c'est-à-dire du recrutement direct (ESM) et semi direct (Ecole militaire interarmes – EMIA – où sont admis par concours les jeunes sous-officiers), ce qui exige des concours plus sélectifs (la proportion de 1 reçu pour 4 candidats à l'ESM est encore insuffisante, surtout dans l'option sciences) et une transformation de l'enseignement délivré aux Ecoles de Coëtquidan qui regroupe l'ESM et l'EMIA. C'est l'objet de la réforme de 1985 qui étend de 2 à 3 ans la scolarité à l'ESM, et de 1 à 2 ans celle de l'EMIA. Si la première année de l'ESM est consacrée à la formation militaire, à Coëtquidan et en corps de troupe, les 2e et 3e années sont dominées par l'enseignement général délivré aux élèves des deux options: sciences de la matière et sciences de l'homme. Outre un tronc commun (problèmes de défense, étude de la société française, langues, informatique obligatoire) les élèves officiers doivent acquérir au sein de chaque filière des bases indispensables à une ébauche ultérieure de spécialisation.⁶ Le corps enseignant permanent formé d'officiers brevetés et de professeurs détachés de l'Education nationale, est renforcé par une centaine d'intervenants extérieurs, professeurs de faculté, membres des grands corps, ingénieurs de l'armement etc ...

A l'issue de cette scolarité élargie, devenue universitaire sans être universitaire, l'officier sorti de Saint-Cyr et parfois de l'EMIA doit être en mesure de se présenter ultérieurement avec succès à l'enseignement militaire supérieur, qu'il soit technique ou d'état-major, à condition que le concours d'admission à l'ESM – notamment l'option sciences – redevienne plus sélectif qu'actuellement.

Notons pour conclure que, comme le Brevet technique avait eu du mal à s'imposer dans l'armée, toujours déconsidéré par rapport au brevet d'état-major, la transformation de l'enseignement à l'ESM et à l'EMIA a été d'abord très mal acceptée par une partie du corps des officiers et par les promotions essayant les plâtres: l'ESM devait former des chefs de section et non des „têtes pensantes“. Or la „pompe“ (c'est-à-dire ce qui n'est pas strictement militaire) traditionnellement moquée et négligée, devenait l'enseignement dominant des 2e et 3e années.

Trois ans à Coëtquidan, c'est un an de moins passé en corps de troupe comme chef de section, de même que plus tard la scolarité par l'EMST (3 ou 4 ans) apparaît à certains comme très chère en temps, en „immobilisation d'officiers“. Mais le besoin existe de former une élite militaire qui soit capable de maîtriser les technologies nouvelles ou de dialoguer, dans sa spécialité, avec ses homologues du secteur civil. Il faut donc consentir l'investissement nécessaire.

Depuis sa création, l'Ecole supérieure de guerre, ainsi que le montre le graphique n° 1, est restée la colonne vertébrale de l'enseignement militaire supérieur. Mais son monopole à peu près total jusqu'en 1945, pour la détermination de l'élite militaire, a été progressivement contesté par le développement d'un Enseignement supérieur scientifique et technique, accéléré par l'ère atomique et les technologies nouvelles.

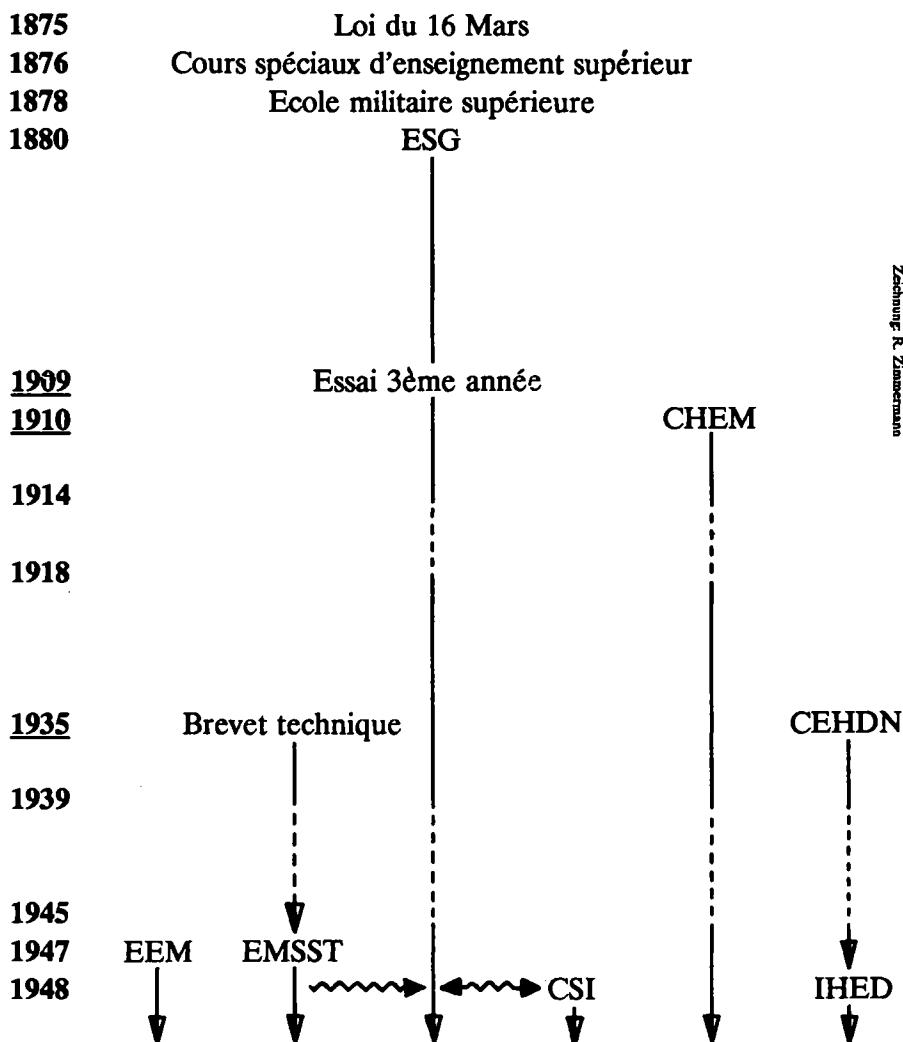
Faute d'une étude parallèle du côté allemand, il est difficile de clore cet exposé par une comparaison entre les deux systèmes. Que la création de l'Ecole de guerre ait été inspirée par l'exemple prussien, nul n'en a jamais douté. L'enseignement supérieur de la

⁶ La scolarité de l'Ecole spéciale militaire de Saint-Cyr. Notice des Ecoles de Coëtquidan, s.d.

Kriegsakademie a été un modèle, le célèbre „De quoi s’agit-il?“ de Foch est emprunté à Verdy du Vernois ainsi que la méthode des cas concrets. Les bouleversements politiques de l’Allemagne de 1918 à la création de la Bundeswehr ont provoqué de profondes perturbations dans la formation de l’élite militaire, alors que l’élite française se dégageait imperturbablement à partir de l’ESG, désormais doublée d’un enseignement scientifique et technique de haut niveau. Toutefois la réforme des Ecoles de Coëtquidan amorce un rapprochement avec le style des Universités de la Bundeswehr. Enfin ce sont les diplômes ou brevets qui définissent l’élite militaire dans les deux pays; ceux qui les ont obtenus monopolisent les grades de colonel et général. Les autres préfèrent partir, à l’issue d’une carrière courte.

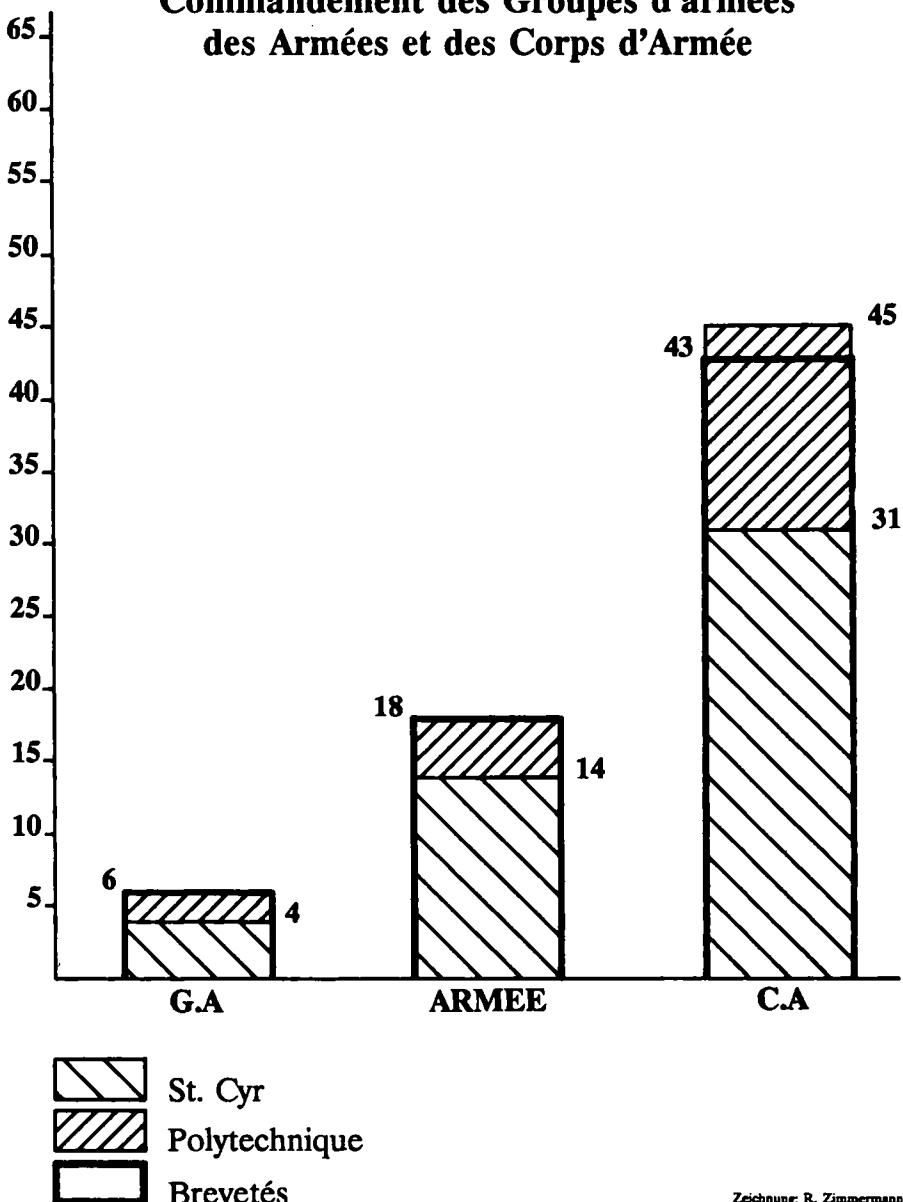
Graphique N° 1

DEVELOPPEMENT DE L'ENSEIGNEMENT MILITAIRE SUPERIEUR DE 1876 à 1948



Graphique N° 2

ENCADREMENT ARMEE 1939-40
Commandement des Groupes d'armées
des Armées et des Corps d'Armée



Zeichnung: R. Zimmermann

Tableau N° 2
Commandement des Armées à la libération
(CEF, 1^e AF, 2^e DB, FFO, DA Alpes)

<i>Grandes unités</i>	<i>Brevetés E.S.G.</i>	<i>Non brevetés</i>
C.E.F.	JUIN	
1 ^{er} A.F.	de LATTRE	
1 ^{er} C.A.	BETHOUART	
2 ^e C.A.	de MONSABERT	
1 ^{ère} D.F.L.	BROSSET	GARBAY
2 ^{ème} D.I.M.	DODY	
2 ^{ème} D.I.M.	CARPENTIER	
2 ^{ème} D.I.M.	de LINARES	
3 ^{ème} D.I.A.	GUILLAUME	
4 ^{ème} D.M.M.	SEVEZ	
4 ^{ème} D.M.M.	de HESDIN	
9 ^{ème} D.I.C.	MAGNAN	
"	MORLIERE	
"	VALLUY	
10 ^{ème} D.I.	BILLOTTE	
14 ^{ème} D.I.		SALAN
1 ^{ère} D.B.	TOUZET du VIGIER	SUDRE
2 ^{ème} D.B.	LECLERC	
5 ^{ème} D.B.	SCHLESSER	de VERNEJOUL
Cdt F.F.I.		KOENIG
D.A. Alpes	DOYEN	
Forces Françaises	de LARMINAT	
de l'Ouest		
"	BORGНИS-DESBORDES	
"	CHOMEL	
"	d'ANSELME	MARCHAND
<hr/>		
non compris		23
de GAULLE		6

Bibliographie

Archives du Service historique de l'Armée de terre (SHAT) (Vincennes), notamment EMAT/3e bureau. Etude sur les promotions de l'ESG, 1963.

Actes du colloque du centenaire de l'Ecole supérieure de Guerre (1876–1976) publiés par l'ESG, Paris, s.d.

Colloque „*La sélection des élites dans l'armée de terre, France et Allemagne depuis le XIXe siècle*“ organisé par le Centre de sociologie de la défense nationale (FNSP) le 22 mai 1986. Actes non publiés, mais communications rédigées:

Général Michel Couture, *L'enseignement militaire supérieur scientifique et technique*.

Général Jean Delmas, *L'Ecole supérieure de guerre (1876–1939)*.

Lieutenant-colonel Defontaine, *Historique de l'Ecole supérieure de guerre*, Paris, ESG, polygraphié, 1913.

Général Duffour, „Les exigences et les disciplines actuelles du haut enseignement militaire“, *Revue de Paris*, mars-avril 1935.

Henri Dutailly, *Les problèmes de l'armée de terre française (1936–1939)*, Vincennes 1981.

Lieutenant-colonel Ragueneau, *Les études militaires en France et la préparation du haut-commandement*, Paris 1913.

Manfred Messerschmidt

Militär, Politik, Gesellschaft. Ein Vergleich

I. Die historisch-politischen Bedingungen der Militärelite.

Für die Zeit zwischen 1871 und 1914 lassen sich in Frankreich und Deutschland starke Unterschiede bei der Position und Rolle der militärischen Eliten in Staat und Gesellschaft konstatieren. Staat und Gesellschaft selbst waren unterschiedlich konstituiert und organisiert. Fragen wie die Heranbildung von Eliten, die politische Kontrolle der bewaffneten Macht und die Militärideologie sind daher nicht allein aus der Analyse der Zustände in den Militärinstituten zureichend zu beantworten.

Die Schlüssigkeit der Thesen vom deutschen Sonderweg oder von der „verspäteten Nation“ ist umstritten, nicht dagegen lassen sich die Konsequenzen der nationalen Geschichte, die im Zusammenhang mit der gelungenen bzw. verpaßten Revolution stehen, von der Hand weisen. Und so wie es Verbindungslien von 1848/49 zu 1870/71 gibt, vom preußischen Militärstaat, der die Revolution erstickte, zum deutschen Reich, in welchem Armee und Offizierkorps ihre alte herausgehobene Position bewahrten, so gibt es den Zusammenhang zwischen der Großen Revolution und dem Verhältnis Staat-Armee in Frankreich, der nicht zuletzt sichtbar wurde in einer wenn auch nicht stets selbstverständlichen Kontrolle der Militärelite durch die politische Führung: der verfassungspolitische und -theoretische Platz der militärischen Führung war in der französischen Republik grundsätzlich anders definiert als im monarchischen preußisch-deutschen Militärstaat. Hieran änderten auch Versuche der Begünstigung konservativer Kräfte im Offizierkorps während der Präsidentschaft Mac-Mahons nichts Grundsätzliches.

Während in der französischen Republik ein Prozeß der Republikanisierung in Gang kam, der sich zwar nur mühsam gegen vorherrschende loyalistische und reaktionäre Überzeugungen im Offizierkorps durchsetzen konnte und eine von Kompromissen gekennzeichnete Phase durchlaufen mußte und sich sogar zwischen 1900 und 1914 einer Allianz „du sabre et du goupillon“ (Beitrag Serman) gegenüberstehen, ist die Entwicklung in Preußen-Deutschland von einer „Feudalisierung“ des Bürgertums gekennzeichnet gewesen, die insgesamt den Rückhalt der Armee in der Gesellschaft verstärkt und ihre Sonderposition konfirmiert hat.

Die republikanische Politik ist bei der „Zähmung“ der militärischen Elite den Weg einer soziologisch abgesicherten politischen Kontrolle gegangen. Mit der Einrichtung der Ecole Supérieure de Guerre wurde nicht nur eine Anhebung professioneller Kom-

petenz intendiert, sondern auch eine Veränderung der Zusammensetzung der Militärelite: Leistung als Gegenprinzip zur sozialen Herkunft, Meritokratie im Sinne demokratischer Ideale der Epoche. Dennoch haben die eingefahrenen Mechanismen der Beförderungspraxis diesem Gedanken längere Zeit eine nur sehr eingeschränkte Auswirkung vergönnt. Erst nach der Dreyfus-Affäre konnte die Linke, radikale und gemäßigte Republikaner und Unabhängige Sozialisten, eine wirksame politische Kontrolle der militärischen Elite verwirklichen. Institutionell gelang dies u.a. auch mit der Etablierung des Centre des Hautes Etudes Militaires, personalpolitisch mit der Ernennung Joffres zum Chef des Generalstabes.

Klerikal-konservative und republikanische Gesinnungen standen sich gegenüber, ersteren in den höheren Rängen weiterhin dominierend – eine Situation, die es nicht geraten erscheinen lassen konnte, dem Soldaten die normalen politischen Rechte des Staatsbürgers zu gewähren. So blieben aktive Militärpersonen seit 1872 vom Wahlrecht ausgeschlossen, sie besaßen kein passives Wahlrecht zum Parlament seit 1875 und zum Senat seit 1884: eine „unpolitische“ Militärelite wäre bequem gewesen, aber sie war auf diese Weise nicht erreichbar. Die Dämme brachen dann seit 1940 unter Pétain (Serman).

Die Andersartigkeit der Situation der militärischen Elite in Preußen-Deutschland läßt sich mit einem Satz formulieren: Der Militärstaat hatte es nicht nötig, seine Militärelite zu kontrollieren oder politisch zu domestizieren. Die Militärelite stellte die Verkörperung der Existenz und des Wertsystems dieses Staates dar. Politisches System und Militärinstitut sorgten dafür, daß sich das „demokratische“ System der allgemeinen Wehrpflicht politisch nicht auswirkte, daß mithin die Armee der allgemeinen Wehrpflicht „Königsarmee“ blieb. Dies war das preußische Vermächtnis für die Reichslösung nach 1871. Dieses Vermächtnis war nicht zuletzt Resultat eines antirevolutionären Prinzips. Impulse hierfür lieferten die europäischen Revolutionen, zuletzt die Pariser Julirevolution 1830 und die Revolution von 1848/49.

Die militärische Elite ist schon bald nach den Reformen von 1808/14 als Garant der monarchischen Ordnung gesehen worden, was konsequent zur Zementierung einer konservativen Ergänzungspraxis geführt hat trotz der auf Bildung und Leistung abzielenden Ergänzungsvorschriften der Reformzeit. Bei konsequenter Anwendung der Ergänzungsbestimmungen von 1808 hätte sich die Zusammensetzung des Offizierkorps schon vor 1848 bis in die Ränge der Obersten nachhaltig verändert müssen. Tatsächlich aber wurden die Bildungsanforderungen zugunsten der „Offizierfamilien“ ständig unterschritten. Die Regimenter besaßen das Recht der Auswahl der Offizierbewerber. In die Kadettenanstalten wurden praktisch nur Söhne von Offizieren, höheren Beamten und Adligen aufgenommen. Die Divisionsschulen verfuhr ebenfalls nach „ständischen“ Auswahlkriterien.

Versuche zur Anhebung der Bildungsanforderungen stießen immer wieder auf den Widerstand der „offizierfähigen“ Interessen. Als Boyen, der Kriegsminister der Reformzeit, in den vierziger Jahren dieses Amt erneut innehatte, versuchte er, wenigstens den Bildungsgrad der Gymnasialoberklassen (Primareife) als Voraussetzung für die Zulassung zum Offizierberuf durchzusetzen. Man müsse, so meinte er, aus politischen und sozialen Gründen die reichen Bürgerfamilien durch Zulassung ihrer Söhne zum

Offizierberuf fester an den Staat binden.¹ Aber noch vor der Revolution formierte sich gegen dieses Ziel die Militäropposition. Ihr Haupt sprecher war seit Jahrzehnten schon Prinz Wilhelm, der spätere König Wilhelm I. und Kaiser Wilhelm I. – ein Mann, der zeitlebens Soldat war und blieb. Er sah in Boyens Vorschlag die Zukunft der altpreußischen Offizierfamilien gefährdet und meinte, die „Bevorzugung der geistigen Bildung“ lasse einen „Umschlag der militärischen Richtung befürchten“.²

Was befürchtet wurde, war vor allem ein Eindringen liberaler politischer Auffassungen in das Offizierkorps. Im Vormärz existierte im preußischen Bürgertum eine starke nationale und liberale Grundströmung – beides von der Armee bekämpft, als revolutionär verdächtigte Auffassungen. Prinz Wilhelm war von Revolutionsfurcht besessen. Dem Kriegsminister v. Hake hatte er einst geschrieben:

Die Tendenz der revolutionären oder liberalen Partei in Europa ist es, nach und nach alle die Stützen einzureißen, welche dem Souverän Macht und Ansehen und dadurch im Augenblick der Gefahr Sicherheit gewähren. Daß die Armeen die vornehmlichsten dieser Stützen noch sind, ist natürlich, – je mehr ein wahrer militärischer Geist dieselben beseelt, je schwerer ist ihnen beizukommen.³

Die Revolution von 1848/49 hat diese Einstellung eher noch verstärkt. Sie hat generell dazu geführt, daß sich das Offizierkorps in der Rolle des Garanten der monarchischen Ordnung sah. Für ihr innenpolitisches Wächteramt sah sich die Armee auf eine entsprechend zuverlässige Elite angewiesen.

Daß diese Elite nicht vom Bildungsbegriff her definiert werden konnte, lag einmal daran, daß „Bildung“ eine Domäne gerade des liberalen Bürgertums war, das mit ihr zum Konkurrenten der Elite kraft Herkunft geworden war, die sich vor allem im Offizierkorps präsentierte. Der Gegensatz gewann angesichts der Dynamik der nationalen und liberalen Bewegung neben der sozialen eine zusätzliche politische Dimension. Beide Momente wurden Charakteristika des militärischen Elitebegriffs. M.a.W.: die militärische Elite blieb in soziologischer Hinsicht, was sie immer schon gewesen war, und empfand sich zugleich innenpolitisch als notwendig. In diesem Verständnis bildete das gesamte Offizierkorps durch alle Ränge hindurch, vom Leutnant bis zum General, eine Elite. Monarch und Offizier wußten sich aufeinander angewiesen. Der Offizier gehörte dem ersten Stand im Staate an, er blieb Mitglied eines „Standes“ auch nachdem Preußen in der Revolution Verfassungsstaat geworden war. Die innere Stärke des Standesbewußtseins basierte darauf, daß es auf einer im Offizierkorps kaum hinterfragten Faktizität der Verhältnisse beruhte, die sich durch die Reformära und die Revolutionszeit hindurch stabil gehalten, ja infolge der erlebten „Gefährdungen“ noch nachhaltiger ausgebildet hatte.

Offizierkorps und König auf der einen, das Parlament auf der anderen Seite, diese

¹ Friedrich Meinecke, *Das Leben des Generalfeldmarschalls Hermann von Boyen*, Bd. 2: 1814–1848, Stuttgart 1899, S.469, Militär-Wochenblatt 1844.

² *Militärische Schriften weiland Kaiser Wilhelms des Großen Majestät*, Hg. Kgl. Preuß. Kriegsministerium, Bd. 1, Berlin 1897, S.494f.

³ *Kaiser Wilhelms des Großen Briefe, Reden und Schriften*, Hg. Ernst Berner, Bd. 1: 1797–1860, Berlin '1906, S.89, Brief v. 9. April 1832.

innenpolitische Situation seit 1848/49 gab der Frage der politischen Kontrolle der militärischen Elite von Anfang an die Richtung auf die Kontrolle des Staates überhaupt. Kontrolle der Militärelite blieb praktisch eine Forderung der Opposition und sie blieb bis 1917/18 eine wirkungslose Forderung. Der Grund hierfür ist in der Stabilität der preußischen Lösung zu finden, die seit 1871 auf das gesamte Reich übertragen worden ist. Die weitgehende Identität der sozialen und politischen Wertvorstellungen von Monarchie und Offizierkorps hat verhindert, daß die Militärelite zur Clique degenerierte, obwohl sie sich Jahrzehntelang gegen die politischen und nationalen Anliegen der vom Bildungsbürgertum politisch repräsentierten Nation gestellt hatte. Die militärischen Erfolge in den Einigungskriegen sind später der Militärelite vom Bürgertum nicht nur als entscheidende Voraussetzungen der Begründung des Reiches gutgeschrieben worden, sie wurden überdies als in der Logik der Politik der Militärmonarchie liegend respektiert. Das bedeutete soviel wie die Anerkennung der politischen Rolle der Armee während der Revolution und es bedeutete die Akzeptanz der durch die preußische Verfassung von 1850 und ihr folgend durch die Reichsverfassung festgeschriebenen extrakonstitutionellen Position der Armee. Abgesehen von äußerst schwachen budgetären Zugeständnissen an den Reichstag hatten die Volksvertreter in Militärangelegenheiten nicht mitzureden. Die Armee unterstand einzig und allein der Kommandogewalt des Monarchen, ihrem Oberbefehlshaber und „Obersten Kriegsherrn“. Auf diese Weise blieb der Offizier in der Armee der allgemeinen Wehrpflicht auch nach 1850 und 1871 Königsdienner. Von hierher bezog der erste „Stand“ im Staate eine stets lebendig bleibende Bestätigung seiner elitären Position.

An der Festigung und Absicherung dieser Position wirkten Monarch und Militärführung gemeinsam und schufen so Bedingungen, die eine höhere Interessenkoinzidenz garantierten, als es in der französischen Republik der Fall war.

II. Maßnahmen zur Konservierung der Militäreliten

In der französischen Republik ist bis 1914 tendenziell der Weg zur Erneuerung und Republikanisierung der Militärelite beschritten worden, und zwar über das Leistungsprinzip und durch eine Verbreiterung der sozialen Basis der „Offizierfähigkeit“. Preußen-Deutschland suchte nach Wegen, die wachsenden personellen Bedürfnisse der Armee mit der Tradition so zu verknüpfen, daß die enge Bindung zwischen Krone und Offizierkorps unberührt, der „militärische Geist“ erhalten und die politische Zuverlässigkeit der Elite garantiert blieb.

Die Voraussetzungen hierzu sind in den Krisenjahren 1848/50 gelegt worden. In diesen Jahren hat sich die Armee – selbst gegen den zeitweise schwankenden Monarchen – mit ihren wesentlichen Zielen durchgesetzt. Der vom König zunächst zugesagte Eid der Soldaten auf die Verfassung wurde nicht eingeführt und das Wahlrecht der Soldaten so konstruiert, daß es für die Wehrpflichtigen belanglos blieb: die Revidierte Verfassung vom 31. Januar 1850 sah das Wahlrecht erst für das 25. Lebensjahr vor. Die Verfassung tangierte die Armee praktisch nicht. Dieser Zustand änderte sich weder

durch die Verfassung des Norddeutschen Bundes noch durch die Reichsverfassung von 1871. Das Reichsmilitärgesetz vom Mai 1874 bestimmte in Anknüpfung an die Regelung im Norddeutschen Bund: „Für die zum aktiven Heer gehörigen Militärpersonen, mit Ausnahme der Militärbeamten ruht die Berechtigung zum Wählen...“. Dem Parlament war jede Einwirkung auf die Leitung der Armee verbaut. Das Prinzip der „Kommandogewalt“ ruhte auf dem Verfassungssatz (Art. 44) „Der König führt den Oberbefehl über das Heer.“

In diesem nach außen abgeschotteten Militärinstitut konnte die alte Ergänzungspraxis des Offizierkorps bis in den Ersten Weltkrieg hinein beibehalten werden, wodurch die gewünschte Homogenität der Elite prinzipiell gewährleistet blieb. Dieses alte System gab den Regimentskommandeuren das entscheidende Gewicht bei der Auswahl der Bewerber. Nach bestandenem Fähnrichsexamen sorgte zunächst das Offizierkorps des Regiments mit seinem Votum, daß der Bewerber „würdig“ sei, weiter auf Beförderung zu dienen, für die „richtige“ Auslese. Dieses Verfahren wiederholte sich nach der Offizierprüfung. Die Offiziere des Truppenteils befanden darüber, ob sie „den Vorzuschlagenden für würdig erachteten, in ihre Mitte zu treten“. Das hierüber anzufertigende Protokoll war dem Ernennungsvorschlag beizufügen und über das Militärkabinett dem König vorzulegen. Mit diesem Instrumentarium ließ sich eine unerwünschte Politisierung des Offizierkorps vermeiden, die möglicherweise bei konsequenter Anwendung des Bildungsprinzips nicht völlig auszuschließen gewesen wäre. Die wichtigste konservative Pflanzstätte des Offizierkorps bildete das Kadettenkorps. Seine in der Revolution versuchte „zeitgemäße Umgestaltung“ war nur ein vorübergehendes Zugeständnis an die öffentliche Kritik. Die reaktionäre Welle ab 1850 sorgte schnell für die Wiederherstellung der gewohnten Zustände. Praktisch sorgte das Kadettenkorps für die Söhne der alten Offizierfamilien. Nach den Kabinettsordern von 1851 und 1852 mußten Unteroffiziere und lediglich charakterisierte Offiziere 25 Dienstjahre hinter sich gebracht haben, wenn sie „nach Maßgabe der vorhandenen Vakanzen ihre Söhne in Kadettenkorps unterzubringen“ gedachten. Hierbei blieb es auch nach den Bestimmungen von 1869.⁴ Die beträchtliche Erweiterung des Kadettenkorps brachte schon um die Mitte der 50er Jahre die Kapazität auf ca. 1 500 Stellen. Damit hatte sich Prinz Wilhelm, seit dem Regierungsantritt seines Bruders Friedrich Wilhelm IV. im Jahre 1840 „Prinz von Preußen“, durchgesetzt. Während der Revolution trat er energisch dafür ein, dieses „Benefizium in integrum“ zu restituieren.

Der Versuch des Liberalismus, Einfluß auf die Binnenstruktur von Armee und Offizierkorps zu nehmen, war gescheitert. Die Offizierergänzungspolitik, blieb wie die Festlegung der Bildungsziele ausschließlich Angelegenheit der Kommandogewalt. Hier hatte die Kultusverwaltung nicht hineinzureden, und nur sehr zögerlich wirkten sich Reformen des Schul- und Bildungswesens auf die Armee aus. So wurde erreicht, daß das Offizierkorps am Vorabend der Roon'schen Reorganisation eine wesentlich stärke-

⁴ Manfred Messerschmidt, „Die preußische Armee“, in: *Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648–1939*, Bd. IV: Militärgeschichte im 19. Jahrhundert (1814–1890), Teil 2: Strukturen und Organisation, München 1976, S. 10–225, hier S. 92f.

re Homogenität besaß als in den zwanziger und dreißiger Jahren, als noch viele während der napoleonischen Kriege beförderte Offiziere nicht standesgemäßer Herkunft in seinen Reihen gestanden hatten. Im Jahr 1819 wies die Rangliste ein Verhältnis von 3605 Adligen zu 3053 Bürgerlichen auf. 1860 lag der Anteil des Adels schon bei 4300 Offizieren. „Altpreußischer“ Herkunft waren 89%.⁵ Es gab allerdings ein Gefälle von Osten nach Westen. Im Westen der Monarchie standen vergleichsweise weniger adlige Offizierfamilien zur Verfügung.

Der Widerstreit bildungspolitischer Selbstgenügsamkeit altpreußischer Provenienz mit dem steigenden Bildungsniveau der Gesellschaft insgesamt, der Ausweitung der höheren Schul- und Universitätsbildung wird zwar nicht problemfrei im Verhältnis adliger und bürgerlicher Offiziere reflektiert, aber dieses Verhältnis kann als Indikator für entsprechende Entwicklungen angesehen werden, besonders deutlich, wenn die höheren Ränge berücksichtigt werden. Hier zeigt sich ein gegen „Bildungsgesichtspunkte“ relativ resistentes Eliteverständnis besonders deutlich. In der Statistik der Regimentskommandeure spiegelt sich eine 25–35 Jahre zurückliegende Ergänzungspraxis anschaulich wider.

Der Anteil Bürgerlicher an den Regimentskommandeurstellen betrug:

	1855	1865	1875	1885
Infanterie	13%	5%	17%	24%
Kavallerie	11%	6%	7%	7%
Artillerie	33%	33%	50%	50%

In absoluten Zahlen sah das Verhältnis adliger zu bürgerlichen Regimentskommandeuren wie folgt aus:⁶

	50er Jahre	60er Jahre	70er Jahre	80er Jahre
Infanterie	41:6	77:4	95:19	93:29
Kavallerie	34:4	45:3	66:5	67:5
Artillerie	7:3	9:5	20:18	20:20

Seit der Revolution von 1848 sind gerade die Regimentskommandeure – als Erzieher ihrer Offizierkorps – als eine auch mit politischen Aufgaben betraute „Elite in der Elite“ betrachtet worden, während in Frankreich sich die „Elite in der Elite“ eher ab der Ebene der Divisionsgenerale konstituierte. Roon, der Reorganisator der preußischen Armee Anfang der 60er Jahre – der das Modell der Armee bis 1914 geformt hat –, sah aufgrund seiner Erfahrungen in der Revolution die Reorganisation stark unter innenpolitischen Gesichtspunkten. Mit der vergrößerten Armee und dem verstärkten Offizierkorps ließ sich nach seiner grundlegenden Denkschrift vom Juli 1858 eine den politischen Bedürfnissen entsprechende Dislokation durchführen. Zu seinem Programm gehörte geradezu logisch der weitere Ausbau des Kadettenkorps. All dies sollte „eine

⁵ Karl Demeter, *Das deutsche Offizierkorps in Gesellschaft und Staat 1650–1945*, Frankfurt/M. 1964, S. 12 u. 20.

⁶ Messerschmidt, Preußische Armee, S.63.

wesentliche innere Potenzierung des Offizierkorps“ bewirken.⁷ Weniger „ständisch“ denkende Regimentskommandeure konnten sich der nachhaltiger werdenden Politisierung des Offizierkorps und der wachsenden Polarisierung von militärischen und liberalen Positionen nicht entziehen. Selbst die Möglichkeit, die Ergänzungsbestimmungen von 1861, die als Voraussetzung für den Offizierberuf die Primareife vorsahen, buchstäblich anzuwenden, wurde schwierig. Verschiedene Kabinettsordnern wiesen die Regimentskommandeure an, „unpassende Elemente“ vom Offizierkorps fernzuhalten, ja sogar mit Tapferkeitsbeförderungen zum Offizier zurückhaltend zu verfahren⁸ und die Ergänzungsbestimmungen nicht nachteilig für den ärmeren Offizieradel anzuwenden. Aus diesem Grund ist die Primareife wiederholt suspendiert worden.⁹

Roons Reorganisation wirkte sich zusammen mit späteren Heeresvergrößerungen aber immer stärker in Richtung eines wachsenden Zwanges aus, nämlich des „Zwanges der großen Zahlen“. Dieser „Zwang der großen Zahlen“ machte es unvermeidlich, auf weitere Kreise bei der Offizierergänzung zurückzugreifen. „Altpreußische“ Familien allein konnten den wachsenden Bedarf nicht mehr befriedigen.

Dies ist die Sprache der Zahlen:

Gegen Ende der Reorganisation standen 1862 in der preußischen Armee 7 814 Offiziere.

Die durch die Verfassung des Norddeutschen Bundes auf 1% der Bevölkerung festgesetzte Heeresstärke führte schon bis 1868 zu einer starken Vermehrung des Offizierkorps:

Preußen	11 453
andere Bundesstaaten	1 471

Aufgrund des Reichsmilitärgesetzes vom 2. Mai 1874 zählten die Kontingente des Reiches zusammen 17 213 Offiziere. Davon entfielen auf

Preußen	13 343
Sachsen	1 007
Württemberg	770
Bayern	2 093

Bis 1888/89 wurde folgender Stand erreicht:

Preußen	15 036
Sachsen	1 250
Württemberg	806
Bayern	2 202

Und 1914 umfaßte allein das Offizierkorps der preußischen Armee über 22 000 Offizie-

⁷ „Bemerkungen und Entwürfe zur vaterländischen Heerverfassung“ v. 21.Juli 1858, in: Militärische Schriften Wilhelms I., Bd. 2, S.344ff.

⁸ „Kabinettsorder v. 3.September 1866“, in: *Dienstvorschriften der Königlich-Preußischen Armee*, Hg. Karl v. Helldorf, Teil 1, 2.Abteilung, Berlin 1874, S.14f.

⁹ Kabinettsorder v. 1862, 1865 und 1867, s. Messerschmidt, Preußische Armee, S.106, Helldorf (Hg.), S.5f.

re. Ein wachsender Anteil bürgerlicher Herkunft war damit demographisch und bildungssoziologisch vorgezeichnet. Daß die Elite dennoch blieb, was sie war, daß sie ihre Geschlossenheit, Homogenität und historisch-politischen Wertmaßstäbe konservierte, machte ihre Geschichte bis ins 20. Jahrhundert aus. Sie war nicht nur Resultat konservativer Ergänzungspolitik, die vor allem vom Militärkabinett gesteuert worden ist, wo Edwin von Manteuffel die Grundlagen gelegt hatte. Sie war auch ermöglicht durch ein insgesamt statisch gebliebenes staats- und gesellschaftspolitisches Bewußtsein der „offizierfähigen“ Kreise, die mit der Krone den Revolutionsschock empfunden und nicht überwunden hatten.

Abgesehen vom wachsenden Anteil Bürgerlicher – der über die Neunobilitierten auch in die Adelsstatistik hineinreichte – blieb das Substrat offizierfähiger Familien relativ konstant, ja es wurde über den wachsenden Anteil von Akademikersöhnen eher noch stabilisiert.

Für die 60er Jahre besagt eine Statistik des Militärkabinetts:¹⁰
 Zur Portepee-Fähnrichprüfung zugelassene Bewerber insgesamt: 2 516 = 100%
 davon Adlige: 1 234 = 49%

Nach dem Beruf des Vaters geordnet:

Söhne von Offizieren:	835 = 33%
höheren Beamten:	657 = 26%
Gutsbesitzern:	498 = 20%
Geistlichen und Lehrern:	179 = 7%
Subalternbeamten:	151 = 6%
Gewerbetreibenden u. Kaufleuten:	121 = 5%
Rentiers:	75 = 3%

Der sog. „altpreußische“ Ersatz, zu dem neben Offiziersöhnen die Söhne von höheren Beamten und Gutsbesitzern zählten, machte ca. 80% aus. Von einer Bedrohung der Existenz dieser Familien, wie vom Militärkabinett häufig angekündigt, konnte keine Rede sein. Tatsächlich hat die Armee nicht einmal alle altpreußischen Ressourcen mobilisiert, weil mancher Adlige aus reichem Haus einen Platz im Kadettenkorps blockiert hat.

Der wachsende Anteil von Akademikersöhnen, Ausdruck der sog. „Feudalisierung“ des Bürgertums, hat den „ständischen“ Charakter der Elite eher gefördert und war zugleich ein Anzeichen für die Kraft der sich aus friderizianischer Zeit herleitenden Offiziertradition im preußisch-deutschen Militärstaat. Der Anteil der Bewerber aus Akademikerkreisen lag 1888 schon bei 28%, bald nach 1900 überflügelte er den Anteil der Offiziersöhne.¹¹ Diese Entwicklung, Zeichen konservativ-bürgerlicher Interessengemeinschaft, in welcher Großagrarier, Akademiker, Wirtschaft und Militär zusammenfanden, hat bewirkt, daß Armee und Offizierkorps nun auch innenpolitisch auf

¹⁰ Demeter, S. 18.

¹¹ Vgl. die Tabelle über die soziale Herkunft der Kriegsschüler von 1888–1913 nach den Akten der Inspektion der Kriegsschulen, bei Demeter, S. 22.

breiterer Basis standen. Das nationalliberale Bürgertum stand nun voll auf dem Boden der Militärmonarchie und bildete damit ein weites Reservoir der Offizierfähigkeit, ohne eine Gefahr für die Homogenität der militärischen Elite darzustellen. In den kaiserlich-königlichen Erlassen spiegelte sich diese Akzeptanz wider. Wilhelm II. sprach in seinem Erlass vom 29. März 1890¹² von der Möglichkeit, aufgrund des gesteigerten Bildungsgrades des Volkes „die Kreise zu erweitern, welche für die Ergänzung des Offizierkorps in Betracht kommen“. Nunmehr wurde also der gewünschte „Adel der Ge- sinnung“ nicht nur bei Söhnen von Offizieren und höheren Beamten unterstellt, sondern auch bei „den Söhnen solcher ehrenwerten bürgerlichen Häuser, in denen die Liebe zu König und Vaterland, ein warmes Herz für den Soldatenstand und christliche Gesittung gepflegt und anerzogen werden.“ Das nationalliberale und konservative Bildungs- und Besitzbürgertum fand die Tür zur Militärelite offen. Ausgeschlossen blieben Linksliberale, Sozialdemokraten und Juden – sie fanden auch keinen Eingang in das Reserveoffizierkorps, Juden nicht mehr seit den 80er Jahren.¹³ Von den nach 1880 in der preußischen Armee dienenden ca. 25 – 30 000 Einjährig-Freiwilligen wurde nicht einer zum Reserveoffizier befördert, während von 1200 – 1500 konvertierten Juden 300 zu Reserveoffizieren ernannt worden sind.

Für das aktive Offizierkorps spielte die Konkurrenz von Adel und Bürgertum nur noch eine untergeordnete Rolle. Die Bevorzugung des Adels spiegelte sich allerdings in den Besetzungen der höheren Dienstgrade und war traditionell und unbestritten in den Garderegimentern. Einen Eindruck hiervon gibt eine 1909 veröffentlichte Übersicht über die Situation bei der Infanterie:¹⁴

	adlige	bürgerliche
Leutnants	1 252 (29,8%)	2 949
Oberleutnants	631 (30,0%)	1 467
Hauptleute	945 (38,3%)	1 522
Majore	501 (49,6 %)	512
Oberstleutnants	109 (50,9%)	105
Obersten	139 (68,1%)	65
Generalmajore	75 (70,7%)	31

¹² Manfred Messerschmidt u. Ursula v. Gersdorff, *Offiziere im Bild von Dokumenten aus drei Jahrzehnten*, Stuttgart 1964, S.197, Dok. 59; Paul v. Schmidt, *Das deutsche Offizierkorps und seine Aufgaben in der Gegenwart*, Berlin 1904, S.8f.; s.a. Manfred Messerschmidt, „Das Preußisch-Deutsche Offizierkorps 1850–1890, in: *Das deutsche Offizierkorps 1860–1960*, Hg. Hanns Hubert Hofmann, Boppard 1980, S.21–38.

¹³ Manfred Messerschmidt, „Juden im preußischen Heer“, in: *Deutsche Jüdische Soldaten 1914–1945*, Hg. Militärgeschichtliches Forschungsamt, Herford u. Bonn 1982, S.96–127, hier S.103; Horst Fischer, *Judentum, Staat und Heer in Preußen im frühen 19.Jahrhundert*, Tübingen 1968; A. Vogel, *Ein Stück von uns. Deutsche Juden in deutschen Armeen 1913–1976*, Mainz 1977, S.37f; Werner T. Angress, „Prussian's Army and the Jewish Reserve Officer Controversy before World War I“, in: *Year Book of the Leo Baeck Institute* (1972), S.19–42.

¹⁴ Oberst Gädke im *Berliner Tageblatt* 38 (1909), Nr. 75 v. 11.Februar 1909; s. a. Wilhelm Deist, „Zur Geschichte des Preussischen Offizierkorps 1888–1918“, in: Hofmann (Hg.), S.39–57, hier S.49f.

Generalleutnante	44 (86,2%)	7
Generale der Infanterie	30 (94,1%)	2
Generalobersten	1	0
Generalfeldmarschälle	1	0

Entscheidender als die Konkurrenz des Bildungs- und Besitzbürgertums, die sich, ohne die Homogenität zu stören, lediglich auf den oberen Etagen des Offizierkorps abspielte, wurde für die Erhaltung des Ansehens und der Qualität des Korps in den Augen der militärischen Führung die deutliche Abgrenzung nach unten. Für Militärkabinett und wahlberechtigtes Offizierkorps lässt sich diese Perspektive auch auf die Formel bringen: Abitur ist nicht gleich Abitur.

Wie auch für andere Gruppen der Gesellschaft wurde in der Armee der Zusammenhang von Schulsystem und Sozialverhältnissen bedeutsam. Das Abitur allein leistete nicht die Sicherstellung der Abgrenzung nach unten – eine ganz wichtige Facette der Eliteproblematik, denn 1890 lag der Anteil der Abiturienten an den Fahnenjunkern bereits bei 35 %, 1900 schon bei 44 %.¹⁵ Diese Abiturienten kamen überwiegend aus den humanistischen Gymnasien, also den Schulen des Bildungs- und Besitzbürgertums. Der Abiturient der Oberrealschule musste sich zusätzlich einer Portepeeprüfung, d.h. der sozialen Auslese, unterziehen, die für ihn sehr häufig als Sperre wirkte.¹⁶ Der Generalinspekteur des Bildungswesens der Armee, der Inspekteur der Kriegsschulen und der Kommandeur des Kadettenkorps wandten sich im Januar 1898 dezidiert gegen eine Eingabe von Oberrealschuldirektoren, die eine Gleichstellung des Real-Abiturs mit dem humanistischen gefordert hatten. Für das Höhere Berg- und Forstfach war vom Kultusministerium eine positive Regelung durchgesetzt worden, aber der Generalinspekteur des Bildungswesens der Armee widerriet, „den Kreis der jungen Leute zu erweitern, die wir ohne eigene Prüfung ihres geistigen Standpunktes zum Eintritt auf Beförderung zulassen...“. Die Zulassung der Oberrealschule würde diesen Kreis „nach unten“ erweitern, damit wäre den Regimentskommandeuren ein „unparteiisches Mittel gegen Zudringliche“ genommen. Es sei kein Zweifel daran, dass die Oberrealschulen nur von Vätern gewählt würden, die ihre Söhne nicht einem „höheren“, sondern einem erwerbenden Beruf zuführen wollten.¹⁷ Diese Politik wurde auch nach der formellen Gleichstellung der Schulen beibehalten. Der wachsende Anteil der Abiturienten an den Offizierbewerbern – 1912 lag er in der preußischen, sächsischen und württembergischen Armee bei über 65 %, bei der Marine bei 90 % – beeinflusste also die Abgrenzung nach unten nicht im geringsten. Er änderte auch nichts an der Haltung, dem Selbstverständnis und dem Elitebewusstsein des Offizierkorps, das nach wie vor seine herausgehobene Position, seine „Hoffähigkeit“ – der Leutnant stand protokollarisch über dem

¹⁵ Demeter, S. 95, nach Akten des Kriegsministeriums.

¹⁶ Zu diesem Komplex Manfred Messerschmidt, „Militär und Schule in der wilhelminischen Zeit“, in: ders., *Militärgeschichtliche Aspekte der Entwicklung des deutschen Nationalstaates*, Düsseldorf 1988, S.64–101.

¹⁷ BA-MA, Archiv der Marine, RMA, Allg. Marinedepartement, Akten betr. Ergänzung der Offiziere, Januar 1902 – Dezember 1903, s.a. Messerschmidt, Militär und Schule, S.76.

Professor – nicht auf den Gesichtspunkt der „Bildung“ zurückführte. Prägend blieb für Stil und Korpsgeist der „altpreußische“ Kern des Korps. Er wurde beim Ersatz gebührend berücksichtigt, auch wenn er die „Bildungsvoraussetzungen“ nicht erfüllte. Wilhelm II. erteilte zwischen 1902 und 1912 noch über eintausend Dispense für Fahnenjunker ohne Primareife.¹⁸

Am Vorabend des Ersten Weltkrieges bildete das Offizierkorps in gewisser Weise eine statische Elite in einem sich rapide wandelnden gesellschaftlichen Kosmos. Es schien im Mittelpunkt eines unauflöslichen Syndroms politisch-gesellschaftlicher Zusammenhänge zu stehen, das seine Kohärenz gegen die Dynamik der Industriegesellschaft verteidigte. In der geschilderten Form war es wohl nur in einem seit hundert Jahren für die Bedürfnisse der Militärmonarchie funktionierenden System der allgemeinen Wehrpflicht möglich, das zu einer weitverzweigten sozialen Militarisierung geführt hatte.

III. Kontrolle der militärischen Führung und der „Halbgötter“ des Generalstabes?

Im Gegensatz zur Problematik der politischen Kontrolle der militärischen Führung im Frankreich der Republik, wo im Kern die Loyalitätsfrage zur Diskussion gestanden hat, spielte in Preußen-Deutschland dieser Gesichtspunkt so gut wie keine Rolle. Monarch, politische Führung und militärische Führung stimmten in ihrem Staats- und Gesellschaftsverständnis überein. Im Grunde existierte unter dem Monarchen eine Doppelspitze, die politische, personifiziert durch den Reichskanzler, und die militärische, verkörpert durch Kriegsminister, Chef des Militärkabinetts und Chef des Generalstabes. Letzterer gewann seit 1870 und insbesondere seit den 80er Jahren immer größeres Gewicht. Kontrollieren konnte der Reichskanzler, selbst Bismarck, hier nichts, weil er in Fragen der „Kommandogewalt“ nicht hineinreden konnte. Bismarck suchte lediglich seine Domäne Außenpolitik gegen Übergriffe durch die Miliärs abzuschirmen. Aber eine Kontrolle, etwa mit Unterstützung des Reichstages, lehnte er selbst ab. Der Kanzler wünschte sich prinzipiell keine andere Armee, keine andere militärische Elite. Eine Zähmung der Miliärs lag nicht in seiner Macht. Aber es kam im deutsch-französischen Krieg zu elementaren Auseinandersetzungen zwischen Kanzler und Generalstabschef. Es ging um den Primat der Politik im Kriege. Was die 3. OHL im Ersten Weltkrieg ganz selbstverständlich praktizierte, hat Moltke schon 1870 gefordert, nämlich die „Monopolstellung der strategischen Spitze für die Dauer des Feldzuges“. Moltkes Nachfolger dogmatisierten ihn später. Mit Recht ist geurteilt worden, daß von der Idee des „reinen oder absoluten Krieges“ her Moltkes Konflikt mit Bismarck „seine Größe und verderbliche schulbildende Kraft“ erhalten habe.¹⁹

Die Einflußnahme der Armeeführung – des Generalstabs – auf politische Entschei-

¹⁸ Demeter '1965, S.95f, nach Akten des Militärkabinetts.

¹⁹ Rudolf Stadelmann, *Moltke und der Staat*, Krefeld 1950, S.211. Einen Überblick über den

dungen nach 1871 hing mit dem in den Kriegen 1866 und 1870/71 gewachsenen Prestige zusammen. Dieses Prestige kam dem Eliteanspruch entgegen und, was vielleicht noch wichtiger ist, es ist vom nationalen Bürgertum mitgetragen worden. Dieses Bürgertum stand nach der dem Militär hauptsächlich zugeschriebenen Lösung der nationalen Frage eher auf der Seite der elementaren Auffassungen der Militärs als auf der des politischen Kalküls, wenn überhaupt die Kontroverse Kanzler – Generalstab auf den Gegensatz von „Staatskunst und Kriegshandwerk“ gebracht werden kann.²⁰ Jedenfalls stand der Generalstab in seiner Selbsteinschätzung wie in der Sicht der „nationalen“ Kreise als Elite in der Elite da, dessen unfehlbare Berechnungen die großen Siege verbürgt hatten und weiter verbürgen würden. Die Reduzierung der Ausbildung künftiger Generalständer in der Kriegsakademie auf militärische Fächer hat die berufsspezifischen, technokratischen und organisatorischen Kenntnisse angehoben, aber „Weltkenntnis“, Politik und die Grundlagen einer oberhalb operativen Denkens angesiedelten Strategie, die in der Lage gewesen wäre, die Konturen des Kriegsbildes im Industriezeitalter zu erfassen, blieben vernachlässigt. Hiervon gibt die von Moltke im August 1888 erlassene „Lehr-Ordnung der Königlichen Kriegsakademie“ einen Eindruck. Moltke erläuterte: „Den Aufgaben der Kriegsakademie entsprechend muß der Lehrplan seiner ganzen Anlage nach auf eine gründliche Berufsbildung hinzielen, darf sich nicht in das weite Gebiet allgemeiner wissenschaftlicher Studien verlieren ...“.²¹ Die „Elite in der Elite“, die durch die gründlichste Ausbildung der Armee hindurchgegangen und ausgesiebt worden war, bezog ebenfalls ihr Prestige nicht aus der „Bildung“. Sie blieb professionell, war im eigentlichen Sinne nicht wissenschaftlich gebildet. Der Ausbildungsplan der Kriegsakademie entsprach dem Niveau höherer Fachschulen. Er war zugeschnitten auf die Bedürfnisse einer aktiven Armee, auf Mobilmachungspräzision, Waffenlehre u.a...., nicht aber auf mögliche Bewährungs- und Krisensituationen der Nation und nicht auf die ökonomischen, politischen und sozialen Bedingungen von Weltkriegen.

In den Augen der Militärs und der sich in nationalen Sammlungsbewegungen konstituierenden politischen Kräfte zeichnete sich aber doch eine Zukunft ab, die ohne kriegerischen Konflikt aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zu meistern war. Gemeinsam war ihrem politischen Credo ein hoher Grad von Identifikation mit dem bestehenden Staat und der Wille zur grundsätzlichen Einbindung des ökonomischen und gesellschaftlichen Wachstums in den von diesem Staat gewährten Spielraum. Generalstab und Marineführung – im Zeichen der Tirpitz'schen Ambitionen – schienen in einer gelungenen Kombination militärisch-technizistischen Geistes mit den Machtbedürfnissen der zur Weltmacht strebenden Nation in der Ära des Imperialismus die vermeintlich richtigen Orientierungen zu geben. Sie sind die militärische Elite der Moderne geworden, die

Forschungsstand zur Kontroverse Kanzler – Generalstab gibt Manfred Messerschmidt, *Militär und Politik in der Bismarckzeit und im wilhelminischen Deutschland*, Darmstadt 1975, S. 99ff.

²⁰ S. dazu Gerhard Ritter, *Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus“ in Deutschland*, Bd. 1: Die altpreußische Tradition (1740–1890), München 1959, S. 292, 300, *passim*.

²¹ Messerschmidt, Preußische Armee, S. 120.

dennoch zusätzlichen Glanz aus der altpreußisch-„ständischen“ Tradition bezog und dadurch vermied, als einseitig technokratische Elite angesehen zu werden. Diese Kombination von Tradition und Moderne hat ihr das bleibende Gewicht im Rahmen des Systems der Doppelspitze unter dem Monarchen gegeben. Sie erlaubte ihr die 'Staat-im-Staate'-Position in der Weimarer Republik. Gescheitert ist sie erst in Hitlers Führerstaat, in dem am nachhaltigsten militarisierten Gesellschaftssystem der modernen deutschen Geschichte, als sie ihre Ziele mit der NS-Außen- und Innenpolitik verband und den Abbau ihrer vom Nationalsozialismus abgelehnten Tradition eigenhändig mitbetrieb.²² Im Kaiserreich wurde sie weder vom Monarchen noch von der Regierung kontrolliert. Eine institutionelle Einbindung in einen politisch-militärischen Führungsrat existierte nicht. Im Verlaufe des Ersten Weltkrieges kontrollierte schließlich die Militärführung Staat und Gesellschaft. Der Fehlschlag ihres nur operativen Denkens im Ersten Weltkrieg hat die Grundlage für den Abbau ihrer Dominanz gelegt in einem langwierigen Prozeß, in welchem sich ihre nur-militärische Denkweise erneut als unzureichend erwiesen hat.

²² Ansätze zu einer solchen Schweise bei Friedrich Meinecke, *Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen*, Wiesbaden 1946; ferner Manfred Messerschmidt, *Die Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination*, Hamburg 1969; Klaus-Jürgen Müller, *Das Heer und Hitler. Armee und nationalsozialistisches Regime 1933–1940*, Stuttgart 1969.

Elites diplomatiques – Diplomatische Eliten

Jean-Claude Allain

Les ambassadeurs français en poste de 1900 à 1939

Dans le personnel du ministère des Affaires étrangères, les ambassadeurs constituent une „élite“, dans la mesure où leur petit nombre au sommet de la hiérarchie de la profession diplomatique les distingue des autres agents et les rend proches du pouvoir politique de décision, que, par leurs fonctions, ils renseignent, conseillent et parfois orientent dans ses choix. Ils forment un de ces „petits groupes“ qui concourent à la conduite des relations internationales et qui, suivant notre typologie, appartient totalement à la catégorie des „groupes formels“ et péridécisionnels:¹ leur groupe est, en effet, fondamentalement institutionnel et son caractère fonctionnel et général en fait un vivier de personnalités, appelées à participer à des „groupes réels“ (J.-B. Duroselle) oeuvrant à la promotion d'une stratégie particulière dans le traitement d'une question internationale.² On ne s'attachera ici, dans la perspective prosopographique convenue, qu'à l'aspect formel de cette élite, analysée suivant quelques critères communs à ses membres et permettant une – relative – quantification.³

Le corpus des ambassadeurs

Leur nombre est déterminé par celui des emplois autorisés au budget et l'élasticité de la pratique, permettant de contourner ce butoir ou d'en précéder la transformation par des nominations à la fonction de personnels maintenus à leur rang inférieur de traitement, est nettement moins grande que pour les ministres plénipotentiaires et les attachés qui, au début de la III^e République encore, pouvaient l'être sans traitement. Pour la période ici étudiée, 1900–1938/39, n'ont été retenus que les ambassadeurs en poste à l'étranger, ce qui réduit de quelques unités le corpus: les disponibilités, temporaires ou définitives, les secrétaires généraux du ministère (Berthelot, Léger) et les hauts commissaires ou résidents en pays de protectorats et de mandat, qui n'ont pas été chefs de mission avant ou après l'exercice de cette fonction.

Entre 1900 et 1913, la France n'a que 10 ambassades dans le monde, c'est-à-dire

¹ Jean-Claude Allain, „Le groupe dirigeant dans la conduite des relations internationales“, *Relations internationales* 41 (1985), pp. 86–87.

² Jean-Baptiste Duroselle, *Tout empire périsa*, Paris 1982, pp. 48–51.

³ Les statistiques citées dans cette communication ont été établies, sauf mention particulière, à partir de l'*Annuaire diplomatique et consulaire* pour toute la période.

essentiellement dans l'espace traditionnel des grandes puissances européennes et méditerranéennes (Londres, Berlin, Vienne, Madrid, Saint-Pétersbourg, Rome-Quirinal, Rome Saint-Siège, Constantinople, Berne et, depuis 1897, Washington); la fermeture de la représentation près le Saint-Siège est compensée par l'érection de celle de Tokyo au même rang (1905).

L'entre-deux-guerres porte à 13 ce nombre en 1925 avec la réouverture de Rome Saint-Siège et les promotions de Bruxelles (1919) et de Varsovie (1924), capitales de deux alliés de la France, et de Rio (1919), première ambassade en Amérique latine. A la veille de la guerre se sont ajoutées celles de Buenos-Ayres (1927), Pékin (1936) et Bucarest (avril 1939), soit 16 ambassades.

Cette augmentation de 60% depuis le début du siècle est beaucoup plus forte que celle des légations (33%), passées de 27 à 36 et, toutes proportions gardées, inverse de l'évolution générale des représentations et des effectifs des services extérieurs, qui sont en réduction (16%) [Cf. *Tableau 1*]. On soulignera à nouveau, à cette occasion, la démarche administrative et parlementaire, tendant par souci d'économie à maintenir au même niveau d'emplois, et si possible à le réduire, la présence extérieure de la France dans un monde en expansion.⁴

Depuis 1900 jusqu'en septembre 1939, ont été nommés 89 ambassadeurs, dont 26 pour les 10 ambassades d'avant 1914 et 63 pour la période 1915–1939. Compte tenu de leur nombre accru et de la correction qu'apportent les postes non pourvus pendant la guerre ou créés pendant l'entre-deux-guerres, ce total accuse une plus grande fréquence dans les mouvements du personnel et un certain élargissement du groupe de ce rang. La seconde guerre mondiale en restreindra à nouveau l'ampleur et le renouvellera, mais pour de toutes autres raisons que la limite d'âge lors de la Grande Guerre.

⁴ Jean-Claude Allain, „Le ministère français des Affaires étrangères. Crédits et effectifs pendant la Troisième République: [...] Les effectifs.“, *Relations internationales* 32 (1982), pp. 436–440.

Tableau 1. Ambassades de France et ambassadeurs

<i>Postes CC-CD pourvus</i>	1903 248	1913 239	1923 222	1933 227
dont Ambassades et Légations	37	38	49	52

<i>Répartition en</i>	1900	1913	1925	1939
Euro-Méditerranée	A 9 L 11	A 8 L 13	A 10 L 20	A 11 L 16
Moyen-Orient	A - L 2	A - L 2	A - L 3	A - L 4
Asie du SE et EO	A - L 4	A 1 L 2	A 1 L 2	A 2 L 1
Amérique du Nord	A 1 L -	A 1 L -	A 1 L -	A 1 L 1
Amérique latine	A - L 10	A - L 11	A 1 L 11	A 2 L 13
Afrique Sud-Sahara	A - L -	A - L -	A - L -	A - L 1
Total	A 10 L 27	A 10 L 28	A 13 L 36	A 16 L 36

Personnels	1903	1910	1923	1939
Administration centrale	184	179	219	230
Services extérieurs	521	496	497	485

Total	707	675	716	713
-------	-----	-----	-----	-----

Sur 89 ambassadeurs qui constituent le groupe arithmétique de la fonction, nous n'en retenons que 74, correspondant à l'élite professionnelle. Ce choix a été opéré après examen de la carrière de chacun d'eux, figurant dans l'*Annuaire diplomatique et consulaire*, vérifié ou complété, suivant les possibilités, par leur dossier personnel [Cf. *Liste du corpus, en annexe*]. 15 représentants de ce rang n'ont effectué dans leurs postes d'affectation qu'un bref séjour, au détour ou en couronnement d'une carrière, poursuivie dans une autre administration (amiral Touchard, 1908–09, en Russie, maréchal Pétain, 1939–40, en Espagne, Charles Laurent, président honoraire de la Cour des comptes, 1920–22, en Allemagne, Marcel Delanney, ancien préfet de la Seine, 1918, au Japon) ou au parlement: l'ambassade agrémente quelque temps la carrière politique d'anciens ministres (Delcassé en Russie, 1913, ou Georges Bonnet à Washington, 1937–38), satisfait une aspiration à jouer un rôle éphémère et présumé décisif (Henry Bérenger à Washington en 1925, Henry de Jouvenel à Rome en 1933) ou correspond à une mission temporaire (Joseph Noulens en Russie, 1917, Charles Jonnart près le Saint-Siège, 1921–23). Ces personnalités appartiennent en fait à une autre élite et ne font que passer dans celle de la diplomatie, dont ce n'est ni le métier, ni le souci.⁵

L'accession à la fonction

Même si 12 des 74 ambassadeurs (16%) sont entrés au service diplomatique après une carrière parfois longue dans une autre administration ou dans le secteur privé, tous effectuent jusqu'à ce rang une carrière dans les postes, parfois même, pour ceux de la fin de la période, pendant et après la Seconde Guerre. La „Préfectorale“ a fourni ainsi, outre les frères Cambon (Paul, 11 ans, Jules, 20 ans), Bihourd (9 ans) et Alapetite (30 ans) qui ont ensuite servi respectivement 38, 22, 21 et 14 ans dans la diplomatie. De l'administration coloniale sont venus Maurice de Beaumarchais (3 ans) qui effectuera 34 ans de services au quai d'Orsay et Marcel Peyrouton qui, à l'inverse, n'y exercera que 4 ans, mais jusqu'en 1940, après 26 ans de services dans l'empire. Patenôtre et Constans avaient été professeurs d'université pendant quelques années avant de passer l'un 34 ans, l'autre 23 ans dans les services extérieurs, nonobstant pour le second ses mandats parlementaires... Raindre et Léon Noël avaient été conseillers d'Etat, André François-Poncet et Jean Herbette avaient travaillé dans le secteur privé (Comité des forges et presse). Tous les autres ont suivi la voie ordinaire de la promotion diplomatique avec les variantes propres à chaque itinéraire.

La nomination au rang d'ambassadeur couronne la carrière de 41 d'entre eux, pour qui ce premier poste sera aussi le dernier avant la retraite. Les 33 autres, au nombre desquels nous avons compté Jusserand qui n'a occupé qu'un seul poste mais si long-

⁵ Nous avons aussi classé dans cette catégorie Albert Sarraut (Ankara, 1925–26), Joseph Thierry (Madrid, 1917–18) et, peut-être par un choix plus contestable, René Besnard et Jean Hennessy, respectivement à Rome et à Berne entre 1924 et 1927–28. Mais, inversement, le maintien de Peyrouton parmi les ambassadeurs, après un quart de siècle de service colonial, l'est tout autant...

temps que cette pérennité (22 ans) est une carrière, auront eu la faculté de changer, deux ou trois fois de capitales diplomatiques, ce qui pose deux questions, d'une part l'âge d'accèsion à ce grade [Cf. *Tableau 2*] et d'autre part la durée des missions.

Entre les promotions précoce (43–44 ans), au demeurant limitées à Barrère, Paul Cambon et André François-Poncet, et les plus tardives (65–67 ans), tout aussi nombreuses (Aunay, Constans, Marcilly), plus de la moitié des nominations (44) concerne la tranche d'âge de 53–60 ans. On serait enclin à croire que plus la promotion est tardive, moins les chances de carrière dans le grade sont grandes, or, il n'en est rien: l'âge de la fin de service n'est pas celle d'une limite d'âge inexorable et l'admission à la retraite est prononcée, certes souvent entre 60 et 63 ans, mais cette tranche d'âge s'inscrit dans une séquence qui s'étend de 55 ans (Crozier, 1912) à 76 ans (Constans, 1909), sinon près de 77 ans (Paul Cambon, 1924). Une retraite peut en précéder une autre, après une reprise de service (Aunay, en retraite en 1905, est nommé ambassadeur en 1907 et le restera jusqu'à 71 ans; Daeschner et Fontenay, mis à la retraite en 1924–25, sont rappelés en 1928 et en 1932 et seront de nouveau retraités respectivement à 65 et à 68 ans.⁶

Les trois quarts des ambassades „uniques“ ont été occupées par des titulaires de plus de 55 ans et, inversement, 42% des diplomates nommés entre 50 et 54 ans, ont pu avoir plusieurs postes de ce rang, ce qui paraît dans l'ordre des choses... D'une période à l'autre, s'esquisse un certain rajeunissement: au-delà de 60 ans, 1 ambassadeur sur 5, avant 1914 et environ 1 sur 10 dans l'entre-deux-guerres; en revanche, les promotions antérieures à 1914 sont plus denses au-dessous de 49 ans (37%) qu'elles ne le sont ensuite (14%) et elles ouvrent de plus larges chances de carrière d'ambassadeur; encore faut-il observer que la grande majorité (6 sur 9) de ces nominations est fort antérieure à 1900: Noailles (1876), Montebello et Paul Cambon (1886), Patenôtre (1893), Rever-seaux et Barrère (1894).

⁶ Nous n'avons pu établir une statistique d'ensemble sur ce point, notamment en raison des lacunes de l'*Annuaire* comme de celles des dossiers personnels (quand ils étaient communicables).

Tableau 2. Age d'accession au grade

	A fin de carrière				B plusieurs ambassades				T
	1914	1918–31	1931–39	T	1914	1918–31	1931–39	T	
>60	5	5	0	10	0	1	0	1	
55–59	4	7	9	20	0	3	1	4	
50–54	3	1	5	9	0	3	1	4	
45–49	0	1	1	2	7	2	2	11	
43–44	0	0	0	0	2	0	1	3	
Total	12	14	15	41	12	13	8	33	

	1914	1918–31	1931–39	T
>60	$5 + 0 = 5$	$5 + 1 = 6$	$0 + 0 = 0$	11
55–59	$4 + 0 = 4$	$7 + 3 = 10$	$9 + 1 = 10$	24
50–54	$3 + 3 = 6$	$1 + 7 = 8$	$5 + 4 = 9$	23
45–49	$0 + 7 = 7$	$1 + 2 = 3$	$1 + 2 = 3$	13
43–44	$0 + 2 = 2$	$0 + 0 = 0$	$0 + 1 = 1$	3
Total	24	27	23	74

La durée de vie active en qualité d'ambassadeur en poste à l'étranger est relativement plus contrastée de part et d'autre de la Grande Guerre que ne l'est l'âge d'accession à la fonction [Cf. *Tableau 3*]. L'ambassadeur de la Belle Epoque a plus de chance d'exercer une longue mission que son successeur de l'entre-deux-guerres: le temps moyen théorique d'activité avant 1914 pour ceux qui sont en poste en 1900 ou y sont nommés ensuite est de près de 11 ans. Nombre théorique, car il résulte de la prise en compte de 10 diplomates, nommés avant 1898 et dont 7 d'entre eux auront une carrière de plus de 10

ans dans ce rang (Barrère, les Cambon, Jusserand, mais aussi Montebello, 16 ans depuis 1886, Noailles, le doyen par sa nomination en 1876 et qui, en 1902, totalise 26 ans de titre, mais seulement 16 de fonction en poste, Reverseaux, 12 ans depuis 1894). Mais si l'on soustrait ces figures d'exception, la moyenne des 17 titulaires de moins de 12 ans de poste est encore de 5 ans et demi.

Or, après 1919, les services d'ambassadeurs supérieurs à 10 ans se raréfient: 3 cas sur 50 (Claudel, Jean Herbette, Laroche), soit 6% de l'ensemble contre 37% avant 1914. A l'inverse, la fréquence des séjours de 2 à 5 ans, également répartis par durée avant 1914 et constituant 46% de l'ensemble (11 cas), est de beaucoup plus concentrée après 1918 sur les durées inférieures, la tranche 2 à 5 ans (27 cas) représentant 54% de l'ensemble. La moyenne générale de l'entre-deux-guerres est d'un peu plus de 4 ans, mais la tendance est au raccourcissement, comme l'indique la présence des deux tiers de la tranche 2 à 5 ans dans la zone des 2 à 3 ans de poste. Ce phénomène est encore accentué par les 5% de diplomates qui n'atteignent pas 2 ans de poste, quand leur mission ne se limite pas à quelques mois seulement. La césure choisie et la conjoncture qui s'y rapporte expliquent pour un cinquième de l'ensemble cette réduction de durée; certains diplomates resteront parfois en poste au-delà de septembre 1939 jusqu'en juin 1940; d'autres reprendront leurs services après la guerre (fort peu, en fait, ont un profil comme celui de Massigli ou de Léon Noël). S'il y a inégalité de traitement entre les ambassadeurs du début de la période qui peut comprendre les temps passés dans ce grade avant 1900 et ceux de la fin, dont on ne peut prendre en compte les suites, il n'en demeure pas moins que le contraste signalé entre l'avant et l'après-guerre est net: une plus grande fluidité dans les promotions de l'entre-deux-guerres, de plus courtes séquences en poste et, paradoxalement peut-être, une plus grande mobilité.

On ne s'étonne pas que les longues carrières d'ambassadeur permettent d'occuper plusieurs postes. En fait, la stabilité domine pour les vieilles ambassades d'avant 1914, même si la plupart des titulaires de plus de 10 ans sont passés par deux ou trois postes: Constans (10 ans), Jusserand (22 ans) dans un unique poste sont en quelque sorte les exceptions. Ensuite, seul Claudel a un profil de cette nature: la plus longue carrière de tous ses pairs de l'entre-deux-guerres (14 ans) et en trois postes (Tokyo, Washington, Bruxelles). Deux ambassades successives sont en général le destin des diplomates qui ne sont point en fin de carrière. Avant 1914, près d'un sur deux (42%) a changé de résidence, après 1919, un sur trois (32%); la différence est encore accentuée par la situation de cette mobilité dans la hiérarchie des durées: avant 1914, les quatre cinquièmes de ces cas s'inscrivent dans les tranches supérieures à 6 ans de fonction et, dans le détail, 7 d'entre eux figurent dans la catégorie des plus de 10 ans, le huitième se situant au niveau 8 ans (Patenôtre); après 1918, un tiers des 16 diplomates dans ce cas se trouve dans la tranche des 6 à 9 ans et la moitié dans celle des 2 à 5 ans, avec une prépondérance (5 sur 8) dans celle des 2 et 3 ans. Les séjours finissent par être fort brefs, surtout si l'on songe au délai réel, parfois de plusieurs mois, entre la date de nomination et celle de la prise effective de fonctions.⁷ Certes, dit-on, une trop longue résidence dans un même

⁷ Revoil, nommé à Berne en novembre 1905, ne rejoint son poste qu'après la conférence d'Algèc-

poste finit par altérer l'indépendance de jugement du titulaire, trop engagé à son insu dans le milieu ou trop pénétré par lui, où il n'est qu'en représentation, mais n'est-ce point tomber dans l'excès inverse que de multiplier les mutations? En vingt ans, Washington, Tokyo, Bruxelles ont eu 7 titulaires et Madrid, 10, cette dernière ambassade en comptant exactement deux fois plus pour la même durée que de 1897 à 1919.

Tableau 3. Durée des fonctions d'ambassadeur

	avant 1914	Nombre de postes			1918-39	Nombre de postes		
		1	2	3		1	2	3
>10 ans	9	2	4	3	3	0	2	1
6-9 ans	4	3	1	0	10	5	4	1
2-5 ans	11	9	2	0	27	19	7	1
<2 ans	0	0	0	0	10	10	0	0
Total	24	14	7	3	50	34	13	3

L'élite diplomatique qui n'est pas héréditaire, se renouvelle constamment par les promotions internes. Elle procède du corps des ministres plénipotentiaires, appelés pour la plupart à diriger une légation, les autres faisant carrière dans l'administration centrale. Entre 1895-97 et 1938-39, le mouvement du personnel a concerné 327 diplomates, chefs de mission, chargés d'une ambassade ou d'une légation, les uns en premier poste, les autres par mutation. Les 15 personnalités sans carrière diplomatique étant écartées comme on l'a vu, les 74 ambassadeurs en font partie; 42 d'entre eux y figurent comme ministres plénipotentiaires qui ont donc franchi le dernier échelon hiérarchique pendant la période considérée. De fait, 49 ambassadeurs ont auparavant effectué presque toute leur carrière dans les services extérieurs; 16 sont issus de l'administration centrale et 9 proviennent d'autres administrations, sinon du secteur privé, comme il l'a été précédemment indiqué. Au-delà de cette dominante de parcours interne au quai d'Orsay, existe-t-il d'autres paramètres qui soient communs à ce groupe et qui puissent passer pour des critères nécessaires, voire des qualifications indispensables ou prédisposant à l'accès à ce rang?

ras en juin 1906 et le quitte pour Madrid en janvier 1907. Toute nomination n'est pas effective: Raindre, nommé ambassadeur au Japon en mars 1906, demeure „non installé“ jusqu'à sa retraite en janvier 1907. Saint-Aulaire, nommé à Varsovie en janvier 1920, ne quitte sa légation de Bucarest que pour rejoindre son nouveau poste à Madrid en mars 1920.

La formation initiale

Le *Tableau 4* rassemble les informations fournies par l'*Annuaire* ou par le dossier personnel pour 71 des 74 ambassadeurs.

Tableau 4. Grades et diplômes

Droit	Licence 59	Doctorat 7 DES	Agrégation 1	Doctorat d'Etat 2
Lettres	19	3	3	
Licence Droit et Lettres:				4
Droit et Sciences politiques:				16 [+ 2]
Droit, Lettres et Sciences politiques:				8
Licence et langues orientales:				3

50 d'entre eux ont passé le concours d'entrée, la grande majorité, en raison de leur âge, suivant les modalités fixées en 1880 et dont le programme exigeait des connaissances de droit constitutionnel et administratif français et étranger, de droit international public, de droit commercial et maritime, d'histoire des traités depuis 1648, de géographie et d'économie politique. S'y ajoutait une épreuve de langue vivante étrangère.⁸ Le recrutement par le tour extérieur donne lieu à des notices biographiques qui mentionnent fort inégalement les formations initiales.

On ne s'étonnera pas que le grade le plus fréquent soit celui de licencié en droit: 6 sur 7 des ambassadeurs le sont, mais près d'un tiers ont une licence de lettres; toutefois les réels „littéraires“ ne sont que 7; la licence de lettres est pour 12 autres de ses titulaires combinée avec celle de droit (4) ou d'autres diplômes, celui de l'Ecole des sciences politiques en particulier. On s'attendrait à le voir figurer massivement dans les formations: or à peine la moitié des licenciés en font état: 16 qui l'ont obtenu généralement en double cursus et 8 en triple cursus (droit, lettres, sciences politiques),⁹ 2 autres déclarant avoir „suivi“ cet enseignement. Une petite variante existe pour l'Ecole des langues orientales, dont le diplôme a été acquis par trois ambassadeurs, en plus de la licence de droit (Alphand) ou du double cursus de droit et des sciences politiques (Coulondre, Dutasta).

17 licenciés ont obtenu des titres ou des grades supérieurs. 7 sont docteurs en droit et l'un d'eux est même titulaire de l'agrégation (Constans) qui lui a permis d'exercer comme professeur d'université pendant cinq ans (1871-1876). En lettres, 3 se déclarent

⁸ Les dossiers personnels consultés sont peu explicites sur ce point. Les feuilles de notes, quand elles existent, mentionnent les langues parlées ou connues par l'agent, dont on voit que souvent il s'initie à celle du pays de sa résidence.

⁹ Charles-Roux, Corbin, Doulcet, Doynel, Jessé-Curely, Naggiar, André d'Ormesson, Pila.

titulaires d'un diplôme d'études supérieures (au niveau de l'actuelle maîtrise), en histoire, précise l'un d'eux (François Charles-Roux), 3 sont agrégés de l'université, 2 en histoire et géographie (Marcilly, Massigli) et 1 en allemand (François Poncet), 2 ont soutenu une thèse de doctorat ès lettres (Jusserand et Patenôtre, lequel a enseigné pendant quatre ans comme professeur d'université, de 1867 à 1871). Massigli, ancien élève de l'Ecole normale supérieure comme Auguste Gérard, André François-Poncet et Patenôtre, n'a été que chargé de cours à l'université, quelques mois avant la Grande Guerre. Hors des voies ordinaires, on trouve aussi 2 polytechniciens (Crozier, Conty) et un ancien admissible (Billy), compris parmi les licenciés en droit et diplômés des sciences politiques, 1 double licencié en droit et en lettres, pourvu d'un doctorat en sciences physiques et préparateur à la faculté de pharmacie avant de devenir „publiciste“ (Jean Herbette), 1 archiviste paléographe, passé par l'Ecole des chartes (Chilhaud-Dumaine) et 1 docteur en philosophie de l'université de Leipzig (Fontenay, né à Cassel en Hesse électorale).

De cette analyse, il serait bien téméraire de tirer une conclusion décisive pour caractériser la formation de l'élite diplomatique, tant elle peut être diverse au-delà d'un certain tronc commun de culture juridique et historique, dont elle n'a assurément pas le monopole. „Il n'y a jamais eu d'école de diplomatie“.¹⁰

Le profil de la carrière

A de rares exceptions près (Jean Herbette, 1924, François-Poncet, 1931), et justifiées par une assimilation du rang de gouverneur général ou de haut-commissaire, occupé avant l'entrée au service (Jules Cambon, 1897, Peyrouton et Ponsot, 1936), tous les ambassadeurs sont passés, plus ou moins rapidement,¹¹ par le grade de ministre plénipotentiaire (2ème puis 1ère classe), après avoir gravi les échelons successifs de la carrière. Il faut cependant encore distinguer les itinéraires exceptionnels de ceux qui sont entrés directement à ce niveau hiérarchique ou l'ont sauté, soit 8 personnalités: outre les 5 citées ci-dessus, Camille Barrère, Paul Cambon et Léon Noël. Restent donc 66 carrières consacrées par une ambassade.

Les deux tiers d'entre elles ont été accomplies dans les services extérieurs, en poste à l'étranger donc et, pour certaines, sans aucune interruption, comme celle d'Allizé, de Claudel, de Panafieu, d'Arsène Henry (Noailles et Montholon achèvent la leur dans ces conditions au début du siècle). Souvent, en effet, les diplomates effectuent des séjours plus ou moins longs à Paris, entre deux affectations, fréquemment avant la première qui suit l'admission au service, mais aussi pour y travailler temporairement dans les direc-

¹⁰ Carlo Laroche, *La diplomatie française*, Paris 1946, p. 53, mais François de Callières disait déjà en 1750: „Les bons négociateurs sont rares parmi nous, parce qu'on y a point établi de discipline et de règles certaines pour instruire de bons sujets dans les connaissances nécessaires à ces sortes d'emplois.“ *De la manière de négocier avec les souverains*, Paris 1750, vol. 1, p. 4.

¹¹ Le cas limite est celui de Bihouard qui, après dix ans de services au ministère de l'Intérieur et un an de résidence au Tonkin, est promu en un mois à la seconde puis à la première classe (1886).

tions du ministère. Dans la plupart des cas, ces séjours parisiens, discontinus, n'excèdent pas sept ou huit ans, soit environ un quart de la carrière moyenne, mais cette durée cumulée peut s'accroître et équivaloir à celle passée à l'étranger avant la nomination à l'ambassade: Beaumarchais est, par exemple, fort proche de cette situation avec 12 ans d'activités au Département et 13 à 14 en poste.

La distribution géographique des missions, pour plus de la moitié situées dans l'espace euro-méditerranéen, permet la promotion, sans que se dégagent de réelles spécialisations, comme ce peut être le cas pour le corps consulaire dans le monde arabo-musulman. Si des prédispositions pour une région du monde s'affirment dans certaines carrières, elles n'ont aucun lien direct avec la formation initiale ou les prédispositions personnelles: aucun des trois diplômés des langues orientales ne sert en Asie où se feront les carrières de Naggiar (Chine, 1908–1927, puis ambassade à Pékin, 1936–1938), de Pila (Chine et Siam, 1889–1926, puis ambassade à Tokyo, 1933–1936) et de Claudel (Chine, 1894–1909, puis ambassade à Tokyo, 1921–1926). Certes l'agréé d'allemand François-Poncet était, de ce point de vue, prédestiné à l'ambassade de Berlin mais Jules Henry qui avait travaillé à Washington de 1913 à 1938, puis avait été appelé à la sous-direction d'Amérique en janvier 1938, est nommé ambassadeur à Madrid en novembre de cette année.

Avant 1914, il n'était pas mauvais non plus de faire un détour par les pays de protectorat, à condition d'être vigilant et de poser ses conditions pour le retour dans la filière habituelle: Bihourd (1886–1887), Constans (1887–1889), Bapst (1902) sont passés par l'Indochine; Jules Cambon arrivait du gouvernement général d'Alger (1891–1897), où ira Revoil (1901–1905), après un séjour à Tunis (adjoint puis résident, 1896–1901), poste qui fut fort fréquenté par les futurs ambassadeurs: Paul Cambon y fut résident (1882–1886), avec Bompard, alors secrétaire général (il séjournera ensuite à Madagascar, 1889–1892), de même Regnault (1886–1890), Alapetite (1906) et, après la guerre, Peyrouton (1933–1936) avant d'être nommé à Rabat de mars à septembre 1936, qu'il quitta pour l'ambassade de Buenos-Ayres et que remplaça Ponsot, Labonne enfin, en octobre 1938 (il avait été secrétaire général au Maroc en 1928, mais il était déjà ambassadeur). L'empire français s'inscrit ainsi dans l'itinéraire professionnel de 8 ambassadeurs sur 66, (non compris les 4 cités pour mémoire).

On peut donc conclure que les services extérieurs assurent de bonnes chances de parvenir au rang d'ambassadeur, malgré l'éloignement du centre politique dont paraissent si proches et *a priori* plus favorisés ceux qui font carrière au Département.

Ils sont 25 dans ce cas, avec les mêmes réserves sur la durée, mais en sens inverse, que pour les agents en poste: ainsi, Labonne et Pila y totalisent 12 années de services, Geoffray, 16, Daeschner, La Boulaye, La Rocca, 19 à 20. Quelques uns n'ont pratiquement jamais occupé un poste à l'étranger avant leur ambassade: Nisard, Georges Louis, Alphand et même Maurice Herbette qui, sur 32 ans de services, n'en a passé que 5 hors de France. Comme les emplois sont plus concentrés et plus hiérarchisés à Paris que les lieux de mission dans le monde, on peut se demander si certaines fonctions directoriales ne sont pas le meilleur tremplin pour devenir ambassadeur. Nisard et Georges Louis peuvent illustrer ce cas de figure: le premier est resté 17 ans à la Direction politique

(sous-directeur, 1881–1885, chargé des Protectorats, 1885–1889, directeur, 1889–1898) avant sa nomination près le Saint-Siège (1898), le second, tout aussi longtemps mais en deux séquences (sous-directeur des Affaires commerciales, 1881–1893, directeur des Affaires consulaires, 1902–1904, directeur politique, 1904–1909) avant sa nomination à Saint-Pétersbourg (1909). Mais ils ne peuvent servir de normes en la matière. En revanche, le passage pendant quelques années dans une fonction de direction (y compris celle du cabinet du ministre) ou de sous-direction ne nuit pas au profil et, peut-être, concourt, le moment venu, à mieux placer le candidat à une ambassade.

29 des 66 ambassadeurs ont, à un moment de leur carrière, occupé une telle fonction, évidemment plus souvent une sous-direction qu'une direction: 11 emplois de cet ordre existent, nonobstant les changements de dénomination et les restructurations, dans l'organigramme central avant 1914, comprenant la direction du cabinet, le protocole, la direction politique et ses trois puis quatre sous-directions, la direction commerciale et consulaire avec ses deux ou trois sous-directions, celle de la chancellerie (celle des archives, pour mémoire). De 1898 à 1914, ces emplois ont eu 44 titulaires: 17 d'entre eux se retrouvent parmi les ambassadeurs, 9 nommés dans l'immédiat avant-guerre, 5 entre 1918 et 1922, les autres dans la suite de la période (Berthelot s'y ajouterait, s'il avait été chef de mission). On peut estimer que ce parcours par l'administration centrale est souhaitable mais non indispensable, puisqu'il n'a pas empêché la promotion de plus de la moitié des autres ambassadeurs. A la limite même, la nomination de sédentaires (ou trop peu périgrins) paraît plus une récompense finale et donc sans avenir que celle des autres: ainsi même parmi les 17 cas mentionnés, 6 seulement auront plusieurs ambassades (Bompard, Raindre, Margerie, Defrance, La Rocca, Arsène Henry).

Ainsi se circonscrit par quelques paramètres tangibles cette élite diplomatique de la III^e République au XX^e siècle. Il est certain que parmi les ministres plénipotentiaires, et qui le sont restés, beaucoup ont, ou auraient eu, des profils professionnels dignes de ceux que le pouvoir politique a promus à l'échelon supérieur. Car le développement de la carrière ne s'accomplit pas seulement en raison des aptitudes et des résultats mais aussi de leur appréciation politique par le gouvernement; il en est de même des convictions personnelles qu'ont, ou sont censés avoir, les agents supérieurs, avant même qu'ils ne le soient... La République a su donner leurs chances à des héritiers de familles, jugées peu républicaines ou „réactionnaires“, comme l'enquête de moralité, préalable au recrutement le montre parfois (Marcilly, par exemple); elle a permis aux noms de l'ancienne aristocratie diplomatique de continuer à la représenter mais elle a aussi épuré le corps par moments (1902, 1924). Ces conjonctures jouent aussi dans la constitution du groupe des ambassadeurs chefs de mission et donc appelés à refléter exactement l'opinion du gouvernement en fonction. Il faut dire que les dossiers n'éclairent absolument pas sur les raisons qui ont déterminé les nominations en conseil des ministres, sauf dans de très rares cas où le ministre a consulté le candidat pressenti sur ses intentions d'accepter tel ou tel poste. Une approche plus intime de cette élite supposerait une autopsie des relations personnelles, non seulement au sein du groupe (avec les effets dynastiques, directs ou indirects, seulement perceptibles sur une séquence plus longue

que celle-ci), mais aussi avec le milieu dirigeant, c'est-à-dire avec les „groupes décisionnels“ de la période. Elle permettrait sans doute aussi de tracer le devenir de cette élite après la retraite administrative de ses membres qui l'ont prise ou „ont été admis à faire valoir leurs droits“, souvent entre cinquante et soixante ans.¹² Ce sont là d'autres perspectives qu'on peut tout juste signaler pour une perception plus sociale et plus sociable de cette élite.

Annexe

Corpus des ambassadeurs (74)

Alapetite, *Gabriel-Ferdinand
 Allizé, *Henri
 Alphand, Charles-Hervé
 Aunay, *Stephen Le Peletier, comte d'
 Bapst, *Edmond
 Bargeton, Louis
 Barrère, *Camille
 Beau, *Paul
 Beauvoil de *Saint-Aulaire*, * Charles de
 Bihourd, *Georges
 Billy, *Robert de,
 Bompard, *Maurice
 Cambon, Jules
 Cambon, Paul
 Charles-Roux, François
 Chassain de *Marcilly*, *Henri
 Chilhaud *Dumaine*, *Alfred
 Claudel, *Paul
 Clauzel, Gaston, Bertrand
 Clinchant, Georges
 Constans, *Ernest
 Conty, *Alexandre, Robert
 Corbin, Charles
 Cosme, Henri
 Coulondre, Robert
 Crozier, *Philippe
 Daeschner, *Emile
 Defrance, *Albert, Jules

¹² Jules Cambon qui la prend à 74 ans, Constans à 76 et Paul Cambon à 77, sont encore à cet égard des exceptions.

Dejean, François
Doulcet, Jean
Delarue de Beaumarchais, Maurice Caron
Doynel de Saint-Quentin, René
Dutasta, Paul
Fleuriau, * Aimé de,
Fontenay, *Joseph de,
François-Poncet, André
Geoffray, *Léon
Georges-Picot, François
Gérard, Auguste
Henry, Arsène
Henry, Jules
Herbette, Jean
Herbette, Maurice
Hermite, Louis
Jacquin de Margerie, Pierre
Jessé-Curely, Gaston
Jusserand, Jules
Kammerer, Albert
Labonne, Eirik
Laroche, Jules
La Boulaye, André Lefebvre de,
Lefèvre d'Ormesson, André
Louis, *Georges
Martel, Damien de,
Massigli, René
Lannes de Montebello, *Louis
Tristan de Montholon, Charles, Jean
Naggiar, Emile
Nisard, *Armand
Victurnien de Noailles, *Emmanuel
Noël, Léon
Paléologue, Maurice
Panafieu, Adrien de,
Patenôtre, Jules
Peretti de La Rocca, Emmanuel de
Peyrouton, Marcel
Pila, Fernand
Pineton de Chambrun, Charles
Ponsot, Henri
Raindre, *Gaston
Regnault, *Eugène

*Reverseaux de Rouvray, * Frédéric Guéau*

*Revoil, *Paul*

Thierry, Adrien

* Dossier personnel (cf. p. 268).

Peter Krüger

Die deutschen Diplomaten in der Zeit zwischen den Weltkriegen

Schon immer galten Diplomaten als Angehörige einer besonders distinguierten Schicht der Gesellschaft, einer faszinierenden Elite, die hochbedeutsame Staatsgeschäfte in einer weltmännischen Atmosphäre der Diskretion und Eleganz behandelte, die den meisten Menschen verschlossen war. Der Beruf des Diplomaten hat in der landläufigen Meinung noch immer etwas vom traditionellen Flair des Exquisiten bewahrt, was man etwa daran erkennen kann, daß Hochstapler und Betrüger bis heute den soignierten Habitus eines angemaßten Konsuls oder ähnlichen Titels als besonders überzeugend und gewinnträchtig einstufen. Und dies, obwohl der Beruf inzwischen seit dem ausgehenden 19.Jh. erheblichen Veränderungen unterworfen, mit großen Mühen, oft recht prosaischer Art, und besonderen Belastungen verbunden und terroristischen Gefahren ausgesetzt ist. Nicht einmal klassische, als unumstößlich geltende Regeln diplomatischer Immunität sind mehr überall anerkannt. Von den historischen Veränderungen des auswärtigen Dienstes muß daher in erster Linie die Rede sein, wenn man die Diplomaten als Elite im 20.Jahrhundert begreifen will – eine Elite im Wandel, von der gesellschaftlich-politischen Standeselite in einem privilegierten Beruf zur Funktions- und Leistungselite im modernen Staat. Und in diesem langen, schon fast ein Jahrhundert anhaltenden Veränderungsprozeß der Diplomaten spielen Frankreich und Deutschland eine herausragende Rolle, und zwar wegen der organisatorischen Lösungen, mit denen sie auf die Anforderungen antworteten, welche die moderne Industriegesellschaft und die zunehmende internationale Verflechtung an Außenpolitik und auswärtigen Dienst stellten.¹

Das starke Anwachsen und die Differenzierung der Aufgaben für die moderne Diplomatie hat eine beträchtliche Ausweitung des auswärtigen Dienstes zur Folge, die sich in Frankreich schon um 1900, in Deutschland erst etwas später bemerkbar machte.

¹ Paul Gordon Lauren, *Diplomats and bureaucrats. The first institutional responses to twentieth century diplomacy in France and Germany*, Stanford, Cal. 1976; Jean Baillou (Hg.), *Les Affaires étrangères et le corps diplomatique français*, Bd. I: De l'ancien régime au Second Empire, Bd. II: 1870–1980, Paris 1984 (Histoire de l'administration française). Eine dieser französischen entsprechende deutsche Geschichte des auswärtigen Dienstes gibt es noch nicht, s. aber, vor allem auch im Hinblick auf die Eliten: Klaus Schwabe (Hg.), *Das diplomatische Korps 1871–1945*, Boppard 1985; Peter Krüger, „Changing structures of the German Foreign Office between the world wars“, in: *Opinion publique et politique extérieure*, Bd. II: 1915–1940, Rom 1984 (internationales Kolloquium in Rom, 16.–20. Februar 1981), S.139–156.

Trotzdem blieb die Gesamtzahl derer, die in den höheren diplomatischen oder konsularischen Dienst eintraten, niedrig und überschaubar, so daß auch von der Zahl her die Voraussetzungen für ihre Stellung als Elite im 20.Jahrhundert gewahrt blieben. Außerdem übten sie stets eine besondere Tätigkeit aus, die den auswärtigen Dienst von allen übrigen Zweigen der Regierung und der staatlichen Verwaltung unterschied, nämlich die Vertretung der auswärtigen Gewalt des Staates, die politische und nicht in der Verwaltung sich erschöpfende Verwirklichung seiner außenpolitischen Ziele.² Das Auswärtige Amt empfand sich ganz deziidiert als „politische Behörde“. Auch dies hat eine herausgehobene Position der Diplomaten zur Folge, die schon von der Sache her nach wie vor die Elitenbildung erleichterte und besondere Kenntnisse, also anspruchsvolle Eingangsvoraussetzungen und gründliche Ausbildung verlangte.

Im Vergleich fällt auf, daß die Franzosen mit den Modernisierungsmaßnahmen vorangingen, sie dehnten sie jedoch – etwa von 1907 bis 1920 – über einen längeren Zeitraum aus als die Deutschen, die zwar das französische Beispiel aufmerksam beobachtet hatten, aber, wie auf so vielen anderen Gebieten auch, vor 1914 in der wechselseitigen Lähmung der Kräfte zu energischen Reformen nicht in der Lage waren. Erst der Zusammenbruch am Ende des Ersten Weltkrieges und der Übergang vom Kaiserreich zur Republik machten den Weg frei für gründliche Reformen, die, teilweise früher schon erörtert und vorbereitet, zwischen 1918 und 1922 zügig durchgeführt wurden. Das war also nicht gerade eine organische Entwicklung, und tiefgehende Brüche bestimmten auch die weiteren Etappen von 1918 über 1933 und 1945 zum Neuaufbau des auswärtigen Dienstes der Bundesrepublik seit 1949. Reformen wurden durch Katastrophen und gewaltsame politische Veränderungen unumgänglich und mußten relativ schnell geschehen. Hierin liegt zugleich der markanteste Unterschied zur französischen Entwicklung, obwohl die Herausforderung durch die moderne Welt und ihre zunehmende Verflechtung für beide Länder dieselbe war und die organisatorischen Antworten darauf sich immerhin ähnelten.

Die Abruptheit der Veränderungen, die schubweisen, den Brüchen der politischen Entwicklung folgenden Umformungen und die Spannung zwischen den unterschiedlichen Ausprägungen im Selbstverständnis der Diplomaten, zwischen den daraus folgenden auseinandergehenden Intentionen und zwischen Fortschritt und Rückfall – deutlich etwa in der ersten Hälfte der 30er Jahre –, gestalteten die Reformen des deutschen auswärtigen Dienstes labil und bescherten ihm eine gewisse Anfälligkeit für akute politische Einflüsse. Eine stetige, sowohl Selbstvertrauen als auch Gewißheit über die eigene Stellung, Leistungsfähigkeit und Aufgabe schaffende Entwicklung gab es nach 1918 höchstens für kurze Zeiträume, im Grunde nur in den 20er Jahren. Sie war also

² Ernst Wolgast, „Die auswärtige Gewalt des Deutschen Reiches unter besonderer Berücksichtigung des auswärtigen Amtes. Ein Überblick“, in: *Archiv des öffentlichen Rechts* 44 N.F. 5 (1923), S.1–112; Ernst Rudolf Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*, Bd. 5, Stuttgart 1978, S.127–129 u. S.742–750; Bd. 6, Stuttgart 1981, S.451–475 u. 508–524; Jost Delbrück, „Auswärtige Angelegenheiten“, in: *Deutsche Verwaltungsgeschichte*, Bd. 4: Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1985, S.147–156 und ders., „Auswärtiges Amt“ in: ebd., S.725–731.

zum Zwecke der Konsolidierung des politisch und gesellschaftlich erschütterten, vor der Notwendigkeit der Neuorientierung stehenden auswärtigen Dienstes nicht lang genug. Dessenungeachtet ist es bemerkenswert, daß es dem Auswärtigen Amt gelang, mit großer Zähigkeit seinen Entwicklungszusammenhang und seine Tradition über alle Umbrüche und Zäsuren deutscher Geschichte hinweg zu bewahren oder wenigstens immer wieder herzustellen.

Der Druck, unter dem der deutsche auswärtige Dienst nach 1918 stand, war ungleich stärker, als das für den französischen der Fall war, der seine Reformen schon weitgehend hinter sich hatte und sich auch sonst innen- und außenpolitisch in einer viel günstigeren Lage befand. Auf die deutschen Diplomaten wirkten sich mehrere einschneidende Veränderungen gleichzeitig aus, einige traten plötzlich ein, andere in der Form gestreckter Prozesse, auf die man zu spät reagiert hatte, aber alle waren sie von langanhaltender Wirkung:

1) Die schwere Niederlage im Ersten Weltkrieg und der Friedensvertrag von Versailles vom 28.6.1919 hatten die außenpolitische Lage des Deutschen Reiches enorm verschlechtert. Die wirtschaftlichen Existenzgrundlagen waren in Gefahr, wichtige Gebiete wurden abgetrennt oder besetzt, die Belastungen der kommenden Jahre erschienen unerträglich, die Entwaffnung beraubte die Reichsregierung ihrer traditionellen militärischen Stärke und den auswärtigen Dienst einer wesentlichen Rückenstütze in der Außenpolitik, während ihr Ansehen vor allem infolge der Verantwortung für diesen furchtbaren Krieg tief gesunken war. Weniger beachtet wurde dabei bisher, daß sich daraufhin auch die innenpolitischen Voraussetzungen künftiger Außenpolitik beträchtlich verschärft hatten und der immer enger werdende Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik sich unmittelbar auf die Politik der von vornherein um ihr Überleben kämpfenden jungen Republik auswirkten. Das erwies sich nicht nur in der Ablehnung des Versailler Vertrags und der Ergebnisse des verlorenen Kriegs überhaupt, sondern auch in den sehr fühlbaren Konsequenzen des Friedensschlusses für jeden einzelnen, die sich drastisch an den Reparationen, den für eine entwickelte Industrienation gefährlichen Einschränkungen der Außenwirtschaft und der Zuflucht zur Inflation zeigten.

Also nicht nur die verbreitete Weigerung, sich mit der Niederlage und dem Friedensschluß abzufinden, setzte die Diplomaten unter politischen Druck, sondern darüber hinaus der komplizierte Tatbestand, daß die Weimarer Republik keinen entschiedenen Bruch mit der Vergangenheit zu vollziehen vermochte und deshalb auf einem sehr labilen Gründungskompromiß gegensätzlicher gesellschaftlicher Gruppen und Interessen beruhte, die sich häufig nur in nationalistischer Ablehnung der Kriegsfolgen einig, im übrigen aber außenpolitisch nicht sehr belastbar waren und den Diplomaten den für eine Elite unentbehrlichen Rückhalt eines in sich geschlossenen Gemeinwesens entzogen – von der weiteren Einschränkung außenpolitischer Handlungsfreiheit und neuer Konzeptionen ganz zu schweigen. Dies wirkte sich im Falle der Weimarer Republik besonders nachteilig aus. Denn die Außenpolitik und die für sie Verantwortlichen sollten nicht nur die auswärtige Lage der Deutschen nach dem Zusammenbruch von 1918 verbessern und damit deren Existenzbedingungen überhaupt, sondern auch die Krise der durch die Niederlage tief verwundeten nationalen Identität – entfernt ver-

gleichbar mit der Situation Frankreichs nach 1871 – überwinden helfen. Das war allerdings um so schwerer, als der ebenfalls tief getroffene nationale Stolz den heftigen, aggressiven Nationalismus der Kriegszeit bei vielen Deutschen – vornehmlich, doch keineswegs allein auf der politischen Rechten – nachhaltig verstärkte.

Daraus entstand ein beträchtlicher Druck, der die Außenpolitik veranlassen sollte, möglichst rasch und erfolgreich im Sinne nationaler Macht und Prestigesteigerung eine spürbare Revision der Nachkriegsordnung herbeizuführen. Weil damit ein allgemein in der Weimarer Republik akzeptiertes Ziel formuliert war, mochte es auch im einzelnen deutliche Differenzen über den Umfang der Forderungen und die einzuschlagende Vorgehensweise geben, kam der Außenpolitik unglücklicherweise auch noch eine integrierende Funktion für die erschütterte und gespaltene deutsche Gesellschaft zu. Das konnte vor allem deswegen zu beunruhigenden Konsequenzen führen, da eine solche politische Grundstimmung und die Ansprüche, die sie hervorbrachte, die deutsche Außenpolitik in einen gefährlichen Gegensatz zu der tatsächlich erforderlichen Anpassung ihrer Ziele und vor allem ihrer Methoden an die neue außenpolitische Situation zu bringen vermochte. All das erschwerte den Diplomaten wie jeder anderen Elite ihre Neuformierung.

Deutschlands diplomatische Elite vertrat immer noch – und fühlte sich weitgehend auch so – eine Großmacht, eine Großmacht allerdings, die vorübergehend ohnmächtig und in wesentlichen Fragen von den Siegermächten abhängig war. Dies kennzeichnet jedoch bloß einen offensichtlichen, eher vordergründigen Aspekt der Lage. Die eigentliche, grundsätzliche Entscheidungen verlangende Herausforderung war schon lange vor dem Ersten Weltkrieg in ihren Umrissen erkennbar und blieb für die Zukunft wirksam: die unabewisbare Anpassung an moderne, sich dynamisch verändernde Verhältnisse, vor allem an die sich rasch ausdehnende internationale Verflechtung. Beides, sowohl dieser grundlegende Veränderungsprozeß der internationalen Beziehungen als auch die schwierige, von Machtverfall und Verlusten gekennzeichnete Lage des Reiches nach 1918, legte eine Revision des außenpolitischen Verhaltens dringend nahe. Es war allein mit den Leitlinien einer auf Handlungsfreiheit und möglichster Bindungslosigkeit beruhenden Großmachtpolitik nicht mehr angemessen zu begründen, noch weniger mit aggressivem nationalistischem Auftrumpfen. Statt dessen war im Sinne optimaler Interessenwahrung als Antwort auf beide Herausforderungen, die der Niederlage und die des langfristigen Strukturwandels, eine Politik der Verständigung, des Interessenausgleichs und der Zusammenarbeit auf der Basis multilateraler Vereinbarungen und Verbindungen geboten. Hiermit wurde der deutschen diplomatischen Elite jedoch nüchterne Erkenntnis der Situation, Lernfähigkeit und Bewußtseinswandel abverlangt.

2) Die Veränderung der außenpolitischen Lage hatte deshalb so alarmierende Konsequenzen, weil sie erheblich verschärft wurde durch die zweite gravierende Veränderung, den Verfassungswandel. Er konfrontierte die Diplomaten mit neuen politischen Strukturen und neuen Machtverhältnissen zwischen den wichtigen gesellschaftlichen Gruppen. Das Irritierende und Gefährliche daran war aber für die Eliten – für alle, nicht nur die Diplomaten –, daß der neue Zustand keineswegs gefestigt war. Aus dem

Zusammenbruch entstanden, hatten sich die neuen republikanischen Strukturen bloß auf Grund der vorübergehenden Schwäche der konservativen Gegenkräfte durchgesetzt; wirklich akzeptiert waren sie nicht, und viele Deutsche hatten den Wandel nur widerwillig oder gar nicht vollzogen. Gerade unter den Diplomaten, die ähnlich wie Militär und Beamenschaft in einer besonderen, traditionsreichen Bindung an die Monarchie gestanden hatten, konnte eine gewisse Distanz zur neuen Verfassung nicht überraschen. Allerdings zeigten sich bald deutliche Unterschiede in ihrem Verhalten. Sie reichten von den wenigen überzeugten Republikanern über die Gruppe derjenigen, denen Republik und Demokratie nicht gerade als politisches Ideal galten, die aber keine Alternative dazu sahen und loyal die neue Verfassung anerkannten, bis zu denen, die sich damit nicht endgültig abfinden wollten und angesichts der Labilität der Republik nicht zu Unrecht gute Chancen für eine spätere Revision der Verfassungsentscheidung von 1919 sahen. Ein banales Beispiel, das die Distanz gegenüber der Verfassung illustrieren kann, ist der hinhaltende und erfolgreiche Widerstand des Botschafters in Rom und späteren Außenministers von Neurath (1932–38) gegen die Bemühungen Stresemanns, auch in Rom am Verfassungstag eine repräsentative Veranstaltung durchführen zu lassen.³ Was die Diplomaten einigermaßen zusammenhielt, waren ihr Korpsgeist und eine historisch in Deutschland tief begründete Tradition der Loyalität und des Dienstes für Staat und Nation, auch wenn es eine Republik war.

Neben diesen grundsätzlichen Auswirkungen hatte der Verfassungswandel weitreichende und konkrete sachliche Konsequenzen. Der auswärtige Dienst erhielt eine andere Position im Regierungssystem. Sie beruhte auf einer neuen politischen Verantwortung gegenüber Parlament und Öffentlichkeit. Sogar ein spezielles Organ der Kontrolle und außenpolitischen Unterrichtung wurde geschaffen, der ständige auswärtige Ausschuß des Reichstages.⁴ Außerdem sahen selbst konservative Diplomaten ein, daß dem Informationsbedürfnis der Presse in weit umfangreicherem Maße als bisher Rechnung getragen werden müsse. Nicht alle leitenden Beamten des auswärtigen Dienstes waren allerdings in der Lage, das neue Verhältnis der Diplomaten zu den Parlamentariern, zur Presse und zu den Interessenverbänden mit der modernen Funktionstüchtigkeit des Auswärtigen Amtes und den Aufgaben des Außenministers adäquat zu verbinden.

In einer noch heute gültigen Form faßte der Ministerialdirektor von Schubert Ende Juni 1923 dieses komplizierter gewordene Verhältnis der Diplomaten zu ihrer Umwelt und seine Regelung anlässlich einer Anfrage des Abgeordneten Stresemann an den Außenminister von Rosenberg zusammen: Stresemann möge gelegentlich mitgeteilt werden, es sei einigermaßen befremdend, „daß er sich in amerikanischen und auch englischen Dingen niemals mit mir in Verbindung setzte. Wie ihm vielleicht bekannt sei, sei ich Chef der entsprechenden Abteilung des Auswärtigen Amts und, trotzdem

³ John L. Heineman, *Hitler's first foreign minister. Constantin Freiherr von Neurath, diplomat and statesman*, Berkely 1979, S.36.

⁴ Siehe Artikel 35 und 78 der Weimarer Reichsverfassung mit Kommentar: Gerhard Anschütz, *Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919. Ein Kommentar für Wissenschaft und Praxis*, Berlin 1929; außerdem Wolgast, Huber und Delbrück.

der Minister natürlich die oberste Verantwortung trage, immerhin doch verantwortlich für eine große Reihe von Amtshandlungen. Ich sei außerordentlich überlastet und jeder auswärtige Besuch bedeute für mich eine neue Bürde. Trotzdem halte ich es für meine Pflicht, jedem Parlamentarier Auskunft zu geben, soweit dies in meinen Kräften stehe. Hiervon machte auch eine ganze Anzahl von Parlamentariern Gebrauch [...] Ein Wink im oben skizzierten Sinne wäre vielleicht [...] ganz nützlich, damit Herr Stresemann, mit dem ich, wenn ich ihn sehe, auf ganz gutem Fuße stehe, sich endlich einmal klarmacht, daß der Minister nicht dazu da ist, auf jede Bagatelle eines Parlamentariers einzugehen. Vielleicht würde Herr Stresemann dann auch für eventuellen späteren Bedarf lernen, wie ein modernes Ministerium arbeitet.⁵

Dies ist nicht nur eine der amüsantesten Geschichten aus dem Weimarer Auswärtigen Amt, es ist zugleich einer der bemerkenswertesten Belege für die Fähigkeit einiger Spitzenbeamter, auf die neuen Rahmenbedingungen der Diplomatie selbstbewußt und mit treffender Analyse der modernen Funktionszusammenhänge zu antworten. Was den Diplomaten in dieser Übergangsphase allerdings sehr geholfen hat, war die Tatsache, daß sie unentbehrlich waren oder wenigstens für unentbehrlich gehalten wurden, auch nach der Novemberrevolution.

Das Ergebnis der Veränderungen im politischen System war für die Elite der Diplomaten nicht sehr erfreulich. Sie mußten sich in einem System zurechtfinden, das zu keiner in sich geschlossenen, von allen wesentlichen gesellschaftlichen Gruppen akzeptierten Form fand und daher dem auswärtigen Dienst keine eindeutige, maßgebende Orientierung zu geben vermochte. Es gab also keine unangefochtene, homogene politisch-gesellschaftliche Elite mehr. Statt dessen machten sich einander zum Teil wie Feinde gegenüberstehende Lager den Charakter einer Elite streitig. Sie wirkten bis in den auswärtigen Dienst hinein, der seine Geschlossenheit nur mühsam durch Korpsgeist und Dienst am Staat in einem recht abstrakten Sinn behaupten konnte. Unter diesen Voraussetzungen war es schon ein Höhepunkt der Identifizierung mit dem bestehenden republikanischen Staat, wenn der Ministerialdirektor Köpke im September 1929 in einer energischen Gegenaktion gegen die Deutsche Adelsgenossenschaft vorging.⁶ Die Adelsgenossenschaft hatte „zum Kampf gegen das System“ aufgerufen. Köpke fügte mit Betonung hinzu, „also gegen den Staat“, und machte damit einmal deutlich, daß beides nicht zu trennen sei. Trotzdem verhielt es sich so, daß die abrupten Veränderungen der Verfassung und des politischen Systems nach 1918 derartige Gegensätze aufrißsen, daß man insgesamt von einer fragmentierten Gesellschaft mit fragmentierten Eliten sprechen muß, in deren Rahmen die Diplomaten keinen klar umrissenen Standort fanden und infolgedessen zumindest in den 30er Jahren zu einer desorientierten Elite wurden. Außerdem zeigte sich, wie schwierig der Übergang von einer gesellschaftlich führenden, aristokratisch geprägten Schicht und Machtelite zur Funktionselite war.

⁵ Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Bonn, Büro Reichsminister, 2, Bd. 4 (K 170 755f.).

⁶ Peter Krüger, „Struktur, Organisation und außenpolitische Wirkungsmöglichkeiten der leitenden Beamten des auswärtigen Dienstes 1921–133“, in: Schwabe (Hg.), Korps, S. 101–169, hier S. 106.

3) Die dritte große Veränderung war ein kontinuierlicher, im eigentlichen Sinne endloser Prozeß, der alle auswärtigen Dienste der entwickelten Industrieländer betraf: Der fortwährende moderne Strukturwandel in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, angetrieben von den Fortschritten in Technik und Wissenschaft und von den modernen Vorstellungen über Organisation und über die Ordnung von Gesellschaft und Staat. Darüber ist schon viel gesagt worden. Auf den auswärtigen Dienst wirkten sich vor allem einige wesentliche Konsequenzen dieses Prozesses aus: Die zunehmende Verflechtung der Welt, die Revolutionierung des Nachrichten- und Verkehrswesens, die wachsende Verquickung von Innen- und Außenpolitik als Folge der Problemverflechtungen und des Anspruchs auf Mitsprache und Mitgestaltung, den alle wichtigen politischen und gesellschaftlichen Kräfte in den auswärtigen Angelegenheiten geltend machten, und schließlich und ganz allgemein die rasch steigende Fülle neuer Aufgaben auf Grund der immer vielfältiger werdenden Bedürfnisse und komplexen Beziehungen der modernen Staaten. Außerdem nahmen immer mehr Institutionen, Parteien, Verbände etc. ihre auswärtigen Kontakte selber wahr. Der Bereich transnationaler Beziehungen dehnte sich aus. Die Folge für den auswärtigen Dienst bestand nicht nur in größerer Arbeitslast und Unübersichtlichkeit der auswärtigen Angelegenheiten, sondern in der Einengung seiner Kompetenz. Gerade das Auswärtige Amt hat mit aller Energie um die Kontrolle und Federführung in allen außenpolitischen Verhandlungen gekämpft und sie im stärkeren Maße gewahrt als andere Außenministerien.⁷

Auch solche eher hinhaltenden Erfolge täuschten nicht darüber hinweg, daß die strukturellen Veränderungen auch insofern die diplomatische Elite erfaßten, als Abgrenzung oder gar Abkapselung immer unzeitgemäßer geworden war und die wachsende Notwendigkeit bürokratischer Organisation den Charakter auch dieser wie jeder anderen, auf politisch-staatlichem Gebiet tätigen Elite beeinflußte. Mehr noch als bis dahin schon wurden die Diplomaten Teil einer umfassenderen Funktionselite, der Reichsbürokratie, einer Säule des modernen Staates im allgemeinen und der Weimarer Republik im besonderen. Diese Tendenz der Einbeziehung kleinerer in solche größeren, durch maßgebende Aufgaben in Organisation und Verwaltung gekennzeichneten Eliten neuerer Art zeigte sich auch in der Tatsache, daß hohe Diplomaten in Spitzenpositionen der Wirtschaftsverbände überzuwechseln begannen.⁸

Die Reformen des auswärtigen Dienstes in den Jahren 1918–1922 sollten dem Modernisierungs- und Anpassungsdruck gerecht werden. Eine Verweigerung hätte rapide sinkende Leistungsfähigkeit und damit Selbstausschaltung einer Elite bedeutet. Verändern mußte sie sich in jedem Fall, so schmerzlich dies auch für ältere Diplomaten sein mochte. Hilfreich war indessen, daß jetzt eine jüngere, schon in modernen Verhältnissen aufgewachsene Generation in die wichtigen Positionen einrückte, Beamte, die einerseits nicht mehr zur bürokratischen Führungsschicht des Kaiserreiches gehörten, andererseits schon gut ausgebildet und erfahren genug waren, um jedem Neuling und

⁷ Ebd., S. 139–144.

⁸ Ebd., S. 154. Insgesamt bringt dieser Beitrag Material, auch in statistischer Form, über die Diplomaten als Elite.

Außenseiter überlegen zu sein.⁹ Es war charakteristisch für die Epochen von 1918 und 1933, daß es in keinem Fall zur gründlichen Auswechselung des Personals kam – ein für Kontinuität und Selbstverständnis der Elite der Diplomaten wesentlicher Punkt. Aber es kam auf Grund der neuen Aufgaben, Betätigungsfelder und Formen der Diplomatie, der rasch steigenden Zahl auswärtiger Vertretungen, Konferenzen und internationaler Organisationen zu einer erheblichen personellen und sachlichen Ausweitung. Spezialisierung der Aufgaben und Differenzierung der Arbeitsweise wurden erforderlich und damit, wenn nicht jede Übersichtlichkeit verloren gehen sollte, zugleich Rationalisierung, zweckmäßige Gliederung und klare Leitungs- und Kompetenzregelungen, die vor allem die enorme Anzahl fortwährend zu treffender Entscheidungen durch sinnvolle Organisation unter einheitlichen Gesichtspunkten zu steuern erlaubte.

Das ging nur durch Bürokratisierung und Professionalisierung, und in der Durchsetzung dieser modernen Organisationsmaßstäbe vollzog sich der Wandel von der Standes- zur Funktionselite. Die Diplomaten waren keine abgehobene, durch Herrschaftsnähe privilegierte Elite mehr; der auswärtige Dienst wurde hineingezogen in innenpolitische Auseinandersetzungen, politische und gesellschaftliche Interessenkämpfe, erhielt allerdings in einem pluralistischen System auch die Chance, durch Kompetenz und Leistungsfähigkeit seine Position auszubauen. Der Umbruch brachte nicht nur Schwierigkeiten und Rückschläge und hatte sich im übrigen schon seit langem angekündigt.

Die Reformen verdiensten daher die Bezeichnung Modernisierung. Neuregelung der Rekrutierung und Ausbildung durch hohe Leistungsanforderungen, Schaffung eines einheitlichen, konsularischen und diplomatischen Laufbahn zusammenfassenden Dienstes, Regionalabteilungen kombiniert mit sachbezogenen Facheinheiten als differenzierendes und koordinierendes neues Ordnungsprinzip, ein die ganze Behörde leitender und kontrollierender Staatssekretär und besondere Berücksichtigung der Wirtschaft und anderer Bereiche moderner internationaler Beziehungen, von der Presse bis zur Kultur: Das waren die herausragenden Merkmale der Reform. Hinzu kam eine größere Mobilität im personellen Austausch mit anderen Ressorts – gelegentlich auch schon mit der Wirtschaft –, was zur Stärkung des Elitebewußtseins einer Reichsbürokratie beitrug, die sich in den politisch schwankenden Verhältnissen der Weimarer Republik ohnehin als eigentlicher Garant des Staates empfand. Im gesamten Vergütungs- und Versorgungssystem wurden nun auch die Diplomaten derselben Struktur unterworfen wie die übrigen Beamten. Vermögen war keine Einstellungsvoraussetzung mehr – eine einschneidende Veränderung. Damit fand aber auch die von den Reformern erstrebte Öffnung gegenüber Außenseitern, eine neue, belebende Mobilität also, enge Grenzen. Nach dem ersten Schub setzte sich ein entschlossener und erfolgreicher Widerstand gegen Außenseiter durch und zwar aus folgenden, für den Wandel der Elite bezeichnenden Gründen (und eben nicht nur als konservative Reaktion):

⁹ Herausragende Beispiele sind die überdurchschnittlich jungen Staatssekretäre von 1922 bis 1936 gewesen: v. Maltzan, v. Schubert und v. Bülow. S. dazu die biographischen Skizzen von Peter Krüger, *Bernhard Wilhelm v. Bülow*. Bonn 1985; ders., *Ago Freiherr v. Maltzan und Dr. Carl v. Schubert*, Bonn 1987.

- Abwehr von Ernennungen aus politischen und gesellschaftlichen Interessen;
- Vermeidung der Gefahr einer „Politisierung“ des auswärtigen Dienstes;
- Zurückweisung von Leuten mit mangelhafter Ausbildung, also Sorge vor einer Verwässerung des hohen Professionalisierungsgrads;
- Sorge vor Verringerung der Aufstiegschancen.

Der Vorteil dieser Entwicklung, ein hoher beruflicher Standard und neue Geschlossenheit des auswärtigen Dienstes, lag ebenso auf der Hand wie ihr Nachteil, die Gefahr der Abkapselung und einer Einengung des Blickfeldes.

Will man die Bedeutung moderner Eliten erfassen, so muß man ihre soziale Position, Rekrutierung, Ausbildung und fachliche Kompetenz, ihr Organisationsvermögen und ihr politisches Verhalten untersuchen, aber auch ihr Vermögen, fachspezifisch den Erfordernissen angemessene Konzeptionen zu entwickeln. Auf Grund der Funktionszusammenhänge moderner Regierungsapparate genügte die Reform des auswärtigen Dienstes allein noch nicht. Sie mußte Teil einer neuen außenpolitischen Grundkonzeption sein, die der internationalen Verflechtung Rechnung trug, und sich einfügen in ein parlamentarisches Regierungssystem, das auf weitgehender politischer Öffentlichkeit beruhte. Auch dies ist einigermaßen gelungen, und zwar mit Hilfe der Verständigungs- politik und des politischen Einflusses, den der Parlamentarier und Journalist Stresemann ausübte, ein Außenminister von außergewöhnlicher Begabung. Allerdings setzte der Niedergang des auswärtigen Dienstes, auch in seiner Stellung als Elite, demnach nicht erst nach der Konsolidierung nationalsozialistischer Herrschaft ein, sondern mit einer gewissen Folgerichtigkeit schon während des Verfalls der Republik und ihrer Institutionen in den frühen 30er Jahren, in der Ära der Präsidialkabinette. Es war die Fehleinschätzung der führenden Diplomaten, daß eine von Parlament und öffentlicher Auseinandersetzung weniger abhängige, die Exekutive stärkende und schließlich autoritäre Züge annehmende Regierungsform eine durchschlagskräftigere Außenpolitik und ihnen selbst mehr Einfluß auf deren Gestaltung sichern würde.¹⁰ Und es ist eine Fehleinschätzung der Forschung, daß es sich hierbei – von gewissen Kontinuitäten in der außenpolitischen Zielsetzung abgesehen – um eine Rückkehr zur Wilhelminischen Epoche und einen Sieg der konservativen Reaktion gegen die Reform des auswärtigen Dienstes gehandelt habe.

Die Feststellung eines der führenden Diplomaten der 30er Jahre, des konservativen Kritikers der Ära Stresemann, Ernst von Weizsäcker, vom 13. März 1933¹¹ ist durchaus treffend: „Man soll nur nicht glauben, daß die Stunde der Reaktion im Sinne der Vorkriegszeit geschlagen habe.“ Weder sollte die moderne, effiziente Organisation beeinträchtigt, noch die außenpolitische Vorgehensweise von vor 1914 wieder aufgenommen werden. Und doch ging schon vor 1933 der Einfluß des auswärtigen Dienstes

¹⁰ Peter Krüger, „Man läßt sein Land nicht im Stich, weil es eine schlechte Regierung hat“ – Die Diplomaten und die Eskalation der Gewalt“, in: Martin Broszat u. Klaus Schwabe (Hg.), *Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg*, München 1989, S. 80–225, hier S. 200–207; Krüger, Struktur, S. 158–166.

¹¹ *Die Weizsäcker-Papiere 1933–1950*, Hg. Leonidas E. Hill, Frankfurt/M., Berlin u. Wien 1974, S. 62.

auf die Gesamtkonzeption der Außenpolitik zurück. Der Reichskanzler zog viele wesentliche Entscheidungen an sich, die Militärs entwickelten sich zu mächtigen Konkurrenten, indem sie nicht ohne Erfolg den Vorrang ihrer Kriegsdoktrinen und rüstungspolitischen Ziele vor außenpolitischen Erwägungen durchzusetzen versuchten, und die Großgrundbesitzer erlangten maßgeblich Einfluß in der Handelspolitik.¹² Andere Eliten konnten also ihren Einfluß in der Politik, gerade auch in der Außenpolitik, zu Lasten der Diplomaten verstärken. Unter der Herrschaft Hitlers, der die Außenpolitik als sein ureigenes Feld betrachtete, setzte sich die Fahrt des auswärtigen Dienstes in die Bedeutungslosigkeit beschleunigt fort, unterstützt von allmählichen Personalwechseln im konservativen Sinne zwischen 1930 und 1936, die das Niveau senkten.

Mit der Hinnahme auch diktatorischer Methoden im Interesse nationalistischer Revisions- und Machtpolitik und mit der Abschirmung der schwierigen Anfangsphase des „Dritten Reiches“ nach außen erleichterten die Diplomaten Hitlers Aufstieg und Machtzentren und leisteten seinen Zielen Vorschub. Die Krise des auswärtigen Dienstes war 1935 offensichtlich. Die länger geplante Umorganisation von 1936, in der die alte beherrschende politische Abteilung neben einer eigenen Wirtschaftsabteilung in neuer Form wiederhergestellt wurde, half da wenig, obwohl diese Konzentration es erleichterte, entscheidende Positionen im Abwehrkampf gegen nationalsozialistische Unterwanderung zu sichern. Zwar brauchte Hitler die Beamenschaft, aber besonders die Reichsbürokratie war für ihn keineswegs so unentbehrlich wie 1918/19 für die damalige Regierung.¹³ Seine Legitimierung hatte er sich auf plebisizitären Wegen geholt, und die Funktionsmechanismen eines modernen, auf Abstimmung der Ressorts und Kabinetsberatung beruhenden Regierungssystems durchbrach er durch seinen persönlichen Führungsstil mit Hilfe bewußter Fragmentierung der Staatsgewalt und Einrichtung von Sonderbehörden. Er war also politisch schon bald nicht mehr auf die Diplomaten oder die übrige Reichsbürokratie angewiesen; sie waren nur noch wichtig als ganz untergeordnete ausführende Organe und für eine funktionierende Verwaltung. Es lohnte nicht einmal mehr, den auswärtigen Dienst mit großem Aufwand nationalsozialistisch zu machen. Weizsäcker erkannte diese für eine Elite existenzgefährdende Situation der Bedeutungslosigkeit, die Abkoppelung von den außenpolitischen Entscheidungen. Um wieder Einfluß zu gewinnen und den großen Krieg zu vermeiden, begrüßte er im Frühjahr 1938, daß mit Ribbentrop ein Nationalsozialist Außenminister wurde, und ließ sich zu dessen Staatssekretär machen, um auf diese Weise wieder im Brennpunkt der Macht Einfluß zu gewinnen – vergebens.¹⁴ Hitler konnte man nicht zu einer anderen Politik veranlassen, man konnte nur noch in den Widerstand gehen.

¹² Klaus-Jürgen Müller, „Deutsche Militär-Elite in der Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs“, in: Broszat, Schwabe (Hg.), S.226–290 u. Hans-Erich Volkmann, „Deutsche Agraréliten auf Revisions- und Expansionskurs“, in: ebd., S.334–388.

¹³ Krüger, „Man läßt...“, S.193–209 u. 214–219.

¹⁴ Weizsäcker-Papiere, S.96, 99, 110 u. 120–122. – Daß eine „Abkoppelung“ des Auswärtigen Amtes keine Besonderheit der 30er Jahre war, sondern manchmal auch heute noch, unter völlig veränderten Verhältnissen befürchtet wird, macht eine Reihe von Artikeln in *Die Zeit* deutlich (17.5., 24.5., 29.7.1985). – Allgemein: Hans-Jürgen Döscher, *Das Auswärtige Amt im Dritten*

Schließlich bleibt noch die Frage, was diese Elite in eine solche Krise gestürzt hatte. Sicher hätte sie allein nicht das „Dritte Reich“ verhindern können. Sie legte aber Verhaltensweisen an den Tag, die bezeichnend auch für das Versagen anderer deutscher Eliten waren. Da zeigte sich als erstes die Gleichgültigkeit gegenüber Verfassungsfragen, die Distanz zur Republik und die gefährlich abstrakte, fast beliebig zu füllende Loyalität gegenüber Staat und Nation. Das bedeutete unzureichende politische Analyse der eigenen Existenzgrundlage als Elite und der modernen Problemverflechtung, die es nicht mehr erlaubte, dem eigenen Tätigkeitsbereich und den damit verbundenen Zielsetzungen unbedingten Vorrang einzuräumen, ihn praktisch herauszulösen aus seinen Begleitumständen. Genau das geschah aber mit der Einengung des politischen Blickfeldes auf die beschleunigte Revision der Versailler Ordnung und auf die nationale Machtsteigerung. Angesichts der Krise der Republik und der Weltwirtschaft am Anfang der 30er Jahre, als man langfristige Strukturplanung brauchte, blieb das Auswärtige Amt zu sehr bemüht, die seiner neuen Führung entgegenkommenden konservativen Tendenzen aufzunehmen. Das geschah aus innen- wie außenpolitischen Gründen: Personalstruktur, Organisation und Diplomatie unterlagen den Augenblicksbedürfnissen einer verschärften Politik der Revisionsforderungen und nationalen Ansprüche mit Hilfe einer nachdrücklich gestärkten Exekutive und auf der Basis einer entschieden konservativen Gesamtpolitik. Damit verband sich die Hoffnung, noch einmal einen politischen Zustand zu erreichen, in der wirkliche Experten, die diplomatische Elite, ohne fortwährende Einflussnahme innenpolitischer Kräfte die Außenpolitik zu lenken vermochten. Aber man endete schließlich in dem verzweifelten Bemühen, das bloße Überleben zu sichern und wenigstens noch die Institution dieser Elite, den auswärtigen Dienst, einigermaßen abzuschirmen gegen nationalsozialistische Durchdringung und Umgestaltung – und sei es durch teilweise Anpassung.

Der mangelnde Sinn für innen- und außenpolitische Konsequenzen machte viele Diplomaten blind für die unabsehbaren Folgen einer Zerstörung des Rechts- und Verfassungsstaates. Das war das wirklich Bedenkliche an dieser eklatanten Mißachtung moderner politischer Problemverflechtung, nicht etwa Revisionspolitik und nationale Machtsteigerung an sich. Dieses einseitig geprägte, politische Bewußtsein machte im Verlauf der 30er Jahre aus einer desorientierten eine überflüssige Elite.

Reich, Berlin 1987, ein aufschlußreiches Buch, das aber seinen umfassenden Titel nicht einlöst und das Thema ungleichmäßig abhandelt.

Peter Grupp

Harry Graf Kessler und das Auswärtige Amt Funktionselite und elitärer Außenseiter

Während in den übrigen Beiträgen dieses Bandes Eliten als Gruppe untersucht werden und vielfach der prosopographische Ansatz gewählt wird, soll hier in anderem methodischen Vorgehen eine Einzelperson als Ausgangspunkt genommen und versucht werden, von ihr ausgehend zu Erkenntnissen über das Ganze zu gelangen.¹

Der Begriff der Elite ist in der einschlägigen Forschung nach wie vor umstritten.² Ohne daß hier auf die Kontroversen innerhalb der Elitologie eingegangen werden soll – am weitesten gefaßt, könnte man Elite als „führende Personen oder Personengruppen innerhalb verschiedener Bereiche einer Gesellschaft“ definieren –, darf der deutsche Auswärtige Dienst,³ wie seine ausländischen Pendants, füglich als Elite verstanden werden, und zwar nach Tradition, Herkunft, Funktion, Ansehen, Ausbildung, Stellung und Selbstverständnis. Gewiß haben sich von Bismarck bis Genscher die Akzente verschoben – wie Peter Krüger in seinem Beitrag hervorhebt, bedeutet das Jahr 1918/19 einen Einschnitt und brachte einen, allerdings nur allmäßlichen Wandel mit sich, indem sich der Auswärtige Dienst von seiner engen Bindung an die traditionelle soziale Elite löste und sich mehr und mehr zur reinen Funktionselite entwickelte. So spielt heute die adelige Herkunft keine Rolle mehr und persönliches Vermögen ist nicht länger Voraussetzung für eine diplomatische Karriere. Dennoch nimmt der Auswärtige Dienst innerhalb des Öffentlichen Dienstes der Bundesrepublik Deutschland weiterhin eine Sonderstellung ein. So ist erst 1990, nach heftiger Auseinandersetzung mit anderen Ressorts, ein spezielles Gesetz über den Auswärtigen Dienst verabschiedet worden; und die Rekrutierung des Nachwuchses erfolgt – sich damit dem in Frankreich allgemein üblichen Verfahren annähernd – über einen Concours, während in den übrigen Ministerien die Aufnahme der Beamtenanwärter nach Aktenlage entschieden wird. Auch das Selbstverständnis ist elitär wie eh und je. Außenseiter haben und hatten es schwer. Wer

¹ Da für den Beitrag nur ein eng begrenzter Raum zur Verfügung stand, beschränken sich die Angaben in den Anmerkungen auf das unumgänglich Notwendige, vor allem Quellenangaben und summarische Literaturhinweise.

² Zum Elitenbegriff siehe den guten Überblick in Brockhaus Enzyklopädie, 191988 sowie Kurt Lenk, „Elite‘ – Begriff oder Phänomen?“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 42 (1982), S.27–37 und Hanns Hubert Hofmann u. Günther Franz (Hg.), *Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit. Eine Zwischenbilanz*, Boppard 1980.

³ Klaus Schwabe (Hg.), *Das Diplomatische Korps 1871–1945*, Boppard 1985.

nicht die Ochsentour gemacht hat, zu einer JahrgangscREW gehört und damit gewissermaßen Stallgeruch hat, muß sich besonders anstrengen, um akzeptiert zu werden. So ist es heute: Der Personalrat des Auswärtigen Amts (AA) pflegt relativ heftig zu reagieren, wenn er den Verdacht schöpft, Kanzler oder Minister versuchten, einen verdienten Partei- oder Schulfreund mit einem Posten im Bereich des Amts zu belohnen oder ihn dorthin wegzuloben. So war es ehedem: Etwa wenn im März 1923 der führende Beamte der Stresemannära, der damalige Ministerialdirektor Carl von Schubert als 1. Vorsitzender der Fachgruppe Auswärtiges Amt des Reichsverbands höherer Verwaltungsbeamter dem Minister Frederic von Rosenberg eine Entschließung der Fachgruppe übermittelt, in der gegen die Übernahme von Außenseitern in höhere Positionen des Dienstes Einspruch erhoben wird, da dadurch die Beförderungsmöglichkeiten, die Motivation, die Rekrutierung guten Nachwuchses und letztlich auch die Funktionstüchtigkeit des Amtes beeinträchtigt würden.⁴ Wirklich gute Leute allerdings haben sich als Außenseiter und Seiteneinsteiger zu allen Zeiten in dieser Elite durchzusetzen vermocht, wenn sie die Spielregeln befolgt haben. Immerhin scheint die Barriere höher als in den diplomatischen Corps anderer Länder gelegen zu haben. In Deutschland ist und war der Weg vom Auswärtigen Amt in die Wirtschaft üblicher und leichter als umgekehrt. In den USA dagegen ist es gängig, daß Wirtschaftsführer als wichtige Finanziers von Präsidentschaftswahlkämpfen mit Botschafterposten ausgestattet werden. Aber auch in Großbritannien und Frankreich, wo es keinen revolutionären Umbruch wie 1918/19 und keinen Neubeginn wie 1951 gegeben hat, die in Deutschland die wichtigsten „Außenseiterschübe“ gebracht haben, scheint im allgemeinen größere Permeabilität und Offenheit geherrscht zu haben. Zu erwähnen wäre aus der uns interessierenden Zeit etwa die Karriere des britischen Botschafters in Berlin Lord D'Abernon; auch Fälle wie Paul Claudel oder Saint-John Perse (Alexis Léger), die, obwohl Botschafter in Tokio und Washington oder Kabinettschef im Quai d'Orsay, dem breiten Publikum doch als Dichter, Académicien und Nobelpreisträger bekannter denn als Diplomaten sind, finden in Deutschland keine Parallele.

Die Einzelperson, bei der angesetzt werden soll, Harry Graf Kessler, gehörte zur Elite seiner Zeit, genauer gesagt, zu mehreren Eliten: zur gesellschaftlich-ökonomisch-sozialen durch Herkunft; zur künstlerisch-literarisch-kulturellen durch Interesse, Neigung und Engagement; letztere brachten ihn auch in eine führende Rolle in den Kreisen des deutschen Pazifismus und, verbunden mit einer gewissen Dosis an Sendungsbewußtsein und Ehrgeiz, ließen ihn Zugang zur politisch-diplomatischen Elite suchen. Es gibt im 20. Jahrhundert keine „Mehrzweckelite“ (Karl Ferdinand Werner) mehr, wie sie einst der Adel dargestellt hat. Vielmehr herrscht Elitenpluralismus. Führungsschichten aus verschiedenen Lebens- und Gesellschaftskreisen stehen nebeneinander, oft in Konkurrenz, z.T. in Konflikt zueinander. Besonders politisch-administrative Funktionseliten fallen in der Regel nicht mit intellektuell-kulturellen Werteeliten zusammen, was

⁴ *Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Aus dem Archiv des Auswärtigen Amts*, Serie A: 1918–1925 und Serie B: 1925–1933, Göttingen 1966 ff. (=ADAP), hier: A VII, Nr. 176, Anm. 2.

sich u.a. in der in den Beiträgen von Christophe Charle und Jean-François Sirinelli angesprochenen Schwierigkeit bei der Definition der letzteren zeigt. Dennoch zerfällt die Gesamtelite eines Volkes nicht in scharf voneinander abgetrennte Einzeleliten; die diversen Segmente überschneiden sich vielmehr ständig und oft notwendigerweise. Mäzene etwa bilden eine Brücke zwischen den kulturellen, ökonomischen und politisch-administrativen Führungsschichten. Gerade diese Schnittpunkte und Überlappungen aber sind besonders interessant. Die Beziehungen der sozialen und ökonomischen Eliten zum Auswärtigen Dienst sind recht gut erforscht; lange Zeit war es fast unabdingbare Voraussetzung, zu ihnen zu gehören, um Zutritt zur Funktionselite des AA zu erhalten. Ganz anders steht es mit den kulturellen Eliten. Sie haben zumindest in Deutschland wenig Berührungspunkte mit dem diplomatischen Corps. Harry Graf Kessler steht aber an einem dieser interessanten Schnittpunkte, und an seinem Beispiel lässt sich zeigen, in welchem Verhältnis das elitäre Corps Auswärtiges Amt zu einem Vertreter jener Eliten gestanden hat, mit denen es sonst wenig Gemeinsamkeiten gegeben hat. Einerseits kann gefragt werden, in welchen seiner Eigenschaften Kessler vom AA akzeptiert worden ist; andererseits ist es der Nachfrage wert, wie Kessler selbst, als Individuum, zu dem Corps gestanden hat, ob er in seine Aktivität als Diplomat Ideen, die mit seinen anderen Lebens- und Tätigkeitsbereichen verbunden waren, einzubringen versucht hat, und wenn ja, wie ihm das gelungen ist – zu denken wäre an den kulturellen Kosmopolitismus und sein Engagement als Pazifist –, oder ob er sie momentan ausgeblendet hat, um dann gewissermaßen ganz in die Diplomatenrolle zu schlüpfen. Die Untersuchung der Beziehungen Kesslers zum Auswärtigen Dienst, diese konkretisierte Schnittstelle zwischen elitärem Individuum und elitärer Gruppe im kaiserlichen, revolutionären und republikanischen Deutschland kann nicht nur die eine oder andere neue Erkenntnis über den Menschen Kessler, sondern auch über die Institution Auswärtiges Amt bringen und dadurch zum Verständnis moderner Eliten beitragen.

Zu Kesslers elitärer Stellung nur einige Andeutungen:⁵

Er wurde 1868 in Paris geboren. Die Mutter stammte aus irischem Adel. Der Vater wurde dank des Wohlwollens des der Familie persönlich verbundenen Kaisers Wilhelm I. 1879 geadelt und bereits zwei Jahre später in den Grafenstand erhoben; er leitete als Teilhaber eines Bankhauses dessen Pariser Filiale und war so vermögend, daß der Sohn als Erbe bis in die Weltwirtschaftskrise hinein völlige finanzielle Unabhängigkeit genießen konnte. Kessler wuchs dreisprachig auf, besuchte Schulen in Paris, Ascot und Hamburg, studierte Jura in Bonn und Leipzig, hospitierte bei den Bonner „Borus-sen“ und diente bei den Garde-Ulanen in Potsdam. Dieser Background hätte ihm -

⁵ Zum folgenden und zu Kessler allgemein siehe: Harry Graf Kessler, *Gesammelte Schriften in drei Bänden*, Hg. Cornelia Blasberg u. Gerhard Schuster, Frankfurt/M. 1988; Harry Graf Kessler, *Tagebuch eines Weltmannes. Eine Ausstellung des Deutschen Literaturarchivs im Schiller-Nationalmuseum*, Bearb. Gerhard Schuster u. Margot Pehle, Marbach am Neckar 1988; Hans-Ulrich Simon (Hg.), *Eberhard von Bodenhausen – Harry Graf Kessler. Ein Briefwechsel 1894–1918*, Marbach am Neckar 1988; Karl-Heinz Hense, „Harry Graf Kessler. Eine biographische Skizze“, in: *Liberal* 3 (1988), S.127–134.

normalerweise nach dem im Jahre 1900 abgelegten Assessorexamen, jenem eigentlichen Reifezeugnis für den höheren Staatsdienst, das Tor zur Diplomatenkarriere öffnen müssen. Der in mehreren Anläufen, zuletzt 1902 versuchte Einstieg in die Funktionselite des diplomatischen Dienstes ist dennoch stecken geblieben. Hier zeigt sich, daß bei der Aufnahme ins AA mit einer ganzen Reihe von Unwägbarkeiten zu rechnen war. „Objektive“ Kriterien wie eine Aufnahmeprüfung gab es nicht – erst nach der Vorbereitungszeit erfolgte die ab und an wohl auch manipulierte diplomatische Staatsprüfung, und selbst wenn die Voraussetzungen: gute Herkunft, möglichst adelig, ausreichende finanzielle Ausstattung, Jurastudium und Sprachkenntnisse stimmten – was für Kessler alles zutraf –, mußten auch Person, Auftreten, Persönlichkeit und persönliche Beziehungen des Kandidaten passen. Worauf Kesslers Mißerfolg zurückzuführen ist, bleibt unklar. Es gibt Hinweise darauf, daß Reichskanzler Bülow oder Friedrich von Holstein opponiert haben, eventuell ist der ins Auge fallende überrasche Aufstieg der Familie in den Grafenstand scheel angesehen worden oder das zu selbstsichere Auftreten des nicht mehr ganz jungen und zu mondänen Bewerbers als nicht adäquat beurteilt worden.

Möglicherweise ist das Scheitern aber auch darauf zurückzuführen, daß Kessler sich schon frühzeitig einen zweiten Lebenskreis erschlossen hatte; Zweifel an seiner letzten Entschlossenheit, die diplomatische Karriere einzuschlagen, sind jedenfalls nicht auszuschließen. Sein künstlerisches Interesse hatte ihn schon während des Studiums in die Welt der Maler und Literaten geführt. Ohne selbst künstlerisch kreativ zu sein, entwickelte er sich zum Kunstexperten, Kritiker und vor allem zum großzügigen Mäzen. Auch hier nur Stichworte: Künstlergenossenschaft PAN, ehrenamtlicher Leiter des großherzoglichen Museums für Kunst und Kunstgewerbe in Weimar, Deutscher Künstlerbund, Förderer der Avantgarde, besonders auch der ausländischen und speziell der französischen, Organisator von Ausstellungen, Vortragsredner, Freund schöner Bücher, die er unter immensen Kosten auf der eigenen Cranach-Presse drucken läßt. Nach dem Weltkrieg dann noch ein dritter Lebensraum – ohne daß die beiden anderen aufgegeben worden wären: Kessler stellt sich vorbehaltlos auf den Boden der Republik, wird Mitglied von DDP, Bund Neues Vaterland, Liga für Menschenrechte, tritt ins Präsidium der Deutschen Friedensgesellschaft ein und übernimmt den Vorsitz der Weltjugendliga. Bei zahlreichen Organisationen und in unzähligen Veranstaltungen des linksliberal-pazifistischen Spektrums militiert er für Völkerbund und internationale Friedensordnung. Sein Pazifismus ist gemäßigt, bleibt stets im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung. Die Aktivitäten in den hier kurz umrissenen Lebensbereichen verschafften ihm einen Bekannten- und Beziehungskreis, der an Quantität aber auch an Qualität seines gleichen suchen dürfte, von dem seine minutiös geführten Tagebücher⁶

⁶ Das Deutsche Literaturarchiv in Marbach am Neckar besitzt die fast vollständige Sammlung der Kesslerschen Tagebücher (= Marbach, Tagebücher); die bekannte Auswahledition Harry Graf Kessler, *Tagebücher 1918–1937*, Hg. Wolfgang Pfeiffer-Belli, Frankfurt/M. 1982 (= Kessler, Tagebücher) ist leider, besonders was Kesslers politisch-diplomatische Aktivitäten angeht, äußerst lückenhaft.

Zeugnis ablegen und dessen stets wachsender Umfang auch darauf zurückzuführen ist, daß er kaum einmal mit jemandem wegen unüberbrückbarer Differenzen gebrochen hätte. Er war Vermittler, médiateur, par excellence.

Die Verbindungen zur Diplomatie sind nach dem Scheitern seiner Bewerbung zunächst nur sehr oberflächlich. Eine Episode aus dieser Zeit ist jedoch beachtenswert. Angesichts der deutsch-britischen Spannungen im Zeichen von Marokkokrise, Bagdadbahn und Flottenrüstung entwickelt er Pläne, um zu einer détente beizutragen. Die Mittel, die er einsetzt, sind eine deutsche Kunstausstellung in London, Vorträge über das Thema „Kunst und Patriotismus“ und vor allem ein öffentlicher Briefwechsel, in dem Künstler, Literaten und Wissenschaftler beider Länder ihrem Wunsch nach Verbesserung der Beziehungen Ausdruck geben. Die Aktion findet einige Aufmerksamkeit, ändert natürlich den Lauf der Ereignisse nicht.⁷ Sie ist jedoch typisch für Kesslers Sicht der Dinge und zeigt seinen Glauben, ein hervorragender Einzelner oder eine elitäre Gruppe könnte durch persönliches Engagement Einfluß auf die politischen Verhältnisse nehmen, unabhängig von den bürokratischen, politischen oder gar ökonomischen Strukturen.

Der Erste Weltkrieg bringt Kessler dann direkt in den Amtsbereich des AA.⁸ Zunächst als Offizier an der Ostfront, dann im Westen eingesetzt, wird er im Sommer 1916 durch Vermittlung einflußreicher Freunde ins AA kommandiert und von diesem der Gesandtschaft in Bern attachiert. Jetzt, in außergewöhnlicher Krisensituation, sind seine Außenseiterqualitäten gefragt. Er erhält den Auftrag, in der in Hinblick auf mögliche Friedensvermittlungen wichtigen neutralen Schweiz die deutsche Kulturpropaganda zu organisieren, eine Angelegenheit, um die sich die deutsche Diplomatie bis dahin nicht gekümmert hatte, für die ihre Kompetenzen begrenzt waren und für die ihr die Instrumente fehlten.⁹ Überdies soll er sich darum kümmern, Friedensmöglichkeiten zu sondieren. Auch hierfür bringt er die nötigen Voraussetzungen mit, nämlich seine zahlreichen internationalen Beziehungen aus Gesellschaft und Kultur. Beiden Aufgaben ist er durchaus gerecht geworden, wenn auch mit etlichem Ärger im Detail und umstandsbedingt ohne durchschlagenden Erfolg.¹⁰ Im Rahmen dieser Tätigkeit reist er häufig nach Berlin, wo es ihm im Sommer 1918 gelingt, sich auch in die deutsch-russischen Verhandlungen über den Ergänzungsvertrag zum Frieden von Brest-Litowsk einzuschalten. Im institutionellen Chaos der Spätphase des Kaiserreichs, die besonders durch den personellen und konzeptionellen Gegensatz zwischen Auswärtigem Amt und Oberster Heeresleitung geprägt war, eröffnen sich Freiräume für das Eingreifen ambitionierter Privateute und halbamtlischer Vermittler. Kessler mit seinen Beziehungen und Kontakten kann hier die nicht unbedeutende Rolle eines Katalysators spielen, ohne selbst die entscheidenden Verhandlungen zu führen. Wichtig für die

⁷ Aktenmaterial dazu in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn (= PA), IA, England 78, Bd. 46.

⁸ Siehe dazu Peter Grupp, „Harry Graf Kessler als Diplomat“, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 40 (1992), S. 61–78.

⁹ Kurt Düwell, *Deutschlands auswärtige Kulturpolitik 1918–1932. Grundlinien und Dokumente*, Köln u. Wien 1976.

¹⁰ PA, Akten der Gesandtschaft Bern, Nr. 1373–1378 sowie IA, WK 2 geh. passim.

Zukunft wird dabei sein enges Zusammenarbeiten mit Stresemann, der selbst bei dieser Gelegenheit erstmals ernsthaft in die Außenpolitik eingreift. Diese Rolle im Schatten – Kessler selbst spricht einmal von „unserer Verschwörung“¹¹ – sollte ihn später aber wohl auch dazu verführen, seine Möglichkeiten zu informeller Einflussnahme, unabhängig von amtlichen Funktionen, maßlos zu überschätzen.

Seine Leistungen in Bern und Berlin sind höheren Orts durchaus anerkannt worden, denn Mitte November 1918 wird er zum Gesandten in Warschau ernannt.¹² Dort ging es darum, die Verhandlungen über die Rückführung des deutschen Ostheeres durch Polen zu leiten und, wichtiger noch, den Versuch zu machen, in einem Moment, da sich das internationale System im Umbruch befand, in letzter Minute das Abschwenken Polens ins Lager der Entente zu verhindern. Die beim Generalgouvernement in Warschau tätigen kaiserlichen Diplomaten schienen dazu denkbar ungeeignet. Dagegen bot sich der aus dem „Ancien régime“ unbelastete Kessler an, zumal man glaubte, seine guten persönlichen Beziehungen zu Piłsudski, einer der Schlüsselfiguren auf polnischer Seite, ausnutzen zu können. Kessler hat sich in den vier Wochen seiner Mission recht wacker geschlagen, Entscheidendes aber nicht erreicht. Niemand an seiner Stelle hätte das allerdings vermocht.

In Warschau amtierte er zwar ganz offiziell als deutscher Gesandter, war damit aber noch nicht ordentlicher Angehöriger des Auswärtigen Dienstes, denn seine Entsendung war offenbar informell aufgrund eines gentlemen's agreement zustande gekommen.¹³ Doch hätte im Jahre 1919, zu einer Zeit, da es einen regelrechten Außenseiterschub gegeben hat, seiner endgültigen Übernahme wohl nichts entgegengestanden. Sein Name wurde damals und in der Folgezeit auch immer wieder für diverse Botschafter- und Gesandtenposten genannt. Wenn er dennoch nicht definitiv in die Diplomatenkarriere eingetreten ist, so weil er selbst es letztlich nicht mehr gewollt hat. Er befindet sich in dieser Zeit – ganz im Einklang mit der „offenen“ politischen und institutionellen Situation Deutschlands – in einer besonders hektischen Phase seines Lebens. Er spinnt zahlreiche innen- wie außenpolitische Pläne, sieht Aufgaben von höchster Bedeutung für sich. „Mir bliebe als einzige wirkliche, allerdings weltpolitische Aufgabe die Anknüpfung mit Frankreich und England.“¹⁴ Er bewegt sich voller Exaltiertheit in Sphären, wo es ihm offensichtlich längst nicht mehr genügen würde, in irgendeiner Hauptstadt einen banalen Gesandtenposten zu übernehmen. Am 24. Juni 1919 schreibt er: „Ich habe so, wie ich bin, eine einflußreichere Stellung, als wenn ich, wie die Zeitungen mich immer wieder avancieren lassen, Minister des Äußeren wäre!“¹⁵ Kessler glaubt, als

¹¹ Marbach, Tagebücher, 8.7.1918; die Tagebücher sind die wichtigste Quelle zu dieser Episode.

¹² Aus Kesslers diplomatischer Tätigkeit ist bisher nur diese Episode in der Forschung behandelt worden; Kurt Georg Hausmann, „Piłsudski und die Mission des Grafen Keßler in Polen. Ein Fragment deutsch-polnischer Beziehungen in November/Dezember 1918“, in: *Geschichte und Gegenwart. Festschrift für Karl Dietrich Erdmann*, Hg. Hartmut Boockmann, Kurt Jürgensen u. Gerhard Stoltenberg, Neumünster 1980, S.233–273.

¹³ Im AA scheint nie eine Personalakte für Kessler angelegt worden zu sein.

¹⁴ Kessler, Tagebücher, 28.12.1918, S.83.

¹⁵ Kessler, Tagebücher, S.192.

elitäres Individuum seine Ideen auf dem Gebiet der Politik durchsetzen zu können, wie er dies im Kulturleben versucht und zum Teil auch erreicht hat. In der Außenpolitik scheitert er damit aber recht kläglich. So gelingt es ihm nicht im entferntesten, seine persönlichen Ideen für einen Völkerbund durchzusetzen, die er den Plänen der Entente, aber auch dem amtlichen deutschen Gegenentwurf entgegenstellt. Er spricht mit einer Unmenge von Kontaktpersonen, inner- und außerhalb von Ministerium und Regierung und in allen politischen Kreisen, sitzt letzten Endes aber auch zwischen allen Stühlen.

In der Zeit nach Unterzeichnung des Friedensvertrags von Versailles und der Inkraftsetzung der Weimarer Verfassung hält Kessler zwar weiter Kontakt zum Amt, verkehrt bei seinen Auslandsreisen auf den deutschen Botschaften, spricht mit fremden Diplomaten und liefert darüber mündliche Berichte. Doch kommt es zu keiner vertieften Zusammenarbeit. Zwischen der wenig konstruktiven deutschen Außenpolitik dieser Jahre und Kesslers Engagement für Völkerbund und internationale Zusammenarbeit gab es wohl einfach zu wenig Affinitäten. Zwar war er 1922 auch in Genua, aber ohne jegliche amtliche Rolle. Er hatte sich dem befreundeten Walther Rathenau schlicht aufgedrängt.

Im Jahre 1923 änderten sich die Dinge. Mit der Ruhrbesetzung war die Diplomatie in eine Krise geraten. Traditionelle Vorgehensweisen griffen nicht mehr. Frankreich probte mit der militärischen Besetzung eine Fortsetzung der Diplomatie mit anderen Mitteln, und Deutschland konterte mit dem ebenfalls „undiplomatischen“ Gegenmittel des passiven Widerstands. Die Sackgasse, in die die Außenpolitik damit geraten war, wurde bald offenbar, und es mußten Auswege gesucht werden. Damit kam die Stunde offiziöser und informeller Sondierungen und Kontakte. Und hier fand sich auch wieder ein Part für Kessler.

Ende Januar reist er von Paris nach Berlin, um dem ihm persönlich bekannten Außenminister Rosenberg Vortrag über seine Eindrücke zu halten. Daraus entwickelt sich im folgenden ein abgestimmtes Wechselspiel zwischen AA und Kessler. Gefördert wird die Kooperation ganz besonders durch seine enge, aus der Berner Zeit datierende Bekanntschaft mit Schubert, der jetzt im AA ganz stark in den Vordergrund tritt und so etwas wie die Rolle eines Staatssekretärs für Westfragen einnimmt. Im März fährt Kessler nach London, um durch private Kontakte mit der liberalen und sozialistischen Opposition die amtlichen deutschen Versuche abzustützen, die darauf zielen, die britische Regierung zum Eingreifen in den Ruhrkonflikt zu bewegen.¹⁶ Das Ergebnis ist zwar nicht durchschlagend, aber ein gewisser taktischer Erfolg wird doch erzielt, und Schubert meint, Kesslers Tätigkeit sei „eine sehr wichtige Ergänzung der ganzen Sache“.¹⁷ Aufgrund seiner Londoner Erfahrungen wird er bei der Vorbereitung der deutschen Reparationsnoten vom 2. Mai und 7. Juni beteiligt und anschließend im Juni er-

¹⁶ ADAP, A VII; Kessler, Tagebücher, S.377–406; Marbach, Tagebücher.

¹⁷ ADAP, A VII, Nr. 150.

neut in London eingesetzt, um in den Fragen passiver Widerstand und Völkerbund zu sondieren.¹⁸

Im Spätsommer reist er dann in die USA, nachdem er als erster Deutscher zur Tagung der American Academy of Political and Social Science in Williamstown eingeladen worden war. Mittlerweile hatte sich gezeigt, daß eine Lösung der Reparationskrise ohne Eingreifen Amerikas kaum möglich sein würde, und das Amt bemühte sich verstärkt um die Gewinnung der dortigen Öffentlichkeit. Hierzu waren aber angesichts der amerikanischen Mentalität private Initiativen gefragter als amtliche. Das Amt stimmt sich mit Kessler ab, informiert ihn vor Reiseantritt eingehend über die politische Lage und die deutsche Position, führt ihn bei der Washingtoner Botschaft ein und bittet ihn, den Aufenthalt zu nutzen, um mit führenden amerikanischen Politikern zu sprechen.¹⁹

Jedoch war dieser USA-Mission ein sehr bezeichnendes Tauziehen vorausgegangen. Kessler hätte gerne seine Tätigkeit in London fortgesetzt, zumal er augenscheinlich die Möglichkeit sah, auf diesem Wege die deutsche Außenpolitik in seinem Sinne, d.h. speziell in Richtung auf einen Völkerbundsbeitritt, zu beeinflussen. Auch Rosenberg, Reichskanzler Cuno und Stresemann²⁰ neigten dazu, Kessler weiter in London einzusetzen, letzterer sogar ganz dezidiert. Ganz offensichtlich war es aber der Amtsapparat mit Schubert an der Spitze, der Kessler zur Annahme der amerikanischen Einladung gedrängt hat. Im ersten Halbjahr 1923 hatte das AA Kessler als Trumpf eingesetzt; nun jedoch entwickelt er wohl zuviel Eigeninitiative, beginnt seinen persönlichen Draht zu den führenden Politikern bis hin zum Reichspräsidenten auszuspielen. Gegen diese Versuche zu direkter Einflußnahme auf die deutsche Außenpolitik setzt sich das Amt zur Wehr, drängt ihn höflich, aber bestimmt auf ein anderes, genehmeres Tätigkeitsfeld ab. Im Anschluß an sein recht erfolgreiches Auftreten in Amerika versucht Kessler sich dann erneut in die Berliner Außenpolitik einzuschalten, stößt mit seinen diversen Plänen im AA jedoch wieder auf diskreten, aber hinhaltenden Widerstand. Er wird abgeblockt. Besonders deutlich, als Stresemann, nun Außenminister, ihm am 22. Dezember 1923 den Londoner Botschafterposten anbietet. Es ist Schubert persönlich, der sich dieser Ernennung widersetzt und sie erfolgreich sabotiert. Ganz offensichtlich fürchtete er, zumal sein Verhältnis zu Stresemann zu dieser Zeit noch nicht die spätere vertrauliche Qualität erreicht hatte, daß dem Amt die Kontrolle über Kessler, der eben nicht in den Apparat integriert und diesem untergeordnet war und der zweifellos als Botschafter weiterhin seine persönlichen Beziehungen zu den führenden Politikern gepflegt hätte, entgleiten könnte. Sichtlich enttäuscht weicht Kessler auf eine weitere, nun nicht mehr mit dem Amt abgestimmte sechsmonatige Propagandatour in die USA aus. Der bürokratische Amtsapparat hatte sich erfolgreich gegen den Außenseiter zur

¹⁸ Marbach, Tagebücher; PA, Handakten Direktoren, Schubert, Schriftverkehr E, Bd. 5 bis 7; ADAP, A VII u. VIII.

¹⁹ PA, Abt. III, USA, Pol. 26, Bd. 4 u. 5; ADAP, A VIII, Nr. 89.

²⁰ Marbach, Nachlaß Kessler, Brief Stresemanns an Kessler vom 22.6.1923 (83.412/1); zum ganzen Vorgang sind die unveröffentlichten Tagebücher im Literaturarchiv Marbach sehr wichtig.

Wehr gesetzt, und selbst der Minister hatte sich diesem Apparat, dem er als Politiker ja selbst nicht angehörte, auf den er letztlich aber angewiesen war, beugen müssen. Als Gelegenheitshelfer war Kessler, nachdem er einmal in die Schranken verwiesen war, jedoch weiterhin willkommen. Und so wird er im Sommer 1924 erneut eingesetzt, als der britische Premierminister MacDonald zur Herbsttagung des Völkerbunds nach Genf reist und die deutsche Regierung um die Entsendung eines Verbindungsmannes bittet. Kessler ist hierfür die richtige Wahl: Er kennt MacDonald, Stresemann und Schubert persönlich, hat gute Kontakte zu den Genfer Kreisen, ist bekannt als Verfechter des Völkerbunds, und da er in Genf als Privatmann auftritt, könnte die deutsche Regierung durch seine Gespräche auch nicht vorschnell festgelegt werden. Dennoch ist es im Verlauf der Mission zu Schwierigkeiten gekommen, wie sie für solche Aktionen der Paralleldiplomatie wohl oft unvermeidlich sind: Konflikte mit den amtlichen diplomatischen Vertretern hinsichtlich Zuständigkeit und Lagebeurteilung, Erregung von Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit, Fragen nach dem Status und Kritik an der Person aus partei- und innenpolitischen Gründen. In London, im Jahre 1923, war alles gut gegangen. Vor allem, weil Botschafter Stamer sich loyal und bereit zur Kooperation gezeigt und die Aktion keine öffentliche Aufmerksamkeit erregt hatte. Anders in Genf: Das Interesse des Publikums ist groß, und Kesslers Auftreten bleibt nicht unbemerkt. Die nationale Opposition in Deutschland schlägt Alarm gegen den pazifistischen Völkerbundsfreund mit Regierungsauftrag, und Stresemann gerät in eine Zwickmühle: Aus innenpolitischen Gründen muß er dementieren, daß Kessler in amtlicher Eigenschaft in Genf sei; er darf ihn aber auch nicht zu sehr desavouieren, da sonst seine Beziehungen zu MacDonald und der Völkerbundsführung entwertet und diese brüskiert würden. Darüberhinaus ergeben sich Meinungsverschiedenheiten zwischen Kessler und dem Berner Gesandten Adolf Müller hinsichtlich der Beurteilung der Voraussetzungen für einen deutschen Völkerbundsbeitritt.²¹

Möglicherweise haben diese Begleitumstände seines Auftretens in Genf dazu beigetragen, daß Kessler fortan nicht mehr zu vertraulichen Missionen herangezogen worden ist. Ebenso wichtig ist, daß seine Dienste in der Zeit nach der Beilegung der Ruhrkrise, als die normalen Instrumente der Diplomatie wieder besser griffen, nicht mehr so sehr gebraucht wurden. Kessler gerät zunehmend ins Abseits, Resignation schleicht sich ein, und er bricht gesundheitlich zusammen. Ein letztes Mal taucht er 1935 in den Akten des AA auf: Von der Gestapo überwacht, im Exil auf Mallorca.²²

Zum Abschluß ein Resümee:

- 1) Kesslers diplomatische Karriere weist wenig Kontinuität auf, und es ist evident, daß seine Aktivität in Krisen- und Umbruchszeiten fällt: Weltkrieg, unmittelbare Nachkriegszeit, Ruhrkrise. Zeiten, in denen die Kompetenzverhältnisse nicht eindeutig waren und als neue Aufgaben auf den Auswärtigen Dienst zukamen, für die er nicht vorbereitet war, und Situationen, in denen die vorhandenen Strukturen und Organe versagten: Kulturpropaganda, Imagepflege und offiziöse Sondierungen; Anbahnung

²¹ PA, Büro RM 46, Bd. 2; Büro StS, Vögen, Bd. 2; Referat Völkerbund, Deutschland, Bd. 7.

²² PA, Referat Deutschland, Inland II A/B, 83–75, Bd. 6.

neuer Kontakte, die von den kompromittierten Vertretern des alten Regimes nicht geleistet werden konnte; Zusammenarbeit mit den Oppositionsparteien eines fremden Staates, was für die amtlich akkreditierten Vertreter unmöglich war. Für solche Aus hilfsfunktionen war ein Außenseiter wie Kessler von Wert.

2) Kessler ist mit seiner Vorstellung, als elitärer Einzelner aus unabhängiger Stellung heraus Politik beeinflussen zu können, gescheitert. Im 20.Jahrhundert ist Politik, die sich nur auf persönliche soziale Beziehungen stützt, kaum noch möglich. Ein Einzelner kann sich im Zeitalter der bürokratischen Apparate mit seinen Vorstellungen nur noch durchsetzen, wenn er diese Apparate beherrscht und sie sich zunutze macht. Das Gespann Stresemann-Schubert ist hierfür ein herausragendes Beispiel.

3) Wohl aber kann sich der Apparat des Einzelnen bei Bedarf bedienen. Die Funktionselite des Auswärtigen Amtes hat Kessler als Person akzeptiert, weil er den gleichen gesellschaftlich-sozialen Background hatte wie sie selbst: Herkunft, Geld, Erziehung, Umgangsformen und soziale Kontakte. Man traf sich in den Salons und empfing Kessler deshalb auch in den Büros. Seine Zugehörigkeit zur kulturellen und pazifistischen Elite wurde zwar toleriert, machte ihn dennoch zum Außenseiter, war in besonderen Situationen wiederum willkommen, wenn der reguläre Apparat überfordert war. Der selbe Apparat setzte sich jedoch energisch und erfolgreich zur Wehr, wenn der Außen seiter die ihm bestimmten Grenzen zu überschreiten und sich zu sehr in den Vordergrund zu drängen drohte.

4) All dies erklärt auch, warum Kessler nach 1918, als es möglich gewesen wäre, nicht als Karrierediplomat ins AA eingetreten ist. Das hätte Anpassung, Unterordnung, Abstriche an der Individualität bedeutet. Dazu war Kessler auf Zeit zweifellos fähig – nicht aber auf Dauer. Er war allumfassend interessierter Kulturmensch und hob sich damit von den seit Beginn des 20.Jahrhunderts und verstärkt seit dem Weltkrieg immer mehr Bedeutung gewinnenden Spezialisten ab. Er war Dilettant im besten Sinne des Wortes. Damit paßte er nicht mehr so recht in die bürokratische Welt unseres Jahrhunderts. Die modernen Strukturen der Ämter, Behörden und auch der diplomatischen Corps verlangen Fachleute, oder zumindest Leute mit soliden Fachkenntnissen, und harte Arbeiter, die hartnäckig und konzentriert und mit einer gewissen Ausschließlichkeit ihr Ziel verfolgen – wie etwa Carl von Schubert. Brillanz allein genügt nicht, wie der Fall Leopold von Hoeschs zeigt, der ebenso weltläufig und elegant aufzutreten verstand wie Kessler, aber auch über beachtliche Härte und Arbeitskraft verfügte und Teil einer festgefügten Funktionselite war, die ihm Rückhalt bot. Kesslers Scheitern unterstreicht, daß die Zeit der „Mehrzweckeliten“ wohl definitiv vorüber ist und auch Eliten zunehmender Spezialisierung unterworfen sind.

Georges-Henri Soutou

Les élites diplomatiques françaises et allemandes au XXème siècle

La Diplomatie est certainement l'une des plus hautes fonctions d'un Etat souverain. Elle se trouve à la croisée des objectifs nationaux et du système international. Elle a trois fonctions essentielles: les plus connues, qui sont la communication avec les gouvernements étrangers et la représentation de son propre pays, et celle que l'on néglige trop souvent, l'observation et l'analyse du partenaire. C'est dire que l'étude d'un système diplomatique – et encore davantage l'étude comparative de deux ou plusieurs systèmes – peut être très révélatrice des méthodes et des objectifs de la politique extérieure des Etats en cause.

Rappelons tout d'abord que la Diplomatie est une profession, qui met en cause l'ensemble du système administratif par les rapports nécessairement entretenus avec les autres départements ministériels, l'organisation du processus de décision en matière de politique extérieure,¹ la conception du système international. L'élite diplomatique est enfin très représentative du système de formation des élites administratives.

Nous voudrions proposer ici une esquisse de comparaison entre les élites diplomatiques françaises et allemandes, des pistes de recherche et quelques réflexions plutôt que des conclusions définitives d'ailleurs, étant donné que ce champ d'études est encore relativement en friche. Mais l'histoire contrastée des relations franco-allemandes au XXème siècle rend particulièrement significative une étude comparée des élites diplomatiques des deux pays. Nous voudrions nous attacher aux origines et à la formation des diplomates, à la conception du rôle et des méthodes de la diplomatie, et enfin à la vision du système international que pouvaient avoir les différents secteurs des élites diplomatiques en cause.

Nous l'avons dit, la littérature sur le sujet est des plus réduites. Pour l'Allemagne on note Lamar Cecil, *The German Diplomatic Service, 1871–1914*, Princeton U.P., 1976, et un livre édité par Klaus Schwabe, *Das Diplomatische Korps, 1871–1945*, Boppard am Rhein, 1985. Pour la France, on dispose des chapitres consacrés au personnel diplomatique dans les volumes de la *Politique étrangère de la France*² ainsi que de l'ouvrage *Les Affaires étrangères et le Corps diplomatique français*, Tome II, 1870–1980, Editions du

¹ Cf. à ce sujet deux ouvrages très révélateurs quant au fonctionnement du pouvoir: Arnulf Baring, *Adenauers Kanzlerdemokratie*, Munich 1971; Samy Cohen, *La monarchie nucléaire*, Paris 1986.

² Pierre Guillen, *L'Expansion 1881–1898*, Paris 1984; Jean-Baptiste Duroselle, *La Décadence*

CNRS, Paris, 1984. Et bien entendu on peut s'appuyer sur les nombreux mémoires de diplomates parus dans les deux pays.

L'exiguité de cette base bibliographique conduit à poser un problème de méthode: une étude sociologique et historique exhaustive de l'ensemble des corps diplomatiques français et allemand, et qui plus est de façon comparatiste, ne nous paraît pas encore possible. On peut d'ailleurs se demander si une étude exhaustive serait réellement significative. La notion d'élites doit en effet être ici précisée. Tous les diplomates n'entrent pas forcément dans la catégorie de „l'élite“; il est clair qu'un consul dans une petite ville ou un secrétaire d'ambassade dans un pays mineur n'exerce pas une réelle influence et n'est pas réellement représentatif. Il est beaucoup plus judicieux selon nous de s'en tenir à un échantillon bien choisi. Or depuis que les conditions de fonctionnement de la diplomatie ont changé, c'est-à-dire en gros depuis la Première Guerre mondiale, c'est évidemment à l'Administration centrale et non dans les postes extérieurs que réside la réalité du pouvoir administratif. C'est donc plus particulièrement le groupe de dirigeants de l'Administration centrale que nous étudierons ici, aussi bien à Paris qu'à Berlin ou Bonn, étant entendu que d'autres diplomates, momentanément en poste à l'étranger, ont eux aussi vocation, lors d'une affectation ultérieure, à faire partie du groupe central. L'„élite diplomatique“ nous paraît donc constituée par les fonctionnaires dirigeants de l'Administration centrale (en France: secrétaire général, directeurs, sous-directeurs, chefs de service; en Allemagne: secrétaires d'Etat et directeurs d'*Abteilung*) ou susceptibles de le devenir à l'occasion d'une prochaine mutation.

Dans sa contribution au recueil déjà cité de Klaus Schwabe sur „*Struktur, Organisation und Außenpolitische Wirkungsmöglichkeiten der leitenden Beamten des Auswärtigen Dienstes 1921–1933*“, Peter Krüger retient une définition voisine de la nôtre, quoique plus large: il regroupe les fonctionnaires dirigeants de l'administration centrale et les chefs de poste (ambassadeurs, ministres et les consuls généraux les plus importants) qui constituent évidemment le vivier des chefs de service de l'*Auswärtiges Amt*, ce qui donne 74 postes pour „l'élite“ en 1925. A titre de comparaison, la France comptait en 1932 exactement le même nombre de postes de ce type (15 directions et services de l'administration centrale, 14 ambassades, 37 légations et 8 consulats généraux). Néanmoins cette définition, plus administrative, ne nous satisfait pas pleinement; en effet nombre de chefs de poste ne seront jamais directeurs, à Paris ou à Berlin. L'échantillon vraiment représentatif de l'élite est constitué selon nous par les fonctionnaires dirigeants de l'administration centrale ainsi que par les chefs de poste qui l'ont été, ou qui le seront. L'élite ne s'apprécie donc pas tant à un moment donné que sur une certaine période.

Bien entendu, l'élite diplomatique ainsi définie est elle-même hiérarchisée. On peut observer de l'intérieur cette hiérarchie, en suivant les préparatifs menés par René Massigli en décembre 1954, dans la perspective de sa prochaine arrivée au poste de secrétaire général, préparatifs sur lesquels on est exceptionnellement bien renseigné. Dans ses

1932–1939, Paris 1979; id., *L'Abîme 1939–1945*, Paris 1982. Relevons également, mais pour le XIXe siècle seulement, Christophe Charle, *Les élites de la République (1800–1900)*, Paris 1987.

échanges avec Georges Boris, qui gérait pour Mendès France les problèmes du mouvement diplomatique au Quai d'Orsay, Massigli parle en effet de constituer „*son équipe centrale*“, dans laquelle il comprend le directeur politique, le directeur politique adjoint et le directeur d'Europe. On est là au cœur du noyau central, autour duquel s'organise le reste.³ Cette vision hiérarchisée, implicite mais parfaitement évidente pour les membres du Quai d'Orsay, nous paraît plus utile pour notre propos que l'approche purement sociologique.

Les origines

En ce qui concerne les origines sociales des élites diplomatiques, une vaste enquête comparative serait à faire. Avant 1914, on constate de toute évidence une surreprésentation aristocratique en France, et un quasi-monopole nobiliaire en Allemagne: environ 70% des fonctionnaires de l'*Auswärtiges Amt* étaient nobles.⁴ Mais il est vrai que dans une Europe encore très largement monarchique et aristocratique, les nobles, avec leurs réseaux de relations familiales et amicales internationales, disposaient d'un avantage de départ considérable pour la profession diplomatique. A cela s'ajoutait, dans les deux pays, la nécessité de jouir de revenus indépendants considérables pour pouvoir assumer les frais de la représentation à l'étranger.

Mais après la guerre de 1914 la situation change, et l'intérêt d'une étude comparative est de nous aider à en prendre conscience. Par exemple on estime couramment que dans l'entre-deux-guerres le corps diplomatique allemand aurait conservé son caractère aristocratique marqué, face à une France plus „républicaine“. Cette vision correspond d'ailleurs à la thèse fréquente selon laquelle la République de Weimar n'aurait en rien modifié les structures sociologiques de la vieille administration.

Or en fait les choses sont loin d'être aussi simples: Peter Krüger a démontré que sous la République de Weimar les diplomates „bourgeois“ ont vu leur part dans l'ensemble de l'élite diplomatique s'accroître considérablement, en particulier au sein de l'administration centrale – le vrai centre du pouvoir.⁵ La reprise en main de l'Administration après l'assassinat de Rathenau en 1922 et la volonté modernisatrice de Stresemann ont eu dans ce domaine des conséquences que l'on a tendance à sous-évaluer. C'est ainsi que l'on peut procéder à une comparaison étonnante: en 1931 on comptait au Quai d'Orsay, sur 15 dirigeants (secrétaire général, directeur politique, adjoint au directeur politique, sous-directeurs et chefs de service) 5 noms à particule (soit le tiers), tandis qu'à Berlin en 1940 sur 10 fonctionnaires dirigeants (secrétaire d'Etat, directeurs et chefs de service) on ne comptait qu'un nom à particule, soit le dixième.

³ Institut Pierre Mendès France, Carton Cabinet Georges Boris, en particulier une note de Boris pour Mendès France du 11 décembre 1954.

On trouve des remarques allant dans le même sens, intéressantes quoique polémiques, sur le Quai d'Orsay de l'entre-deux-guerres dans Jean-Baptiste Barbier, *Un frac de Nessus*, Rome 1951.

⁴ Lamar Cecil, pp. 58 ss.

⁵ Krüger, pp. 116-117.

L'approche sociologique est incontestablement utile et permet de réduire certains préjugés, mais elle n'épuise pas la réalité de la formation de l'élite diplomatique. Il faudrait tenir compte aussi des relations et traditions familiales, fortes dans les deux pays, et dans le cas allemand du très important problème des corporations étudiantes, structure de base des élites d'Outre-Rhin.⁶

En ce qui concerne les origines „administratives“ des diplomates, la voie normale d'accès dans les deux pays est le concours d'entrée présenté à l'issue des études supérieures. Avant 1939 le système est très comparable dans les deux pays, les deux ministères organisant leur propre concours; il serait d'ailleurs intéressant d'en comparer les programmes et les exigences mais elles nous paraissent, à première vue, fort semblables. Mais après 1945, avec le système de l'ENA en France, une grande différence s'établit entre les deux pays: les diplomates français ne sont plus recrutés par un concours particulier et spécialisé s'apparentant en fait à une cooptation, mais par des concours généraux, détachés des exigences particulières de la carrière diplomatique, selon un modèle d'administration abstraite qu'il faut bien qualifier de technocratique. Il s'ensuit à notre avis une forte divergence entre la formation des élites diplomatiques respectives des deux pays, dont il faudra un jour étudier la nature et les conséquences.

Les arrivées en provenance de l'extérieur de la Carrière, sans passer par le concours, paraissent à première vue moins fréquentes en Allemagne qu'en France, tout au moins dans l'entre-deux-guerres. Ou plus exactement il nous paraît avoir été plus facile de faire une grande carrière sans être passé par le concours en France qu'en Allemagne, du moins avant l'instauration de l'ENA. Certes, la République de Weimar, dans les temps qui ont suivi la révolution de novembre 1918, a recruté un certain nombre de gens de l'extérieur; des 161 diplomates importants du temps de Weimar 20 n'avaient pas suivi la filière normale.⁷ Et on connaît les noms de Rauscher, ambassadeur à Varsovie, d'Adolf Müller, ambassadeur à Berne, tous deux issus de la SPD; Stamer, ambassadeur à Londres, ancien maire de Hambourg; Wiedfeldt, ambassadeur à Washington après avoir été directeur chez Krupp; Poensgen, issu de la sidérurgie, qui termina sa carrière diplomatique comme directeur du personnel.

Néanmoins cette infusion, limitée dans le temps à la période qui suivit immédiatement 1918, nous paraît moins significative (quoique sociologiquement plus variée) que les grandes carrières de certains *extranei* en France avant 1945: les frères Cambon, qui avaient été préfets de Gambetta; Massigli, maître de conférence à Lille en 1914; André François-Poncet, venu du Comité des Forges; Herbette, journaliste; Léon Noël, membre du Conseil d'Etat.

Bien entendu la deuxième guerre mondiale introduisit une césure dans le recrutement des diplomates des deux pays, particulièrement en Allemagne où l'*Auswärtiges Amt* ne fut reconstitué qu'en 1950–1951. En France l'épuration à laquelle on procéda en 1944 ne fut pas négligeable: 83 agents sur 506, soit 1/6 du corps à la date du 8 novembre 1942, furent révoqués ou mis à la retraite d'office, dont 2/3 des ambassadeurs, 2/5 des

⁶ Cf. à ce sujet des remarques très éclairantes de Lamar Cecil comme de Peter Krüger.

⁷ Krüger, p. 129.

ministres, 1/4 des conseillers et 1/12 des secrétaires d'ambassade. De nombreuses sanctions furent néanmoins rapportées par la suite, et en 1948 50 agents seulement restaient éliminés. Pour combler les vides, outre des concours normaux en 1945 sur la base des textes de 1939, on institua cette année-là deux concours spéciaux (39 et 16 places), pour lesquels la notation était basée pour un tiers sur les titres militaires ou de résistance. En outre on créa un cadre „latéral“, dans lequel pouvaient être admis par une commission aux larges pouvoirs des candidats ayant des titres de guerre ou de résistance et des diplômes témoignant d'une culture générale; les candidats admis pouvaient être titulaires après trois ans. 191 diplomates furent ainsi recrutés, soit 21% de l'effectif total en novembre 1944.⁸

Mais le renouveau fut beaucoup plus marqué en Allemagne. En 1952, sur les 469 diplomates recrutés par une commission spéciale depuis 1950, 30,3% seulement provenaient de l'*Auswärtiges Amt* d'avant-guerre (dont 33% s'étaient compromis avec le national-socialisme et 17,9% avaient au contraire été victimes de telle ou telle forme de discrimination sous le IIIème Reich). Certes, pour les 76 postes les plus importants (les dirigeants de l'administration centrale) la proportion d'anciens diplomates était plus élevée: 47 provenaient de la *Wilhelmstrasse*.⁹ Mais la transformation du corps fut incontestable. Il y avait d'ailleurs une volonté évidente de tenir compte des susceptibilités de l'étranger: c'est ainsi qu'en 1951 Adenauer nomma un ancien ministre de Weimar comme ambassadeur à Londres, un industriel à Washington, un écrivain à Paris.

Contrairement donc à une idée sans doute largement reçue, l'*Auswärtiges Amt* après 1945 s'est ouvert beaucoup plus que le Quai d'Orsay à des éléments qui n'étaient pas passés par la voie normale du concours. Certes, on n'oublie pas les grandes carrières de Hervé Alphand et Maurice Couve de Murville, issus tous deux de l'Inspection des Finances, ou d'Olivier Wormser, qui avait été auparavant professeur de Sciences économiques, mais le renouvellement paraît incontestablement plus profond à Bonn.¹⁰ Certes, les choses se normalisèrent à nouveau par la suite, et il sera rarissime d'accéder à la Carrière en dehors de l'ENA ou du concours diplomatique allemand, du moins avant 1981, année à laquelle s'arrête cette étude. Néanmoins l'*Auswärtiges Amt* maintint une certaine ouverture au sommet de la hiérarchie. C'est ainsi que des neuf secrétaires d'Etat qu'a connus l'*Auswärtiges Amt* entre 1951 et 1970 (rappelons qu'à partir de 1960 il y a deux *Staatssekretäre* et non plus un seul à la tête de la hiérarchie diplomatique allemande) trois n'étaient pas de la Carrière: les juristes Walter Hallstein et Karl Carstens, et le député socialiste Klaus Schütz. Tandis que les neuf secrétaires généraux du Quai d'Orsay entre 1945 et 1981 étaient tous issus du Département, et deux seulement n'étaient pas entrés dans la Carrière par le concours. Une ouverture plus grande à ce

⁸ *Les affaires étrangères*, pp. 879-882.

⁹ Cf. Wilhelm Haas, *Beitrag zur Geschichte der Entstehung des Auswärtigen Dienstes der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1969 (Als Manuskript gedruckt), pp. 58-59.

¹⁰ Contrairement à l'impression que donne Paul Frank, *Entschlüsselte Botschaft. Ein Diplomat macht Inventur*, Stuttgart 1981.

niveau-là à Bonn paraît incontestable; mais il est vrai, comme nous le verrons, que le *Staatssekretär* et le secrétaire général ne sont pas exactement comparables.

La formation

Elle est très différente dans les deux pays, et la question mériterait d'être approfondie. En France la majorité des diplomates (9 sur les 15 diplomates principaux relevés en 1931 à l'Administration centrale) sont passés par l'Ecole Libre des Sciences politiques. Etatisé après 1945 et devenu Institut d'Etudes politiques, cet organisme a acquis par la suite un quasi-monopole dans la formation des futurs membres de la Carrière. Certes, douze des quinze diplomates principaux de 1931 avaient une licence en Droit et sept une licence ès Lettres, mais ces diplômes, à l'époque où ils avaient été acquis, n'avaient pas la valeur formatrice qu'ils auront plus tard, ce qui souligne encore l'importance de „Sciences Po“.

Deux diplomates, dans leurs mémoires, nous ont décrit l'enseignement donné à Sciences Po. avant 1914, qui devait marquer toute la génération de l'entre-deux-guerres: J.-B. Barbier, dans *Un frac de Nessus*, déjà cité, et le comte de Saint-Aulaire, dans *Confession d'un vieux diplomate*, Paris, 1953. On relève le cours de droit international de Louis Renault, jurisconsulte du Quai d'Orsay; le cours d'histoire diplomatique d'Albert Vandal; l'histoire politique des différents Etats, par Anatole Leroy-Beaulieu (on se souvient du classique *L'Empire des Tsars et les Russes*, Paris 1886); le cours d'Albert Sorel (d'où fut tiré le monumental *L'Europe et la Révolution française*, achevé en 1904).

On a l'impression d'un enseignement très cohérent, justifiant une vulgate de politique extérieure très „IIème République“, qui paraît avoir marqué de façon profonde les auditeurs. De très haute qualité, ce cursus paraît malgré tout avoir été un moule unique, engendrant peut-être par la force des choses un certain conformisme.

La situation en Allemagne était, et est, très différente. La voie normale était celle des études juridiques dans différentes Universités, sanctionnées le plus souvent par un examen de *Referendar*.¹¹ Les études des futurs diplomates étaient donc en Allemagne plus variées, plus proches de la tradition universitaire et faisaient donc une plus grande place à leur autonomie intellectuelle. Quant à l'importance de la formation juridique, elle n'est que le reflet d'une caractéristique générale de la société allemande, comme chacun sait. Notons que les deux grands *outsiders* d'après 1951, Hallstein et Carstens, étaient tous deux professeurs de Droit avant de devenir Secrétaires d'Etat à l'*Auswärtiges Amt*.

Au moment de la réorganisation de l'*Auswärtiges Amt* en 1950, les responsables allemands étudièrent le système français de l'ENA, mais ne l'adoptèrent pas. Finalement on rétablit le système d'avant-guerre: une „école diplomatique“ dépendant de

¹¹ Cf. par exemple la biographie de Ulrich v. Hassell par Gregor Schöllgen, *Ulrich von Hassell 1881–1944*, Munich 1990, p. 20; et les mémoires de Herbert Blankenhorn, *Verständnis und Verständigung*, Francfort 1980, pp. 34–35.

l'*Auswärtiges Amt*, au sein de laquelle les futurs diplomates recevaient une formation professionnelle pendant deux ans. L'accès à cette „école diplomatique“ se faisait par concours. Celui-ci comportait des épreuves écrites et orales en Droit, Economie, Histoire, Français et Anglais.¹² Il s'agit, on le voit, d'une formation plus spécifique que celle de l'ENA, et qui accorde beaucoup de place au Droit, dans le prolongement des études universitaires préalablement accomplies par les candidats. Sur ce point, la différence avec le système français paraît considérable.

La place dans les structures administratives

Bien entendu, les méthodes de travail et la conception de la diplomatie sont très largement comparables d'un pays à l'autre, mais il existe néanmoins certaines différences significatives, en particulier dans les structures administratives, qu'il convient de creuser, malgré la difficulté de l'exercice, car elles retentissent sur le rôle et la nature même des élites diplomatiques.

Constatons d'abord que l'organisation administrative des deux pays est largement différente. Par exemple le *Staatssekretär* et le secrétaire général, quoique tous deux au sommet de la hiérarchie, ne jouent pas le même rôle. Le secrétaire général s'occupe d'abord de l'administration intérieure du Département; certes, il conseille le Ministre, mais pour la grande politique il est en rivalité avec le cabinet du Ministre. Berthelot a constitué dans ce domaine une exception. Mais le *Staatssekretär*, lui, a plus de poids: il n'a pas de rival auprès du Ministre, il est en quelque sorte son chef d'Etat-Major. Son rôle est très proche de celui du *Permanent Undersecretary* du *Foreign Office*. De plus la Chancellerie du Reich, ou la Chancellerie fédérale, sont beaucoup plus structurées que ne l'est le gouvernement français, même après les réformes de 1958 et l'accroissement du rôle de l'Elysée et du Secrétariat général du Gouvernement: le système allemand est en fait assez comparable au *Cabinet Office* britannique. Il assure donc une meilleure coordination entre la Diplomatie et les autres administrations (économie, défense, services de sécurité, etc.), il assure une plus grande discipline autour des questions touchant la politique extérieure sous tous ses aspects. Notons également l'existence d'une conférence des *Staatssekretäre*, comportant une réunion hebdomadaire, véritable „gouvernement administratif“ parallèle. Bien entendu, il est difficile de synthétiser une question aussi complexe, et dont les éléments ont varié dans le temps et suivant les régimes, mais il nous semble que l'organisation même de la machinerie gouvernementale allemande et le statut du *Staatssekretär* assurent à la Carrière plus d'influence à long terme en Allemagne qu'en France. Certes, en France le monopole des Affaires étrangères en matière de politique extérieure est beaucoup plus clairement affirmé qu'en Allemagne, où par exemple le ministère de l'Economie mène ses négociations internationales de façon autonome.¹³ Mais dans les faits chacun sait que le monopole du Quai

¹² Haas, p. 49.

¹³ Cf. en France le décret du 1er juin 1979, in: *Les affaires étrangères*, tome II, p. 815; l'ambassa-

d'Orsay est largement un mythe; il ne peut d'ailleurs sans doute en être autrement dans l'état actuel de développement multiforme des relations internationales. Au moins le système allemand, plus structuré que le français, permet-il aux membres de l'*Auswärtiges Amt* de mieux faire entendre leur point de vue au sein de la machinerie gouvernementale, point de vue à la fois plus synthétique et plus politique que celui des ministères spécialisés, ce qui permet de préserver le rôle original de la Diplomatie. Il semble d'autre part que l'*Auswärtiges Amt* ait triomphé dans certains combats administratifs feutrés: dans ses mémoires Franz Josef Strauß se plaint que le ministère de la Défense ait reperdu après son départ en 1962 au profit de l'*Auswärtiges Amt* la large autonomie qu'il avait acquise en matière de relations extérieures à propos des questions de stratégie et de désarmement. C'était évidemment un enjeu majeur... En revanche à la fin de l'année 1956, à l'occasion d'une réorganisation du *Bundesnachrichtendienst*, l'*Auswärtiges Amt* a perdu le monopole de l'analyse politique internationale: à la grande fureur des diplomates, le BND a obtenu le droit de transmettre directement au chancelier de telles analyses, au-delà des simples informations brutes auxquelles doit se limiter, en France, le SDECE.¹⁴

Bien entendu à ces considérations générales liées à l'état des structures administratives il conviendrait d'ajouter une étude chronologique précise faisant intervenir les évolutions politiques. Avant la première guerre mondiale la situation respective du Quai d'Orsay et de l'*Auswärtiges Amt*, leur poids dans la machinerie gouvernementale nous paraissent très comparables. Après 1919 l'*Auswärtiges Amt* maintient et même renforce son contrôle sur la politique extérieure jusqu'en 1933, celle-ci, après la Défaite, faisant l'objet d'un large consensus gouvernemental et étant mise autant que possible à l'abri des curiosités du Parlement, les ambiguïtés de la Constitution de Weimar se prêtant dans le domaine de la politique extérieure et de sécurité à la formation d'un secteur quasi réservé.¹⁵ Après 1933 l'*Auswärtiges Amt* et les élites diplomatiques se trouvent certes utilisés par le nouveau régime, et conservent extérieurement leur statut, mais ils se trouvent en même temps dépassés et contournés par des organismes nouveaux (comme le Bureau Ribbentrop) et par l'activité extérieure foisonnante de diverses administrations, encouragée par la polycratie voulue par Hitler.¹⁶ En fait les élites diplomatiques ne sont plus après 1933 chargées de la conception de la politique extérieure, mais seulement – et partiellement – de son exécution.

En France l'influence et le prestige de la Carrière sont fortement réduits par l'arrivée

deur est „le représentant de tous les membres du gouvernement“, il est „dépositaire de l'autorité de l'Etat dans le pays où il est accrédité“; il est „placé sous l'autorité du ministre des Affaires étrangères à qui incombe, d'une façon générale, la charge de mettre en oeuvre l'action internationale de la France“.

¹⁴ Franz Josef Strauß, *Die Erinnerungen*, Berlin 1989. Pour le BND cf. une note de l'*Auswärtiges Amt* du 16 décembre 1956, Politisches Archiv, Bonn, Pol. 2, 87.01.

¹⁵ Peter Krüger, *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*, Darmstadt 1985. Sur les ambiguïtés de la constitution de Weimar, cf. Horst Möller, *Weimar. Die unvollendete Demokratie*, Munich 1985.

¹⁶ Hans-Adolf Jacobsen, *Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938*, Francfort 1968.

au pouvoir du Cartel des Gauches en 1924. Outre une „charrette“ d'ambassadeurs qui laissera des traces, on constate une incontestable „démocratisation“ de la politique extérieure après l'échec de l'occupation de la Ruhr, c'est-à-dire en fait un contrôle beaucoup plus étroit par le Parlement.¹⁷ En revanche sous la IVème République les diplomates français jouiront à nouveau d'une plus grande liberté d'action, à cause du mauvais fonctionnement de l'exécutif et du système parlementaire.

Au contraire en Allemagne le rôle de l'*Auswärtiges Amt* après 1949 sera limité par le poids accru du Parlement et par le ferme contrôle établi par les services de la Chancellerie, le *Kanzleramt*, Adenauer étant d'ailleurs son propre ministre des Affaires étrangères de 1951 à 1955.

En revanche en 1958 la situation française se rapprocha de l'allemande: l'exécutif, centré à l'Elysée, fut restauré, les liens entre le Quai d'Orsay et les autres administrations furent rationalisés et améliorés (secrétariat général du gouvernement, commission interministérielle des affaires européennes, secrétariat général de la Défense nationale). On peut dire que de 1958 à 1963 – jusqu'au départ d'Adenauer – les diplomates français et allemands furent dans une position analogue: ils étaient les exécutants privilégiés et les conseillers écoutés d'une politique dont les grandes lignes (mais seulement les grandes lignes) étaient définies par le Président de la République ou par le Chancelier. En revanche de 1963 à 1969 l'*Auswärtiges Amt* (avec Schroeder puis avec Brandt à l'époque de la Grande Coalition) se montra à nouveau plus indépendant par rapport à la chancellerie fédérale.

L'évolution redevint parallèle entre 1969 et 1981: on assista à une certaine dépossession des deux ministères, dans la mesure où l'Elysée, avec Pompidou et Giscard, et la Chancellerie, avec Brandt et Schmidt, intervinrent de plus en plus dans la gestion au jour le jour de la politique extérieure et dans la mesure où des membres des services de l'Elysée ou de la Chancellerie exercèrent un rôle déterminant, en marge des voies administratives normales, dans la définition et le suivi de la politique extérieure. On pense ici bien sûr à Michel Jobert, secrétaire général de l'Elysée avant de devenir ministre des Affaires étrangères en 1972,¹⁸ on pense à Egon Bahr, secrétaire d'Etat au *Kanzleramt* en 1969 et négociateur des *Ostverträge*.¹⁹ Néanmoins il semble que cette dépossession fut plus accentuée en France qu'en Allemagne, principalement parce que la présence d'un gouvernement de coalition à Bonn fait que, en tout cas depuis 1966, le ministère des Affaires étrangères a été occupé en permanence par des personnalités politiques de premier plan, à la différence de ce qui s'est passé en France, ce qui ne pouvait évidemment qu'influencer favorablement le rayonnement de l'*Auswärtiges Amt*.

¹⁷ Cf. par exemple Jacques Bariéty, *Les relations franco-allemandes après la première guerre mondiale*, Paris 1977.

¹⁸ Michel Jobert, *Mémoires d'avenir*, Paris 1974.

¹⁹ Peter Bender, *Neue Ostpolitik*, Munich 1986, pp. 125 et 233 ss.

La vision du système international

On est ici dans le domaine le plus délicat. Notons néanmoins que jusqu'en 1939, fondamentalement, la conception dominante de l'ordre international pour les diplomates français et allemands est celle du Concert européen: un dialogue des grandes puissances pour gérer les changements, par des négociations entre Etats souverains tempérant (mais ne supprimant pas) les rapports de force.

Comme on le sait, de nouvelles conceptions apparurent pendant la deuxième guerre mondiale: certains admireront dès cette époque la nécessité de dépasser le Concert européen en direction d'une intégration européenne. On remarquera que ces conceptions n'apparaissent pas chez des diplomates: ceux-ci resteront en fait en général fidèles à des idées traditionnelles; en Allemagne, même dans les cercles d'opposition à Hitler, on continuera à défendre le Concert européen des grandes puissances;²⁰ à Alger, les diplomates français préparaient le retour à une politique très classique, à une „géopolitique à la française“ permettant à la France de contrôler l'Allemagne avec l'aide de l'URSS.²¹

Les idées nouvelles envisageant une Europe fédérale vinrent comme on le sait d'autres groupes: le *Kreisauer Kreis* en Allemagne, certains secteurs de la Résistance en France, Jean Monnet. Adenauer fera triompher ces idées en Allemagne à partir de 1949, estimant que l'Europe serait à la fois le moyen de permettre à la RFA de retrouver égalité des droits et considération internationale tout en évitant aux Allemands une rechute dans le nationalisme.²² Le chancelier réunira autour de lui un groupe de diplomates eux aussi convaincus de la nécessité d'une certaine forme d'intégration européenne: Heinrich von Brentano,²³ Wilhelm Grewe,²⁴ Herbert Blankenhorn.²⁵ Mais c'est Walter Hallstein qui a le mieux exprimé l'idée d'une Europe fédérale plongeant ses racines dans la culture et l'histoire et se développant sans néanmoins faire disparaître les Etats-Nations.²⁶ Et les premières recherches sur la politique extérieure de la RFA, les archives qui commencent à s'ouvrir, les travaux en cours confirmeront à notre avis que les diplomates allemands n'ont pas conçu en général l'intérêt national de leur pays comme antinomique de la construction européenne et de la solidarité atlantique, la tradition fédérale de l'Allemagne les aidant dans cet effort de conciliation, leur permettant par analogie avec les rapports entre les *Länder* et le *Bund*, d'imaginer des relations de complémentarité entre l'Allemagne et l'Europe. Tout au moins l'indépendance natio-

²⁰ Cf. Schöllgen.

²¹ René Massigli, *Une comédie des erreurs*, Paris 1978.

²² Hans Peter Schwarz, *Adenauer. Der Aufstieg 1876–1952*, Stuttgart 1986. L'importance et la profondeur durables de cette conception pour les diplomates de la RFA sont attestées par un ouvrage collectif de la Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, intitulé *Außenpolitische Perspektiven des westdeutschen Staates*, 3 vol., Munich 1971.

²³ Arnulf Baring (éd.), *Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949–1964*, Hambourg 1974.

²⁴ Wilhelm G. Grewe, *Rückblenden 1976–1951*, Berlin 1979.

²⁵ Cf. Blankenhorn.

²⁶ Walter Hallstein, *Die europäische Gemeinschaft*, Düsseldorf 1974, pp. 11–14.

naie n'est-elle pas posée comme une valeur absolue, indiscutable, quels que soient son contenu politique réel et ses objectifs. Il y a là une différence fondamentale avec la tradition jacobine française; bien sûr cette idée mériterait un développement à part, mais on a l'impression d'une différence profonde de culture et de psychologie.

En France l'idée européenne apparut chez certains diplomates au printemps 1948, quand il devint évident que l'on s'acheminait vers la création d'un Etat ouest-allemand et que les projets français de 1944–1947 avaient échoué. Il apparut alors que la construction de l'Europe serait le seul moyen pour Paris de contrôler l'évolution de l'Allemagne, et cela poussa certains responsables influents du Quai d'Orsay à se rallier à des idées qui jusque-là n'avaient été évoquées qu'en dehors de cet organisme.²⁷ Cette vision d'une Europe fédérale sera poussée au plus loin avec la CED et le projet d'union politique de 1953; Hervé Alphand, comme on le sait, était le chef de file des „cédistes“.²⁸ Mais l'Europe suscita aussi de violentes oppositions et même une véritable rupture morale et une crise au sein du Quai d'Orsay quand on discuta sérieusement le projet d'union politique en 1953: Parodi, Wormser, François Seydoux, Sauvagnargues en particulier, c'est-à-dire certains des diplomates les plus influents de l'époque, n'hésitèrent pas à poser à Bidault au début de 1953 un véritable ultimatum anti-européen.²⁹ En fait on distingue trois courants: les Européens maximalistes, leurs adversaires, et les Européens modérés, qui estimaient qu'une certaine organisation européenne (et l'Alliance atlantique) étaient indispensables pour gérer la menace soviétique et le problème allemand, mais sans *a priori* idéologique.³⁰

Quand on connaît ces divisions – qui n'existaient pas, ou en tout cas pas du tout au même point, à l'*Auswärtiges Amt* –, il n'est pas étonnant que le Quai se soit senti dans l'ensemble à l'aise avec de Gaulle, qui acceptait le Pacte atlantique et une certaine Europe mais qui rejettait toute forme d'intégration. Sur ce point il devait être suivi sans état d'âme non pas certes par tous les diplomates, mais par une grande majorité d'entre eux, Hervé Alphand lui-même renonçant à ses positions antérieures. Le Concert européen modernisé que préconisait de Gaulle correspondait en effet le mieux aux aspirations de la majorité des fonctionnaires du Quai.³¹

Notons ici que la nouvelle politique française provoqua un profond traumatisme chez nombre de diplomates allemands, qui ne compriront pas cette remise en cause des fondements de la construction européenne.³² Les conceptions gaulliennes ne firent pas école à Bonn, si l'on excepte les positions très nationalistes de Kroll, ambassadeur à

²⁷ Franz Knipping, „Que faire de l'Allemagne? Die französische Deutschlandpolitik 1945–1950“, *Eine ungewöhnliche Geschichte. Deutschland-Frankreich seit 1870*, Franz Knipping et Ernst Weisenfeld (éds.), Bonn 1988. Pierre Gerbet, *Le relèvement, 1944–1949*, Paris 1991.

²⁸ Hervé Alphand, *L'étonnement d'être. Journal 1939–1973*, Paris 1977

²⁹ Cf. notre article „Bidault et l'Europe“, *Revue d'Histoire diplomatique* 3–4 (1991).

³⁰ Très caractéristique de cette troisième tendance, une note signée Philippe Baudet mais en fait rédigée par Jean-Marie Soutou, le 21 juillet 1954, *Documents Diplomatiques français* 1 (1954).

³¹ Cf. François Seydoux, *Mémoires d'Outre-Rhin*, Paris 1975, et id., *Dans l'intimité franco-allemande*, Paris 1977.

³² Cf. à ce sujet Blankenhorn, et Rolf Lahr, *Zeuge von Fall und Aufstieg*, Hambourg 1981, pp. 346 et 351–352.

Moscou de 1958 à 1962.³³ Mais dans leur ensemble les diplomates allemands restèrent attachés aux conceptions antérieures; les recherches en cours montreront sans doute que, tout en veillant à la défense des intérêts allemands spécifiques, ils cherchèrent à concilier autant que possible les positions de Paris et de Washington et à réduire l'impact négatif de la politique française sur la construction européenne.

Cette étude comparative n'est évidemment qu'une esquisse, mais elle permet de formuler des premières conclusions. Tout d'abord si les deux élites diplomatiques française et allemande se ressemblent par bien des côtés, elles présentent aussi de grandes différences. C'est ainsi que, au moins à certains moments, l'ouverture sociologique et l'ouverture à des gens non issus de la Carrière paraissent plus élevées en Allemagne qu'en France, ce qui est contraire à bien des idées reçues. C'est ainsi que le poids et l'influence des élites diplomatiques dans le système administratif paraissent en général plus élevés en Allemagne qu'en France, ce qui, là aussi, surprendra certains. C'est ainsi que la formation des futurs diplomates est très différente en France et en Allemagne; nous voyons d'ailleurs là un facteur de différenciation essentiel dont, à notre avis, les responsables devraient se préoccuper, d'autant plus qu'il contribue sans doute à expliquer la quatrième grande différence, qui est celle de la vision internationale: au Concert européen qui unissait diplomates français et allemands avant 1939 – quelles que furent leurs oppositions nationales – ont succédé depuis 1949 et surtout 1958 des conceptions différentes des rapports qu'entretiennent la Nation, l'Europe, la communauté atlantique, le reste du Monde. Cela incite à des réflexions sur la nature même des sociétés politiques française et allemande, sur leurs différences, sur leurs performances comparées depuis 1945, sur leurs perspectives d'avenir.

³³ Cf. Bender, p. 258, et Hans Kroll, *Lebenserinnerungen eines Botschafters*, Cologne 1967.

Teilnehmer an dem Kolloquium in Arc-et-Senans

- | | |
|--|--|
| Allain, Prof. Jean-Claude, Paris | Koch, Prof. Dr. Ursula E., München |
| Aretin, Prof. Dr. Karl Otmar Freiherr von, Mainz | Kowalsky, Dr. Wolfgang, Berlin |
| Auerbach, Hellmuth, München | Krautkrämer, Prof. Dr. Elmar, Freiburg |
| Ayçoberry, Prof. Pierre, Strasbourg | Kroener, Priv.-Doz. Dr. Bernhard R., Freiburg i. Br. |
| Baechler, Prof. Christian, Strasbourg | Krüger, Prof. Dr. Peter, Marburg |
| Bariéty, Prof. Jacques, Paris | Krumeich, Prof. Dr. Gerd, Freiburg i. Br. |
| Barjot, Prof. Dominique, Caen | Küppers, Prof. Dr. Heinrich, Wuppertal |
| Beerblock-Pellissier, Dr. Béatrice, Paris | Lacroix-Riz, Prof. Annie, Toulouse |
| Bock, Prof. Dr. Hans Manfred, Kassel | Mager, Prof. Dr. Wolfgang, Bielefeld |
| Bourel, Dr. Dominique, Paris | Manfrass, Dr. Klaus, Paris |
| Bouvier, Priv.-Doz. Dr. Beatrix W., Bonn | Martens, Dr. Stefan, Paris |
| Brötel, Prof. Dr. Dieter, Ludwigsburg | Messerschmidt, Prof. Dr. Manfred, Freiburg i. Br. |
| Buffet, Dr. Cyril, Berlin | Metzger, Dr. Chantal, Paris |
| Charle, Dr. Christophe, Paris | Mieck, Prof. Dr. Ilja, Berlin |
| Delmas, Général Jean, Paris | Müller, Prof. Dr. Klaus-Jürgen, Hamburg |
| Dreyfus, Prof. François-Georges, Paris | Pierenkemper, Prof. Dr. Toni, Frankfurt |
| Dupeux, Prof. Louis, Strasbourg | Piétri, Prof. Nicole, Poitiers |
| Durand, Prof. Yves-André, Orléans | Poidevin, Prof. Raymond, Strasbourg |
| Fridenson, Prof. Patrick, Paris | Raphael, Dr. Lutz, Darmstadt |
| Gödde-Baumanns, Dr. Beate, Duisburg | Schneider, Dr. Dieter Marc, München |
| Grupp, Dr. Peter, Bonn | Schrader, Priv.-Doz. Dr. Fred E., Hanover |
| Guillaume, Prof. Sylvie, Bordeaux | Serman, Prof. William, Paris |
| Guillen, Prof. Pierre, Grenoble | Sieburg, Prof. Dr. Heinz-Otto, Saarbrücken |
| Haupt, Prof. Dr. Heinz-Gerhard, Bremen | Sirinelli, Prof. Jean-François, Lille |
| Hilbert, Prof. Dr. Lothar, Tübingen | Soutou, Prof. Georges-Henri, Paris |
| Höhne, Prof. Dr. Roland, Kassel | Tiemann, Prof. Dr. Dieter, Tours |
| Homburg, Dr. Heidrun, Bielefeld | Wahl, Prof. Alfred, Metz |
| Hudemann, Prof. Dr. Rainer, Saarbrücken | Wenger, Dr. Klaus, Baden-Baden |
| Hüser, Dietmar, Saarbrücken | Werner, Prof. Dr. Karl Ferdinand, Rotach-Egern |
| Jardin, Dr. Pierre, Paris | Wittenbrock, Dr. Rolf, Saarbrücken |
| Kimmel, Prof. Dr. Adolf, Würzburg | |
| Knipping, Prof. Dr. Franz, Tübingen | |

Namensregister

Zahlen in Klammern beziehen sich auf Anmerkungen

- Abbo 28
Abernon, Edgar Vincent Lord d' 294
Abetz, Otto 105
Abs, Hermann Josef 188
Adela v. England 26
Adenauer, Konrad 307, 311, 312
Aethelward 23
Agulhon, Maurice 48
Alapetite, Gabriel-Ferdinand 268, 275, 277
Alfred der Große 23
Alfieri, Vittorio Graf 37
Allizé, Henri 274, 277
Alphand, Charles-Hervé 273, 275, 277, 307, 313
Ambros, Otto (197)
André, Louis 215–217
Andréjean 195
Angilram 20
Anno v. Köln 24
Anselme, André d' 247
Arago, Dominique François Jean 49
Aretin (Familie) (40)
Aretin, Karl Otmar Freiherr v. 199
Aridius 21
Arnulf, Bf. v. Metz 20
Aron, Raymond 93, 98, 107
Asser 23
Atsma, Hartmut 22
Audoïn 21
Auerbach, Erich 94, 95, 97
Auersperg (Familie) 35
Augustin 17, 25
Aumale, Henri d'Orléans Duc d' 212
Aunay, Stephen Le Peletier Comte d' 269, 277
Aurillac, Gerald v. 28
Austrigisel 21
Ayrault, Roger 98

Bader, Théophile 169, 170, 172, 173
Bahr, Egon 311
Ballestrem (Familie) (40)
Balzac, Honoré 48, 51, 72
Bapst, Edmond 275, 277
Barail, François du 212
Barbier, Frédéric 138, 142, 146

Barbier, Jean-Baptiste 308
Bargeton, Louis 277
Barjot, Dominique 199, 202
Barnaud, Jacques 190, 195
Barrère, Camille 269, 271, 274, 277
Barrès, Maurice 69, 72, 213
Bataille, Victor 213
Baudet, Philippe (313)
Bauer, Michel 159, 167
Beau, Paul 277
Beau de Loménie, Emmanuel 201
Beaumarchais, Pierre Augustin de 37
Beaumarchais, Maurice Caron Delarue de 268, 275, 278
Beck, Ludwig 224, 225
Becker, Carl Heinrich 80, 94, (95), (96)
Becker, H. (94)
Behr 192
Bellet, Roger 52
Bénichou, Paul 47
Benno II. v. Osnabrück 24
Benoist d'Azy, Denys 147, 148
Benoist d'Azy, Paul 148
Bérenger, Henry 268
Bergeron, Louis 138
Bergsträsser, Arnold 83, 89, 90, 96, 108
Bernstein 192
Berthelot, Marcellin 265, 276, 309
Bertin-Mourot, Bénédicte 159
Besnard, Philippe 54
Besnard, René (268)
Bethouart, Marie Emile Antoine 247
Beuve-Méry, Hubert 98
Bichelonne, Jean 191
Bidault, Georges 313
Bihourd, Georges 268, (274), 275, 277
Billotte, Pierre 240, 247
Billy, Robert de 274, 277
Bismarck, Otto v. 10, 114, 259, 293
Blanchard, André 193
Blankenhorn, Herbert 312
Bleek, Klaus (37)
Blum, Léon 237
Boisdeffre, Raoul le Mouton de 213, 216
Bompard, Maurice 275, 276, 277
Bonaparte, Napoleon 49, 50

- Bonin, Hubert 151
 Bonnafous, Max 187, 189
 Bonnet, Georges 268
 Borgnis-Desbordes, André 247
 Boris, Georges 305
 Bouchard 183
 Boucicaut, Aristide 150, 169, 170, 172
 Boulanger, Georges 213, 216
 Bourdieu, Pierre 52, 54, (67), 159
 Bourienne, Veronique 150, 151
 Bouthillier, Yves 191
 Boyen, Hermann v. 250, 251
 Brandt, Willy 311
 Bréart de Boisanger, Yves (182), 184–188
 Brelot, Claude-Isabelle 138, 149
 Brentano, Heinrich v. 312
 Bretillot (Familie) 149
 Briand, Aristide 97
 Brosset, Diégo 247
 Bruhn, Bruno 82, 87
 Bruno, Ebf. v. Köln 23
 Brunschwig, Henri (93), 98
 Buhl 192
 Bülow, Bernhard Heinrich Martin Fürst v. 296
 Bülow, Bernhard Wilhelm v. (288)
 Burney, John M. 51
 Cailleteau, François 211
 Callières, François de (274)
 Cambon, Jules 268, 271, 274, 275, 277, 306
 Cambon, Paul 268, 269, 271, 274, 275, 277, 306
 Cameron, Rondo 137
 Campenon, Jean-Baptiste 213
 Caron, Jean-Claude 51
 Carozzi, Claude 28
 Carpentier, Marcel Maurice 247
 Carrelet de Loisy, Edouard 147
 Carstens, Karl 307, 308
 Castellane, Esprit Victor Comte de 215
 Castelnau, Edouard de Curières de 216
 Castex, Raoul 237
 Caty, Roland 138, 150, 237
 Cecil, Lamar 303
 Chagot, Jules 137, 148, 152
 Chaline, Jean-Pierre 138, 146
 Chambrun, Charles Pineton de 278
 Chandler, Alfred 167
 Changarnier, Nicolas 212
 Charle, Christophe 55, 113, 138, 199, 211, 295
 Charles-Roux, François (273), 274, 277
 Chassagne, Serge 138, 146
 Chateaubriand, François René 56
 Chauchard, Alfred 150, 169, 170
 Chaunu, Pierre 144
 Chomel, Raymond 247
 Chrétien de Troyes 27
 Cissey, Ernest de 212, 213, 235
 Claudel, Paul 96, 271, 274, 275, 277, 294
 Clauss, Max 96
 Clauzel, Gaston Bertrand 277
 Clemenceau, Georges 216
 Clinchant, Georges 277
 Cognacq, Ernest 150, 169–172
 Columban 21
 Comte, Auguste 113
 Condorcet, Antoine Marquis de 38
 Constans, Ernest 268, 269, 271, 273, 274, 275, 277
 Conty, Alexandre Robert 277
 Conze, Werner (37)
 Corbin, Charles (273), 277
 Cosme, Henri 277
 Coudenhove-Kalergi, Richard Nicolas Graf 80
 Coulondre, Robert 273, 277
 Couture, Pierre 185, 187–190
 Couve de Murville, Maurice 186, 187, 189, 307
 Couvier, Georges 49
 Crozier, Philippe 269, 274, 277
 Cuno, Wilhelm 300
 Curtius, Ernst Robert 79, 80, 83, 89–91, 94–96, 98, 101
 Daeschner, Emile 269, 275, 277
 Dagobert I. 21
 Daladier, Edouard 237
 Darnton, Robert 50
 Daumard, Adeline 138
 Daviet, Jean-Pierre 138, 142
 Defrance, Albert Jules 276, 277
 Deist, Wilhelm 227
 Dejean, François 278
 Delanney, Marcel 268
 Delcassé, Théophile 268
 Demeter, Karl 226
 Déroulède, Paul 213
 Desjardins, Paul 79, 95
 Dessoir, Max 98
 Dhombres, Jean 49, 50, 54
 Dhombres, Nicole 49, 50, 54

- Diderot, Denis 96
 Dido, Bf. v. Poitiers 20
 Dieckmann, Herbert 96
 Dietrichstein (Familie) 35
 Digeon, Claude 9
 Dody, André 247
 Doulcet, Jean 278
 Doyen, Paul André (185), 247
 Doynel de Saint-Quentin, René (273), 278
 Dreyfus, Alfred 55, 68, 95, 113, 214, 216, 250
 Driant, Emile 216
 Drillien 191
 Droste zu Vischering (Familie) (40)
 Du Bos, Charles 96
 Du Doubs 149
 Duchemin, Alain Maurice 191–193, 194–195
 Ducrot, Auguste 213
 Dülmen, Richard van 22
 Duhem, Pierre P. 111
 Dumaine, Alfred Chilhaud 274, 277
 Dupanloup, Félix 203
 Dupin, Jean 180, 181
 Durkheim, Emile 13
 Durliat, Jean 18, 21
 Duroselle, Jean-Baptiste 71, 265
 Duruy, Victor 52
 Dutasta, Paul 273, 278
 Ebo, Ezb. v. Reims 21
 Eiffel, Gustave 137
 Eleonore v. Aquitanien 27
 Elias, Norbert 165
 Endres, Franz Carl 221
 Ermeland 20
 Esperey, Louis Franchet d' 237
 Estienne, Jean-Baptiste 239
 Estournelles de Constant, Baron d' 78, 79
 Fabiani, Jean-Louis 54
 Farre, Jean-Baptiste 213
 Favre, Pierre 54
 Fayolle, Emile 237
 Felkay, Nicole 48
 Ferrié, Gustave 239
 Fiérain, Jacques 146
 Flaubert, Gustave 52
 Fleuriau, Aimé de 278
 Foch, Ferdinand 236, 237, 244
 Foester, Friedrich Wilhelm (90)
 Fogt, Helmut 223, 229
 Fohlen, Claude 138
 Fontane, Theodor 133
 Fontenay, Joseph de 269, 274, 278
 Fortoul, Honoré 52
 Fox, Robert 52, 54
 François-Poncet, André 268, 269, 274, 275, 278, 306
 Franckenstein (Familie) (40)
 Franklin, Benjamin (126)
 Franz II. 35
 Frenay, Henri 240
 Freycinet, Charles Louis de Saulces de 213, 214
 Freytag, Gustav 126
 Fridenson, Patrick 200, 201
 Friedrich II., der Große 36, 37, 220
 Friedrich Wilhelm I. 36
 Friedrich Wilhelm II. 36
 Friedrich Wilhelm IV. 253
 Frossard, Joseph 191–193, 195–197
 Frossard, Louis 192
 Fulco, Ebf. v. Reims 23
 Gaertringen, Friedrich Freiherr Hiller v. (224)
 Galen (Familie) (40)
 Galliéni, Joseph 214
 Gallifet, Gaston de 214, 216
 Gambetta, Léon 96, 213, 214, 306
 Gamelin, Maurice-Gustave 240
 Gandillac, Maurice de (93), 98
 Garbay, Pierre 247
 Garber, Jörn (37)
 Gaulle, Charles de 240, 313
 Gay-Lussac, Joseph Louis 49
 Genet-Delacroix, Marie-Claude 52
 Genscher, Hans Dietrich 293
 Geoffray, Léon 275, 278
 George, Joseph 240
 Georges-Picot, François 278
 Gérard, Auguste 274, 278
 Gerbod, Paul 71
 Gerlach, Hellmut v. 91
 Germain-Martin, Louis 164
 Geyer, Michael 227
 Gide, André 80, 87, 101
 Giscard d'Estaing, Valéry 311
 Goldstein, Moritz 112
 Grappin, Pierre (93), 98
 Graña, Cesar 51
 Grautoff, Otto 81
 Gregor d. Gr. 20
 Grewe, Wilhelm 312
 Grossmann 183

- Groethuysen, Bernhard 74, 75, 80
 Guillaume, Augustin Léon 247
 Guillot 183
 Gundolf 20
 Gundolf, Friedrich 98
 Guntram 21
 Gustav III. 38
 Gutkind, Curt S. 97
- Hake, Karl Georg v. 251
 Halder, Franz 224, 226
 Hallstein, Walter 307, 308, 312
 Hannah, Leslie 140
 Hartmann v. Aue 27
 Hassell, Ulrich v. 41
 Hatzfeld, Helmut 97
 Hau, Michel 138, 151, 152
 Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 113
 Heinrich I. 23
 Heinrich II. 24
 Heinrich III. 24
 Heinzelmänn, Martin 20, 24, 27
 Held, Heinrich 41
 Hemmen, Hans Richard 180, 181, 183–188,
 191, 193, 194
 Hennessy, Jean (268)
 Henry, Arsène 274, 276, 278
 Henry, Jules 275, 278
 Herbette, Jean 268, 271, 274, 278, 306
 Herbette, Maurice 275, 278
 Herck, Jean 182, (182)
 Hériot, Auguste 150, 169, 170
 Hermite, Louis 278
 Herr, Lucien 95, 96
 Hesnard, Oswald 94, 97
 Hesdin, René de 247
 Hinkmar, Ebf. v. Reims 23
 Hirsch, Jean-Pierre 142
 Hitler, Adolf 95, 98, 105, 107, 115, 225, 227,
 261, 290, 310, 312
 Hoesch, Leopold v. 86, 302
 Holstein, Friedrich v. 296
 Homburg, Heidrun 199, 202
 Hugo, Victor 48
 Huguet, François F. 54
 Huntziger, Charles 180, 181, 191, 240
- Immermann, Karl Lebrecht 126
 Iribarne, Philippe d' 165, 166
- Jahan, Henri 184
 Jaluzot, Jules 150, 169–172
- Japy (Familie) 149
 Jaspers, Karl 98
 Jaubert, Hippolyte Comte 147, 148
 Jaurès, Jean 56
 Javal, Léopold 147, 148
 Jerphanion, Guillaume de 12
 Jessé-Curely, Gaston (273), 278
 Jobert, Michel 311
 Jobert, Philippe 147, 148
 Joffre, Joseph 12, 214, 216, 237, 250
 Johann v. Salisbury 20
 Joly, Hervé 159
 Jonnart, Charles 268
 Joseph II. 35, 38
 Jourdan, Henri (93), 94, 98, 99
 Jouvenel, Henry de 268
 Juin, Alphonse-Pierre 247
 Jünger, Ernst 221
 Jusserand, Jules 268, 271, 274, 278
- Kaelble, Hartmut 158, 167, 201
 Kahn, Alphonse 169, 170, 172, 173
 Kammerer, Albert 278
 Kant, Immanuel 54
 Karady, Victor 52, 54
 Karl der Große 17, 20
 Karstadt, Ernst 173
 Karstadt, Rudolph 169, 170, 173
 Kaunitz, Ehrich Graf 35
 Kaunitz, Maria Ernestine Gräfin 35
 Kaunitz, Wenzel Anton Graf 35
 Kehr, Ekkehard 221
 Kemp, Tom 137
 Kessler, Harry Graf 294–302
 Klemperer, Victor 96, 97
 Koenig, Pierre-Marie 247
 König, René 99, (99)
 Köpke, Gerhard 286
 Koselleck, Reinhart 29
 Koymé, Alexandre 98
 Kramer 192
 Krauch, Carl (197)
 Kristeller, Paul-Oscar 98
 Kroll, Hans 313
 Krüger, Peter 199, 293, 304, 305
 Krukenberg, Gustav 87, 88
 Kuchler, Walther 97
 Kuhlmann, Frédéric 143, 152
 Kunisch, Johannes 33
 Kurzmeyer 188
- Labonne, Eirik 275, 278

- La Boulaye, André Lefebvre de 275, 278
 Lacroix-Riz, Annie 201
 Lamard, Pierre 138
 Lamartine, Alphonse de Prût de 48
 Lamirand, Georges 164
 Lamy, Aimé 149
 Landes, David S. 137
 Langevin, Paul 13
 Lannes de Montebello, Louis 269, 271
 Laplace, Pierre Simon 49
 Larminat, Edgar de 247
 La Rocca, Emmanuel Peretti de 275, 276, 278
 Laroche, Jules 271, 278
 Latre de Tassigny, Jean de 247
 Laurencie, Benoit Léon de Fornel de la (182)
 Laurent, Charles 268
 Laurent-Atthalin, Baron André 184
 Laval, Pierre 185
 Lavisse, Ernest 13, 93
 Le Play, Frédéric 148
 Lebon 185
 Leclerc, Philippe de Hauteclercque Ma-
 réchal 247
 Léger, Alexis 265, 294
 Leménorel, Alain 146
 Lemoine, Bertrand 137
 Leodegar 20
 Leopold I. 38
 Leroy-Beaulieu, Anatole 308
 Levan-Lemesle, Lucette 54
 Lévéque, Pierre 147
 Lévy, Michel 48
 Lévy-Leboyer, Maurice 138, 159
 Lewal, Jules 214
 Lichtenberger, Henri 79, 82, 88, 89, 90, 91
 Liechtenstein (Familie) 35
 Linares, François de Gonzalès de 247
 Lippmann (Familie) 149
 Lobkowitz (Familie) 35
 Louis, Georges 275, 278
 Luchaire, Jean 105
 Ludwig I. v. Bayern 39
 Ludwig II. (40)
 Ludwig III., der Fromme 24
 Ludwig VII. 27
 Ludwig XIV. 11, 33, 34, 35
 Ludwig XV. 34
 Ludwig XVI. 34
 Luitpold, Prinzregent (40)
 Lyautey, Hubert 87, 214

 Mac Donald, James Ramsey 301

 Mac-Mahon, Edme de 212, 249
 Magnan, Bernard-Pierre 247
 Magnin, Jopseph 148
 Malkiel, Jacques 95
 Maltzan, Ago Freiherr v. (288)
 Mangin, Charles 214
 Mann, Heinrich 79, 114
 Mann, Thomas 79, 114
 Mannheim, Karl 223
 Manteuffel, Edwin v. 256
 Marcel, Gabriel 98
 Marcilly, Henri Chassain de 274, 276, 277
 Marchand, René 247
 Margerie, Pierre Jacquin de 276, 278
 Maria Theresia 35
 Marie de Champagne 27
 Martel, Damien de 278
 Martin, Emile 148
 Martin, Marc 52
 Martin, Roger 160
 Marx, Jean 98
 Massigli, René 271, 274, 278, 304–306
 Maunouny, Joseph 237
 Mayand, Jean-Luc 138, 149
 Mayrisch (Familie) 74, 75, 80
 Mayrisch, Emile 79, 81, 82
 Meer, ter 193, 196
 Mendès France, Pierre 305
 Méquillet-Noblot (Familie) 149
 Mercier, Auguste 214
 Mercier, Lucien 56
 Messerschmidt, Manfred 226, 227
 Messimy, Adolphe 216
 Meyerson, Ignace 98
 Michel, Elmar 191, (195), 196, 197
 Mieck, Ilja 199
 Millerand, Alexandre 216
 Millies-Lacroix, Eugène Jean (239)
 Minder, Robert 98
 Miribel, Joseph de 213, 216
 Mirabeau, Honoré Gabriel Riqueti Comte
 de 38
 Misch, Georg 98
 Mollier, Jean-Yves 48
 Mollin, Jules 215
 Moltke, Helmut Graf v. 225, 259, 260
 Monnet, Jean 312
 Monnier, Edmond 149
 Monsabert, Anne de Goislard de 247
 Montebello, Louis Lannes de 278
 Montholon, Charles Jean Tristan de 278
 Monzil, Anatole de 80, 94, 97, 98

- Morlière, Louis 247
 Mosca, Gaetano 134
 Mozart, Wolfgang Amadeus 37
 Müller, Adolf 301, 306
 Müller, Klaus-Jürgen 222, 226
 Müller-Armack, Alfred 156
- Nagel, Bert 22
 Naggiar, Emile (273), 275, 278
 Nathusius, Johann Gottlieb 126
 Neuhausen 184
 Neurath, Konstantin Freiherr v. 285
 Nietzsche, Friedrich 89
 Nisard, Armand 275, 278
 Nivelle, Robert 237
 Noailles, Emmanuel Victurnien de 269, 271, 274, 278
 Noël, Léon 268, 271, 274, 278, 306
 Norgall 182
 Nostitz-Wallwitz, Alfred v. 86
 Noulens, Joseph 268
 Nye, Mary-Jo 54
- Odo v. Cluny 28
 Öttingen-Wallerstein, Karl Fürst v. 41
 Olschki, Leonardo 97
 Ormesson, André Lefèvre d' (273), 278
 Ormesson, Wladimir d' 86
 Orosius 25
 Oster 188
 Oswald v. Wolkenstein 28
 Otto I. 23
 Otto v. Freising 24
 Oudot 184
 Outhenin-Chalandre (Familie) 149
 Ovid 27
- Painvin, Georges (197)
 Paléologue, Maurice 278
 Palmer, Michael B. 52, 55
 Panafieu, Adrien de 274, 278
 Pareto, Vilfredo 46, 134
 Parodi, Alexandre 313
 Parquin, Antoine 148
 Pasquier, M. 144
 Pau, Paul Marie 216
 Patenôtre, Jules 268, 269, 274, 278
 Pereire (Familie) 150
 Pétain, Philippe 194, 216, 237, 250, 268
 Petit-Dutaillis, Charles 108
 Peugeot (Familie) 149
 Peyrecave de Lamarque, René de 181
- Peyrouton, Marcel 268, 274, 275, 278
 Pierenkemper, Toni 153, 154, 199, 201, 202
 Pila, Fernand (273), 275, 278
 Pilsudski, Josef 298
 Plessis, Alain 138
 Poensgen, Ernst 306
 Pompidou, Georges 311
 Ponsot, Henri 274, 275, 278
 Ponton, Rémy 52, 55
 Pretelat, André 240
 Prochasson, Christophe 56
 Prost, Antoine 70
 Pucheu, Pierre 195
 Pufendorf, Samuel Freiherr v. 37
- Quellien, Jean 146
 Quenza 183
- Rabenau, Friedrich v. 230
 Ragnebert 21
 Raindre, Gaston 268, (272), 276, 278
 Rathenau, Walther 299, 305
 Raty, Jean 181, 182, 194
 Rauscher, Ulrich 306
 Reddy, William (167)
 Regnault, Eugène 275, 278
 Remak, Henry 96
 Renan, Ernest 11, 95
 Renault, Louis 308
 Renouvin, Charles Bernard 9
 Renouvin, Pierre 71
 Reuleaux 180
 Reverseaux de Rouvray, Frédéric Guéau 269, 271, 279
 Revoil, Paul (271), 275, 279
 Rhein, Charles-Auguste 191, 192
 Ribbentrop, Joachim v. 290, 310
 Richard, Eliane 138, 150
 Riché, Pierre 20
 Richelieu, Armand Jean du Plessis Duc de 202
 Rioux, Jean-Pierre 72
 Rist, Charles 184, 196
 Robert II. 24
 Rochebouët, Gactan de Grimaudet de 212
 Rocolle, Pierre 217
 Rohan, Karl Anton Prinz 80
 Rolland, Romain 91
 Romains, Jules 72
 Roon, Albrecht Graf v. 253, 254, 255
 Rosenberg, Frédéric v. 285, 294, 299, 300
 Rosenkranz 188

- Rougier, Louis 98
 Ruel, Xavier 150
 Sadlaberga 26
 Sahler (Familie) 149
 Saint-Aulaire, Charles de Beaupoil de (272), 277, 308
 Salan, Raoul Albin Louis 247
 Salomé, Lou 98
 Sarraut, Albert (268)
 Sartre, Jean-Paul 52, 93, 98, 107, 113
 Sauvagnargues, Jean (93), 98, 313
 Savoie, Antoine 54
 Sawyer, J.E 137
 Schieder, Theodor (220)
 Schieffer, Rudolf 27
 Schiller, Friedrich 37
 Schleicher, Kurt v. 222
 Schlessner, Guy 247
 Schlieffen, Alfred Graf v. 225
 Schlumberger, Jean 87
 Schmidt, Helmut 311
 Schmidt, Georg August 36
 Schmitt, Carl 115
 Schmundt, Rudolf 225, (225)
 Schneider, Eugène 148, 150, 152
 Schnitzler, Georg v. 193, 194, 195
 Schocken, Salman 169, 170, 173, 174
 Schocken, Simon 169, 170, 173
 Schöne 181, 182, 187, 189
 Schroeder, Gerhard 311
 Schubert, Carl v. 285, (288), 294, 299–302
 Schulenburg, Friedrich Werner Graf v. der 41
 Schütz, Klaus 307
 Schwabe, Klaus 303, 304
 Seeberg, Axel 219
 Seeckt, Hans v. 222, 230
 Seigel, Jerrold 51
 Seignobos, Charles 13, 96
 Sénechal, Christian 91
 Serman, William 199, 249, 250
 Sevez, François 247
 Seydoux, François 313
 Sfeir-Semler, André 52
 Shinn, Terry 54
 Sieburg, Friedrich 75
 Siegfried, André 96
 Sigirannus 21
 Simiand, François 50
 Simmel, Georg 96
 Sirinelli, Jean-François 295
 Sombart, Werner 98, 132, 174
 Sorel, Albert 308
 Soutou, Georges-Henri 199, 200
 Soutou, Jean-Marie (313)
 Spitzer, Allan B. 48
 Spitzer, Leo 95, 96
 Spranger, Eduard 104
 Stahl, Wilhelm 128
 Starhemberg (Familie) 35
 Stauffenberg, Claus Graf Schenk v. 41
 Stein, Heinrich Friedrich Karl Freiherr vom 39
 Stephan von Blois u. Chartes 26
 Sthamer, Friedrich 301, 306
 Strauß, Franz Josef 310
 Stresemann, Gustav 285, 286, 289, 298, 300–302, 305
 Struensee, Johann Friedrich Graf v. 38
 Stülpnagel, Karl Heinrich v. (185)
 Sudre, Aimé 247
 Susini, Eugène 98
 Sutet, Marcel 137
 Thegan 24
 Thesmar 191
 Theudebert 21
 Thibaudet, Albert 69
 Thierry, Adrien 279
 Thierry, Joseph (268)
 Thiers, Adolphe 212
 Thugut, Johann Amadeus Franz de Paula Freiherr v. 35
 Tietz, Georg (172)
 Tietz, Hermann 169, 173
 Tietz, Leonhard 169, 170, 173
 Tietz, Oskar 169, 170, 171, 173, 174
 Tirpitz, Alfred v. 260
 Toller, Ernst 221
 Touchard 268
 Touzet de Vigier, Jean Louis Alain 247
 Tresckow, Henning v. 41
 Tristan de Montholon, Charles Jean 274
 Tuchmann, Barbara 18
 Ulbricht, Walter 115
 Urban II. 17
 Vaillant, Alain 48
 Valluy, Jean 247
 Vandal, Albert 308
 Vaucher 191
 Veil-Picard (Familie) 149
 Vermeil, Edmond (74), 83, 89, 90, 98

- Vernejoul, Henri Jacques de 247
Viénot, Pierre 75, 87, 98, (99)
Voltaire 113

Wandregisel 21
Weber, Marianne 98
Weber, Max 18, (126)
Wechssler, Eduard (91)
Wegner, Bernd (226)
Wehberg, Hans 91
Weisz, George 52, 54
Weizsäcker, Ernst v. 289, 290
Werner, Karl Ferdinand 199, 294
Wernher v. Elmendorf 27
Westrick 180

Weygand, Maxime 216
White, Cynthia 51
White, Harrison 51
Wiedfeldt, Otto 300
Wilhelm I. 251, 253, 295
Wilhelm II. 114, 257, 259
Wohlfel, Rainer 221
Wolfram v. Eschenbach 27
Wormser, Olivier 307, 313

Zeitzler, Kurt 225
Zola, Emile 52
Zoretti, Ludovic 70
Zweig, Arnold 221